einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 26.01.2009 1/09

DGB

inhalt

Seite 3
Mitgliederbilanz 2008
Alle Gewerkschaften im DGB konnten in 2008 Zuwächse bei den Neueintritten verzeichnen – und erreichten insgesamt die höchste Neueintrittsrate seit 2003

Seite 6
Gewerkschaftsjahr 2009
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Termine, Aktionen und Highlights dieses Jahres auf einen Blick

Seite 7
Beteiligung hat Zukunft
Die Veränderungen in der Arbeitswelt erfordern neue, zukunftsfähige Formen der Beteiligung von Beschäftigten und Gewerkschaftsmitgliedern, meint Heike Kauls

Themen und Aktionen 2009

Marktwirtschaft für Menschen

Welche Konsequenzen zieht Deutschland aus der internationalen Finanzkrise? Die Antwort der Gewerkschaften ist klar: „Was wir brauchen, ist eine Marktwirtschaft für Menschen", erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf der DGB-Neujahrspressekonferenz am 22. Januar in Berlin. Dazu gehört für den DGB neben einer gerechteren Vermögens- und Einkommensverteilung, einem vor Armut schützenden Sozialstaat und einem Ausbau der Mitbestimmung vor allem auch eine weltweite Regulierung der Finanzmärkte.

Die internationale Finanzmarktkrise aufzuarbeiten und eine echte Renaissance der sozialen Marktwirtschaft voranzutreiben – daran will sich der Bund der Gewerkschaften aktiv beteiligen: Am 14. und 15. Mai wird der DGB zu einem „Kapitalismus-Kongress" nach Berlin einladen. Gemeinsam mit nationalen und internationalen WissenschaftlerInnen, ExpertInnen, VertreterInnen von Glaubensgemeinschaften und Nichtregierungsorganisationen werden die Gewerkschaften über die Ursachen und vor allem die nötigen Konsequenzen aus der Krise diskutieren. Im Anschluss an den Kongress wird es am 16. Mai in Berlin außerdem eine Großdemonstration für eine neue, sozial gerechtere Wirtschaftsordnung geben.

Auch das Erste-Mai-Motto steht 2009 ganz im Zeichen der Wirtschaftskrise.

Wie diese Wirtschaftsordnung nicht aussehen soll, ist für den DGB klar. „Uns nutzen Rezepte aus Großbritannien nichts", erklärte Sommer. Die Volkswirtschaft dort sei „weitgehend auf die Bedürfnis der Finanzbranche zugeschnitten worden". Deutschland könne die Krise aufgrund seiner soliden industriellen Struktur voraussichtlich besser meistern. Besonders wichtig sei deshalb „eine gezielte und erfolgreiche Industriepolitik", so Sommer.

Auch die Themen Mindestlohn und Alterssicherung bleiben im „Superwahljahr" 2009 auf der Agenda der Gewerkschaften. Trotz des drohenden dramatischen Anstiegs der Altersarmut tue die Politik „rein gar nichts", kritisierte Sommer. Der DGB startet deshalb in Kürze eine Kampagne zur Alterssicherung – Auftakt ist am 28. Januar in Berlin.

Zum Thema Mindestlohn erklärte Sommer: Sofern bis 2010 kein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt sei, werde der DGB-Bundeskongress im kommenden Jahr mit Sicherheit darüber diskutieren, die Forderung von 7,50 Euro pro Stunde zu erhöhen. Ein weitere Aufgabe des nächsten DGB-Kongresses: Die Diskussionen über eine DGB-Strukturreform sollen in eine neue Satzung münden, die dann vom Kongress beschlossen werden soll. •

plusminusBERLIN

+ ***Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wünscht sich mehr Frauen in Führungspositionen deutscher Konzerne. In den DAX-Vorständen gebe es nur zwei. „Das bedauere ich", so Merkel gegenüber der ZEIT. Die Wirtschaft sei in punkto Gleichberechtigung „der geschlossenste Bereich der Gesellschaft".***

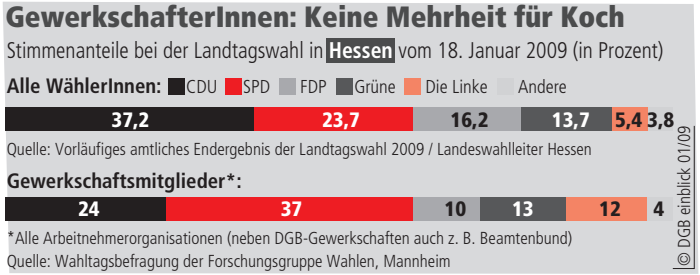
– ***Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wünscht sich mehr Frauen in Führungspositionen deutscher Konzerne. Dafür tun will sie aber wenig. Das sei nicht Aufgabe des Gesetzgebers, sondern „Aufgabe der Wirtschaft selbst" – und sie sei überzeugt, dass sich „in absehbarer Zeit einiges ändern werde".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.ichwillrente.net
Ab 28. Januar online: Portal zu den DGB-Aktionswochen Alterssicherung 2009

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DGB und ver.di: Stellungnahme zur Rundfunkpolitik der EU-Kommission



Zwar konnte die FDP gegenüber der Hessen-Wahl 2008 auch bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen zulegen (+ 4 %), dennoch stimmte nur eine Minderheit der GewerkschafterInnen (34 Prozent) für Schwarz-Gelb. Das hat die Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen ergeben. Mit einem Minus von zwölf Prozentpunkten gegenüber 2008 hat die SPD unter den Gewerkschaftsmitgliedern Terrain verloren. Die höchsten Zuwächse unter den GewerkschafterInnen konnten die Grünen mit plus sechs Prozentpunkten erzielen, die Linke steigerte ihren Stimmenanteil um drei Prozentpunkte.

Entsendegesetz

Mogel-Kompromiss für Zeitarbeit

Lange hat die große Koalition über die Aufnahme weiterer Branchen ins Entsendegesetz diskutiert. Jetzt steht ein Kompromiss. Immerhin: In sechs weiteren Branchen werden bald tariflich festgelegte Mindestlöhne über das Entsendegesetz allgemeinverbindlich – bei Pflegediensten, in Großwäschereien, im Wach- und Sicherheitsgewerbe, bei den Bergbauspezialdiensten, in der Weiterbildungsbranche und in der Abfallwirtschaft.

Weiterhin außen vor bleiben soll jedoch die Zeitarbeitsbranche. Für die LeiharbeiterInnen gibt es auf Drängen der CDU/CSU nur einen Mini-Kompromiss, der nur sehr wenig ändern wird. Über eine Neufassung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes soll eine „Lohnuntergrenze" festgelegt werden – und die soll nach dem Willen der Union dem niedrigsten Tariflohn der Branche entsprechen. Der findet sich derzeit im Tarifvertrag der CGZP, der Tarifgemeinschaft der christlichen Gewerkschaften für die Zeitarbeitsbranche, und liegt deutlich unter den von den DGB-Gewerkschaften ausgehandelten Mindestlöhnen.

Von einem „intelligenten Kompromiss" sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Klausur des DGB-Bundesvorstands am 20. Januar in Neuhardenberg. Die Union habe für sich entschieden, „auch die Tarifautonomie der christlichen Gewerkschaften zu akzeptieren". Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer entgegnete, es sei grundsätzlich positiv, auf repräsentativen Tarifverträgen basierende Lohnuntergrenzen verbindlich festzuschreiben. Das dürften aber nicht „die ‚Unterlaufungstarifverträge' der christlichen Gewerkschaften" sein.

Auch ver.di-Vorstandsmitglied Petra Gerstenkorn kritisierte den Kompromiss für die Zeitarbeitsbranche als „Mogelpackung": Die Bundesregierung überlasse die LeiharbeiterInnen weiterhin einem „Lohnunterbietungswettbewerb". •

in eigener Sache

Im letzten *einblick* (22/2008) bezifferten wir in der **Bildunterschrift zur Grafik auf Seite 1** den Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt auf 13 Prozent. Das wäre angesichts der Diskussion um neue Konjunkturpakete vielleicht wünschenswert – ist aber falsch. Es handelt sich um den ungefähren Anteil der „Konsumausgaben des Staates", wie es in der Grafik selbst korrekt steht.

Konjunkturpaket II

Zu wenig öffentliche Investitionen

Es soll die größte konjunkturpolitische Maßnahme in der Geschichte der Bundesrepublik sein: Die Bundesregierung hat sich zum Beginn des Jahres auf ein zweites Konjunkturpaket geeinigt. 50 Milliarden Euro setzt die große Koalition an – und will damit die BürgerInnen entlasten, die Kaufkraft stärken und öffentliche Investitionen anstoßen.

Doch gerade beim letzten Punkt, den öffentlichen Investitionen, sei das Konjunkturpaket nicht weitreichend genug, kritisieren die Gewerkschaften. Denn das tatsächlich im Paket enthaltene Investitionsvolumen bleibt deutlich unter 20 Milliarden Euro. „Wir haben immer das doppelte Volumen vorgeschlagen", erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Neben den Investitionen umfasst das Paket außerdem Steuererleichterungen und eine Senkung des Beitrags zur Krankenversicherung. Das sei teuer, nicht gegenfinanziert und bringe „für den Konsum und für die Anregung der Konjunktur gar nichts", meint Sommer.

Die Politik müsse in der derzeitigen Situation das zur Verfügung stellen, „was nötig ist, um Arbeitsplätze zu sichern", erklärte Bundesaußenminister und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier am 20. Januar auf der Klausur des DGB-Bundesvorstands in Neuhardenberg. Diesem Anspruch wird das neue Konjunkturpaket nach Meinung der Gewerkschaften nicht voll gerecht. Es schöpfe „nicht alle Möglichkeiten zur Stabilisierung von Konjunktur und Beschäftigung aus", sagt der Erste Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber. Aus Sicht der IG Metall sei eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen um 100 Milliarden Euro für die nächsten drei bis vier Jahre nötig. Auch der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske setzt die notwendigen öffentlichen Investitionen mit 50 Milliarden Euro wesentlich höher an, als sie im Konjunkturpaket angelegt sind. Darüber hinaus regte Bsirske erneut an, den Alg II-Regelsatz auf 420 Euro zu erhöhen und Konsumgutscheine auszugeben.

Was es für die Realwirtschaft bedeutet, wenn die Politik mit ihren Konjunkturpaketen und „Schutzschirmen" angesichts der Finanzkrise zu kurz springt – das hat das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung (IMK) errechnet. Wenn nicht ausreichend gegengesteuert wird, prognostiziert das IMK einen Einbruch der Konjunktur mit einem deutlichen Minus beim Bruttoinlandsprodukt und steigenden Arbeitslosenquoten (siehe Grafik auf Seite 8). •

CSR

Forum für Verantwortung

Die Bundesregierung hat eine Arbeitsgruppe zum Thema „Corporate Social Responsibility" (CSR – sozial verantwortungsvolle Unternehmensführung) unter Federführung des Bundesarbeitsministeriums einberufen. Man wolle mit einer nationalen CSR-Strategie das Thema „gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen" insgesamt, aber auch „Wege und Formen ihrer Wahrnehmung in der breiten Öffentlichkeit sichtbarer machen", heißt es. Über 40 VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden arbeiten im Forum mit. Für den DGB ist DGB-Vorstand Claus Matecki Mitglied der Arbeitsgruppe. Daneben sind auch die IG Metall, ver.di und die IG BCE im Forum vertreten. •

Link zum CSR-Forum der Bundesregierung: www.einblick.dgb.de/links

Trendwende in der Mitgliederentwicklung

Es geht voran

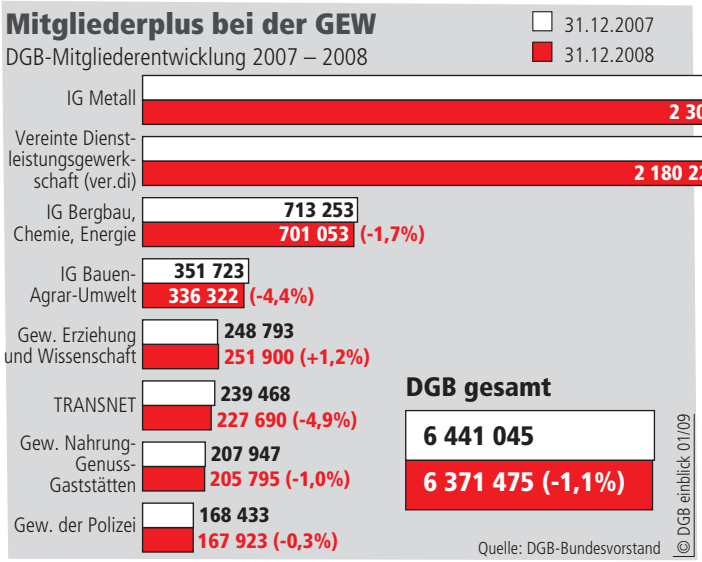
2008 ist es den DGB-Gewerkschaften gelungen, gegenüber dem Vorjahr den Mitgliederrückgang zu halbieren – von 2,2 Prozent auf 1,1 Prozent. Und die GEW konnte sogar ein Mitgliederplus erzielen.

So viel Freude war schon lange nicht mehr bei der alljährlichen Mitgliederbilanz der DGB-Gewerkschaften: 2008 sind im Schnitt fast 1000 Menschen täglich neu in die Gewerkschaft eingetreten. Das ist die höchste Neueintrittsrate seit 2003. So stieg allein bei ver.di die Zahl der Neueintritte um 36,9 Prozent, von 98 529 auf 134 839. Gleichzeitig hat sich der Mitgliederrückgang deutlich verlangsamt, die Null-Linie ist in greifbarer Nähe.

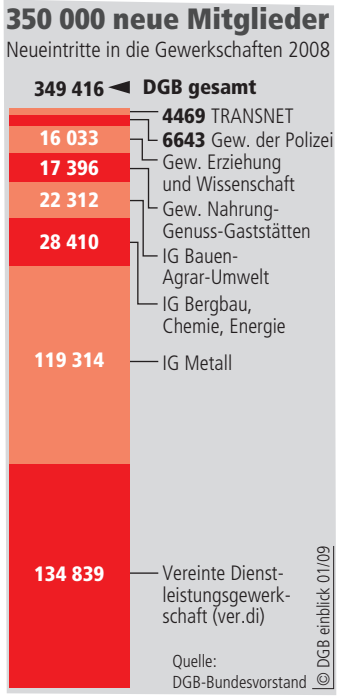
Ende 2008 zählten die acht DGB-Gewerkschaften insgesamt 6 371 475 Mitglieder. Das sind zwar knapp 70 000 weniger als ein Jahr zuvor, doch der Mitgliederschwund hat sich gegenüber 2007 mehr als halbiert. Die angepeilte Trendwende in der Mitgliederentwicklung rückt immer näher.

Klassenprimus ist die GEW: Sie hat bereits den Turnaround geschafft. Ihr ist es als erster DGB-Gewerkschaft seit 1996 gelungen, 2008 ein Mitglieder-Plus (1,2 Prozent) zu erreichen. Aber auch die IG Metall und die GdP haben im letzten Jahr den Mitgliederrückgang gestoppt. So beträgt der Rückgang bei der GdP gegenüber dem Vorjahr gerade mal 0,3 Prozent und bei der größten DGB-Gewerkschaft, der IG Metall, sogar nur 0,2 Prozent. „Aktuell sind etwas mehr als 2,3 Millionen Menschen Mitglied in der IG Metall. Bei einem geringfügigen Minus von 0,2 Prozent oder 5700 Mitgliedern kann man getrost von einer schwarzen Null in der Entwicklung sprechen", erklärte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, bei der Vorstellung der Mitgliederzahlen gegenüber der Presse. Die Zahl der IG Metall-Mitglieder in den Betrieben nahm um 1,6 Prozent zu, die der Jugendlichen um 6,0 Prozent, und bei den Angestellten gab es einen Zuwachs von 3,3 Prozent. „Die IG Metall wird stärker in den Betrieben, wir gewinnen Angestellte. Und die IG Metall wird jünger", fasst Huber zusammen.

Die erfreulichen Veränderungen in der Mitgliederstruktur gelten aber nicht nur für die IG Metall. Bei den Mitgliedern, die aktiv im Berufsleben stehen, konnten die Gewerkschaften 2008 durchweg ein Mitglieder-Plus erzielen. So ist beispielsweise die Mitgliederzahl der IG BCE insgesamt zwar um 1,6 Prozent gesunken, bei den Berufstätigen konnte sie aber ein Plus von 1,7 Prozent erreichen. Besonders stolz ist die IG BCE auf ihre Organisationserfolge bei den Auszubildenden: Über alle Branchen hinweg sind 2008 rund 60 Prozent der neu eingestellten Azubis gleich in die IG BCE eingetreten. Insgesamt ist die Entwicklung im Jugendbereich über alle Gewerkschaften hinweg erfreulich – der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter 27 stieg gegenüber 2007 um 0,4 Prozent auf nun 7,6 Prozent. •



2008 ist es den DGB-Gewerkschaften gelungen, ihren Mitgliederrückgang weiter zu reduzieren. Ausnahme: die Gewerkschaft TRANSNET, die vor allem für den Wechsel ihres ehemaligen Vorsitzenden Norbert Hansen zur Deutschen Bahn abgestraft wurde. Am besten schneidet die GEW ab: Sie hat gegenüber dem Vorjahr mehr als 3000 neue Mitglieder gewonnen. Das ist ein Mitglieder-Plus von 1,2 Prozent.



Knapp 350 000 ArbeitnehmerInnen sind 2008 neu in eine DGB-Gewerkschaft eingetreten, fast 70 000 mehr als im vergangenen Jahr.

Mitglieder-orientierung hat Priorität

Die positiven Ergebnisse in der Mitgliederentwicklung kommen nicht von ungefähr. In den vergangenen Jahren haben die Gewerkschaften ihre Strategien der Mitgliedergewinnung und -bindung optimiert. Mit verschiedenen Konzepten bemühen sich die Gewerkschaften die Interessen der Mitglieder noch mehr als bisher in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu rücken.

So hat beispielsweise die IG Metall auf ihrem Kongress 2007 die Mitgliedergewinnung zum obersten Ziel erklärt. Die Organisationserfolge der letzten Zeit sind erste Früchte der Projekte und Kampagnen im Rahmen ihrer neuen mitgliederorientierten Offensivstrategie, etwa bei der Leiharbeitskampagne.

Um den veränderten Beteiligungswünschen der Beschäftigten gerecht zu werden, forciert die IG BCE seit 2005 vor allem die Zielgruppenarbeit und hat mit passgenauen Angeboten schon einige Organisationserfolge erzielt.

Viele Gewerkschaften, wie etwa die IG BAU oder ver.di, setzen verstärkt auf die Organizing-Strategie nach angelsächsischem Vorbild, um Mitglieder zu aktivieren und neue zu gewinnen. Erste positive Erfahrungen – etwa bei der Lidl-Kampagne – gibt es bereits.

PROJEKTE UND PARTNER

Ruhrfestspiele 2009

Staraufgebot im Pott

Mit einem großen Staraufgebot finden die diesjährigen Ruhrfestspiele vom 1. Mai bis zum 14. Juni in Recklinghausen statt. Oscar-Preisträger Sam Mendes inszeniert mit Tschechows „Der Kirschgarten" und Shakespeares „Ein Wintermärchen" gleich zwei Theaterstücke. Als SchauspielerInnen stehen unter anderem Ethan Hawke, Rebecca Hall und Simon Russell Beale auf der Bühne. Late-Night-Talker und Schauspieler Harald Schmidt ist mit seiner Hamlet-Interpretation „Der Prinz von Dänemark" im Programm. Auch die Kabarettisten Dieter Hildebrandt, Georg Schramm, Hagen Rether und Matthias Deutschmann treten in Recklinghausen auf.

Foto: Ruhrfestspiele

Entertainer Harald Schmidt in „Der Prinz von Dänemark" – einem „Hamlet-Musical"

Zentraler Bestandteil der Ruhrfestspiele sind auch 2009 wieder Lesungen. So liest der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber gemeinsam mit Festspielleiter Frank Hoffmann aus Werken des französischen Dichters Denis Diderot. Weitere Lesungen bestreiten unter anderem Hannelore Elsner, Ben Becker und Franziska Walser.

Die Ruhrfestspiele gehen auf die Solidarität von Bergarbeitern im Ruhrgebiet mit Hamburger Schauspielern im Nachkriegswinter 1946 zurück: Die Kumpel hatten Kohle für die Schauspielhäuser an der Elbe organisiert und somit den Spielbetrieb aufrechterhalten. Zum Dank gaben die SchauspielerInnen Aufführungen für die Arbeiter im Ruhrgebiet. Der DGB und die Stadt Recklinghausen sind Hauptgesellschafter der Ruhrfestspiele. •

www.ruhrfestspiele.de

Ratgeber Leiharbeit

Betriebsräte vermitteln

Leiharbeit und befristete Beschäftigung boomen weiterhin. Die betroffenen ArbeitnehmerInnen sind die ersten, die in der Krise entlassen werden. Betriebsräte müssen immer häufiger zwischen den Interessen der Festangestellten und denen der LeiharbeiterInnen vermitteln. Der Ratgeber „Leiharbeit und befristete Beschäftigung" nimmt sich dieser vielschichtigen Probleme an. Anhand von Betriebs- und Dienstvereinbarungen zeigt Autorin Christine Zumbeck, wie die Interessen aller gewahrt werden können. Dem Buch liegt eine CD-ROM mit Auszügen aus Betriebsvereinbarungen und Vorschlägen zur Umsetzung bei.

Christine Zumbeck: Leiharbeit und befristete Beschäftigung, Bund-Verlag, Frankfurt am Main 2008, 153 S., 12,90 Euro. •

www.bund-verlag.de

Mitbestimmung auf der Schiene

Aufsichtsrat **des Monats**

Aufsichtsrat des Monats im Januar ist **Horst Hartkorn**. Der 54-Jährige ist Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG, Europas größtem Eisenbahnkonzern mit über 230 000 Beschäftigten und über 500 Tochterunternehmen: eine echte Herausforderung für die Mitglieder eines Kontrollgremiums wie dem Aufsichtsrat. Aber TRANSNET-Mitglied Hartkorn hat Erfahrung in der Branche: Er ist Betriebsratsvorsitzender der S-Bahn Hamburg GmbH. Wie er die Unternehmensmitbestimmung im DB-Konzern erlebt, beschreibt Horst Hartkorn in unserem Fragebogen auf der Aktionsseite online: *www.dgb.de/aufsichtsrat*

Im vergangenen Jahr hat der DGB die Aktion „Aufsichtsrat des Monats" gestartet. Das Ziel: der Unternehmensmitbestimmung ein Gesicht geben. Jeden Monat wird im Rahmen der Aktion ein Aufsichtsratsmitglied der „Arbeitnehmerbank" porträtiert – anhand eines Fragebogens, der zeigt, wie sie arbeiten, was sie beschäftigt und wie sie über ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat denken.

Info-Flyer

Mitbestimmung durchsetzen

Was tun, wenn der Arbeitgeber ständig Mitbestimmungsrechte umgeht? Gerade in kleinen und mittleren Betrieben haben es Betriebsräte nicht leicht, ihre Rechte durchzusetzen. Ein Flyer der DGB Rechtschutz GmbH erklärt kurz und prägnant, wie ein Beschlussverfahren eingeleitet werden kann und was dabei zu beachten ist. Der Themen-Flyer kann beim DGB Rechtsschutz bestellt werden. Ab 100 Exemplaren fallen Porto- und Versandkosten an. •

info@dgbrechtsschutz.de

Fachtagung

Mobil gegen Mobbing

Mobbing ist ein sensibles Thema – und immer noch ein großes Problem in der Arbeitswelt. Nicht nur die Betroffenen leiden – sondern der gesamte Arbeitsprozess in einem Unternehmen wird nachhaltig durch Mobbing beeinträchtigt. Das DGB-Bildungswerk informiert auf der Tagung „Gute Arbeit – Konfliktmanagement gegen Mobbing" vom 11. bis zum 13. März in Hattingen umfassend zum Thema. •

www.dgb-bildungswerk.de

interregio

••• Der ***DGB Bremen*** lädt am 7. Februar anlässlich des 90. Jahrestags der Gründung der Bremer Räterepublik zum ***Forum*** „What's left? Krise des Kapitalismus – Aufschwung für linke Politik?" ein. Angesichts der weltweiten Finanzkrise und des Rufs nach staatlicher Intervention soll diskutiert werden, was linke Politik heute ist und wie sie den aktuellen Krisen begegnen kann. Gleichzeitig gedenken Gewerkschaften, SPD und andere linke Organisationen ihrer gemeinsamen Geschichte und der Bremer Räterepublik. In den Foren wird über die politische Praxis, politische Gestaltungsmöglichkeiten in Betrieben und direktere Formen der Demokratie diskutiert.

www.dgb-bremen.de

••• Das ***Wissenschaftssymposium*** von ***GEW*** und ***DGB NRW*** sowie der Ruhruniversität Bochum steht dieses Jahr unter dem Motto „Länger gemeinsam lernen! Neue Befunde aus der Forschung". Am 29. Januar wird über den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg diskutiert. In den Foren werden Erkenntnisse zu positiven Effekten des längeren gemeinsamen Lernens präsentiert und die Herausforderungen für LehrerInnen, SchülerInnen und Schulen analysiert. *www.nrw.dgb.de*

PAPI, ICH WÜNSCHE MIR EINEN NEUEN KÜHLSCHRANK.
Und von den gesparten Stromkosten Ferien auf dem Ponyhof!
verbraucherzentrale
Wie Strom sparen?
Energieberatung in Ihrer Verbraucherzentrale:
09001-3637443*
Spargeräte finden Sie unter www.test.de/spargeraete
Wie viel sparen Sie mit einem neuen Gerät?
Die Deutsche Energie-Agentur informiert: www.stromeffizienz.de
*0,14 Euro/Min. aus dem dt. Festnetz, abweichende Preise für Mobilfunkteilnehmer.
KLIMASCHUTZINITIATIVE DES BMU
Klima schutz zahlt sich aus!
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Eine Initiative des Bundesumweltministeriums für mehr Klimaschutz

kurz&bündig

Die IG BAU hat anlässlich des Jubiläums „100 Jahre Landarbeitergewerkschaft" eine Sonderausgabe der Mitgliederzeitschrift „Grundstein" herausgegeben. Sie beschreibt die historische Entwicklung zu einer „modernen Umweltgewerkschaft", für die die Themen Arbeit und Umwelt kein Widerspruch sind.
Download: www.igbau.de

IG BCE, IG Metall und die Betriebsräte der Continental AG und der Schaeffler-Gruppe haben anlässlich des Einstiegs von Schaeffler bei Continental eine gemeinsame Fünf-Punkte-Erklärung verfasst. Unter anderem wehren sie sich dagegen, dass Schaeffler Schulden auf Continental überträgt, um so den Kauf der Continental-Aktien zu finanzieren.

Der Arbeitskreis Forschung und Entwicklung der IG Metall kritisiert die Arbeits- und Innovationsbedingungen für ForscherInnen in Deutschland – und macht im Thesenpapier „Forschung und Entwicklung: Mehr Freiraum für Innovationen" Vorschläge, um die Situation zu verbessern.
Download: www.igmetall.de

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg hat Politik und Wirtschaft dazu aufgerufen, sich der Sicherung der Welternährung – auch in Entwicklungs- und Schwellenländern – zu verpflichten. Dazu sei eine Balance von ökologischen, sozialen und ökonomischen Prinzipien in der Landwirtschaft notwendig.

ver.di

Gerechte Steuern für die Zukunft

Fast 500 Milliarden Euro sind nach Berechnungen von ver.di in den vergangenen Jahren den Reichen und „Superreichen" an Steuergeschenken gemacht worden – Gelder, die der öffentlichen Hand jetzt fehlen. Wie in Zukunft ein handlungsfähiger Staat gewährleistet werden kann und eine Rückkehr zu einer gerechten Besteuerung von Vermögen aussieht, zeigt der ver.di-Bereich Wirtschaftspolitik in einer aktuellen Broschüre. Unter dem Titel „Konzept Steuergerechtigkeit – Gerechte Steuern für mehr Zukunftsvorsorge" gibt es konkrete und nachhaltige Vorschläge für einen Wandel in der Steuerpolitik: beispielsweise eine Finanztransaktionssteuer oder eine höhere Besteuerung großer Erbschaften. Die Broschüre kann kostenlos im Internet heruntergeladen werden. •

www.wipo.verdi.de

IG Metall-Broschüre

Gendersprache leicht gemacht

Rund ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder ist weiblich – damit haben die Gewerkschaften ihr Organisationspotenzial unter den erwerbstätigen Frauen längst nicht ausgeschöpft. Eine Ursache dafür sind Defizite bereits in der Ansprache von Frauen. Das hat die IG Metall im Rahmen ihres Gender Mainstreaming-Projektes analysiert. Dabei ist es kein Zauberwerk, Öffentlichkeitsarbeit so zu gestalten, dass sie Frauen und Männer gleichermaßen anspricht. Das will die IG Metall mit ihrer Handreichung „Gendersprache" zeigen. Sie gibt Tipps für die Gestaltung von Texten sowie die Auswahl von Bildern und enthält Checklisten für Planung und Durchführung von Veranstaltungen. •

Link zum Download: www.einblick.dgb.de

Foto: IG Metall

Bei einer „Guerilla-Lichtaktion" hat die IG Metall im Dezember den Spruch „Gestern waren wir das Jobwunder, jetzt werden wir arbeitslos" auf die Wände des Kanzleramts in Berlin projiziert, um auf die Situation der LeiharbeiterInnen angesichts der Finanzkrise aufmerksam zu machen. Wie es der Kanzlerin gefiel, ist nicht bekannt.
Video zur Aktion: www.arbeitslose-leiharbeiter.de

2009: Das Gewerkschaftsjahr auf einem Blick

28.1.	Auftakt der DGB-Aktionswochen Alterssicherung 2009, Berlin
4.2.	IG BCE, Energie- und tarifpolitische Tagung, Hannover
9.2.	DGB-Regionalkonferenz im Rahmen der DGB-Aktionswochen Alterssicherung 2009 mit Frank Bsirske, Leipzig
8.3.	Internationaler Frauentag
21.3.	DGB-Regionalkonferenz Alterssicherung mit Klaus Wiesehügel, Bochum
25./26.3.	IG Metall, Automobilkonferenz, Berlin
28.3.	DGB-Regionalkonferenz Alterssicherung, Mannheim
28.3.-4.4.	Fahrrad-Tour im Rahmen der DGB-Aktionswochen Alterssicherung von Mannheim nach Berlin
30.3.	DGB-Bezirk West, Europa-Konferenz, Trier
25.-29.4.	GEW, Gewerkschaftstag, Nürnberg
28./29.4.	IG Metall, Konferenz „Zukunft der Alterssicherung", Berlin
1.5.	DGB, zentrale 1. Mai-Kundgebung, Bremen
1.5.-14.6.	Ruhrfestspiele, Recklinghausen
14./15. 5.	DGB, Kapitalismuskongress, Berlin
16.5.	DGB, Großdemonstration, Berlin
6.6.	Europawahl
26.6.	IG Metall und IG BCE, Industriepolitische Konferenz, Oberhausen
30.8.	Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und im Saarland
1.9.	Antikriegstag
14.-17.9.	IG BAU, Gewerkschaftstag, Berlin
27.9.	Bundestagswahl und Landtagswahl in Brandenburg
11.-16.10.	IG BCE, Gewerkschaftskongress, Hannover
17./18.11.	DGB, Schöneberger Forum, Berlin

Im „Superwahljahr" 2009 wollen DGB und Gewerkschaften wichtige Themen setzen. Neben dem Engagement für einen gesetzlichen Mindestlohn soll auch der Protest gegen die „Rente mit 67" noch einmal zugespitzt werden: Im Januar ist Auftakt für die DGB-Aktionswochen Alterssicherung 2009, bis April folgen Regionalkonferenzen, Demos und Aktionen. Ein „Wahljahr" wird 2009 vor allem auch für GEW, IG BAU und IG BCE, die in diesem Jahr auf Gewerkschaftstagen ihre Vorstände neu wählen. Weitere Termine: www.einblick.dgb.de

MEINUNG

Trendwende-Projekt „Mitbestimmung & Teilhabe"

Beteiligung sichert Zukunftsfähigkeit

Die Veränderungen in der Arbeitswelt erfordern neue Formen der Beteiligung von Beschäftigten und Gewerkschaftsmitgliedern. Mit einer stärker beteiligungsorientierten Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit können die Gewerkschaften nur gewinnen. Davon ist Heike Kauls, DGB, überzeugt.

Die Industriegesellschaften sind seit Jahren einem starken Wandel unterworfen. Nicht nur die fortschreitende Internationalisierung der Wirtschaft und der Shareholder-Value-Kapitalismus stellen Gewerkschaften und Betriebsräte vor immer neue Herausforderungen. Auch die Ansprüche der Beschäftigten an ihre Interessenvertretung haben sich deutlich verändert. **Sie wollen mitreden,** wenn es um ihre berufliche Zukunft geht, und sie wollen ihre Kompetenzen und ihr Wissen im Betrieb stärker einbringen. Insbesondere die wachsende Gruppe an WissensarbeiterInnen, die über größere Handlungsspielräume verfügen und mehr Verantwortung tragen, erwartet mehr Mitsprache in ihrem betrieblichen Alltag.

Die im Rahmen der Initiative Trendwende 2007 durchgeführte repräsentative Potenzialanalyse unter Beschäftigten bestätigt diesen Befund. Danach wünschen sich viele Gewerkschaftsmitglieder mehr Möglichkeiten der aktiven Beteiligung. In einer Zeit, in der Betriebsräte und Gewerkschaften immer wieder aufs Neue um Akzeptanz und Unterstützung bei den Beschäftigten werben müssen, sollten sie **diese Chance zur Mitgliederbindung und -gewinnung stärker nutzen.** Mit neuen erweiterten Formen der Beteiligung können sie dieses Potenzial nutzen und zugleich auf die veränderten Anforderungen in der Arbeitswelt eingehen. Mehr Mitsprache- und Teilhabechancen sind die Basis für eine bessere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und für eine größere persönliche Beteiligung der Beschäftigten. Das setzt eine stärkere Einbeziehung ihrer Interessen und Bedürfnisse voraus und führt zu einem nachhaltigeren Engagement als traditionelle Stellvertreterpolitik.

Im Rahmen des Trendwende-Projektes „Mitbestimmung & Teilhabe" haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften über zwei Jahre lang Partizipationsansätze in der Arbeit von Betriebsräten und Vertrauensleuten erprobt. Es hat sich gezeigt: Partizipation hat eine vertrauensbildende und identitätsstiftende Wirkung, weil die Beschäftigten einbezogen werden und für sie wichtige Lösungsvorschläge einbringen können. **Partizipation fördert den Kontakt und die Kommunikation** zwischen den einzelnen Gruppen, was nicht in allen Betrieben selbstverständlich ist. Partizipation fordert auch, die Perspektive des Anderen einzunehmen, eine Fähigkeit, die in betrieblichen Aushandlungsprozessen von hoher Bedeutung ist. Durch beteiligungsorientierte Arbeit kann die Basis der aktiv Beteiligten deutlich erhöht werden, denn am Ende dieses Prozesses stehen Beschäftigte, die durch ihre Mitarbeit Veränderungen bewirkt haben, von denen sie

Heike Kauls, 45, Bereichsleiterin für Energie- und Umweltpolitik beim DGB-Bundesvorstand, leitet das Projekt „Mitbestimmung und Teilhabe" im Rahmen der gewerkschaftsübergreifenden Initiative Trendwende.

überzeugt sind und die sie mittragen. Nicht zuletzt eröffnet sich den Beteiligten dadurch eine neue Dimension der Sinnhaftigkeit von Betriebsräten und Gewerkschaften.

Partizipation führt auch zu positiven Effekten für die Betriebsräte. Zum einen können sie im Laufe eines solchen Prozesses von dem Druck entlastet werden, fortwährend Lösungen bereitstellen zu müssen, sondern diese werden gemeinsam mit den Beschäftigten erarbeitet. Zum anderen können sie die gute Erfahrung machen, stärker durch ihre Belegschaft gestützt zu werden, und können so gemeinsam mit den Beschäftigten ihre Interessen wirkungsvoller durchsetzen. Gewerkschaftsarbeit muss diesen **Nutzen für die Beschäftigten und Betriebsräte stärker herausstellen** und die veränderten Anliegen der Menschen in ihre Arbeit integrieren.

Beteiligung MACHT stark und eröffnet neue Handlungsoptionen – sei es in der Erarbeitung gemeinsamer Ziele und Lösungen oder in der Durchsetzung gemeinsamer Interessen. Und darum ist sie ein wichtiger Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften. Denn nur mit gut organisierten Belegschaften, aktiven Vertrauensleuten und starken Betriebsräten kann dem wachsenden Druck für den Abbau von Arbeitnehmerrechten und sozialer Sicherung etwas entgegengesetzt werden. Neben politischen Konzepten und guten Argumenten ist vor allem das Engagement der Beschäftigten von Nöten. Mit einer beteiligungsorientierten Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit **kann diese MACHT zurück gewonnen werden.** •

Beteiligung MACHT stark

Das Projekt „Mitbestimmung & Teilhabe" ist eines von sieben Projekten der 2005 gestarteten, gewerkschaftsübergreifenden Initiative Trendwende. Ihr Ziel ist es, Leistungsfähigkeit und Attraktivität von DGB und Gewerkschaften zu erhöhen. Dabei geht es darum, neue Formen der Mitgliedergewinnung und -ansprache sowie der Zusammenarbeit von DGB und Gewerkschaften zu entwickeln und das Image der Gewerkschaften zu verbessern.

Im Rahmen des Teilprojektes „Mitbestimmung am Arbeitsplatz" wurden 13 Thesen für eine Weiterentwicklung einer beteiligungsorientierten Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit formuliert. Sie knüpfen an vielerlei Ansätze der Gewerkschaften an, ihre Politik mitgliedernäher zu gestalten – von mitgliederorientierten Kampagnen der IG Metall über die Zielgruppenarbeit der IG BCE bis hin zu Organizing-Projekten etwa bei der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di oder der IG BAU (siehe Seite 3).

Im Internet

www.einblick.dgb.de
Beteiligung MACHT stark – Thesenpapier der Projektgruppe „Mitbestimmung am Arbeitsplatz" im Rahmen des Trendwende-Projektes „Mitbestimmung & Teilhabe" als pdf-Datei zum Download

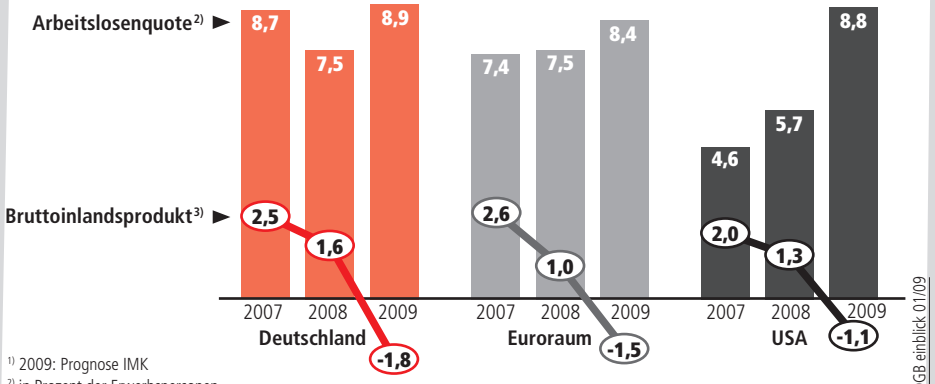
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

KONJUNKTUR: Massives Programm notwendig

Die Finanzkrise schlägt auf die Wirtschaft durch. Die Auswirkungen für Deutschland, den Euroraum und die USA: ein Minus beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) und steigende Arbeitslosenquoten. Das prognostiziert das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung (IMK). Die Politik habe aber noch die Chance, aus dem BIP-Minus ein Plus zu machen, so das IMK: In Deutschland wäre das mit einem Konjunkturprogramm von 50 Milliarden Euro möglich. www.boeckler.de/imk

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquote in Deutschland, Euroraum und USA 2007-2009[1]



[1] 2009: Prognose IMK
[2] in Prozent der Erwerbspersonen
[3] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Quelle: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

personalien

••• ***Martin Benner,*** 41, bisher Redakteur in der Wirtschaftsredaktion von Deutsche Welle TV (DW-TV), ist seit dem 1. Dezember 2008 Mitarbeiter in der Pressestelle des DGB Rheinland-Pfalz.

••• ***Christian Lauschke,*** 31, Projektkoordinator beim DGB-Bundesvorstand, ist seit dem 1. Januar persönlicher Referent von DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Die laufenden Projekte der Initiative Trendwende koordiniert Christian Lauschke weiterhin.

••• ***Kai Lindemann,*** 40, Politologe, bisher im Bereich Gesellschaftspolitik und Grundsatzfragen beim DGB-Bundesvorstand tätig, davor Referatsleiter Planung und Koordinierung beim DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg, ist ab dem 1. Februar Internet-Wissenschaftsredakteur bei der Internetredaktion des DGB-Bundesvorstands.

••• ***Andreas Henke,*** 39, Politikwissenschaftler und Journalist, ist seit 1. Oktober 2008 neuer Pressesprecher des ver.di-Landesbezirks Baden-Württemberg. Davor war er als ver.di-Sekretär mit verschiedenen Aufgaben betraut, unter anderem mit der Pressearbeit für den Bereich Öffentlicher Dienst.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Angaben nach § 7 a des Berliner Pressegesetzes: An der Graewis Verlag GmbH sind beteiligt: Anne Graef, Journalistin, Berlin (55 Prozent), Dr. Peter Wilke, Diplom-Volkswirt, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (18 Prozent), Klaus Maack, Diplom-Wirtschaftsingenieur, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (17 Prozent), Timm Steinborn, Journalist, Berlin (10 Prozent).

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

27.1. Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

27.1.-1.2. Weltsozialforum, Belem (Brasilien)

28.1. ver.di, Diskussion „Wege und Irrwege aus der Krise des Finanz-Kapitalismus", Berlin

28.1. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Wirtschaftskrise global – rettet uns die Finanzpolitik in Deutschland und Europa?", Magdeburg

29.1. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Arbeitszeit im Dialog zwischen Forschung und Praxis", Duisburg

29.1. DGB NRW, GEW NRW und Ruhruniversität Bochum, Wissenschaftssymposium 2009 „Länger gemeinsam lernen! Neue Befunde aus der Forschung", Bochum

29.1. Netzwerk Ressourceneffizienz, 3. Netzwerkkonferenz „Erfolgreiche Nachhaltigkeit", Berlin

3.2. DGB NRW, Veranstaltung „LebensWert – im Mittelpunkt der Mensch", Dortmund

3.2. GdP, Bundesweiter Polizeiaktionstag, Protestmarsch in Hannover mit Konrad Freiberg, Hannover

5.2. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Betriebsschließungen, Standortverlagerungen und Handlungsstrategien der Interessenvertretungen", Düsseldorf

Schlusspunkt.

„Die Satzung der IG Metall ist nicht in der Lage, den Tod zu verbieten."

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, am 16. Januar zur Entwicklung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaft.

Familienzuschlag

Entzug erst bei Hinderniskenntnis

Der kindbezogene Familienzuschlag darf von einem Soldaten erst ab dem Zeitpunkt zurückverlangt werden, von dem an er von der anderen Abstammung des bisher für leiblich gehaltenen Kindes weiß.

Der Fall: Der Soldat wurde im Juli 2006 geschieden. Während der Ehe war 2003 ein Sohn geboren worden. Im Mai 2005 trennten sich die Eheleute; seitdem lebt das Kind im Haushalt der Mutter. Mitte 2006 erfuhr der Betroffene, dass seine geschiedene Frau während der Empfängniszeit ein Verhältnis mit einem anderen Mann hatte, von dem das Kind abstamme. Deshalb focht er seine Vaterschaft an. Im Februar 2007 stellte das Amtsgericht fest, dass der Soldat nicht der leibliche Vater ist. Die Wehrbereichsverwaltung forderte daraufhin den gezahlten kindbezogenen Familienzuschlag ab Juli 2006 zurück. Die Klage dagegen hatte Erfolg.

Das Verwaltungsgericht: Der Soldat hat zwar in der Zeit von Juli 2006 bis Januar 2007 keinen Anspruch auf kindbezogenen Familienzuschlag gehabt, da das Kind kein leiblicher Sohn ist. Er kann sich aber darauf berufen, dass er den überzahlten Betrag von ca. 91,- Euro monatlich für seinen Lebensunterhalt verwendet habe. Dem steht nicht entgegen, dass er es bereits ab Sommer 2006 für möglich gehalten hat, nicht der leibliche Vater zu sein, denn tatsächliche Kenntnis davon hat er erst im Januar 2007 erhalten. Es ist ihm zudem nicht zumutbar gewesen, seinen Dienstherrn von dem anhängigen Vaterschaftsprozess zu unterrichten, damit dieser die Zahlung unter Vorbehalt hätte stellen können. Solange die Untreue der Kindsmutter nicht feststand, hat er diesen Umstand des innersten privaten Bereichs, nicht offenbaren müssen.

Verwaltungsgericht Neustadt,
Urteil vom 17. November 2008 - 3 K 666/08.NW

Schalke 04

Rechtsradikale Musik Kündigungsgrund

Veranstaltet ein für ein Fußball-Fanprojekt Verantwortlicher rechtsradikale Konzerte, so begründet dies eine fristlose Kündigung.

Der Fall: Der Sozialarbeiter war seit 1996 beim Gelsenkirchener Fußballverein als hauptamtlicher Mitarbeiter im Rahmen eines Fußball-Fanprojekts beschäftigt. Der Arbeit im Fanprojekt liegt das nationale Konzept „Sport und Sicherheit" zugrunde. Ziel ist es unter anderem, Gewalt einzudämmen und extremistische Orientierungen abzubauen. Der Sozialarbeiter veranstaltete ab 1996 in unregelmäßigen Abständen Musikveranstaltungen mit rechtsradikaler Musik. Als der Fußballverein davon erfuhr, kündigte er dem Sozialarbeiter fristlos. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Die in den Musikveranstaltungen auftretenden Musikgruppen sind eindeutig der rechten Szene zuzuordnen. Als Leiter des Projektes hatte der Sozialarbeiter auch repräsentative Funktionen gegenüber anderen gesellschaftlichen Institutionen wahrzunehmen. Die Eignung dafür hat er durch sein außerdienstliches Verhalten in Frage gestellt. Obwohl er gegen extremistische Orientierungen arbeiten sollte, hat er in seiner Freizeit rechtsextreme Musik nicht lediglich privat gehört und sich mit ihr auseinander gesetzt, sondern sie nach außen ohne kritische Distanz verbreitet. Da dieser Widerspruch für ihn auch erkennbar gewesen ist und er nicht damit habe rechnen können, dass der Arbeitgeber dies hinnimmt, hat es einer vorherigen Abmahnung nicht gedurft.

Landesarbeitsgericht Hamm,
Urteil vom 4. November 2008 - 14 Sa 157/08

Kündigung

Klage innerhalb drei Wochen

Will ein Arbeitnehmer gegen die Kündigung seines Arbeitsverhältnisses vorgehen, muss er innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Zugang der schriftlichen Kündigung Klage beim Arbeitsgericht erheben. War er verhindert, die Klage rechtzeitig zu erheben, so kann er unter bestimmten Bedingungen beantragen, die Klage nachträglich zuzulassen. Hat der Arbeitnehmer allerdings die Klage verschuldet zu spät erhoben, gilt die Kündigung als von Anfang an rechtswirksam. Hat sein Prozessbevollmächtigter die Fristversäumnis verschuldet, so ist dieses Verschulden dem Arbeitnehmer zuzurechnen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 11. Dezember 2008 - 2 AZR 472/08

Befristetes Arbeitsverhältnis

Auch bei Mitgliedschaft im Betriebsrat

Ein befristetes Arbeitsverhältnis ist auch zulässig, wenn der Arbeitnehmer Mitglied im Betriebsrat ist. Der Arbeitgeber ist daher auch nicht verpflichtet, allein wegen der Betriebsratstätigkeit einen befristeten Arbeitsvertrag zu verlängern.

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 8. August 2008 - 9 Sa 145/08

Reha-Maßnahme

Wünsche des Patienten beachten

Ist zur Stabilisierung des Gesundheitszustandes eine ambulante Behandlung nicht mehr ausreichend, besteht Anspruch auf stationäre Rehabilitation. Bei der Auswahl unter den zugelassenen Reha-Einrichtungen sind den berechtigten Wünschen der Versicherten Rechnung zu tragen. Insbesondere sind Lebenssituation, Alter und sonstige Bedürfnisse des Leistungsberechtigten zu berücksichtigen.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 28. August 2008 - L 1 KR 2/05

Alkohol im Straßenverkehr

Fahrrad gilt auch als Fahrzeug

Wird ein Fahrzeug im Straßenverkehr mit einer Blutalkoholkonzentration von 1,6 Promille oder mehr geführt, so ordnet die Fahrerlaubnisbehörde die Einholung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens an. Dabei gilt auch ein Fahrrad als Fahrzeug. Denn bei 1,6 Promille ist es gerechtfertigt, auf einen chronischen Alkoholkonsum zu schließen. Die Begutachtung dient dann dazu, das künftige Alkoholtrinkverhalten zu beurteilen, insbesondere die Fähigkeit zum Trennen von Trinken und Fahren.

Verwaltungsgericht Mainz,
Beschluss vom 12. Februar 2008 - 7 L 34/08.MZ

Betriebsübergang

Gesamtzusage geht über

Die aus einer Gesamtzusage gegenüber dem einzelnen Arbeitnehmer erwachsene Verpflichtung geht bei einem Betriebsübergang auf den Erwerber über.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 4. Juni 2008 4 AZR 421/07

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 09.02.2009 2/09

DGB

Hartz IV

Richter sehen Reformbedarf

Jedes Jahr vermeldet das Bundessozialgericht (BSG) neue Rekordzahlen von Klagen zum Sozialgesetzbuch II (SGB II) – also zu Hartz IV. Im Januar schlugen die obersten Sozialrichter jetzt endgültig Alarm: Fast 175 000 neue Klagen in erster Instanz im Jahr 2008. „Reformen bringen immer Klärungsbedarf mit sich, aber das hat alle überrascht", fasste BSG-Präsident Peter Masuch die Erfahrungen mit den Hartz-Gesetzen zusammen. Masuch richtete erstmals ungewöhnlich deutliche Worte an die Politik. Es müsse überlegt werden, „ob der Gesetzgeber durch Neuregelungen nicht mehr Klarheit schaffen kann", sagte Masuch.

Soll heißen: Die Kasseler Richter halten eine „Reform der Reform" für notwendig – um bisher im SGB II nicht eindeutig formulierte Hartz-IV-Regelungen zu korrigieren, die besonders häufig zu Klagen führen. Dazu gehören laut Masuch vor allem die Anrechnung von Einkommen und Vermögen bei der Berechnung von Leistungen sowie die Kostenübernahme für Unterkunft und Heizung. Auch die inzwischen rund einhundert höchstrichterlichen Entscheidungen des Bundessozialgerichts zur Arbeitsmarktreform finden sich immer noch nicht im Gesetzestext wieder: Es gibt deutlichen Nachholbedarf für die Bundesregierung.

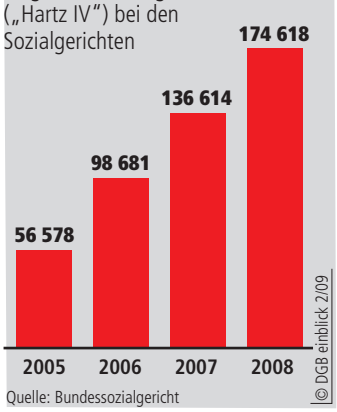
Aber nicht nur im Gesetzestext kommen die Entscheidungen des BSG nicht an – auch die für Hartz IV zuständigen Stellen, die ARGEn, würden die Urteile oft weder zur Kenntnis nehmen noch umsetzen, kritisiert BSG-Vizepräsidentin Ruth Wetzel-Steinwedel. Ein Vorwurf, den die Bundesagentur für Arbeit (BA) postwendend zurückwies. Die BA achte jederzeit auf die „aktuelle höchstrichterliche Rechtssprechung", erklärte ein Behördensprecher.

Trotzdem landen immer wieder Fälle zu Rechtsfragen vor deutschen Sozialgerichten, die längst vom BSG verhandelt und entschieden wurden. Die Schuld dafür trifft aber nicht die SachbearbeiterInnen und „FallmanagerInnen" in den ARGEn, meint ver.di-Sprecher Jan Jurczyk. „Die Beschäftigten in den ARGEn sind völlig überlastet. Der Betreuungsschlüssel wird immer schlechter, während permanent neue Aufgaben auf die MitarbeiterInnen zukommen", erklärt Jurczyk. „Darunter leiden Ratsuchende und Beschäftigte gleichermaßen."

Die Bundesregierung sorgt aber weder beim Personalstand für Verbesserungen, noch stoppt sie die „Klageflut" durch eine klarere Gesetzgebung. Stattdessen hat sie im letzten Jahr versucht, durch eine Reform des Sozialgerichtsgesetzes die Sozialgerichte zu entlasten: Unter anderem durch eine Anhebung der „Berufungssumme", die den finanziellen Streitwert festlegt, ab dem KlägerInnen nach einer Niederlage in der ersten Instanz in Berufung gehen können. Und da es bei Hartz-IV-Klagen häufig um niedrige Streitwerte geht, könnten so immer mehr Betroffene die Möglichkeit zur Berufung in ihrem Streitfall verlieren. •

Trauriger Rekord

Neue Verfahren in erster Instanz zu Fragen des Sozialgesetzbuchs II („Hartz IV") bei den Sozialgerichten



Quelle: Bundessozialgericht

Seit Einführung der Hartz-Gesetze ist die Zahl der Klagen gegen Hartz IV-Regelungen Jahr für Jahr sprunghaft gestiegen.

plusminusBERLIN

+ *Florian Toncar (FDP) fordert angesichts des aktuellen UN-Menschenrechtsberichts von der Bundesregierung mehr Anstrengungen im Flüchtlingsschutz. Probleme wie der fehlende Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen für Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus hätten längst gelöst sein müssen.*

– *CSU-Familienexperte Johannes Singhammer findet eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder zwar gut, gleichzeitig müssten aber auch Familien mit „höherem Einkommen" durch Steuerfreibeträge entlastet werden. Sonst würden „wieder einmal" Familien getroffen, die „viel und hart arbeiten".*

inhalt

Seite 2

Zu spät gemeldet

Über ein Drittel aller „Sperrzeiten" beim Arbeitslosengeld wird nur deshalb verhängt, weil sich die Betroffenen nicht rechtzeitig als „arbeitsuchend" melden

Seite 3

Zu wenig Investitionen

Wie viel einer Gesellschaft Bildung wert ist, zeigt sich vor allem in den Investitionen in das Bildungswesen – hierzulande scheinbar nicht viel

Seite 7

Neue Strategien

Neonazis fischen nicht mehr nur am gesellschaftlichen Rand, sondern richten ihre Agitation zusehends auf die Mitte aus. Das erfordert neue Strategien im Kampf gegen Rechts, meint Sebastian Wertmüller

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.youtube.com/ilotv

Youtube-Kanal der Internationalen Arbeitsorganisation ILO

Hintergrund

www.einblick.dgb.de

Sonderinfo des DGB für BeamtInnen über die Tarif- und Besoldungsrunde 2009

DGB-Aufruf

Naziaufmarsch stoppen

Die DGB-Region Dresden/Oberes Elbtal und das Kulturbüro Sachsen e.V. rufen am 14. Februar zur Demonstration „Geh denken" in Dresden auf. Anlass ist der geplante Aufmarsch europäischer Rechtsextremisten zum Gedenken an die Bombardierung der Elbstadt im Zweiten Weltkrieg. Wie in den Vorjahren hoffen die Initiatoren von „Geh Denken" darauf, die Nazi-Kundgebung „friedlich und entschlossen" blockieren zu können.

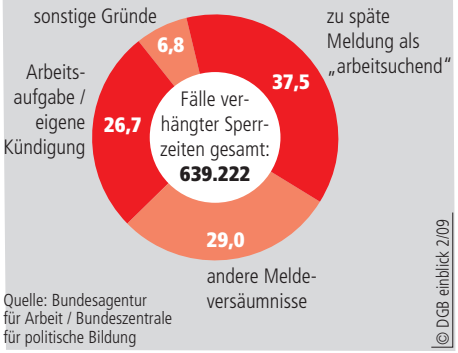
Alle DemokratInnen müssten sich denen entgegen stellen, die die unveräußerlichen Menschen-

rechte mit Füßen treten und die Demokratie beseitigen wollen, heißt es im Aufruf zur Demonstration. Auf der zentralen Kundgebung werden unter anderem der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sprechen. •

www.geh-denken.de

Ein Drittel meldet zu spät

Anteil der Gründe für verhängte Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld 2007 (in Prozent)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Bundeszentrale für politische Bildung

© DGB einblick 2/09

Über ein Drittel aller Sperrzeiten, bei denen die Arbeitsagenturen die Zahlung des Arbeitslosengeld I vorübergehend einstellen, wird nur deshalb verhängt, weil sich die Betroffenen vor ihrer Arbeitslosigkeit nicht rechtzeitig als „arbeitsuchend" gemeldet haben. In manchen Agenturbezirken der Bundesagentur für Arbeit (BA) gilt das sogar für etwa die Hälfte aller Sperrzeiten-Fälle.
Nach geltendem Recht müssen ArbeitnehmerInnen sich spätestens drei Monate vor einer möglichen Arbeitslosigkeit bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) als arbeitsuchend melden – zum Beispiel wenn eine Kündigung vorliegt, aber auch, wenn ein befristeter Vertrag ausläuft und eine Weiterbeschäftigung noch nicht garantiert ist. Erfolgt diese Meldung zu spät, kann die BA eine „Sperrzeit" verhängen: In der ersten Woche der Arbeitslosigkeit gibt es dann kein Geld.
Die Meldung kann telefonisch bei der BA abgegeben werden: 0180 1 555111 (Mo. bis Fr., 8 bis 18 Uhr, Festnetz 3,9 Cent/Min.)

Leiharbeit

Kurzarbeit nutzen

Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurden auch die Kurzarbeitsregelungen neu gestaltet. Die von der aktuellen Wirtschaftskrise bereits betroffene Leiharbeitsbranche nutzt Kurzarbeit aber bisher kaum, um Entlassungen zu vermeiden. Nach Einschätzungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben die „Verleiher" seit Frühjahr 2008 bereits bis zu 120 000 LeiharbeiterInnen entlassen, aber bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) bis zum Januar nur für 2300 Arbeitskräfte Kurzarbeit angemeldet. Das zeige, „dass die Branche der sozialen Verantwortung für ihre Beschäftigten nicht gerecht wird, im Unterschied zu vielen anderen Unternehmen, die mit Kurzarbeit die schwierige Zeit zu überbrücken versuchen", erklärt DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Stattdessen walze die Branche ihre Verantwortung „auf die Betroffenen und die Arbeitslosenversicherung ab". •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Ausbildungsmarkt

Schutzschild für Ausbildung

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise schlägt auch auf den deutschen Ausbildungsmarkt durch: 2008 wurden bereits fast 10 000 Ausbildungsverträge weniger abgeschlossen als noch ein Jahr zuvor. Von den über 600 000 gemeldeten BewerberInnen, konnte gerade einmal die Hälfte eine betriebliche Ausbildung beginnen. Angesichts dieser Entwicklung würden die „üblichen Ankündigungen" und Selbstverpflichtungen der Ausbildungspaktpartner – Wirtschaft und Politik – nicht mehr ausreichen, erklärte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Sie fordert einen „wirksamen Schutzschirm für Ausbildungsplätze": Die Bundesregierung müsse unter anderem regionale und branchenbezogene Ausbildungsfonds finanziell fördern. Der Online-Newsletter „Ausbildung für alle" der DGB-Jugend hat in der aktuellen Ausgabe die Ausbildungsbilanz 2008 analysiert. •

Download: www.ausbildung-fuer-alle.de

Pflege

Fünf statt drei Stufen

Ende Januar hat der „Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs" erstmals nach der Pflegereform 2008 einen Bericht mit Vorschlägen zur Neuordnung des Pflegesystems vorgelegt. Zentrale Punkte: Die Pflegebedürftigkeit soll künftig nicht mehr nach der erforderlichen Pflegezeit beurteilt werden. Stattdessen soll der „Grad der Selbstständigkeit" der Pflegebedürftigen im Mittelpunkt stehen. So soll etwa der tatsächliche Pflegeaufwand für Demenzkranke – die zwar wenige körperliche Einschränkungen haben, sich aber dennoch nicht selbstständig versorgen können – besser berücksichtigt werden. Außerdem sollen die Pflegestufen differenzierter gestaltet werden: Statt Pflegestufe I bis III sollen künftig fünf Pflegestufen eingeführt werden. Der DGB unterstützt die Vorschläge des Expertengremiums – und fordert zugleich „schnelle politische Konsequenzen". Um die notwendigen Mehrleistungen finanzieren zu können, müsse die Pflegeversicherung in eine einheitliche „Bürgerversicherung für alle" umgewandelt werden. •

EU-Kommission

EU stärkt sozialen Dialog

Ein Anfang Februar von der EU-Kommission vorgestellter Bericht weist den Sozialpartnern eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zu. Funktionierende Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, gute Betriebsverfassungen und ein ausgeprägtes Tarifsystem „schaffen positive wirtschaftliche und soziale Ergebnisse, sowohl in Phasen des Niedergangs wie des Wachstums der Wirtschaft", erklärte EU-Kommissar Vladimir Spidla bei der Vorstellung des Berichts. Der Staat solle über Arbeitsbedingungen, Ausbildung und aktive Arbeitsmarktpolitik nicht allein entscheiden. „Die Sozialpartner können hier eine wichtige Rolle spielen."

Der Bericht online: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Bildungsfinanzierung

Viele Versprechen, wenig Investitionen

Wie viel einer Gesellschaft Bildung wert ist, zeigt sich vor allem in den Investitionen in das Bildungswesen. Hierzulande scheint der Stellenwert nicht hoch: Trotz Pisa-Schock, Bildungsgipfel und vieler schöner Politikerworte ist der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gesunken. „Wir müssen jetzt umsteuern", fordert der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne.

Auf den ersten Blick sieht die Bilanz gar nicht so schlecht aus – nach dem jüngsten Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamt von Ende letzten Jahres sind die Ausgaben für Bildung in Deutschland in den vergangenen Jahren sogar gestiegen:1995 wurden aus öffentlichen und privaten Quellen 128,2 Mrd. Euro aufgewendet, und bis 2006 sind diese Ausgaben auf 142,9 Mrd. Euro gestiegen. Allerdings: In dieser Zeit ist das BIP weiter gewachsen, und so bleibt auch der Anteil des Bildungsbudgets – bei dessen Berechnung über die Zahlen der OECD hinaus weitere Faktoren (etwa aus dem Bereich der Weiterbildung) berücksichtigt werden – am BIP rückläufig. Während 1995 das Bildungsbudget 6,9 Prozent des BIP ausmachte, waren es 2006 nur noch 6,2 Prozent.

Der größte Teil dieses Rückgangs beruht auf der Reduzierung der Bildungsausgaben der Bundesagentur für Arbeit. Aber auch in den anderen Bereichen – von der vorschulischen Bildung über allgemeine und berufliche Schulen bis zu den Hochschulen – ist entweder Stagnation oder ein Rückgang zu verzeichnen.

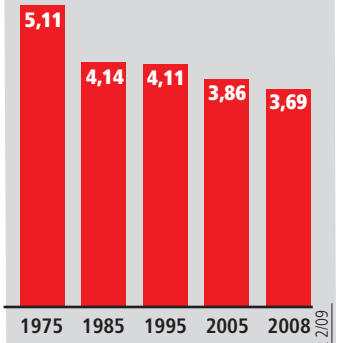
Ein Beispiel: Die öffentlichen Ausgaben für allgemein bildende und berufliche Schulen sind von 2000 bis 2007 von 46,7 Mrd. Euro auf 51,4 Mrd. Euro gewachsen. Auf den ersten Blick sieht das nach einer beeindruckenden Steigerung um 9,9 Prozent aus. Doch angesichts von etwa 12 Prozent Inflation im selben Zeitraum handelt es sich de facto um eine Ausgabenkürzung.

Fazit: An der chronischen Unterfinanzierung des Bildungssystems hat sich auch nach dem Pisa-Schock nichts geändert. Insgesamt sind die Bildungsausgaben rückläufig. Und auch der Bildungsgipfel im letzten Herbst und das von der Kanzlerin beschworene hehre Ziel von der „Bildungsrepublik Deutschland" haben keinen Kurswechsel gebracht. So wurde auf dem Bildungsgipfel zwar vereinbart, dass bis 2015 der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP um 0,8 Prozent steigen soll, aber es wurden keine verbindlichen Vereinbarungen getroffen, um im OECD-Ranking besser dazustehen. Danach hinkt Deutschland seit Jahrzehnten hinterher. Während Länder wie Norwegen oder Schweden 7,0 Prozent des BIP für Bildung aufwenden, sind es nach OECD-Berechnungen hierzulande gerade mal 4,5 Prozent.

Herausgekommen ist auf dem Bildungsgipfel neben der vagen Finanzzusage für das Jahr 2015 lediglich, dass eine Arbeitsgruppe bis nach der Bundestagswahl 2009 Optionen für mehr Investitionen im Bildungssektor prüfen soll. Die Ministerpräsidenten der Länder konnten sich nicht mal darauf einigen, dass die durch den demografisch bedingten Rückgang der Schülerzahlen freiwerdenden Mittel im Bildungsbereich verbleiben. Unter dem Strich sei das ein weiterer Freibrief für Kürzungen im Bildungsetat, wertet der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne. Ein weiteres Mal zeige sich, dass der Bildungsföderalismus in Deutschland sich als Hemmschuh für die Beseitigung der chronischen Unterfinanzierung der Bildung erweise. Die von der Föderalismuskommission geplante „Schuldenbremse" werde dazu beitragen, den Handlungsspielraum der Länder weiter einzuschränken. Thöne stellt klar: „Statt vager Finanzversprechen brauchen wir jetzt schnelle und massive Investitionen von Bund und Ländern – um den Anschluss an die anderen europäischen Staaten nicht zu verlieren." •

Immer weniger für Bildung

Anteil öffentlicher Bildungsausgaben* am Bruttoinhaltsprodukt (BIP) in Deutschland (in Prozent)



*die so genannten Grundmittel (ohne z.B. die Förderung der BA)

Quellen: BLK Bildungsfinanzbericht 2004/2005; Statistisches Bundesamt, Bildungsfinanzbericht 2008

© DGB einblick 2/09

Der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Bildung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist kontinuierlich gesunken. Um die Ausgabenquote von 1975 zu erreichen, wäre eine Steigerung der öffentlichen Bildungsausgaben um 35,3 Mrd. Euro notwendig (plus 38 Prozent). Um wenigstens die Quote von 1995 zu erreichen, müssten 10,3 Mrd. Euro zusätzlich ausgegeben werden (plus 11 Prozent). Selbst bei einer solchen Steigerung der Ausgaben würde Deutschland im internationalen Vergleich noch weit von einem Spitzenplatz entfernt sein. Nach den OECD-Berechnungen betrug 2005 der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP in Deutschland 4,5 Prozent (OECD-Schnitt: 5,4 %, Schweden: 7,0 %). Die niedrigeren Zahlen in der Grafik rühren daher, dass hier lediglich die so genannten Grundmittel berücksichtigt wurden – nur so lassen sich langfristige Vergleiche erstellen.

Konjunkturpaket II reicht nicht

Das Konjunkturpaket II des Bundes stellt den Kommunen und Ländern rund 6,5 Mrd. für überfällige Sanierungsmaßnahmen von Schulen, Kitas und Hochschulen zur Verfügung. Aus Sicht der Gewerkschaften ist das zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber bei weitem nicht ausreichend. So besteht nach einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik bis 2020 allein ein Investitionsbedarf von rund 73 Milliarden Euro für Sanierung und energetische Nachrüstung in den 44 000 deutschen Schulen.

„Die Sanierung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen ist wichtig, es reicht aber nicht aus, in Dächer und Gebäude zu investieren", erklärt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. Einen wirksamen „Schutzschirm für Arbeitsplätze" werde es auf Dauer nur geben, wenn in die Menschen investiert wird.

Sehrbrock fordert neben der kurzfristigen Stärkung der Binnenwirtschaft und Investitionen in die Infrastruktur „ein Investitionspaket Bildung" als „dritte Säule eines Stabilisierungsprogramms für unsere Wirtschaft": „Bund, Länder und Kommunen müssen mindestens 30 Milliarden Euro – Investitionen in Gebäude nicht mitgerechnet – pro Jahr zusätzlich investieren, um bei den Bildungsausgaben Anschluss an europäisches Spitzenniveau zu erreichen."

Weltsozialforum

Globaler Aktionstag

Weltweit werden derzeit „Konjunkturpakete" beschlossen – in der Hoffnung, sie mögen die Folgen der internationalen Finanzkrise mindern. Der Ursprung der Krise – die weitgehende Deregulierung der Finanzmärkte – wird hingegen lediglich mit wenigen „kosmetischen Veränderungen" überdeckt.

Die TeilnehmerInnen des Weltsozialforums (WSF) in Belém/Brasilien haben sich deshalb dafür entschieden, mit einem globalen Aktionstag am 28. März ihrer Forderung nach einer neuen, gerechteren Weltwirtschaftsordnung Nachdruck zu verleihen. In Deutschland ruft Attac am Aktionstag unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise" zu Protestkundgebungen in Berlin und Frankfurt/Main auf, die die Forderungen des WSF aufgreifen sollen: Die in Belém vertretenen sozialen Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) haben sich in einer Abschlusserklärung unter anderem dafür ausgesprochen, das internationale Finanzsystem in öffentlichen und demokratischen Strukturen zu überwachen. Außerdem soll ein Mechanismus zur Streichung der Schulden von „Dritte-Welt-Ländern" etabliert werden.

Das 2001 erstmals organisierte Weltsozialforum ist eine von NGOs und internationalen Gewerkschaften getragene Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos. •

Die Abschlusserklärung zum Download: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Arbeit und Leben

Arbeitsrecht und Wirtschaftskrise

Das deutsche Arbeitsrecht ist komplex – und fast täglich fällen Arbeitsgerichte Entscheidungen, die für betriebliche Interessenvertretungen von großer Bedeutung sein können. Für Betriebs- und Personalräte ist es deshalb nicht immer leicht, den Überblick zu behalten. Hilfe bietet Arbeit und Leben NRW mit dem „Arbeitsrechtstag Rhein-Ruhr" am 23. April in Essen. In Zusammenarbeit mit Rechtsanwälten und Richtern sollen ArbeitnehmervertreterInnen praxisnah über aktuelle und bedeutsame Arbeitsrechtsentscheidungen informiert werden. Angesichts der internationalen Finanzkrise steht das Thema „Arbeitsrecht bei Unternehmenskrisen" im Mittelpunkt der Veranstaltung – weitere Themen sind unter anderem befristete Beschäftigung und Mobbing. •

www.aulnrw.de

neueFilme

Ein Tag im Sommer 2007: In einer Hamburger Beratungsstelle für MigrantInnen taucht Ana S. auf. Die Lateinamerikanerin arbeitet seit drei Jahren als unterbezahlte und ausgebeutete Hausangestellte bei einer deutschen Familie – sie hat keinen Aufenthaltstitel und keine Papiere. Die „ambulante Betreuung für Migrantinnen" des Hamburger Vereins Verikom und die Gewerkschaft ver.di nehmen sich des Falls an: Ana S. zieht schließlich, obwohl sie als „Illegale" in Deutschland lebt, vors Arbeitsgericht. Die Filmemacherin Anne Frisius hat Anas Fall begleitet und erzählt ihre Geschichte im Dokumentarfilm *Mit einem Lächeln auf den Lippen*. Die Botschaft des Films: Auch „Illegale" haben Rechte – und es lohnt sich, für diese Rechte zu streiten: Nicht zuletzt, um Menschen mit einem ähnlichen Schicksal Mut zu machen.

Premiere des Films ist am 22. Februar im Kino Babylon in Berlin (Rosa-Luxemburg-Straße 30, 13.30 Uhr). Der Eintritt ist frei. „Mit einem Lächeln auf den Lippen" kann außerdem für 35 Euro (für private Einzelbezieher nur 25 Euro) zuzüglich Versandkosten online bestellt werden: www.kiezfilme.de/laecheln

Symposium

Tarifvertragsgesetz wird 60

Ein runder Geburtstag: Das Tarifvertragsgesetz wird im April 60 Jahre alt. Während das Gesetz sich seit 1949 kaum verändert hat, hat sich die Tarifstruktur in Deutschland seitdem stark gewandelt. Das „Tarifpolitische Symposium" von Hans-Böckler-Stiftung und DGB zieht am 23. und 24. April in Berlin kritisch Bilanz. VertreterInnen aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Politik und Wissenschaft diskutieren über die historische Entwicklung, derzeitige Probleme und künftige Perspektiven der Tarifpolitik in Deutschland. Im Zentrum steht die Frage: Wie kann das Tarifsystem „re-stabilisiert" und weiterentwickelt werden? Zu den Referenten gehören unter anderem der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sowie Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD). •

www.boeckler.de

interregio

••• Der ***DGB NRW*** informiert am 17. Februar in Bochum über die aktuelle ***Förderperiode*** (2007 bis 2013) ***des EU-Fonds*** für regionale Entwicklung (EFRE). Allein für das Land Nordrhein-Westfalen stehen 1,3 Milliarden Euro Fördermittel bereit. Gegenüber den vorangegangenen EFRE-Programmen sind die Förderbedingungen in der aktuellen Periode von der EU völlig neu konzipiert worden. Nach zwei Jahren zieht der DGB eine erste Bilanz: Wie können sich Beschäftigte, Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an EFRE-Projekten beteiligen? Welche Erfahrungen gibt es bisher mit dem neu konzipierten Fonds? Und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für weitere Projekte bis 2013? Diese und andere Fragen diskutiert der DGB gemeinsam mit ExpertInnen aus Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft.

Anmeldung bis zum 11. Februar: Melanie.Balazs@dgb.de, Stichwort „EFRE"

••• ***TRANSNET*** und der ***DGB Berlin-Brandenburg*** protestieren massiv gegen die öffentliche ***Ausschreibung des Schienen-Regionalverkehrs*** in Berlin und Brandenburg. Der Hintergrund: Die ausgeschriebenen Strecken sind in vier einzelne Ausschreibungen, so genannte „Lose", unterteilt. Wer den Zuschlag beim ersten „Los" erhält, kann sich um die weiteren nicht mehr bewerben. Der bisherige Anbieter, die Deutsche-Bahn-Tochter „DB Regio", hat also nicht mehr die Chance, erneut den Auftrag für alle ausgeschriebenen Strecken zu erhalten. Für DB Regio bedeute das, „dass garantiert Arbeitsplätze wegfallen werden", kritisiert der DGB Berlin-Brandenburg. TRANSNET und DGB rufen deshalb zur Teilnahme an Protest-Demos auf, die vor die Berliner Parteizentralen von CDU und SPD ziehen. Die erste Demonstration ist für den 16. Februar geplant – weitere folgen am 2., 9. und 12. März.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

Kurzarbeit hilft, Entlassungen zu vermeiden.

Viele denken, Kurzarbeit sei nur etwas für große Unternehmen. Doch auch kleine und mittlere Betriebe jeder Branche können bei schlechter Geschäftslage dieses Mittel nutzen:

- Die Agentur für Arbeit übernimmt einen Teil des Lohnes – das Kurzarbeitergeld.
- Kurzarbeitergeld kann jetzt 18 Monate lang ausbezahlt werden, nicht mehr nur 6 Monate.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden vor Arbeitslosigkeit bewahrt, weil das Unternehmen auch ohne Entlassungen Kosten senken kann. Eingespielte Teams bleiben erhalten und können sich mit Unterstützung der Agentur für Arbeit weiterqualifizieren. So sind sie in der Lage, nach gemeinsam gemeisterten schlechten Zeiten sofort wieder mit voller Kraft durchzustarten.
Mehr Informationen erhalten Sie beim Infotelefon des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 01805 6767-12* oder unter www.einsatz-fuer-arbeit.de. *Festnetzpreis 14 Ct/Min; Mobilfunkpreise abweichend.

EINSATZ FÜR ARBEIT.

Bundesagentur für Arbeit

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

kurz&bündig

Die GEW kritisiert die dezentralen Regelungen bei der Hochschulzulassung und fordert stattdessen ein Bundesgesetz, um den Hochschulzugang einheitlich zu gestalten. Den BewerberInnen drohe sonst im Herbst erneut ein Zulassungschaos. Außerdem müssten mehr Studienplätze geschaffen und der Numerus Clausus abgeschafft werden, um genug wissenschaftliche Fachkräfte auszubilden.

ver.di fordert angesichts des Urteils des Bundessozialgerichts zu den Hartv-IV-Regelsätzen für Kinder die Ausweitung der Schulbedarfssätze für Kinder und Jugendliche. Der Schulbedarfssatz müsse auch in der Oberstufe gezahlt werden.

Die IG Metall-Jugend hat die Kampagne „Operation Übernahme" gestartet. Hintergrund: Viele junge ArbeitnehmerInnen seien in prekären und befristeten Verhältnissen beschäftigt, andere würden nach der Ausbildung oft nicht von den ausbildenden Unternehmen übernommen.
www.operation-uebernahme.de

Die GdP fordert eine durchgängige, schulbegleitende Verkehrserziehung, um junge Menschen zu verantwortungsvollen VerkehrsteilnehmerInnen auszubilden. Dass die Verkehrserziehung bisher in der Grundschule ende, also bevor die meisten SchülerInnen aktiv am Straßenverkehr teilnehmen, sei nicht sinnvoll.

DGB Bayern

Kein Mindestlohn-Volksbegehren

Ungeachtet der 239 000 gesammelten Unterschriften hat der bayerische Verfassungsgerichtshof das vom DGB Bayern angestrebte Volksbegehren für einen Mindestlohn im Freistaat für unzulässig erklärt. Zuvor hatte das bayerische Innenministerium das Volksbegehren untersagt, der Gewerkschaftsbund klagte. Trotz der Ablehnung sieht sich der DGB angesichts der überwältigenden Zustimmung in der Bevölkerung als „Sieger in der Sache". Der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser stellte klar, dass das Gericht nicht über den Mindestlohn selbst entschieden habe. Vielmehr habe bei der Urteilsbegründung das konkurrierende Bundesrecht im Fokus gestanden. In der Sache habe das Gericht nichts entschieden. •

Rechtsstreit

Fulda-Urteil aufgehoben

Der Rechtsstreit um eine 1.-Mai-Aktion von GewerkschafterInnen in Fulda hat ein Ende: 2007 hatte der DGB bei einer Satireaktion im Rahmen der Maikundgebung ein Bild des in der Region aktiven Unternehmers Lutz Helmig (ATON Beteiligungsgesellschaft) wegen Lohndumpings und Tarifflucht symbolisch an den Pranger gestellt. Daraufhin verklagte Helmig insgesamt sechs GewerkschafterInnen – unter anderem wegen Beleidigung. In erster Instanz wurden sie zu einer Zahlung von 15 000 Euro Schmerzensgeld verklagt und gingen in Berufung. Das Verfahren vor dem Oberlandesgericht Kassel endete jetzt mit einem Vergleich: Ein Schmerzensgeld wird nicht gezahlt, die Prozesskosten werden geteilt, und die GewerkschafterInnen verzichten darauf, eine identische Aktion wie 2007 noch einmal durchzuführen. Das Bild von Helmig darf aber – da er als „relative Person der Zeitgeschichte" gilt – auch weiterhin ohne Zustimmung für politische Aktionen gebraucht werden. •

Gewerkschaften 2009

Gute Arbeit international

2009 wird aus gewerkschaftlicher Sicht auch auf internationaler Ebene ein bedeutendes Jahr: Ende März wird es beim Gewerkschaftstreffen („Trade Union Summit") im Umfeld des G20-Gipfels in London um die Bewältigung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise gehen – mit sozialem Anstrich und guter Arbeit. Im Oktober feiert der DGB nicht nur sein sechzigstes Jubiläum in Berlin (5.10.) gleichzeitig sind auch GewerkschafterInnen aus aller Welt in Berlin zu Gast: Vom 5. bis 8. Oktober findet dort das diesjährige Exekutiv-Treffen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) statt. Am 7. Oktober, an dem zum zweiten Mal der Welttag für menschenwürdige Arbeit begangen wird, sind deshalb ebenfalls zentrale Veranstaltungen in Berlin geplant. •

Mehr internationale Termine: www.einblick.dgb.de/termine

Mit zwei verschiedenen Postkartenmotiven werben DGB, IG BAU, IG BCE, IG Metall und ver.di für die Initiative Schule und Arbeitswelt. Im Rahmen dieser Initiative engagieren sich Eltern, LehrerInnen, Betriebsräte, AusbilderInnen und GewerkschafterInnen für eine bessere Kooperation zwischen Schule und Arbeitswelt und eine bessere Schule für alle. Die Initiative stellt sich auch auf der Bildungsmesse „didacta 2009" vom 10. bis 14. Februar in Hannover vor. Die Postkarten können beim DGB-Bundesvorstand, Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung bestellt werden. 50 Karten (Mindestbestellmenge) kosten fünf Euro plus Versandkosten.
Bestellungen: tanja.ebel@dgb.de, mehr Infos: www.schule.dgb.de

Discounter

Lidl verschärft Druck

Dass die Arbeitsbedingungen bei Lidl nicht gerade „guter Arbeit" entsprechen, das belegte nicht zuletzt die „Spitzelaffäre" aus dem vergangenen Jahr. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) beobachtet jetzt mit Sorge eine neue Strategie des Unternehmens. Über sein Kerngeschäft hinaus steigt Lidl vermehrt selbst in die Lebensmittel- und Getränkeproduktion ein. Wie die Arbeitsbedingungen bei solchen Lidl-Produzenten aussehen, hatte der Journalist Günter Wallraff 2008 in einer verdeckten Recherche bei einer Lidl-Bäckerei aufgedeckt: unwürdige Arbeitsbedingungen, Niedriglöhne und ein arbeitgebergesteuerter Betriebsrat. Mit der neuen Rolle als Produzent gefährde Lidl Standorte und Arbeitsplätze etablierter Hersteller, erklärte der stellvertretende NGG-Vorsitzende Claus-Harald Güster. Mehr Informationen gibt es auf der Internetseite der „Supermarkt-Initiative", mit der 20 Verbände, darunter die NGG, ver.di und die IG BAU, das Wirken der großen Supermarktketten kritisch unter die Lupe nehmen. •

www.supermarktmacht.de

MEINUNG

Kampf gegen Rechtsextremismus

NPD-Verbot ist noch keine Strategie

Neonazis fischen nicht mehr nur am gesellschaftlichen Rand, sondern richten ihre Agitation zusehends auf die politische Mitte aus. Das erfordert neue Akzente und Strategien im gewerkschaftlichen Kampf gegen Rechts. Sebastian Wertmüller, Vorsitzender der DGB-Region Niedersachsen-Mitte, fordert deshalb mehr Partizipation und eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema – auch in den eigenen Reihen.

Wenn sich in unserer Republik Rechtsextremisten, Neonazis und Rassisten auf die Straße wagen, sind DGB und Gewerkschaften bei Protesten und Aktionen ganz vorne dabei. Ob in Nürnberg, in Dresden, in Delmenhorst, in Köln und – wie am 1.Mai 2009 – in Hannover. Häufig haben wir die Federführung, und **viele Aktionen und Bündnisse würde es ohne uns gar nicht erst geben.** Wir machen das aus der historischen Verpflichtung heraus, oder weil wir uns als überzeugte Antifaschisten verstehen oder weil es eben gemacht werden muss.

Sebastian Wertmüller, 48, ist DGB-Vorsitzender der Region Niedersachsen-Mitte. Seit seinem 17. Lebensjahr engagiert sich der gelernte Sozialarbeiter aktiv gegen Rechts.

Genauso wildwüchsig wie die Motivation ist oft die Ausführung: uneinheitlich und unklar in Zielrichtung und Position und so verstaubt wie der Antifaschismus der 70er Jahre mit seiner „Keinen Fußbreit"-Rhetorik. Meist ohne Beteiligung von MigrantInnen ziehen wir durch die Straßen, und fast schon fanatisch fordern wir ein Verbot der NPD – was sinnvoll ist, aber in Anbetracht einer veränderten Naziszene keine Antwort und erst recht keine Strategie ist.

Den Rechtsextremismus als Phänomen der Mitte der Gesellschaft thematisieren wir gerne, bleiben aber doch meist bei platten Verallgemeinerungen stecken. Die Balken im eigenen Auge nehmen wir manchmal erst wahr, **wenn wir mit dem Kopf bzw. mit einer Umfrage darauf gestoßen werden.** Ich erinnere an ausländerfeindliche Tendenzen und rechtes Wahlverhalten, die sich durchaus auch in unserer Mitgliedschaft finden. Unsere Beschlusslage ist da zwar eindeutig, das alleine garantiert aber nicht immer eine entsprechende Praxis.

Dabei genießen die Gewerkschaften einen großen Vertrauensvorschuss, wenn es um den Kampf gegen Rechts geht: **Wir gelten als authentisch, bündnis- und aktionsfähig.** Im Gegensatz zu den Parteien und anderen Organisationen wird uns eine führende Rolle zugestanden, ja sie wird geradezu abgefordert. Daraus lässt sich mehr machen, und da sollten der DGB und die Gewerkschaften ran.

! Wir sollten nicht nur auf Naziaufmärsche reagieren, sondern aktiv mit der Thematik umgehen: So lassen sich Menschen für die gewerkschaftliche Arbeit gewinnen, die wir über andere Wege nur schwer gewinnen können.

! Wir müssen in der Mitte der Gesellschaft agieren und Rassismus und Antisemitismus dort zum Thema machen: Wir müssen Auseinandersetzungen auch dann führen, wenn es ungemütlich wird und es Widerstände gibt.

! Wir müssen kommunale und regionale Aktionspläne einfordern sowie die Länder und den Bund mehr in die Pflicht nehmen. Unsere Kompetenz in der Bildungsarbeit ist gefragt, sie sollte auch unterstützt werden.

! Unsere eigene Arbeit muss (selbst)kritisch begleitet werden: Wir dürfen weder mit falschen Bildern arbeiten („Heuschrecken") noch einen falsch verstandenen „Standortnationalismus" befördern, sondern müssen dagegen angehen. Der Kampf gegen Rechts kann nicht der gewerkschaftlichen Jugendarbeit allein überlassen werden.

! Wir müssen neue Angebote der Partizipation in Betrieb und Gesellschaft entwickeln: Wer real mit gestalten kann, ist weniger anfällig für autoritäre Lösungen und sieht in KollegInnen mit Migrationshintergrund keine Bedrohung. Mehr Demokratie – auch in der eigenen Organisation – ist eine Antwort auf autoritäres und nazistisches Denken.

Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten ist **eine große Chance für den DGB und die Gewerkschaften** und ist notwendiger den je: Mit ihren neuen Themen wie der Globalisierungs- und Kapitalismuskritik, ihrer Anbiederung an die Arbeiterbewegung und ihrer vermeintlich linken Rhetorik werden Rechtsextreme zu einer realen Bedrohung. Manche Wahlergebnisse und die zunehmenden Gewalttaten der rechten Szene machen das deutlich.

Wenn die Gewerkschaften hier ihrem gesellschaftlichen Auftrag noch besser nachkommen, tut es sowohl uns wie auch der demokratischen Gesellschaft nur gut. Und neue Mitglieder, die wegen unseres klaren antifaschistischen Profils zu uns stoßen, können wir nur auf das Herzlichste begrüßen. •

Bunt statt braun

Die Zeiten, in denen Neonazis mit Springerstiefeln und Glatzkopf leicht auszumachen waren, sind vorbei. Seit einigen Jahren setzt die extreme Rechte in der Öffentlichkeit auf Kapitalismuskritik und vermeintlich linke Rhetorik. Für den 1. Mai 2009 haben militante Neonazis in Hannover eine Kundgebung unter dem Motto „Schluss mit Verarmung, Überfremdung und Meinungsdiktatur – Nationaler Sozialismus jetzt!" angemeldet. Gemeinsam mit einem breiten Aktionsbündnis macht der DGB unter dem Motto „bunt statt braun. Kein Meter – Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch" mobil. Kundgebung und Demo sollen ein Zeichen für Demokratie und Toleranz setzen. Die DGB-Region Niedersachsen-Mitte kann dabei auf bewährte Strukturen zurückgreifen. Mit einem eigenen „Handlungskonzept Rechtsextremismus" integriert die Region den Kampf gegen Neonazis in den gewerkschaftlichen Alltag.

Ein weiterer wichtiger Termin im Kampf gegen Rechts, ist die Demonstration „GEH DENKEN" am 14. Februar in Dresden. DGB und Bündnispartner rufen zur Teilnahme gegen den geplanten Neonaziaufmarsch zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens auf (siehe Seite 2).

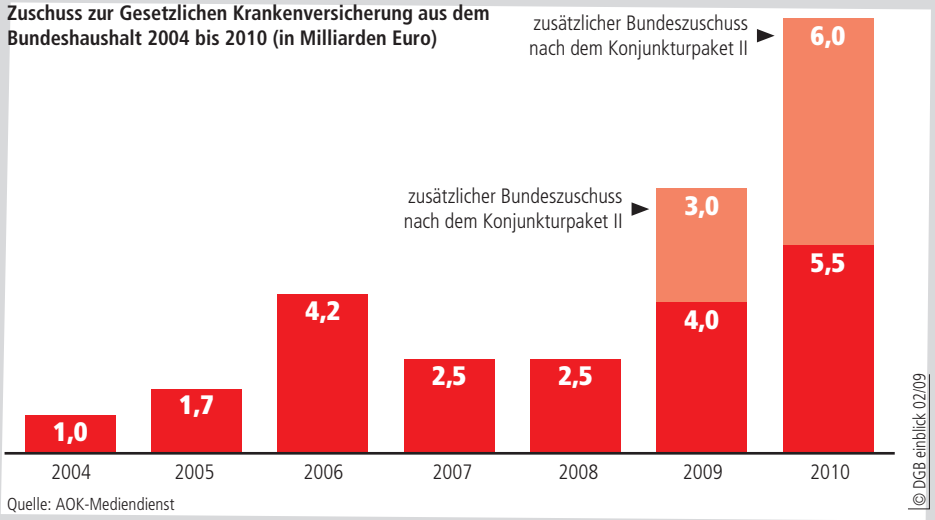
Im Internet
http://erstermai-hannover.dgb.de
www.region-niedersachsen-mitte.dgb.de

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

KRANKENVERSICHERUNG: Bundeszuschuss steigt deutlich

Seit der Gesundheitsreform 2004 erhält die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) einen Steuerzuschuss aus dem Bundeshaushalt. Die Reform sah ursprünglich ab 2006 einen fixen Betrag von 4,2 Milliarden Euro jährlich vor – seitdem ging es mit dem Steuerzuschuss erst ab-, jetzt wieder aufwärts: Da im Rahmen des Konjunkturpakets II die Krankenversicherungsbeiträge sinken, gibt es allein in 2009 und 2010 insgesamt 9 Milliarden Euro „Extra-Zuschuss".



personalien

••• ***Marco Frank,*** 39, bisher politischer Referent im Bereich Jugend des DGB-Bundesvorstands, ist seit dem 1. Februar als Mutterschutz-/Elternzeitvertretung Referent im Bereich Gesellschaftspolitik und Grundsatzfragen.

••• ***Volkmar Lübke,*** 61, seit 1980 für verschiedene Verbraucherorganisationen tätig, ist ab dem 1. April Koordinator des Netzwerks für Unternehmensverantwortung CorA, in dem neben rund 40 weiteren Organisationen unter anderem IG Metall und ver.di mitwirken.

••• ***Sigrid Wolff,*** 37, Juristin, bisher Leiterin der Pressestelle und Pressesprecherin des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen, ist seit dem 1. Januar externe Kommunikationsberaterin des DGB-Vorstandes.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

9.2. DGB, Auftaktveranstaltung der Aktionswochen zur Alterssicherung „Alle unter einem Schirm" mit DGB-Vorstand Annelie Buntenbach und dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, Leipzig

10.2. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Neues an der Verteilungsfront. Absturz in die Ungleichheit?", Frankfurt/Main

10.-14.2. didacta 2009, Bildungsmesse, Hannover

11.2. IG Metall, Konferenz „Stark mit neuen Mitgliedern in bewegten Zeiten! Was haben wir 2008 erreicht? Was nehmen wir uns für 2009 vor?", Berlin

12.2. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Zukunft der Berufsbildung", Düsseldorf

12.2. DGB Hamburg, Demonstration „Finanzcasino schließen!", Hamburg

12.2. Internationaler Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten

12./13.2. Hans-Böckler-Stiftung, Colloquium des wissenschaftlichen Nachwuchses zum Arbeits- und Sozialrecht, Erfurt

14.2. DGB Bayern und DGB-Jugend Bayern, Fachtagung „Rechtsextremismus in Bayern – ein gewerkschaftliches Handlungsfeld", München

14.2. „Geh Denken", Demonstration gegen Europas größten Nazi-Aufmarsch, Dresden

18.2. ver.di, Diskussion „Die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen im Zeichen der Finanzkrise", Berlin

19./20.2. Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachtagung „Gleichstellung von Männern und Frauen – Gender Mainstreaming in der Praxis", Würzburg

20.2. Welttag der sozialen Gerechtigkeit

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt

„Für einen Krisenmanager, also für jemanden, der statt einem Schlagerstar oder einem Fußballer eine Krise zu managen hat, hat das Wohlergehen der Krise höchste Priorität. So gesehen handelt es sich bei der von Frau Merkel so trefflich geleiteten Bundesregierung um das wahrscheinlich erfolgreichste Krisenmanagement der Welt."

Der Kabarettist Volker Pispers am 27. Januar auf WDR 2

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 23.02.2009 3/09

DGB

inhalt

Seite 3
Nicht gekleckert
Der Bundesagentur für Arbeit stehen in diesem Jahr 6,6 Milliarden Euro für Kurzarbeit und Qualifizierung zur Verfügung. Die Finanzkrise könnte zu einer Renaissance der betrieblichen Weiterbildung führen

Seite 5
Krise erreicht Arbeitsgerichte
Die Zahl der Kündigungsschutzklagen hat in den vergangenen Monaten drastisch zugenommen, meldet der DGB Rechtsschutz

Seite 7
Contra Schuldenbremse
Die von der Föderalismuskommission geplante Schuldenbremse untergräbt das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft, meint Dierk Hirschel

Schwarzarbeit

Das Problem mit den Minijobs

Würde Schwarzarbeit in legale Arbeit umgewandelt, könnten bis zu 1,5 Millionen sozialversicherungspflichtige Jobs entstehen, schätzt der DGB. Im Herbst will die Bundesregierung ihren elften Bericht „über die Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung" vorlegen. Bereits jetzt sind die Verbände aufgerufen, Stellung zu nehmen.

Der DGB geht in seiner Stellungnahme davon aus, dass Schwarzarbeit rückläufig ist, ihr Umfang sei aber „nach wie vor hoch". Verbreitet sei illegale Beschäftigung vor allem am Bau sowie im Taxi- und Transportgewerbe und im Hotel- und Gaststättenbereich, erklärte DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Und branchenübergreifend ergibt sich inzwischen ein weiteres Problem: „Häufig kommt illegale Beschäftigung in Kombination mit Minijobs vor", kritisiert Buntenbach. Mit deren Einführung sei die Hoffnung verbunden worden, Schwarzarbeit einzudämmen – allerdings sei „eher das Gegenteil eingetreten". Bei der Kontrolle von „Minijobbern" könne schlicht nicht festgestellt werden, ob über die vereinbarte Arbeitszeit hinaus zusätzlich schwarzgearbeitet werde.

Erfolg durch mehr Kontrollen

Personenüberprüfungen an der Arbeitsstelle und Arbeitgeberüberprüfungen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls sowie abgeschlossene Ermittlungsverfahren wegen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten (in Tausend)

Quelle: Bundesfinanzministerium

Beim Kampf gegen Schwarzarbeit trifft die Redensart „viel hilft viel" voll ins Schwarze.

Minijobs bieten Arbeitgebern außerdem die Möglichkeit, zu tricksen und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung illegal als geringfügige Beschäftigung auszuweisen. Das zeigt etwa ein aktueller Fall, den der Zoll in Rosenheim aufgedeckt hat: Der Geschäftsführer einer Gebäudereinigungsfirma hatte über Jahre hinweg offiziell zwei Ehepaare angestellt – alle vier als geringfügig Beschäftigte. Doch nur die beiden Frauen arbeiteten tatsächlich bei dem Unternehmen. Die „Anstellung" der Männer diente nur dazu, das Arbeitsentgelt der Frauen, das über 400 Euro (Minijob) hinausging, über die Männer abzurechnen. Durch diese äußerst kreative Form des Ehegatten-Splittings sparte die Firma illegal 17 000 Euro Sozialversicherungsbeiträge. Der Geschäftsführer der Firma wurde in diesem Monat zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt.

Der DGB empfiehlt angesichts solcher Fälle, die Minijobs kritisch zu überprüfen – und gegebenenfalls ganz abzuschaffen. Denn auch arbeitsmarktpolitisch machten sie keinen Sinn. Der erhoffte „Brückeneffekt" der Minijobs als Übergangshilfe in reguläre Beschäftigung sei auch fünf Jahre nach deren Einführung nicht eingetreten, fasst Annelie Buntenbach die ernüchternde Bilanz zusammen.

Ideal sei es, wenn „Arbeit, die jetzt in Minijobs zerlegt ist, in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt wird", meint Buntenbach. Als Sofortmaßnahme gegen den ungewollten Missbrauch von Minjobs für Schwarzarbeit müsse aber zumindest die Zeitobergrenze von 15 Wochenstunden wieder eingeführt werden. •

plusminusBERLIN

+ ***Dass die FDP arbeitsmarktpolitische Argumente der Gewerkschaften aufgreift, ist selten – kommt aber vor: MdB Claudia Winterstein hält den „Eingliederungsbeitrag", mit dem die BA das Hartz-IV-System mitfinanziert, für „verfassungsrechtlich zweifelhaft". Das sei „Beitragsklau" zu Lasten der BA.***

– ***„Effektiver Verbraucherschutz statt populistischer Sprechblasen" steht über einer Pressemitteilung von Julia Klöckner (CDU). Weiter heiß es: Die Union habe beim Verbraucherschutz auf den Finanzmärkten „konkrete Verbesserungen angemahnt". Sehr effektiv für eine Regierungsfraktion, Frau Klöckner.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.hundertprozentich.de
Online-Portal von ver.di zur Leiharbeit

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Stellungnahme des DGB zum geplanten elften Bericht der Bundesregierung zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung

Fortbildung und Zertifizierung zum »Gute Arbeit-Berater« im Rahmen des DGB-Index Gute Arbeit

durchgeführt von
DGB-Index Gute Arbeit GmbH
in Zusammenarbeit mit dem
Institut für Weiterbildung e.V.
an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg

Zielsetzung

Mit dieser Qualifikation und der anschließenden Zertifizierungsmöglichkeit, wird den Teilnehmer/innen die Möglichkeit angeboten, wissenschaftlich fundiert sowie methodisch und fachlich qualifiziert, den DGB-Index Gute Arbeit im Rahmen von betrieblichen Beschäftigtenbefragungen einsetzen zu können. Zertifizierte Teilnehmer/innen werden von den Gewerkschaften den betrieblichen Entscheidern empfohlen.

Module und Bausteine

Modul 1: **Empirische Methoden (2 Bausteine)**
Modul 2: **Arbeitswissenschaftliche Grundlagen (1 Baustein)**
Modul 3: **Grundlagen und Aufbau des DGB-Index Gute Arbeit (1 Baustein)**
Modul 4: **Systemische Organisationsberatung (6 Bausteine; Zusatzangebot)**

Anmeldungen und Informationen

DGB-Index Gute Arbeit GmbH,
Postanschrift: Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
Tel. 030 / 69 56 2092
oder per E-Mail: info@dgb-index-gute-arbeit.de
Stichwort: Zertifizierung
Einsendeschluss: Montag, der 16.03.2009

Die ausführliche Beschreibung des Angebots ist abrufbar unter:
www.dgb-index-gute-arbeit.de/FortbildungundZertifizierung

DGB-Index Gute Arbeit

Leiharbeit

Anspruch auf gleichen Lohn

Zahlreiche LeiharbeiterInnen haben möglicherweise Anspruch auf dasselbe Entgelt, das den Stammbeschäftigten im Kundenbetrieb gezahlt wird. Darauf macht die IG Metall NRW aufmerksam. Sie hat alle LeiharbeitnehmerInnen, deren Arbeitgeber die Tarifverträge der Christliche Gewerkschaften Zeitarbeit und PSA (CGZP) anwenden, aufgefordert, „sich ihren Arbeitsvertrag noch einmal genau anzusehen". Vielfach werde darin Bezug genommen sowohl auf die Tarifverträge der CGZP als auch die der DGB-Tarifgemeinschaft. Eine solche Tarifbindung sei jedoch „nichtig", erklärt Christian Iwanowski, Leiharbeits-Experte der IG Metall-Bezirksleitung in Düsseldorf. Iwanowski bezieht sich auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 15. Januar (2 AZR 641/07). Danach ist eine Änderungskündigung unwirksam, wenn sie gleichzeitig auf zwei Tarifwerke Bezug nimmt. Gilt jedoch – wie in diesem Fall – für eine Leihkraft kein Tarifvertrag, erhält sie dasselbe Entgelt („equal pay") wie die Beschäftigten im Kundenbetrieb. Das sieht das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) vor. •

Bad Banks

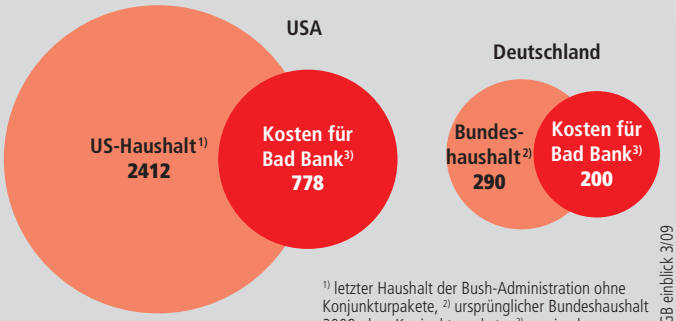
Zu teuer

In vielen Ländern ist die Diskussion um eine staatliche „Bad Bank" in vollem Gange. Sie soll den Banken faule, hoch risikante Wertpapiere abkaufen und damit deren Bilanzen entlasten. Die USA haben sich bereits für eine „Bad Bank" entschieden: Mindestens 500 Milliarden US-Dollar wird das die öffentliche Hand kosten, schätzt US-Finanzminister Timothy Geithner. Das Volumen könne aber jederzeit auf eine Billion US-Dollar (ca. 778 Milliarden Euro) erweitert werden. Das entspricht ungefähr einem Drittel des gesamten letzten US-Bundeshaushalts.

In Deutschland wäre das Verhältnis noch krasser: Auf 150 bis 200 Milliarden Euro schätzt Bundesfinanzminister Peer Steinbrück die Kosten für eine staatliche „Bad Bank". Zum Vergleich: Der ursprünglich geplante Bundeshaushalt für 2009 sah Ausgaben von rund 290 Milliarden vor. Steinbrück lehnt eine staatliche „Bad Bank" ab. Kosten in dieser Höhe könne er „dem Steuerzahler nicht zumuten". Auch der DGB ist dagegen. Als Alternative hält die Hans-Böckler-Stiftung dezentrale „Bad Banks" für möglich, die einzelnen Banken oder Bankengruppen gehören. Der Staat könne diesen „Bad Banks" durchaus mit Kapital aushelfen – allerdings nur gegen Eigentumsanteile an den „Good Banks" selbst. •

„Bad Banks" und die Kosten

Staatshaushalte im Vergleich zu den Kosten einer staatlichen „Bad Bank" in den USA und Deutschland (in Milliarden Euro)



Quelle: US- und Bundesfinanzministerium

1) letzter Haushalt der Bush-Administration ohne Konjunkturpakete, 2) ursprünglicher Bundeshaushalt 2009 ohne Konjunkturpakete, 3) maximale Kostenschätzung der Finanzministerien

© DGB einblick 3/09

Kurzarbeit und Qualifizierung

Nicht kleckern, sondern klotzen

Der Bundesagentur für Arbeit steht im Superwahljahr 2009 so viel Geld wie nie zur Verfügung, um Kurzarbeit und Qualifizierung zu finanzieren: 6,6 Milliarden Euro. Die Krise könnte zur Renaissance der betrieblichen Weiterbildung führen.

Als die Automobilzuliefer-Firma Schmitter-Chassis im münsterländischen Drensteinfurt knapp die Hälfte ihrer 65 Beschäftigten entlassen wollte, verweigerte die IG Metall-Bevollmächtigte von Oelde-Ahlen, Beate Kautzmann, ihre Zustimmung (weil ein Sanierungstarifvertrag vorlag, der betriebsbedingte Kündigungen ausschloss). Kautzmann stellte sich aber nicht einfach nur quer, sondern erklärte dem verblüfften Geschäftsführer des Unternehmens auch: „Ich nehmen Ihnen die Beschäftigten ab!" Gemeint war damit, dass die Betroffenen – statt in die Arbeitslosigkeit zu gehen – an WeGebAU teilnehmen sollten. Das seltsame Kürzel steht für „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen", eine Initiative der Bundesagentur für Arbeit. Gesagt, getan: Seit Dezember lassen sich 22 Beschäftigte von Schmitter-Chassis vier bis fünf Monate lang weiterbilden, sie lernen Schweißen und Zerspanen. Nach ihnen sollen weitere Beschäftigte folgen. Die Arbeitsagentur zahlt ihr Arbeitsentgelt, sie erhalten sogar Fahrgeld für den Weg zum Weiterbildungsträger.

WeGebAU ist sowohl während der Kurzarbeit als auch unabhängig von ihr möglich. Letzteres hat für die Beschäftigten einen großen Vorteil: Sie müssen keine Einkommensverluste hinnehmen, Lohn und Gehalt können ihrem Arbeitgeber zu 100 Prozent erstattet werden. Mehr noch: Konnten bisher nur Beschäftigte gefördert werden, die älter als 45 Jahre und in Firmen mit weniger als 250 MitarbeiterInnen tätig waren, so entfallen diese Beschränkungen jetzt. Mitmachen können alle, die seit vier Jahren an keiner beruflichen Weiterbildung teilgenommen haben.

Im Hochsauerlandkreis erfasst zurzeit die Transfer- und Qualifizierungsgesellschaft TraQ, gegründet von IG Metall, DGB und Unternehmensverband, den betrieblichen Weiterbildungsbedarf. „Dann stimmen wir uns mit der Arbeitsagentur ab", skizziert TraQ-Geschäftsführer Volker Nelle das weitere Vorgehen. Das Interesse der Firmen an Weiterbildung sei erstaunlich groß; Nelle schätzt, dass mehr als die Hälfte aller kurzarbeitenden Unternehmen ihre MitarbeiterInnen qualifizieren werden. Um passgenaue Angebote entwickeln zu können, sei es nötig, die Beschäftigten einzubeziehen. „Ohne deren Akzeptanz ist Weiterbildung zum Scheitern verurteilt", sagt Nelle. Der TraQ-Chef hat festgestellt, dass sich viele Firmenleitungen erst jetzt – in der Krise – Gedanken über Personalentwicklung machen.

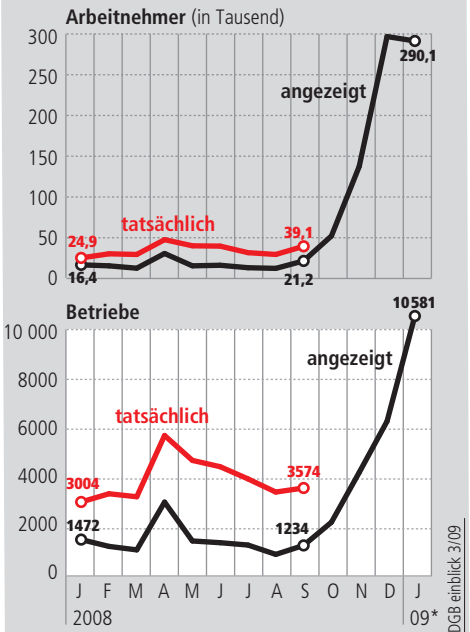
Jetzt rächt sich, dass mit den Hartz-Gesetzen die öffentlich geförderte Weiterbildung drastisch beschnitten wurde. Viele Träger mussten ihr Angebot und Personal reduzieren. Ludger Schulze Beckendorf vom Beratungsverbund Phönix in Ostwestfalen spürt die Folgen. Er hat festgestellt, dass die Weiterbildungsträger bereits „stark ausgelastet sind". Edgar Schramm, der Geschäftsführer des Berufsfortbildungswerks (bfw) des DGB, sieht das gelassener. Die steigende allgemeine Nachfrage könne das bfw befriedigen – „das kriegen wir hin". Er räumt allerdings ein, dass es zu Engpässen bei speziellen Fortbildungen kommen könne.

Dem Gesetzgeber ist das nicht neu. Er weiß, dass externe Weiterbilder voraussichtlich nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. Er hat deshalb darauf verzichtet, dass Qualifizierungsmaßnahmen in der Kurzarbeit zertifiziert sein müssen: Sie können auch mit eigenem Personal im eigenen Betrieb durchgeführt werden. Als Qualitätsnachweis genügt die Vorlage eines Qualifizierungsplans. •

Mehr Infos: ***www.einsatz-fuer-arbeit.de***

Rasanter Anstieg

Angezeigte und tatsächliche Kurzarbeit Januar 2008 bis Januar 2009 nach Arbeitnehmern und Betrieben



Quelle: Bundesagentur für Arbeit *vorläufige Daten

2008 wurde für 635 000 ArbeitnehmerInnen Kurzarbeit beantragt – das waren vier Mal so viele wie 2007 (144 000). Hauptsächlich betroffen: Automobilindustrie, Metallverarbeitung und Maschinenbau. Wie viele tatsächlich kurzgearbeitet haben, steht erst jeweils zwei Monate nach Quartalsende fest.

Kurzarbeit – neue Regeln

Das Verfahren zum Kurzarbeitergeld (KuG) ist wesentlich vereinfacht und verbessert worden – zuletzt aufgrund des Konjunkturpakets II. Alle Neuregelungen gelten bis 31. Dezember 2010:

- ***Die Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers werden von der Arbeitsagentur zur Hälfte übernommen; bietet die Firma während der Kurzarbeit und zumindest für die Hälfte dieser Zeit eine Qualifizierung an, werden die Abgaben voll erstattet.***
- ***Die Voraussetzung für Kurzarbeit, dass ein Drittel der Belegschaft vom Arbeitsausfall betroffen sein muss, entfällt. Es genügt der Nachweis, dass ein Arbeitsausfall von zehn Prozent vorliegt.***
- ***Verzichtet wird auch darauf, dass erst die Arbeitszeitkonten ins Minus rutschen sowie befristet Beschäftigte und Leiharbeiter erst entlassen werden müssen.***
- ***Das KuG von 67 bzw. 60 Prozent des letzten Nettoentgelts für Beschäftigte mit bzw. ohne Kinder bezieht sich immer auf das reguläre Einkommen. Auch dann, wenn im Betrieb eine Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung existiert, die Lohnverzicht vorsieht.***
- ***Auch Ex-LeiharbeiterInnen, die wieder eingestellt werden, können an einer Qualifizierung teilnehmen.***

DGB-Index Gute Arbeit

Qualifizierte Berater

Die DGB-Index Gute Arbeit GmbH und das Institut für Weiterbildung e.V. an der Uni Hamburg bieten eine neue Fortbildung zum zertifizierten „Gute-Arbeit-Berater" an. Die AbsolventInnen sollen nach der Fortbildung in Unternehmen Aktivitäten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf Basis von branchen- oder unternehmensbezogenen Index-Befragungen und Auswertungen begleiten und umsetzen.

2007 haben DGB und Gewerkschaften erstmals den DGB-Index Gute Arbeit veröffentlicht. Der Index basiert auf der jährlichen Befragung von mehr als 6000 ArbeitnehmerInnen und zeigt, wie zufrieden sie mit ihren Arbeitsbedingungen sind – vom Betriebsklima über Aufstiegschancen im Unternehmen bis zum Gesundheitsschutz: Beschäftigte als Experten für Gute Arbeit. Die Daten des Index bilden aber nicht nur den Status Quo ab, sie sollen auch eine Basis dafür sein, konkrete Verbesserungen in der Arbeitswelt durchzusetzen. Dazu braucht es qualifizierte BeraterInnen, die mit dem Index-Verfahren vertraut sind.

Die neue Fortbildung ist in vier Module zu verschiedenen Aspekten gegliedert: unter anderem zu empirischen Methoden, arbeitswissenschaftlichen Grundlagen und systematischer Organisationsberatung. Die Fortbildung startet im April, die insgesamt zehn Bausteine finden freitags und am Wochenende statt. Die Kosten betragen zwischen 650 und 900 Euro je Baustein. Anmeldeschluss ist der 16. März. •

www.dgb-index-gute-arbeit.de

„Für Vertrauen sorgen"

Aufsichtsrat des Monats

Aufsichtsrat des Monats im Februar ist **Karsten Koppe.** Der 69-Jährige ist als „neutrale Person" nach dem Montan-Mitbestimmungsgesetz Mitglied des Aufsichtsrats bei der Deutschen Edelstahlwerke GmbH. Als jahrzehntelanges IG BAU-Mitglied ist Koppe zwar ein „Exot" bei dem Metall-Unternehmen – aber gleichermaßen geschätzt von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite: Er könne sich nicht erinnern, dass seine Stimme als „Neutraler" bei einer Entscheidung im Aufsichtsrat tatsächlich den Ausschlag hätte geben müssen. Vielmehr komme ihm eine Vermittlerrolle zu. „Ich bemühe mich erfolgreich um das Vertrauen beider Seiten und muss möglichst frühzeitig erkennen, wenn Konflikte – auch solche persönlicher Art – drohen", erklärt Koppe im Fragebogen zur DGB-Aktion: *www.dgb.de/aufsichtsrat*

Foto: privat

Arbeiten mit Sinn und Verstand

Ausbildung zum Gewerkschaftssekretär/ zur Gewerkschaftssekretärin

Für die Verstärkung unserer Teams in den Regionen suchen wir engagierte Kolleginnen und Kollegen, die Interesse an einer Ausbildung zum Gewerkschaftssekretär haben.

Zur Ausbildung gehören der Besuch der Akademie der Arbeit, IG-BAU-spezifische Qualifizierungen sowie die praktische Arbeit in allen Branchen und Tätigkeitsfeldern der IG BAU. Unsere Ausbildung ermöglicht frühzeitig selbstständiges und eigenverantwortliches Arbeiten.

Voraussetzungen für die Ausbildung sind:

- Abgeschlossene Ausbildung und Berufserfahrung in einem anerkannten Ausbildungsberuf
- Grundkenntnisse im Arbeitsrecht, im Tarifvertragsrecht und/oder in gewerkschaftlicher/ politischer Bildungsarbeit
- Argumentations- und Verhandlungsfähigkeiten
- systematische Arbeitsweise
- positive Ausstrahlung

Schriftliche Bewerbung bitte an den
Bundesvorstand der IG BAU VB 2 OE/PE
z.Hd. Thomas Markhof
Olof-Palme-Str. 19
60423 Frankfurt

www.igbau.de

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Ratgeber

Richtig verweigern

Kriegsdienstverweigerung – ja, aber wie? Umfassende Antworten auf diese Frage gibt der Ratgeber der DGB-Jugend „Verweigern? Tipps und Informationen für Kriegsdienstverweigerer". Von der Erfassung über die Musterung bis zur potenziellen Einberufung wird das Verfahren detailliert geschildert. Wesentlicher Bestandteil sind Tipps zum Antrag auf Kriegsdienstverweigerung. Daneben gibt es Infos zum Zivildienst und Ratschläge für die „spezielleren Fälle": Wie verweigere ich, wenn ich bereits bei der Bundeswehr bin? Was muss ich beachten, wenn ich während einer befristeten Beschäftigung eingezogen werden soll? Der Ratgeber kann für 20 Cent pro Stück zuzüglich Versandkosten beim DGB-Bestellservice bezogen werden. •

www.dgb-bestellservice.de

interregio

••• Das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit, in dem auch der ***DGB Berlin-Brandenburg*** aktiv ist, verleiht zum 16. Mal das „Band für Mut und Verständigung". Unter dem Motto „Zivilcourage verdient Anerkennung" werden seit 1993 mit dieser ***Auszeichnung*** Menschen aus Berlin und Brandenburg geehrt, die durch ihr mutiges Eingreifen ausländerfeindliche Gewalttaten verhindert haben oder durch ihr Engagement die interkulturelle und soziale Verständigung fördern. Nominierungen können bis zum 1. März eingereicht werden.

www.respekt.dgb.de/mut

••• Der ***DGB NRW*** lädt in Zusammenarbeit mit der ***DGB Region Ruhr-Mark*** zu der ***Veranstaltung*** „Kommunen in der Finanzkrise – Ursachen, Folgen und Lösungsvorschläge" am 3. März nach Hagen ein. Im Fokus steht die aktuelle finanzielle Krise von Städten und Gemeinden – die durch die internationale Finanzkrise wohl noch verschärft wird. Anlass für die Tagung ist die steigende Verschuldung der Kommunen und die größer werdende Kluft zwischen „reichen" und „armen" Städten in Nordrhein-Westfalen. Vor diesem Hintergrund sollen Möglichkeiten diskutiert werden, wie sich das kommunale Investitionsprogramm aus dem Konjunkturpaket II nutzen lässt.

Anmeldung: Martina.Bause@dgb.de

DGB Rechtsschutz

Krise erreicht Arbeitsgerichte

Die internationale Finanzkrise und der damit verbundene Konjunktureinbruch haben die deutschen Arbeitsgerichte erreicht: Kündigungsschutzklagen haben in den vergangenen Monaten drastisch zugenommen – haben aber auch in Krisenzeiten durchaus Aussicht auf Erfolg.

Die Verfahrenszahlen des DGB Rechtsschutz in den ersten drei Quartalen des Jahres 2008 ließen von einer Krise auf dem Arbeitsmarkt noch nichts vermuten. Im vierten Quartal erreichte die Finanz- und Wirtschaftskrise dann auch die Arbeitsgerichte: Im Vergleich zum Vorjahresquartal stieg die Zahl der Kündigungsschutzklagen in Oktober, November und Dezember 2008 um mehr als 50 Prozent – und auch die Zahl der Rechtsstreite um befristete Verträge hat sich fast verdoppelt. Das lässt sich mit einer leichten Konjunkturschwankung nicht mehr erklären.

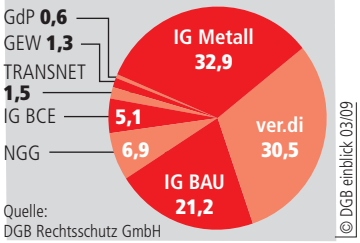
Wenn sich die Auftragslage verschlechtert oder Aufträge ganz ausbleiben, greifen manche Unternehmen offensichtlich gleich zum eigentlich „letzten Mittel" – und kündigen „betriebsbedingt". Das müssen ArbeitnehmerInnen aber nicht in jedem Fall einfach hinnehmen. Der DGB Rechtsschutz hat Gewerkschaftsmitglieder auch in der aktuellen „Krisenzeit" bereits erfolgreich bei Kündigungsschutzklagen vertreten.

Zum Beispiel Ende 2008 vor dem Arbeitsgericht Nürnberg: Ein Gewerkschaftsmitglied, das als Reinigungskraft bei einem Gebäudereiniger angestellt war, erhielt die Kündigung. Die Begründung: Der Arbeitgeber hatte einen Reinigungsauftrag verloren, machte eine Massenentlassungsanzeige bei der Bundesagentur für Arbeit und kündigte der Reinigungskraft. Die zog, vertreten durch den DGB Rechtsschutz, vor Gericht – und bekam Recht. Die Begründung des Arbeitgebers für die Kündigung sei zu pauschal, so das Urteil. Der Arbeitgeber habe nicht klar gemacht, wann genau er den für die Kündigung angeführten Auftrag verloren habe – und vor allem sei nicht begründet worden, warum die Reinigungskraft nicht anderweitig beschäftigt werden könne. Das wäre der Firma sicherlich auch schwer gefallen: Denn nachdem der Auftrag bereits verloren war, hatte die Reinigungskraft zunächst weiter für das Unternehmen gearbeitet.

Auch in Krisenzeiten gibt es also die Chance, gerichtlich gegen eine Kündigung vorzugehen. Bei Gewerkschaftsmitgliedern übernehmen die Gewerkschaften die Verfahrenskosten, und der DGB Rechtsschutz vertritt sie vor Gericht. Insgesamt über 138 000 neue Verfahren vor Arbeits- und Sozialgerichten hat die DGB Rechtsschutz GmbH im vergangenen Jahr geführt und über 300 Millionen Euro für die von ihr vertretenen Gewerkschaftsmitglieder erstritten. Das sind im Schnitt 2200 Euro pro Verfahren. Den größten Anteil bei Arbeitsrechtsverfahren hatten Klagen zum Arbeitsentgelt und zur Eingruppierung – wie übrigens bereits in den vorangegangenen Jahren. Das zeige, „wie es mit der Zahlungsmoral mancher Arbeitgeber bestellt ist", fasst der DGB Rechtsschutz diesen ungebrochenen Trend zusammen. •

Alle vertreten

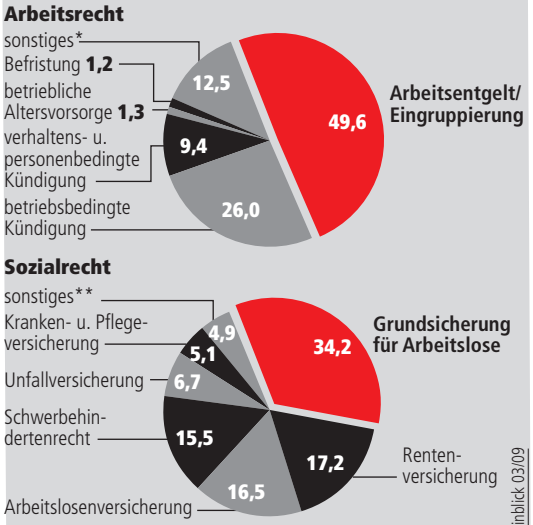
Anteil der Gewerkschaften am Fallaufkommen des DGB Rechtsschutz 2008 (in Prozent)



Rund zwei Drittel aller vom Rechtsschutz vertretenen Gewerkschaftsmitglieder sind Mitglied bei IG Metall und ver.di, die übrigen sechs Gewerkschaften machen das weitere Drittel der Fälle aus.

Häufigste Streitfälle: Arbeitsentgelt und Hartz IV

Arbeitsrechts- und Sozialrechtsfälle des DGB Rechtsschutz nach Streitgegenstand 2008 (in Prozent)



* z.B. sonstige streitige Beendigungen des Arbeitsverhältnisses und Arbeitszeugnisse, ** z.B. Sozialhilfe, Kindergeld, Erziehungsgeld
Quelle: DGB Rechtsschutz GmbH

Im Arbeitsrecht hat sich der Anteil der Verfahren zu Entgelt- und Eingruppierungsfragen im Vergleich zu 2007 zwar leicht verringert, macht aber immer noch rund die Hälfte aller vom Rechtsschutz vertretenen Fälle vor Arbeitsgerichten aus. Die Verfahren vor Sozialgerichten befassen sich zu rund einem Drittel mit der Grundsicherung für Arbeitslose („Hartz IV").

Höchstrichterlich

Der DGB Rechtsschutz vertritt Gewerkschaftsmitglieder in Arbeits- und Sozialrechtsfragen vor Gericht – notfalls auch bis zur letzten Instanz.

So zum Beispiel beim Bundessozialgericht: Das viel beachtete Urteil, mit dem die Kasseler Richter im Januar die Vorschrift über abgesenkte ALG-II-Regelleistungen für unter 14-Jährige für verfassungswidrig erklärt haben, war der Abschluss eines Verfahrens, das von Juristen des „Gewerkschaftlichen Centrums für Revision und Europäisches Recht" der DGB Rechtsschutz GmbH geführt wurde.

Oder vor dem Bundesarbeitsgericht: Die obersten Arbeitsrichter entschieden 2008 zu Gunsten von ArbeitnehmerInnen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), denen „vorsorglich" gekündigt worden war, weil ihr Arbeitgeber es für unwahrscheinlich hielt, bei einer öffentlichen Ausschreibung erneut den Zuschlag zu erhalten. Das interessante an dem Urteil sei, „dass auch gemeinnützige Vereine letztlich Arbeitgeber sind und als solche keine Ausnahme bei betriebsbedingten Kündigungen beanspruchen können", erklärt Klaus Westermann, Geschäftsführer der DGB Rechtsschutz GmbH.

www.dgbrechtsschutz.de

kurz&bündig

Die GEW hat den Entwurf für ein Bildungs-Investitionsprogramm in Höhe von 38 Milliarden Euro vorgestellt, weitere fünf Milliarden sollten für den Einstieg in ein Schulsystem mit „einer Schule für alle" aufgebracht werden.

Die NGG unterstützt den Forderungskatalog von Aldi Nord zu Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz-Standards, den der Discounter seinen Lieferanten in der Lebensmittelindustrie vorgelegt hat. Der Katalog müsse aber um Arbeits- und Sozialstandards ergänzt werden.

ver.di fordert gemeinsam mit Verbänden der Verkehrsbranche, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Gesetzentwurf „zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder" einzuschließen. Im Rahmen des Konjunkturpakets II solle auch der ÖPNV gestärkt und damit Arbeitsplätze gesichert werden.

Unter dem Motto „alle anders, alle gleich" findet vom 16. bis 29. März die Internationale Woche gegen Rassismus statt. Anlässlich der Aktionswoche ruft die IG BCE ihre Mitglieder zu verstärkten Aktivitäten gegen Rassismus und Intoleranz auf – auch im Betrieb. Grundlage könne die von IG BCE und dem Chemie-Arbeitgeberverband BAVD abgeschlossene Sozialpartnervereinbarung zum Diversity-Management sein.

Europawahl

Prüfstein für das soziale Europa

Am 7. Juni wählen die EuropäerInnen ein neues EU-Parlament. Die Gewerkschaften mobilisieren für eine hohe Wahlbeteiligung, um die soziale Dimension der EU zu stärken. Über die „Herausforderung Soziales Europa – Bilanz und Perspektiven im Wahljahr 2009" diskutiert am 3. März Gabriele Bischoff, DGB-Bereichsleiterin Europapolitik, mit der Bundestagsabgeordneten Eva Högl sowie mit Max Uebe, Mitglied im Kabinett des EU-Sozialkommissars Vladimir Špidla, auf einer Veranstaltung der EU-Kommission und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Im Vorfeld der Europawahl wollen die Gewerkschaften Mitte Mai mit einem europaweiten Aktionstag ein starkes Signal geben, dass die Finanzkrise nicht auf Kosten der ArbeitnehmerInnen bewältigt werden kann. Neben Brüssel steht bereits Berlin (16. Mai) als Demonstrationsort fest. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Otto-Brenner-Stiftung

Vision Europa

Die Finanzkrise stellt die „Regulierungsfähigkeit" der europäischen Politik auf den Prüfstand. Diese These steht im Mittelpunkt der 10. Internationalen Konferenz der Otto-Brenner-Stiftung vom 15. bis 17. April in Brüssel. Aber die Krise bietet auch Chancen, neue Visionen zu entwickeln. Unter dem Motto „Vision Europa – Solidarität, soziale Gerechtigkeit, vitale Demokratie" diskutieren die TeilnehmerInnen die Zukunft der europäischen Integration. Im Mittelpunkt des ersten Tages steht eine Gesprächsrunde, in der junge GewerkschafterInnen ihre Ideen für ein soziales Europa vorstellen. Die Konferenz wird in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut veranstaltet. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

DGB-Ratgeber

Ein-Euro-Jobs

Ein-Euro-Jobs, so genannte Arbeitsgelegenheiten, sind derzeit das bevorzugte Instrument der Arbeitsförderung. Jährlich werden etwa 700 000 dieser Maßnahmen begonnen. Ein-Euro-Jobber gelten nicht als Beschäftigte im üblichen Sinne, aber auch sie haben Rechte. Über diese informiert umfassend ein neuer DGB-Ratgeber. Welche Regeln gelten für unter 25-Jährige? Wann drohen Sanktionen? Der Ratgeber beantwortet alle relevanten Fragen und gibt viele Tipps. Ein Kapitel zeigt, was Betriebs- und Personalräte tun können, wenn in ihrem Betrieb Ein-Euro-Jobber eingesetzt werden. Der Ratgeber kostet 0,50 Euro plus Versandkosten. •

www.dgb-bestellservice.de

Krankenhausfinanzierung

3,5 Milliarden mehr

Mitte Februar hat der Bundesrat einer Reform der Krankenhausfinanzierung abschließend zugestimmt. Das neue Gesetz stellt den Krankenhäusern rund 3,5 Milliarden Euro mehr Mittel zur Verfügung als noch 2008 – ein Erfolg der von ver.di initiierten Kampagne „Der Deckel muss weg" *(einblick 13/08)*. „Der Deckel ist aufgebohrt", kommentiert Niko Stumpfögger vom ver.di-Fachbereich Gesundheits- und Sozialwesen die Bundesratsentscheidung. Die „prekäre finanzielle Ausstattung der Krankenhäuser" werde deutlich abgemildert, „jetzt geht es ans Verteilen". 2009 werde ver.di deshalb einen Schwerpunkt auf die Forderung „Mehr Personal für Krankenhäuser" legen. •

Info-Flyer zu den Erfolgen der Kampagne: www.einblick.dgb.de/hintergrund

8. März

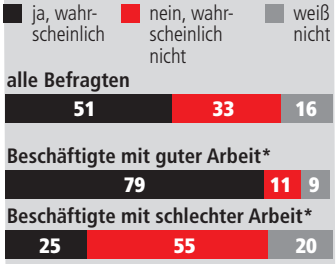
Frauen bestimmt!

„Frauen bestimmt" lautet im Superwahljahr 2009 das Motto des DGB zum Internationalen Frauentag am 8.März. Über Hintergründe und Themen informiert eine Sonderausgabe des DGB-Infobriefs „Frauen geht vor", die gerade erschienen ist. Auf der Veranstaltung „Frauen in der Welt der Arbeit: aktiv – kompetent – mittendrin – gleich bezahlt", zu der der DGB NRW gemeinsam mit dem DGB-Bundesvorstand am 6. März nach Düsseldorf einlädt, wird unter anderem ein Resümee der gerade beendeten gewerkschaftlichen Frauenkampagne „Ich bin mehr wert" gezogen. •

www.dgb-frauen.de

Nur jeder Zweite hält durch

Meinen Sie, dass Sie unter den derzeitigen Anforderungen Ihre Tätigkeit bis zum Rentenalter ausüben können? Antworten von Beschäftigten im Rahmen der „DGB-Index Gute Arbeit"- Befragungen (in Prozent)



*Gute Arbeit = DGB-Indexwert 80 und höher, schlechte Arbeit = DGB-Indexwert unter 50

Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2008

© DGB einblick 03/09

Nur jeder Zweite glaubt, dass er in seinem Job bis zur Rente durchhält, von den Beschäftigten mit schlechter Arbeit sogar nur ein Viertel. Das ist das Ergebnis einer Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit. Die Arbeitsbedingungen sind entscheidend für den Erhalt der Arbeitsfähigkeit. „Wir brauchen eine umfassende Initiative zur Humanisierung der Arbeit", schlussfolgert IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban. „Die Arbeitgeber sind in der Pflicht, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die ein Älterwerden im Betrieb leichter machen", betont NGG-Vorstand Claus-Harald Güster. Und: Die Rente mit 67 muss weg.

MEINUNG

Krisenmanagement

Schulden- gleich Wachstumsbremse

In der Krise macht der Staat Karriere. Ohne ihn geht nichts mehr. Er schnürt Konjunkturprogramme und spannt Rettungsschirme. Ohne diesen handlungsfähigen Staat würde der wirtschaftliche Absturz noch brutaler ausfallen. Ohne staatliches Krisenmanagement würden die Kosten der Rezession explodieren. Ein Prozent weniger Wachstum kostet uns rund 25 Mrd. Euro. 100 000 zusätzliche Arbeitslose kosten den Staat 1,8 Mrd. Euro. **Nichts zu tun, wäre die denkbar teuerste Antwort** auf die Krise. Die staatliche Nothilfe muss aber bezahlt werden. Hierfür nimmt der Staat neue Schulden auf. Dadurch wächst der 1,5 Billionen Euro hohe öffentliche Schuldenberg. Damit soll künftig Schluss sein. In Zukunft soll der Staatshaushalt wie ein schwäbischer Privathaushalt geführt werden. Ausgegeben wird nur noch, was auch eingenommen wird. Zum Wohle zukünftiger Generationen versteht sich.

Die geplante Schuldenbremse ist ein **Rückfall in das tiefste Mittelalter neoliberaler Glaubensätze.** Sie ist ökonomisch unsinnig und sozial ungerecht. Die Schuldenbremse wird die staatliche Handlungsfähigkeit untergraben. Der Staat wird zum Schaden zukünftiger Generationen geknebelt. Wichtige öffentliche Zukunftsinvestitionen in Bildung, Gesundheit, Umwelt und Infrastruktur können mit der Schuldenbremse nicht mehr kreditfinanziert werden. Sie fallen dem Spardiktat zum Opfer. Der öffentliche Investitionsstau wird somit festgeschrieben. Die Investitionsquote der öffentlichen Hand liegt aktuell bei historisch niedrigen 1,5 Prozent. Die Schuldenbremse wird diesen Zustand verschärfen. Der Konsolidierungszwang trifft immer zuerst die Investitionsmittel. Diese können im Vergleich zu mittelfristig festgelegten Personalausgaben auch kurzfristig gestrichen werden.

Die Schuldenbremse untergräbt somit das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft. Aber vielleicht ist das Ganze auch nur politische Augenwischerei – wie schon die bereits jetzt im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse, nach der öffentliche Schulden nicht höher sein sollen als die Investitionen. Diese Regel haben noch alle Regierungen ausgehebelt – auch wenn das Verfassungsgericht das hinterher rügte. Strenge Verschuldungsregeln verhindern auch, dass der Staat in gewöhnlichen Abschwungsphasen konjunkturpolitisch gegensteuern kann. Mit dem Ergebnis, dass die Abschwünge länger und tiefer werden.

Hinzu kommt, dass unser exportgetriebenes Modell des Wirtschaftens mit der aktuellen Finanzkrise gegen die Wand gefahren ist. Die USA werden auf absehbare Zeit als Weltkonjunkturlokomotive ausfallen. Eine zentrale Lehre aus der Krise ist, dass Deutschland seinen Binnenmarkt stärker entwickeln muss. Der Exportmotor allein kann es nicht mehr richten. Deswegen brauchen wir in Zukunft nicht weniger, sondern mehr öffentliche Investitionen und Beschäftigung. **Ohne eine stärkere Binnenmarktorientierung werden wir schrumpfen.** Die Schuldenbremse entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Wachstumsbremse.

Doch damit nicht genug. Die Schuldenbremse legt jetzt schon fest, wer die Zeche für die aktuelle Finanzkrise zahlen wird. ArbeitnehmerInnen sowie deren Kinder sollen die von zockenden Bankern aufgetürmten Schulden mit maroden Schulen und Krankenhäusern, überfüllten Universitäten und Sozialabbau abbezahlen. Soweit darf es nicht kommen.

Neue Schulden treiben eine Volkswirtschaft nicht in den Ruin. Entscheidend ist, was mit den Krediten finanziert wird. Neue Schulden rechnen sich, wenn die gesamtwirtschaftliche Rendite des öffentlichen Investitionsprojekts über dem aktuellen Zinssatz liegt. So werfen kreditfinanzierte Bildungsinvestitionen Renditen von bis zu zehn Prozent ab. Ein Ausbau der Kindertagesstätten fördert zusätzliche Erwerbstätigkeit. Eine bessere personelle und technische Ausstattung der Universitäten reduziert die Abbrecherquote und erhöht die Qualifikation der Absolventen. Wer durch staatliche Förderung Schulabschlüsse nachholen kann, verbessert seine Berufschancen, erzielt später ein höheres Einkommen und zahlt mehr Steuern und Abgaben. **Starre Verschuldungsregeln werfen diese ökonomische Vernunft über Bord.**

Natürlich können wir auch ohne neue Schulden in die Zukunft investieren. Dann muss aber die Einnahmesituation des Staates verbessert werden. Dies geht natürlich nicht, wenn – wie jetzt im Konjunkturpaket II – munter weiter Steuern und Abgaben gesenkt werden. Hohe Einkommen, Unternehmensgewinne und Vermögen müssen zukünftig wieder stärker zur Finanzierung staatlicher Aufgaben herangezogen werden. Der öffentlichen Armut (1,5 Billionen Euro Staatsverschuldung) steht ein privater Reichtum von acht Billionen Euro (Nettovermögen) gegenüber. Die Vermögensuhr tickt so schnell wie die Schuldenuhr. **Die Verteilungsfrage und die Handlungsfähigkeit des Staates hängen unmittelbar zusammen.** Hier sind jetzt politische Antworten gefragt. •

Schuldenbegrenzung ins Grundgesetz

Die Föderalismuskommission hat sich am 12. Februar auf eine umfassende Schuldenbegrenzung verständigt: Ab 2020 sollen die Länder sich nicht mehr verschulden dürfen. Die Neuverschuldung des Bundes darf ab 2016 nur noch um 0,35 % steigen. Das sind jährlich etwa acht Milliarden Euro. Ausnahmen soll es nur in Konjunkturkrisen und bei Naturkatastrophen geben.

Erforderlich ist dafür eine Änderung des Grundgesetzes, die festlegen soll, dass die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Kredite ausgeglichen werden müssen.

Die ärmeren Bundesländer Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein sollen von 2011 bis 2019 jährlich Hilfen zum Schuldenabbau in Höhe von insgesamt 800 Millionen Euro erhalten. Das Geld wird je zur Hälfte vom Bund und von den reicheren Ländern aufgebracht.

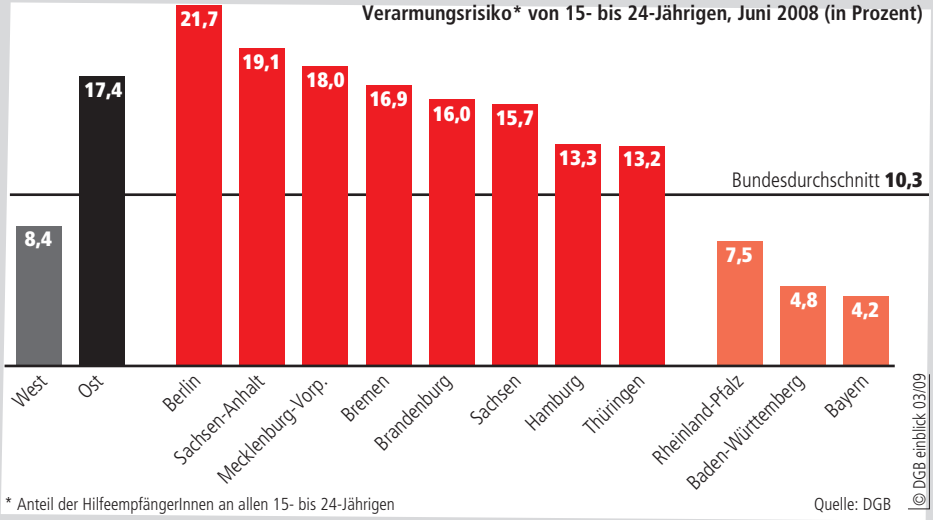
Dierk Hirschel, 38, ist Chefökonom und Leiter des Bereichs Wirtschafts- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

dieDGBgrafik

JUNGE HARTZ-IV-EMPFÄNGER: Starkes Ost-West-Gefälle

Etwa jeder zehnte Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren bezieht Hartz-IV-Leistungen. Das zeigt eine aktuelle Studie des DGB. Die höchsten Quoten gibt es in den ostdeutschen Bundesländern und den drei Stadtstaaten, die geringsten in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Die „Hartz-IV-Quote" der 15- bis 24-Jährigen ist – außer in Bayern – in allen Bundesländern höher als der Anteil der Hartz-IV-BezieherInnen unter allen erwerbsfähigen Personen (15 bis 65 Jahre). www.einblick.dgb.de/hintergrund



personalien

••• ***Egbert Biermann,*** 54, wurde Anfang Februar zum neuen Vorstandsvorsitzenden der „Stiftung Arbeit und Umwelt" der IG BCE gewählt. Biermann ist seit November 2008 Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE, zuvor leitete er den Bereich „Öffentlicher Dienst und Beamte" beim DGB-Bundesvorstand. Neu in den Beirat der Stiftung wurden ***Michael Vassiliadis,*** 44, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE, sowie ***Dr. Harry Lehmann,*** 54, vom Umweltbundesamt berufen. Neuer Geschäftsführer der Stiftung ist ***Christian Sprute,*** 40, der zuvor unter anderem in einer Unternehmensberatung, einer Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft und als Projektleiter der Hamburger Olympia-Bewerbungsgesellschaft für die Olympischen Spiele 2012 tätig war. Sprute war bereits seit April 2008 Leiter des Projektbüros Nachhaltigkeit der Stiftung.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

25.2. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Braune Gefahr? Die rechtesextreme Bewegung in Deutschland", Berlin

25.2. IG Metall, Tagung „Neuer Generationenvertrag", Hannover

27./28.2. Heinrich-Böll-Stiftung, Fachtagung „Prekäre männliche Lebenswelten – Männer im Prekariat", Berlin

28.2. DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Kundgebung und Demonstration zur Finanz- und Wirtschaftskrise, Frankfurt am Main

28.2.-1.3. DIE LINKE, Bundesparteitag, Essen

1.3. Sondergipfel der Europäischen Union zur Finanz- und Wirtschaftskrise, Brüssel

1.-6.3. DGB-Bildungswerk, Seminar „Neue Trends auf dem Marktplatz CEBIT – Welche Kommunikationstechnologien brauchen wir und wie verändern sie unseren Alltag?", Hamburg

3.3. IMK, Konjunkturforum „Renaissance der Stabilisierungspolitik", Berlin

3.3. FES und EU-Kommission, Diskussion „Herausforderung Soziales Europa", Berlin

3.3. DGB Sachsen, Diskussion und Workshop „Der Gesundheitsfonds und der Leistungskatalog der GKV", Dresden

6.-8.3. Attac, Kapitalismuskongress „Kapitalismus am Ende?", Berlin

8.3. Internationaler Frauentag

8.-13.3. DGB-Bildungswerk, Workshop „Niedriglöhne – Hartz IV – Abstieg aus der Mittelschicht", Hattingen

9.3. ver.di-innotec, Workshop „Big Brother im Betrieb", Berlin

10.3. Hans-Böckler-Stiftung, Veranstaltung für Betriebsräte „CSR-Arbeitskreis – Globale Arbeits- und Sozialstandards", Düsseldorf

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Ein tolles Buch. Und das Schöne: Jetzt gibt es sogar die Bank zum Buch. Die Hypo Real Estate."

Tobias Schlegl, Moderator der NDR-Satiresendung „Extra 3", am 5. Februar über „Das Kapital" von Karl Marx.

Betriebsbedingte Änderungskündigung

Angebot muss klar sein

Eine Änderungskündigung ist unwirksam, wenn das Angebot des kündigenden Arbeitgebers unbestimmt ist. Der Arbeitnehmer muss dem Änderungsangebot sicher entnehmen können, welcher Vertragsinhalt zukünftig maßgeblich sein soll.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war bei dem Zeitarbeitsunternehmen beschäftigt und wurde als Produktionshelfer „ausgeliehen". Zwischen den Parteien besteht keine Tarifgebundenheit. Das Unternehmen kündigte das Arbeitsverhältnis fristgemäß und bot dem Arbeitnehmer einen neuen Arbeitsvertrag an, der unter anderem eine Bezugnahme auf einen Tarifvertrag vorsah. Für den Fall, dass dieser Tarifvertrag „unwirksam wird", sollte ein anderer Tarifvertrag gelten. Der Arbeitnehmer nahm die angebotene Änderung unter Vorbehalt an und erhob Änderungsschutzklage. Damit hatte er Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Es brauchte nicht entschieden zu werden, ob das beklagte Unternehmen den Arbeitnehmer nicht mehr dauerhaft zu den bisherigen Arbeitsvertragsbedingungen vermitteln konnte und ob die angebotenen geänderten Vertragsbedingungen verhältnismäßig waren. Die Änderungskündigung war schon deshalb unwirksam, weil das Änderungsangebot unklar war. Für den Arbeitnehmer war nicht ersichtlich, welche konkreten Arbeitsbedingungen für ihn zukünftig gelten sollten.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 15. Januar 2009 - 2 AZR 641/07

Betriebliche Altersversorgung

Beiträge zählen nicht als Einkommen

Die nach einer Gehaltsumwandlung durch den Arbeitgeber im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung an eine Pensionskasse geleisteten Zahlungen sind kein zu berücksichtigendes Einkommen und mindern daher nicht die Hilfebedürftigkeit eines Empfängers von Arbeitslosengeld II.

Der Fall: Das Paar, das in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebte und mittlerweile verheiratet ist, beantragte bei der zuständigen ARGE die Gewährung von Arbeitslosengeld II, nachdem der Arbeitslosengeldanspruch des Mannes ausgelaufen war. Dies lehnte die ARGE ab, da die Frau in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis stand und ihr Einkommen ausreiche, um den Bedarf des Paares zu decken. Dabei berücksichtigte die ARGE als Einkommen auch die Beiträge des Arbeitgebers an eine Pensionskasse. Insofern hatte die Frau einige Jahre zuvor einer Gehaltsumwandlung zugestimmt. Die dagegen gerichtete Klage war erfolgreich.

Das Landessozialgericht: Die Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung stellen kein anrechnungsfähiges Einkommen dar. Durch den Gehaltsverzicht zugunsten einer mit der Pensionskasse abgeschlossenen Rentenversicherung kann die Frau für die gesamte Dauer des Arbeitsverhältnisses nicht mehr die Auszahlung der Beträge verlangen. Auch ist ihr nach dem Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung ein vorzeitiger Zugriff auf die angesparten Beträge verwehrt. Diese dienen vielmehr dem staatlich geförderten Aufbau einer zusätzlichen betrieblichen Altersversorgung und sind damit als zweckgebundene Einkünfte von einer Berücksichtigung ausgeschlossen. Darauf, ob die betriebliche Altersversorgung zugleich auch die Anforderungen an eine so genannte Riester-Rente erfüllt, kommt es nicht an.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 25. November 2008 - L 3 AS 118/07

Hartz-IV-Empfänger

Kein Anspruch auf Gleitsichtbrille

Der Träger der Grundsicherung hat neben den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts grundsätzlich auch Leistungen zur Eingliederung erwerbsfähiger Hilfebedürftige in das Erwerbsleben zu erbringen. Jedoch ist er im Rahmen der Eingliederungsleistungen nicht verpflichtet, die Kosten einer Gleitsichtbrille zu übernehmen. Eine normale Brille ist, anders als eine Arbeitsschutzbrille, ein medizinisches Hilfsmittel, das in die Zuständigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung fällt.

Da die Gleitsichtbrille nicht nur für den Beruf, sondern auch im täglichen Leben zur Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse gebraucht wird, liegt das Schwergewicht ihrer Nutzung nicht im beruflichen Bereich. Die Beschaffung einer Gleitsichtbrille anstelle von zwei Brillen – eine Brille für die Nahsicht und eine Brille für die Fernsicht –, erleichtert lediglich die Benutzung der Sehhilfe, sie begründet aber nicht deren Eigenschaft als Hilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben.

Landessozialgericht Rheinlad-Pfalz,
Beschluss vom 16. Dezember 2008 - L 5 B 422/08 AS).

Innerkirchliche Angelegenheiten

Staatliche Gerichte nicht zuständig

Die Versetzung eines Pfarrers in den Ruhestand wie auch Fragen, die mit der Festsetzung seines Ruhegehalts zusammenhängen, sind keine Akte der „öffentlichen Gewalt", in die der Staat durch seine Rechtsprechung korrigierend eingreifen darf. Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig und verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde.

Bundesverfassungsgericht,
Beschluss vom 5. Dezember 2008 – 2 BvR 717/08

Betriebliche Hinterbliebenenrente

Auch für eingetragene Lebenspartner

Überlebende einer eingetragenen Lebenspartnerschaft können aus Gründen der Gleichbehandlung einen Anspruch auf Hinterbliebenenrente haben, wenn für Ehegatten im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung eine dahingehende Zusage besteht.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 14. Januar 2009 - 3 AZR 20/07

Personalrat

Teilnahme an Sitzungen ist Pflicht

Zu den gesetzlichen Pflichten eines Personalratsmitgliedes gehört es, an den Sitzungen des Personalrats teilzunehmen. Diese ist eine höchstpersönliche Pflicht. Dem Personalratsmitglied steht es nicht frei, sich nach seinem Gutdünken vertreten zu lassen. Ein Personalratsmitglied, das häufig den Sitzungen des Personalrats unentschuldigt fern bleibt, verletzt in grober Weise seine gesetzlichen Pflichten und kann deshalb aus dem Personalrat ausgeschlossen werden.

Verwaltungsgericht Mainz,
Urteil vom 25. März 2008 – 5 K 790/07.MZ

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 09.03.2009 4/09

DGB

inhalt

Seite 2
Die Lücke schließen
Nach wie vor verdienen Frauen überall in Europa weniger als Männer. Die EU will den „Gender Pay Gap" mit einer Kampagne beseitigen

Seite 3
Am Verhandlungstisch
Der DGB will gemeinsam mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung die Interessen der ArbeitnehmerInnen in die Verhandlungen der G20-Staaten zur Bewältigung der Krise einbringen

Seite 7
Talsohle erst 2010
Die Talsohle der aktuellen Krise wird frühestens im Laufe des nächsten Jahres erreicht sein, meint Gustav Horn

Schulabbrecher

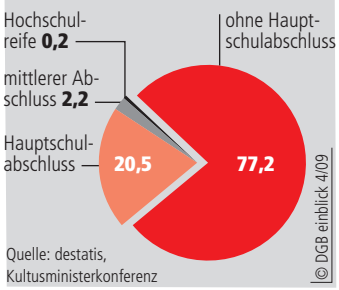
Bildungspolitik leicht gemacht

Es war eines der wenigen konkreten Ergebnisse des Bildungsgipfels im vergangenen Jahr: Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder einigten sich darauf, bis 2015 die Schulabbrecherquote zu halbieren – von acht auf vier Prozent. Alle bildungspolitischen Akteure waren sich einig: Um diese Zielmarke zu erreichen, bedarf es in den kommenden Jahren erheblicher Anstrengungen – wesentlich verbesserter Förderbedingungen und vor allem einer Menge Geld.

„Das geht auch einfacher", scheinen sich die Kultusminister gedacht zu haben. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat Pläne, die Schulstatistik zu verändern. Künftig sollen nicht mehr alle SonderschülerInnen (offiziell: FörderschülerInnen) einfach als Schulabbrecher zählen, sondern es sollen auch die einzelnen Förderschul-Abschlüsse in der Statistik aufgeführt werden. Konkret heißt das: Die statistische Zählweise soll aufgesplittet werden. Statt der „hässlichen" Zahl von derzeit rund 75 000 Abbrechern ließe sich dann eine sanftere Rechnung aufmachen: Man könnte die Quote der Abbrecher fein säuberlich in Schüler der Förderschwerpunkte „Geistige Entwicklung" und „Lernen" aufteilen. Bald schon könnten Kultusminister einzelne Gruppen als nicht „schulabschlussreif" einstufen.

Die meisten ohne Hauptschulabschluss

Abschlussqualifikationen von Förderschulabgängern 2006 (in Prozent)



84 Prozent der SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchten 2006 eine Förderschule.

Mit der neuen Zählweise würde sich zwar nichts an Förderung, Unterricht und Arbeitsmarktchancen der Sonderschüler ändern – aber an der Statistik. So könnten die Kultusminister dem „Halbierungsziel" schon im nächsten Jahr sehr nahe kommen.

Der DGB warnt die KMK eindringlich davor, mit zweifelhaften Rechentricks die Statistik der Schulabbrecher zu schönen – und damit ein zentrales Versprechen des Bildungsgipfels zu unterlaufen. „Förderschüler müssen weiterhin in der Statistik der Jugendlichen ohne Schulabschluss gezählt werden", fordert DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. Denn die Diskussion um die Schulstatistik geht an den wirklichen Problemen der Förderschüler vorbei. „Mehr als 400 000 Förderschüler sind die Verlierer des Bildungssystems. Fast 80 Prozent von ihnen schaffen keinen Hauptschulabschluss, sie haben auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen", erklärt Sehrbrock. „Wer den Förderschülern wirklich helfen will, muss auf mehr individuelle Förderung setzen. Wir brauchen mehr Lehrkräfte und Sozialpädagogen in den Klassen."

Das sind im Übrigen nicht nur Forderungen des DGB. Auch die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, die in diesem Monat in Deutschland völkerrechtlich verbindlich wird, fordert, „Menschen mit Behinderung nicht vom allgemeinen Bildungssystem auszuschließen". Für den DGB heißt das: Alle Kinder lernen gemeinsam, Kinder mit Behinderungen dürfen nicht von den Regelschulen ausgegrenzt werden – aber in Deutschland werden zu viele Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf noch in „Förderschulen" abgeschoben. •

plusminusBERLIN

+ ***Grietje Staffelt (Grüne) fordert strengere Datenschutzregeln für „Online-Netzwerke" wie StudiVZ oder Facebook. Gewinne der Anbieter dürften nicht auf Kosten der Privatsphäre der NutzerInnen gehen. Der Verwendung personenbezogener Daten müssten User ausdrücklich zustimmen.***

– ***Unter Vorsitz von Hermann Otto Solms hat die FDP-Bundestagsfraktion eine Arbeitsgruppe zu Managervergütungen eingesetzt. Themen sollen die Verkleinerung von Aufsichtsräten und die Stärkung von Eigentümerrechten sein. Was das mit Managergehältern zu tun hat, verrät die FDP nicht.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.frauenlohnspiegel.de
Daten zur Einkommenssituation von Frauen – aktualisiertes Online-Angebot von lohnspiegel.de

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Thesenpapier des DGB zum Verhältnis von Mitbestimmung und Corporate Social Responsibility (CSR)

Finanzpolitik

Schuldenbremse erschwert Krisenmanagement

DGB-Vorstand Claus Matecki hat in einem Brief an die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion eindringlich vor der geplanten „Schuldenbremse" für Bund und Länder gewarnt. Die Möglichkeit, Investitionen auch über Kreditaufnahme zu finanzieren, sei Kernbestand staatspolitischer Verantwortung und „fiskalpolitischer Klugheit". Die Schuldenbremse, die Begrenzung der Kreditaufnahme auf maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, führe aber gerade in Krisenzeiten dazu, dass notwendige Rettungsmaßnahmen durch einen öffentlichen Investitionsstau oder Sozialabbau erkauft werden müssten.

Außerdem zeige gerade die aktuelle Krise, wie wichtig es ist, ausreichende finanzpolitische Spielräume zu haben: Mit einer Schuldenbremse würde es künftig wesentlich schwieriger, adäquat auf wirtschaftliche Krisen zu reagieren, erklärt Matecki in dem Schreiben an die Parlamentarier.

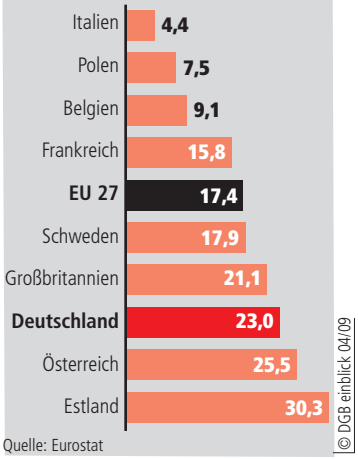
Zwar soll die Schuldenbremse laut Koalitionsvereinbarung erst 2015/16 starten, der Spardruck bei den öffentlichen Haushalten werde aber sofort einsetzen – zu einem Zeitpunkt, zu dem noch niemand wissen könne, „ob der Höhepunkt der Krise erreicht ist, geschweige denn, wie hoch die Verschuldung zum Zeitpunkt der ‚wirtschaftlichen Normalisierung' sein wird", kritisiert Matecki. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Nach wie vor verdienen Frauen überall in Europa weniger als Männer. Im Schnitt liegen die Frauenlöhne in der EU um 17,4 Prozent unter denen der Männer, in Deutschland gar um 23 Prozent. Mit einer Informationskampagne will die EU jetzt gegen das geschlechtsspezifische Lohngefälle, den „Gender Pay Gap", vorgehen. EU-Sozialkommissar Vladimír Špidla forderte zum Start der Kampagne gleiche Löhne und Chancen für Männer und Frauen auch als Mittel gegen die Wirtschaftskrise. Nach einer französischen Studie meisterten Unternehmen mit mehr Frauen in Führungspositionen Krisen besser, erklärte er. Es gebe nicht nur moralische, sondern auch wirtschaftliche Argumente gegen das Lohngefälle. Mit vielfältigen Aktionen will ein breites Aktionsbündnis am 20. März, dem „Equal Pay Day", an vielen Orten in Deutschland auf die Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern aufmerksam machen. Der Equal Pay Day wird unter anderem vom Deutschen Frauenrat, dem der DGB angehört, von der BDA und dem Verband der Unternehmerinnen getragen. Infos und Links zum Thema: www.einblick.dgb.de

EU: Aktiv gegen Gender Pay Gap

Geschlechtsspezifisches Lohngefälle in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten 2007 (in Prozent)



Quelle: Eurostat

Initiative

Breites Bündnis für Mindestlohn

Die Gewerkschaften bekommen im Superwahljahr 2009 weitere Unterstützung für ihre Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) haben Anfang März gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO), dem Sozialverband Deutschland (SoVD) und dem Sozialverband VdK die Initiative „Bündnis sozialer Deutschland – Stimmen für den Mindestlohn" gestartet. Die Verbände wollen sich gemeinsam gegen zunehmende Armut und Niedriglöhne in Deutschland engagieren, ihre Mitglieder mobilisieren und weitere Bündnispartner in der Gesellschaft und vor allem in der Politik gewinnen.

Mit seiner Forderung für einen gesetzlichen Mindestlohn lehnt sich das neue Bündnis bewusst an die von ver.di und NGG anlässlich des Bundestagswahljahres gestarteten Initiative „Stimmen für den Mindestlohn" an. Zur Initiative des Bündnisses gehört auch eine Plakataktion. Plakate und weitere Infos zur Initiative gibt es auf der Homepage des Bündnisses. •

www.mindestlohn09.de/service/buendnis-soziales-deutschland

IT-Branche

Kurzarbeit gegen Fachkräftemangel

IG Metall und ver.di haben auf der Computermesse CeBIT gemeinsam an die Arbeitgeber der IT-Branche appelliert, in der aktuellen Krise auf Entlassungen zu verzichten. „Wenn IT-Unternehmen ihre Beschäftigten nicht mit Kurzarbeit und flexibler Arbeitszeit an Bord halten, droht bald ein noch größerer Mangel an qualifizierten IT-Fachleuten", warnte IG Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer. Auch ver.di-Vorstand Lothar Schröder kritisierte kurzsichtige „Hire and Fire"-Strategien: „In Boomzeiten bleibt den Beschäftigten für Qualifizierung keine Zeit, und das Gerangel um Fachkräfte geht nach der Krise wieder von vorne los."

Die beiden Gewerkschaften legten ein gemeinsames Sechs-Punkte-Programm vor, wie Fachkräfte auch in Krisenzeiten in IT-Unternehmen gehalten und gleichzeitig besser qualifiziert werden können. Unter anderem sollten die IT-Arbeitgeber die verbesserten Kurzarbeit-Programme nutzen, die Weiterbildung „älterer IT-Profis" verstärken und die Möglichkeit zur Kombination von Studium und betrieblicher Ausbildung verbessern. Letzteres könne mit tariflichen Regelungen unterstützt werden, so das Angebot von IG Metall und ver.di an die Arbeitgeber. •

Das Sechs-Punkte-Programm zum Download: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Hartz IV

Keine Kürzung bei Lohndumping

Wer sich als Hartz-IV-EmpfänerIn weigert, zu Dumping-Löhnen zu arbeiten, muss nicht grundsätzlich Kürzungen beim Arbeitslosengeld II hinnehmen. Das entschied jetzt das Sozialgericht Dortmund (AZ: S 31 AS 317/07).

Geklagt hatte eine Erwerbslose aus Bochum, die bei einem Textildiscounter eine Anstellung zu einem Stundenlohn von 4,50 Euro annehmen sollte. Mit Verweis auf die geringe Vergütung lehnte die Frau die Stelle als „unzumutbar" ab. Daraufhin kürzte ihr die zuständige Arbeitsgemeinschaft (Arge) den Hartz-IV-Satz für mehrere Monate um 30 Prozent. Die Betroffene klagte – und bekam Recht. Die Dortmunder Richter urteilten: Der für den Bereich des Textildiscounters geltende Tarifvertrag sehe einen untersten Tariflohn von 9,82 Euro pro Stunde vor. 4,50 Euro seien deshalb „sittenwidriger Lohnwucher", die Stelle könne als „unzumutbar" abgelehnt werden. •

Gewerkschaften international

Platz am Verhandlungstisch

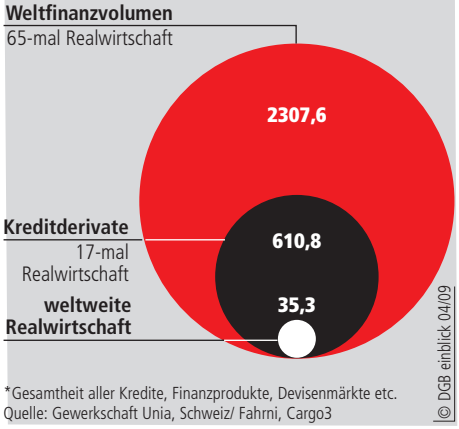
Am 2. April treffen sich die G20-Staaten zum Weltfinanzgipfel in London. Um die Interessen der ArbeitnehmerInnen in das internationale Krisenmanagement einbringen zu können, fordern die Gewerkschaften einen Platz am Verhandlungstisch. Das muss in London endlich verbindlich vereinbart werden.

Auch die internationale Gewerkschaftsarbeit steht 2009 ganz im Zeichen der Krise. Damit die nicht auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen bewältigt wird, wollen die Gewerkschaften am Verhandlungstisch des weltweiten Krisenmanagements präsent sein. „Keine Sitzung der G20 ohne Präsenz der internationalen Gewerkschaftsbewegung, kein internationales politisches Forum zur Weltfinanzkrise ohne die Stimme der Gewerkschaften", heißt es in einem DGB-Papier.

Mit ihrer „Washingtoner Erklärung" zum ersten G20-Krisengipfel im November 2008 hat die internationale Gewerkschaftsbewegung bereits konkrete Vorschläge zur Regulierung des Weltfinanzsystems und zur Belebung des Wirtschaftswachstums gemacht. Die Gewerkschaften fordern etwa Zinssenkungen, staatliche Infrastrukturprogramme zur Wachstumsförderung, einen „New Green Deal" zur Förderung von umweltgerechten Jobs, Steuererleichterungen für mittlere und untere Einkommen und einen Verzicht auf Kürzungen bei der Entwicklungshilfe. Die Gewerkschaften wollen zudem ein neues „Bretton Woods" – eine neue Struktur einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftsregierung, die nicht zwischen Regierungen und Banken hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wird.

Profit auf Pump

Wert von Weltfinanzvolumen*, Kreditderivaten und weltweiter Realwirtschaft im Vergleich (in Billionen Euro), Zahlen von 2007



*Gesamtheit aller Kredite, Finanzprodukte, Devisenmärkte etc.
Quelle: Gewerkschaft Unia, Schweiz/ Fahrni, Cargo3

Profit auf Pump ist die goldene Regel des Finanzkapitalismus. In den letzten 30 Jahren ist so die Geldmenge auf das Fünfzigfache gestiegen, das Weltfinanzvolumen auf den 65-fachen Wert der Realwirtschaft. „Der gegenwärtige Kapitalismus leidet nicht an einer Kreditblase. Er ist eine Blase", schreibt die Schweizer Gewerkschaft Unia in einer Broschüre zur Krise.

Die Reaktionen der in Washington anwesenden Regierungsdelegationen auf das Gewerkschaftspapier waren sehr positiv. Insbesondere die Forderung nach einer gewerkschaftlichen Präsenz bei allen weiteren G20-Beratungen fand breite politische Unterstützung – bislang allerdings ohne konkrete Folgen: Die von den G20-Regierungen eingerichteten vier Facharbeitsgruppen tagen bisher ohne gewerkschaftliche Beteiligung. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat dies vor kurzem in einem Schreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Peer Steinbrück kritisiert.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) und die Global Unions haben in den vergangenen Wochen die Chance genutzt, ihre Positionen in Spitzentreffen mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds, im Rahmen der Sitzungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos darzulegen. Und auch in London wird es wieder – wie bereits in Washington – einen Gipfel der Vorsitzenden der Gewerkschaften aus den G20-Ländern geben, an dem auch Michael Sommer teilnimmt. Der britische Premier Gordon Brown hat bereits zugesagt, die internationalen Gewerkschaftsführer zu einem Gespräch zu empfangen. TUAC, der gewerkschaftliche Beratungsausschuss bei der OECD, bereitet eine aktualisierte Stellungnahme vor, die am 23. März den G20-Regierungen zugeleitet werden soll. Die Gewerkschaften wollen außerdem die Sozialpartnerkonsultationen beim G8-Arbeitsministertreffen in Rom am 29. März nutzen, um vor dem Londoner Gipfel für die Gewerkschafts-Vorschläge zu werben. •

Demo in London

Anlässlich des G20-Gipfels ruft der britische Gewerkschaftsdachverband TUC unter dem Motto „Put People First" für den 28. März zu einer Demonstration in London auf, an der auch ein breites Bündnis nationaler Nicht-Regierungsorganisationen beteiligt ist. Der EGB und der IGB unterstützen den Aufruf. TeilnehmerInnen aus anderen Ländern haben sich bereits angekündigt, auch der DGB wird sich mit einer Delegation an der Demonstration beteiligen.

www.putpeoplefirst.org.uk

Europäische Aktionstage

Die Folgen der Finanzkrise dürfen nicht allein den ArbeitnehmerInnen aufgebürdet werden. Darin sind sich die Gewerkschaften in Europa einig. Mit Europäischen Aktionstagen im Mai geht der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) in die Offensive. Das Motto: „Fight the crisis: Put people first!" Zwischen dem 14. und 16. Mai ruft der EGB zu Aktionen und Demonstrationen in europäischen Metropolen auf, unter anderem in Brüssel, Berlin und Prag. An der Großdemonstration am 16. Mai in Berlin werden auch GewerkschafterInnen aus anderen europäischen Staaten teilnehmen.

Die europäischen Gewerkschaften fordern einen neuen „Social Deal" in Europa. Dazu gehört etwa ein erweitertes Konjunkturprogramm für mehr und bessere Arbeitsplätze. Die Gewerkschaften fordern außerdem eine europäische Krisenbewältigung ohne Protektionismus sowie eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte. Den sozialen Grundrechten muss Vorrang eingeräumt werden vor den Binnenmarktrechten. Das europäische Sozialmodell soll in der Krise gestärkt und das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" durchgesetzt werden.

www.etuc.org/a/5871

Verbraucherschutz

Finanz-TÜV muss kommen

Eine aktuelle Studie des Bundesverbraucherschutzministeriums belegt: Der Vertrieb von Finanzprodukten wird vor allem durch Provisionen der Anlageberater und nicht durch die Bedürfnisse der Kunden gesteuert. Viel zu oft werde „das Vertrauen von Anlegern in den Rat von Finanzvermittlern enttäuscht", meint Ilse Aigner (CSU), Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. „Zum Beispiel dann, wenn unter dem Deckmantel von Kompetenz und Seriosität ungeeignete Investments als sichere Anlage für die Altersvorsorge verkauft werden."

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und der Deutsche Gewerkschaftsbund fordern aus diesem Grund mehr Schutz für Anleger und Sparer. Die Finanzkrise zeige, dass die Finanzmärkte im Interesse der Verbraucher kontrolliert werden müssen, betont vzbv-Vorstand Gerd Billen. Er empfiehlt unter dem Dach der Verbraucherzentralen einen unabhängigen Marktwächter nach britischem Vorbild zu installieren.

Auch DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki nimmt die Bundesregierung in die Pflicht. Es sei richtig und überfällig, die Verjährungsfrist für Klagen nach einer mangelnden Beratung von drei auf zehn Jahre hoch zu setzen, die Beratung besser zu dokumentieren und risikoreiche Finanzprodukte zu kennzeichnen. Doch diese Schritte reichten bei weitem nicht aus, betont Matecki. „Der DGB fordert seit langem die Einführung eines Finanzdienstleistungs-TÜVs in Deutschland." Zudem müsste die unabhängige Verbraucher- und Finanzberatung der Verbraucherzentralen der Länder mit staatlichen Mitteln ausgebaut werden, so Matecki. •

Die Studie des Ministeriums und die Forderungen des DGB: www.einblick.dgb.de/hintergrund

neue**Bücher**

Den **Absturz eines Spielsüchtigen** beschreibt Klaus F. Schmidt in seinem Buch *Nichts geht mehr* – es ist sein eigener Absturz. Schmidt hatte in den 1990er Jahren ein Vermögen gemacht: mit den „Sodastream"-Geräten, die auf Knopfdruck Mineralwasser produzieren. Dann besucht Schmidt eines Tages die Spielbank in Bremen – und erfährt schon bald als „Vielspieler", der hohe Beträge setzt, eine Exklusiv-Behandlung des staatlichen Casinos: Einladungen zu Formel-Eins-Rennen und Bundesligaspielen sind nur die Spitze des Eisbergs, um den „Kunden" unter allen Umständen zu halten. Als Schmidt bereits den Großteil seines Vermögens verspielt hat, unterschreibt er eine „Selbst-Sperre" und erhält trotzdem weiterhin „persönliche Einladungen" ins Casino. Schmidt verklagt die

Spielbank und verliert – auch vor Gericht. Sein Buch schildert autobiografisch – ergänzt um Dokumente, Presseberichte und Informationen zur Spielsucht – den Abstieg eines Multimillionärs zum Hartz-IV-Empfänger. Am Mitleid der LeserInnen ist Schmidt nicht gelegen, er sei für seine Entscheidungen selbst verantwortlich. Vielmehr ist sein Buch eine Anklage gegen die – aus seiner Sicht – staatlich geförderte Spielsucht.

Klaus F. Schmidt: Nichts geht mehr. Vom Sodastream-Multimillionär zum Hartz-IV-Empfänger. Mankau Verlag, Murnau 2009, 209 Seiten, 12,95 Euro.

Beteiligung macht stark: Wie wichtig eine starke, beteiligungsorientierte Unternehmenskultur – auch in Zeiten von Krisen, Übernahmen und Umstrukturierungen – ist, zeigt nicht zuletzt das Beispiel von Schaeffler: Das Unternehmen hat kürzlich über eine „Zukunftsvereinbarung" mit der IG Metall die Mitbestimmung im Unternehmen eingeführt und will ein Beteiligungsprogramm für die Beschäftigten auflegen: ein Beispiel guter Praxis. Weitere Beispiele zeigt der aktuell erschienene Band *Beteiligungsorientierte Unternehmenskultur.* Neben Übersichtsbeiträgen zu Themen wie „Unternehmenskultur und Internationalisierung" oder „Erfolgsfaktor Unternehmenskultur" schildern die AutorInnen Beispiele erfolgreicher Beteiligungsstrukturen in sieben deutschen Unternehmen.

Friedemann W. Nerdinger, Peter Wilke (Hrsg.): Beteiligungsorientierte Unternehmenskultur. Erfolgsfaktoren, Praxisbeispiele und Handlungskonzepte. Gabler Edition Wissenschaft, Wiesbaden 2009, 255 Seiten, 49,90 Euro.

„Deutscher Betriebsräte-Preis"

Preisgekrönte Mitbestimmung

Die Arbeit als Betriebsrat ist anspruchsvoll. Was von Arbeitgebern häufig kritisch beäugt wird, gilt in vielen Belegschaften als selbstverständliche Dienstleistung. Statt Anerkennung bekommen Betriebsräte manchmal den Unmut beider Seiten zu spüren. Um Betriebsräten die Anerkennung zukommen zu lassen, die ihnen gebührt, vergibt die Zeitschrift *Arbeitsrecht im Betrieb* in diesem Jahr erstmals den „Deutschen Betriebsräte-Preis". Nominiert werden können Einzelpersonen, ganze Betriebsräte und Betriebsräte-Netzwerke, die zwischen 2007 und 2009 aktiv Beschäftigung in ihren Betrieben gesichert haben. Schirmherr ist Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD). Einsendeschluss für Nominierungen ist der 30. April. •

www.DeutscherBetriebsraete-Preis.de

interregio

••• Die ***DGB-Region Emscher-Lippe*** und die ***IG Metall Gelsenkirchen*** laden am 30. März zur ***Konferenz*** „Ein Europa für Kapital und Konzerne oder ein soziales Europa für ‚Gute Arbeit'?" ein. Im Fokus stehen im Jahr der Europawahl die Fragen: Was sind die Anforderungen der Gewerkschaften an ein soziales Europa? Wie müssen europäische Gesetze beschaffen sein, um den Handlungsspielraum der Gewerkschaften zu vergrößern? Unter anderem diskutieren Frank Baranowski, Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Reiner Hoffmann, stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) und Bart Samyn, stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes.

www.gelsenkirchen.igmetall.de/veranstaltungen.html

••• Die ***DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg-Kreis/Oderberg-Kreis*** zeigt im Bonner Gewerkschaftshaus die ***Dauerausstellung*** „Aufbau – Zerschlagung – Neugründung". Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der DGB-Gründung in diesem Jahr ist die vor 25 Jahren konzipierte Ausstellung komplett überarbeitet, ergänzt und aktualisiert worden. Die Sammlung zeigt in Exponaten die Geschichte der deutschen Gewerkschaften seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu den 1950er Jahren. *www.bonn.dgb.de*

Mit Kurzarbeit und Qualifizierung:

Arbeit sichern in der Krise.

Entlassungen vermeiden und Arbeit sichern – darauf kommt es jetzt in der Krise an. Viele Unternehmen und Betriebsräte stehen vor schwierigen Entscheidungen. Politik und Bundesagentur für Arbeit wollen ihnen dabei helfen. Mit dem Konjunkturpaket II verbessern sich die Möglichkeiten, die Krise zu meistern. Unter anderem mit Kurzarbeitergeld und Qualifizierung.

Kurzarbeit statt Kündigung. Kurzarbeit ist die bessere Alternative zur Entlassung: Die Beschäftigten behalten ihre Arbeitsplätze. Das Unternehmen senkt seine Kosten. Sofort. Und es muss nach der Krise nicht mühsam qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter suchen. Deshalb wird Kurzarbeit nun noch umfassender gefördert. Und das bis zu 18 Monate lang. Das Verfahren wird vereinfacht und entbürokratisiert. Die Bedingungen werden verbessert, gerade für Beschäftigte in Altersteilzeit oder Leiharbeit. Die Einbußen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden verringert: Beschäftigungssicherungsvereinbarungen wirken sich nicht nachteilig aus.

Qualifizieren statt entlassen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können die Zeit der Kurzarbeit für Weiterbildungen nutzen. Zum Beispiel durch eine handwerkliche Zusatzqualifikation oder einen Kurs in Fachenglisch. Die Bundesagentur für Arbeit hilft dabei. Auch ohne Kurzarbeit werden Qualifizierungen gefördert. So können Beschäftigte und Unternehmen sofort durchstarten, wenn es wieder aufwärts geht.

Weitere Informationen zu Kurzarbeit und Qualifizierung bekommen Sie unter www.einsatz-fuer-arbeit.de.
Oder beim Infotelefon des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 018 05-67 67-12*.

*Festnetzpreis 14 Cent/Min.; Mobilfunkpreise abweichend.

EINSATZ FÜR ARBEIT.

Bundesagentur für Arbeit

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

kurz&bündig

Die IG BAU hat einen Info-Flyer zur Europawahl herausgegeben. Unter dem Titel „Moderne Sklaverei oder gleiche Rechte für alle Beschäftigten – Europa muss sozial werden!" wird für ein soziales Europa und eine Stärkung des Europaparlamentes geworben.
Download: www.igbau.de

Die GEW fordert gemeinsam mit anderen Bildungsverbänden die Bundesregierung und den Bundesrat auf, die Mittel des Konjunkturpakets für den Bildungsbereich nicht nur in Baumaßnahmen zu investieren. Schuleinrichtungen, Lehr- und Lernmittel müssten ebenfalls modernisiert werden, um die Bildungsqualität weiterzuentwickeln.

Die GdP spricht sich für die erneute Prüfung eines NPD-Verbotsverfahrens aus. Im Kampf gegen Rechts sei der Konsens der Demokraten besonders wichtig. Alle Bundesländer müssten daher ihre Erkenntnisse zusammentragen und von Sachverständigen prüfen lassen, ob ein neues Verbotsverfahren erfolgversprechend sei.

ver.di-Vorstand Uwe Foullong fordert von der Bundesregierung ein Kündigungsverbot bei Unternehmen, die über Rettungspakete staatliche Finanztransfers in Anspruch nehmen. Sonst könnten Steuergelder „faktisch doppelt missbraucht werden", wenn auch noch die Arbeitslosigkeit von entlassenen Beschäftigten finanziert werden müsste.

IG Metall-Kampagne

Gemeinsam für ein gutes Leben

Am 1. April startet die IG Metall die Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben". Kern der Kampagne ist eine groß angelegte Bürgerumfrage: 500 000 ausgefüllte Fragebögen will die IG Metall sammeln, es soll die größte Befragung ihrer Art in Deutschland werden. 30 Fragen gilt es zu beantworten – zu den Themen Arbeit und Einkommen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildung, Mitbestimmung, Rente, Mindestlohn und Leiharbeit.

Die IG Metall will wissen, was die Menschen bewegt. Politik sei „gegen die Mehrheit der Bevölkerung" gemacht worden, „für Gutverdienende, Raffkes und Finanzhaie", sagt IG Metall-Vize Detlef Wetzel mit Blick auf die Wirtschaftskrise. Dieser Politik will die IG Metall im Jahr der Bundestagswahl „ein neues Politikmodell" entgegenstellen. Dabei sollen die Interessen der Menschen, Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität und Würde im Mittelpunkt stehen, nicht die so genannten Sachzwänge des globalen Kapitalismus.

Damit die Befragung kein Selbstzweck bleibt, verbindet die Gewerkschaft die Umfrage mit einer ungewöhnlichen Aktion: Jede IG Metall-Verwaltungsstelle erhält vom IG Metall-Vorstand für jeden ausgefüllten Fragebogen einen Euro, um damit ein soziales Projekt vor Ort zu unterstützen.

Mit der Befragung startet auch eine bundesweite Road-Show, ein Info-Truck fährt Marktplätze, Fußgängerzonen und Einkaufszentren an. Vorrangig richtet sich die Kampagne an Menschen bis 35 Jahre. Am 25. April findet im Berliner E-Werk der Kongress „Junge Generation" statt, am 5./6. Mai eine Konferenz zum Thema „Neuer Generationenvertrag". Höhepunkt der Kampagne ist eine Protestkundgebung am 5. September in der Commerzbank-Arena in Frankfurt/Main, zu der 50 000 TeilnehmerInnen erwartet werden. •

www.gutes-leben.de

soli extra

Für ein soziales Studium

An deutschen Hochschulen hat sich viel verändert – Einiges eher zum Nachteil der Studierenden. Ob Bologna-Prozess, Bachelor- und Master-Studiengänge oder die Einführung von Studiengebühren – die aktuelle Ausgabe des DGB-Jugend-Magazins *soli extra* nimmt die Hochschulpolitik der letzten Jahre unter die Lupe. Unter dem Motto „Was Gewerkschaften an den Hochschulen bewegen können?" widmet sich *soli extra* dem Campusleben. Soziale Selektion, Studienfinanzierung und Mitbestimmung an der Uni sind nur einige der Schwerpunkte. Die Ausgabe kann im Internet heruntergeladen werden. •

www.dgb-jugend.de

Internationales

Gewerkschafter aufs Tandem setzen

Die „International Labour University" (GLU) bietet gewerkschaftlich Aktiven aus Deutschland in diesem Jahr die Möglichkeit, über „International Union Friendships" den Austausch mit internationalen GLU-TeilnehmerInnen zu suchen.

Die GLU ist eine von verschiedenen nationalen und internationalen Organisationen unterstützte Bildungseinrichtung. Zu den Partnern der „internationalen Universität" gehören unter anderem der DGB, die Hans-Böckler-Stiftung sowie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). In vier Ländern bietet die GLU Masterstudiengänge an, darunter in Deutschland den Studiengang „Labour Policies and Globalisation". Von April bis September 2009 sind internationale GLU-TeilnehmerInnen (u.a. aus den USA, Brasilien, Südkorea und der Türkei) zu Gast in Berlin. Die GLU sucht für diese Zeit in der deutschen Hauptstadt „Tandem-Partner" – gewerkschaftlich Aktive, die sich mit den GLU-Studenten treffen, um sich über gewerkschaftliche Themen und Aktivitäten auszutauschen und mit ihnen gemeinsam öffentliche GLU-Veranstaltungen zu besuchen. Die deutschen Tandem-PartnerInnen sollten Englisch sprechen, „perfekte" Englischkenntnisse sind aber nicht notwendig. Interessierte können sich per E-Mail an Luciole Sauviat von der GLU wenden. •

luciole.sauviat@global-labour-university.org

Fachkonferenz

Fachkräfte im Dreiländereck

Im Dreiländereck Deutschland-Tschechien-Polen wird in den kommenden Jahren die Zahl der Erwerbspersonen deutlich sinken. Ein wesentlicher Grund ist der demografische Wandel: Ein verschärfter Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte der drei Länder ist bereits jetzt absehbar. Der DGB Sachsen veranstaltet deshalb mit tschechischen und polnischen Partnergewerkschaften im Rahmen des EURES-Programms der EU am 16. und 17. März in Bautzen die Fachkonferenz „Demografischer Wandel und Fachkräfteentwicklung im Dreiländereck". Gemeinsam wollen die GewerkschafterInnen Handlungsansätze diskutieren und sich über die unterschiedlichen nationalen Arbeitsmarktinstrumente austauschen. •

www.dgb-sachsen.de

INTERVIEW

Wirtschaftskrise

„Talsohle wird erst 2010 erreicht“

■ Um wie viel Prozent sackt das Wachstum ab?

■ *Unsere Prognose lautet, dass die Wirtschaft in diesem Jahr um 2,4 Prozent schrumpft.*

■ Im Dezember hat das IMK minus 1,8 Prozent prognostiziert. Wie belastbar ist die neue Prognose?

■ *Wir erleben eine Vielzahl von Abwärtsspiralen, die sich wechselseitig verstärken und schwer vorauszuberechnen sind. Unsere neue Prognose hat eine Wahrscheinlichkeit von mehr als 50 Prozent, wir werden sie Mitte März aktualisieren.*

■ Die bisher schlimmste Krise hat Mitte der 70er Jahre stattgefunden, das Wachstum sank auf minus 0,9 Prozent. Wir rauschen also in ein Unwetter, das mindestens doppelt so heftig wird. Ist das im Bewusstsein der Öffentlichkeit schon angekommen?

■ *Nein. Das ist wie nach einem Schock. Man braucht Zeit, um die Realität zu begreifen. Es hat ein Paradigmenbruch stattgefunden. Wir haben uns auf ein Finanzsystem verlassen, das nicht verlässlich war. Es ist zusammengebrochen und wird nur durch die Zentralbanken und Regierungen am Leben erhalten, es liegt auf der Intensivstation.*

■ Muss der Finanzmarkt reguliert werden?

■ *Die These war doch, dass ein unregulierter Markt am besten läuft; er produziert die höchsten Wachstumsraten, man muss ihn nur machen lassen. Diese Sichtweise war gängig, aber falsch. Und das hat, wenn es sich um das Finanzsystem handelt, weit reichende Konsequenzen – dieses System ist der Blutkreislauf der Wirtschaft. Bricht es zusammen, bricht alles zusammen.*

■ Aber wir erleben doch nicht zum ersten Mal, dass Spekulationsblasen entstehen und platzen.

■ *Wir müssen lernen, dass die Menschen nicht nur rational handeln. Man ist Illusionen aufgesessen, hat geglaubt, am Finanzmarkt könnten höhere Renditen erzielt werden als in der Realwirtschaft.*

■ Das stimmte doch.

■ *Ja, eine Zeit lang. Aber irgendwann ist die – völlig überbewertete – heiße Luft raus, und das ganze Gebilde kollabiert. Zudem weltweit. In den USA sind die Menschen verleitet worden, Häuser auf Kreditbasis zu bauen, auf Pump zu konsumieren. Das war extrem riskant, aber dieses Risiko war den Menschen nicht bewusst.*

■ Siehst du schon Licht am Ende des Tunnels?

■ *Anders als in der Weltwirtschaftskrise 1929/30 wissen wir, wie solche Krisen zu bekämpfen sind. Und sie wird ja auch bekämpft. Das stimmt mich optimistisch, dass wir vielleicht im Laufe des nächsten Jahres die Talsohle erreichen und es dann allmählich wieder aufwärts geht.*

■ Die Politik hat reagiert und das Konjunkturpaket II aufgelegt – deine Hauptkritik?

■ *50 Milliarden Euro sind ein beträchtliches Volumen. Leider sind viele seiner Wirkungen aufs zweite Halbjahr terminiert worden, Krise ist aber jetzt. Warum hat man zum Beispiel die Steuersenkungen nicht rückwirkend in Kraft gesetzt und mit Pauschalbeträgen ausgezahlt? Andererseits sind Steuersenkungen ein Problem: Sie sind konjunkturell nicht besonders wirksam, weil die Menschen in Krisenzeiten sparen.*

■ Was denn nun: Steuersenkungen ja oder nein?

■ *Wenn ich sie schon habe, hätte ich sie gerne früher gehabt. Aber am liebsten hätte ich sie gar nicht, denn sie belasten den Bundeshaushalt auch nach der Krise noch. Und sie sind kontraproduktiv, denn den Kommunen entgehen Steuereinnahmen. Besser wäre ein höherer Kindergeldzuschlag gewesen, weil er zielgenauer und effektiver ist.*

■ Hältst du ein drittes Konjunkturpaket für nötig?

■ *Wahrscheinlich ja. Denn wir können doch nicht zusehen, wie unsere Wirtschaft einfach abschmiert. Wir haben noch ein wenig Zeit, weil unser Arbeitsmarkt sehr verzögert reagiert. Wirklich schlimm wird es, wenn es zu Entlassungen kommt.*

■ Krisenbekämpfung per Neuverschuldung, ist das nicht wie Löschen mit Benzin? Wer soll das alles bezahlen?

■ *Selbstverständlich der Steuerzahler. Und das ist auch richtig so, denn er profitiert auch davon. Würde der Staat kein Geld in die Hand nehmen, würde die Wirtschaft noch tiefer abstürzen, und dann würden die Staatsschulden auch wachsen, weil Steuern ausfallen und Sozialausgaben steigen.*

■ Brauchen wir billigeres Geld, sollte die Europäische Zentralbank den Leitzins von zwei Prozent weiter senken?

■ *Auf jeden Fall, sie kann sich diesem Krisen-Tsunami nicht anders stellen. Der Zinssatz muss Richtung Null sinken, natürlich nicht dauerhaft, aber als kurzzeitige Stimulanz ist das unerlässlich.*

■ Kurzarbeit soll Arbeitslosigkeit verhindern. Wie lange hält dieser Damm?

■ *Ich gebe ihm noch ein halbes Jahr.*

■ Die Bundesregierung geht von einer durchschnittlichen Zunahme der Arbeitslosenzahlen um 250 000 auf 3,5 Millionen in diesem Jahr aus.

■ *Das halte ich für untertrieben. Wir sagen 3,8 Millionen im Schnitt, zum Jahresende können es aber auch vier Millionen oder mehr sein.* •

„Krisen-Tsunami“

Deutschland steht vor einem Abschwung, der mindestens doppelt so heftig wird wie die bisher schlimmste Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre. Davon geht IMK-Direktor Gustav Horn im einblick-Interview aus.

Weder Politik noch Öffentlichkeit hätten das Ausmaß dieser Rezession bisher voll erfasst, sie befänden sich in einer Schockstarre, meint Horn. Die Talsohle der Krise werde vielleicht im Laufe des nächsten Jahres erreicht.

Das Konjunkturpaket II genüge nicht allein, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Wahrscheinlich werde ein drittes Konjunkturpaket notwendig, so Horn. Das IMK prognostiziert eine Erhöhung der Arbeitslosenzahlen um 550 000 auf 3,8 Millionen im Jahresdurchschnitt.

www.einblick.dgb.de
Langfassung des Interviews

Prof. Dr. Gustav A. Horn, 54, ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. Das 2005 gegründete Institut stützt sich – im Unterschied zur herrschenden, angebotsorientierten Volkswirtschaftslehre – auf keynesianisch geprägte Ansätze moderner, nachfrageorientierter Wirtschaftstheorie. Gustav Horn nimmt am Kapitalismus-Kongress des DGB am 14./15. Mai in Berlin teil. Der Kongress soll die Aufarbeitung der Krise vorantreiben und eine Diskussion eröffnen, an deren Ende eine „wirklich soziale Marktwirtschaft“ steht, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

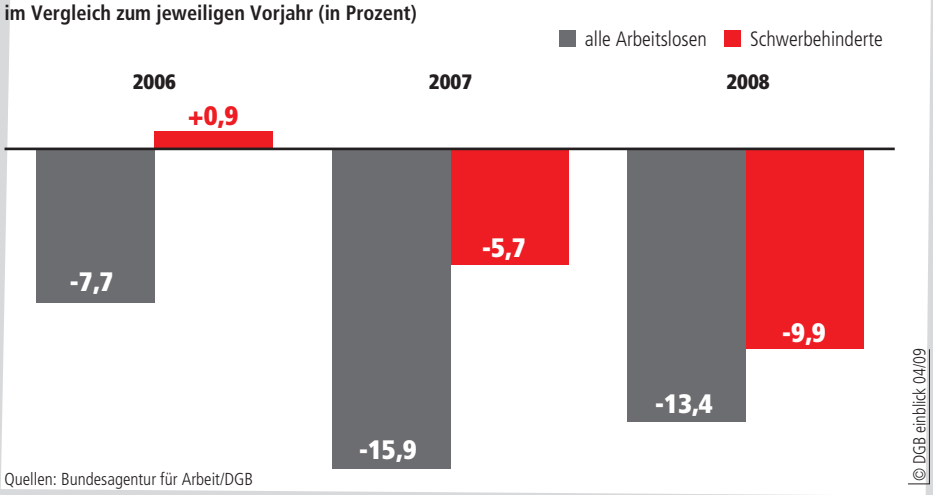
die DGB grafik

SCHWERBEHINDERTE: Auch im Aufschwung benachteiligt

Trotz der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zwischen 2005 und 2008 konnten schwerbehinderte Arbeitslose davon nicht im gleichen Umfang profitieren wie Nicht-Schwerbehinderte. Während in diesem Zeitraum die Gesamt-Arbeitslosenzahl um über 32 Prozent zurückging, sank die der Schwerbehinderten nur um knapp 14 Prozent. Im Dezember 2008 ist die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen erstmals wieder leicht gestiegen, wie eine DGB-Studie belegt.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen von arbeitslosen Schwerbehinderten und allen Arbeitslosen im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr (in Prozent)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit/DGB

personalien

••• ***Jendrik Scholz,*** 37, Diplom-Sozialwissenschaftler, ist seit Februar Fachreferent für Handwerkspolitik und Sozialversicherungen beim Bundesvorstand der IG BAU. Scholz war zuvor bei der Handwerkskammer Trier in der Abteilung Wirtschaftsförderung für Technologie-, Bildungs-, Strukturpolitik zuständig. Davor arbeitete er für die Kölner Bundestagsabgeordnete Lale Akgün (SPD).

••• ***Emanuel Gronostay,*** 46, ist seit Oktober 2008 Leiter Kommunikation und Marketing beim ver.di-Bundesvorstand. Gronostay hat über viele Jahre hinweg als Berater und Projektleiter in Kommunikationsagenturen gearbeitet, u.a. beim Trendbüro Hamburg, der Odeon Zwo Werbeagentur und der Flaskamp AG. Dabei hat er Kampagnen, Kommunikations- und Marketingmaßnahmen für Institutionen, Organisationen und Unternehmen betreut, geleitet und umgesetzt, etwa für ver.di, die Bundesregierung, die IG Metall, Greenpeace oder die SPD.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

10.3. DGB-Arbeitskreise „Schule und Arbeitswelt", Seminar „Schulpolitik in schweren Zeiten – Wohin geht der Weg", Haltern am See

11.3. ver.di-Bildungswerk und Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Arbeitswelt ohne Diskriminierung", Hannover

12./13.3. IG Metall, „Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitisches Forum", Berlin

15.3. Weltverbrauchertag

17.3. DGB-Region München, „Betriebs- und Personalrätekonferenz zur Alterssicherung", München

19./20.3. Hans-Böckler-Stiftung, „Forum zum Arbeits- und Sozialrecht", Berlin

20.3. Equal Pay Day 2009

20.3. IG BCE u.a., Kongress „Fair p(l)ay – neue Spielregeln für die Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt der Zukunft", Hannover

20.3. ver.di und DGB-Region Bodensee-Oberschwaben, Diskussion „Frauen und Geld – gleicher Lohn für alle!", Konstanz

20.3. DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, „Aktionstag zur Alterssicherung", Hannover

20.3. DGB-Bezirk Nord, „Equal Pay in Mecklenburg-Vorpommern – Entgeltgleichheit schaffen, Ursachen angehen", Rostock

21.3. Internationaler Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Felix Austria. In Österreich ist der Schaeffler-Huber eine Wirtschaft am Pfarrberg, in Deutschland eine Seilschaft am Schuldenberg."

Die Internetseite „Kommunikation & Arbeit" (www.kommunikation-und-arbeit.de) über die Berghütte und Gastwirtschaft „Schäffler-Huber" am Pfarrberg auf 1059 Meter in der Steiermark und die erfolgreiche Einigung der IG Metall und ihres Ersten Vorsitzenden Berthold Huber mit der Schaeffler Gruppe über eine „Zukunftsvereinbarung": Mit der Vereinbarung konnte die IG Metall die Einführung der Mitbestimmung bei Schaeffler durchsetzen. Außerdem wird ein „Beteiligungsprogramm" für die Beschäftigten aufgelegt.

Sozialhilfe

Für Sex gibt es kein Geld

Sozialhilfeempfänger müssen die Kosten für die Befriedigung sexueller Bedürfnisse durch den jeweiligen Regelsatz abdecken.

Der Fall: Der Bezieher von Erwerbsunfähigkeits- und Unfallrente ist schwer behindert mit einem Grad der Behinderung von 100. Er war verheiratet, hat zwei Kinder und lebt von der Familie getrennt. Er hat verschiedene Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen beantragt, unter anderem die Übernahme der Kosten für Hausbesuche von Prostituierten (pro Besuch in Höhe von 160,- Euro). Er begründete dies damit, dass wegen seiner Körperbehinderung keine Frau bereit sei, mit ihm sexuelle Handlungen vorzunehmen. Daher müsse er die Dienstleistungen von Prostituierten nutzen. Mit seinem Antrag hatte er keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Der Antragssteller hat keinen Anspruch auf die Finanzierung von Prostituiertenhausbesuchen. Aufgabe der Eingliederungshilfe ist es, eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die behinderten Menschen in die Gesellschaft einzugliedern. Die beantragte Maßnahme ist hierzu nicht geeignet. Die Förderung von Prostituiertenbesuchen würde weder die Alltagskompetenz des Behinderten noch seine Einbindung in das Gemeinwesen verbessern.

Der sozialhilferechtliche Regelbedarf umfasst neben Aufwendungen für Hobby, Freizeit-, Sport- und Kulturveranstaltungen ebenso das Sexualleben. Die Finanzierung des Sexuallebens gehört zu den Bedürfnissen des täglichen Lebens, die vom Einkommen des Hilfebeziehers selbst abzudecken sind. Ein Sozialhilfeempfänger muss seine sexuellen Bedürfnisse an den Möglichkeiten und Grenzen der Regelsatzhilfe ausrichten und seine Mittel entsprechend einteilen.

Thüringer Landessozialgericht,
Beschluss vom 22. Dezember 2008 - L 1 SO 619/08 ER

Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs

Beihilfe nur für Mädchen bis 17 Jahre

Ein Beamter erhält zu den Kosten der Impfungen seiner 19 bzw. 21 Jahre alten Töchter gegen Gebärmutterhalskrebs keine Beihilfe.

Der Fall: Die Töchter eines Landesbeamten erhielten im Alter von 19 bzw. 21 Jahren die erste der auf drei Dosen angelegten Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs (HPV-Impfung). Den diesbezüglichen Beihilfeantrag lehnte die Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle ab, da die Ständige Impfkommission die HPV-Impfung nur für Mädchen im Alter von zwölf bis 17 Jahren empfohlen hat. Die hiergegen erhobene Klage hatte keinen Erfolg.

Das Oberverwaltungsgericht: Die notwendigen Aufwendungen für Schutzimpfungen sind zwar beihilfefähig. Als notwendig können jedoch nur die Impfungen angesehen werden, die von der Ständigen Impfkommission empfohlen wurden. Die Ständige Impfkommission hält die Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs lediglich bei Mädchen im Alter von zwölf bis 17 Jahren für sachgerecht, da nur für diese Zielgruppe eine gute Wirksamkeit der Impfung wissenschaftlich nachgewiesen sei. Bei Frauen, die älter als 17 Jahre sind, sei die Impfung zwar möglicherweise sinnvoll, Behandlungserfolge konnten bisher aber noch nicht belegt werden. Deshalb würde es dem Gebot der Sparsamkeit der öffentlichen Verwaltung widersprechen, die Kosten einer solchen Behandlung zu erstatten.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 9. Februar 2009 - 2 A 11125/08.OVG

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 4/09

Kabelfernsehen

Kosten sind nicht zu erstatten

Die Gebühren für Kabelfernsehen gehören nicht zu den zu erstattenden angemessenen Kosten der Unterkunft, wenn die Nutzung mietvertraglich freigestellt und ein anderer Zugang zum Fernseh- und Radioempfang gewährleistet ist.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 19. Februar 2009 - B 4 AS 48/08 R

Witterungsbedingte Kündigung

Das Wetter muss auch der Grund sein

Nach dem Rahmentarifvertrag für gewerbliche Arbeitnehmer im Maler- und Lackiererhandwerk kann das Arbeitsverhältnis in der Zeit vom 15. November bis zum 15. März ausnahmsweise im Laufe eines Tages zum Beginn des übernächsten Tages ordentlich gekündigt werden, wenn die Arbeitsausführung wegen schlechter Witterung für voraussichtlich längere Zeit undurchführbar wird und auf dem Arbeitszeitkonto kein Guthaben vorhanden ist. Der Arbeitgeber darf sich aber nicht unter dem Etikett einer witterungsbedingten Kündigung von den Arbeitnehmern trennen, um eine wegen witterungsunabhängigen Auftragsrückgangs notwendige Personalreduzierung ohne Einhaltung der maßgeblichen Kündigungsfrist durchzuführen.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 11. Dezember 2008 - 26 Sa 1440/08

Gesetzliche Krankenversicherung

Keine Prämie für Verzicht

Die gesetzlichen Krankenkassen dürfen ihre Versicherten mit einer Bonusregelung nur für gesundheitsbewusstes Verhalten finanziell entlasten. Der Verzicht auf medizinische Leistungen hingegen darf in diesem Rahmen nicht belohnt werden.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 4. Dezember 2008 – L 1 KR 150/08 KL

Betriebsübergang

Aufhebungsvertrag ist nichtig

Schließt im Falle eines Betriebsübergangs ein Arbeitnehmer mit seinem bisherigen Arbeitgeber einen Aufhebungsvertrag und vereinbart zugleich mit dem Erwerber ein neues Arbeitsverhältnis, ist dies eine Umgehung der gesetzlichen Regelung eines Betriebsübergangs. Das hat die Nichtigkeit des Aufhebungsvertrages zur Folge.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 21. Mai 2008 - 8 AZR 481/07

Zeitungsverlage

Kein Zuschlag für Samstagsarbeit

Geschäftsstellen im Zeitungsverlagsgewerbe sind die Orte, an denen Mitarbeiter im persönlichen Kundenkontakt Verkauf und Beratung ausführen, Anzeigen aufnehmen, Verlagsware vertreiben und Abonnementgeschäfte abwickeln. Nimmt ein Tarifvertrag die Beschäftigten in Geschäftsstellen von der Zahlung der Zuschläge für Samstagsarbeit aus, kann das wegen der Üblichkeit von Samstagsarbeit bei entsprechenden Tätigkeiten gerechtfertigt sein.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 5. November 2008 - 5 AZR 56/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 23.03.2009 5/09

DGB

Entgeltungleichheit

Die Lücke muss weg

Noch immer werden Frauen schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen – in Deutschland verdienen Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer. Gegen diese Ungleichheit hat sich ein breites Aktionsbündnis formiert und den 20. März zum Equal Pay Day ausgerufen. Auch die Gewerkschaften machen mobil gegen geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung.

Mehr als 160 000 Euro verdienen Frauen in einem durchschnittlichen Berufsleben weniger als Männer. Dass es ein Skandal ist, dass Frauen nach wie vor beim Entgelt benachteiligt werden, ist inzwischen in allen politischen Lagern angekommen. Doch über Ursachen und Gegenmaßnahmen herrscht noch lange keine Einigkeit. Nach wie vor wird immer wieder die These vertreten, dass Frauen letztendlich selbst die Verantwortung für ihre schlechtere Bezahlung tragen, weil sie zum Beispiel den „falschen Beruf" gewählt hätten, ihre Erwerbstätigkeit – etwa wegen der Geburt ihrer Kinder – zu lange unterbrochen hätten oder sie bei Gehaltsforderungen zögerlich seien. Das ist falsch – sagen die Gewerkschaften und verweisen auf zahlreiche strukturelle Benachteiligungen. „Als Tarif- und Sozialpartner tragen die DGB-Gewerkschaften eine besondere Verantwortung bei diesem komplexen Thema", erklärt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. „Aber auch die Politik ist gefordert, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen."

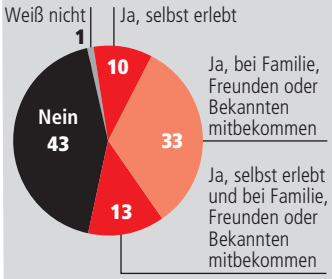
Neben der unzureichenden Kinderbetreuungssituation setzten Ehegattensplitting, das ständig ausgeweitete Angebot an Minijobs und die beitragsfreie Mitversicherung in der Sozialversicherung Anreize zur Nichterwerbstätigkeit bzw. zu eingeschränkter Erwerbstätigkeit, beschreibt ver.di-Vize Margret Mönig-Raane. Zudem sei der Arbeitsmarkt geschlechtsspezifisch gespalten: Frauen arbeiten überwiegend in Berufen und Branchen, die am unteren Ende der Verdienstskala angesiedelt sind oder gar zum Niedriglohnbereich gehören.

Derzeit kämpft ver.di beispielsweise für die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe. Die Beschäftigten in diesen Berufen, natürlich überwiegend weiblich, sind einerseits einer extrem hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt, andererseits verdienen sie wesentlich weniger als Beschäftigte in technischen Berufen, die eine ähnlich lange Ausbildung voraussetzen.

Die Gewerkschaftsfrauen sind sich einig: Freiwillige Maßnahmen – von der Verbreitung von Best-Practise-Beispielen bis hin zum jährlichen Girls' Day – reichen allein nicht aus, den Gender Pay Gap zu verringern. „Wir fordern die Bundesregierung auf", erklärt Mönig-Raane, „endlich eine politische Gesamtstrategie gegen die Entgeltungleichheit zu entwickeln, die an allen Ursachen ansetzt." •

Lohndiskriminierung: Eigene Erfahrungen

Haben Sie bereits selbst erlebt, dass Ihr Arbeitgeber Unterschiede bei der Entlohnung zwischen Frauen und Männern macht, oder haben Sie das in Ihrer Familie, bei Freunden oder bei Bekannten mitbekommen? Repräsentative Umfrage von Infratest Dimap im Auftrag des DGB, März 2009 (Antworten in Prozent)



Quelle: DGB, Infratest Dimap

© DGB einblick 5/09

Geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung ist Alltag: 56 Prozent aller über 18-Jährigen haben das bereits selbst oder in ihrem näheren persönlichen Umfeld erfahren.

plusminusBERLIN

+ ***Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) kritisiert Aussagen aus der großen Koalition, die Bundesagentur für Arbeit könne durch die Krise in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Dafür habe die Koalition mit der drastischen Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung selbst gesorgt.***

– ***Patrick Meinhardt (FDP) will, dass sich der Staat aus der Bildungsfinanzierung verabschiedet. Statt mehr Bildungsinvestitionen durch Steuererhöhungen zu finanzieren, müsse man Eltern steuerlich entlasten, „damit sie selbst entscheiden können, welche Bildung sie für ihre Kinder bezahlen".***

inhalt

Seite 3

Machtpoker um ARGEn

Die Unions-Fraktion blockiert den Kompromiss zwischen Arbeitsminister Olaf Scholz und den Bundesländern über neue Strukturen der Grundsicherung für Arbeitssuchende

Seite 5

Mehr Nachhaltigkeit

Eine nachhaltige Unternehmensentwicklung steht als Leitmotiv im Zentrum der Neuregelungen zu Managergehältern, auf die sich die große Koalition geeinigt hat. Zwei wichtige Punkte fehlen aber im Gesetzentwurf, meint der DGB

Seite 7

Kampf um Köpfe und Herzen

Der Streit um eine grundlegend andere Wirtschaftsordnung ist eröffnet. Wie die Gewerkschaften ihn gewinnen können, beschreibt Martin Allespach

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.entgeltgleichheit.de
DGB-Frauen: Positionen, Hintergründe und Checklisten zur Entgeltgleichheit

www.chancen-foerdern.de
„Chancen fördern – Anerkennung fordern": ver.di-Portal zum Schwerpunkt „Soziale Berufe sind mehr wert"

Aufsichtsräte

Frauenquote gefordert

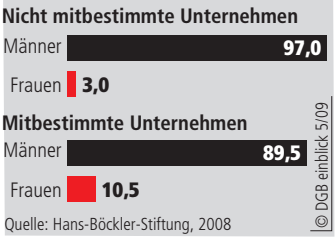
Nur knapp jeder zehnte Sitz in Aufsichtsräten mitbestimmter Unternehmen ist von einer Frau besetzt – in nicht mitbestimmten Unternehmen ist der Anteil sogar noch geringer. Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering unterstützt jetzt eine Resolution, die sich für eine verbindliche Frauenquote von 40 Prozent einsetzt – nach norwegischem Vorbild.

Der Vorschlag ist nicht neu: VertreterInnen anderer Parteien haben immer wieder ähnliche Forderungen aufgestellt. Die Grünen wollen die 40-Prozent-Quote in ihr Programm zur Bundestagswahl aufnehmen.

Auch der DGB spricht sich eindeutig für eine Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten aus – allerdings ohne starre Quote. Vielmehr solle der Frauenanteil im Aufsichtsrat den Frauenanteil im gesamten Unternehmen widerspiegeln. In mitbestimmten Unternehmen sorgt übrigens vor allem die Arbeitnehmerbank für mehr Frauen in Aufsichtsräten (AR): Vier von fünf weiblichen AR-Mitgliedern werden von der Arbeitnehmerseite benannt, nur eine von fünf von den Anteilseignern. •

Deutlich in der Minderheit

Frauenanteil in den Aufsichtsräten nicht mitbestimmter und mitbestimmter Unternehmen in Deutschland (in Prozent)



Frauen im Aufsichtsrat – in Deutschland die Ausnahme.

Türkische Gewerkschaften

NGG organisiert Solidarität

Am 1. Mai 2008 machte die Türkei weltweit unrühmliche Schlagzeilen: Mit massivem Polizeieinsatz und erheblicher Gewaltanwendung wurde eine zuvor weitgehend friedliche Gewerkschafts-Demonstration zum Tag der Arbeit in Istanbul aufgelöst und nach Medienberichten bis zu 500 Personen festgenommen. Dabei sind Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit Grundrechte, zu deren Einhaltung sich auch die Türkei über die Ratifizierung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verpflichtet hat. Damit sich die staatlichen Übergriffe am 1. Mai 2009 nicht wiederholen, hat die NGG Dortmund gemeinsam mit Gewerkschaften aus anderen westeuropäischen Ländern einen Solidaritätsaufruf verfasst und eine Unterschriftenaktion gestartet. •

www.ngg-dortmund.de

DGB-Kampagne

Abstrampeln für die Rente

Mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen im Rahmen der DGB-Kampagne „Rente muss zum Leben reichen" machen die Gewerkschaften für ihre Forderungen zur Stärkung der solidarischen Alterssicherung mobil.

Vom 28. März bis zum 4. April werben GewerkschafterInnen im Rahmen einer Fahrradtour von Mannheim nach Berlin in zahlreichen Städten für das DGB-Rentenkonzept. Aktuelle Infos von der Tour gibt es in einem Weblog, erreichbar von der Homepage der Kampagne. Dort finden sich nicht nur jede Menge Infos zum Thema, wer will kann auf der Website auch ein persönliches Kampagnenplakat kreieren – mit eigenem Statement und Foto. •

www.ichwillrente.net

IG Metall

100 Milliarden für Realwirtschaft

Die IG Metall hat einen Aktionsplan zur Bewältigung der Wirtschaftskrise vorgelegt, der einen „öffentlichen Rettungsschirm" für Unternehmen der Realwirtschaft in Höhe von 100 Milliarden Euro vorsieht. „Industrielle Wertschöpfungsketten und industrielle Kerne sind für den Wohlstand und die politische Stabilität mindestens ebenso systemisch, wie die Banken und die Finanzmärkte", erklärte der Erste Vorsitzender der Gewerkschaft, Berthold Huber. Finanziert werden soll der Fonds über eine Zukunftsanleihe auf private Vermögen von über 750 000 Euro. Die Bundesregierung müsse außerdem mit den Planungen eines dritten Konjunkturpaktes beginnen.

Als weitere kurzfristige Maßnahme fordert die IG Metall, die „Abwrackprämie" auf das gesamte Jahr 2009 auszudehnen. Über den vorgestellten Aktionsplan hinaus hat die Gewerkschaft in einem Schreiben an Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zudem angeregt, ein staatliches Impulsprogramm für Haushaltsgeräte wie Kühlschränke (die „Weißen Waren") aufzulegen: Der Kauf energiesparender, umweltschonender Geräte soll pro Gerät mit 100 Euro vom Staat gefördert werden. Das sei nicht nur konjunktur-, sondern auch klima- und umweltpolitisch sinnvoll, so die IG Metall. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

„Manager schätzen Mitbestimmung"

Aufsichtsrat des Monats März ist **Reiner Hoffmann,** 53, im Hauptberuf stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Das IG BCE-Mitglied sitzt als einer von zwei externen Arbeitnehmervertretern im zwölfköpfigen Aufsichtsrat von Sasol Germany, Teil des Sasol-Konzerns, einem global agierenden Unternehmen der Erdöl- und chemischen Industrie unter südafrikanischer Führung. Der weltweit größte Hersteller von Ölprodukten aus Kohle beschäftigt insgesamt rund 30 000 MitarbeiterInnen, davon mehr als 2000 an den deutschen Standorten. Auch bei Sasol steht derzeit die Bewältigung der Auswirkungen der Finanzkrise auf das Unternehmen im Mittelpunkt. Dabei seien heute alle froh, dass der geplante Verkauf von Unternehmensteilen an einen Finanzinvestor vor zwei Jahren scheiterte – nicht nur die Arbeitnehmerseite, die massive Vorbehalte gegen das Vorhaben hatte, sondern auch die Anteilseigner. Für die südafrikanischen Manager war es erstmal gewöhnungsbedürftig, an den Entscheidungsprozessen im Unternehmen die Arbeitnehmervertreter zu beteiligen. „Aber auch sie haben mittlerweile die deutsche Mitbestimmung schätzen gelernt", erklärt Hoffmann im Fragebogen der DGB-Aktion „Aufsichtsrat des Monats": *www.dgb.de/aufsichtsrat*

Hartz IV

Machtpoker um die ARGEn

Eigentlich stand er bereits im Februar: der Kompromiss zwischen Bundesarbeitsminister Olaf Scholz und den Ländern über eine Neuordnung der Grundsicherung für Arbeitssuchende – also über die „Hartz-IV-Verwaltung". Doch jetzt blockiert die Unionsfraktion im Bundestag den Kompromiss.

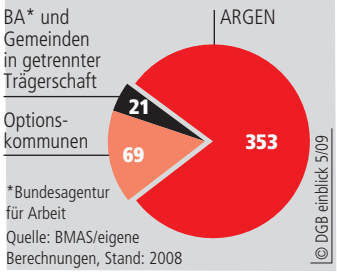
Ende 2007 hatte das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Kommunen bei der Betreuung von LeistungsbezieherInnen nach dem Sozialgesetzbuch II in so genannten „ARGEn" für verfassungswidrig erklärt und damit ein Kernstück der „Hartz-Reformen" gekippt. Bis 2010 haben die Karlsruher Richter der Politik Zeit gegeben, ein alternatives Modell für die Betreuung zu entwickeln.

Diese Alternative hat Bundesarbeitsminister Olaf Scholz mit den Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) und Jürgen Rüttgers (CDU) im Februar ausgehandelt: Im Kern soll sich an der Zusammenarbeit von BA, Städten und Gemeinden nichts ändern: Statt den ARGEn sollen künftig „Zentren für Arbeit und Grundsicherung" (ZAG) die Betreuung nach Hartz IV übernehmen. BA und Kommunen arbeiten dort weiterhin zusammen. Die ZAG sollen aber eigenständige, rechtsfähige Anstalten öffentlichen Rechts werden – mit eigenem Personal. Die bisher bei Kommunen oder BA angestellten MitarbeiterInnen der ARGEn können, müssen aber nicht in die Belegschaft der ZAG wechseln. Zum Kompromiss gehört außerdem eine Grundgesetzänderung, die diese „Mischverwaltung" von Bund und Ländern beziehungsweise Kommunen ausnahmsweise zulässt.

Der DGB kritisiert am vorliegenden Gesetzentwurf vor allem, dass damit zwar ein Kompromiss gefunden sei, der auch im Bundesrat Unterstützung finden würde – sich aber nicht an den tatsächlichen arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten orientiere: Zum einen werde die „Zwei-Klassen-Betreuung" – Langzeitarbeitslose im Hartz-IV-System, die übrigen in der Arbeitslosenversicherung – verfestigt. Zum anderen widerspreche der Kompromiss der grundlegenden Zielsetzung der Föderalismuskommission: Statt Verwaltungsschnittstellen und Mischverwaltungen von Bund und Ländern abzubauen, würden sogar neue aufgebaut. Bundesarbeitsministerium und Länder würden mit dem Gesetzentwurf schlicht zu kurz springen, denn die Chance, grundlegende Fehler des Hartz-IV-Systems im Zuge der ohnehin notwendigen Reform zu beheben, wird nicht genutzt. Zudem sei immer noch nicht sichergestellt, dass – soweit erforderlich – allen Hilfebedürftigen die kommunalen Leistungen wie Schuldnerberatung oder Kinderbetreuung tatsächlich gewährt würden.

Über 350 brauchen Neuregelung

Die Betreuung der LeistungsbezieherInnen und Arbeitslosen nach Hartz IV erledigen auf regionaler Ebene …



Derzeit gibt es drei Modelle der „Hartz-IV-Verwaltung": die ARGEn, die Optionskommunen und Regionen, in denen Bundesagentur und Kommunen ihre Aufgaben in getrennter Trägerschaft wahrnehmen. Für die über 350 ARGEn muss spätestens 2010 ein neues Modell gefunden werden. Die im Gesetzentwurf des Arbeitsministeriums geplanten „Zentren für Arbeit und Grundsicherung" (ZAG) sollten laut Bund-Länder-Kompromiss die ARGEn ersetzen und auch in den 21 Regionen mit getrennter Trägerschaft eingeführt werden.

Kaum stand der Kompromiss von Scholz und Ländern, zeichnete sich aber schon ab, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihn nicht mittragen würde. Das Argument: Man dürfe einen verfassungswidrigen Zustand nicht einfach durch eine Verfassungsänderung beheben. Das ist wohl eher ein vorgeschobenes Argument. Denn die Union – wie im Übrigen auch die FDP in den Ländern – favorisiert für die Hartz-IV-Verwaltung das Modell der „Optionskommunen", das seit Einführung der Hartz-Gesetze in 69 Regionen als eine Art „Feldversuch" praktiziert wird: Hier übernehmen die Städte und Gemeinden in alleiniger Verantwortung die Betreuung der Langzeitarbeitslosen. Der „Einspruch" der Unionsfraktion richtet sich dabei auch gegen eigene „Parteifreunde" – vor allem die von der CDU gestellten Ministerpräsidenten, die den Kompromiss mittragen.

Das Modell der Optionskommunen bundesweit einzuführen, ist für den DGB aber keine Alternative. Schon deshalb nicht, weil die Begleitforschung zu den Hartz-Reformen gezeigt habe, „dass die Optionskommunen bei der Betreuung per Saldo schlechter abschneiden als die ARGEn", meint Wilhelm Adamy, Bereichsleiter Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand und Mitglied im Verwaltungsrat der BA. Zudem gebe der Bund bei diesem Modell die Verantwortung für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen vollkommen aus der Hand, obwohl er das Betreuungssystem zum überwiegenden Teil finanziere.

Außerdem kritisiert der DGB das politische Machtpoker um die ARGEn auch deshalb, „weil die Beschäftigten des Hartz-IV-Systems jetzt praktisch in der Luft hängen", wie Adamy meint. •

Die Zukunft der ARGEn…

…ist noch nicht geklärt. In einem Punkt aber hat die Politik zumindest für eine gewisse Entlastung gesorgt: Die ARGEn sollen im Jahr 2009 insgesamt 1900 neue MitarbeiterInnen bekommen und der Anteil des befristeten Personals wird auf rund zehn Prozent gesenkt.

Druck und Dialog

Ganz gleich, wie die Struktur der Hartz-IV-Verwaltung künftig gestaltet wird: Wie effektiv die Betreuung der Arbeitssuchenden tatsächlich ist, wird auch in den kommenden Jahren im Mittelpunkt der Diskussionen stehen. In ihrem Buch „Arbeitslose als Kunden? – Beratungsgespräche in der Arbeitsvermittlung zwischen Druck und Dialog" nehmen die beiden Autoren Volker Hielscher und Peter Ochs die konkrete Beratungs- und Vermittlungstätigkeit genauer unter die Lupe: eine lohnenswerte Lektüre – auch wenn man nicht alle Schlussfolgerungen teilen muss.

Volker Hielscher, Peter Ochs: ***Arbeitslose als Kunden? – Beratungsgespräche in der Arbeitsvermittlung zwischen Druck und Dialog.*** *edition sigma, Berlin 2009, 153 Seiten, 14,90 Euro*

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Bildungswerk

Gesundheit fördern

Ein berufstätiger Mensch verbringt einen Großteil seines Lebens am Arbeitsplatz. Das ist Grund genug, die betriebliche Gesundheitsförderung stärker zu beachten. Unter dem Titel „Beteiligung für Beschäftigte: Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts!" bietet das DGB-Bildungswerk einen Workshop (21. bis 24. Juni) und ein Vertiefungsseminar (24. bis 26. Juni) zum Thema an. ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik und dem betrieblichen Umfeld berichten über Strategien und Beispiele guter Praxis. Veranstaltungsort ist die DGB-Bildungsstätte in Starnberg am See. •

www.einblick.dgb.de/links

Newsletter

Was tun bei Insolvenz?

In der Krise steigt die Zahl der Unternehmensinsolvenzen. ArbeitnehmerInnen und Betriebsräte stehen in solchen Situationen vor großen Herausforderungen. Im aktuellen Newsletter des Online-Portals *arbeitsrecht.de* zeigt der Arbeitsrechtsexperte Marc-Oliver Schulze Maßnahmen und Perspektiven für den Insolvenzfall auf. Was müssen Betriebsräte bei Insolvenzverfahren beachten? Was bedeutet die Insolvenz für die ArbeitnehmerInnen? Diese Leitfragen greift der Newsletter auf und gibt Antworten zu zentralen Problemstellungen von Krisenunternehmen. Ein kostenloses Newsletter-Abonnement kann online bestellt werden. •

www.arbeitsrecht.de

DGB-Bildungswerk

Krise weltweit

Die Krise ist da – und sie trifft ArbeitnehmerInnen weltweit. Verantwortlich sind undurchsichtige Geschäftspraktiken im Finanz- und Kreditbereich und die jahrelange Deregulierung der Finanzmärkte. Doch Leitragende sind nicht nur die Beschäftigten in reicheren westlichen Ländern. Auch der Fortschritt der Entwicklungs- und Schwellenländer in Afrika und Asien wird unter der Krise leiden. Eine Fachtagung von ver.di, dem DGB-Bildungswerk, „terres des hommes" und weiteren Verbänden lenkt den Fokus auf diesen internationalen Aspekt des jetzt notwendigen weltweiten Krisenmanagements: Welche Folgen sind für die Entwicklungsländer zu erwarten? Und vor allem: Welche institutionellen Reformen und welche neuen internationalen Regeln für Unternehmen und Banken sind künftig notwendig? Unter dem Motto „Freiwillig in die Krise – reguliert wieder heraus" werden ExpertInnen darüber am 26. März in Berlin diskutieren und politische Lösungsstrategien vorstellen. Die Fachtagung findet unmittelbar vor dem G20-Weltfinanzgipfel in London statt und versteht sich als Teil der weltweiten Mobilisierung für eine neue weltweite Finanzordnung und eine soziale Gestaltung der Globalisierung im Vorfeld des Gipfels.

Mehr: www.gute-arbeit-weltweit.de

neueBücher

Leiharbeit mag Vieles sein – gerecht ist sie nicht. Immer noch sind die meisten LeiharbeiterInnen nicht mit den Beschäftigten der Stammbelegschaft gleichgestellt, immer noch versuchen Arbeitgeber, mit christlichen Gewerkschaften Dumping-Tarifverträge für die Zeitarbeitsbranche aufzustellen. Und immer noch hat sich viel zu wenig getan, um diese Situation zu verbessern. „Fleißig, billig, schutzlos" – so könnte man die Lage der LeiharbeiterInnen in Deutschland zusammenfassen. *Fleißig, billig, schutzlos* ist auch der Titel des aktuellen Buches von Gerhard Schröder, Autor und Kommentator der Wirtschaftsredaktion des Deutschlandfunks.

Schröder analysiert wie Leiharbeit zu dem werden konnte, was sie ist: Ein billiger Ersatz für reguläre Beschäftigung. Und Schröder

hat bei Betroffenen nachgefragt: Wie viel verdienen sie tatsächlich, wie werden sie behandelt, wie empfinden sie ihre Situation. Im Gegensatz zu vielen anderen AutorInnen, die in letzter Zeit das Thema Leiharbeit zu Recht kritisch aufgegriffen haben, fragt Schröder aber nicht nur nach den Ursachen der Leiharbeit und den gesellschaftlichen Veränderungen, die sie mit sich bringt. Er zeigt auch politische Perspektiven auf – damit es vielleicht bald heißt: „Fleißig, gleich bezahlt, abgesichert".

Gerhard Schröder: Fleißig, billig, schutzlos. Leiharbeiter in Deutschland. Fackelträger Verlag, Köln 2009, 224 Seiten, 16,95 Euro.

interregio

••• Der ***DGB Nordrhein-Westfalen*** lädt am 24. März zum ***„1. Düsseldorfer Krisen-Gespräch"*** ein. Angesichts der weltweiten Finanzkrise sollen gewerkschaftliche Impulse für eine nachhaltige Krisenbewältigung gesetzt werden. Dabei geht es darum die strukturellen Ursachen der Krise zu beleuchten und nachhaltige Konzepte zu ihrer Bewältigung zu entwerfen. Im Mittelpunkt des Gesprächs steht daher die Frage, wie die Lasten der Krise sozial gerecht verteilt und finanziert werden können.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

••• Der ***DGB Thüringen*** hat im Namen der Thüringer Gewerkschaften die ***Thüringer Allianz zur Fachkräftesicherung*** mit der Thüringer Landesregierung, der Bundesagentur für Arbeit und Wirtschaftsverbänden des Freistaats unterzeichnet. Diese Allianz soll der Abwanderung von Arbeitskräften aus dem Bundesland (mit dem bundesweit niedrigsten Lohnniveau) begegnen. Gleichzeitig kritisierte der DGB die Vereinbarung als nicht weitreichend genug, die Vorhaben hätten klarer definiert werden können. Dazu gehöre, dass die geforderte frühkindliche Bildung und der Bildungsplan finanziell und personell unterlegt werden müssten. Im Bereich des Übergangs von Schule zu Beruf müssten die Akteure eng zusammenarbeiten, um eine belastbare Arbeitsstruktur aufzubauen. Außerdem müsse das lebenslange Lernen in die Aktivitäten integriert werden. Weiterbildung dürfe dabei aber nicht allein den Interessen der Unternehmen folgen. Außerdem sei die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns die beste Garantie zum Erhalt des Fachkräftepotenzials in Thüringen, betont der DGB.

www.thueringen.dgb.de

Managergehälter

Nachhaltigkeit im Vordergrund

Vieles in der Wirtschaft und auf den Finanzmärkten kann nicht mehr so weiterlaufen wie bisher – das ist in der Krise auch der Politik bewusst geworden. Beim Umgang – und auch bei der Begrenzung – von Managergehältern haben Positionen, die der DGB schon geraume Zeit vertritt, in der großen Koalition heute Hochkonjunktur. Ein von Union und SPD ausgehandelter Gesetzentwurf soll noch vor der politischen Sommerpause durch den Bundestag.

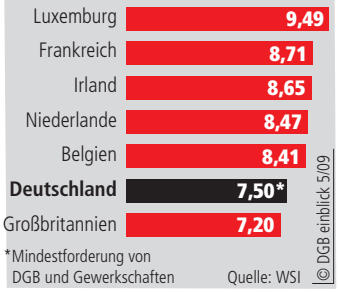
Besonders die präzisierte Definition der Angemessenheit von Vorstandsgehältern findet die Zustimmung des DGB. Dass es im Entwurf gelungen ist, „die Vergütungen an die langfristige Entwicklung der Unternehmen zu binden", sei ein Erfolg, so DGB-Vorstand Dietmar Hexel. Zu den konkreten Regelungen aus dem Koalitionsentwurf gehört etwa, dass Aktienoptionen erst nach vier Jahren – und nicht wie bisher nach zwei – eingelöst werden können. Besonders positiv bewertet der DGB auch, dass die abschließende Entscheidung über Vorstandsvergütungen nicht mehr wie bisher vom Aufsichtsrat an einen Ausschuss delegiert werden kann. Zwar kann die Beratung über die Vergütung auch weiterhin in Ausschüssen erfolgen – die letzte Entscheidung und Abstimmung liegt aber beim gesamten Plenum des Aufsichtsrats.

Der DGB spricht sich außerdem dafür aus, das Gesetz in jedem Fall noch vor der Bundestagswahl zu verabschieden. Die Chancen dafür stehen gut: Der von einer Koalitions-Arbeitsgruppe ausgehandelte Entwurf bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrats – und erklärtes Ziel von Union und SPD ist es, ihn noch vor der Sommerpause – also spätestens bis Anfang Juli – durchs Parlament zu bringen. In einer weiteren Arbeitsgruppe versucht die Koalition derzeit, einige strittige Punkte zu klären – und gegebenenfalls noch ins Gesetzgebungsverfahren einzubringen.

Daran wäre dem DGB sehr gelegen, denn zwei aus Sicht des Gewerkschaftsbunds wesentliche Punkte fehlen bisher im Gesetzentwurf. Vor allem geht es darum, im Aktiengesetz festzuschreiben, dass Unternehmen nicht nur im Interesse der Anteilseigner, sondern auch im Interesse des Gemeinwohls und der Beschäftigten zu führen sind. Doch ein Koalitionspartner sperrt sich derzeit noch gegen eine solche Festlegung: Es sei unverständlich, „dass ausgerechnet die CDU das Gemeinwohl als Kernbegriff der sozialen Marktwirtschaft nicht in das Aktiengesetz schreiben will", erklärte dazu Dietmar Hexel.

Mindestlöhne erhöht

Höhe der gesetzlichen Mindeststundenlöhne in Westeuropa (in Euro)



Am oberen Ende der Gehaltsskala – bei den Managergehältern – gibt es Bewegung für eine gesetzliche Regelung. Am unteren Ende tut sich in Deutschland auf dem Weg zu einem gesetzlichen Mindestlohn immer noch zu wenig. Dabei haben fast alle europäischen Nachbarn in den vergangenen Monaten ihre gesetzlichen Mindestentgelte noch einmal erhöht: Der durchschnittliche Mindestlohn pro Stunde liegt in Westeuropa jetzt bei etwa 8,40 Euro.

Bei einem weiteren Punkt muss aus Sicht des DGB noch nachgebessert werden: Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Managergehältern und -abfindungen müsse begrenzt werden. Bisher können Unternehmen diese Kosten als „Betriebsausgaben" von der Körperschaftssteuer abziehen. Doch auch bei diesem Punkt blockiert derzeit noch die Union.

Dafür melden sich CDU-VertreterInnen in der aktuellen Debatte um die Rolle der Aufsichtsräte mit ganz anderen Vorschlägen zu Wort: Häufiges Stichwort ist dabei die Verkleinerung der Kontrollorgane. Angesichts der Krise seien solche Vorstöße besonders kontraproduktiv, meint der DGB – denn so würden die Aufsichtsräte eines wichtigen Teils ihres Know-hows beraubt, das auch für ein erfolgreiches Krisenmanagement von Bedeutung ist: Eine aktuelle Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) kommt zu dem Ergebnis, dass jede im Aufsichtsrat deutscher Kapitalgesellschaften vertretene Gruppe über ein spezifisches Wissensprofil verfügt, dass nicht ohne Weiteres durch eine andere Gruppe ersetzt werden kann. Die WissenschaftlerInnen warnen deshalb davor, dass eine Verkleinerung der Gremien „notwendigerweise mit einem Verlust wichtiger Kompetenzen" einhergehen würde.

„Es ist unverantwortlich, dass Stimmen aus Wirtschaftsverbänden und Union eine Verkleinerung der Aufsichtsräte fordern", meint deshalb Rainald Thannisch vom Bereich Mitbestimmung und Unternehmenspolitik beim DGB-Bundesvorstand. „Eine Verkleinerung der Gremien würde ihre Kompetenz und Effektivität vermindern. Wir sollten jeden Schritt vermeiden, der zu einer Schwächung der Kontrollfunktion der Aufsichtsräte führen könnte. Das gilt erst recht in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise." •

Neue Regeln

Einige strittige Punkte zur Neuregelung von Vorstandsvergütungen und des Aktiengesetzes will die große Koalition noch klären – ein Großteil der Regelungen steht aber bereits fest und soll bis zur Sommerpause im Bundestag beschlossen werden:

- ***Die Vorstandsbezüge sollen langfristige Verhaltensanreize zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung setzen.***
- ***Aktienoptionen können erst nach vier Jahren – und nicht mehr nach zwei – eingelöst werden.***
- ***Der Aufsichtsrat kann die Vergütungen bei einer „Verschlechterung der Lage des Unternehmens" nachträglich reduzieren.***
- ***Über die Höhe und Gestaltung der Vergütungen muss der gesamte Aufsichtsrat abstimmen – nicht mehr nur ein Ausschuss.***
- ***Die Haftung des Aufsichtsrats im Falle der Festsetzung unangemessener Vergütungen wird verschärft.***
- ***Ehemalige Vorstandsmitglieder sollen erst drei Jahre nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand Mitglied eines Prüfungsausschusses werden können, um Interessenskonflikte zu vermeiden.***

kurz&bündig

Die IG BCE will mit der Publikationsreihe „BR-Stichworte“ eine umfassende Themen-Bibliothek für Betriebsräte aufbauen. Bisher sind Broschüren zu den Themen Leiharbeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und „Ältere ArbeitnehmerInnen“ erschienen. Sie stehen im Mitgliederbereich der IG BCE-Homepage zum Download zur Verfügung.
www.igbce.de

Die NGG unterstützt die Vorschläge zur Reduzierung der Mehrwertsteuer im Gastgewerbe auf sieben Prozent – wenn die Beschäftigten davon profitieren. Die Steuersenkung wäre ein „Konjunkturprogramm“ für die Branche, meint die NGG. Das müsse sich jedoch auch in den Tarifverträgen widerspiegeln.

Die GdP fordert eine rückhaltlose Verfolgung von Verdachtsmomenten im Zusammenhang mit der Finanzkrise. Es müsse klar werden, dass die Verantwortlichen der Krise nicht „ungeschoren“ davonkämen, sondern zivil- und strafrechtlich verfolgt würden.

Die IG BAU fordert die öffentlichen Forstbetriebe auf, sich dem Schutz des Waldes ebenso zu verpflichten wie der Holzproduktion. Laut Waldbericht des Bundeslandwirtschaftsministeriums für 2008 ist ein Viertel der Waldbäume schwer geschädigt. Gerade die öffentliche Waldbewirtschaftung müsse daher Vorbild für eine ökologische Forstwirtschaft sein.

ver.di

Beratung für „Papierlose“

Der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg hat im März eine „Anlaufstelle für undokumentierte ArbeitnehmerInnen“ eröffnet. Sie soll Beratungsstelle für Beschäftigte sein, die ohne gültigen Aufenthaltstitel in Deutschland leben – für die so genannten „Papierlosen“ und „Illegalen“. Denn obwohl sie keine gültige Aufenthaltserlaubnis haben, haben sie an ihren Arbeitsstellen – zum Beispiel als Haushaltshilfen – meist zumindest mündliche Arbeitsverträge abgeschlossen und damit dieselben Rechte wie andere ArbeitnehmerInnen.

Die Anlaufstelle, die im Haus des ver.di-Landesbezirks angesiedelt ist, wird von Ehrenamtlichen betreut und setzt die Arbeit des „Arbeitskreises undokumentierte Arbeit“ fort, in dem neben ver.di das Netzwerk „respect“ und weitere Interessengruppen für Flüchtlinge und Antirassismus-Initiativen aktiv sind. Berlin ist damit nach Hamburg die zweite Stadt, in der ver.di ein Beratungsangebot für „Papierlose“ eingerichtet hat. Sie können sich in der Anlaufstelle nicht nur beraten lassen: Wenn sie Gewerkschaftsmitglieder werden, bekommen sie bei Bedarf auch juristische Unterstützung gemäß der ver.di-Rechtsschutzrichtlinie. •

Öffnungszeiten der Anlaufstelle: jeden zweiten Mittwoch im Monat von 9 bis 11 Uhr und jeden vierten Mittwoch im Monat von 18 bis 20 Uhr.
Anlaufstelle für „undokumentierte ArbeitnehmerInnen“, ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Ansprechpartner: Jürgen Stahl, Tel. 030 / 8866-5618

DGB Niedersachsen

Forum gegen Dumping-Löhne

Der DGB Niedersachsen hat auf seiner Homepage ein „Niedriglohn-Forum“ eröffnet. Das Online-Forum bietet Informationen und Fakten rund um den Niedriglohnbereich, dokumentiert Fälle von Dumpinglöhnen in verschiedenen Branchen Niedersachsens und bietet Kontakt- und Serviceadressen für Beschäftigte aus dem Niedriglohnsektor.

Darüber hinaus bietet das Forum Betroffenen die Möglichkeit, ihre Situation – auch anonymisiert – zu schildern und sich mit anderen „Niedriglöhnern“ auszutauschen. Die im Forum beschriebenen Fälle von Niedrig- und Dumping-Löhnen will der DGB in einer Broschüre sammeln, die allen niedersächsischen BundestagskandidatInnen zugeschickt werden soll, um sie auf die Niedriglohnproblematik aufmerksam zu machen. Außerdem wird der DGB Niedersachsen im Vorfeld der Bundestagswahl alle KandidatInnen dazu befragen, wie sie zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns stehen und was sie nach der Wahl gegen Niedriglöhne tun wollen. Auch die Befragungsergebnisse sollen im Niedriglohn-Forum veröffentlicht werden. •

www.niedersachsen.dgb.de/forum

Tagung

Jung und prekär

Atypische und prekäre Beschäftigung ist auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt längst kein Randphänomen mehr: Inzwischen machen diese Arbeitsverhältnisse rund ein Viertel aller Stellen aus. Besonders von prekärer Beschäftigung betroffen: Frauen, MigrantInnen – und junge Beschäftigte.

Nicht selten arbeiten die „Prekären“ in Bereichen, die bisher kaum gewerkschaftlich organisiert sind. DGB-Jugend und Hans-Böckler-Stiftung wollen deshalb auf einer gemeinsamen Tagung mit dem Titel „Interessen und Interessenvertretung von jungen Prekären“ am 1. April in Berlin Strategien entwickeln, wie sich junge Beschäftigte in prekären und atypischen Beschäftigungsverhältnissen von den Gewerkschaften besser ansprechen und organisieren lassen. In Arbeitsgruppen soll unter anderem diskutiert werden, welches Verständnis junge Beschäftigte von Solidarität und Interessenvertretung haben und welche Strategien zur Organisation von „jungen Prekären“ es in anderen Ländern gibt. •

Mehr: www.einblick.dgb.de/links

Neben dem DGB-Maiplakat mit dem offiziellen Mai-Motto „Arbeit für alle bei fairem Lohn!“ *(einblick 01/2009)* gibt es in diesem Jahr ein weiteres Plakatmotiv zum Tag der Arbeit: Unter der Überschrift „Kein Lohnpreiskrieg!“ nimmt es verschiedene Phänomene von Ungleichbehandlung bei Entgelten und aus dem Niedriglohn-Sektor satirisch aufs Korn. Mehr zum 1. Mai 2009: www.dgb.de/2009/erster_mai

MEINUNG

Meinungsführerschaft

Der Kampf um Köpfe und Herzen

Der Marktradikalismus ist gescheitert, aber nicht am Ende, warnt Martin Allespach von der IG Metall. Der Kampf um eine grundlegend andere Wirtschaftsordnung sei eröffnet. Wenn die Gewerkschaften ihn gewinnen wollen, müssten sie jetzt deutlich machen, welche Grundwerte ihr Handeln bestimmen.

Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat die Welt in die schwerste Wirtschaftskrise seit 50 Jahren getrieben. Wir stecken in einer tiefen Systemkrise. **Sie setzt die Frage nach einer grundlegenden Alternative auf die Tagesordnung.**

Die IG Metall kämpft zuallererst gegen die Krisenfolgen an und vertritt die Interessen der Beschäftigten: Arbeitsplätze, Einkommen, tarifliche Standards. Sie setzt sich jedoch zugleich für ein Wirtschaftsmodell ein, das demokratisch und sozial ist, das sich von hemmungsloser Profitmaximierung ebenso verabschiedet wie von Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben. **Was wir dringend brauchen, ist ein demokratischer, sozialer und ökologischer New Deal.**

Beides hängt eng zusammen: Denn die Interessen der Beschäftigten und der großen Mehrheit der Gesellschaft sind in einer anderen Wirtschaftsordnung grundsätzlich besser aufgehoben.

Optimisten meinen, der Marktradikalismus sei am Ende. Das ist ein gefährlicher Irrtum. Seine Hegemonie ist angeschlagen, aber nicht gebrochen. Bürgschaften, Verstaatlichungen und zaghaft regulierende **Eingriffe des Staates bedeuten keineswegs, dass wir vor einer Zeitenwende stehen,** die in ein besseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell mündet. Kanzlerin Merkel gibt die Linie vor: Die Exzesse zwingen uns, einige Grenzen neu zu ziehen. Aber sonst gilt: Weiter wie bisher.

Wir stehen vor einer glasklaren Alternative: Entweder setzt sich als Konsequenz aus der Krise erneut ein rein renditeorientiertes Gesellschaftsmodell durch. Oder wir erkämpfen den Einstieg in eine andere Gesellschaft mit Mitbestimmung und einer demokratischen Wirtschaftsordnung, mit einer gerechten Verteilung des Wohlstandes und einem leistungsfähigen und solidarischen Sozialstaat. Der Kampf ist eröffnet und noch lange nicht entschieden. Es geht um die Meinungsführerschaft in dieser Gesellschaft.

Die Politik der Marktradikalen hat gravierende Folgen: **Sie spaltet die Gesellschaft und fördert ihren Zerfall.** Die Politik der Gewerkschaften mehrt Solidarität und mindert Ausgrenzung. So wird deutlich, wer im Sinne der Allgemeinheit handelt: die Gewerkschaften.

Um diesen entscheidenden Anspruch zu stärken, müssen die Gewerkschaften sagen, welche Grundwerte ihr Handeln leiten. Nur so werden die Konflikte politisiert, nur so gewinnen wir auch BürgerInnen, deren Interessen wir unmittelbar nicht vertreten. Nur so können wir den Widerspruch zwischen dem, was wir wollen und dem, was geschieht, offenlegen und nutzen, um die Menschen zu mobilisieren.

Wenn wir unsere Werte zur Waffe im Kampf um die Deutungshoheit machen, können wir beispielsweise besser klarmachen, wie die Neoliberalen den Freiheitsgedanken verfälscht haben. Wirkliche Freiheit meint, Menschen zu befähigen, dass sie ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. **Wer jeden Tag ums Überleben bangt, ist nicht frei.** Freiheit braucht ein Fundament: materielle Sicherheit, gute Arbeit und Bildung, Mitbestimmung. Freiheit kann es dort nicht geben, wo Eliten eine Krise auslösen und weltweit Existenzen vernichten. Sie vernichten so auch Freiheit.

Martin Allespach, 47, ist Leiter des Funktionsbereichs Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt/M.

Als Helmut Kohl Anfang der 80er Jahre die „geistig-moralische Wende" ausrief, lachte die Linke. Das war ein Fehler, den sie bitter bereuen sollte. Denn neoliberale Wirtschaftspolitik wurde durch ihre kulturell-ideologische Hegemonie entscheidend befördert.

Diesen Fehler dürfen wir nie mehr wiederholen. Deshalb vertreten wir Interessen und begründen sie mit Werten. Die Werte der IG Metall sind verwurzelt in der sozialistischen Arbeiterbewegung, der christlichen Soziallehre, in Kämpfen der Bürgerrechtler und denen der sozialen Bewegungen: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit ebenso wie Anerkennung, Respekt und Würde. Sie lassen sich in einem Begriff der Philosophie bündeln: das gute, gelungene Leben. Unsere Werte sind konkret: Die Rente mit 67 bekämpfen wir, weil sie Renten kürzt und die Solidarität zwischen Generationen verletzt. „Equal Pay" bei Leiharbeit ist nicht nur eine Frage der Ökonomie, sondern auch der Gerechtigkeit.

Werte und Interessen – **so schaffen wir eine Brücke zwischen Verstand, Erfahrungen und Gefühlen.** •

Verkehrte Welt

Als „Wertegemeinschaft, pragmatisch und links" bezeichnet der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber seine Organisation. Auf einer Veranstaltung der IG Metall am 13. März in Berlin lieferte Huber auch eine Erklärung dafür, warum die Kritik am Turbokapitalismus „so merkwürdig leise" ist: „Es waren zu viele beteiligt." Der größte Teil der Wirtschaftswissenschaften, die meisten Kommentatoren in den Medien und die Sprecher vieler Parteien und Verbände hätten „den Neoliberalismus gefeiert und die Deregulierung bejubelt".

Welche Lehren aus der Systemkrise gezogen werden, sei „noch lange nicht klar", sagte Huber. Eine Neuauflage des Neoliberalismus sei nicht auszuschließen. Vielleicht würden nur einige seiner Auswüchse beseitigt – und die Marktradikalen kehrten mit gleicher Aggressivität zurück. „Das darf nicht sein!"

Die Gewerkschaften sollten sich deshalb offensiver in die gesellschaftlichen Debatten einschalten, forderte Huber. Das Verhältnis von Politik und Ökonomie müsse wieder auf die Füße gestellt werden. Die Ökonomie haben den Menschen zu dienen – nicht umgekehrt. Huber: „Wir, die Betroffenen, haben der Ökonomie die Ziele vorzugeben."

www.gutes-leben.de

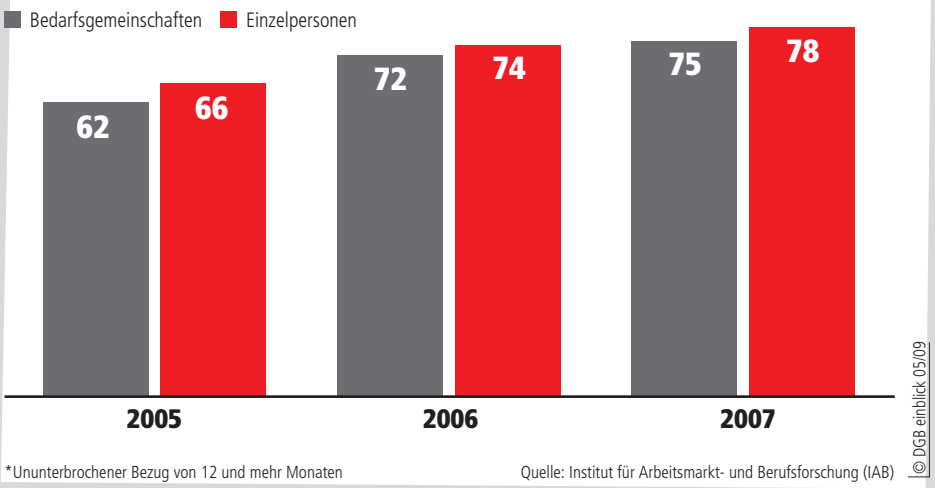
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

HARTZ IV: Langzeit-Abhängigkeit verfestigt sich

Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) belegt: Der Anteil von Hartz-IV-Langzeitbezieherinnen ist zwischen 2005 und 2007 deutlich gestiegen. Damit waren im Dezember 2007 drei Viertel der Bedarfsgemeinschaften und über drei Viertel der Einzelpersonen zwölf oder mehr Monate am Stück auf Hartz IV angewiesen. Zudem stellt die Studie fest: 40 Prozent der Personen, die den Absprung aus Hartz IV schaffen, müssen nach spätestens einem Jahr wieder auf Unterstützung zurückgreifen.

Entwicklung des Anteils der Hartz IV-LangzeitbezieherInnen* (in Prozent)



*Ununterbrochener Bezug von 12 und mehr Monaten

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

24.3. DGB Hamburg, Vortrag „Die Rente ist sicher – wenn sie nicht den Börsenspekulanten geopfert wird!", Hamburg

24.3. DGB Berlin-Brandenburg, Fachtagung „Gesund alt werden im Betrieb – mit Guter Arbeit", Berlin

25.3. DGB-Region Niedersachsen-Mitte u.a., Abendveranstaltung „Armut und Gesundheit oder sterben Arme früher?", Barnstorf

26.3. ver.di, DGB-Bildungswerk, u.a., Tagung „Freiwillig in die Krise – reguliert wieder heraus. Die globale Finanzkrise und die Verantwortung von Unternehmen und Banken", Berlin

28.3. Britischer Gewerkschaftsbund TUC, Demonstration „Put People First" im Vorfeld des G20-Weltfinanzgipfels, London

28.3.-4.4. Fahrrad-Tour im Rahmen der DGB-Aktionswochen Alterssicherung 2009 von Mannheim nach Berlin

29.3.-3.4. DGB-Bildungswerk, Workshop „Billiger – Besser – Bürgernäher: Was steckt hinter der weltweiten Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen?", Hattingen

30.3. DGB West, Europa-Konferenz, Trier

30.3. connexx.av, Veranstaltung „FFS – Tarifvertrag für Film- und Fernsehschaffende", Frankfurt am Main

31.3. ver.di, Tagung „5. Gender-Fachdialog: Die Finanz- und Wirtschaftskrise – neue Chance für Genderperspektiven?", Berlin

31.3. G20 Trade Union Summit, London

31.3.-2.4. UNESCO, Weltkonferenz „Bildung für nachhaltige Entwicklung", Bonn

1.4. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Interesse und Interessenvertretung von jungen Prekären", Berlin

1.4. IG Metall, Kampagnenstart „Gemeinsam für ein gutes Leben"

2.4. Weltfinanzgipfel der G20-Staaten, London

2.4. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Gestaltungsspielräume der Arbeitsmarktpolitik im SGB II", Berlin

personalien

••• ***Dr. Gerhard Timm,*** 51, ist seit dem 1. März neuer Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Zuvor war Timm als Bundesgeschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) tätig.

••• ***Dr. Christian Weis,*** 40, Kupferschmied und Wirtschaftsgeograph, bisher Berater bei der PCG Project Consult GmbH, Essen, und Projektexperte der Social Development Agency des EGB in Brüssel, gehört ab April zum Europäischen-Betriebsräte-Team des Funktionsbereichs Betriebs- und Mitbestimmungspolitik beim IG Metall-Vorstand. Er ergänzt das Team während der Elternzeit von Aline Hoffmann.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Währenddessen dementiert die SPD, dass es bei ihr auch Kurzarbeit gebe. Richtig sei vielmehr, dass Franz Müntefering seit Oktober 2008 Kurts Arbeit mache."

Aus einer Meldung der Satire-Rubrik „Glasauge" auf www.welt.de, Februar 2009.

Krankenkassen

Kredit aufnehmen verboten

Eine Krankenkasse darf nicht 100 Millionen Euro ihrer Betriebsmittel festverzinslich in 6-Monats-Geld anlegen, wenn sie infolgedessen selbst kurzfristig Kredite aufnehmen muss.

Bundessozialgericht, Urteil vom 3. März 2009 - B 1 A 1/08 R

„Keine Lust mehr zum Arbeiten"

Kein Kündigungsgrund

Erklärt ein Arbeitnehmer seinem Vorgesetzten im Zorn und ohne ernsthaft erkennbaren Abkehrwillen, keine Lust mehr zum Arbeiten zu haben, rechtfertigt dies noch keine fristlose Kündigung.
Solange nicht nachgewiesen werden kann, dass der Arbeitnehmer derartige Äußerungen aus Überzeugung und mit entsprechender Ernsthaftigkeit getätigt hat, kommt eine fristlose Kündigung nicht Betracht.

Arbeitsgericht Frankfurt/Main, Urteil vom 27. August 2008 - 7 Ca 2301/08

Arbeitslosengeld II

Angemessenheit von Unterkunftskosten

Zur Bestimmung des angemessenen Mietzinses ist auf den aktuellen örtlichen Mietspiegel abzustellen; die durchschnittlichen warmen Betriebskosten sind nach den vom Deutschen Mieterbund mit dem Betriebskostenspiegel veröffentlichten Angaben zu ermitteln. In Berlin ist für eine aus fünf Personen bestehende Bedarfsgemeinschaft grundsätzlich eine Wohnung mit einer Größe bis zu 97 qm und einer Bruttowarmmiete bis zu 690,64 Euro angemessen.
Hat der Hilfebedürftige aufgrund eigener Suchbemühungen dokumentiert, dass es im Vergleichsgebiet keine angemessene Wohnung anzumieten gibt, ist der Grundsicherungsträger verpflichtet, selbst aktiv zu werden und ein konkretes Wohnungsangebot zu unterbreiten.

Sozialgericht Berlin, Urteil vom 17. Februar 2009 – S 75 AS 18815/07

Sozialversicherung

LKW-Fahrer muss Beiträge entrichten

Ein Lkw-Fahrer, der nur seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt, ist regelmäßig abhängig beschäftigt. Die Möglichkeit, konkrete Angebote abzulehnen, macht ihn nicht zum selbstständig Tätigen.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 24. Februar 2009 - L 1 KR 249/08

Betriebsteilübergang

Auch wenn Identität nicht bewahrt ist

Ein Betriebsübergang kann auch dann vorliegen, wenn der übertragene Betriebsteil beim Erwerber seine organisatorische Selbstständigkeit nicht bewahrt.

Europäischer Gerichtshof, Urteil vom 12. Februar 2009 - C-466/07

Fristlose Kündigung

Kundenbonus nicht selbst kassieren

Einer Kassiererin kann fristlos gekündigt werden, wenn diese in erheblichem Umfang unberechtigt Kundeneinkäufe über ihre Kundenbonuskarte abgerechnet hat.

Der Fall: Eine über 50 Jahre alte Arbeitnehmerin war seit über 20 Jahren als Kassiererin in einem Kaufhaus beschäftigt. Sie und ihre Tochter waren im Besitz von Kundenbonuskarten, die der Arbeitgeber an seine Kunden herausgibt. Die Käufer können sich bei jedem Einkauf Punkte (ein Cent pro Euro) in der Weise gutschreiben lassen, dass der Wert des Einkaufs auf ihre Karte eingescannt wird. Die Punkte können in Form von Einkaufsgutscheinen – auch bei dem Arbeitgeber und angeschlossenen Partnerunternehmen - eingelöst werden. Die Kassiererin hatte in einem Zeitraum von 13 Monaten unberechtigt Kundeneinkäufe im Warenwert von über 20.000 Euro auf ihre Kundenbonuskarte und im Wert von mehr als 13.000 Euro auf die Karte ihrer Tochter eingegeben. Die gegen die fristlose Kündigung erhobene Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Vollendete oder auch nur versuchte Eigentums- oder Vermögensdelikte zum Nachteil des Arbeitgebers sind grundsätzlich geeignet, eine außerordentliche Kündigung zu stützen. Das Bonussystem stellt ein Kundenbindungssystem und Anreiz zu Folgekäufen für die Kunden dar. Die Mitarbeiter sind nicht berechtigt, die Kundenpunkte auf ihre Kundenkarten zu buchen. Von einer Duldung dieser Vorgehensweise durch den Arbeitgeber ist hier nicht auszugehen. Eine Duldung dieser Praxis setzt voraus, dass der Arbeitgeber von dieser Praxis der Kassiererinnen Kenntnis gehabt hat und nicht eingeschritten ist. Für diese Annahme gibt es keine Anhaltspunkte. Eine vorherige Abmahnung ist aufgrund der Schwere der Pflichtverletzung entbehrlich gewesen. Die langjährige Beschäftigungsdauer und das Lebensalter mit den damit verbundenen Schwierigkeiten, wieder einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden, wiegen zwar schwer. Der Vertrauensmissbrauch und die Erschütterung des Glaubens an ihre Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit überwiegen jedoch die Arbeitgeberinteressen an der sofortigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Hessisches Landesarbeitsgericht, Urteil vom 11. Dezember 2008 - 9 Sa 1075/08

Ausbildungsverhältnis

Praktikum zählt nicht zur Probezeit

Die Zeiten eines Praktikums vor Beginn der Berufsausbildung werden nicht auf die Probezeit in der Berufsausbildung angerechnet. Denn das Praktikum hat einen anderen Inhalt als ein Ausbildungsverhältnis, in dem gegenseitige Pflichten bestehen.

Arbeitsgericht Duisburg, Urteil vom 19. Februar 2009 - 1 Ca 3082/08

Verhaltensbedingte Kündigung

Zuhälterei kann Kündigungsgrund sein

Die Verurteilung eines Arbeitnehmers wegen Zuhälterei kann eine verhaltensbedingte Kündigung rechtfertigen. Das gilt vor allem dann, wenn der Arbeitnehmer in der Öffentlichkeit äußert, das Motiv für die Nebentätigkeit im Rotlichtmilieu sei das zu geringe Entgelt bei seinem namentlich genannten Arbeitgeber gewesen.

Landesarbeitsgericht Hamm, Urteil vom 12. Februar 2009 - 17 Sa 1567/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 06.04.2009 6/09

DGB

Finanz- und Wirtschaftskrise

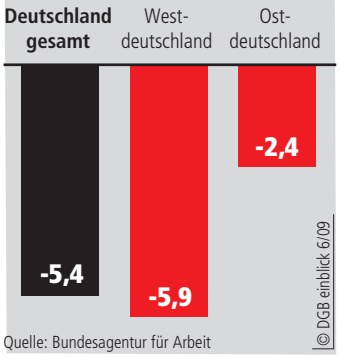
Ausbildung und Übernahme in Gefahr

Die Finanz- und Wirtschaftskrise erreicht den Ausbildungsmarkt. Das belegen die aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die Gewerkschaften fordern deshalb einen Schutzschirm für Ausbildung. Laut Bundesagentur wurden von Oktober 2008 bis März 2009 insgesamt knapp über 330 000 Ausbildungsstellen gemeldet, das sind 26 600 oder sieben Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) prognostiziert allein für seinen Wirtschaftsbereich den Wegfall von 36 000 Ausbildungsplätzen.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock bezeichnete die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt als „Besorgnis erregend". „Wir dürfen nicht nur über Banken und Autos reden, sondern müssen konkrete und schnelle Maßnahmen zum Schutz der Lehrlinge ergreifen", sagte Sehrbrock. Der Ausbildungspakt sei mit seinen üblichen unverbindlichen Absichtserklärungen und beschönigenden Bilanzen dafür nicht geeignet, kritisierte die stellvertretende DGB-Vorsitzende. ver.di-Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff nimmt Politik und Unternehmen in die Pflicht und fordert ein Grundrecht auf Ausbildung. „Niemand käme auf die Idee, einem Sechsjährigen das Recht auf Schulbildung zu verweigern. Es kann nicht sein, dass diesen jungen Menschen zehn Jahre später das Recht auf Ausbildung verweigert wird."

Weniger Stellen für Bewerber

Entwicklung der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen (Oktober 2008 bis März 2009) im Vergleich zum Vorjahr (in Prozent)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Im aktuellen Beratungszeitraum der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind bundesweit bisher 5,4 Prozent weniger Ausbildungsstellen gemeldet worden als im Vorjahreszeitraum. Der DGB geht davon aus, dass sich die Krise im laufenden Jahr noch stärker auf den Ausbildungsmarkt auswirken wird.

Dass die Krise nun auch die Übernahme gefährdet, machen Beispiele aus der Autobranche deutlich. Die Daimler AG kündigte in diesem Jahr an, 20 Prozent der rund 1100 Auszubildenden im Sommer nicht übernehmen zu wollen. Als Grund nannte das Management die aktuelle Krise. Doch die Auszubildenden, Betriebsräte und die IG Metall machen mobil. Im Februar versammelten sich 3000 Demonstranten vor den Werkstoren in Untertürkheim, um gegen die Pläne zu protestieren – weitere Aktionen sind geplant. Gegenwehr lohnt sich. Das zeigt das Beispiel des Autozulieferers Grammer in Bayern. Dort haben die von Arbeitslosigkeit bedrohten Azubis gemeinsam mit der IG Metall eine vorläufige Übernahme über zwei Monate plus eine mündliche Zusage für weitere vier Monate erkämpft. Bereits vor der Krise hatte die IG Metall-Jugend die Kampagne „Operation Übernahme" geplant und im Januar 2009 gestartet. Auf dem Internetportal zur Kampagne dokumentieren Auszubildende aus ganz Deutschland ihre Initiativen und Aktionen für die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis – auch und vor allem in Zeiten der Krise. •

plusminusBERLIN

+ ***Johannes Kahrs (SPD) fordert, Homophobie international als Diskriminierungsmerkmal anzuerkennen und die Verfolgung von Schwulen und Lesben weltweit zu ächten. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) müsse sich dafür gemeinsam mit den europäischen Partnern einsetzen.***

– ***Nach Meinung von Christian Ruck (CSU) hat der Papst in der Kondomfrage „nicht unrecht". Zwar könnten Kondome die Zahl der HIV-Infektionen verringern, böten aber keinen vollständigen Schutz: „Wer den Papst für diese Mahnung kritisiert, hat andere Motive als die Bekämpfung der Pandemie."***

inhalt

Seite 3
Boni für Gewerkschafter
Mit „Differenzierungsklauseln" können bestimmte tarifliche Leistungen nur Gewerkschaftsmitgliedern zugesprochen werden. Das Bundesarbeitsgericht hat diese Klauseln jetzt für zulässig erklärt

Seite 5
Umdenken
„Umdenken – Gegenlenken" ist das Motto des Kapitalismuskongresses des DGB am 14. und 15. Mai in Berlin

Seite 7
Handlungsbedarf groß
Die Bundesregierung fordert verbindliche internationale Arbeitsnormen in Sonntagsreden ein – hinkt aber bei deren Umsetzung hinterher, meint Klaus Lörcher

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.operation-uebernahme.de
Kampagne der IG Metall-Jugend

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DGB-Vorschläge für einen „Schutzschirm für Ausbildungsplätze"

Steuerpolitik

Steuerflucht schnell verhindern

Die große Koalition schafft es derzeit nicht, sich auf ein Gesetz gegen internationale Steuerhinterziehung und Steuerflucht zu einigen. Ein Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) liegt zwar vor, die Union hat aber ihre Ablehnung angekündigt – der Entwurf wird jetzt vom Finanz- und Wirtschaftsministerium weiter diskutiert, liegt aber vorerst auf Eis.

Anlässlich einer Anhörung im Finanzausschuss des Bundestags Ende März hat der DGB die Koalition aufgefordert, dass Gesetz noch vor der Bundestagswahl zu verabschieden. Grenzüberschreitende Mitteilungen über Kapitalerträge von Privaten und Unternehmen im Ausland müssten „unter demokratischen Staaten eine Selbstverständlichkeit sein", so die Stellungnahme des DGB. „Davon sind wir im europäischen und noch viel mehr im internationalen Rahmen jedoch weit entfernt", meint DGB-Vorstand Claus Matecki. Die Blockadehaltung aus Teilen der Koalition ist für Matecki unverständlich. Wer bei 100 Milliarden Euro Steuerverlust durch Steuerflucht und -hinterziehung pro Jahr „nicht unruhig wird, muss zur Staatsverschuldung für immer schweigen".

Der DGB regt darüber hinaus an, neben internationalen Regelungen auch national mehr gegen Steuerhinterziehung zu unternehmen – mit deutlich mehr Personal für Betriebsprüfung und Steuerfahndung. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Anlässlich des G-20-Gipfels am 2. April in London haben die internationalen Gewerkschaften eine neue Wirtschafts- und Finanzordnung gefordert. Eine entsprechende gemeinsame Erklärung *(www.einblick.dgb.de)* wurde den Staats- und Regierungschefs der G20 übergeben. Gefordert werden unter anderem ein international abgestimmter Sanierungsplan für nachhaltiges Wachstum und eine verbindliche globale Regulierung der Finanzmärkte. Im Vorfeld des Gipfels gingen Zigtausende auf die Straße, um ein besseres Krisenmanagement der Regierungen einzufordern. Die größte Demonstration fand mit 35 000 TeilnehmerInnen in London statt. Unter dem Motto „Put the people first" demonstrierte ein breites Bündnis von Gewerkschaften, Umwelt- und Friedensorganisationen sowie religiösen Gruppen für eine gerechtere Weltwirtschaft. Mit dabei: eine Delegation des DGB, gebildet vor allem aus ehrenamtlichen Kollegen vom Niederrhein sowie aus dem DGB-Bereich Europapolitik.

Foto: Anne Graef

Föderalismusreform II

Massive Kritik an Schuldenbremse

Im Rahmen der Föderalismusreform II haben sich die große Koalition sowie Bund und Länder auf die Aufnahme einer Schuldenbremse ins Grundgesetz verständigt. Die Kreditaufnahme des Bundes würde danach ab 2015/2016 auf maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden. Für die Länder soll es ab 2020 eine „Null-Schulden-Grenze" geben. Die Einigung sei „kein gutes Ergebnis für Demokratie und Sozialstaat", kritisiert DGB-Vorstand Claus Matecki.

Der DGB widerspricht auch der Argumentation, die Schuldenbremse wirke als „Steuersenkungsbremse". „Das ist Selbstbetrug", erklärt Matecki. Es würden – wie auch in den vergangenen Jahren – „Sparorgien folgen, die zu Lasten der ohnehin gesellschaftlich benachteiligten und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen". Der Staat beraube sich mit der Schuldenbremse selbst der Möglichkeit, „schnell auf ökologische und soziale Herausforderungen zu reagieren und infrastrukturell für die Zukunft vorzusorgen". Gerade die aktuelle Krise zeige aber, wie wichtig es sei, ausreichend finanzielle Spielräume zu haben.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske äußerte darüber hinaus verfassungsrechtliche Bedenken: Die Schuldenbremse widerspreche der wirtschaftspolitischen Funktion der Haushaltsgesetze. •

Arbeitslosenversicherung

Defizite absichern

Der DGB fordert, die Defizithaftung des Bundes in der Arbeitslosenversicherung wieder einzuführen. Diese war 2006 abgeschafft worden – bis dahin musste der Bund Defizite der Bundesagentur für Arbeit ausgleichen. Es sei nicht zu rechtfertigen, „dass der Bund gegenüber den Banken finanziell in die Haftung geht, während die beitragsfinanzierte Arbeitslosenversicherung mit den Folgen der Krise am Arbeitsmarkt im Regen stehen gelassen wird", erklärte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. •

Das Projekt *Alternsrobuste Betriebsstrukturen im Verbund* lädt ein:
Öffentliche Abschlussveranstaltung am 15.06.2009, 10-16 Uhr

Ort: Deutsche Arbeitsschutzausstellung (DASA), Dortmund
Weitere Informationen über die Veranstaltung und das Projekt:
www.alternsgerechtes-arbeiten.de
Anmeldung: info@bit-bochum.de

Veranstalter: BIT Institut für Management und Organisation
Gefördert durch: NRW. Höher am Menschen · Europäische Union · Europäischer Sozialfonds

Tarifpolitik

Boni für GewerkschafterInnen

„Differenzierungsklauseln" in Tarifverträgen sorgen dafür, dass von bestimmten tariflichen Leistungen nur Gewerkschaftsmitglieder profitieren – Boni für die KollegInnen. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat diese Klauseln jetzt grundsätzlich für zulässig erklärt.

Bis zur letzten Instanz hatte eine Pflegerin der Arbeiterwohlfahrt (AWO) geklagt. In einem Tarifvertrag hatte ver.di mit der AWO eine Sonderzahlung für die Beschäftigten in Höhe von 535 Euro brutto vereinbart – allerdings nur für die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten. Die Klägerin, selbst nicht Gewerkschaftsmitglied, fühlte sich davon benachteiligt.

Im März entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt: Die Klausel mit der Sonderzahlung ist grundsätzlich zulässig. Eine Trendwende in der Rechtssprechung – denn bisher hatte das BAG entsprechende Tarifregelungen für unzulässig erklärt. Im Kern ging es um die Frage, ob durch die Sonderzahlung ein unzulässiger („nicht mehr hinnehmbarer") Druck auf Nicht-Gewerkschaftsmitglieder ausgeübt wird, in die Gewerkschaft einzutreten. Denn das würde ihr Recht auf „negative Koalitionsfreiheit" – also das Recht, keiner Gewerkschaft beitreten zu müssen – verletzen. Das sei bei der Höhe der Sonderzahlung der AWO aber nicht der Fall, urteilten die Erfurter Richter.

Die Gewerkschaften begrüßten das Urteil. „Die Entscheidung bestätigt unsere Rechtsauffassung und stützt die grundsätzlich geschützte Gewerkschaftsfreiheit", erklärt etwa der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel. Seine Gewerkschaft habe vor allem bei Firmentarifverträgen eine Besserstellung von Mitgliedern durchgesetzt und werde „diesen Weg fortsetzen".

Das BAG prüfte bei Verfahren zu Differenzierungsklauseln bisher auch immer die Frage, ob durch die Boni das allgemeine „Gerechtigkeitsempfinden" verletzt werde. Bisher wurde das in der Regel bejaht. In Zeiten, in denen Dumping-Gewerkschaften Gefälligkeitstarifverträge abschließen und die Tarifbindung sinkt, verletze es aber vielmehr das Gerechtigkeitsempfinden, „wenn Nicht-Organisierte auf den Zug aufspringen, den andere für sie in Bewegung gesetzt haben", findet Helmut Platow, Leiter der Rechtsabteilung beim ver.di-Bundesvorstand. Das hat inzwischen auch das BAG erkannt.

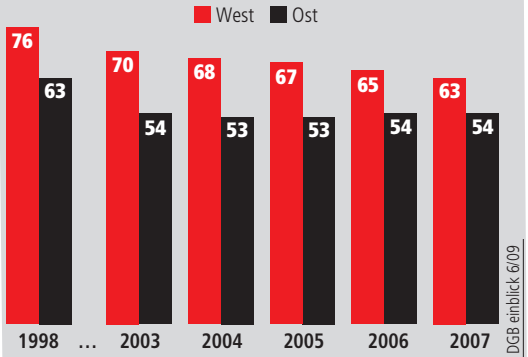
Beispiele für Differenzierungsklauseln finden sich inzwischen immer häufiger: Nur die TRANSNET-Mitglieder erhalten etwa bei der Deutschen Bahn Zuschüsse für Weiterbildung. Die NGG hat durchgesetzt, dass ihren Mitgliedern bei Coca-Cola nicht betriebsbedingt gekündigt werden darf, und der IG Metall-Bezirk NRW hat bereits 2004 erklärt, möglichst keine Tarifverträge mehr ohne „Mitglieder-Bonus" abschließen zu wollen. Mit einigem Erfolg: Bei einem Bochumer Stahlbetrieb wurde etwa eine Jahressonderzahlung für IG Metall-Mitglieder in Höhe eines Monatslohns durchgesetzt, bei einer Motorenfabrik in Viersen durften Mitglieder nicht betriebsbedingt gekündigt werden, und bei einer Maschinenbaufirma nahe Gummersbach erhielten die gewerkschaftlich organisierten KollegInnen 5000 Euro pro Jahr, um Nachteile aus Arbeitszeitverlängerungen auszugleichen.

Aber gibt es auch Rechtssicherheit für diese Regelungen? Die Richter des BAG werden sich demnächst mit einer weiteren Klage zu Differenzierungsklauseln beschäftigen. Es geht um einen Haustarifvertrag, den ver.di mit der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) abgeschlossen hat. Bestandteil des Tarifvertrags ist eine „Erholungsbeihilfe" von 260 Euro pro Kalenderjahr – nur für ver.di-Mitglieder.

Mit einer so genannten „Feststellungsklage" will die HHLA jetzt die Rechtmäßigkeit der Differenzierungsklausel prüfen lassen. Das Hamburger Arbeitsgericht bestätigte die Klausel in erster Instanz, jetzt geht der Fall direkt vors BAG. Spannend ist der Fall deshalb, weil es – anders als beim AWO-Tarifvertrag – um eine „qualifizierte Differenzierungsklausel" geht (siehe Randspalte). Wenn das BAG auch diese Klausel für zulässig erklärt, gäbe es für alle Differenzierungsklauseln Rechtssicherheit. •

Tarifbindung rückläufig

Anteil der Beschäftigten, für die ein Tarifvertrag gilt (in Prozent)



Quelle: IAB-Betriebspanel / WSI

Im Osten Deutschlands stagniert der Anteil der Beschäftigten, für die ein Tarifvertrag gilt, bei knapp über 50 Prozent – in Westdeutschland ist der Anteil leicht rückläufig.

Differenziert

Differenzierungsklauseln sind Regelungen in Tarifverträgen, die bestimmte tarifliche Leistungen nur für Gewerkschaftsmitglieder vorsehen.

Bei einfachen Differenzierungsklauseln haben nur Gewerkschaftsmitglieder auch tatsächlich einen materiellen Anspruch auf die Sonderzahlungen oder Boni. Der Tarifvertrag setzt aber keine Schranken dafür, dass der Arbeitgeber – freiwillig – auch Nicht-Mitgliedern die entsprechenden Leistungen gewähren kann.

Bei qualifizierten Differenzierungsklauseln sieht das anders aus – sie gehen weiter als die einfachen Klauseln: Laut Definition des Bundesarbeitsgericht (BAG) regeln qualifizierte Klauseln, „dass im Ergebnis dem gewerkschaftlich organisierten Mitarbeiter in jedem Falle mehr zusteht", als Mitarbeitern, die nicht Mitglied „der tarifschließenden Gewerkschaft" sind. Wenn die Leistungen also auch an Nicht-Mitglieder ausgezahlt werden, müssen Gewerkschaftsmitglieder immer einen entsprechend höheren Betrag bekommen (deshalb auch: „Abstandsklausel").

Das BAG hat im März einfache Differenzierungsklauseln grundsätzlich für zulässig erklärt (4 AZR 64/08 vom 18. März 2009).

DGB-Ratgeber

Arbeitszeitkonten in der Praxis

Seit dem 1. Januar 2009 gilt das Flexi II-Gesetz zum verbesserten Schutz von Arbeitszeitkonten. Mit einer aktuellen Broschüre gibt der DGB ArbeitnehmerInnen, Betriebsräten und aktiven GewerkschafterInnen Tipps für die praktische Umsetzung im Betrieb an die Hand. Unter anderem widmet sich der Ratgeber dem Schutz der Arbeitszeitkonten bei Insolvenz des Unternehmens, Maßnahmen bei fehlendem Insolvenzschutz und der Mitnahme von Arbeitszeitguthaben zu einem neuen Arbeitgeber. Die Broschüre kann für 3,35 Euro inklusive Porto und Verpackung (Preis für Einzelexemplar) online bestellt werden. •

www.dgb-bestellservice.de

Anzeige

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz

Ein Leitfaden für die arbeitsrechtliche Praxis

Dr. Sebastian Hopfner
Valerie Naumann
et al.

3. Auflage, 2009
XII u. 111 S.,
17 x 24 cm, kart.,
16,50 €

ISBN 978-3-89952-427-7

www.vww.de

Girls´ Day 2009

DGB öffnet seine Türen

Am 23. April ist Girls´ Day. Zum neunten Mal haben junge Frauen in Deutschland die Chance, sich in Unternehmen und Organisationen über unterschiedliche Berufsbilder zu informieren. Ziel ist es, Mädchen zukunftsorientierte Berufe – unter anderem in technischen Berufen, im Handwerk sowie in Ingenieurs- und Naturwissenschaften – näher zu bringen. Dafür öffnen bundesweit viele Unternehmen, Organisationen und Hochschulen ihre Türen. Auch der DGB lädt dieses Jahr wieder Mädchen in die Bundesvorstandsverwaltung nach Berlin ein. Neben Gesprächen mit der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock und DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erwartet die rund 30 Mädchen ein Einblick in verschiedene Abteilungen des DGB. Unter anderem lassen sich die MitarbeiterInnen in der Pressestelle sowie in den Bereichen Jugend, Frauen- und Gleichstellungspolitik und Grundsatzfragen über die Schultern schauen. •

www.girls-day.de

„Mitbestimmung international verbreiten"

Aufsichtsrat des Monats April ist **Dieter Scholz,** 62. Der Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg ist seit 1986 in diversen Aufsichtsräten aktiv, zurzeit bei der ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH. Das Unternehmen ist Teil des transnationalen Stahlkonzerns ArcelorMittal. Der weltweit größte Stahlproduzent mit Firmensitz in Luxemburg betreibt etwa 60 Werke in über zwanzig Ländern mit über 300 000 Beschäftigten weltweit. Am Standort Eisenhüttenstadt arbeiten 3000 MitarbeiterInnen. Der internationale Aspekt der Aufsichtsratsarbeit spielt deshalb für Scholz eine besondere Rolle: Die Mitbestimmung müsse auch „international verbreitet werden", erklärt er im Fragebogen zur Aktion „Aufsichtsrat des Monats": *www.dgb.de/aufsichtsrat*

Foto: DGB

Otto-Brenner-Stiftung

Leiharbeit als Druckmittel

Die Gewerkschaften haben es schon lange vermutet – jetzt ist der wissenschaftliche Beweis da: Leiharbeit wird in vielen Betrieben als strategisches Mittel eingesetzt, um die Stammbelegschaften unter Druck zu setzen. Dies belegen erste Zwischenergebnisse einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung. Der Industriesoziologe Hajo Holst hat insgesamt 80 Interviews mit Personalverantwortlichen, LeiharbeiterInnen, Angehörigen der Stammbelegschaften und Betriebsräten aus zwölf Unternehmen geführt. Sein Fazit: Betriebe, die Leiharbeit strategisch einsetzen, reagieren damit nicht nur auf Auftragsspitzen. Sie wollen in erste Linie so wenig feste Verpflichtungen eingehen, wie möglich. Damit werde bei Absatzschwierigkeiten faktisch der gesetzliche Kündigungsschutz ausgehebelt, so Holst. Zudem führe der hohe Konkurrenzdruck zwischen der Stammbelegschaft und den LeiharbeiterInnen dazu, dass LeiharbeiterInnen zu angepassten Einzelkämpfern würden, die sowohl untereinander als auch gegen die fest angestellten KollegInnen konkurrieren. Holst konstatiert, dass LeiharbeiterInnen, die stets mit einem Bein in der Arbeitslosigkeit stehen, quasi als Ventil fungieren, durch das der Druck des Arbeitsmarktes in die Unternehmen geleitet wird. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Hans-Böckler-Stiftung

Betriebsrenten sichern

Die Finanzkrise wirft viele existenzielle Fragen für ArbeitnehmerInnen auf. Neben der Sorge um den Arbeitsplatz rücken Aspekte der sozialen Sicherung, wie die Zukunft der betrieblichen Altersversorgung, in den Fokus. Deshalb veranstalten die Hans-Böckler-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit weiteren Partnern am 28. und 29. Mai in Berlin eine Tagung unter dem Motto: „Steuerung der betrieblichen Altersversorgung in Europa: garantierte Sicherheit?". Ziel ist es, die wesentlichen internationalen Elemente, wirksame Kontrollmechanismen und die Perspektive der betrieblichen Altersversorgung zu analysieren. ExpertInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden stellen ihre Ergebnisse und Ansichten zum Thema vor. •

Anmeldungen bis zum 14. Mai an:
Katharina-Kruse@boeckler.de
Link zum Programm:
www.einblick.dgb.de/links

interregio

••• Der ***DGB Hamburg*** lädt zusammen mit der Beratungsstelle „handicap" zur ***Tagung „Integration von Menschen mit Behinderung"*** am 16. April nach Hamburg ein. Unter dem Motto „Wege in die Arbeitswelt – Integration ist machbar" wird über Chancen diskutiert, die sich aus dem demografischen Wandel für Menschen mit Behinderung ergeben. Klar sei, dass die demografische Entwicklung zu einer Veränderung der Beschäftigungsstruktur führen werde, meinen DGB und „handicap". Im Fokus der Tagung steht deshalb die Frage, ob diese Entwicklung neue Perspektiven für Menschen mit Behinderung und Betriebe bietet. Unter anderem diskutieren Olaf Scholz (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales, und DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Die Teilnahme kostet 30 Euro.

www.einblick.dgb.de/links

DGB-Kapitalismuskongress

Alternativen zum Casinokapitalismus

„Umdenken – Gegenlenken" ist das Motto des Kapitalismuskongresses des DGB am 14./15. Mai in Berlin. Gemeinsam mit internationalen Gästen aus Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften, Betrieben und Kirchen wollen die DGB-Gewerkschaften auf dem Kongress Handlungsoptionen für eine Marktwirtschaft für Menschen als Alternative zum „Casinokapitalismus" entwickeln.

Klar ist: Ein „Weiter so" kann es angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht geben. Und: Die Krise kann nur international bekämpft werden, Protektionismus ist keine Lösung. Es ist kaum zu erwarten, dass die bisherigen Eliten in Wirtschaft und Politik die notwendigen Änderungen im System initiieren – schließlich hat ihr Handeln dafür gesorgt, dass sich die Weltwirtschaft zurzeit in der wohl schwersten Krise seit 1929 befindet. Alternativen zum bisherigen Kurs sollen auf dem DGB-Kapitalismuskongress entwickelt werden. Im Plenum und in verschiedenen Foren wird nicht nur die Krise des Marktradikalismus analysiert, sondern es werden auch Handlungsoptionen diskutiert und ganz konkrete Maßnahmen entwickelt, mit denen die Gewerkschaften einen Prozess des „Umdenkens" und „Gegenlenkens" befördern können.

?...nachgefragt

Foto: DGB/Franka Bruns

***einblick* hat den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer nach den Zielen des Kapitalismuskongresses gefragt.**

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich in dieser wohl schwersten Wirtschaftskrise seit 1929 dafür ein, dass es ein „Weiter so" nicht gibt, und wir diskutieren wie ein neues Leitbild, ein gewerkschaftliches Projekt für eine zukunftsfähige, soziale Gesellschaft weltweit aussehen kann.

Noch kann niemand das wahre Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise absehen, wir sind Zeugen eines Epochenbruchs. Einige in Wirtschaft und Politik als nahezu unumstößlich geltende Glaubenssätze haben sich als Irrlehren erwiesen – mit katastrophalen Auswirkungen für die Menschen in allen Teilen der Welt. Klar ist in dieser Situation vor allem eines: Jeder Lösungsversuch erfordert gewaltige gesellschaftliche Kraftanstrengungen. Es müssen national und international klare Konsequenzen gezogen werden, und die Regeln, nach denen unser Zusammenleben, unsere Wirtschaft- und Finanzmärkte, ja sogar unsere Gesellschaft funktioniert, müssen neu justiert werden: Wir brauchen eine Marktwirtschaft mit sozialem Gesicht – eine Marktwirtschaft für Menschen. Es ist höchste Zeit, ökologisch verträgliche, sozial gerechte und solidarische Wege aus der Krise aufzuzeigen und durchzusetzen. Voraussetzung ist ein grundlegender Wandel im Verhältnis von Politik und Ökonomie: Wir müssen den Vorrang demokratisch legitimierter Politik vor der Wirtschaft durchsetzen.

Auf unserem Kapitalismuskongress im Mai wollen wir gemeinsam mit internationalen Gästen aus Wissenschaft, Kirchen und Parteien, aus Verbänden und Betrieben die Ursachen der Krise analysieren und fragen, wer die Zeche für die aktuelle Krise zu zahlen hat. Wir wollen Handlungsoptionen entwickeln und darüber diskutieren, wie wir eine Marktwirtschaft für Menschen als Alternative zum „Casinokapitalismus" gestalten können.

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

Eine illustre Schar von internationalen Gästen hat bereits ihre Teilnahme am Kongress zugesagt. So wird der US-amerikanische Soziologe Richard Sennett, Professor an der New York University und der London School of Economics, bekannt vor allem durch seine Bücher „Verfall und Ende des öffentlichen Lebens" und „Der flexible Mensch", das Eröffnungsreferat halten. Und auch die internationalen Gewerkschaften sind mit Guy Ryder, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), Phil Jennings, Generalsekretär der Union Network International (UNI) und John Evans, Generalsekretär der TUAC, dem gewerkschaftlichen Beratungsausschuss bei der OECD, prominent vertreten.

Da der Veranstaltungsort, das Radialsystem in Berlin-Mitte, nur über begrenzte Raumkapazitäten verfügt, ist die Teilnehmerzahl des Kongresses auf 500 beschränkt. Aber auch diejenigen, die nicht persönlich am Kongress teilnehmen können, werden dennoch bestens informiert. Unter www.kapitalismuskongress.de können sie den Kongress live im Internet verfolgen. Zudem sind weitere aktuelle Informationsmedien zum Kongress geplant. Aktuelle Infos zum Kongress gibt es ab dem 9. April auf der Kongress-Homepage, auch der *einblick* wird in den nächsten Ausgaben laufend über Neuigkeiten berichten. •

Die Krise bekämpfen

Im Rahmen der Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) vom 14. bis zum 16. Mai findet am 16. Mai in Berlin eine Demonstration unter dem Motto „Die Krise bekämpfen" statt. „Die Politik muss endlich dafür sorgen, dass die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen", heißt es im gemeinsamen Demo-Aufruf von EGB und DGB. „Deshalb fordern wir: Die Krise nachhaltig bekämpfen. Wir wollen einen Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen."

Zu den konkreten Forderungen der Gewerkschaften gehören unter anderem ein erweitertes Konjunkturprogramm für mehr und bessere Jobs und Ausbildungsplätze sowie eine strenge Regulierung der Finanzmärkte.

In drei weiteren europäischen Großstädten finden im Rahmen der EGB-Aktionstage ebenfalls Großdemos statt: in Madrid (14. Mai), in Brüssel (15. Mai) und in Prag (16. Mai).

Treffpunkte für die TeilnehmerInnen der Berliner Demo am 16. Mai sind der Berliner Hauptbahnhof und der Berliner Breitscheidplatz (jeweils 11.30 Uhr), die Hauptkundgebung beginnt um 14 Uhr an der Siegessäule.

Mehr Infos:
www.einblick.dgb.de/links

kurz&bündig

Die IG BAU hat mit den wichtigsten Verbänden der Baubranche das „Leitbild Bau“ mit Qualitätszielen und Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet. Das Grundsatzpapier, das die Zukunftschancen und das Image der Branche verbessern soll, wurde Bundesbauminister Tiefensee übergeben.

Die GEW fordert einen Kurswechsel im Bologna-Prozess. Das Ziel, einen europäischen Hochschulraum auf hohem Niveau zu schaffen, sei noch nicht erreicht . Nun müsse der Prozess „entschleunigt“ werden, denn „Qualität geht vor Tempo“, erklärt GEW-Hochschulexperte Andreas Keller.

Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, mit Gewerkschaften und Industrieverbänden Zukunftsszenarien für die Auto-Branche zu entwickeln. Dazu müsse ein Branchenrat „Automobile Zukunft“ eingerichtet werden. Angesichts der aktuellen Krise sei ein nachhaltiger Strukturwechsel im Sinne der Menschen notwendig.

Die GdP hat sich gegen die Ausweitung des Mandats der deutschen Polizei in Afghanistan ausgesprochen. Die Durchführung von Polizeivollzugsaufgaben in einem Kriegsgebiet könne nicht Aufgabe der deutschen Polizei mit ihrem zivilen und rechtsstaatlichen Wesen sein. Stattdessen müsse dringend eine zivile afghanische Polizei aufgebaut werden.

Bundespräsidentenwahl

Gewerkschafter wählen mit

Am 23. Mai tritt die Bundesversammlung zur Bundespräsidentenwahl zusammen. Neben den Abgeordneten des Bundestages entsenden auch die Landesparlamente VertreterInnen zur Wahl in Berlin – unter ihnen Prominente aus Kultur, Sport, Wirtschaft und Gewerkschaften. So wurden von der SPD unter anderem nominiert: der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber, der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg und die DGB-Bezirksvorsitzenden Stefan Körzell (Bezirk Hessen-Thüringen), Dietmar Muscheid (Bezirk West) und Guntram Schneider (Bezirk NRW). Auch mehrere Betriebsräte werden bei der Wahl ihre Stimme abgeben – etwa die Schlecker-Betriebsrätin Antje Treptow und die Conti-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Bärbel Bruns – beide von der SPD nominiert. •

Delegierte aus dem gewerkschaftlichen Umfeld: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Neuer DGB-Newsletter

Europa konkret

Rechtzeitig vor der Europawahl am 7. Juni hat der DGB-Bereich Europapolitik einen neuen E-Mail-Newsletter gestartet. „Blickpunkt Europa“ informiert kurz, präzise und allgemein verständlich über Entwicklungen in der Europapolitik und europapolitische Positionen des DGB. Die gerade erschienene erste Ausgabe beleuchtet unter anderem die Ergebnisse des G20-Gipfels aus gewerkschaftlicher Sicht, präsentiert die Vorschläge der Gewerkschaften zur Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise und stellt den Gewerkschaften nahe stehende KandidatInnen zur Europawahl vor.

Der Bereich Europapolitik hat außerdem gerade einen Reader erstellt, der insbesondere regionalen gewerkschaftlichen Gliederungen jede Menge Hintergrundmaterial zur Europawahl zur Verfügung stellt. •

Abonnement: www.dgb.de/newsletter

Medienbranche

Verbesserung beim ALG I überfällig

ver.di unterstützt die Initiative von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, den Zugang zum Arbeitslosengeld I (ALG I) für kurzzeitig beschäftigte Kultur- und Medienschaffende zu verbessern. Bisher hat diese Beschäftigtengruppe nach einem abgelaufenen Projekt oder Auftrag meist nur Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen: Denn wer ALG I beziehen will, muss in den zwei Jahren vor der Arbeitslosigkeit mindestens zwölf Monate in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben – bei Medienschaffenden ist das meist nicht der Fall. Diese „Rahmenfrist“ soll für Beschäftigte aus Kultur und Medien jetzt auf fünf Monate verkürzt werden. Diese Gesetzesänderung sei „überfällig“, meint der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. Auch die CDU/CSU-Fraktion müsse die Initiative jetzt mittragen. •

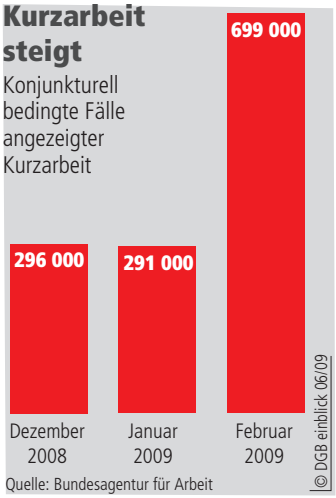
Baubranche

Von Ost nach West

Fast 40 Prozent der ostdeutschen Bauunternehmen sind laut einer Studie auch in Westdeutschland tätig. Die IG BAU ist aber skeptisch, ob diese Firmen immer auch den geltenden Tariflohn zahlen. Denn eigentlich gilt der Tariflohn der jeweiligen Baustelle, Ost-Unternehmer müssten also auf West-Baustellen auch West-Löhne zahlen. „Ich frage mich, an welcher Stelle die Unternehmen sparen – bei identischen Materialkosten und zusätzlichen Transport- und Übernachtungskosten“, meint der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfers. „Die Rechnung geht nur auf, wenn ostdeutsche Bauunternehmen ihren Arbeitnehmern erheblich weniger zahlen.“

Die IG BAU bemüht sich in den aktuellen Tarifverhandlungen, die Lohnschere zwischen West und Ost zu schließen. •

„Der konjunkturelle Abschwung wirkt sich zunehmend auf den Arbeitsmarkt aus“, fasste Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, Ende März die Situation auf dem Arbeitsmarkt zusammen. Die von vielen Unternehmen massiv genutzte Möglichkeit zur Kurzarbeit habe dem aber bisher „stabilisierend entgegengewirkt“. Mit dem zweiten Konjunkturpaket wurden umfangreiche Änderungen zum Kurzarbeitergeld beschlossen. So hat die Bundesregierung, um Entlassungen vorzubeugen, für die Unternehmen finanzielle Anreize gesetzt, wenn sie Kurzarbeit mit Qualifizierung kombinieren. All das stellt auch Betriebsräte wie Beschäftigte vor neue Herausforderungen. Ein aktueller DGB-Ratgeber zum Thema „Kurzarbeit und Weiterbildung“ hilft ihnen weiter. Der Ratgeber kann unter *www.dgb-bestellservice.de* angefordert werden. Einzelexemplare kosten ein Euro plus Versandkosten.



Internationale Arbeitsnormen

Handlungsbedarf auch hierzulande

Weltweite Mindeststandards schützen die Beschäftigten gerade in Krisenzeiten. Die Bundesregierung fordert solche verbindlichen Normen in Sonntagsreden immer wieder ein – und hinkt dennoch selbst bei deren Ratifizierung und Umsetzung hinterher. Klaus Lörcher beschreibt den Handlungsbedarf.

Wie können die Beschäftigten in der globalen Wirtschaftskrise geschützt werden? Weltweite Mindeststandards sind eine Antwort darauf. Seit 1919 verabschiedet die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) internationale Arbeitsnormen. Diese „Übereinkommen" betreffen fast alle Bereiche des Arbeits- und Soziallebens. Sie bilden eine internationale Richtschnur.

Das „Herzstück" sind die so genannten Kernarbeitsnormen. Sie beinhalten die Koalitionsfreiheit; sie schützen vor Diskriminierung, Zwangs- und Kinderarbeit. Die zugrunde liegenden acht Übereinkommen gelten als allgemeingültige weltweite Mindeststandards.

Rechtlich verbindlich sind die ILO-Übereinkommen aber nur, **wenn sie vom jeweiligen Staat auch ratifiziert worden sind.** Große Staaten wie die USA oder China haben nur sehr wenige der inzwischen knapp 190 Übereinkommen ratifiziert (14 bzw. 25). Wie sieht es in Deutschland aus? Zunächst nicht schlecht: Immerhin 82 Übereinkommen wurden ratifiziert. Der zweite Blick zeigt deutliche Defizite. Gerade in jüngerer Zeit hat die Bundesrepublik die meisten grundlegenden Übereinkommen bisher nicht anerkannt – weder das zum Kündigungsschutz noch die Übereinkommen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz oder zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Nachholbedarf ist groß.

Wichtiges Prinzip: Die ratifizierten Übereinkommen müssen in Gesetzgebung und Praxis auch eingehalten werden. **Daran hapert es hierzulande selbst bei den wichtigen Kernarbeitsnormen –** und dies schon seit vielen Jahren. Die im Übereinkommen Nr. 100 garantierte Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen ist bekanntlich bei weitem nicht erreicht. Einschränkungen des Streikrechts, nicht zuletzt bei Beamtinnen und Beamten, stehen im Widerspruch zum Übereinkommen Nr. 87. Auch das im Übereinkommen Nr. 98 vorgesehene Recht auf Kollektivverhandlungen wird ihnen vorenthalten. Die ILO hat die mangelhafte Umsetzung der Übereinkommen in Deutschland immer wieder angemahnt.

Aber auch neue Probleme tun sich auf. Stehen alle Elemente der Hartz-Gesetzgebung mit dem Verbot der Zwangsarbeit im Übereinkommen Nr. 29 im Einklang? Ein Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung verneint dies. Wie weit ist der Abbau der Sozialversicherungsleistungen mit den entsprechenden ILO-Übereinkommen vereinbar? Erste Reaktionen der ILO lassen erhebliche Zweifel daran aufkommen.

Nicht nur die ILO, sondern auch andere internationale Organisationen wie die UNO und der Europarat haben wichtige internationale Standards verabschiedet. Erfreulicherweise hat die Bundesrepublik jüngst die UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert. Allerdings steht die Anerkennung anderer Konventionen wie etwa die zum Schutz der WanderarbeitnehmerInnen noch aus. Auch die deutlich verbesserte „revidierte" Europäische Sozialcharta des Europarates hat Deutschland nach wie vor nicht ratifiziert. Gleiches gilt für das so genannte kollektive Beschwerdeprotokoll, das Gewerkschaften ein eigenständiges Beschwerderecht vor dem Europäischen Ausschuss für Soziale Rechte gibt.

Foto: privat

Klaus Lörcher, 60, war bis 2005 Justiziar des Europäischen Gewerkschaftsbundes und Leiter des Bereichs Europäisches und Internationales Recht beim ver.di-Bundesvorstand und von 2005 bis 2008 Referent am Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union.

Und wenn die Kontrollgremien die Einhaltung der ratifizierten Konventionen und Übereinkommen in Deutschland überprüfen, **kommen leider viel zu häufig erhebliche Defizite zu Tage.** Jüngstes Beispiel ist das Ergebnis der Prüfung durch den UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW). Im Februar hat er – neben einigen positiven Punkten – eine lange Liste von Besorgnissen erstellt und diese mit konkreten Empfehlungen verbunden. So fordert der CEDAW-Bericht etwa die Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), die Beseitigung der Entgeltungleichheit oder gegebenenfalls ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.

Die Botschaft geht vor allem an die Bundesregierung. Sie war in früheren Jahren aktiver. Jetzt muss sie endlich wieder dafür sorgen, dass mehr und wichtigere Übereinkommen ratifiziert werden und dass sie vor allem auch umfassend eingehalten werden.

Aber auch wir Gewerkschaften sind aufgerufen, internationale Normen ernst zu nehmen und uns für sie einzusetzen. Sei es auf politischer Ebene, sei es im Rahmen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes. Nicht nur aus Anlass des neunzigsten Jubiläums der ILO – gerade auch in der Krise sind Mindeststandards und ihre konsequente Umsetzung wichtiger denn je. •

90 Jahre ILO

Die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization ILO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UN), die 1919 gegründet wurde. Sie verfügt über eine dreigliedrige Struktur, die im UN-System einzigartig ist: Die 180 Mitgliedstaaten sind durch Repräsentanten sowohl von Regierungen als auch von ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern in den Organen der ILO vertreten.

Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die Formulierung und Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialnormen, insbesondere der Kernarbeitsnormen, die soziale Gestaltung der Globalisierung sowie die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit („decent work").

Zum 90. Jahrestag ihrer Gründung führen das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die ILO in Berlin am 23. April 2009 eine Konferenz zur „ sozialen Dimension der Globalisierung" durch, an der neben Vertretern der ILO, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen auch Vertreter der Sozialpartner, unter anderem der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, teilnehmen.

In Kürze erscheint außerdem eine DGB-Broschüre zur ILO. Ihr Thema: „Internationale Arbeitsnormen: Ihre Rolle für das deutsche und europäische Recht".

www.ilo.org

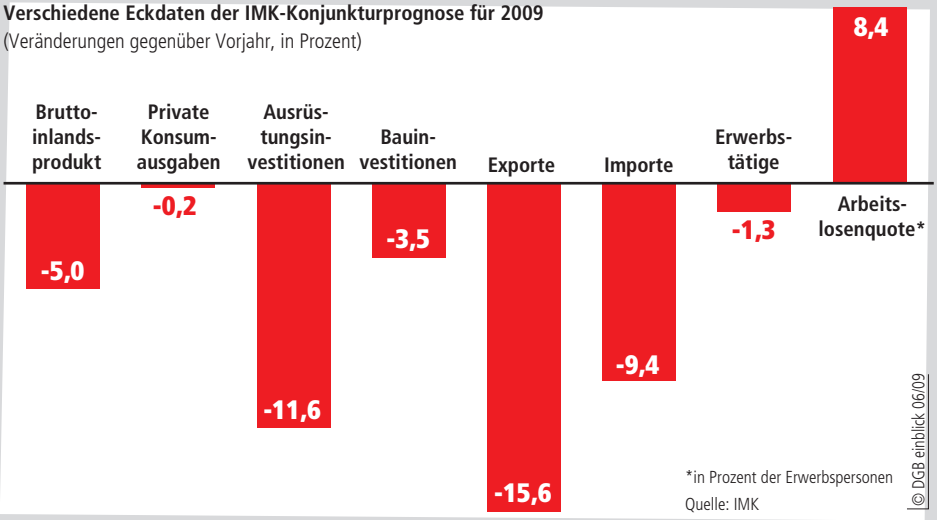
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

KRISE: Prognosen verschlechtern sich

Noch im Februar rechnete das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) bei der Hans-Böckler-Stiftung für 2009 damit, dass die deutsche Wirtschaft um 2,4 Prozent schrumpft. Jetzt hat das IMK seine Prognose aktualisiert – das Bruttoinlandsprodukt werde um ganze fünf Prozent sinken. Auch bei fast allen anderen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-Kennzahlen wird ein Minus prognostiziert – bei den Exporten sogar ein Rückgang um über 15 Prozent. Nur eines wird deutlich steigen: die Arbeitslosenquote.

Verschiedene Eckdaten der IMK-Konjunkturprognose für 2009
(Veränderungen gegenüber Vorjahr, in Prozent)



*in Prozent der Erwerbspersonen
Quelle: IMK

© DGB einblick 06/09

personalien

••• ***Ulrich Janßen,*** 53, wurde am 24. März zum neuen Vorsitzenden der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di gewählt. Er tritt die Nachfolge von ***Malte Hinz,*** 55, an, der Chefredakteur der „Westfälischen Rundschau" in Dortmund wird. Janßen ist Sportjournalist und freigestellter Betriebsratsvorsitzender der Oldenburger „Nordwest-Zeitung".

••• ***Hanna Piotter,*** 31, Diplompolitologin, ist seit März Gewerkschaftssekretärin für jugendpolitische Aufgaben beim DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt. Piotter, die zuvor unter anderem für den Deutschen Bundesjugendring und den Landesjugendring Niedersachsen tätig war, ergänzt damit die Abteilung Jugend des Bezirks, weil Bezirksjugendsekretär Frank Ahrens befristet in einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt an der Universität Hannover mitarbeitet.

••• ***Elke Hannack,*** 47, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, ist Ende März als Beisitzerin in den Landesvorstand der Berliner CDU gewählt worden.

21 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

6./7.4. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Unternehmensfinanzierung", Lohr/Main

7.4. Weltgesundheitstag

15.-17.4. Otto-Brenner-Stiftung, 10. Internationale Konferenz, Brüssel

19.-24.4. DGB-Bildungswerk, e-learning-Seminar „Gläsern im Internet? Wie man sich vor Viren, Spam und Betrug schützen kann", Hattingen

20.4. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Vorstandsvergütung in Deutschland", Köln

20.4. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Die Wirtschaftskrise als Chance?" mit DGB-Chefökonom Dierk Hirschel und Eugen Roth, DGB-Region Saar, Saarbrücken

20.-22.4. DGB und DGB-Bildungswerk, Fachtagung „5. Fachforum für Betriebsräte: Schwierige Zeiten = Betriebsratszeiten", Hamburg

21.4. DGB-Östliches Ruhrgebiet und Sozialinstitut Kommende Dortmund, Veranstaltung „LebensWert – im Mittelpunkt der Mensch", Dortmund

23.4. Girls´ Day – Mädchenzukunftstag

23.4. Internationale Arbeitsorganisation, Jubiläum „90 Jahre ILO"

23.4. Arbeit und Leben e.V., Fachtagung „Arbeitsrecht Rhein-Ruhr", Essen

23./24.4. WSI und DGB, Symposium „60 Jahre Tarifvertragsgesetz – Zukunft der Tarifautonomie", Berlin

25.-29.4. GEW, 26. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Nürnberg

27./28.4. DGB-Bildungswerk, Fachtagung „Ratschlag Bürgerfunk 2009", Hattingen

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Der nächste *einblick* erscheint am 27. April

Schlusspunkt.

„Ich zahle nicht gute Löhne, weil ich eine Menge Geld habe. Ich habe eine Menge Geld, weil ich gute Löhne zahle."

Robert Bosch (1861 – 1942), deutscher Industrieller und Gründer der „Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik" (später Robert Bosch GmbH).

Hartz IV

Keine Zulage bei Laktoseintoleranz

Die wegen der Laktoseintoleranz gebotene Vermeidung von Milchprodukten führt nicht zwangsläufig zu einer kostenaufwändigeren Ernährung. Darum kann die Krankenkostzulage nicht gewährt werden.

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 24. Oktober 2008 - L 25 B 1731/08 AS ER

Krankheit und Urlaubsanspruch

Abgeltungsanspruch bleibt bestehen

Kann der Urlaubsanspruch wegen Krankheit des Arbeitnehmers bis zum Ende des Übertragungszeitraums nicht erfüllt werden, so hat der Arbeitnehmer einen Anspruch auf Urlaubsabgeltung. Ansprüche auf Abgeltung gesetzlichen Teil- oder Vollurlaubs erlöschen nicht, wenn der Arbeitnehmer bis zum Ende des urlaubsjahres und/oder des Übertragungszeitraums erkrankt und deshalb arbeitsunfähig ist.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 24. März 2009 - 9 AZR 983/07

Gesetzliche Krankenversicherung

Künstliche Befruchtung nur unter 40

Die gesetzliche Einschränkung für den Anspruch auf Leistungen zur Herbeiführung einer Schwangerschaft („Künstliche Befruchtung"), dass die Ehefrau das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben darf, verstößt nicht gegen das Grundgesetz. Die ungleiche Behandlung von Ehefrauen vor und nach Vollendung ihres 40. Lebensjahres ist sachlich gerechtfertigt. Denn bereits bei Frauen jenseits des 30. Lebensjahres nimmt die wahrscheinlichkeit einer Befruchtung ab und jenseits des 40. Lebensjahres ist sie gering.

Bundessozialgericht, Urteil vom 3. März 2009 - B 1 A 1/08 R

1/3 unter Tarif

Ist Lohnwucher

Wird in einem Arbeitsvertrag eine Vergütung vereinbart, die mehr als 1/3 unterhalb der ortsüblichen Vergütung liegt, so ist diese Regelung sittenwidrig und damit nichtig. Der Arbeitnehmer kann dann den für ihn maßgeblichen Tariflohn verlangen.

Arbeitsgericht Wuppertal, Urteil vom 24. Juli 2008 - 7 Ca 1177/08

Cannabiskonsum

Führerschein kann entzogen werden

Einem Verkehrsteilnehmer, der täglich oder nahezu täglich Cannabis konsumiert, ist die Fahrerlaubnis wegen fehlender Fahreignung zu entziehen.

Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 26. Februar 2009 - 3 C 1.08

Arbeitslosengeld II

Abfindungen gelten als Einkommen

Wird in einem arbeitsgerichtlichen Vergleich die Zahlung einer Abfindung vereinbart, so ist diese beim Arbeitslosengeld II als Einkommen leistungsmindernd zu berücksichtigen.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war bis Juni 2003 beschäftigt. Seither ist er arbeitslos. Im Kündigungsschutzprozess gegen seinen früheren Arbeitgeber schloss er mit diesem vor dem Arbeitsgericht im April 2005 einen Vergleich. Darin verpflichtete sich der Arbeitgeber, eine Abfindung von 6.500 Euro für den Verlust des Arbeitsplatzes zu zahlen. Erst nach Einleitung der Zwangsvollstreckung kam der Arbeitgeber Ende 2006 seiner Zahlungspflicht nach. Daraufhin forderte der Grundsicherungsträger die Rückzahlung von bereits erbrachten Leistungen. Die dagegen gerichtete Klage blieb ohne Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Der Gesetzgeber hat bewusst darauf verzichtet, Abfindungszahlungen bei der Ermittlung des Bedarfs von der Anrechnung als Einkommen auszunehmen. Abfindungszahlungen fallen auch nicht unter die „zweckbestimmten Leistungen", die per Gesetz berücksichtigungsfrei sind. An einem besonderen Verwendungszweck fehlt es bei Abfindungen. Der Arbeitgeber zahlt die Abfindung, weil der Arbeitnehmer seinen Arbeitsplatz verloren hat und sich der Arbeitgeber zur Abfindungszahlung verpflichtet hat. Dem Arbeitgeber ist es aber gleichgültig, wie der Empfänger die Zahlung verwendet.

Bundessozialgericht, Urteil vom 3. März 2009 - B 4 AS 47/08 R

Aussicht auf Arbeitsvertrag

Keine Zurückstellung im Zivildienst

Die Chance, nach einem befristeten Arbeitsvertrag einen unbefristeten zu erhalten, rechtfertigt es nicht, einen Zivildienstpflichtigen trotz der bevorstehenden Vollendung des 25. Lebensjahres vom Zivildienst zurückzustellen.

Der Fall: Der Antragsteller wird im Frühjahr 2009 25 Jahre alt. Nach seiner dreijährigen Berufsausbildung schloss das Ausbildungsunternehmen mit ihm einen Einjahresvertrag ab, der Ende Juni 2009 ausläuft. Im Januar 2009 berief ihn das Bundesamt für den Zivildienst zum 2. März 2009 zum Zivildienst ein.

Der Mann wandte ein, dass er einen Anspruch auf Zurückstellung habe. Wenn er bereits vier Monate vor Beendigung seines befristeten Vertrages den Zivildienst antreten müsse, verliere er die Chance, im Anschluss an das befristete Arbeitsverhältnis einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu erhalten. Sein Begehren, die sofortige Vollziehung des Einberufungsbescheides auszusetzen, hatte keinen Erfolg.

Das Verwaltungsgericht: Eine Zurückstellung über die Altersgrenze des 25. Geburtstages hinaus, bis zu der eine Heranziehung zum Zivildienst möglich ist, setzt eine unzumutbare Härte voraus. Die ist bei dem vom Antragsteller befürchteten Verlust der Chance, sein befristetes Arbeitsverhältnis in ein unbefristetes umzuwandeln, nicht gegeben. Es ist insbesondere nicht zu erwarten, dass der Antragsteller unter Berücksichtigung seiner Berufsausbildung und seiner einjährigen Berufserfahrung nicht die Möglichkeit hätte, nach dem Zivildienst eine seiner Ausbildung entsprechende Stelle zu finden, sei es bei seinem bisherigen Arbeitgeber, sei es bei einem anderen.

Verwaltungsgericht Mainz, Beschluss vom 18. März 2009 - 6 L 109/09.MZ

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 27.04.2009 7/09

DGB

inhalt

Seite 3
Recht auf Bildung
Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne spricht im einblick-Interview über die Themen des GEW-Gewerkschaftstags

Seite 5
Modellhaft
Mit dem Projekt „BinZ.he" wollen Gewerkschaften und Arbeitgeber Kurzarbeit und Qualifizierung auch in der Leiharbeit einsetzen, um Jobs zu schützen

Seite 7
Politik muss handeln
Reinhard Bispinck und Thorsten Schulten zur Zukunft des Flächentarifvertrags

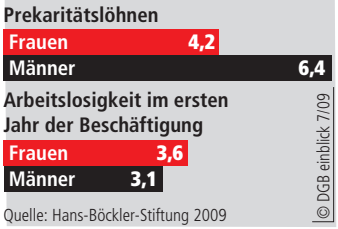
Leiharbeit

„Christliche" nicht tariffähig

Anfang April stellte das Berliner Arbeitsgericht fest: Die „Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen" (CGZP) – ein Zusammenschluss von vier Gewerkschaften des Christlichen Gewerkschaftsbunds (CGB) – ist nicht tariffähig. Im Herbst 2008 hatten der Berliner Senat und ver.di gemeinsam eine entsprechende „Feststellungsklage" gestartet. Der CGZP fehle die „Sozialmächtigkeit im Sinne der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts", heißt es im Urteil. Das Gericht konnte also nicht feststellen, dass die CGZP über die notwendige Durchsetzungskraft gegenüber der Arbeitgeberseite verfügt. Dass die CGZP Tarifverträge abgeschlossen habe, sei dafür noch kein Indiz – denn die Arbeitgeberseite selbst habe in der Zeitarbeitsbranche ein deutliches Interesse an einem Tarifabschluss, da das die einzige Möglichkeit ist, das im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) vorgesehene „Equal-Pay-Gebot" zu umgehen.

Immer im Nachteil

So viel Mal höher als bei unbefristeten Vollzeitbeschäftigten ist für LeiharbeiterInnen das Risiko von…



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2009

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki sieht mit dieser Entscheidung eine „langjährige Position der DGB-Gewerkschaften" bestätigt: Die CGZP habe jahrelang Gefälligkeitstarifverträge für die Arbeitgeber abgeschlossen – und damit Tarife der DGB-Gewerkschaften immer wieder unterlaufen.

CGB und CGZP haben angekündigt, in Berufung zu gehen – damit ist das Urteil noch nicht rechtskräftig. Trotzdem ist die Entscheidung der Berliner Richter ein großer Erfolg. Denn vor allem in Richtung CDU/CSU ist es in der Mindestlohndebatte ein „Weckruf": Bisher hatte die Union Mindestlöhne in der Leiharbeit mit dem Argument boykottiert, sie wolle die angebliche Tarifhoheit und -autonomie der „christlichen" CGZP nicht untergraben. Und auch an die Arbeitgeberseite ist es ein deutliches Signal und wird den Abschluss weiterer Dumping-Tarife deutlich erschweren: Schließlich kann jeder mit der CGZP abgeschlossene Tarifvertrag ein potenziell nichtiger Tarifvertrag sein, sobald das Urteil rechtskräftig wird.

Wenn LeiharbeiterInnen aufgrund nichtiger Tarifverträge jahrelang zu wenig Geld erhalten haben, würden zunächst die Verleihunternehmen für nicht gezahlte Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuern haften. Wenn die Verleihunternehmen das nicht zahlen können, haften die Entleihbetriebe: Auch sie sollten also ein Interesse an klaren Tarifverhältnissen in der Leiharbeit haben. Die Sozialversicherungsträger könnten die ihnen entgangenen Beiträge, die bei Lohnnachzahlungen fällig würden, auch auf eigene Initiative einfordern. Es bleibt abzuwarten, ob sie diese Courage zeigen und bereits vor einer rechtskräftigen Entscheidung zumindest Ermittlungen aufnehmen. •

Die Zahlen sprechen für sich: häufiger prekäre Löhne – schneller arbeitslos. Dass Leiharbeit eine prekäre Form der Beschäftigung ist, kann niemand ernsthaft leugnen. Und auch in der Krise sind es in der Regel die LeiharbeiterInnen, die als erste ihren Job verlieren (siehe Seite 5).

plusminusBERLIN

+ ***Verbraucher-Expertin Nicole Maisch (Grüne) kritisiert: Wem Lehman-Brother-Zertifikate untergeschoben wurden und wer sich bei der isländischen Kaupthing-Bank auf eine Einlagensicherung verlassen habe, sei immer noch nicht entschädigt worden. „Hier muss die Bundesregierung handeln."***

– ***Das Verteidigungsministerium von Franz Josef Jung (CDU) kauft aus den Mitteln der Konjunkturpakete unter anderem 1000 Maschinenpistolen sowie Nachtsichttechnik für die Tornado-Kampfflugzeuge. Über eine halbe Milliarde Euro aus den Konjunkturpaketen wurde an die einzelnen Ministerien verteilt.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://alba-blog.de/
ver.di-„Watchblog" zu den Arbeitsbedingungen beim Müllunternehmen Alba

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DGB: Neuregelungen zum Insolvenzschutz von Arbeitszeitkonten

Gesundheitsschutz

Immer öfter krank durch Stress

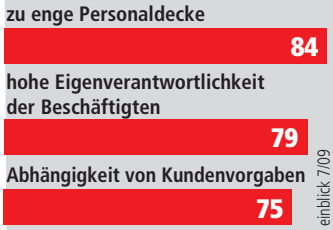
In vier von fünf deutschen Betrieben stehen die Beschäftigten ständig unter hohem Zeit- und Leistungsdruck – und ebenfalls in vier von fünf Betrieben hat die psychische Belastung der MitarbeiterInnen in den vergangenen drei Jahren zugenommen. Das zeigen erste Ergebnisse der aktuellen Betriebsrätebefragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Verantwortlich für diese Entwicklung ist vor allem fehlendes Personal – aber auch neue Formen der Arbeitsorganisation (siehe Grafik): „Flache Hierarchien" galten in den vergangenen Jahren häufig als Zaubermittel für flexiblere, eigenverantwortlichere und damit motiviertere Beschäftigte – aber das Gegenteil ist der Fall. „Für die Beschäftigten ist es ein zweischneidiges Schwert", meint die WSI-Gesundheitsexpertin Elke Ahlers. „Die neuen Freiheiten bezahlen viele mit Arbeitsverdichtung und Leistungsdruck." Die Wirtschaftskrise dürfte das Problem der arbeitsbedingten psychischen Belastungen noch weiter verschärfen, prognostiziert Ahlers.

Psychische Belastung ist zwar noch nicht gleich psychische Erkrankung – dennoch zeigen Zahlen der Krankenkassen auffällige Parallelen zu den Zahlen der WSI-Befragung: Erstmals seit Jahren sind Fehlzeiten am Arbeitsplatz und der Krankenstand in Deutschland 2008 wieder gestiegen. Und fast alle Krankenkassen sind sich in ihren Fehlzeitenberichten einig: Der Grund ist die deutliche Zunahme psychischer Erkrankungen. Die Techniker Krankenkasse etwa meldet, dass jeder ihrer Versicherten im vergangenen Jahr im Schnitt fast zwei Tage wegen psychischer Erkrankungen am Arbeitsplatz fehlte. Und das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) erklärt in einem aktuellen Bericht: „Während andere Erkrankungsarten in den letzten zehn Jahren stetig abgenommen haben, sind die Fehlzeiten aufgrund psychischer Erkrankungen seit 1995 um 80 Prozent gestiegen." •

Stress im Job

Am häufigsten genannte Auslöser für Arbeitsstress laut WSI-Betriebsrätebefragung* (in Prozent)



*Repräsentativ für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten

Quelle: WSI

© DGB einblick 7/09

Arbeitsstress lässt sich nicht singulär erklären: Zu wenig Personal in den Unternehmen belastet die Beschäftigten ebenso, wie neue Formen der Arbeitsorganisation und Druck von Kunden und Auftraggebern.

Arbeitsmarkt

Gute Arbeit für Alleinerziehende

Das Bundesarbeitsministerium startet einen „Ideenwettbewerb" für Projekte, die alleinerziehende Hartz-IV-EmpfängerInnen wieder ins Berufsleben integrieren. Dafür stehen insgesamt 60 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung, mit denen rund 60 lokale und regionale Projekte gefördert werden können.

Konkret geht es um Projekte, die von den so genannten Grundsicherungsstellen (also ARGEn oder Optionskommunen) angeboten werden oder an denen sich die Grundsicherungsstellen beteiligen. Interessierte Stellen und Organisationen können bis zum 8. Mai ihr Interesse an einer Teilnahme am Wettbewerb beim Arbeitsministerium bekunden – bis Ende Juni erfolgt dann die Auswahl der Förderprojekte.

Ob der Ideenwettbewerb Erfolg hat, bleibt abzuwarten. Notwendig ist eine bessere berufliche Integration von Alleinerziehenden in jedem Fall. Ende 2008 hatte eine Untersuchung des DGB gezeigt: 43 Prozent aller Alleinerziehenden-Haushalte sind auf Hartz IV angewiesen. •

Link zum Ideenwettbewerb: www.einblick.dgb.de/links

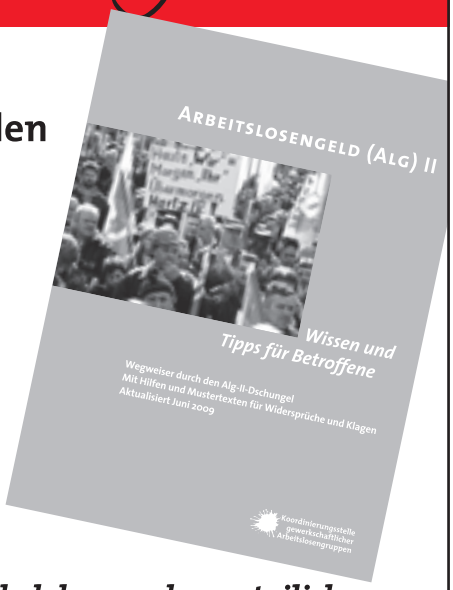
Finanzarchitektur

Reförmchen statt Reform

Monatelang hat eine Expertengruppe unter dem ehemaligen Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF), Jacques de Larosière, über Vorschläge zur Reform der EU-Finanzarchitektur gebrütet. Doch was die Gruppe Anfang April der Öffentlichkeit vorstellte, ist leider kein großer Wurf. Höchstens sei es ein „Reförmchen", so die *Financial Times Deutschland*, mit dem Larosière nur zaghafte Trippelschritte auf dem Weg hin zu einer einheitlichen Finanzaufsicht in der EU setzt.

Aus Rücksicht vor den Befindlichkeiten der Mitgliedstaaten soll die Dominanz der nationalen Strukturen erhalten bleiben. Die Kontrolle grenzüberschreitender Banken, Versicherungen und Wertpapierfirmen soll weiterhin national organisiert sein. Die nationalen Aufsichtsbehörden werden lediglich aufgefordert, in einem europäischen System der Aufsichtsbehörden den Informations- und Erfahrungsaustausch zu organisieren. „Die Vorschläge werden den gegenwärtigen Anforderungen nicht gerecht und können daher das Gefahrenpotenzial der Finanzmärkte nicht bändigen", urteilt der Bereich Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. •

NEU
Ratgeber
ZUM ARBEITSLOSENGELD II
Juni 2009
Jetzt bestellen
DIN A5
128 Seiten
5 €/Stück
+ Versand



→ verständlich, lebensnah, parteilich
→ Tipps, die bares Geld wert sein können
→ Hilfen und Muster für Widerprüche

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen
Märkisches Ufer 28 · 10179 Berlin · Telefon 030/86 87 67 0-0
Fax 030/86 87 67 0-21 · info@erwerbslos.de · www.erwerbslos.de

GEW-Gewerkschaftstag

Recht auf Bildung

„Bildung ist MehrWert!" ist das Motto des GEW-Gewerkschaftstages vom 25. bis 29. April in Nürnberg. Im einblick-Interview beschreibt der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne die Schwerpunkte des Kongresses und den Stellenwert von Bildung in der Wirtschaftskrise.

■ Was sind die Themen des Gewerkschaftstages?

■ *Erstens: Das Recht auf gute Bildung für alle Menschen verwirklichen. Zweitens: Gute Bildung braucht gute Arbeitsbedingungen und eine solide Finanzierung. Drittens: Dafür wollen wir uns stark machen und noch besser aufstellen.*

■ Das Thema Bildung hat seit Jahren Hochkonjunktur. Und als Krönung im letzten Jahr – Merkels Bildungsgipfel. Hat sich auch real etwas verändert?

■ *Ja. Die Debatten haben eine neue Qualität und Ernsthaftigkeit. Immer mehr Menschen sagen: Studien, die den Änderungsbedarf bestätigen, reichen nicht. Wir wollen auch tatsächliche Veränderungen. Das ist allerdings noch nicht wirklich in der Politik angekommen. Zwischen Sonntagsreden über den hohen Stellenwert der Bildung und Realpolitik klafft immer noch eine große Lücke. Zudem wirkt sich die Wirtschaftskrise auch auf den Bildungsbereich aus.*

■ Welche Auswirkungen hat die Krise auf den Bildungsbereich?

■ *Wir brauchen mehr gut qualifizierte Pädagogen und Wissenschaftler: in den Kitas, Schulen und Hochschulen. Das kostet Geld. Aber wo soll das herkommen? Wir müssen wieder stärker die Frage der Umverteilung stellen. Die öffentlichen Haushalte sind stark belastet, weil sie enorme Mittel aufbringen müssen, um die Finanzmärkte zu sichern. Dafür werden über kurz oder lang Mittel für die notwendigen Investitionen im Bildungsbereich gestrichen. In einer solchen Situation will die Bundesregierung jetzt auch noch die Schuldenbremse beschließen. Setzt sich diese Politik fort, wird der Bildungsbereich auf längere Sicht schlechte Karten haben.*

■ Wie will die GEW gegensteuern?

■ *Die Konsequenz muss sein: Gemeinsam sind wir stark. Darin sind wir uns im DGB einig. Mit dem Thema Bildung beschäftigt sich nicht nur die GEW. Die Bildung unserer Kinder und der nachwachsenden Generation betrifft alle Arbeitnehmer. Im vergangenen Jahr sind wir mit den zehn Thesen, die wir als Gewerkschaften gemeinsam zum Bildungsgipfel formuliert haben, einen großen Schritt vorangekommen. Wir haben ein gemeinsames Programm – und dieses Programm ist sehr gut.*

Ulrich Thöne, 57, ist seit 2005 Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). In Nürnberg kandidiert er erneut für den Vorsitz. Auch die anderen Vorstandsmitglieder stellen sich wieder zur Wahl. 432 Delegierte entscheiden in Nürnberg über Grundsatzfragen der GEW-Politik. Dabei wird es u.a. um die Forderung gehen, das Recht auf Bildung im Grundgesetz zu verankern.

■ Provokant könnte man behaupten: Der Bildungsbereich gehört auch zu den „Krisengewinnlern". Immerhin sieht das Konjunkturpaket II neue Investitionen vor.

■ *Dabei geht es um Investitionen zur Sanierung und Modernisierung von Gebäuden, etwa maroder Schulen, die dem Bildungsbereich zugerechnet werden, aber weit hinter dem zurückbleiben, was notwendig wäre. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat errechnet, dass allein für die Sanierung der Schulen bis 2020 73 Milliarden Euro erforderlich sind. In den nächsten beiden Jahren sollen aber nur sieben Milliarden Euro in diesen Bereich fließen. Ich will das nicht schlecht reden, aber es ist zu wenig. Im Kern werden nur Altlasten angegangen. Der große Sanierungsbedarf resultiert aus den Versäumnissen der Vergangenheit. Davon zu reden, dass diese Maßnahmen Investitionen in Bildung sind, macht sich zwar im Wahlkampf gut, aber echte Investitionen in den Bildungsbereich sehen anders aus.*

■ Aber der Bereich Weiterbildung müsste durchaus einen neuen Schub bekommen, etwa durch die Förderung von Qualifizierung während der Kurzarbeit.

■ *Ja, auch das ist eine wichtige Maßnahme, die ich nicht missachten will. Aber bei der Weiterbildung müsste man weiterdenken. Wir müssen nach dem künftigen gesellschaftlichen Bedarf fragen. Für welche Aufgaben sollen die Kurzarbeitenden weitergebildet werden? Wenn es beispielsweise stimmt, dass wir auf dem Automobilmarkt Überkapazitäten haben, würde es sinnvoll sein, die Weiterbildung auch im Sinne einer Weiterentwicklung, einer Umstrukturierung der Industrie, zu nutzen, als eine Weiterbildung für neue Qualifikationsanforderungen. Die Frage ist: Was wollen wir mit dem Geld, das wir jetzt ausgeben, erreichen?*

■ Eine solche Zukunftsdebatte findet zurzeit aber nicht statt.

■ *Da sehe ich keinen Ansatz im Augenblick. Die Gewerkschaften gehören zu den wenigen Organisationen, in denen diese Diskussion geführt wird. Ich sehe kaum Bereitschaft, über einen demokratischen Umbau der Wirtschaft nachzudenken. Dabei wäre es dringend erforderlich, beispielsweise die starke Orientierung der Wirtschaft auf den Export oder die Konzentration auf den Ausbau des Niedriglohnsektors zu korrigieren.*

■ In Sachen Mitgliederentwicklung ist die GEW Klassenprimus unter den DGB-Gewerkschaften und hat die Trendwende erreicht. Was ist euer Erfolgsgeheimnis?

■ *Ja, wir sind im Plusbereich. Aber ich bin nicht so vermessen, zu behaupten, dass die positive Mitgliederentwicklung allein das Verdienst unserer Organisation ist. Alle Gewerkschaften haben den Abwärtstrend gebremst. Wir werden wieder mehr akzeptiert. Das Gerede mancher Arbeitgeberfunktionäre, dass Gewerkschaften sich überholt hätten, hat sich als Unsinn entpuppt. Gerade in der Krise zeigt sich, wie notwendig Gewerkschaften sind. Wir sind der Faktor, die Kraft der Schwachen in dieser Gesellschaft, durch die sie Stärke zeigen können. Dieses veränderte Klima spüren alle Gewerkschaften. Unser Vorteil ist sicher, dass wir bei der Mitgliederentwicklung nie ganz unten im Keller waren. Für uns ist es etwas leichter, den Abwärtstrend umzukehren. Zudem haben Mitgliederwerbung, -bindung und -aktivierung bei uns schon seit Längerem Priorität. Wir haben uns in diesem Bereich – ebenso wie andere Gewerkschaften – stark engagiert. Jetzt ernten wir die Früchte unserer Arbeit.*

■ Du kandidierst wieder für den Vorsitz. Was steht ganz oben auf deiner persönlichen Agenda?

■ *Welche Schwerpunkte die GEW in den nächsten Jahren setzen wird, entscheidet der Gewerkschaftstag. Dem will ich nicht vorgreifen. Aber natürlich habe ich Wünsche. Erstens: Wir müssen unsere Teamfähigkeit verbessern und das Team GEW stärken. Zweitens: Ich hoffe, dass es uns gelingt, mit einem groß angelegten bundesweiten Aktionstag den hohen Stellenwert von Bildung zu zeigen und die Diskussion vor allem um die Finanzierung von Bildung voranzutreiben. Hier wollen wir endlich Taten sehen, statt immer nur Worte zu hören. Drittens wünsche ich mir ein neues Bündnis aus Wissenschaft, Politik und Gewerkschaft mit dem Ziel, ein gemeinsames Konzept für eine Bildungsreform zu entwickeln.* ●

Langfassung des Interviews:
www.einblick.dgb.de

PROJEKTE UND PARTNER

Kurzarbeit

Weiterbildung nutzen

Im Rahmen der beiden Konjunkturprogramme der Bundesregierung wurden auch die Regelungen zur Kurzarbeit und zum Kurzarbeitergeld verbessert. Besonders die Möglichkeit, Beschäftigte während der Kurzarbeit weiterzuqualifizieren, ist für viele Betriebe attraktiv: Kurzarbeit sichert Arbeitsplätze in der Krise – Weiterbildung qualifiziert für die Zukunft. Doch was bedeutet das für die betroffenen ArbeitnehmerInnen in der Praxis? Was müssen Betriebsräte beachten und wie kann Weiterbildung während der Kurzarbeit umgesetzt werden? Diese und viele weitere Fragen erläutert ein aktueller Ratgeber des DGB. Unter dem Titel „Kurzarbeit und Weiterbildung – Tipps für die betriebliche Praxis" werden alle relevanten Fragen aufgegriffen und die praktische Anwendung der neuen Regelungen beschrieben. Der Ratgeber kann für 3,35 Euro (Preis für ein Einzelexemplar inklusive Porto und Verpackung) bestellt werden. •

www.dgb-bestellservice.de

Neuer Ratgeber des DGB: wichtige Infos zur Kurzarbeit

Otto-Brenner-Preis

Kritischen Journalismus fördern

Im November prämiert die Otto-Brenner-Stiftung zum fünften Mal hochkarätige journalistische Beiträge mit dem Otto-Brenner-Preis – Bewerbungen und Nominierungen können ab sofort eingereicht werden. Auch 2009 steht der Otto-Brenner-Preis unter dem Motto „Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten". Ziel des Wettbewerbs ist es, gesellschaftlich relevante – aber im Medien-Mainstream vernachlässigte – Themen stärker ins Blickfeld zu rücken. Insgesamt vergibt die Stiftung Preise und Recherchestipendien in Höhe von 45 000 Euro. Mitglieder der prominent besetzten Jury sind unter anderem der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber sowie die Journalisten Sonia Mikich (WDR, *Monitor*) und Heribert Prantl (*Süddeutsche Zeitung*). Bewerbungsschluss ist der 14. August. •

www.otto-brenner-preis.de

DGB / HBS

Zum Leben nicht genug

Unfreiwillige Teilzeitarbeit und Minijobs sind Beschäftigungsformen, die in Deutschland deutlich zunehmen. Ein Grund: Das Angebot an Existenz sichernden Vollzeitstellen sinkt kontinuierlich. Dabei handelt es sich nicht mehr nur um ein Randphänomen, sondern um ein strukturelles Problem. Eine Veranstaltung des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung setzt sich am 27. Mai in Berlin mit diesem Themenkomplex auseinander. Unter dem Motto „Einfach nicht genug zum Leben – unfreiwillige Teilzeitarbeit und Minijobs!" diskutieren ExpertInnen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und der betrieblichen Praxis mögliche Gegenmaßnahmen und Perspektiven. Im Fokus stehen die geschlechterspezifische Dimension der Entwicklung, regionale Unterschiede und bisherige Erfahrungen von Betriebs- und Personalräten. •

Programm: www.einblick.dgb.de/hintergrund
Anmeldungen: Christiane-Borsch@boeckler.de

Auto Club Europa

Effizient zur Arbeit

Über 82 Prozent aller Beschäftigten fahren mit dem Auto zur Arbeit. Dabei gibt es in vielen Fällen Energie schonendere, umweltverträglichere und günstigere Alternativen – für ArbeitnehmerInnen, Arbeitgeber und die Kommunen. Zusammen mit dem Bundesverkehrsministerium startet der ACE Auto Club Europa nun die Initiative „effizient mobil – Das Aktionsprogramm für Mobilitätsmanagement". Ziel ist es, Beschäftigte und BürgerInnen für einen Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel, Fahrräder oder Fahrgemeinschaften zu motivieren. So könnten zehn bis 20 Prozent aller Autofahrten vermieden werden, bei denen nur eine Person im Fahrzeug sitzt, schätzen die Initiatoren. Als lokale Träger der Aktionsmaßnahmen stehen vor allem Unternehmen und Kommunen im Fokus des Programms. Außerdem prämiert „effizient mobil" Maßnahmen zum Mobilitätsmanagement von Betrieben und Kommunen, die bereits umgesetzt sind oder gerade realisiert werden. •

www.effizient-mobil.de

interregio

••• Der ***DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt*** fordert vom Land Niedersachsen, ein ***langfristiges Energiekonzept*** und eine Strategie für den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie zu entwickeln. Vor dem Hintergrund der Ereignisse im Forschungslager für Atomabfälle Asse II und der ungeklärten Frage der Endlagerung von radioaktiven Abfällen sei ein geregelter Atomausstieg unumgänglich, meint der Ausschuss für Umweltfragen (AfU) des DGB-Bezirks. Der AfU hat ein 16 Punkte umfassendes Positionspapier mit Anforderungen an die (End-)Lagerung von „Atommüll" veröffentlicht. Mit gleich drei Standorten – Asse II, Schacht Konrad und Gorleben – wird in keinem anderen Bundesland so viel Atommüll gelagert wie in Niedersachsen. *Link zum Positionspapier: www.einblick.dgb.de/links*

••• Der ***DGB NRW*** hat in Kooperation mit dem Landesarbeitsministerium und der Technologie-Beratungsstelle (TBS) beim DGB NRW die ***„Hotline Zeitarbeit in NRW"*** geschaltet. Die MitarbeiterInnen am Service-Telefon helfen den LeiharbeitnehmerInnen mit erstem Rat weiter, die weitergehende Beratung übernehmen die zuständigen Gewerkschaften vor Ort. Gemeldete Verstöße einzelner Firmen werden an zentraler Stelle ausgewertet, um „schwarze Schafe" in der Zeitarbeitsbranche lokalisieren zu können.
Erreichbar ist der neue Telefon-Service dienstags und donnerstags von 14 bis 18 Uhr sowie mittwochs von 16 bis 20 Uhr. Hotline: 0180 3 100 218 (9 Cent/Minute aus dem Festnetz). *www.zeitarbeit.nrw.de*

••• Der ***DGB Sachsen*** informiert mit einem ***Flyer*** und mit einer ***Internet-Themenseite*** die BürgerInnen im Freistaat über alles Wissenswerte ***zur Europawahl*** – von Porträts der sächsischen KandidatInnen fürs EU-Parlament über wichtige Termine im Vorfeld der Wahl bis zu den Positionen der Gewerkschaften. Auch interaktiv können sich die User an der Site beteiligen und ein Statement abgeben zum Thema: „Ich gehe wählen, weil…"

www.wahlen2009.dgb-sachsen.de

Kurzarbeit und Qualifizierung in der Leiharbeit

Projekt mit Modellcharakter

Mit dem Projekt „Bildung in Zeitarbeit Hessen" (BinZ.he) machen sich DGB, IG Metall und Zeitarbeitgeberverbände dafür stark, mit Kurzarbeit und Weiterbildung Arbeitsplätze von LeiharbeitnehmerInnen zu sichern.

Die Krise legt einmal mehr die Mechanismen der Leiharbeitsbranche frei. In der Industrie brechen die Aufträge ein, die Unternehmen schicken die LeiharbeitnehmerInnen zurück zu ihren Verleihfirmen, und die entlassen sie in die Arbeitslosigkeit. Dass es auch anders geht, soll die Initiative „Bildung in Zeitarbeit Hessen" beweisen.

Der IG Metall-Bezirk Frankfurt und der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen wollen gemeinsam mit den Zeitarbeitsverbänden iGZ (Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen) und dem BZA (Bundesverband Zeitarbeit) dafür sorgen, dass Kurzarbeit und Weiterbildung auch in der Leiharbeitsbranche eingesetzt werden. Ihr gemeinsames Ziel ist es, Arbeitsplätze in der Krise zu schützen und Know-how für die Zukunft zu sichern.

Das Projekt startet am 1. Mai, wird von der Bundesagentur für Arbeit (BA) unterstützt und läuft bis zum 31. Dezember 2010 in Hessen. Weitere Länder sollen einbezogen werden. BinZ.he funktioniert so: Die Zeitarbeitsunternehmen ermitteln den Bildungsbedarf ihrer MitarbeiterInnen und melden ihn der Regiestelle – dem Herzstück von BinZ.he. Diese sondiert die Angebote der Bildungsträger und stellt Seminare und Workshops zusammen, in denen sich die ArbeitnehmerInnen während der Kurzarbeit qualifizieren können. Die teilnehmenden Firmen erhalten außerdem die notwendigen Informationen zur Aufstockung des Kurzarbeitergeldes. Ein Beirat, besetzt mit VertreterInnen der Gewerkschaften und Verbände, begleitet die Arbeit der Regiestelle.

Alle Beteiligten sehen BinZ.he als Projekt mit Modellcharakter. IG Metall-Bezirksleiter Armin Schild erwartet, dass die Zeitarbeitsunternehmen es ernst meinen mit ihrem Engagement: „Jetzt wird sich zeigen, was aus der Zeitarbeit wird. Entweder Billigkonkurrenz oder faire Zeitarbeit." Nach den lukrativen Boomjahren, in denen die Firmen viel Geld verdient haben, müssten die Arbeitgeber nun Verantwortung übernehmen, fordert Schild.

Die Ankündigungen der Arbeitgeberverbände lassen hoffen. Georg Sommer, stellvertretender iGZ-Vorsitzender, bekräftigt: „Jetzt gilt es, das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit zu verjagen." Ziel sei es, mit zusätzlicher Qualifizierung den MitarbeiterInnen bessere Perspektiven für eine fundierte berufliche Zukunft zu bieten, betonte Sommer. Dass der Bedarf da ist, bestätigt der Hauptgeschäftsführer der BZA, Ludger Hinsen: „Auch in Zeiten der Krise können viele unserer Mitgliedsfirmen Aufträge nicht realisieren, weil ihnen Mitarbeiter mit der richtigen Qualifikation fehlen." •

?...nachgefragt

Stefan Körzell, Vorsitzender des DGB Bezirks Hessen-Thüringen, erklärt im *einblick*, um was es den Gewerkschaften bei BinZ.he geht und was er von den Arbeitgebern der Leiharbeitsbranche erwartet.

„LeiharbeitnehmerInnen trifft die Krise unmittelbar – sie sind beim Einbruch der Konjunktur als Erste auf die Straße gesetzt worden. Gerade in der Krise muss der DGB als Dachverband allen ArbeitnehmerInnen mit konkreten Maßnahmen zum Schutz von Arbeitsplätzen zur Seite stehen. Da sind wir uns in unserem Bezirk einig – und haben dies im Dezember in unserer „Frankfurter Erklärung" deutlich gemacht.
Mit BinZ.he wollen wir gemeinsam mit dem IG Metall-Bezirk Frankfurt, den Zeitarbeit-Arbeitgeberverbänden iGZ und BZA und der Bundesagentur für Arbeit (BA) konsequent gegen die negativen Folgen der Krise vorgehen. Für die Gewerkschaften stand von Anfang an fest: Auch in der Leiharbeit muss das Prinzip „Qualifizieren statt Entlassen" gelten. LeiharbeitnehmerInnen sollen Kurzarbeit in ihren Entleihunternehmen zur Weiterbildung und Qualifizierung nutzen können. BinZ.he bietet dazu passgenaue Beratung und Koordination.
Gerade im konjunkturellen Abschwung müssen Akzente für die Zukunft gesetzt werden – Weiterbildung ist dafür unerlässlich. Darüber sind sich auch die Arbeitgeber der Leiharbeitsbranche im Klaren. Sie haben nun die Chance, das „Schmuddelimage" ihrer Branche zu verbessern. Gerade jetzt können sie zeigen, dass sie sich als seriöse Arbeitgeber für ihre MitarbeiterInnen, für krisensichere Jobs und für bessere Qualifizierung einsetzen. Ich bin der festen Überzeugung, dass BinZ.he dazu beitragen kann, Arbeitsplätze zu sichern, und dass dieses Pilotprojekt dann auch bundesweit Nachahmer findet."

Jobs sichern – Kurzarbeit nutzen

Nach Angaben der Zeitarbeitsverbände sind seit Sommer letzten Jahres 270 000 Arbeitsplätze in der Leiharbeitsbranche abgebaut worden. Bundesweit ist damit die Zahl der LeiharbeiterInnen in diesem Zeitraum um fast ein Drittel zurückgegangen.

Eine Möglichkeit, den massiven Arbeitsplatzabbau zu bremsen, ist Kurzarbeit. Denn mit dem Konjunkturpaket II kann jetzt auch in der Leiharbeitsbranche Kurzarbeit angemeldet werden. Bei Kurzarbeit trägt die Bundesagentur für Arbeit 50 Prozent der Sozialabgaben des Arbeitgebers.

Besonders attraktiv wird Kurzarbeit für die Unternehmen wie auch für die Beschäftigten dann, wenn das Unternehmen während der Kurzarbeit Weiterbildung anbietet. Dann können auf Antrag die gesamten Abgaben erstattet werden. Nachgewiesen werden muss ein Arbeitsausfall von zehn Prozent.

Im Internet

www.einsatz-fuer-arbeit.de
Allgemeine Infos zur Kurzarbeit

www.hessen.dgb.de
Infos zu BinZ.he

kurz&bündig

TRANSNET

Der von TRANSNET mit initiierte Verein „mobifair" vergibt ab sofort „Sozialzertifikate" an Verkehrsunternehmen. Zertifizierte Unternehmen müssen Lohn- und Sozialstandards einhalten. Die ersten ausgezeichneten Unternehmen sind „Regionalverkehr Köln" (RKV) und dessen Tochterunternehmen Regio-Bus-Rheinland (RBR).

ver.di

ver.di fordert angesichts der aktuellen Krise eine Verlängerung der Altersteilzeitförderung, bei der die durch Altersteilzeit frei werdenden Stellen durch Auszubildende neu besetzt werden. Die Regelung läuft zum Jahresende aus, man brauche aber in der derzeitigen Stuation eine „krisenfeste Organisation von Ausbildungsplätzen", erklärte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

IG M

In ihrem Mitte April veröffentlichten „Frankfurter Appell" wirbt die IG Metall für eine „neue Idee für das Zusammenwirken von Politik und Ökonomie" sowie „für das Zusammenleben der Menschen". Der Appell kann online unterzeichnet werden.
www.igmetall.de

IG BAU Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Die IG BAU begrüßt das Verbot des Anbaus und des Verkaufs der Genmais-Sorte MON 810 durch Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner. Die Entscheidung sei konsequent und richtig, da der Verdacht, Genmais schädige Natur und Umwelt, nicht ausgeräumt sei. Daher müssten auch Menschen davor geschützt werden.

DGB

Fragen an den Kongress

Endspurt für die Vorbereitungen zum Kapitalismuskongress des DGB am 14. und 15. Mai in Berlin: Das Programm steht. Internationale Gäste werden gemeinsam mit den 500 TeilnehmerInnen im Plenum und in zehn Themenforen Handlungsoptionen für faires Wirtschaften sowie Alternativen zum Casinokapitalismus diskutieren und entwickeln – getreu dem Motto des Kongresses „Umdenken – Gegenlenken".

Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, werden voraussichtlich nicht alle Interessierten teilnehmen können. Wer nicht live in Berlin mit dabei ist, kann aber trotzdem Inhaltliches zum Kongress beisteuern und mitdiskutieren: Auf der Internetseite zum Kongress können unter dem Punkt „Fragen an den Kongress" bereits jetzt Anregungen für die Diskussionen gegeben werden. Die Homepage bietet außerdem eine Übersicht über das komplette Programm, Kurz-Porträts der Referentinnen und Referenten sowie Hintergrundmaterial und Statements aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Wirtschafts- und Finanzkrise. Journalis-

UMDENKEN GEGENLENKEN
Der DGB-Kapitalismuskongress

tInnen können sich noch bis zum 12. Mai über die Homepage für den Kongress akkreditieren. •

www.kapitalismuskongress.de

ver.di

DAWAG verkauft

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat ihre Beteiligung an der Deutschen Angestellten-Wohnungsbaugesellschaft (DAWAG) mit einem Immobilienbestand von etwa 6000 Einheiten verkauft. Der in einem Bieterverfahren ausgewählte Käufer ist die „meravis Wohnungsbau- und Immobilien GmbH", die vom Sozialverband Deutschland als Gesellschafter betrieben wird. „meravis" passe von der unternehmerischen Zielsetzung und dem gesellschaftspolitischen Anspruch „hervorragend zur DAWAG", erklärte der stellvertretende Vorsitzende und Finanzchef von ver.di, Gerd Herzberg. Zum Schutz von DAWAG-Mietern und -beschäftigten wurde vor dem Verkauf eine umfangreiche Sozialcharta vereinbart. •

ver.di

Fernsehpreise an WDR

Die Preisträger des diesjährigen ver.di-Fernsehpreises stehen fest: Sowohl in der Sparte Drehbuch als auch in der Sparte Regie werden Produktionen des Westdeutschen Rundfunks (WDR) ausgezeichnet. Eva und Volker Zahn erhalten den Preis für ihr Drehbuch zum Film „Ihr könnt euch niemals sicher sein". Das Fernsehspiel schildert die Gefühls- und Lebenswelt eines Jugendlichen, der verdächtigt wird, einen Amoklauf an seiner Schule geplant zu haben. Der Regie-Preis geht an Hermine Huntgeburth für den Zweiteiler „Teufelsbraten" über den Emanzipationskampf einer jungen Frau aus einer Kölner Arbeitersiedlung in den Nachkriegsjahren. „Teufelsbraten" ist in diesem Jahr bereits mit dem Grimme-Preis ausgezeichnet worden •

DGB-Ratgeber

Lohnsteuer-ABC

Um in Sachen Lohnsteuer den Überblick nicht zu verlieren, müssen ArbeitnehmerInnen mit einer Vielzahl von Begriffen vertraut sein. Ob Abwrackprämie, Abfindung, Eigenheimzulage oder Elterngeld – im aktuellen Ratgeber „Das ABC von 43 Lohnsteuerbegriffen 2009" erläutert der DGB die wichtigsten Aspekte. Dabei beschreibt die Broschüre nicht nur die grundlegenden Elemente des deutschen Steuersystems, sondern ordnet auch die verschiedenen Formen prekärer Beschäftigung mit ein. MinijobberInnen, kurzfristig Beschäftigte und Hartz-IV-EmpfängerInnen erhalten wichtige Tipps und Hinweise, um alle Leistungen und Rechte in Anspruch nehmen zu können. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Demo

Verursacher müssen zahlen

„Die Krise nachhaltig bekämpfen. Wir wollen einen Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen." – unter diesem Motto rufen DGB und Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) am 16. Mai in Berlin zu einer Demonstration im Rahmen der Europäischen Aktionstage des EGB auf. Neben der Kundgebung in Berlin werden auch in Madrid (14. Mai), in Brüssel (15. Mai) und in Prag (16. Mai) Menschen für eine sozialere Zukunft auf die Straße gehen. DGB und EGB fordern unter anderem ein erweitertes Konjunkturprogramm, eine Neuausrichtung der Europäischen Zentralbank auf Wachstum und Vollbeschäftigung, eine strengere Regulierung der Finanzmärkte, einen starken Sozialstaat und den Vorrang sozialer Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten in der EU.

Demonstrieren werden am 16. Mai in Berlin nicht nur deutsche GewerkschafterInnen: Aus mehreren anderen europäischen Ländern haben sich bereits TeilnehmerInnen angekündigt und zeigen damit: Die Krise lässt sich nur international und gemeinsam lösen. Für die Demonstration in Berlin setzt der DGB von vielen Orten in Deutschland Busse oder Sonderzüge ein. •

Infos zur Anreise: www.dgb.de

MEINUNG

Zukunft des Tarifvertrags

Die Politik muss handeln

Um die Erosion des Tarifvertragssystems zu stoppen, muss die Politik handeln und dafür sorgen, dass wieder mehr Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden. Das fordern die beiden Tarifexperten Reinhard Bispinck und Thorsten Schulten.

Seit Mitte der 1990er Jahre befindet sich das **deutsche Tarifvertragssystem in einem schleichenden Erosionsprozess:** Tarifpolitisch gut regulierte Kerne werden kleiner, während die tarifvertragsschwachen und -freien Zonen wachsen. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig: der rückläufige gewerkschaftliche Organisationsgrad, die wachsende Unterbietungskonkurrenz – etwa durch die so genannten christlichen Gewerkschaften, eine zunehmende Ausdifferenzierung der Tarifpolitik oder die abnehmende Tarifbindung der Unternehmen.

Dr. Reinhard Bispinck, 57, (links) leitet das WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung. Dr. Thorsten Schulten, 42, ist Referatsleiter für Arbeits- und Tarifpolitik in Europa beim WSI, dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung.

Die Gewerkschaften steuern gegen – sie haben in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um neue Mitglieder zu gewinnen und die Tarifbindung auf Branchen- oder auch Betriebsebene zu sichern. Doch stoßen sie bei all ihren Bemühungen an Grenzen. Denn eine wichtige Stütze des Tarifsystems, die Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE), wird immer weniger genutzt – mit fatalen Folgen für die Tarifbindung.

Die AVE soll tarifvertragliche Schmutzkonkurrenz und damit **sozial unfaire Wettbewerbsvorteile verhindern** und nimmt bei der Stabilisierung des Tarifsystems eine Schlüsselstellung ein. Das zeigt der europäische Vergleich. Während hierzulande noch 63 Prozent aller Beschäftigten in einem tarifgebundenen Unternehmen arbeiten, liegt die Tarifbindung in fast allen anderen „alten" EU-Staaten stabil zwischen 80 und 99 Prozent, obwohl auch dort Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände Mitglieder verlieren.

Die Erklärung ist einfach – in den meisten Ländern ist ein Großteil der Tarifverträge allgemeinverbindlich. In der Bundesrepublik ist der Anteil der allgemeinverbindlichen Tarifverträge dagegen gering und seit Jahren rückläufig. Mittlerweile sind nur noch 1,5 Prozent aller Tarifverträge allgemeinverbindlich, darunter nur wenige Lohn- und Gehaltstarifverträge.

Der Blick nach Europa zeigt: **Ein Nachlassen der Tarifbindung ist keineswegs unvermeidlich.** Die Politik hat es in der Hand, die Erosion des Tarifvertragssystems zu stoppen. Wir brauchen auch in Deutschland eine deutlich stärkere politische Unterstützung des Tarifvertragssystems. Das heißt: Das Verfahren, um Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, muss geändert werden.

Denn damit ein Tarifvertrag allgemeinverbindlich werden kann, muss heute der Bundestarifausschuss zustimmen, in dem auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sitzt. Die BDA legt bei der AVE fast grundsätzlich ein Veto ein. **Die Blockadehaltung der BDA** geht sogar so weit, dass sie schon Allgemeinverbindlicherklärungen gegen ihre eigenen Fachverbände blockiert hat. Diese Haltung war auch der Grund dafür, dass beim Arbeitnehmer-Entsendegesetz Ende der 1990er Jahre ein neues AVE-Verfahren eingeführt wurde, bei dem nicht mehr der Tarifausschuss, sondern das Bundesministerium für Arbeit das letzte Entscheidungsrecht hat.

Ein erster Reformschritt wäre, künftig bei allen AVE-Fällen generell **nach dem Vorbild des Entsendegesetzes zu verfahren.** Eine grundlegende Reform des AVE-Verfahrens könnte sich dann beispielsweise an den Niederlanden orientieren. Das niederländische Tarifsystem weist viele Ähnlichkeiten mit dem deutschen auf. Gleichzeitig wird die Mehrheit der Branchentarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt. Das wird auch von der Mehrheit der niederländischen Arbeitgeber gewürdigt – aus gutem Grund: Nur ein allgemeinverbindlich erklärter Tarifvertrag kann seine ordnungspolitische Funktion erfüllen, allen Unternehmen gleiche Wettbewerbsbedingungen zu bieten und Unternehmensstrategien, die auf Lohndumping beruhen, zu unterbinden. Eine politische Re-Stabilisierung des Tarifvertragsystems ist deshalb nicht nur im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern **im Interesse der Gesellschaft insgesamt.** •

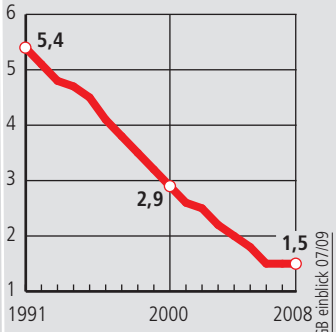
Arbeitsminister als Verbündeter

Vor 60 Jahren trat das Tarifvertragsgesetz in Kraft. Auf seiner Grundlage wurden seitdem rund 370 000 Tarifverträge abgeschlossen. „Das Tarifvertragsgesetz ist ein Kernstück unserer sozialen Marktwirtschaft. ", urteilt Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD).

Doch seit geraumer Zeit befindet sich der Tarifvertrag auf dem Rückzug. „Dass wir derzeit eine Debatte über Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder gar über gesetzliche Mindestarbeitsbedingungen in schwach organisierten Bereichen führen, ist Ergebnis dieser Abwendung von einem guten Instrument", sagt Scholz und betont: „Der Flächentarif ist ein starkes Stück Deutschland. Wer ihn wieder stärken will, der hat im Arbeitsminister einen engagierten Verbündeten."

Immer seltener allgemeinverbindlich

Anteil der Tarifverträge, die für allgemeinverbindlich erklärt werden (in Prozent)



Quelle: BMA Tarifregister, Berechnungen des WSI in der Hans-Böckler-Stiftung

© DGB einblick 07/09

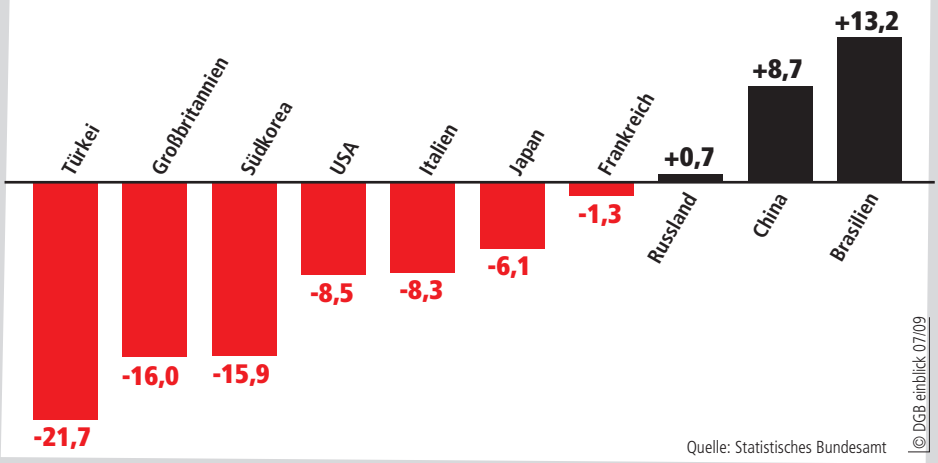
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

DEUTSCHE EXPORTE: Fast überall deutlicher Einbruch

Ein europäisch und international koordiniertes Vorgehen gegen negative Auswirkungen der Krise wird immer wichtiger: Deutschland ist zwar Exportweltmeister, aber die Exporte brechen ein – bei einigen Handelspartnern um über 15 Prozent. Gesteigert werden konnten 2008 die Exporte nur in die Länder, deren Bruttoinlandsprodukt trotz Krise noch wächst. Das gleicht die Einbrüche bei anderen Ländern aber nicht aus: Im weltweiten Schnitt gab es für Deutschland 2008 ein Export-Minus von sechs Prozent.

Veränderung der deutschen Exporte in die zehn wichtigsten Empfängerländer unter den G20-Staaten in Prozent (Vergleich des 4. Quartals 2007 mit dem 4. Quartal 2008)



Quelle: Statistisches Bundesamt

© DGB einblick 07/09

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

25.-29.4. GEW-Gewerkschaftstag, Nürnberg

28.4. DGB Sachsen, BMW-Werk Leipzig, Fachkonferenz zum Arbeits- und Jugendarbeitsschutz „Gute Arbeit – für Sachsen", Leipzig

29.4. Friedrich-Ebert-Stiftung, Medien-Fachkonferenz „Meinungs-Vielfalt", Berlin

1.5. Tag der Arbeit, Zentrale DGB-Kundgebung mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer in Bremen

1.5. DGB, Mai-Kundgebung und Konzert mit Konstantin Wecker „Zeichen gegen Rechts", Ulm

1.5. DGB, Demonstration „Bunt statt Braun", Hannover

3.-8.5. DGB-Bildungswerk, Workshop „Immer noch nicht im Internet? – Surfer zwischen Kommerz bei Ebay, E-Banking und Informationsüberflutung", Hattingen

4.5. DGB-Jugend und Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Wege in den Arbeitsmarkt für Jugendliche mit schlechteren Bildungschancen – Zukunftswerkstatt: Integration benachteiligter Jugendlicher", Berlin

4.5. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Die Europäische Aktiengesellschaft", Düsseldorf

6./7.5. Hans-Böckler-Stiftung, Seminar „Freiwillige Verantwortung von Unternehmen – Neue Handlungsfelder für Betriebsräte", Düsseldorf

6./7.5. ver.di-innotec, Workshop „Eigenlob stimmt", Gladenbach

6./7.5. DGB/Friedrich-Ebert-Stiftung/NSZZ/OPZZ, Deutsch-polnisches Gewerkschaftsforum, Danzig

8.5. Tag der Befreiung – Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs

7./8.5. euro-betriebsrat.de, Fachtagung „Die neue EBR-Richtlinie – Was kommt da auf uns zu?", Rom

8.-10.5. IG BCE-Bundesjugendkonferenz, Halle an der Saale

9.5. DGB Berlin-Brandenburg u.a., Kabarett und Diskussion mit Europawahl-KandidatInnen „Geht's noch?", Berlin

personalien

••• ***Volker Scharlowsky,*** 56, ehemals Leiter des Bereichs Bildung, Qualifizierung und Forschung beim DGB-Bundesvorstand, arbeitet künftig als freiberuflicher Sozialwissenschaftler – derzeit an einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Zeitzeugenprojekt über den Beitrag christlich-sozialer GewerkschafterInnen zur Entwicklung der Mitbestimmung.

••• ***Hannelore Buls,*** 58, ist seit dem 10. April Leiterin des ver.di-Bereichs Frauen- und Gleichstellungspolitik. Buls war zuvor Referentin des Bereichs. Sie folgt ***Vera Morgenstern***.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Der Staat darf nicht die Kasinos renovieren, die Verluste sozialisieren und den Märkten anschließend das renovierte Kasino zur Fortsetzung des Spielbetriebs übergeben."

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske am 27. März in einem Interview mit der Berliner Zeitung.

Gesetzliche Unfallversicherung

Hortkinder auch beim Essen geschützt

Schüler stehen während ihrer Betreuung in Horteinrichtungen auch beim Essen unter dem erweiterten Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Der Fall: Die Horteinrichtung hatte ein gemeinsames Schwimmen mit den von ihr betreuten Schülern in einem Hallenbad organisiert. Nach dem Schwimmen sammelten sich die Kinder im Vorraum des Schwimmbades. Eine Erzieherin verteilte dort an die Kinder mitgebrachte Lebensmittel, unter anderem Pfannkuchen. Nach einer Weile entdeckte sie den damals 7-jährigen Jungen leblos am Boden. Trotz eingeleiteter Wiederbelebung und Notarzteinsatz leidet der Junge seitdem unter einer schweren Mehrfachbehinderung. Die Landesunfallkasse hatte bezweifelt, dass der Herzstillstand des Jungen überhaupt durch eingeatmete Pfannkuchenreste ausgelöst worden war, und sich darüber hinaus gegen einen so weit reichenden Unfallversicherungsschutz von Kindern in Betreuungseinrichtungen gewandt, wenn die Kinder bereits das Schulalter erreicht haben. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Auch das gemeinsame Essen während der Betreuung des Schülers durch die Horteinrichtung hat unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung gestanden. Demgegenüber ist das Essen und Trinken bei Erwachsenen regelmäßig dem persönlichen Lebensbereich zuzuordnen, so dass hierbei kein gesetzlicher Unfallversicherungsschutz besteht. Der Unfall ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit durch das Einatmen von Pfannkuchenteilen herbeigeführt worden. Dies ist unter anderem daraus zu schließen, dass man Krümel im Mund des Jungen gefunden hat, als dieser reglos am Boden lag, und dass Veränderungen im Röntgenbild der Lunge erkennbar geworden sind, die typisch für die Einatmung von Fremdkörpern sind.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 24. Februar 2009 - L 9 U 41/06

Sozialversicherungspflicht

Erfasst LKW-Fahrer ohne eigenen LKW

Derjenige, der sich als "selbstständiger" LKW-Fahrer an verschiedene Auftraggeber vermietet, ohne über einen eigenen LKW zu verfügen, übt eine abhängige Beschäftigung aus und unterliegt damit der Sozialversicherungspflicht.

Der Fall: Der LKW-Fahrer hatte in einer „Werbeanzeige" geworben, dass er als Aushilfsfahrer Klasse 2 für nationalen und internationalern Fernverkehr zur Verfügung steht. Er „vermietete" sich für die Durchführung von Transporten zu einem Stundenpreis von DM 25,00 (Fahrten bis zehn Stunden) bzw. zu einer Pauschale von DM 250,00 (Fahrten ab zehn Stunden), wobei er über keinen eigenen LKW verfügte. Im Rechtsstreit um die Versicherungspflicht vertrat er die Auffassung, er sei nicht abhängig beschäftigt, konnte damit aber das Gericht nicht überzeugen.

Das Landessozialgericht: Anders als ein Unternehmer hat der Betroffene nur seine Arbeitskraft und keine eigenen Sachmittel eingesetzt. Auch hat er als Gegenleistung für seine Tätigkeit einen festen Stundenlohn bzw. eine feste Pauschale entsprechend seinem Zeitaufwand erhalten, was einer typischen Entlohnung eines abhängigen Beschäftigten entspricht und gerade kein unternehmerisches Risiko in sich trägt.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 21. November 2008 - L 4 KR 4098/06

Arbeitslosengeld II

Anteilige Übernahme von Wohnkosten

Wird der Antrag auf Leistungen für Unterkunft und Heizung verspätet erst zur Monatsmitte gestellt, so sind diese Leistungen anteilig für die zweite Monatshälfte zu erbringen, auch wenn die Mietzahlung bereits zum Monatsbeginn erfolgt ist.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 27. Februar 2009 - L 12 AS 3990/08

Gewerkschaftseigenschaft

Die CGZP ist nicht tariffähig

Die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) ist nicht tariffähig im Sinne des Gesetzes.

Arbeitsgericht Berlin,
Beschluss vom 1. April 2009 - 35 BV 17008/08

Bahnbeamte

Können in Ruhestand versetzt werden

Wie alle Bundesbeamten können die der Deutschen Bahn zugewiesenen Bundesbeamten vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie dienstunfähig sind und nicht im Bereich des Dienstherrn auf einer anderen Stelle beschäftigt werden können.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteile vom 26. März 2009 - 2 C 46.08 und 2 C 73.08

Krankenversicherung

Scalamobil ist zu teuer

Ein Versicherter, der auf einen Rollstuhl angewiesen ist und ebenerdig wohnt, hat keinen Anspruch auf Kostenübernahme für eine Treppensteigehilfe (Scalamobil), wenn er maximal 4 Mal jährlich Ärzte aufsucht, deren Praxen nur über Treppenstufen zu erreichen sind. Er kann aus Gründen der Wirtschaftlichkeit auf die Inanspruchnahme eines Fahrdienstes verwiesen werden.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 3. März 2009 – L 1 KR 39/08

Mitbestimmung des Betriebsrates

Arbeitszeiterhöhung ist Einstellung

Eine für die Dauer von mehr als einem Monat vorgesehene Erhöhung der Arbeitszeit eines Arbeitnehmers von mindestens zehn Stunden pro Woche ist eine mitbestimmungspflichtige Einstellung im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 9. Dezember 2008 - 1 ABR 74/07

Rauchverbot

Verstoß berechtigt zur Kündigung

Verstößt ein Arbeitnehmer mehrfach und trotz Abmahnung gegen ein betriebliches Rauchverbot, kann dies eine ordentliche Kündigung rechtfertigen.

Landesarbeitsgericht Köln,
Urteil vom 1. August 2008 - 4 Sa 590/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 11.05.2009 8/09

DGB

inhalt

Seite 3
Löcher im System
Für die durch die Krise drohenden finanziellen Defizite der Sozialversicherungsträger muss der Bund die Haftung übernehmen, fordert der DGB

Seite 5
Auf nach Berlin
Am 16. Mai für ein soziales Europa und die nachhaltige Bekämpfung der Krise demonstrieren

Seite 7
Noch kein Meilenstein
Ein Jahr ist das Verbraucherinformationsgesetz in Kraft – Christoph Hahn beschreibt, was sich noch verbessern muss

mit Beilage
BLICKPUNKT EUROPA
DGB-Info zur Europawahl

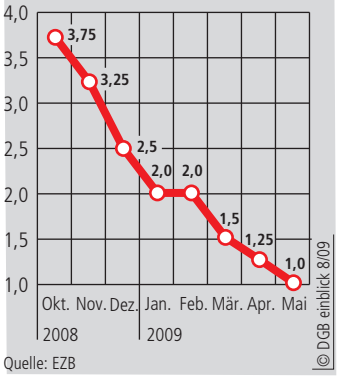
Banken

Erst Personalabbau, dann Kredit

Die Kredit-Praxis der deutschen Banken in der Krise gerät zunehmend in die Kritik. Mal fordert eine Bank die Verschiebung der – am 1. Mai fälligen – Metalltariferhöhung, mal fordert eine Bank Personalabbau, bevor sie einer Firma Kredite gewährt. Das berichtet der IG Metall-Bevollmächtigte von Siegen, Hartwig Durt. Die betroffenen Unternehmen möchte er nicht nennen. „Die müssten anderntags Insolvenz anmelden." Empörend findet Durt, dass die Banken einerseits „ein gerüttelt Maß an Verantwortung für die Krise tragen", andererseits von den Firmen fordern, „Menschen in die Arbeitslosigkeit zu entlassen".

Ob das nur Auswüchse einer fragwürdigen Kredit-Praxis sind oder die Spitze des Eisbergs, hat bisher niemand ermittelt. Fest steht: Die Banken verschärfen ihre Kreditrichtlinien. Laut Bundesbank haben im ersten Quartal dieses Jahres 50 Prozent der Geldinstitute ihre Kredithürden erhöht – so viele wie seit Anfang 2003 nicht mehr. Großunternehmen sind davon sogar etwas mehr betroffen als kleine und mittlere Unternehmen. Als Grund geben die meisten Banken die Konjunkturaussichten an.

Tief wie noch nie
Leitzinssatz der Europäischen Zentralbank (in Prozent pro Jahr)



Quelle: EZB

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren Leitzins im Zuge der Krise innerhalb weniger Monate mehrfach deutlich gesenkt – inzwischen auf einen historischen Tiefstand.

Die Selbsteinschätzung der Banken deckt sich weitgehend mit den Angaben ihrer Kunden: 42 Prozent der Unternehmen beurteilen laut Ifo-Institut das Kreditgebaren der Finanzinstitute als restriktiv, im verarbeitenden Gewerbe sind es sogar 51 Prozent der Befragten. Dabei senkt die Europäische Zentralbank (EZB) seit Monaten den Leitzins. Er hat mittlerweile den historischen Tiefstand von 1,00 Prozent erreicht. Das soll eigentlich die Kredite verbilligen, geschieht aber nur teilweise.

Die Banken entschuldigen sich damit, dass sie mehr Eigenkapital vorweisen müssen, wenn sie Geschäfte mit anderen Instituten machen wollen. Nach internationalen Bilanzvorschriften muss ihre so genannte Kernkapitalquote mindestens vier Prozent betragen, sprich vier Prozent ihres Kreditvolumens müssen durch Eigenkapital gedeckt sein. „Unter acht Prozent ist es aber derzeit schwer, sich Geld zu beschaffen", schreibt der Berliner Tagesspiegel.

Alarm schlägt auch die Förderbank KfW. Ihr zufolge könnte die Krise „gravierende Auswirkungen auf die Innovationstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen haben und die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nachhaltig schwächen". Der Grund: Finanzierungsschwierigkeiten. Sie seien „mit Abstand das häufigste Hindernis, weshalb Mittelständler geplante Produkt- oder Prozessneuerungen nicht in die Tat umsetzen können".

Für den Europa-Chefvolkswirt der Citigroup, Jürgen Michels, entwickeln sich die Kreditbeschränkungen zu einem „immer stärkeren Gegenwind für die Konjunktur". KfW-Chefvolkswirt Norbert Irsch sieht das noch dramatischer: „Es droht die Gefahr einer Abwärtsspirale aus schlechter Geschäftslage, mangelnder Finanzierung und unterlassener Innovation." •

plusminusBERLIN

+ ***Bundeswahlleiter und Präsident des Statistischen Bundesamts Roderich Egeler sagt, er könne den Unmut bei WählerInnen über die Politik verstehen – nicht nachvollziehen könne er aber, deshalb auf das Recht zu wählen zu verzichten: „Nichtwählen ist die falsche Konsequenz."***

– ***FDP-Generalsekretär Dirk Niebel meint: Wenn Mindestlöhne eingeführt werden, werden Beschäftigte „durch Maschinen ersetzt". Bleibt die Frage, wer für Herrn Niebel die Friseur-Maschinen und Kellner-Roboter entwickelt, damit sein Argument tatsächlich stichhaltig wird.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.igbce-blogs.de/conti/
IG BCE: Weblog zur Lage beim Reifenhersteller Continental

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DGB: Argumente gegen die Verkleinerung von Aufsichtsräten

Anzeige

TRANSNET

Unsere **Gewerkschaft TRANSNET** braucht Verstärkung. Wir suchen Menschen, die sich aktiv für unsere Kolleginnen und Kollegen einsetzen und mit politischen und sozialen Engagement ihren Teil dazu beitragen wollen, dass es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unseren Branchen besser geht.

Und wir suchen Menschen, die unserer Gewerkschaft TRANSNET ein Gesicht geben, die unseren Weg in die Zukunft begleiten und tragen.

Wir bieten eine Stelle ab sofort als

Gewerkschaftssekretär/in für Sozialpolitik

Arbeitsort ist Frankfurt am Main.

Näheres zur Stellenbeschreibung und das Anforderungsprofil finden Sie unter **www.transnet.org**.

Die Arbeitsbedingungen und die Vergütung richten sich nach den für die TRANSNET Beschäftigten gültigen Bedingungen. Bitte senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bis spätestens 25.05.2009 an

Gewerkschaft TRANSNET
Zentrale Frankfurt am Main

Bereich Personal
Weilburger Straße 24
60326 Frankfurt.

Fragen werden gern vorab unter 0 69 7 53 63 94 beantwortet.

Berufsbildungsbericht

Schön gerechnet und gescheitert

Das Bundesbildungsministerium hat den aktuellen Berufsbildungsbericht 2009 vorgelegt – und zieht selbst eine moderat positive Bilanz. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes in 2008 zeige, „dass das Engagement der Paktpartner wirkt". Gemeint sind die Partner des Ausbildungspaktes: Politik und Arbeitgeber. Der Bericht rechnet vor, dass es erstmals seit 2001 wieder mehr Ausbildungsplätze als BewerberInnen gibt – angeblich. „Regierung und Wirtschaft rechnen sich die Lage schön", meint die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock.

Die Arbeitnehmerbank im Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) präsentiert in ihrer Stellungnahme zum Bericht die realistischen Zahlen – und zeigt, wie das „Schönrechnen" funktioniert: Die Ausbildungspaktpartner stellen den am 30. September noch gemeldeten 14.479 unversorgten BewerberInnen die über 18.000 gemeldeten unbesetzten Ausbildungsplätze gegenüber. Was sie dabei ignorieren: Zigtausende Jugendliche, die bis zum Schuljahresbeginn keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, müssen wegen der (Teilzeit-)Schulpflicht in den Schulgesetzen der Länder Berufsschulen besuchen. Im vergangenen Jahr haben mehr als 80 000 dieser Jugendlichen der Bundesagentur für Arbeit angezeigt, dass sie weiter einen regulären Ausbildungsplatz suchen. Da der Schulbeginn in allen Bundesländern vor dem 30. September liegt, tauchen diese Jugendlichen in den Statistiken größtenteils nicht mehr auf. Das löst aber nicht das Problem: „In Deutschland haben mehr als 1,5 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren keine Ausbildung", erklärt Sehrbrock.

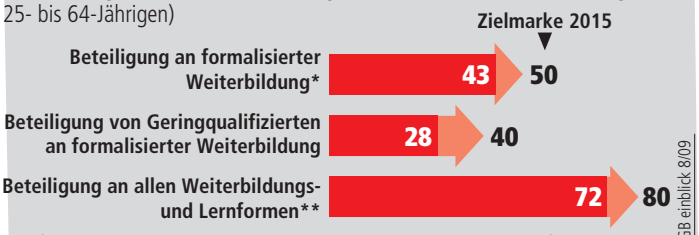
Und die Krise wird Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt haben: Laut einer aktuellen Umfrage des BIBB will jeder vierte Betrieb in diesem Jahr weniger Ausbildungsverträge abschließen als bisher.

DGB-Vize Sehrbrock fordert deshalb erneut einen „Schutzschirm für Ausbildung". Der Ausbildungspakt sei „an zu niedrigen Zielmarken und seiner bloßen Freiwilligkeit gescheitert". Zum Schutzschirm-Konzept des DGB gehört unter anderem eine „Übernahmeprämie": Unternehmen, die Auszubildende aus Insolvenzbetrieben übernehmen, sollen monatlich von der Bundesagentur für Arbeit (BA) 250 Euro bekommen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Weiter Weg zum Ziel

Weiterbildungsquote von Beschäftigten und die von der Bundesregierung bis 2015 angestrebten Quoten im Vergleich (in Prozent aller erwerbstätigen 25- bis 64-Jährigen)



*berufliche sowie allgemeine Weiterbildung in Kursen und Seminaren, ** inklusive „informellen Lernens"
Quelle: Berufsbildungsbericht 2009

Auch Weiterbildung ist ein Thema des Berufsbildungsberichts 2009. Das Bundesbildungsministerium bekräftigt die Zielmarken der Bundesregierung für höhere Weiterbildungsquoten der deutschen Beschäftigten, die bis 2015 erreicht werden sollen. Dafür müsste sich noch viel ändern: Denn statt zu steigen, sinken die Ausgaben für Weiterbildung in Deutschland – allein bei der Bundesagentur für Arbeit zwischen 1999 und 2005 um 70 Prozent, bei den Unternehmen im selben Zeitraum um 16 Prozent.

Sozialversicherung

Wer haftet für Finanzlöcher?

Die Krise ist definitiv auch bei den Sozialversicherungen angekommen. Vor allem bei der Arbeitslosen- und der Gesetzlichen Krankenversicherung wird es in diesem Jahr ein erhebliches Minus geben. Der DGB fordert deshalb vom Bund, das Sozialsystem mit den finanziellen Folgen der Krise nicht allein zu lassen – und für die Defizite zu haften.

Bis 2006 hatte es eine solche „Defizithaftung" des Bundes gegenüber der Bundesagentur für Arbeit (BA) gegeben. Dann wurde sie von der großen Koalition abgeschafft. Selbstständiger sollte die BA wirtschaften – und die Politik ging davon aus: In guten Zeiten baut sich die BA selbst Rücklagen auf, die dann für Krisenzeiten reichen.

Tatsächlich konnte die BA in den Jahren 2006 und 2007 Reserven von rund 17 Milliarden Euro ansammeln. Das weckte Begehrlichkeiten: Immer wieder kamen Forderungen nach einer Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf – und wurden von der Politik meist erfüllt. Bereits im vergangenen Sommer warnte der DGB vor einer diskutierten Senkung der Beiträge von 3,3 auf 3,0 Prozent. Zwar seien die 17 Milliarden auf den ersten Blick ein gutes Polster, der DGB warne aber „angesichts der konjunkturellen Risiken" vor einer „übereilten Beitragssenkung", erklärte damals DGB-Arbeitsmarktexperte und BA-Verwaltungsratsmitglied Wilhelm Adamy im *einblick (14/08)*. Es half nichts: Der Beitrag sank sogar auf 2,8 Prozent.

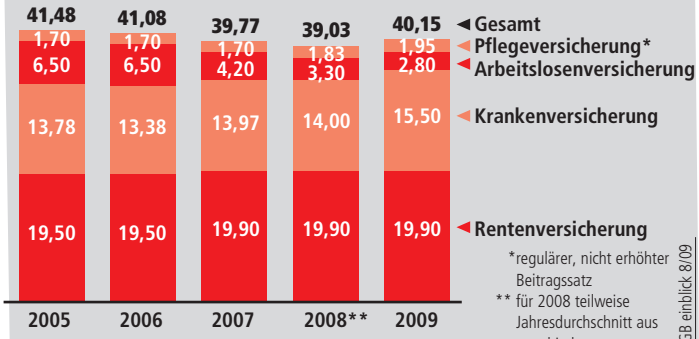
Jetzt droht genau das, wovor die Gewerkschaften gewarnt haben: Mitten in der Krise könnte die BA einen riesigen Schuldenberg aufbauen oder Beiträge müssten steigen, beziehungsweise Leistungen gekürzt werden. „Die Bundesregierung darf nicht tatenlos zusehen, wie die Bundesagentur für Arbeit oder die Krankenkassen Schuldenberge auftürmen, von denen sie nie wieder herunterkommen werden", fordert deshalb DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Und die Schuldengefahr ist akut. Der derzeitige BA-Verwaltungsratsvorsitzende Peter Clever meint: „Nach meiner Einschätzung könnten wir Ende 2010 bei einem Defizit zwischen 15 bis 20 Milliarden Euro landen." Die 17-Milliarden-Reserve könnte ebenso schnell wieder weg schmelzen, wie sie aufgebaut worden ist.

Bisher sieht die große Koalition für Schulden der Arbeitslosen- und Krankenversicherung lediglich Darlehensregelungen vor – Darlehen, die zurückgezahlt werden müssten. Für den DGB nicht genug: Der Gewerkschaftsbund fordert die Wiedereinführung der Defizithaftung bei der BA und ihre Einführung bei der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). „Der Staat übernimmt eine finanzielle Haftung für die Banken, also für die Verursacher der Krise, und lässt das mit den Folgen der Krise konfrontierte soziale Sicherungssystem alleine", kritisiert Adamy. „Deshalb muss der Staat jetzt Steuermittel in die Hand nehmen und die Defizithaftung wieder einführen, damit nicht die Beitragszahler und die Arbeitslosen die Zeche zahlen."

Die gesetzlichen Krankenkassen erwarten nach eigenen Angaben für 2009 ein Loch von 2,9 Milliarden Euro im Gesundheitsfonds. Auch hier sagt der Bund zwar ein Darlehen zu – das die Kassen aber bereits bis 2011 zurückzahlen sollen. Die Vorsitzende des „Spitzenverband Bund der Krankenkassen", Doris Pfeiffer, geht aber nicht davon aus, dass die Kassen das tatsächlich leisten können. Die Politik müsse sich über die Rückzahlungsmodalitäten „noch einmal Gedanken machen". Annelie Buntenbachs Warnung fällt noch eindringlicher aus: „Wenn die Politik diesen Druck nicht entschärft, steigt auch die Gefahr eines großflächigen Kassensterbens." Aber können gesetzliche Krankenkassen überhaupt „Pleite gehen"? Ja – seit einer Gesetzesänderung im vergangenen Jahr. Auch für Krankenkassen ist jetzt ein Insolvenzverfahren möglich. In einer Stellungnahme hatte der DGB diese Pläne der großen Koalition bereits 2008 scharf kritisiert: Die Bundesregierung müsse sich im Klaren sein, was das für die Akzeptanz des Sozialstaates bedeute. „Der Eindruck, der dadurch entstehen könnte, ist, dass die Absicherung des Krankheitsrisikos zur Disposition steht", hieß es in einer DGB-Stellungnahme. •

Insgesamt leicht gesunken

Entwicklung der Beitragssätze zu den Sozialversicherungen (in Prozent)



Quelle: BMAS, BMG, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Seit 2005 wurden vor allem die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung massiv gesenkt.

Die Rente ist...

...sicher? Zumindest wird sie vorerst nicht sinken. Die große Koalition einigte sich auf eine „Rentengarantie": Auch in konjunkturell und wirtschaftlich schlechten Zeiten soll es keine Rentenkürzungen geben. Die Oppositionsparteien kritisierten den Beschluss einhellig als reinen Wahlkampf-Trick.

Der DGB begrüßt, dass die Bundesregierung Rentenkürzungen künftig mit einer neuen Sicherungsklausel ausschließen will. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, die auch alternierende Vorsitzende der „Deutschen Rentenversicherung Bund" ist, hält darüber hinaus noch viel grundlegendere Maßnahmen für nötig: „Wir fordern Reformen für mehr Sicherheit im Alter." Nötig sei eine „Aufwertung der Rentenversicherung, weil die Rente für eine wachsende Zahl von Menschen nicht mehr zum Leben reicht", sagte Buntenbach der Leipziger Volkszeitung. Außerdem müsse die Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden.

Mehr dazu auf der Homepage der DGB-Kampagne „Rente muss zum Leben reichen":
http://ichwillrente.net/

PROJEKTE UND PARTNER

ver.di

Mitgliedernetz ist online

Der Boom von Online-Communities wie *Facebook* oder *studivz* ist ungebrochen. Millionen von NutzerInnen kommunizieren täglich mit Freunden und Bekannten weltweit. Das neue ver.di-Mitgliedernetz ist nach einem ähnlichen Konzept aufgebaut. Name, E-Mail-Adresse und Mitgliedsnummer reichen aus, um sich anzumelden und am digitalen Gewerkschaftsleben teilzunehmen. Das Mitgliedernetz greift dabei auf die Web-2.0-Technik und -Strategien zurück und ermöglicht es den NutzerInnen, Beiträge zu bewerten, zu kommentieren oder weiter zu empfehlen. Zudem werden Tarifverträge, Broschüren und Materialien zum Download angeboten. •

https://mitgliedernetzregistrierung.verdi.de/

Schülerwettbewerb

Sieger gekürt

Der Wahlpflichtkurs Geschichte der 8. Klasse der Realschule Osterode im Harz hat den Schülerwettbewerb zur Geschichte des 2. Mai 1933, dem Tag, an dem die Nazis die Gewerkschaftshäuser überfielen, gewonnen. Der Lohn: 1000 Euro. Der zweite Preis, dotiert mit 750 Euro, ging an ein Team der 10. Klasse des Otto-Hahn-Gymnasiums in Gifhorn. Den dritten Preis und 500 Euro bekamen zwei Schüler des Gymnasiums Kronwerk in Rendsburg. Alle Preisträger waren außerdem für zwei Tage nach Berlin eingeladen.

Ausgeschrieben hatte den Wettbewerb die GIRO, die Gewerkschaftliche Immobiliengesellschaft für Restitutionsobjekte. Die geschichtliche Erinnerung wach zu halten und das kritische Bewusstsein gegen Neonazis zu stärken, seien die Ziele des Wettbewerbs, erklärte der GIRO-Geschäftsführer Nikolaus Hüwe. SchülerInnen der achten bis elften Klasse sollten motiviert werden, sich mit der lokalen Geschichte der Arbeiterbewegung einerseits und des Nationalsozialismus andererseits auseinander zu setzen. Der Wettbewerb wird auch in diesem Jahr wieder ausgeschrieben. •

www.zweiter-mai-1933.de

Die Arbeit der SchülerInnen aus der 8. Klasse der Realschule Osterode über die Erstürmung des Büros des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes durch die Nazis überzeugte nicht nur die Jury. Auch die Schirmherrin des Schülerwettbewerbs, die sächsische Kultusministerin Eva Maria Stange, und der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske fanden anerkennende Worte für die Sieger-Teams bei der Preisverleihung am 2. Mai in der Berliner ver.di-Zentrale. Foto: Klaus Merbitz

Tagung

Gute Arbeit im Betrieb

„Gute Arbeit" ist das zentrale Leitmotiv der Gewerkschaften. Besonders Betriebs- und Personalräte setzen sich täglich für gute Arbeit in Unternehmen und Verwaltungen ein. Eine ver.di-Tagung bietet am 18. und 19. Juni in Berlin ArbeitnehmervertreterInnen die Gelegenheit für einen Erfahrungsaustausch. Das Themenspektrum reicht von Work-Life-Balance, Leistungsverdichtung und betrieblicher Weiterbildung bis hin zu beispielhaften Brancheninitiativen für „Gute Arbeit". ExpertInnen aus der Praxis erläutern in Workshops Handlungsoptionen und geben praxisnahen Rat. Anmeldung bis zum 1. Juni an ver.di-innotec, Lyoner Str. 14, 60528 Frankfurt. •

www.verdi-gute-arbeit.de

ver.di-Jugend

Was soll Politik?

2009 ist ein Superwahljahr. Es stehen an: die Europawahl, drei Landtagswahlen und im September die Bundestagswahl. In Talksendungen beziehen bereits jetzt alle Protagonisten Stellung – doch eine Stimme kommt nur selten zu Wort: die der jungen Generation. Das möchte die ver.di-Jugend ändern. Mit der Kampagne „Was soll Politik" will sie den Anliegen junger Menschen Gehör verschaffen.

Die ver.di-Jugend will keine vorgefertigten Antworten liefern, sondern stellt zunächst Fragen. Was bewegt junge Menschen in unserer heutigen Welt voller Unsicherheiten und Zukunftsängste? Die Meinungen werden auf Veranstaltungen und im Internet zusammengetragen und in einer zweiten Phase in die Debatten der Wahlkampf-Zeit eingebracht. Ziel ist es, PolitikerInnen mit den Themen und Forderungen der jungen Generation zu konfrontieren. Die Kampagne setzt gezielt auf das Organizing-Konzept und bietet auf der Kampagnen-Homepage alle nötigen Materialen und Infos, um sich zu beteiligen. •

www.was-soll-politik.de

interregio

••• Die Frauenabteilungen von ***DGB NRW***, ver.di NRW sowie „Arbeit und Leben" NRW laden am 12. Mai gemeinsam zu einer Veranstaltung ***„20 Jahre Gleichstellung in NRW"*** ein: 1989 trat in Nordrhein-Westfalen das „Frauenfördergesetz" in Kraft, 1999 wurde es vom Landesgleichstellungsgesetz NRW abgelöst. Ist die „Frauenfrage" damit beantwortet? Das wollen die Gewerkschaftsfrauen gemeinsam mit vier Gleichstellungsbeauftragten aus Kommunal- und Landesbehörden diskutieren – ganz im Sinne des etwas provokanten Untertitels der Veranstaltung „Gleichstellungsarbeit heute: keine Zeit für Feminismus?". Die Diskussionsrunde soll Auftaktveranstaltung für eine Veranstaltungsreihe sein, die sich an Gleichstellungsbeauftragte und „engagierte Frauen" richtet.

www.nrw.dgb.de/termine

••• Mit einem ***Kunstprojekt*** in Erfurt informiert der ***DGB Thüringen*** Bürgerinnen und Bürger über die Positionen der Parteien zur anstehenden Landtagswahl im Freistaat (30. August). In der Fußgängerzone des Erfurter Angers steht seit Ende April ein „Wahlkubus" – ein begehbarer Würfel, in dem auf drehbaren Rollen die Programme der Parteien zur Landtagswahl in Kurzform präsentiert sind und mit den Anforderungen des DGB an die Landespolitik verglichen werden können. Bilder des Wahlkubus sowie die Texte der im Kubus ausgestellten Rollen können auch auf der Homepage des DGB Thüringen herunter geladen werden.

www.thueringen.dgb.de

Europäische Aktionstage

Demonstrieren für einen Politikwechsel

Ein „Weiter so" kann nicht die Lösung der Krise sein. Gerade jetzt brauchen wir ein starkes, soziales Europa, das klare Regeln für die Märkte setzt und wirksame Maßnahmen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen verabredet. Doch von einem effizienten Krisenmanagement ist die EU weit entfernt. Um den Druck für einen Politikwechsel zu erhöhen, rufen DGB und EGB zur Demonstration am 16. Mai in Berlin auf.

Viele Worte, wenig Taten: Die europäische Politik scheint den Ernst der Krise noch nicht erkannt zu haben. Jüngstes Beispiel ist der Mini-Jobgipfel der EU am 7.Mai in Prag: Gerade mal ein paar Stunden nahm sich eine Handvoll EU-Spitzenpolitiker, darunter Kommissionspräsident José Barroso und der derzeitige Ratspräsident Mirek Topolanek, Zeit, um mit den Sozialpartnern über Maßnahmen gegen die wachsende Arbeitslosigkeit in Folge der Krise zu beraten. Vom ursprünglich geplanten Beschäftigungsgipfel aller 27 EU-Staaten war kaum etwas übrig geblieben. Wenig überraschend blieb es denn auch bei einem vagen Diskussionspapier und generellen Bekenntnissen zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Für Unmut sorgte vor allem Topolanek: Auf die Frage eines Journalisten nach seiner Bottschaft an die 8,5 Millionen Europäer, die wahrscheinlich ihren Job in Folge der Krise verlieren, erklärte er: „Wer Arbeit sucht, findet sie auch."

Von einer solchen Ignoranz haben die Gewerkschaften endgültig die Nase voll. Sie verlangen einen Politikwechsel, um in Zukunft Krisen zu verhindern, deren Zeche vor allem die ArbeitnehmerInnen zahlen. In Madrid, Brüssel, Prag und am 16. Mai in Berlin gehen europäische GewerkschafterInnen gemeinsam auf die Straße, um von den nationalen Regierungen und der EU zu fordern: „Die Krise nachhaltig bekämpfen. Wir wollen einen Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen."

DGB und EGB fordern unter anderem ein erweitertes Konjunkturprogramm, eine Neuausrichtung der Europäischen Zentralbank auf Wachstum und Vollbeschäftigung, eine strenge Regulierung der Finanzmärkte und einen starken Sozialstaat.

Die Demonstration in Berlin beginnt mit zwei Auftaktkundgebungen um 11 Uhr – zum einen am Kapelleufer (Hauptbahnhof) und zum anderen am Breitscheidplatz (Nähe Bahnhof Zoo). Dort werden neben GewerkschafterInnen auch VertreterInnen sozialer Bewegungen wie attac, von Erwerbsloseninitiativen sowie von weiteren Verbänden und Organisationen wie der AWO, der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung oder dem Paritätischen Gesamtverband sprechen. Die Demonstrationszüge setzen sich um 12.30 Uhr in Bewegung. Die Hauptkundgebung beginnt um 14 Uhr an der Siegessäule (Straße des 17. Juni). Dort reden neben dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und dem EGB-Generalsekretär John Monks die Vorsitzenden von IG Metall, ver.di und der IG BAU, Berthold Huber, Frank Bsirske und Klaus Wiesehügel sowie Agnes Jongerius, die Vorsitzende des niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV. •

Wir demonstrieren in Berlin, weil ...

„... wir dringend einen neuen Sozialpakt in Europa und mehr Zusammenhalt brauchen."
Maciej Jankowski, stellvertretender Vorsitzender von NSZZ Solidarnosc, Polen

„... Europa meine Heimat ist. Die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können nur etwas erreichen, wenn sie sich zusammenschließen."
Nicoletta Rocchi, CGIL, Italien

„... ich ein deutliches Zeichen für die Einheit und Solidarität der Beschäftigten in Europa und der Welt setzen will, die nicht die Verursacher, sondern die größten Opfer der Krise sind."
Bernard Thibault, Vorsitzender der CGT, Frankreich

„... wir gemeinsam dafür sorgen müssen, dass nicht die Beschäftigten in Europa die Zeche für den Bankrott des neoliberalen Irrwegs zahlen."
Wolfgang Katzian, Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp), Österreich

„... ich solidarisch mit allen europäischen Gewerkschaften für ein soziales Europa mit menschenwürdigen Jobs kämpfe."
Agnes Jongerius, Vorsitzende der FNV, Niederlande

„... wir zeigen wollen, dass die verschiedenen Demonstrationen im Rahmen der EGB-Aktionstage zusammengehören: von Madrid über Brüssel und Prag bis Berlin setzen die europäischen Gewerkschaften gemeinsam ein deutliches Zeichen für einen Politikwechsel."
Rafael Lamas, FTGB, Belgien

Sozialpakt für Europa

Damit sich die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zur sozialen Krise ausweitet, fordern die europäischen Gewerkschaften einen Sozialpakt für Europa, der die Menschen schnell und nachhaltig schützt. Er muss verbindliche Vorgaben für mehr und bessere Jobs und eine nachhaltige Sozialpolitik beinhalten. Zentraler Bestandteil: eine „soziale Fortschrittsklausel" in allen EU-Verträgen, die den Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten sicherstellt.

Mehr dazu im DGB-Info zur Europawahl, das diesem einblick beiliegt.

Demo-Anreise am 16. Mai

Der DGB setzt am 16. Mai von vielen Orten in Deutschland Busse und insgesamt 17 Sonderzüge nach Berlin ein. Wer dieses Angebot nutzen möchte, kann sich an alle DGB-Gewerkschaften und DGB-Regionen wenden. Jeder kommt mit: DGB-Regionen, die noch weitere Busse benötigen, können notfalls auch noch am Vortag der Demo zusätzliche Busse ordern.

Im Internet
www.dgb.de
Aktuelle Infos zur Demo und zu den Europäischen Aktionstagen

kurz&bündig

Die GEW fordert die Einstellung von bundesweit 47 000 ErzieherInnen und KinderpflegerInnen für die Umsetzung des Kita-Krippenprogramms bis 2014. Das sei der konkrete Bedarf an Neueinstellungen, den die Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfe der TU Dortmund im Auftrag der GEW berechnet habe.

Die IG BAU sieht in der Förderung des Mietwohnungsbaus eine Möglichkeit, in der Krise weitere Investitionsanreize zu schaffen. Als Zusatzmaßnahme zu den staatlichen Konjunkturpaketen könne das einen Einbruch der Bauinvestitionen nach Ablauf der Konjunkturpakete in 2010 verhindern. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum sei hoch, bekräftigte der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel.

Im Rahmen der Kampagne „Sicher unterwegs" haben TRANSNET und GDBA an mehreren Bahnhöfen in Deutschland Reisende zu ihrem Sicherheitsempfinden in Zügen befragt. Die Ergebnisse der Umfrage, in der es auch um Fragen wie Videoüberwachung oder mehr Personal für die Sicherheit ging, werden jetzt zentral ausgewertet.

Die NGG warnt vor einem „Vernichtungswettbewerb" in der Ernährungswirtschaft – vor allem in der Milchwirtschaft. Es müssten Regeln „im Interesse der Menschen" aufgestellt werden, um die Preisspirale nach unten zu stoppen.

Broschüre

Für eine gerechte Rente

Die Rentenreformen der vergangenen Jahre haben sich vor allem als eines erwiesen: als erhebliche Kürzungsmaßnahmen. Ein gesicherter und würdiger Lebensstandard im Alter ist damit für viele Menschen nicht mehr möglich, vielmehr droht ein massiver Anstieg der Altersarmut. Besonders in der Kritik steht dabei die „Rente mit 67". Mit dem zweiten Monitoringbericht „Rente mit 67 – Erhöhtes Risiko von Einkommenseinbußen und Altersarmut" weist das „Netzwerk für eine gerechte Rente" erneut auf diese Problematik hin. Im Fokus des Berichtes stehen eine empirische Analyse der Einkommenslage, das Armutsrisiko im Alter und eine fundierte Prognose zur zukünftigen Entwicklung des Alterseinkommens. Mitglied im Netzwerk sind neben dem DGB unter anderem der Paritätische Gesamtverband, der Sozialverband Deutschland VdK sowie die Volkssolidarität. •

Download: www.einblick.dgb.de/hintergrund

DGB-Jugend

Kampagne für gute Ausbildung

Unter dem Motto „Gute Ausbildung, gute Arbeit, gutes Leben" startet die DGB-Jugend eine neue Kampagne. Zentrale Forderung für das Superwahljahr 2009 ist ein Grundrecht auf Ausbildung in der Verfassung. Ein weiterer Schwerpunkt: Die junge Generation sieht sich an vielen Punkten ihres Berufslebens mit prekären Beschäftigungsverhältnissen konfrontiert. Darum macht sich die DGB-Jugend auch für gerechte und soziale Lebens- und Arbeitsverhältnisse stark. Ein erster Höhepunkt in der Mobilisierung der Kampagne ist die Demonstration von DGB und EGB am 16. Mai in Berlin (siehe Seite 5). Die DGB-Jugend ruft alle Mitglieder zur Teilnahme auf. •

www.dgb-jugend.de

DGB

Verbindliche Regeln für alle

Für viele Unternehmen ist Corporate Social Responsibilty (CSR) wenig mehr als eine freiwillige Selbstverpflichtung. DGB und Gewerkschaften stellen dem ihr 10-Punkte-Papier „Verbindliche Regeln, die für alle gelten" mit Forderungen zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen entgegen. Besonders wichtig ist den Gewerkschaften, dass freiwillige CSR-Konzepte kein Ersatz für nationale, europäische und internationale Rechtsvorschriften sein können. Außerdem sind DGB und Gewerkschaften überzeugt: Glaubwürdig sind CSR-Strategien von Unternehmen nur dann, wenn auch arbeitnehmerfreundliche Arbeits- und Mitbestimmungsstrukturen existieren. Das setze besonders auf internationaler Ebene ein verbindliches Regelwerk voraus. Um die Einhaltung solcher Regeln zu gewährleisten, fordert der DGB Haftungsregeln bei Verstößen. •

Download: www.einblick.dgb.de/hintergrund

„Fall Emmely"

Petition eingereicht

Mit scharfer Kritik aus Politik, Medien und Gewerkschaften ist im Februar das Urteil des Berliner Landesarbeitsgerichts im Fall der gekündigten Supermarkt-Kassiererin („Fall Emmely") aufgenommen worden. Das Komitee „Solidarität mit Emmely" hat nun eine Petition beim Deutschen Bundestag eingereicht, um Kündigungen aus Bagatellgründen ohne vorherige Abmahnungen künftig gesetzlich auszuschließen. Der Hintergrund: Der Arbeitgeber hatte der 51-Jährigen Mitarbeiterin gekündigt, weil sie angeblich Pfandbons im Wert von 1,30 Euro nicht ordnungsgemäß eingelöst hatte. Im Komitee engagieren sich vor allem Mitglieder und Aktive aus der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

ver.di forderte die Politik auf, notwendige Änderungen im Arbeitsrecht, speziell im Kündigungsrecht, auf den Weg zu bringen. Außerdem hofft ver.di, dass die öffentliche Diskussion zu mehr Sensibilität bei JuristInnen führt. •

www.einblick.dgb.de/links

IG Metall

Jung, prekär, ausgebremst

Praktika, Leiharbeit und befristete Jobs prägen immer mehr die Arbeitswelt der jungen Generation – das zeigt eine aktuelle Studie von TNS Infratest im Auftrag der IG Metall. Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel, kritisiert: „Das Normalarbeitsverhältnis ist auf dem Rückzug. 30 Prozent der Erwerbstätigen unter 35 Jahren arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen." Bei Berufseinsteigern unter 24 Jahren sind sogar vier von zehn Beschäftigten in befristeten Arbeitsverhältnissen, stellt Wetzel fest. Dabei sei die junge Generation sehr motiviert, werde aber durch die vorherrschenden Arbeitsbedingungen ausgebremst.

Die Studie belegt außerdem, dass die soziale Herkunft weiterhin ganz entscheidend für den Verlauf der beruflichen Karriere ist. HauptschülerInnen hätten fast keine Chance, den Abstieg ins „Prekariat" zu vermeiden. Der Erste Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber fordert deshalb: „Es muss Schluss sein mit der Generation Praktikum, Schluss mit der Generation Leiharbeit, Schluss mit der Generation Befristung." •

www.einblick.dgb.de/links

Verbraucherinformationsgesetz

Noch kein Meilenstein

Ein Jahr Verbraucherinformationsgesetz: Was es gebracht hat, was noch verbessert werden muss und warum Verbraucherschutz auch in der Krise ein Thema für die Gewerkschaften ist, beschreibt Christoph Hahn: Gerade beim Schutz vor riskanten Finanzprodukten hätten bessere Regelungen helfen können.

Christoph Hahn, 31, ist Referatsleiter für Verbraucherpolitik, Wohnungs- und Städtebaupolitik, OECD-Leitsätze und CSR beim DGB-Bundesvorstand.

„Jetzt gilt es: Fragen Sie nach!" So pries das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Mai 2008 das neue Verbraucherinformationsgesetz (ViG) an: Alle Verbraucherinnen und Verbraucher sollten die Möglichkeit erhalten, sich gezielt über Produkte zu informieren – bei speziellen Internetangeboten oder direkt bei Behörden. Das ViG sollte Verbrauchern die Möglichkeit geben, selbst aktiv zu werden. Auf Anfrage müssen Behörden mitteilen, welche Informationen ihnen über bestimmte Produkte vorliegen.

Ein Jahr ViG – was hat es gebracht? Es gewährleistet erstmals individuelle Informationsansprüche der Verbraucherinnen und Verbraucher. Und es schützt gewissenhafte Anbieter und Produzenten vor „schwarzen Schafen". **Ein Meilenstein für die Verbraucherpolitik ist das ViG aber bisher nicht.**

Das liegt nicht an seiner politischen Zielsetzung, sondern vielmehr an seiner konkreten Umsetzung: Zu lange Bearbeitungszeiten, zu hohe Gebühren für eine Anfrage, keine alltagstauglichen Auskünfte – das sind die Erfahrungswerte. Auch der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) hat in einem bundesweiten Behördentest diese Kritik bestätigt: Das ViG führt noch nicht zur gewünschten Verbraucheraufklärung oder zu erhöhter Transparenz. Außerdem **fehle eine klare Zuständigkeit auf Behördenseite:** In vielen Fällen ist schlicht nicht klar, an welche Behörde Verbraucher sich wenden müssen. Und die angekündigten Informationsangebote im Internet sind bisher eher dürftig.

Aber ist ein Verbraucherinformationsgesetz in Zeiten einer weltweiten Wirtschaftskrise wirklich ein Thema für die aktuelle politische Agenda? Und sollten Gewerkschaften sich gerade jetzt mit Verbraucherpolitik beschäftigen? Die Antwort auf beide Fragen: eindeutig ja. Diverse Beispiele der vergangenen Jahre zeigen: **Verbraucherschutz bleibt aktuell.** Fleisch- und Lebensmittelskandale, unlautere und unerwünschte Telefonwerbung – aber eben auch eine für viele Kundinnen und Kunden verheerende Anlageberatung bei hochriskanten Finanzprodukten, die in der aktuellen Krise reihenweise platzen – sind Themen, die wirksamen Verbraucherschutz notwendig machen. Und ein besserer Verbraucherschutz ist immer auch ein „Mehr" an Schutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Nicht zuletzt sind umfassende und transparente Produkt-, Herstellungs- und Marktinformationen auch ein wesentlicher Aspekt, um gute Arbeit durchzusetzen. Stichwort: Corporate Social Responsibility (CSR) – die „gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen". DGB und Gewerkschaften haben aktuell in einem 10-Punkte-Papier zu CSR klare Positionen formuliert. Unternehmen müssen sich verbindlich dazu verpflichten, Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, zum dauerhaften Erhalt der Umwelt beizutragen und die Verbraucher zu schützen. Solche CSR-Selbstverpflichtungen dürfen aber **keine „Kosmetikmaßnahme" für Image und Profil der Unternehmen** bleiben.

Einen Wettbewerbsvorteil bei kritischen Verbrauchern sollte nur nachweislich sozial und ökologisch verantwortungsbewusst handelnden Unternehmen zu Gute kommen. Und dafür brauchen die Verbraucher entsprechende Informationen. Freiwillige Berichterstattung – und hier schließt sich der Bogen zum ViG – reicht nicht aus. Nur mit umfassender Transparenz und nur mit einer durch staatliche Institutionen **garantierten Überprüfbarkeit der Unternehmensauskünfte** können Kunden gut informiert sein und daraus folgend gut und nachhaltig konsumieren. Der geschützte und der mündige Verbraucher sind hierbei zwei Seiten derselben Medaille.

Der Gesetzgeber muss das ViG jetzt einer Funktionsanalyse unterziehen. Aus Sicht des DGB wären folgende Verbesserungen wichtige erste Schritte. Erstens: Der Informationszugang muss **kostenfrei** werden. Zweitens: Die Anfrageverfahren müssen **grundlegend abgekürzt** werden. Wenn Unternehmen gegen Lebensmittelvorschriften verstoßen, darf ihnen nicht eine zu lange Zeit eingeräumt werden, um auf Behördenanfragen zu antworten. Drittens: Bürokratische Hürden wie die ungeklärte Behördenzuständigkeit müssen **abgebaut** werden.

Darüber hinaus muss der Geltungsbereich des ViG dringend erweitert werden. Informationsrechte und Auskunftspflichten über Finanzmarktprodukte müssen einbezogen werden – denn bisher gilt das ViG nur für bestimmte Produkte wie Lebensmittel, Spielzeug oder Kosmetika. Zu neuen Regeln auf den Finanzmärkten gehört auch: Mehr Rechte für Verbraucher. Wir brauchen dringend einen TÜV für Finanzprodukte, eine klare Risikokennzeichnung sowie eine klare Information der Verbraucher über alle Kosten des Finanzprodukts – von Abschluss- und Verwaltungs- bis zu den Kapitalanlagekosten. Und wir brauchen einen Ausbau von Angeboten an unabhängiger Finanzberatung. Denn: Provisionsgetriebene Anlageberater sind die falschen Ratgeber. Eine verbraucher- und arbeitnehmerorientierte Finanzberatung muss durch qualifizierte Anlageberater durchgeführt werden. BankmitarbeiterInnen brauchen faire Gehälter, jedoch keine ausufernden Provisionsbestandteile in ihrem Einkommen. Dann wird endlich der Zwiespalt zwischen eigener Einkommensmaximierung und einer Risiken abwägenden Anlageberatung beendet. •

In beide Richtungen

Das noch von der grünen Verbraucherschutzministerin Renate Künast vorgelegte Verbraucherinformationsgesetz (ViG) trat im Mai 2008 unter der großen Koalition in Kraft.

Verbraucher haben durch das ViG Anspruch auf (Behörden-)Informationen zu bestimmten Produkten (derzeit Lebensmittel, Kosmetika und „Bedarfsgegenstände" wie Spielzeug).

Außerdem haben Behörden ihrerseits das Recht, aktiv über ihnen vorliegende und für VerbraucherInnen wichtige Sachverhalte zu diesen Produkten zu informieren – auch ohne Verbraucheranfrage.

Mehr zum ViG und zum 10-Punkte-Papier des DGB zu CSR:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

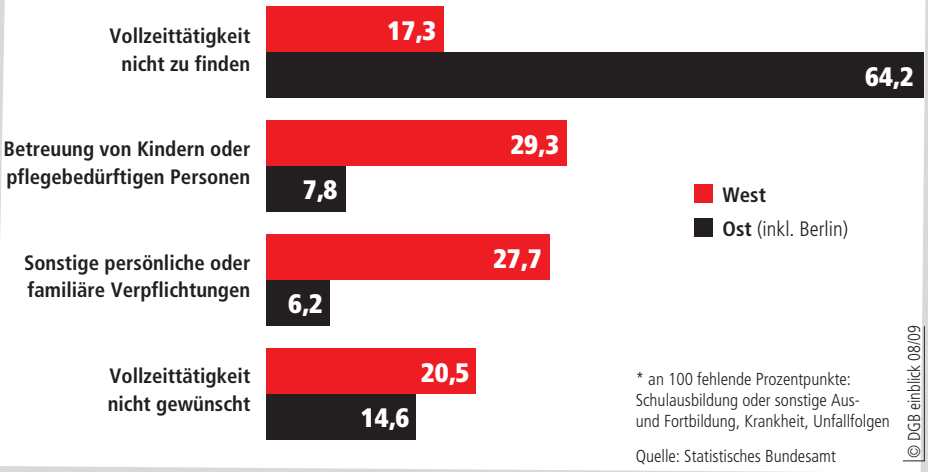
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

TEILZEIT: Im Osten überwiegend unfreiwillig

„Für die große Mehrheit der Betroffenen in Ostdeutschland ist Teilzeitarbeit offensichtlich eine Notlösung", kommentiert DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes: Denn fast zwei Drittel der Teilzeitbeschäftigten in den neuen Bundesländern und Berlin geben an, eigentlich Vollzeit arbeiten zu wollen – allerdings finden sie schlicht keine Vollzeitstelle. Der häufigste Grund für unfreiwillige Teilzeit im Westen: fehlende Kinderbetreuungsangebote.

Hauptgrund von Teilzeitbeschäftigten für die Teilzeittätigkeit (in Prozent)*



* an 100 fehlende Prozentpunkte: Schulausbildung oder sonstige Aus- und Fortbildung, Krankheit, Unfallfolgen

Quelle: Statistisches Bundesamt

© DGB einblick 08/09

personalien

••• Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat auf ihrem Gewerkschaftstag vom 25. bis 29. April einen neuen Vorstand gewählt – und dabei alle bisherigen Vorstandsmitglieder in ihrem Amt bestätigt. Alter und neuer Vorsitzender ist ***Ulrich Thöne,*** 57, der 78,6 Prozent der Delegiertenstimmen erhielt. Als stellvertretende Vorsitzende wurde ***Marianne Demmer,*** 62, wiedergewählt (65,4 Prozent). Demmer ist außerdem für den Organisationsbereich Schule zuständig. Die weiteren Mitglieder des Vorstands: ***Petra Grundmann,*** 51, (Arbeitsbereich Finanzen, 82,6 Prozent), ***Anne Jenter,*** 56, (Arbeitsbereich Frauenpolitik, 61,6 Prozent), ***Ilse Schaad,*** 60, (Arbeitsbereich Angestellten- und Beamtenpolitik, 86,3 Prozent), ***Norbert Hocke,*** 56, (Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit, 65,7 Prozent), ***Stephanie Odenwald,*** 59, (Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung, 83,5 Prozent), sowie ***Andreas Keller,*** 43, (Organisationsbereich Hochschule und Forschung, 92,4 Prozent).

••• ***Bernd Steinmann,*** 55, ist seit dem 1. Mai neuer Leiter der ver.di-Internetredaktion. Er folgt ***Hermann Schmid,*** 57, der in Altersteilzeit gegangen ist.

••• ***Dr. Erich Standfest,*** bis zu seinem Ruhestand im Jahr 2002 Leiter der Abteilung Sozialpolitik sowie Vorstandssekretär beim DGB-Bundesvorstand, ist im April im Alter von 66 Jahren verstorben. Standfest war über 30 Jahre für die deutschen Gewerkschaften aktiv: zunächst ab 1972 beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI), ab 1984 beim DGB-Bundesvorstand. Erich Standfest vertrat den DGB in diversen Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherungen – auch noch nach seinem Eintritt in den Ruhestand. „Wir verlieren mit Erich Standfest einen Menschen, der mit Leib und Seele Gewerkschafter war und sich stets für die sozialen Belange der Menschen eingesetzt hat", würdigte DGB-Vorstand Dietmar Hexel in einem Nachruf.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

14./15.5. DGB-Kapitalismuskongress „Umdenken – Gegenlenken", Berlin

15.-17.5. DGB-Jugend, Antragsworkshop zur Bundesjugendkonferenz, Berlin

16.5. DGB und EGB, Demonstration „Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen", Berlin

19./20.5. ver.di und Hans-Böckler-Stiftung, Potsdamer Forum für Führungskräfte, Potsdam

21.-24.5. GEW, Maimeeting 2009, Steinbach/Taunus

23.5. 13. Bundesversammlung – Bundespräsidentenwahl

26.5. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Innovation – ein Thema im Aufsichtsrat", Göttingen

Schlusspunkt.

„Was bitte macht diese Krise mit uns? Müssen wir gar zurück auf die Bäume? Oder reicht es, wenn wir die Entdeckung Amerikas rückgängig machen? Damit wäre dann immerhin Opel gerettet."

Thomas Becker, MDR 1 Radio Thüringen, in seinem „satirischen Wochenrückblick", 26. April.

Hartz IV

Lebensversicherung ist kein Vermögen

Eine Lebensversicherung muss nicht ohne weiteres zur Finanzierung des Lebensunterhalts eingesetzt werden. Der Versicherte darf das Geld behalten, wenn er damit nachweislich den Kauf oder den Erhalt eines Grundstücks finanzieren will.

Sozialgericht Koblenz,
Urteil vom 11. Februar 2009 - S 6 AS 734/07

Hartz IV

Verspätete Arbeitslosenhilfe verschont

Eine Nachzahlung von Arbeitslosenhilfe darf nicht als Einkommen oder Vermögen auf einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II (Hartz IV) angerechnet werden.

Sozialgericht Düsseldorf,
Urteil vom 9. März 2009 - S 35 AS 12/07

Taxischein

Bei Prüfung Hörgerät zulässig

Bei der Erteilung von Fahrerlaubnissen zur Fahrgastbeförderung an Schwerhörige müssen moderne Hörhilfen berücksichtigt werden.
Die bundesweit geltenden Begutachtungsleitlinien für die Kraftfahrereignung, die eine Messung des Hörverlustes ohne Hörhilfen vorschreiben, müssen im Lichte der neuen Entwicklung im Bereich der Hörgeräteakustik mit der Einführung volldigitaler Hörsysteme großzügiger ausgegelegt werden.

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 26. März 2009 - OVG 1 B 9.07

Änderungskündigung

Kann unverhältnismäßig sein

Eine verhaltensbedingte außerordentliche Kündigung, die mit dem Angebot der Weiterbeschäftigung in einer niedrigeren Entgeltgruppe verbunden wird, ist nicht rechtens. Sie verstößt gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, da zwischen dem Verhalten (Vertragsstörung) und der Herabgruppierung kein innerer Zusammenhang besteht.

Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Urteil vom 10. März 2009 - 7 Sa 31/08

Gleichbehandlung

Frauen bei Rente nicht bevorzugen

Eine gesetzliche Regelung, die vorsieht, dass Frauen ein Recht auf Eintritt in den Ruhestand mit einem anderen Alter als Männer und unter anderen Voraussetzungen in Bezug auf die erforderliche Mindestdienstzeit haben, verletzt den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen.
Eine solche Regelung leistet nicht nur keinen Beitrag zur Lösung der Probleme der Frauen im Beruf, sondern fördert sogar ihr Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt.

Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 16. März 2009 - C-559/07

Unfallversicherung I

Brötchen holen nicht versichert

Wer den Weg zur Arbeit unterbricht, um sich Verpflegung zu holen, genießt dabei nicht den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Der Fall: In der Frühe verließ die Arbeitnehmerin das Haus, um mit ihrem PKW zur Arbeitsstelle zu fahren. Vor dem Fahrtantritt ging sie in die gegenüber der Wohnung gelegene Metzgerei. Nach dem Einkauf einer Brotzeit für die Arbeit rutschte sie bei Glatteis auf dem Weg zu ihrem PKW im Hof der Metzgerei aus. Dabei brach sie sich das rechte Schien- und Wadenbein. Der als Zugang zur Metzgerei dienende Hof grenzt unmittelbar an die Dorfstraße an. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Die Arbeitnehmerin hat keinen Arbeitsunfall erlitten; denn nur der direkte Weg zur Arbeit ist versichert. Die Frau befand sich zum Zeitpunkt des Unfallereignisses nicht auf dem Weg von ihrer Wohnung zu ihrer Arbeitsstätte, sondern auf dem Hofgelände der Metzgerei und damit auf dem Rückweg vom Einkauf zu dem üblichen Hinweg zur Arbeit. Dieser eingeschobene Weg zum und vom Einkauf ist nicht dem versicherten Weg von der Wohnung zum Betrieb zuzurechnen. Die konkrete Verrichtung zum Unfallzeitpunkt „Überqueren des Hofbereichs nach dem Erwerb der Brotzeit" steht in keiner sachlichen Beziehung zum versicherten Zurücklegen des Weges zur Arbeitsstätte.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 2. Dezember 2008 – B 2 U 15/07 R

Unfallversicherung II

Helfer steht unter Versicherungsschutz

Wer auf einem Spielplatz in Absprache mit der Mutter einem Kind hilft und sich dabei verletzt, kann unter den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung fallen.

Der Fall: Der zum Unfallzeitpunkt 14jährige wollte auf einem Spielplatz einem fünfjährigen Mädchen helfen. Das Kind war hinter einen Metallzaun auf das anliegende Betriebsgelände geraten und kam aus eigener Kraft nicht wieder auf den höher gelegenen Spielplatz zurück. Es gelang dem jungen Helfer in Absprache mit der Mutter des Mädchens zwar, über den Zaun zu klettern und das laut weinende Kind wieder zu seiner Mutter zu bugsieren. Beim anschließenden Zurückklettern blieb der 14jährige aber unglücklich mit der Hand hängen und verletzte sich dabei so schwer, dass ihm Ärzte im Krankenhaus den rechten Mittelfinger amputieren mussten. Seine Klage auf Anerkennung des Unfalls als Arbeitsunfall hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Der Jugendliche kann zwar nicht als Nothelfer angesehen werden; denn es hat keine erhebliche gegenwärtige Gefahr für die körperliche oder seelische Gesundheit des Mädchens bestanden. Ihm kommt trotzdem Versicherungsschutz zu, weil er mit seiner Hilfsaktion für die Mutter des Mädchens wie ein abhängig Beschäftigter tätig geworden ist. Die kurze Dauer und der geringe – wirtschaftliche – Wert der Hilfeleistung stehen nicht entgegen. Über unversicherte Hilfeleistungen wie Anschwung geben, Auffangen eines Kindes nach einem Sprung oder Trösten eines Kleinkindes nach einem Sturz ist das Handeln des Jugendlichen nach Art und Umfang deutlich hinausgegangen.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Urteil vom 27. Januar 2009 –L 15 U 37/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 25.05.2009 9/09

DGB

Am 16 Mai demonstrierten in Berlin 100 000 Menschen, darunter EGB-Generalsekretär John Monks, der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, Grünen-Fraktionsvorsitzende Renate Künast und der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske (v.l.n.r.).

Krise bekämpfen

Das war erst der Auftakt

Es waren erfolgreiche drei Tage, mit denen die Gewerkschaften in Deutschland ein deutliches Signal gesetzt haben: Der DGB-Kapitalismuskongress am 14. und 15. Mai und die Großdemonstration von DGB und Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) am 16. Mai in Berlin mit 100 000 DemonstrantInnen haben klar gezeigt: Ein „Weiter so", eine Rückkehr zur Tagesordnung darf es nach dieser Krise nicht mehr geben.

Doch genau das scheint bei vielen in Politik und Wirtschaft noch nicht angekommen zu sein. Es gebe „unglaublich viele kleine Anzeichen dafür, dass in Wahrheit nicht viel geändert werden soll", meint der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Beispiel G20: Es sei „bizarr", mit welchem Aufwand Wirtschaftsgipfel vorbereitet und andererseits mit wie viel Elan ihre Ergebnisse nicht umgesetzt würden, kritisiert Sommer mit Blick auf die Beschlüsse des Londoner G20-Gipfels.

In den kommenden Wochen und Monaten wird es deshalb darum gehen, die Umsetzung der diversen Versprechen aus Politik und Wirtschaft konsequent einzufordern. „Wir wollen den Elan des erfolgreichen Kapitalismus-Kongresses und der beeindruckenden Großdemonstration ins Land tragen", erklärt Sommer. Es gelte jetzt, „vor Ort und in Berlin Druck auf Politik, Wirtschaft und Arbeitgeber auszuüben mit den Zielen, Massenentlassungen zu vermeiden, Finanzmärkte zu regulieren, eine neue Wirtschaftsordnung zu schaffen und die enormen Kosten der Krisenbewältigung von denen zahlen zu lassen, die uns die Misere eingebrockt haben." Er habe den Eindruck, „dass einige führende Politiker begriffen haben, dass der DGB und seine Einzelgewerkschaften mit diesen Zielen machtvoll die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung vertreten. Diese Chance gilt es zu nutzen".

Und Gelegenheit dafür gibt es genügend – nicht nur national, sondern vor allem auch auf europäischer und internationaler Ebene. Schon die Europawahl am 7. Juni bietet allen Bürgerinnen und Bürgern die Chance, ein Zeichen für die soziale Bewältigung der Krise zu setzen – ebenso wie die Bundestagswahl im September.

Und auch international geht das „Krisenmanagement" weiter. Ab dem 3. Juni findet in Genf die Jahreskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) statt. „Wir werden auf der ILO-Konferenz einen globalen Pakt für Jobs verhandeln", kündigte Guy Ryder, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), an. Außerdem sind Anfang Oktober 120 Gewerkschaftsvorsitzende aus aller Welt zur IGB-Exekutive zu Gast in Berlin: die beste Gelegenheit, das internationale gewerkschaftliche Krisenmanagement weiter voranzutreiben. •

Foto: DGB/Michael Hermann Ebner

plusminusBERLIN

+ ***Frank Spieth (DIE LINKE) erinnert anlässlich der Debatten um Praxisgebühr und Zuzahlungen an den von Deutschland ratifizierten UN-Sozialpakt, der „ärztliche Betreuung für alle" garantiert. Das könnten sich wegen diverser Zuzahlungen jetzt schon nicht mehr alle leisten.***

– ***Ungeachtet staatlicher Milliardenbürgschaften, für die letztlich alle Steuerzahler aufkommen, bleibt die CDU beim Nein zu einer Vermögensabgabe. CDU-Wirtschaftsexperte Michael Meister fürchtet gar „Umverteilung" von oben nach unten. Die führe dazu, „dass wir alle am Ende ärmer sind".***

inhalt

Seite 2/3
Druck gemacht
Die Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbunds und die DGB-Demo am 16. Mai in Berlin waren ein voller Erfolg: Europaweit demonstrierten Hunderttausende

Seite 4
Jobpotenziale nutzen
Den sozialen Dienstleistungen droht ein Fachkräftemangel. Der DGB fordert bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen in der Branche

Seite 6/7
Umdenken, Gegenlenken
Die Doppelseite zum DGB-Kapitalismuskongress: ein Überblick über Themen, Inhalte und Debatten

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.fair-heisst-mehr.de
Neue ver.di-Kampagne für faire Löhne im Handel

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DGB: 60 Jahre Grundgesetz aus gewerkschaftlicher Sicht

EUROPÄISCHE AKTIONSTA

Brüssel

Madrid

„SOZIAL UNRUHIG“

Mehr als 330 000 Demonstranten setzen in Madrid, Brüssel, Prag und Berlin im Rahmen der Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) vom 14. bis 16. Mai ein deutliches Zeichen dagegen, dass die Lasten der Krise den ArbeitnehmerInnen aufgebürdet werden.

+++ Auftakt nach Maß: 150 000 Menschen demonstrieren zu Beginn der Aktionstage am 14. Mai in Madrid für ein soziales Europa. Dass so viele Menschen gerade in Spanien auf die Straße gehen, verwundert nicht. Das Land hat mit 17,4 Prozent die höchste Arbeitslosenquote Europas. Die geplatzte Immobilienblase macht vor allem Bauarbeiter arbeitslos. **+++** Zwischen 150 000 und 200 000 Menschen hatte der EGB insgesamt zu den geplanten vier Demos erwartet – tatsächlich demonstrieren an den drei Tagen **europaweit mehr als 350 000 Menschen** – in **Brüssel gehen 50 000** auf die Straße, in **Prag 30 000** und in **Berlin 100 000**. Und nicht nur dort – auch in **Bukarest, Luxemburg** und **Birmingham** protestieren die Menschen dagegen, dass in Folge der Krise die Armut wächst und die Arbeitslosigkeit steigt. **+++** Falls die Kanzlerin am 16. Mai vormittags im Dienst war, hat sie rot gesehen: Der Washingtonplatz vorm Berliner Hauptbahnhof, gegenüber vom Kanzleramt auf der anderen Spreeseite, ist an diesem Tag in **ein Meer von roten Gewerkschaftsfahnen** getaucht ***(Foto 14)***. Zehntausende haben sich dort, einem Startpunkt der zwei Demonstrationszüge, versammelt, um unter dem Motto **„Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen“** einen grundlegenden Politikwechsel zu fordern. **+++** Mehr als 40 000 TeilnehmerInnen reisen allein in den **17 Sonderzügen und rund 600 Bussen** an, die der DGB gechartert hat. Fast alle stehen mitten in der Nacht auf, um rechtzeitig einzutreffen. Pech für die Demonstranten, die mit dem Sonderzug aus Bonn kommen. Mit großer Verspätung – zwölf Minuten vorm Ende – treffen die Demonstranten bei der Hauptkundgebung an der Siegessäule ein. **+++** Eine noch weitere Anreise haben viele GewerkschafterInnen, die **aus europäischen Nachbarländern,** aus den Niederlanden, Frankreich, Belgien, der Schweiz oder Polen ***(Foto 5)*** gekommen sind, um gemeinsam mit ihren deutschen KollegInnen zu demonstrieren. Sie alle wollen ebenso wie die deutschen GewerkschafterInnen, die an den Protesten in Brüssel oder Prag teilnehmen, zeigen: Die Krise lässt sich nur international lösen, Protektionismus ist keine Lösung, wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. „Ich demonstriere in Berlin“, erklärt stellvertretend für sie **Agnes Jongerius,** die Vorsitzende der niederländischen FNV, bei der Hauptkundgebung, „weil ich solidarisch mit allen europäischen Gewerkschaften für ein soziales Europa mit menschenwürdigen Jobs kämpfe“. **+++ Schaeffler, Conti oder Volkswagen:** Aus vielen Unternehmen, in denen die Beschäftigten längst die Krise – durch Auftragseinbrüche, drohende Insolvenz, Entlassungen oder Kurzarbeit – am eigenen Leib spüren, sind ganze Betriebsgruppen angereist. **+++** Neben GewerkschafterInnen demonstrieren auch VertreterInnen von **Erwerbsloseninitiativen, Wohlfahrtsverbände**n oder **sozialen Bewegungen** wie dem globalisierungskritischen Netzwerk attac, SchülerInnen mobilisieren für den Bildungsstreik im Juni, auch eine kleine Gruppe Autonomer hat sich in den Demo-Zug eingereiht. **+++** So verschieden wie die TeilnehmerInnen sind, so vielfältig sind auch ihre **Transparente und Protestformen.**

Fotos: R. Graef (6), A. Graef (5), DGB/ Michael Hermann Ebner (3), EGB (3)

GE 14.-16. Mai 2009

Prag

Fotos 1-14: Momentaufnahmen von der Demonstration am 16. Mai in Berlin

Viele artikulieren mit selbst entworfenen Plakaten ihre Wut über die derzeitige Politik. Die **ver.di-Jugend** trägt in einem blumengeschmückten Sarg den **Kapitalismus symbolisch zu Grabe** ***(Foto 11)***: „Seine Zeit war gekommen." **IG Metall-Jugendliche** werben für die „Operation Übernahme", in der sich Azubis organisieren, die in Folge der Krise nach der Ausbildung von ihrem Betrieb nicht übernommen werden. Und die IG BAU hat den **„Kapitalismuskritikhammer"** mit nach Berlin gebracht ***(Foto 8)***. **+++ „Soziale Unruhe statt unsoziale Ruhe"**, fordert ein Demonstrant. Die von Michael Sommer vor einigen Wochen vorhergesagten Unruhen in Folge der Krise, herbe von Politik und Medien kritisiert, werden von vielen aufgegriffen. Offensiv bekennen sie: **„Wir sind sozial unruhig."** Ein Sticker der Gewerkschaftsjugend, der das verkündet, wird zum Renner. Ob Gewerkschaftsvorsitzender oder Jugendvertreterin: Sie alle heften sich den Button an die Brust. Selbst SPD-Vorsitzender Franz Müntefering ***(Foto 6)*** oder die zahlreich auf der Demo vertretene grüne Prominenz – von Fraktionschefin Renate Künast bis zum Parteivorsitzenden Cem Özdemir – bekennen sich zur „sozialen Unruhe". **+++ Mit deutlichen Worten** treffen die Redner bei der Hauptkundgebung den Nerv der meisten Demonstranten. Der DGB-Vorsitzende **Michael Sommer** wirft der Politik vor, im Kampf gegen die Krise bisher versagt zu haben. Nicht nur Hedgefonds oder Kreditspekulanten wären verantwortlich. Schuld seien auch „jene Politiker in Deutschland und Europa, die ihnen auf den Leim gegangen sind, **die alle Schleusen für Voodoo-Geldgeschäfte geöffnet und dabei jeden Schutzdamm gegen die grenzenlose Gier eingerissen haben"**. Deutschland brauche ein drittes Konjunkturprogramm – und zwar jetzt, nicht erst nach der Bundestagswahl. Es müsse außerdem dafür gesorgt werden, dass sich eine solche Krise niemals wiederholen könne, betont Sommer. **+++ Berthold Huber,** Erster Vorsitzender der IG Metall, fordert einen **„Schutzschirm für Beschäftigte und Betriebe",** den die Politik mit Krediten, Bürgschaften und öffentlichem Beteiligungskapital bilden müsse. „Viele Betriebe stehen vor dem Aus, wenn die Politik nicht eingreift. Hunderttausende von Existenzen stehen auf dem Spiel", stellt Huber fest. Er appelliert an Bund und Länder, „die Industrie und die Arbeitsplätze nicht absaufen zu lassen". **+++** Für den ver.di-Vorsitzenden **Frank Bsirske** handelt es sich um eine **„Krise des Kapitalismus von wahrhaft historischem Ausmaß".** Bsirske beklagt eine „ungeheure Umverteilung von unten nach oben". So sei es richtig, dass Banken vom Staat gestützt würden. Dabei müsse aber gelten: **„Keine Leistung ohne Gegenleistung!"** Im Gegenzug müsse der Staat mehr Einfluss auf deren Geschäftspolitik bekommen. Mit Blick auf die kommenden Wahlen fordert Bsirske: **„Keine Stimme den Hungerlohn-Lobbyisten"** – also für die Parteien, die sich konsequent der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn verschließen. **+++** „Auch ich habe früher gern auf das Bild vom Casino-Kapitalismus zurückgegriffen", erklärt der EGB-Generalsekretär **John Monks.** „Doch dann stellte ich fest, dass **Casinos ehrlicher betrieben und auch effektiver reguliert werden als so manche Bank."** Monks kritisiert das derzeitige Krisenmanagement der EU-Eliten und fordert einen neuen Sozialpakt für Europa. **+++„Hunderttausend sind noch nicht genug, wir müssen Millionen werden",** sagt der IG BAU-Vorsitzende **Klaus Wiesehügel** und ruft die Demonstranten auf: „Geht zurück in eure Betriebe und redet mit euren Kollegen, die heute nicht hier sind." Er mahnt: „Wenn wir keinen Widerstand leisten, dann wird der Staat geplündert. Dann setzen sich die durch, die wollen, dass alles so weitergeht wie bisher, und die dafür auch noch Geld vom Staat verlangen. Für diese Schulden müssen wir und unsere Kindeskinder aufkommen. Das ist kein Staat, wie wir ihn wollen, das ist auch keine Politik, die wir akzeptieren." **+++**

kurz&bündig

Die DGB-Kampagne zur Alterssicherung („Rente muss zum Leben reichen") ist von der Fachzeitschrift Werben&Verkaufen in der Rubrik „Effizienz von Plakaten" unter den Top-Ten-Kampagnen in Deutschland gelistet worden (Platz 7).

Die Homepage der IG BCE-Jugend präsentiert sich seit der Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft (8. bis 10. Mai in Halle/Saale) in neuem Design. Der Clou der „neuen Optik": Je nach „Saison" und Jahreszeit präsentiert sich das Online-Angebot in verschiedenen Farben.
www.igbce-jugend.de

Kurzarbeit

So geht's

Das Archiv „Betriebliche Vereinbarungen" der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) hat in einer aktuellen Übersicht über 30 Betriebsvereinbarungen zum Thema „konjunkturbedingte Kurzarbeit" aus den letzten 14 Jahren ausgewertet.

Das Papier der HBS zeigt: Es gibt für die betrieblichen Akteure und die ArbeitnehmervertreterInnen auch in Krisenzeiten diverse Möglichkeiten, die Kurzarbeitsregelungen konstruktiv und für jeden Betrieb und jedes Unternehmen individuell zu gestalten. So umfassen die ausgewerteten Betriebs- und tariflichen Vereinbarungen etwa Regelungen zu Zuschüssen aufs Kurzarbeitergeld, zur Beteiligung des Betriebsrats bei Entscheidungen über Kurzarbeit, zum Thema „Kurzarbeit und Qualifizierung" sowie zum Umgang mit Leiharbeit in Kurzarbeitsphasen.

Außerdem hat das HBS-Archiv eine weitere aktuelle Auswertung von Betriebsvereinbarungen zum Thema Videoüberwachung am Arbeitsplatz veröffentlicht. •

www.einblick.dgb.de/links

Soziale Berufe

Jobpotenziale nutzen

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit hat in einer aktuellen Analyse den Arbeitsmarkt und die Verteilung der offenen Stellen im letzten Quartal 2008 genauer unter die Lupe genommen. Eines der Ergebnisse: In industriellen Branchen und bei sozialen Dienstleistungen sind nahezu gegenläufige Entwicklungen zu beobachten. Während sich in den Bereichen Metall, Maschinenbau, Elektro und Fahrzeugbau laut IAB die Zahl der offenen Stellen im Vergleich zum Vorjahr halbierte, stieg sie bei den sozialen Dienstleistungen um ein Drittel.

Damit gehörten die sozialen Berufe im Herbst 2008 erstmals zu den „Top 5" beim Arbeitskräftebedarf – eine Liste, zu der sonst vor allem Ingenieurberufe zählten. Laut einer IAB-Befragung erwarten viele Betriebe im Bereich der sozialen Dienstleistungen einen „steigenden Bedarf, aber auch Personalengpässe".

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach forderte angesichts der IAB-Ergebnisse eine ordentliche Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für soziale Berufe – nur so könne die Branche mehr und geeignete Fachkräfte gewinnen. „Gerade in der Krise können wir es uns nicht erlauben, Jobpotenziale bei den sozialen Berufen ungenutzt zu lassen", erklärte Buntenbach. •

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Wechseln Sie jetzt zur Nr.1
in der privaten Krankenversicherung!

erfahren. sicher. günstig.

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18
56058 Koblenz
Telefon (0261) 498-0
www.debeka.de

Debeka

„Für Arbeitnehmerinteressen einstehen"

Aufsichtsrat des Monats

Aufsichtsrätin des Monats im Mai ist **Alexandra Krieger.** Hauptberuflich leitet sie das Wirtschaftsreferat I in der Abteilung Mitbestimmungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung – eine echte Mitbestimmungsexpertin also. Zu ihren Arbeits- und Forschungsschwerpunkten gehört unter anderem Unternehmensfinanzierung über den Kapitalmarkt und Finanzinvestoren. Seit April 2008 ist Krieger Mitglied im Aufsichtsrat der Commerzbank AG. Unternehmensmitbestimmung sei deshalb so wichtig, weil dadurch Arbeitnehmerinteressen institutionell vertreten würden und „nicht jeder einzelne selbst für seine Interessen einstehen muss", sagt Krieger. Das komplette Porträt auf der Homepage zur Aktion „Aufsichtsrat des Monats": *www.dgb.de/aufsichtsrat*

Bad Banks

Stresstest gefordert

Das vom Bundeskabinett beschlossene Konzept zur Einrichtung so genannter Bad Banks sei „in dieser Form unzureichend, die Bankenkrise zu lösen", kritisierte DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. Grundsätzlich seien die Gewerkschaften dafür, den Banken zu helfen – aber nicht bedingungslos. Matecki forderte unter anderem einen „Stresstest" für Not leidende Banken: Erst bei offenen Büchern und transparenter Gläubigerstruktur könne entschieden werden, „welche Bank systemrelevant ist und gerettet werden muss".

Außerdem kritisierte Matecki die Anleihe, die der Bund den Bad Banks garantiert. Sie soll aus der Verwertung der „Schrottpapiere" finanziert werden. Laufe diese Verwertung schlecht, würden die SteuerzahlerInnen die Lasten tragen. •

interregio

••• Der ***DGB Sachsen*** lädt am 9. Juni zu einem ***Koordinationstreffen*** ins Dresdner Gewerkschaftshaus ein, bei dem ein „Bündnis für Mobilitätstickets in Sachsen" geschmiedet werden soll. Vorbild ist das Land Brandenburg, wo es seit 2008 Mobilitätstickets für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gibt. Mit den subventionierten und preisgünstigen Tickets soll sozial und finanziell Schwächeren, wie etwa Hartz-IV-EmpfängerInnen, die Benutzung des ÖPNV erleichtert werden.

www.dgb-sachsen.de

••• Der ***DGB NRW*** setzt seine kürzlich gestartete ***Veranstaltungsreihe*** „Düsseldorfer-Krisen-Gespräche" fort: Am 26. Mai diskutieren GewerkschafterInnen mit VertreterInnen aus Politik und Wirtschaft beim inzwischen dritten „Krisengespräch" gewerkschaftliche Impulse zum Thema „Perspektiven für Europa". Mit dabei ist unter anderem der stellvertretende EGB-Generalsekretär Reiner Hoffmann.

www.nrw.dgb.de

Buch

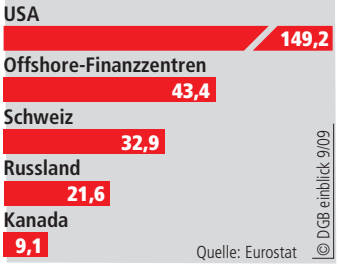
Erfolgssystem

Gerade frisch aus der Druckerpresse kommt ein Sammelband zur Mitbestimmungspolitik in Deutschland aus dem Schüren Verlag. „Never change a winning system – Erfolg durch Mitbestimmung" ist der Titel, DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel der Herausgeber. Der Redaktion des Bandes, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DGB-Bundesvorstands, ist mit der Zusammenstellung der Beiträge und AutorInnen ein umfassender Überblick gelungen: Ob Industrie- oder Dienstleistungsgewerkschaft, ob betriebliche Praxis oder überbetriebliche Projekte, ob Unternehmens- oder betriebliche Mitbestimmungsgremien – alle wichtigen und aktuellen mitbestimmungspolitischen Debatten und Schwerpunkte der Gewerkschaften werden in dem Band angesprochen. Eine Leseprobe gibt es online unter: *www.einblick.dgb.de/links* •

Dietmar Hexel (Hrsg.): Never change a winning system – Erfolg durch Mitbestimmung, Schüren Verlag, Marburg 2009, 160 Seiten, 14,90 Euro.

Offshores auf zweitem Platz

Die fünf wichtigsten, nicht zur EU gehörenden Empfänger von Direktinvestitionen (DI) aus der EU-27 (DI in Milliarden Euro)



Im Jahr 2008 flossen aus der Europäischen Union 28 Prozent weniger Direktinvestitionen (DI) in Drittländer als noch 2007 – auch eine Folge der Krise. Nach der Definition von Eurostat sind DI solche Investitionen, mit denen sich Unternehmen aus EU-Staaten Beteiligungen an Unternehmen in Nicht-EU-Staaten sichern. Auf Platz zwei der DI-Flüsse liegen – wie auch 2007 – immer noch so genannte Offshore-Finanzzentren. EU-Unternehmen „investierten" also am zweithäufigsten in Ländern wie Liechtenstein, Andorra, den Bahamas oder den Jungferninseln.

Beteiligung macht stark

Nach rund drei Jahren intensiver Arbeit findet ein weiteres Projekt der gewerkschaftsübergreifenden Initiative Trendwende seinen Abschluss: Die Beteiligten des Projekts „Mitbestimmung & Teilhabe" werden am 25. Juni in Hannover ihre Ergebnisse präsentieren.

Darüber hinaus sollen auf der Abschlussveranstaltung unter dem Motto „Beteiligung MACHT stark" Erfahrungen über Partizipation in Betrieb und Gewerkschaft ausgetauscht werden. Perspektiven einer auf Beteiligung ausgerichteten Mitbestimmung sind ein weiterer Schwerpunkt der Diskussionen.

Bereits einen Tag vor der Abschlussveranstaltung, am 24. Juni, findet ebenfalls in Hannover das Mitbestimmungsforum 2009 von DGB und Hans-Böckler-Stiftung statt.

Wer über Zukunft und Perspektiven der Mitbestimmung diskutieren will – für den heißt es also im Juni: ab nach Hannover.

Im Internet
www.beteiligung-macht-stark.de
Alle Infos zu den Veranstaltungen online

DGB-KAPITALISMUSKONG

Kapitalismuskongress

Umdenken, Gegenlenken

Fünf Monate Vorbereitung, über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – und am Ende ein voller Erfolg: Unter dem Motto „Umdenken – Gegenlenken" fand am 14. und 15. Mai in Berlin der DGB-Kapitalismuskongress statt. einblick gibt einen Überblick über Themen, Inhalte und Debatten.

„Wir haben mit dem Umdenken begonnen und werden nicht locker lassen, bis ernsthaft gegengesteuert wird", erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in seiner Abschlussrede zum Kongress. Zwei Tage intensiver Debatten in diversen Themenforen und im Plenum lagen da hinter den TeilnehmerInnen. „Es wäre vermessen, jetzt die vielen Diskussionen zusammenzufassen und Ergebnisse zu verkünden", betonte Sommer. Und gab ein Versprechen: Die Gewerkschaften und der DGB würden die Diskussionen „sorgfältig auswerten, Schlussfolgerungen ziehen und in aktive Politik einmünden lassen".

Ein Prozess, der nicht hinter verschlossenen Türen stattfindet: Inzwischen sind alle Diskussionen des Kongresses protokolliert – alle Interessierten können sie auf der Homepage zum Kongress abrufen und sich ein eigenes Bild machen (www.kapitalismuskongress.de).

Über eines waren sich alle TeilnehmerInnen des Kongresses einig: Ein „Weiter so" darf es nicht geben – in vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft braucht es einen grundsätzlichen Wandel. Je länger damit gewartet werde, desto fataler würden die Folgen der Krise, erklärte Sommer. Er forderte eine grundlegende und umfassende Systemänderung hin zu „einem dritten Weg als Alternative zum Neoliberalismus". „Wir wollen eine politisch kontrollierte und sozial verpflichtete Marktwirtschaft", sagte Sommer. Dazu gehöre Demokratie in Staat und Ökonomie.

Eine Absage erteilte Sommer der geplanten „Schuldenbremse" für die öffentlichen Haushalte. Wenn nicht fiskal- und verteilungspolitisch umgesteuert werde, würden die finanziellen Folgen der Krise die Staatshaushalte faktisch handlungsunfähig machen und zusätzlichen Druck auf Sozialsysteme und Öffentliche Daseinsvorsorge aufbauen. „In dieser Situation eine Schuldenbremse ins Grundgesetz zu schreiben, halten wir für verantwortungslose Augenwischerei", erklärte Sommer zum Kongressabschluss. Der DGB-Bundesvorstand hatte zum Kongress ein Thesenpapier mit insgesamt zwölf Punkten veröffentlicht. •

„In der Krise ist es wichtiger denn je, dass uns die Solidarität nicht verloren geht."
Namrata Bali, Vorstandsmitglied der indischen Gewerkschaft SEWA (Self Employed Women's Association), war nur eine von vielen internationalen TeilnehmerInnen des Kongresses

THEMEN UND ZITATE

In fünf Themenforen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses ***Alternativen zum Kasino-Kapitalismus und Neoliberalismus.*** *Am ersten Kongresstag analysierten die fünf Foren den Status Quo, am zweiten Tag ging es um gewerkschaftliche und gesellschaftliche Handlungsoptionen.*

+++ Forum 1 trug den Titel „Verantwortung statt Gier" – Schwerpunkte waren unter anderem Mitbestimmung, Mitarbeiterbeteiligung und Regulierung. **+++** „Die Krise hat nichts mit individuellem Versagen oder Gier zu tun, sondern mit der Dominanz der Finanzmärkte, gekennzeichnet von weit reichender Deregulierung", äußerte in Forum 1 Prof. Eckard Hein von der Hochschule für Wirtschaft und Recht (Berlin). **+++ Forum 2** beschäftigte sich mit dem Thema „Investition statt Spekulation". **+++** Ein Ansatz aus Forum 2: Investitionen müssen eine ökologische, soziale und nachhaltige Wirtschaft im Interesse der Menschen fördern. **+++ Forum 3** diskutierte die Forderung „Politik statt Markt". **+++** Im Zentrum der Diskussionen in Forum 3: Erhalt und Ausbau der Öffentlichen Daseinsvorsorge. Die müsse „immer wieder neu defi-

?...nachgefragt

Wenn der Staat – auch im Angesicht der Krise – handlungsfähig bleiben will, muss er den finanzpolitischen Spielraum dafür haben. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki kritisiert deshalb die geplante Schuldenbremse bei Bund und Ländern scharf. „Stoppt die Schuldenbremse, sie bremst die Zukunft aus", meint Matecki – im *einblick* erklärt er, warum.

Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt wird dieser Tage in Bundestag und Bundesrat über eine Grundgesetzänderung verhandelt, die das Gesicht der Republik verändern wird. Das Verbot nahezu jeglicher Kreditfinanzierung, die so genannte Schuldenbremse, behindert eine kluge Haushaltspolitik. Wird dieses Schuldenverbot durchgesetzt, verhindert es über Jahre hinaus eine demokratische und soziale Politik. Zudem bedeutet die Schuldenbremse einen verfassungsrechtlich hoch bedenklichen Eingriff in die Länderhoheit.

Sicher ist: Die Schuldenbremse bremst keine Schulden. Sie nimmt dem Staat eine wesentliche Möglichkeit, auch in krisenfreien Zeiten Innovationen anzustoßen und infrastrukturell für die Zukunft vorzusorgen. Außerdem werden Sparorgien folgen, die zu Lasten der gesellschaftlich Benachteiligten und der ArbeitnehmerInnen gehen. Um die Staatsfinanzen langfristig zu sanieren, müssen die Einnahmen erhöht werden, statt sich arm zu sparen. Daher muss die grundgesetzliche Regelung der Schuldenbremse gestoppt werden.

Fotos: DGB/Simone M. Neumann (6), DGB/Susann Loessin

Interview

„Sagen, was wir wollen“

Das herrschende Finanzsystem hat versagt. Notwendig sind grundlegende Reformen und politischer Druck, um sie durchzusetzen. Das meint im einblick-Interview ***Sony Kapoor,*** *Geschäftsführer der international tätigen Denkfabrik Re-Define, die sich der Reform des Finanzsystems verschrieben hat. Kapoor hielt auf dem Kapitalismuskongress das Eröffnungsreferat.*

■ **Sie waren selbst Investmentbanker, jetzt sind Sie einer der schärfsten Kritiker des Finanzsystems. Warum haben Sie die Seiten gewechselt?**

■ *Weil mir sehr schnell klar war, dass das System nicht stabil und nicht nachhaltig ist. Das Konzept ist bizarr: Private-Equity-Gesellschaften kaufen für kleines Geld große Firmen – und lassen die Belegschaft den Kaufpreis bezahlen. Hier werden surreale Geschäfte mit realen Menschen zu deren Nachteil betrieben.*

■ **Was treibt die Banker an: Gier, kriminelle Energie oder strukturelle Verantwortungslosigkeit?**

■ *Es sind die Anreize, es ist das Geld. Je größer der Deal, desto höher der Verdienst. Du kriegst ein paar Millionen Dollar für den Job, und wenn du erfolgreich bist, das Doppelte. Und das ohne persönliches Risiko. Im schlimmsten Fall verliert man seinen extrem hoch dotierten Job, steigt aus und schreibt ein Buch.*

■ **Es wird viel über eine Reform der Finanzmärkte debattiert, doch kaum etwas getan. Sehen Sie zumindest Erfolg versprechende Ansätze?**

■ *Noch nicht. Jeder, der einen gesunden Menschenverstand besitzt, sieht, was getan werden muss: Wir brauchen Stabilität, transparente und einfachere Finanzprodukte, eine höhere Besteuerung der Bankengewinne. Jeder weiß, was zu tun ist, keiner tut's. Es mangelt an politischem Willen.*

■ **Was sollten die Gewerkschaften tun?**

■ *Wir sagen immer, wogegen wir sind. Wir müssen sagen, wofür wir sind, was wir wollen. Die Gewerkschaften und die Linke müssen eine Vision entwickeln, müssen sagen, welchen Kapitalismus sie wollen.*

niert, immer wieder neu erkämpft“ werden, meinte Referentin Christina Deckwirth von der Nicht-Regierungsorganisation WEED. **+++ Forum 4** trug den Titel „Fair statt prekär“ – Leiharbeit und atypische Beschäftigung sowie gute Arbeit als Alternative standen im Mittelpunkt. **+++** Zwei Forderungen aus Forum 4 zur Leiharbeit: „Gleiche Arbeit, gleiches Geld“ sowie „Begrenzt die Überlassungszeit“ **+++** Forum 5 diskutierte „Teilhabe statt Ausgrenzung“ – unter anderem zu bildungspolitischen Fragen. **+++** Mit Blick auf die herrschende Chancenungleichheit stellte Buchautorin Julia Friedrichs, Referentin in **Forum 5,** fest: „Wir leben in einem Feudalsystem.“ **+++** Alle Protokolle, die Kongresszeitung, Statements, Videos, Bildergalerien: *www.kapitalismuskongress.de*

„Wenn die Bundeskanzlerin sagt, sie möchte die soziale Marktwirtschaft in die Welt tragen, dann fragen wir sie doch mal, wann sie in Deutschland damit anfängt.“

Heiner Flassbeck, Chef-Volkswirt bei der UNO-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD), diskutierte im ersten Kongress-Plenum

„Diejenigen, die die Krise verursacht haben, sichern sich gerade den Zugriff auf die Steuereinnahmen der nächsten Generation.“

Harald Schumann, Journalist beim Berliner Tagesspiegel und Moderator des Eröffnungsplenums des Kongresses

„Hot steel, hot hearts“: Die rund 2500 Beschäftigten von Eko Stahl sind alarmiert: Die Konzernmutter Arcelor-Mittal will am Standort Eisenhüttenstadt die Produktion stark einschränken. IG Metall und Betriebsrat fürchten deshalb um den Erhalt des Stahlstandorts, der eine Schlüsselrolle in der ostdeutschen Industrielandschaft spielt. Am 14. Mai, dem ersten Kongresstag, fand eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung in Berlin statt. Die Beschäftigten von Eko Stahl nutzten die Gelegenheit und schickten eine Delegation von 50 Metallern zum Kapitalismuskongress des DGB. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki machte Mut: „Die Belegschaft ist für die Krise nicht verantwortlich, sie darf dafür nicht bluten. Wir unterstützen ihren Kampf!“

Einnahmen brechen weg

Der Staat muss für die Defizite der Sozialversicherungen in Folge der Krise haften. Das fordert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach:

„Deutschland im Herbst 2009: Der Crash der Finanzmärkte schlägt voll auf den Arbeitsmarkt durch. Die Arbeitslosigkeit steigt drastisch an. Den Sozialversicherungen brechen die Einnahmen weg, der ohnehin labile Gesundheitsfonds wackelt, die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit schmelzen wie Schnee in der Sonne. Es drohen neue Schuldenberge. Doch kein Schutzschirm weit und breit. Im Gegenteil: Die soziale Sicherung ist ohne Netz und doppelten Boden. Der Grund: Der Staat hat seine Defizithaftung leichtfertig abgeschafft. Jetzt, wo die Sozialversicherungen am meisten gebraucht werden, werden nur noch Darlehen angeboten – die jedoch zurückgezahlt werden müssen. Der Druck bleibt also und wird mit jedem Monat Krise größer. Die Folge: Zusatzbeiträge für die Gesundheit und weniger Möglichkeiten, um bei steigender Arbeitslosigkeit die Betroffenen zu unterstützen und Hartz IV zu vermeiden. Diese gefährliche Spirale muss gestoppt werden. Dafür brauchen wir eine staatliche Haftung für die absehbaren Defizite in den Sozialversicherungen.“

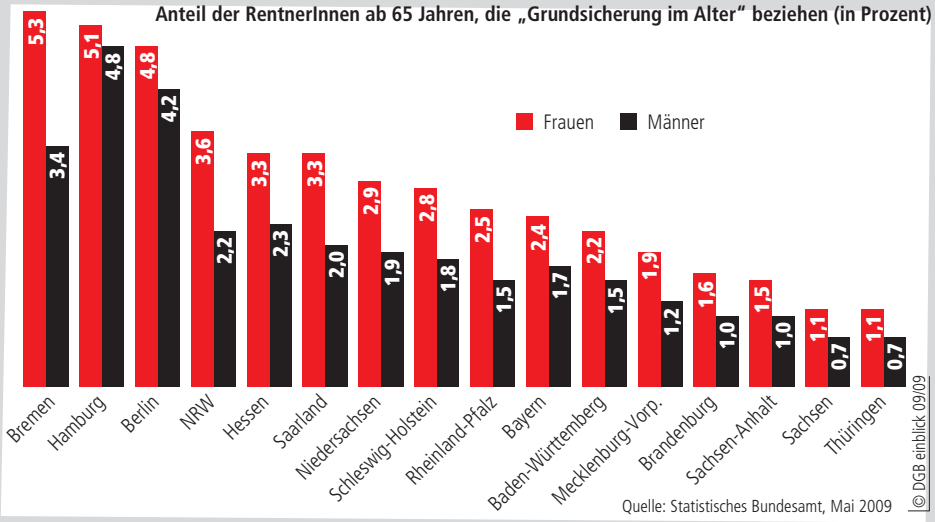
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

ALTERSARMUT: In Stadtstaaten am häufigsten

Wenn die Altersrente nicht zum Leben reicht, sichert die „Grundsicherung im Alter" RentnerInnen ein Mindesteinkommen. Wieviele darauf angewiesen sind, ist von Bundesland zu Bundesland stark unterschiedlich. Allen gemein ist aber: Frauen sind häufiger von Altersarmut betroffen. Der niedrige Anteil von GrundsicherungsbezieherInnen in Ostdeutschland wird in den kommenden Jahren wohl steigen: Die Niedriglöhne von heute sind Armutsrenten von morgen – und Niedriglöhne sind im Osten stark verbreitet.



personalien

••• Der 1. Vorsitzende der IG Metall ***Berthold Huber,*** 59, ist seit dem 1. Mai Vorsitzender des Verwaltungsrats der Otto-Brenner-Stiftung und Mitglied der Jury des Otto-Brenner-Preises. Er folgt in beiden Posten dem ehemaligen 1. Vorsitzenden der IG Metall, ***Jürgen Peters,*** 65.

••• ***Ralf Steinle,*** 41, Internetredakteur beim DGB-Bundesvorstand, ist für ein Radio-Feature (Ko-Produktion MDR/RBB) mit dem Christophorus-Preis 2009 ausgezeichnet worden. Der Journalisten-Preis wird von der Christophorus-Stiftung im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft für hervorragende publizistische Leistungen auf dem Gebiet „Sicherheit im Straßenverkehr" vergeben. Steinles Beitrag aus dem Jahr 2008 thematisiert den eigenen, einige Jahre zurückliegenden Motorrad-Unfall.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

26./27.5. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Innovation – ein Thema im Aufsichtsrat", Göttingen

27.5. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Einfach nicht genug zum Leben: Unfreiwillige Teilzeitarbeit und Minijobs!", Berlin

27.5. DGB-Region Main-Rhön/Schweinfurt, Diskussion „Klipp und klar – wo geht's lang", Schweinfurt

27.5. ver.di, Veranstaltung „Freiheit des Marktes – Freiheit der ArbeitnehmerInnen? Die Zukunft des sozialen Europa", Berlin

28./29.5. Hans-Böckler-Stiftung, Internationale Fachtagung „Steuerung der betrieblichen Altersversorgung in Europa: garantierte Sicherheit?", Berlin

1.6. Internationaler Kindertag

2.6. ver.di, Fachtagung „Betriebsratsarbeit in Zeiten der Krise", Hannover

3.6. DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Diskussion „Bildungsrechte armer Kinder", Hannover

3./4.6. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Die Behandlung von Jahresabschlüssen im Prüfungsausschuss und im Aufsichtsrat", Köln

3.-19.6. Jahreskonferenz der Internationale Arbeitsorganisation ILO, Genf

4./5.6. ver.di, 2. Europäische ver.di-ArbeiterInnen-Tagung, Bussang (Frankreich)

4.-7.6. Europawahl

7.6. Tag der Europawahl in Deutschland

7.6. Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

8./9.6. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „CSR in der Unternehmensstrategie", Köln

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Diese Schuldenbremse ist die selbst verordnete Abwrackprämie für den Staat."

Ein Teilnehmer des DGB-Kapitalismuskongresses in Berlin in der abschließenden Plenums-Runde am zweiten Kongress-Tag (15. Mai).

Fristlose Kündigung

Keine Fälschung des Haltbarkeitsdatums

Wenn der Metzgermeister in einer Supermarkt-Kette industrieverpacktes Grillfleisch einen Tag vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums in Packungen des Supermarkts umverpackt und mit einem neuen, um drei Tage verlängerten Mindesthaltbarkeitsdatum versieht, rechtfertigt dieses Verhalten eine fristlose Kündigung.

Landesarbeitsgericht Köln, Urteil vom 19. Januar 2009 - 5 Sa 1323/08

Praxisgebühr

Auch Beamte müssen sie zahlen

Auch Beamte und ihre beihilfeberechtigten Familienangehörigen haben die so genannte Praxisgebühr zu zahlen. Dadurch ist die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Beamten nicht verletzt.

Bundesverwaltungsgericht, Urteile vom 30. April 2009 - 2 C 127.07 und 2 C 11.08

Überstunden

Private Notizen reichen nicht aus

Private Aufzeichnungen genügen nicht als Nachweis von Überstunden. Vielmehr muss der Arbeitgeber die Aufzeichnungen gegengezeichnet haben oder der Arbeitnehmer zumindest beweisen können, dass der Arbeitgeber von den Überstunden gewusst und sie auch gebilligt hat.

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 6. Februar 2009 - 6 Sa 337/08

Kündigung eines Schwerbehinderten

Auch beim Betriebsübergang geschützt

Im Falle des Betriebsübergangs muss sich der Betriebsübernehmer die Kenntnis des Betriebsveräußerers von der Schwerbehinderteneigenschaft eines Arbeitnehmers zurechnen lassen.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 11. Dezember 2008 - 2 AZR 395/07

Abmahnung

Keine pauschalen Vorwürfe

Eine Abmahnung ist aus der Personalakte zu entfernen, wenn sie statt eines konkret bezeichneten Fehlverhaltens nur pauschale Vorwürfe enthält.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 27. November 2008 - 2 AZR 675/07

Eingetragene Lebenspartnerschaft

Gleichbehandlung in der Betriebsrente

Eingetragene Lebenspartner sind in der betrieblichen Altersversorgung hinsichtlich der Hinterbliebenenversorgung Ehegatten gleichzustellen, soweit am 1. Januar 2005 zwischen dem Versorgungsberechtigten und dem Versorgungsschuldner noch ein Rechtsverhältnis bestand.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 14. Januar 2009 - 3 AZR 20/07

Elternzeit

Übertragung ist möglich

Die in Anspruch genommene Elternzeit kann durch die Arbeitnehmerin wegen der Geburt eines weiteren Kindes vorzeitig beendet werden. Der Arbeitgeber kann eine solche Beendigung und Übertragung der Elternzeit nur innerhalb von vier Wochen aus dringenden betrieblichen Gründen schriftlich ablehnen.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin nahm für ihre am 4. Juli 2004 geborene Tochter Elternzeit vom 3. September 2004 bis 3. Juli 2007 in Anspruch. Am 23. Juli 2006 wurde ihr Sohn geboren. Mit Schreiben an den Arbeitgeber vom 16. August 2006 nahm sie für dieses Kind Elternzeit vom 19. September 2006 bis 22. Juli 2009 in Anspruch. Die Elternzeit für ihre Tochter sollte deshalb vorzeitig beendet und die dadurch verbleibende Elternzeit an die Elternzeit für den Sohn „drangehängt" werden. Der Arbeitgeber lehnte mit Schreiben vom 21. September 2006 gegenüber der Arbeitnehmerin ab, der Übertragung der restlichen Elternzeit für die Tochter auf die Zeit nach Ende der Elternzeit für den Sohn zuzustimmen. Die Arbeitnehmerin erhob Klage auf Zustimmung des Arbeitgebers und hatte damit Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Die Arbeitnehmerin hat die Elternzeit für ihre Tochter mit Erklärung aus dem Schreiben vom 16. August 2006 vorzeitig beendet. Der Beendigung entgegenstehende dringende betriebliche Gründe hat der Arbeitgeber nicht dargelegt. Er ist auch verpflichtet, der Übertragung der restlichen Elternzeit für die Tochter der Arbeitnehmerin zuzustimmen. Seine Weigerung entspricht nicht billigem Ermessen. Er hat nicht dargelegt, welche Nachteile ihm durch die Übertragung der Elternzeit entstehen würden.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 21. April 2009 - 9 AZR 391/08

Schmiergeldverbot

Verstoß kostet Job

Wer als Arbeitnehmer bei der Ausführung von vertraglichen Aufgaben Vorteile entgegen nimmt, die dazu bestimmt oder auch nur geeignet sind, ihn in seinem geschäftlichen Verhalten zugunsten Dritter zu beeinflussen, verstößt gegen das so genannte Schmiergeldverbot. Hierin liegt regelmäßig ein Grund zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war Personalleiter bei einem Leiharbeitnehmerbedarf. Von einem Personalvermittlungsunternehmen, mit dem sein Arbeitgeber zusammenarbeitet, erhielt er als Geschenk eine Eintrittskarte für ein Fußballspiel für eine VIP Lounge. Das nahm der Arbeitgeber zum Anlass, eine Kündigung auszusprechen. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arbeitnehmer hat eine erhebliche Vertragsverletzung begangen. Durch die Annahme der Eintrittskarte, ohne den Arbeitgeber zu informieren und ohne deren Zustimmung eingeholt zu haben, hat der Arbeitnehmer das für eine dauerhafte Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses erforderliche Vertrauen zerstört. Angesichts der Stellung des Arbeitnehmers als Personalleiter hat es vor Ausspruch der Kündigung keiner Abmahnung bedurft. Dabei kommt es grundsätzlich nicht darauf an, ob der Arbeitgeber tatsächlich einen Schaden erlitten hat. Es reicht vielmehr aus, dass der gewährte Vorteil allgemein die Gefahr begründet, der Annehmende werde nicht mehr allein die Interessen des Arbeitgebers wahrnehmen. Dieser Eindruck ist aus Sicht des Arbeitgebers gerechtfertigt.

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 16. Januar 2009 - 9 Sa 572/08

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 9/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 08.06.2009 10/09

DGB

inhalt

Seite 3
Ein-Euro-Verdrängung
Eine Umfrage unter Ein-Euro-JobberInnen zeigt: Die „Arbeitsgelegenheiten" verdrängen reguläre Beschäftigung

Seite 5
Blogs & Co.
Gewerkschaften setzen bei ihrer Kommunikation zunehmend auf interaktive Elemente des Web 2.0

Seite 7
Weichen stellen
Gerade in der Krise muss Industriepolitik die Weichen für zukunftsfähige Strukturen stellen, meint DGB-Vorstand Claus Matecki

Corporate Governance

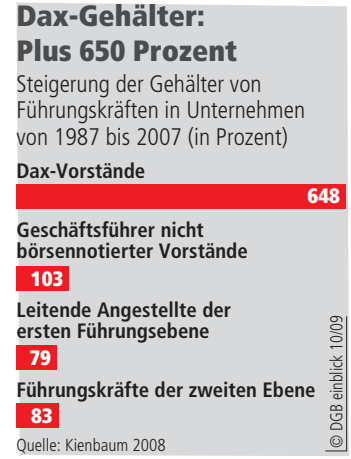
Mehr Verantwortung wagen

Mehr persönliche Verantwortung ist das, was derzeit viele von den Führungskräften in Wirtschaft und Finanzwesen einfordern – hat doch die Krise gezeigt, dass es in den vergangenen Jahren vielerorts an Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwohl, die Beschäftigten und eine nachhaltige, wirtschaftliche Entwicklung mangelte.

Das soll sich künftig ändern: Die Regierungskommission „Deutscher Corporate Governance Kodex" (DCGK) hat jetzt umfassende Änderungen am Kodex beschlossen. Seit 2002 gibt es ein – nicht verpflichtendes – Regelwerk der DCGK dafür, wie gute und ethische Unternehmensführung gestaltet sein sollte. Auf Antrag des DGB hat die Regierungskommission Ende Mai beschlossen, in die Präambel des Kodex einen neuen Absatz aufzunehmen. Er verpflichtet Aufsichtsräte und Vorstände, im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung zu sorgen. Außerdem heißt es im Kodex-Text jetzt, dass Vorstände neben den Interessen der Aktionäre und weiterer Stakeholder auch die Interessen der ArbeitnehmerInnen berücksichtigen müssen.

Dax-Gehälter: Plus 650 Prozent

Steigerung der Gehälter von Führungskräften in Unternehmen von 1987 bis 2007 (in Prozent)



Quelle: Kienbaum 2008

Nachhaltig war in der Vergangenheit bei vielen Dax-Unternehmen vor allem eines: die Steigerungsrate der Vorstandsbezüge.

Ein weiterer Antrag des DGB wurde hingegen nicht angenommen: die Begrenzung von Boni auf höchstens 25 Prozent der Gesamtvergütung von Vorstandsmitgliedern. Trotzdem ist Dietmar Hexel, DGB-Vorstand und Mitglied der Regierungskommission, mit dem Erreichten zufrieden. Die Kommission habe sich – wenn auch spät – entschieden, die Definition des Unternehmensinteresses deutlich umzuformulieren. „Wir können die derzeitigen Krisen nur bewältigen, wenn sich die Führungssysteme neu aufstellen und Unternehmen sich an langfristigen und nachhaltigen Zielen orientieren, und nicht am kurzfristigen Profit", erklärt Hexel. Weitere Änderungen am Kodex müssten folgen – dazu müsse man aber die Einigung der großen Koalition zu Managergehältern abwarten.

Diese Einigung steht jetzt: Neben den unstrittigen Neuregelungen zu Vorstandsvergütungen und Haftungsregeln *(einblick 5/09)* gibt es eine konkrete Regelung zur „Selbstbeteiligung" von Managern bei von ihnen verursachte finanziellen Schäden. Abgeschwächt wurde hingegen die geplante Regelung, nach der Vorstandsbezüge bei schlechter Unternehmenslage gesenkt werden müssen. Diese Bestimmung ist jetzt nur noch eine „Kann-Vorschrift". Bis Mitte Juni soll das Gesetz durch den Bundestag.

Es müssen aber nicht immer Gesetze sein, die für eine bessere Unternehmensführung sorgen: Auch Mitarbeiterkapitalbeteiligung kann ein Schlüssel zu „gutem Corporate Governance" sein – selbst in der Krise, wie der Fall Opel zeigt. Teil des Rettungsplans ist, dass die Beschäftigten die anstehende Lohnerhöhung stunden, dafür aber am künftigen Unternehmen mit zehn Prozent beteiligt werden: Beteiligung statt Lohnsenkung. •

plusminusBERLIN

+ ***Brigitte Pothmer (Grüne) findet: Die Ein-Euro-Jobs haben sich nicht bewährt. Sie seien als „Ultima Ratio" gedacht gewesen, wären heute aber mit Abstand das am häufigsten genutzte Arbeitsmarktinstrument – und trotzdem wirkungslos. Man brauche sie nur noch, um die „Statistik aufzuhübschen".***

– ***Die Vorstandsvorsitzenden von Deutscher Bank und Commerzbank, Josef Ackermann und Martin Blessing, waren zu einer Sitzung des Bundestags-Finanzausschusses zum Thema Steueroasen eingeladen – erschienen sind sie nicht: Eine „Missachtung des Parlaments", findet Gerhard Schick (Grüne).***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.ejki2009.de
Deutschsprachiges Portal zum Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Materialien und Dokumente zu „Corporate Governance", Vorstandsvergütungen und Mitarbeiterkapitalbeteiligung

Soziales Europa

Parteien verpflichten sich

Soziale Grundrechte müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten erhalten. Um das zu gewährleisten, fordern die europäischen Gewerkschaften eine „soziale Fortschrittsklausel" in allen EU-Grundlagenverträgen. Deshalb ist der DGB an die im Bundestag vertretenen Parteien herangetreten, um mit ihnen Verabredungen für eine solche Klausel zu treffen.

Der DGB hat nach der SPD und den Grünen nun auch mit der Partei „Die Linke" ein gemeinsames Positionspapier veröffentlicht, in dem sich die Partei verpflichtet, sich für sozialen Fortschritt in der EU einzusetzen. Zentrale Punkte in der Vereinbarung sind der Kampf gegen Dumpinglöhne, gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten am gleichen Arbeitsort sowie das Streikrecht der Gewerkschaften.

Der DGB ist sich zudem mit der SPD, Grünen und Linken einig, dass bei der Wahl des neuen Präsidenten der EU-Kommission nur ein Kandidat unterstützt werden soll, der sich zum Vorrang sozialer Grundrechte bekennt. Der DGB lädt auch andere Parteien ein, ähnliche Vereinbarungen zu treffen. •

ILO-Konferenz

Krise im Mittelpunkt

Strategien gegen die Krise stehen im Mittelpunkt der Jahreskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Genf. Mehr als 4000 VertreterInnen von Regierungen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen aus den 183 Mitgliedstaaten der ILO suchen vom 3. bis zum 19. Juni nach Lösungen, um den Folgen der Krise für Beschäftigung und soziale Sicherung zu begegnen. „Wir wollen einen globalen Pakt für Jobs verhandeln", sagt Guy Ryder, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Daneben geht es auch darum, wie die Kernarbeitsnormen der ILO in den einzelnen Staaten umgesetzt werden. Ein besonderes Augenmerk liegt auf Ländern, in denen Menschen- und Gewerkschaftsrechte eklatant verletzt werden – wie etwa Swasiland, Birma, Kolumbien oder Weißrussland. •

www.ilo.org

Sozialgericht

Scheinselbstständige im Bundesrat

Der Bundesrat hat über Jahre hinweg scheinselbstständige MitarbeiterInnen beschäftigt und muss deshalb für die Jahre 2001 bis 2004 insgesamt 15 000 Euro Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen. Das entschied jetzt das Berliner Sozialgericht.

Vorangegangen war eine juristische Auseinandersetzung zwischen dem Bundesrat und der Deutschen Rentenversicherung. Die hatte bei einer Betriebsprüfung 15 MitarbeiterInnen des Besucherdienstes im Bundesrat als abhängig Beschäftigte eingestuft – der Bundesrat führte sie aber als „selbstständige Honorarkräfte". Das Gericht urteilte: Dass es sich bei den Mitarbeitern nicht um „selbstständige Unternehmer" gehandelt habe, sei „so eindeutig, dass der Bundesrat mit seiner gegenteiligen Praxis grob fahrlässig gehandelt hat". •

EGB

Neuer Sozialpakt

Gewerkschaftsvorsitzende aus ganz Europa haben am 27./28. Mai im Rahmen einer EGB-Konferenz in Paris konkretisiert, was aus Sicht der Gewerkschaften erforderlich ist, damit die Krise nicht zu Lasten der ArbeitnehmerInnen geht. In ihrer „Pariser Erklärung" fordern sie einen neuen Sozialpakt für Europa. Neben einem erweiterten europäischen Konjunkturprogramm soll er die Sozialsysteme durch eine europäische Sozialagenda stärken und Arbeitnehmerrechte erweitern. •

www.einblick.dgb.de/links

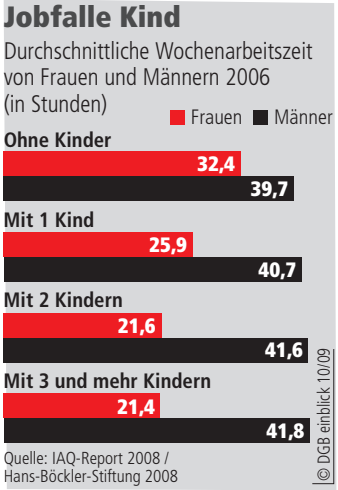
Unfreiwillige Teilzeit

Frauen besonders betroffen

Fast fünf Millionen Menschen gehen in Deutschland einer Teilzeitbeschäftigung von weniger als 20 Wochenstunden nach. 60 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten bestreiten mit geringfügiger Beschäftigung ihren Lebensunterhalt. Zwei Drittel aller geringfügig Beschäftigten sind Frauen – das sind die Fakten zu einem Thema, das eher selten im Fokus der Öffentlichkeit steht: Teilzeit und die Frage, ob es eine bewusste Entscheidung ist, in Teilzeit zu arbeiten. Oft nicht – meint der DGB und hatte Ende Mai gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung zur Tagung „Einfach nicht genug zu leben – unfreiwillige Teilzeitarbeit und Minijobs" eingeladen.

Dass unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung vor allem Frauen betrifft, belegen Zahlen des Instituts Arbeit und Qualifizierung (IAQ). 60 Prozent der west- und 20 Prozent der ostdeutschen Frauen sagen, sie arbeiten aufgrund von familiären und persönlichen Gründen weniger, als sie möchten. Eine Ursache für die – im Vergleich zu Männern – geringere durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Frauen sehen die Gewerkschaften auch in der Minijob-Reform von 2003 (Hartz II) – sie habe besonders für Frauen die steuerliche Anreize verstärkt, nur wenig „dazu zu verdienen", und erleichtere es den Arbeitgebern, reguläre Beschäftigung mit geringer Wochenarbeitszeit in Minijobs umzuwandeln.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock und DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki kritisierten die zunehmende Ausbreitung von unfreiwilliger Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung. Minijobs seien häufig „parzellierte Vollzeitarbeit" und müssten dringend in reguläre Beschäftigung umgewandelt werden, um Altersarmut zu vermeiden. •



Wer Kinder hat, muss in Deutschland beruflich immer noch zurückstecken – und meist sind das in den Familien die Frauen.

Haushaltspolitik

Schuldenbremse stoppen

Den Bundestag hat die geplante „Schuldenbremse" mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit passiert. Am 12. Juni wird der Bundesrat über ihre Aufnahme ins Grundgesetz abstimmen. Im Vorfeld machen die GegnerInnen des Schuldenverbots noch einmal mobil. Insgesamt 64 ProfessorInnen haben einen Aufruf gegen die Schuldenbremse unterzeichnet. Wer den Aufruf unterzeichnen will, kann das auf der ver.di-Homepage tun. •

www.einblick.dgb.de/links

Arbeitsmarkt

Die Ein-Euro-Verdrängung

Ein-Euro-Jobs stehen seit geraumer Zeit in der Kritik. Zu recht. Eine Befragung von Ein-Euro-JobberInnen zeigt: Viele Ein-Euro-Jobs ersetzen reguläre Beschäftigung. Das ist „arbeitsmarktpolitisch katastrophal", findet DGB-Vorstand Annelie Buntenbach.

Manchmal hilft es, nicht nur Statistiken zu wälzen– sondern einfach die Betroffenen selbst zu fragen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit tut genau das mit der PASS-Befragung („Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung"). Der DGB hat jetzt die PASS-Antworten von ALG II-EmpfängerInnen und von Ein-Euro-JobberInnen genauer unter die Lupe genommen – mit bemerkenswerten Ergebnissen.

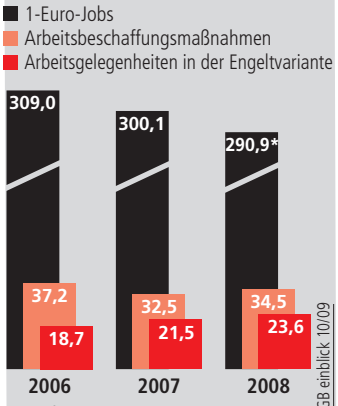
Rund die Hälfte der befragten Ein-Euro-JobberInnen hat laut DGB in der PASS-Befragung angegeben, „das Gleiche gemacht zu haben, wie festangestellte Kolleginnen und Kollegen". Und immerhin ein Viertel gab an, dass für die ausgeübte Tätigkeit eine abgeschlossene Ausbildung erforderlich gewesen sei. Der DGB kommt deshalb in seiner Auswertung der PASS-Befragung zu dem Schluss, dass „zumindest ein Viertel der Ein-Euro-Jobs einer regulären Beschäftigung entsprechen könnte". „Ein-Euro-Jobs sind teuer und arbeitsmarktpolitisch katastrophal, wenn dadurch reguläre Arbeit verdrängt wird", fasst DGB-Vorstand Annelie Buntenbach die Kritik der Gewerkschaften zusammen.

Eine Kritik, die DGB und Gewerkschaften nicht erst seit gestern formulieren – und es ist nicht die einzige: Zweifel hatten die Gewerkschaften auch daran, ob die Ein-Euro-Jobs tatsächlich die Zielgruppe erreichen, für die sie einmal gedacht waren: Langzeitarbeitslose mit mehreren „Vermittlungshemmnissen". Die DGB-Auswertung der PASS-Ergebnisse zeigt, dass die Vermittlung in Ein-Euro-Jobs keinesfalls auf Personen begrenzt ist, „bei denen eine persönliche Stabilisierung und eine Heranführung an Arbeit notwendig ist". Die Befragung habe damit die Annahmen des DGB bestätigt, erklärt Buntenbach: Ein-Euro-JobberInnen seien „in der Regel keine Langzeitarbeitslosen mit mehreren Handicaps, sondern Arbeitsuchende, für die schlicht sonst keine Arbeit da ist" – zumindest keine reguläre Beschäftigung.

Im Übrigen entsprechen sie nicht den oft bemühten Klischees: Vier von fünf gaben an, der Ein-Euro-Job helfe ihnen, „etwas Sinnvolles zu tun". „Trotz der schlechten Bezahlung schätzen viele Ein-Euro-Kräfte ihre Tätigkeit", meint Buntenbach. „Das zeigt auch, wie dringend sie arbeiten wollen und welchen hohen Stellenwert Arbeit für sie hat." Und auch wenn die Bezahlung schlecht ist: 60 Prozent der west- und 80 Prozent der ostdeutschen Befragten sagten, der Ein-Euro-Job verbessere ihre finanzielle Situation. Das ist für den DGB aber kein gutes, sondern vielmehr eine alarmierendes Ergebnis. Denn es zeige, „wie dringend nötig jeder weitere Euro für Hartz-IV-Bedürftige ist", heißt es in der DGB-Auswertung der PASS-Befragung. •

1-Euro-Jobs vorn

TeilnehmerInnen an Arbeitsgelegenheiten/Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach Sozialgesetzbuch II (Bestand im Jahresdurchschnitt, in Tausend)



*vorläufige Zahl; DGB-Schätzung: 300.000
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

"Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung", wie Ein-Euro-Jobs korrekt heißen, sind das mit Abstand am häufigsten eingesetzte Arbeitsmarktinstrument – als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt aber in der Regel wirkungslos.

Chancen realistisch eingeschätzt

Antworten von Ein-Euro-JobberInnen auf Fragen der PASS-Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (in Prozent)

Quelle: IAB / DGB

Rund zwei Drittel der Ein-Euro-JobberInnen glauben nicht, dass die Ein-Euro-Jobs ihre Chancen auf eine reguläre Stelle verbessern: eine Einschätzung, die fast alle wissenschaftlichen Studien bisher bestätigt haben. Und auch der Bundesrechnungshof konstatierte im November 2008: Ein-Euro-Jobs sind für drei von vier TeilnehmerInnen „weitgehend wirkungslos", „messbare Integrationsfortschritte waren nicht erkennbar".

Zukunftsinvestition

„Weiterbildung statt Ein-Euro-Jobs" – so forderte der DGB bereits im November 2008 eine arbeitsmarktpolitische Neuausrichtung (einblick 21/08). Und nach der DGB-Auswertung der PASS-Befragung ließe sich diese Forderung noch bekräftigen: „Mangelhafte Beratung, kaum Weiterbildung", lautet ein Resümee der Auswertung.

„Weiterbildung statt Entlassung", beziehungsweise „Qualifizieren statt Entlassen" ist zu einem Schlagwort der Krise geworden: Unternehmen, die ihre MitarbeiterInnen in Kurzarbeit weiterbilden, bekommen den vollen Arbeitgeberanteil zu den Sozialversicherungen erstattet. Trotzdem nutzen längst noch nicht alle Unternehmen diese Möglichkeit – oft aus Unwissenheit. Das Berufsfortbildungswerk des DGB (bfw) berät und hilft Unternehmen dabei, Weiterbildung als Zukunftsinvestition für die Zeit nach der Krise umzusetzen – mit Förderung von der Bundesagentur für Arbeit (BA). Ob durch „Kurzarbeit und Qualifizierung" oder das BA-Programm WeGebAU.

Hintergrund
www.einblick.dgb.de/hintergrund
Mehr Infos zum bfw-Angebot

PROJEKTE UND PARTNER

Veranstaltungsreihe

Chancen und Risiken des DQR

In ihrer Lissabon-Strategie von 2000 hat die Europäische Union (EU) ein anspruchsvolles Ziel formuliert. Bis 2010 soll die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt" werden. Ein Instrument auf dem Weg dorthin soll der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) sein. Auf dessen Grundlage entwickelt Deutschland zurzeit den nationalen „Deutschen Qualifikationsrahmen" (DQR). Der EQR soll erworbene berufliche Qualifikationen europaweit vergleichbarer machen.

Bis zum Jahresende 2009 soll der DQR exemplarisch für vier Berufsfelder aufgestellt werden: für die Metall- und Elektrobranche, den Handel, die IT-Branche sowie das Gesundheitswesen. Der DQR wird fast allen Bereichen „lebenslangen Lernens" – darunter auch „soft skills" wie Sozialkompetenz – einen gesetzlichen Rahmen geben. Fest steht deshalb schon jetzt: Der DQR-Prozess wird das deutsche Bildungssystem, und vor allem die berufliche Bildung, maßgeblich beeinflussen. Das DGB-Bildungswerk hat deshalb im Rahmen seiner Betriebsratsqualifizierung eine Veranstaltungsreihe gestartet: „Deutscher Qualifikationsrahmen – Was er ist und welche Chancen und Risiken er birgt" lautet ihr Titel.

In vier Städten sind Termine angesetzt, bei denen sich Betriebs- und Personalräte über den DQR-Prozess informieren können. Die erste Veranstaltung der Reihe findet am 18. Juni in Zusammenarbeit mit dem DGB NRW in Düsseldorf statt, weitere Termine gibt es in Hamburg (22. Juni), Berlin (25. Juni) und Stuttgart (2. Juli). Die Teilnahme kostet jeweils 150 Euro. •

www.betriebsratsqualifizierung.de

DGB-Broschüre

Ratgeber zu Hartz IV

Jeder zehnte Deutsche hat Ende 2008 Hartz IV-Leistungen bezogen. Der Konjunkturaufschwung der vergangenen Jahre hat kaum zu einem Rückgang der Hilfebedürftigen geführt – und jetzt ist die Krise da. Gleichzeitig explodiert die Zahl der Klagen vor den Sozialgerichten: Von 57 000 im Jahr 2005 auf 175 000 im vergangenen Jahr – Recht bekommen oft die KlägerInnen, also die LeistungsbezieherInnen.

Der aktualisierte Ratgeber „Hartz IV – Tipps und Hilfe des DGB" informiert umfassend über Rechte und Pflichten rund ums Arbeitslosengeld II. Die Broschüre greift die grundlegenden Begriffe auf: von der Bedarfsgemeinschaft über Freibeträge bis zu Eingliederungsmaßnahmen. Außerdem zeigt der Ratgeber, wie Betroffene sich erfolgreich gegen fehlerhafte Hartz IV-Bescheide wehren können. Die Broschüre kann für einen Euro zuzüglich Porto und Versandkosten online bestellt werden, bei Sammelbestellungen ab 20 Exemplaren reduziert sich der Preis auf 70 Cent. •

www.dgb-bestellservice.de

neueBücher

Die Gefahr von historischen Dokumentationsbänden besteht darin, dass sie für Laien und Hobbyhistoriker trocken und unüberschaubar sind. Die IG Metall beweist mit dem dreibändigen Mammutwerk *Dokumente zur Tarifpolitik in der Metallindustrie 1918 – 2002* das Gegenteil. Auf mehr als 3000 Seiten hat Holger Gorr 500 Dokumente zu den wichtigsten Entwicklungen der Tarifpolitik zusammengetragen. Angefangen bei der Novemberrevolution 1918 über die großen tarifpolitischen Triumphe in den 1970er und 80er Jahren bis zum Übergang ins 21. Jahrhundert stellt das Werk spannend und abwechslungsreich Tarifgeschichte dar. Präzise Einleitungen in die jeweiligen Epochen machen es einfach, die Dokumente in den historischen Hintergrund einzuordnen. Die drei Bände haben durchaus das Potenzial, zu einem Standardwerk der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts zu werden. Und in Zeiten erodierender Tariflandschaften möchte man den hartnäckigen Kritikern der Tarifautonomie die 3000 Seiten gerne einmal um die Ohren hauen.

Jürgen Peters, Holger Gorr: Dokumente zur Tarifgeschichte der IG Metall und ihrer Vorgänger 1918 bis 2002. Steidl, Göttingen 2009, 3 Bände im Schuber, 3216 Seiten, 85 Euro. Die Bände sind auch einzeln bestellbar.

Diskussionsforum

Globale Alternativen

Nicht nur auf Bundesebene sondern auch in DGB-Bezirken und -Regionen diskutieren die Gewerkschaften Alternativen zum Kasino-Kapitalismus. Wie etwa in der DGB-Region Niedersachsen-Mitte und im DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt am 12. und 13. Juni in Hannover: „Krisen ohne Ende?" ist die zentrale Frage und gleichzeitig Titel des Diskussionsforums, das Region und Bezirk gemeinsam mit dem ver.di-Bildungswerk Niedersachsen, der IG Metall Hannover und einem Netzwerk kritischer WissenschaftlerInnen veranstalten. Insgesamt acht ReferentInnen wagen an den beiden Veranstaltungstagen vor allem einen Blick über den „nationalen Tellerrand": Themen sind unter anderem die Rolle Chinas als „Global Player" in der Krise oder die aktuellen Positionen der US-amerikanischen Linken – und die Suche nach Alternativen zum „Krisenkapitalismus". •

www.region-niedersachsen-mitte.dgb.de

interregio

••• Die Finanz- und Wirtschaftskrise führt gerade unter Azubis zu Verunsicherungen. Was passiert, wenn der ausbildende Betrieb Kurzarbeit einführen muss oder sogar die Insolvenz droht? Der ***DGB NRW*** und die Handwerkskammern in NRW haben nun gemeinsam eine ***Broschüre*** herausgegeben, die die Azubis in diesen Situationen berät. Grundsätzlich solle „kein Azubi seine Ausbildung abbrechen müssen, wenn sein Betrieb Pleite geht", meint Guntram Schneider, Vorsitzender des DGB NRW. Die Broschüre gibt erste Tipps für den Fall, dass die Krise im Ausbildungsbetrieb ankommt.

www.dgb-jugend-nrw.de

••• Die Krise scheint allgegenwärtig, schnelle Maßnahmen und „schnelle Antworten" haben Konjunktur. Aber wie geht es langfristig weiter mit Neoliberalismus, Kapitalismus und der Rolle des Staates? Zur Diskussion über diese und weitere Fragen laden der ***DGB Sachsen*** und der ***DGB Berlin-Brandenburg*** ein – bei der gemeinsamen ***Lausitzkonferenz 2009*** unter dem Motto „Perspektiven für Gute Arbeit – gerade in Zeiten der Krise". Am 16. Juni diskutieren in Hoyerswerda VertreterInnen aus Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft die Chancen und Herausforderungen, die sich durch die Krise ergeben.

www.dgb-sachsen.de

Solidarität 2.0

Gewerkschaften entdecken Blogs & Co.

Das Internet hat sich in den letzten Jahren rasant verändert – zu einem Netz, in dem jede/r schreiben, Fotos einstellen, Blogs betreiben und sich in großen Communities wie „studiVZ" oder „facebook" einbringen kann. Und das dient nicht nur der Unterhaltung. Immer mehr entdecken auch Gewerkschaften den politischen Nutzwert des Web 2.0.

Im Oktober 2008 kündigte der WAZ-Medienkonzern Einsparungen von 30 Millionen Euro und einen Abbau von 300 Arbeitsplätzen an – eine Umstrukturierung mit massiven Auswirkungen für die Beschäftigten und die gesamte Presselandschaft in Nordrhein-Westfalen. Für die Deutsche Journalisten Union (dju) in ver.di und den Deutschen Journalisten Verband (DJV) stand fest: Massive Maßnahme erfordern innovative Gegenmaßnahmen, um die Öffentlichkeit zu informieren. In Kooperation stellten dju und DJV deshalb das Protestblog „medienmoral NRW" auf die Beine. Mit großem Erfolg, wie der dju-Landesvorsitzende von NRW, Frank Biermann, resümiert: „Die Beteiligung aus allen Beschäftigtengruppen des Konzern ist sehr groß, mit Pressemitteilungen wären wir nicht so weit gekommen."

Den Betreibern des Blogs war von Anfang an wichtig, dass alle Beiträge kommentiert werden und alle User ihre Meinung mit einbringen können. Auch die Unternehmensleitung hat die Vorgänge auf dem Protestblog genau verfolgt, weiß Biermann: „Die Kommunikationsstrategie mit einem Blog war auch für den Arbeitgeber neu."

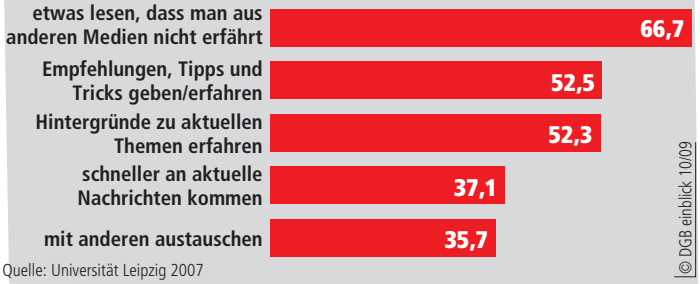
Ähnlich dürfte es den Besitzern des Müllentsorgers Alba gehen: Im Alba-Blog schildert ver.di seit Anfang 2009 Arbeitsbedingungen und Geschäftspraktiken des Unternehmens. Bernd Steinmann, Leiter der ver.di-Internetredaktion und Betreiber des Alba-Blogs, erläutert: „Mit dem Blog wollen wir hinter die Kulissen schauen." Der Grund für die Aktivitäten: Die Brüder Axel und Eric Schweitzer haben sich in den vergangenen Jahren ein Müllimperium zusammengekauft – nicht selten ohne Rücksicht auf Arbeitnehmerrechte und Tariflöhne. Das Blog macht diese Arbeitsbedingungen öffentlich. Alle Beschäftigten können ihre Probleme im Blog anonym schildern. In zahlreichen Kommentaren der NutzerInnen wird klar, wie das Unternehmen funktioniert. So klagt ein User: „An unserem Standort arbeiten wir sieben Tage die Woche, es gibt nur ein ganzes Wochenende pro Monat frei. Der Stundenlohn liegt bei 7 Euro." Bernd Steinmann sieht Blogs als eine „interessante Variante, um Menschen zu informieren und ihnen die Chance zu geben, ihre Sorgen öffentlich zu machen." Allerdings setze das eine große Verantwortung der Blog-Betreiber voraus. Ein Blog müsse permanent beobachtet und moderiert werden, um Verstößen gegen geltendes Recht vorzubeugen, betont Steinmann.

Auch die IG BCE kann bereits eine Reihe erfolgreicher Blog-Einsätze vorweisen, sagt Ulrike Börger, Chefin vom Dienst in der Internetredaktion der IG BCE. Ein Beispiel: der Conti-Blog, der die Auseinandersetzung beim Reifenhersteller in den letzten Monaten kritisch begleitet hat. Daneben möchte die IG BCE aber auch allen anderen engagierten Mitgliedern die Chance geben, sich im Internet darzustellen. „Mit Blogs wollen wir aktiven Arbeitskreisen und Fachgruppen in den Regionen eine Möglichkeit geben, Inhalte zu kommunizieren und Stellung zu bestimmten Themen zu beziehen."

Eine weitere Form öffentlichen Protestes gegen Standortschließungen und schlechte Arbeitsbedingungen entwickelt sich in den „Social Communities". Bei „werkennt-wen", einer der größten deutschen Online-Gemeinschaften mit 6,1 Millionen Nutzern, haben sich über 9000 Mitglieder in der Gruppe „Solidarität für Opel" zusammengeschlossen, um sich mit den Opelanern solidarisch zu zeigen. Gleiches gilt für den bedrohten Coca-Cola-Standort Kaiserlautern – in einer Solidaritätsgruppe sind über 4000 Menschen Mitglied. Diese Beispiele zeigen: Web-2.0-Elemente können eine Ergänzung gewerkschaftlicher Kommunikation sein, um Vorgänge in Unternehmen transparent zu machen oder Beschäftigte zu vernetzen. •

Kritisch und vernetzt

Die fünf häufigsten Antworten auf die Frage, warum Blogs genutzt werden (in Prozent)



Quelle: Universität Leipzig 2007

Blog-NutzerInnen sind daran interessiert, schnell neues Hintergrundwissen zu erhalten – das ist ein Fazit einer Blog-Studie der Universität Leipzig. Zwei Drittel der NutzerInnen gaben in einer Umfrage an, dass sie sich in Blogs zu Themen informieren, die in anderen Medien nicht vorkommen. Rund ein Drittel kommuniziert über Blogs mit anderen Internet-Usern.

Blogs und mehr

Blogs: ***Der Begriff „Blog" ist die Abkürzung des englischen Begriffs „Weblog" und bedeutet sinngemäß übersetzt „Internet-Tagebuch". Es gibt verschiedene Arten von Blogs, so zum Beispiel Watch-Blogs („Beobachtungsblogs") oder Protest-Blogs, die Unternehmen, Medien oder politische Akteure kritisch unter die Lupe nehmen.***

Social Communities: ***Online-Plattformen, bei denen sich NutzerInnen eigene Profile (Porträts) anlegen und diese mit den Profilen anderer NutzerInnen vernetzen können.***

Blogs und Social Communities gelten als zwei der Säulen des „Web 2.0" – der neuen Internet-Generation, in der sich die NutzerInnen direkt einbringen können. Ohne detaillierte Vorkenntnisse können Inhalte wie Texte, Fotos und Videos selbst ins Netz gestellt, Beiträge geschrieben oder Texte anderer kommentiert werden. Zu den größten Social Communities in Deutschland zählen „studiVZ" mit 13 Millionen, „stayfriends" mit sieben Millionen und „wer-kennt-wen" mit 6,1 Millionen Mitgliedern. Blogs sind – im Gegensatz zu den Social Communities – in Deutschland noch nicht so weit verbreitet wie zum Beispiel in den USA.

Links zum Thema und zu gewerkschaftlichen „Web 2.0"-Seiten von IG BCE bis IG Metall:
www.einblick.dgb.de/links

kurz&bündig

Die GdP hat den Deutschen Fußballbund (DFB) aufgefordert, dem Problem der massiven Gewaltentwicklung rund um Fußballspiele nicht auszuweichen. Am GdP-Symposium „Fußball und Gewalt" im Mai hatte die DFB-Spitze trotz Einladung nicht teilgenommen. Die GdP habe den Eindruck, dass dem Fußballbund das Thema nicht behage, sagte der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg.

ver.di begrüßt die Reaktion der Verwertungsgesellschaft Wort (VG Wort) auf das Internetangebot „Google Books". Google hat Millionen Bücher ohne Genehmigung der AutorInnen eingescannt und ins Netz gestellt. Die VG Wort will jetzt die Worturheberrechte ihrer Mitglieder gegenüber Google einfordern – Grundlage wäre ein von Google bereits geschlossener gerichtlicher Vergleich in den USA.

Die NGG, der Deutsche Bauernverband (DBV) und der Deutsche LandFrauenverband (dlv) haben eine Allianz gegen den Preisdruck bei Milch durch die Discounter gebildet. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg sagte, Preis- und Lohn-Dumping müssten aufhören.

Ein Bündnis von sieben Gewerkschaften und Sozialverbänden, darunter ver.di, die GdP, TRANSNET und GEW, ruft zur Angleichung des Rentenwerts Ost an das Westniveau auf. Geleistete Arbeit verdiene in Ost und West gleiche Anerkennung.

Leiharbeit

Protest gegen Rabatt-Aktion

Im Mai sorgte die Werbekampagne eines Gummersbacher Zeitarbeitsunternehmens für erheblichen Protest. Quer durch die Republik sah sich die S&F Personal Dienstleistungen GmbH massiver Kritik ausgesetzt: Im Stil von Discounter-Anzeigen warb S&F mit Slogans wie „Große Rabatt-Aktion: Alle müssen raus!" oder „15 % Rabatt auf alle Hilfs- und Fachkräfte".

Die IG Metall hat diese „Rabatt-Aktion" zum Anlass genommen, in einem offenen Brief an die Abgeordneten des Bundestags erneut für eine soziale Gestaltung der Leiharbeit zu werben. Erst die weitgehende Deregulierung der Leiharbeit habe es möglich gemacht, Menschen zu Billigkonditionen zu „verhökern". Die IG Metall fordert von den Abgeordneten unter anderem die Aufnahme der Zeitarbeitsbranche ins Entsendegesetz sowie die Gleichstellung der LeiharbeiterInnen mit der Stammbelegschaft.

S&F hat inzwischen in einer Stellungnahme auf die Proteste reagiert. Die Aktion habe ein „geteiltes Echo" ausgelöst und sei von „einigen gründlich missverstanden worden" – daran sei man aber selbst „nicht ganz unschuldig", räumt das Unternehmen ein. S&F entschuldigte sich bei den eigenen MitarbeiterInnen. •

Verbraucherschutz

Mehr Marktkontrolle

Der DGB und der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) haben in einer gemeinsamen Erklärung die von der Bundesregierung beschlossenen besseren Verbraucherschutzregeln bei Finanzprodukten zwar begrüßt – die Maßnahmen müssten aber als „lediglich erstes Ad-hoc-Paket" gesehen werden.

Zu den Plänen der Bundesregierung gehört etwa eine Verlängerung der Verjährungsfrist bei einer falschen Beratung. DGB und vzbv wollen den grundsätzlichen „Ausbau der verbraucherorientierten Marktkontrolle und der unabhängigen Finanzberatung". Sie fordern unter anderem, die Orientierung auf Provisionen beim Vertrieb von Finanzprodukten abzubauen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Wirtschaftskrise

Investitionen aufstocken

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung hat in einer aktuellen Studie seine „Zwischenbilanz der Wirtschaftskrise" gezogen. Das Fazit: Ohne ein drittes Konjunkturpaket drohe eine lang anhaltende Stagnation.

Das IMK empfiehlt unter anderem, die öffentlichen Investitionen noch einmal aufzustocken – 2010 um zehn Milliarden Euro, 2011 um weitere 15 Milliarden. Zu den weiteren, vom IMK vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen gehört etwa eine für die Dauer der Krise befristete Verlängerung des Arbeitslosengelds I auf zwei Jahre. Damit soll ab 2010 ein massenhaftes „Abrutschen" in Hartz IV verhindert werden. •

Der IMK-Report online:
www.einblick.dgb.de/links

?...nachgefragt

Um Ausbildungsplätze in der Krise zu sichern, fordert die IG BCE eine staatliche Ausbildungsprämie. Michael Vassiliadis, 45, IG BCE-Vorstand und als designierter neuer Vorsitzender der Gewerkschaft vorgeschlagen, erklärt die erhoffte Wirkung.

Für 2009 ist eine riesige Lehrstellenlücke absehbar. Die Politik darf nicht tatenlos zusehen, wenn junge Menschen zu Zehntausenden um Zukunftschancen gebracht werden. Um hier gegenzusteuern, fordert die IG BCE eine staatliche Ausbildungsprämie in Höhe der doppelten Abwrackprämie. Die Betriebe sollen einen einmaligen Betrag von 5000 Euro für jeden neu eingestellten Auszubildenden erhalten, mit dem eine Ausbildungsquote von 4,5 Prozent überschritten wird. Davon unabhängig sollen auch diejenigen Betriebe die Prämie beanspruchen können, die gegenüber 2008 zusätzlich oder erstmalig ausbilden. Weil im Zuge der Wirtschaftskrise gerade die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen schnell steigt, verlangt die IG BCE zudem eine politische Initiative, um die Übernahme in den Beruf zu erleichtern. Wir brauchen eine Neuauflage der Altersteilzeit. Um eine tragfähige Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt zu schaffen, muss die Förderung von Altersteilzeit allerdings an die gesetzliche Auflage gebunden sein, dass frei werdende Arbeitsplätze mit ausgelernten Beschäftigten oder Hochschulabsolventen besetzt werden. Beide Maßnahmen des Sofortprogramms sind nach IG-BCE-Vorstellung zunächst bis Ende 2010 zu befristen. Über die Fortschreibung ist jährlich neu zu entscheiden, je nach Entwicklung der Ausbildungs- und Beschäftigungschancen junger Menschen.

MEINUNG

Industriepolitik in der Krise

Mehr Einfluss für den Staat

Gerade in der Krise muss Industriepolitik die Weichen für zukunftsfähige Strukturen stellen. Meint DGB-Vorstand Claus Matecki.

Die schwerste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren macht's möglich: Auch hierzulande wird wieder über Konjunktursteuerung diskutiert. Aber die bisherigen Konjunkturpakete sind hinsichtlich Zielgenauigkeit, Timing und Umfang unzureichend. Denn der Exportweltmeister Deutschland ist vom Einbruch der Weltwirtschaft besonders betroffen. Die Unternehmen geraten durch austrocknende Kreditlinien und den Rückgang der globalen Güternachfrage zusehends unter Druck.

Die **Industriepolitik ist ein zentrales Handlungsfeld,** um strukturpolitisch wichtige Unternehmen zu stützen. Derzeit steht die unmittelbare Beschäftigungssicherung im Vordergrund: längere Kurzarbeit, Arbeitszeitverkürzung und (zu wenig) Weiterbildung. Die aktuelle Debatte um den Erhalt von Unternehmen zur Rettung von Arbeitsplätzen und Zukunftschancen hingegen zeigt, dass Industriepolitik noch umstritten ist. Zeitweise drängt sich der Eindruck auf, gezielte Interventionen in kriselnde Branchen sollen aus ideologischen Gründen (der Markt macht's) oder haushalterischen Motiven vermieden werden. Der ministeriale Insolvenz-Poker spielt nicht nur mit dem Ernst der Lage. Er zeugt zudem von **mangelnder Krisenanalyse:** die Umverteilung von unten nach oben, die globalen Ungleichgewichte und die deregulierten Märkte haben Marktversagen und strukturelle Verwerfungen zur Folge. Sachzwang-Argumente wie „Wettbewerbsfähigkeit" oder „Globalisierung" sind aus neoliberaler Perspektive legitim. Eine gezielte Beeinflussung des Strukturwandels durch industriepolitische Intervention wird jedoch grundsätzlich abgelehnt.

Jetzt ist von Dammbruch die Rede. Der neue Staatskapitalismus sei ein Kind der Not und eigentlich nicht gewollt. Die Legitimation der Industriepolitik steigt, wenn sie nicht nur die Wirtschaftsstrukturen in der Krise vor dem Zusammenbruch bewahrt, sondern auch die **Weichen für zukunftsfähige Strukturen stellen:** für Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie, für Langfristigkeit statt atemloser Shareholder-Value-Orientierung, für Ressourcen- und Energieeffizienz, für die Stärkung der Binnenwirtschaft und regionaler Wirtschaftskreisläufe zur Abfederung des globalen Kostenwettbewerbs.

Dazu müssen die Instrumente der Innovationsförderung und Anreizregulierung, vor allem aber der Ordnungspolitik entsprechend geschärft werden.

Claus Matecki, 60, ist im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Wirtschafts-, Finanz- und Strukturpolitik zuständig.

Zugleich gilt es, klare Kriterien für die Krisenintervention festzulegen, damit jeder Euro so effektiv wie möglich eingesetzt wird:

- **Jede Hilfe gibt es nur für Gegenleistungen.** Für staatliche Mittel müssen Unternehmensanteile beansprucht werden. Sie können in Belegschaftsbeteiligungen umgewandelt werden.
- **Strategisch wichtige Unternehmen müssen erhalten werden.** Die industrielle Substanz ist aus struktur- und innovationspolitischer Perspektive ein zentraler Bestandteil der diversifizierten Qualitätsproduktion. Sie hat die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands geprägt. Der Erhalt von Wertschöpfungsketten bleibt für die Entwicklung von Branchen und Regionen deshalb auch zukünftig unverzichtbar.
- **Altaktionäre und Eigentümer müssen alle finanziellen Ressourcen mobilisieren,** bevor Steuermittel eingesetzt werden.
- Die notleidenden Unternehmen müssen sich zu **Tariftreue, Standort- und Beschäftigungssicherung** verpflichten.
- Staatliche Bürgschaften und Beteiligungen müssen mit dem **Ausbau der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung** einhergehen.

Damit Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen erfolgreich sein können, müssen sich aber ihre Auftragsbücher schleunigst wieder füllen. Deshalb ist ein weiteres Konjunktur- und Wachstumsprogramm unverzichtbar. Die konjunkturpolitischen Maßnahmen müssen im Einklang mit einer mittelfristigen qualitativen Wachstumsstrategie stehen. Wenn wir die Krise als Chance nutzen wollen, muss der Staat **stärkeren Einfluss nehmen** auf die Wachstumspfade der Zukunft. Die öffentlichen Investitionen müssen auf höherem Niveau verstetigt werden. Sie sollten vornehmlich in gesellschaftliche Bedarfsfelder und Zukunftsmärkte fließen: Bildung, Energie- und Umwelttechnik, Medizintechnik, soziale und Verkehrsinfrastruktur. Nur so sichern und schaffen wir zukunftsfähige Arbeitsplätze. •

Renaissance für Industriepolitik

Industriepolitik hat in den letzten Jahren schlicht und einfach nicht stattgefunden. Das stellte Professor Heinz Bierbaum von der Universität des Saarlandes beim DGB-Kapitalismuskongress Mitte Mai in Berlin fest. Es gelte nun, „gestaltend einzugreifen und Entwicklungen aufzuzeigen".

So müssten für die Betriebe, etwa in der Metallindustrie, deren Existenz durch den massiven Nachfragerückgang gefährdet sei, Programme zur Stützung entwickelt werden.

Eine Industriepolitik der Zukunft muss sich an dem Leitbild einer sozialen, ökologischen und nachhaltigen Wirtschaft orientieren, so Bierbaum. „Wir müssen uns stärker auf das beziehen, was gesellschaftlich notwendig ist, wie etwa die Themen Infrastruktur und Verkehrspolitik. Wir können keine andere Autoindustrie haben, wenn wir nicht gleichzeitig eine andere Verkehrspolitik machen."

Mehr:
www.kapitalismuskongress.de

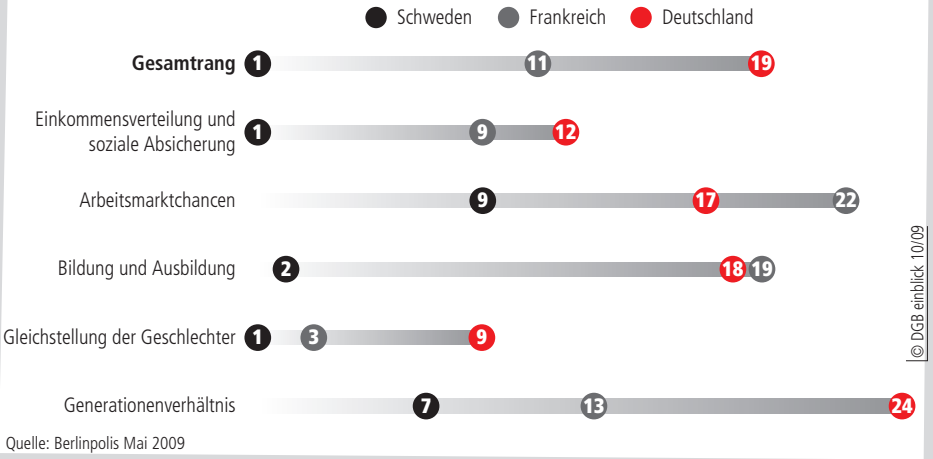
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

SOZIALES EUROPA: Deutschland im hinteren Mittelfeld

Die soziale Ungerechtigkeit ist hierzulande größer als in den meisten anderen EU-Ländern. Das zeigt eine Studie des Instituts Berlinpolis. Im Gesamtranking der EU-27 belegt Deutschland Platz 19. Auf der Grundlage von Eurostat- und OECD-Daten aus 2007 und 2008 hat das Institut anhand von 35 Indikatoren untersucht, wie es in der EU um die soziale Gerechtigkeit bestellt ist. Besonders schlecht schneidet Deutschland beim Generationenverhältnis ab, vergleichsweise gut bei der Gleichstellung von Frau und Mann.

Ranking der 27 EU-Mitgliedstaaten anhand von fünf Dimensionen für soziale Ungleichheit basierend auf 35 Einzelindikatoren / ausgewählte Länder, Stand 2008



Quelle: Berlinpolis Mai 2009

personalien

••• Der Hauptvorstand der IG BCE hat Ende Mai seinen Personalvorschlag für den auf dem Gewerkschaftskongress im Oktober neu zu wählenden Geschäftsführenden Hauptvorstand beschlossen. ***Michael Vassiliadis,*** 45, seit 2004 Mitglied des IG BCE-Vorstands, ist als Nachfolger des scheidenden Vorsitzenden ***Hubertus Schmoldt,*** 64, nominiert. Zur Wiederwahl treten an: der stellvertretende Vorsitzende ***Ulrich Freese,*** 58, sowie die Vorstandsmitglieder ***Edeltraud Glänzer,*** 53, und ***Egbert Biermann,*** 54. Neben Hubertus Schmoldt kandidiert auch ***Werner Bischoff,*** 61, nicht mehr für den Vorstand. Neu in den Vorstand gewählt werden soll ***Peter Hausmann,*** 55, bisher Landesbezirksleiter Nordrhein der IG BCE. Damit würde sich der Geschäftsführende Hauptvorstand von sechs auf fünf Mitglieder verkleinern – einen entsprechenden Satzungsantrag wird der Hauptvorstand auf dem Gewerkschaftskongress vorlegen.

••• ***Erika Mezger,*** 51, bisher Leiterin der Abteilung Forschungsförderung bei der Hans-Böckler-Stiftung, arbeitet ab dem 1. Juli als Vize-Direktorin der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) in Dublin. Eurofound ist eine Einrichtung der Europäischen Union.

••• ***Ulla Spiekermann,*** 53, bisher Referatsleiterin für das DGB-Intranet und die gemeinsame Online-Plattform von DGB und Gewerkschaften (aktionintern.de) beim DGB-Bundesverstand, wechselt zum 1. Juli zur ver.di-Bundesvorstandsverwaltung. Gemeinsam mit ***Christiane Scheller,*** 39, wird sie dort die ver.di-Internetredaktion verstärken.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

11.6. IMK, Tagung „Die Finanzmarktkrise und ihre Folgen", Berlin

14.6. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Vergabe des DGB-Filmpreises beim Internationalen Filmfest Emden

15.-19.6. Bundesweiter Bildungsstreik 2009, u.a. unterstützt von der DGB-Jugend

16.6. DGB Sachsen und DGB Berlin-Brandenburg, „Lausitzkonferenz", Hoyerswerda

17.-19.6. ver.di, Seminar „Die Revision der EBR-Richtlinie", Berlin

18.6. DGB-Bildungswerk / DGB NRW, Veranstaltungsreihe „Deutscher Qualifikationsrahmen – Was er ist und welche Chancen und Risiken er birgt", erster Termin der Reihe, Düsseldorf

20.6. Internationaler Weltflüchtlingstag

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Das Strafgesetzbuch ist kein Handelsgesetzbuch."

Wolfgang Nešković, stellvertretender Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, am 28. Mai im Bundestag. Der Bundestag beschloss am selben Tag Strafrechtsänderungen, die „verfahrensbeendende Absprachen" („Deals") zwischen Staatsanwaltschaft, Verteidigung und Gericht in öffentlichen Hauptverhandlungen zulassen.

Nachrichtensprecher

Eva Herman war keine Arbeitnehmerin

Werden Dienstpläne für Nachrichtensprecher im TV aufgrund ins Einzelne gehender Vorgaben der Sprecher erstellt und haben die die Möglichkeit, geplante Einsätze jederzeit zu tauschen oder ersatzlos abzugeben, spricht das gegen das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses.

Landesarbeitsgericht Hamburg, Urteil vom 1. April 2009 - 3 Sa 58/08

Fristlose Kündigung

Auch bei Tat außerhalb des Betriebes

Eine Tätlichkeit unter Arbeitskollegen kann auch dann eine fristlose Kündigung rechtfertigen, wenn sie im privaten Umfeld aus rein privaten Motiven begangen wurde. Auch eine solche Tätlichkeit hat Auswirkungen auf das Arbeitsverhältnis. Durch die Arbeitsunfähigkeit des Opfers ist der Betriebsablauf gestört, der Arbeitgeber muss Entgeltfortzahlung leisten. Zudem kann der Betriebsfrieden durch die hervorgerufenen Spannungen gestört werden.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Urteil vom 6. Januar 2009 - 5 Sa 313/08

Pflegeversicherung

Keine Beiträge für ergänzende Pflege

Wer einen Pflegebedürftigen in der häuslichen Umgebung pflegt, ist unter bestimmten Voraussetzungen pflichtversichert. Hat der Pflegebedürftige Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung, zahlt diese die Rentenbeiträge für die Pflegeperson, wenn diese nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich erwerbstätig ist. Die Pflege darf allerdings nicht erwerbsmäßig erfolgen und muss wenigstens 14 Stunden wöchentlich umfassen. Maßgeblich sind nur Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung. Ergänzende Pflegeleistungen – wie Aufsicht und soziale Kommunikation – sind hingegen unbeachtlich.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 29. Januar 2009 - L 8 P 13/07

Mitbestimmung des Betriebsrats

Mitteilung auch per E-Mail möglich

Wenn der Betriebsrat seine Zustimmung zu einer personellen Einzelmaßnahme verweigert, muss er dies unter Angaben von Gründen dem Arbeitgeber schriftlich mitteilen. Für die Erfüllung dieses gesetzlichen Formerfordernisses genügt eine Mitteilung per E-Mail.

Bundesarbeitsgericht, Beschluss vom 10. März 2009 - 1 ABR 93/07

Diskriminierung

Nur bei ernsthafter Bewerbung

Hat ein Arbeitnehmer in einer Vielzahl von Fällen Klagen auf Zahlung von Schadensersatz wegen behaupteter Diskriminierung bei Stellenausschreibungen erhoben und treten andere Anhaltspunkte hinzu, kann das den Schluss rechtfertigen, dass die Bewerbung nicht ernst gemeint war. Andere Anhaltspunkte können darin zu sehen sein, dass eine Bewerbung weitgehend aus Textbausteinen besteht keine Ausführungen enthält, was den Bewerber an der Stelle interessiert und keinen aussagekräftigen beruflichen Werdegang enthält.

Landesarbeitsgericht Hamburg, Beschluss vom 12. Januar 2009 – 3 Ta 26/08

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 10/09

Sexuelle Belästigung

Kündigung ohne Abmahnung

Eine sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz kann je nach Umfang und Intensität eine fristlose Kündigung oder ordentliche Kündigung rechtfertigen, ohne dass es zuvor einer wirksamen Abmahnung bedarf. Dies gilt auch bei nur verbalen sexuellen Belästigungen.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war als Krankenhelferpfleger beschäftigt. Eines Tages zeigte er einer Kollegin auf seinem Handy ein Bild, auf dem eine nackte Frau mit gespreizten Beinen in Nahaufnahme zu sehen war. Die Kollegin forderte ihn auf, das Bild sofort wegzunehmen. Eine andere Kollegin rief der zu dem Zeitpunkt alkoholisierte Arbeitnehmer nachts im Dienst an und sagte unter anderem: „ … dann nehme ich meinen Schwanz und stecke ihn in dein Loch und spritz ab." Die geschockte Kollegin beendete das Telefonat ohne Gegenäußerungen. Nachdem der Arbeitgeber von diesen Vorfällen Kenntnis erlangt hatte, kündigte er das Arbeitsverhältnis fristlos, hilfsweise unter Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist. Das Gericht sah die ordentliche Kündigung als gerechtfertigt an.

Das Landesarbeitsgericht: Unter Berücksichtigung der von der Gesellschaft gebotenen und verlangten Wertschätzung des anderen Geschlecht musste der Arbeitnehmer wissen und respektieren, dass sein zweifelsfrei sexuell motiviertes Auftreten gegenüber seinen Kolleginnen eine sexuelle Belästigung ist. Dem Arbeitgeber war aber aufgrund der langen Betriebszugehörigkeit und des bisherigen Fehlens handgreiflicher sexueller Übergriffe die Weiterbeschäftigung bis zum Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist zuzumuten.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Urteil vom 4. März 2009 - 3 Sa 410/08

Rauchfreier Arbeitsplatz

Berliner Rauchverbot weiterhin gültig

Nach der Arbeitsstättenverordnung muss der Arbeitgeber ein allgemeines oder auf einzelne Bereiche der Arbeitsstätte beschränktes Rauchverbot erlassen. Darüber hinaus hat er Räume, Vorrichtungen oder Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und Dienstleistungen so zu regeln, dass der Arbeitnehmer gegen Gefahr für Leben und Gesundheit so weit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet. Das Berliner Nichtraucherschutzgesetzes vom 16. November 2007 verbietet das Tabakrauchen in Gaststätten.

Der Fall: Der Arbeitnehmer ist als Tisch-Chef am Roulettetisch einer Spielbank in Berlin tätig. In dem Spielsaal besteht ein räumlich nicht abgetrennter Barbereich, der von einem anderen Unternehmen betrieben wird. Im ganzen Spielsaal wird geraucht. Mit seiner Klage auf Zuweisung eines tabakrauchfreien Arbeitsplatzes hatte der Arbeitnehmer Erfolg:

Das Bundesarbeitsgericht: In dem Spielsaal wird eine Gaststätte im Sinne des Gaststättengesetzes betrieben. Dort ist es nach dem Berliner Nichtraucherschutzgesetz verboten zu rauchen. Das Rauchverbot ist nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 2008 hinsichtlich der Betreiber von Einraumgaststätten verfassungswidrig, jedoch nicht nichtig. Der Landesgesetzgeber hat bis 31. Dezember 2009 eine Neuregelung zu treffen. Die einschlägige Vorschrift des Berliner Nichtraucherschutzgesetzes bleibt bis dahin wegen der hohen Bedeutung des Schutzes der Bevölkerung vor den Gefahren des Passivrauchens anwendbar. Das Rauchen in Gaststätten ist in Berlin weiterhin untersagt.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 19. Mai 2009 - 9 AZR 241/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 22.06.2009 11/09

DGB

Krisenmanagement

ILO will globalen Jobpakt

Auf ihrer alljährlichen Arbeitskonferenz in Genf hat die Internationale Arbeitsorganisation ILO angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise eine globale Beschäftigungsinitiative gefordert. Ziel des Paktes sei es, Beschäftigung und sozialen Schutz in den Mittelpunkt von Konjunkturprogrammen zu stellen.

Drei Wochen lang diskutierten im Juni Delegierte aus den 183 Mitgliedstaaten – VertreterInnen der Regierungen sowie der nationalen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen – über das Thema Arbeit und die sozialen Folgen der Krise. Die Welt müsse in den nächsten Jahren eine anhaltende weltweite Beschäftigungskrise bewältigen, erklärte der ILO-Generalsekretär Juan Somavia. Die damit verbundene soziale Krise verstärke die Gefahr von Instabilität.

Die ILO geht davon aus, dass sich die Lage auf den Arbeitsmärkten weltweit weiter verschlechtert. Im laufenden Jahr rechnet sie weltweit mit bis zu 239 Millionen Arbeitslosen – rund 40 bis 60 Millionen mehr als im Vorjahr. Besserung ist laut Somavia nicht in Sicht. Die Beschäftigungskrise könnte mehrere Jahre dauern, selbst wenn sich die Weltwirtschaft ab 2010 erhole.

Foto: DGB/Susec

ILO-Krisengipfel: Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer (2.v.r.) diskutierte in Genf unter anderem mit der US-amerikanischen Arbeitsministerin Hilda Solis, dem Präsidenten der Internationalen Arbeitgeberorganisation Wiseman Nkuhlu (Südafrika) sowie dem argentinischen Arbeits- und Sozialminister Carlos Tomada (v.l.n.r.) über Arbeitnehmerrechte, sozialen Dialog und Maßnahmen zur Rettung von Unternehmen in der Krise.

Die ILO schaltet sich mit ihrer Beschäftigungsinitiative aktiv in die globale Überwindung der Krise ein – das fordern die Gewerkschaften seit langem. Neben Weltbank oder der Welthandelsorganisation WTO müsse auch die ILO ein „aktiver Partner im G20-Prozess sein", erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der auch Mitglied im ILO-Verwaltungsrat ist. Die argentinische Präsidentin Christina Kirchner sowie der brasilianische Präsident Lula da Silva hätten auf der ILO-Konferenz erklärt, dass sie die ILO an den Tisch der G20 bringen wollen.

„Diese Initiative muss von Kanzlerin Merkel und Vize-Kanzler Steinmeier unterstützt werden", fordert Sommer. Die Gewerkschaften haben dazu bereits im Vorfeld des letzten G20-Treffens in London einen Vorstoß gemacht. Sommer geht davon aus, dass die amerikanische Arbeitsministerin Hilda Solis die eindeutige Botschaft der Internationalen Arbeitskonferenz an ihren Präsidenten weiterleitet. In den USA findet im Herbst das nächste G20-Treffen statt. Die Gewerkschaften setzen darauf, dass dort dann – nach den bislang noch nicht umgesetzten Absichtserklärungen aus London – endlich konkrete Maßnahmen für eine Neujustierung der Weltwirtschaft beschlossen werden. •

plusminusBERLIN

+ *Markus Kurth, sozialpolitischer Sprecher der Grünen, nimmt die Bundesregierung in die Pflicht, Menschen gerade in Krisenzeiten vor Überschuldung zu schützen. Er fordert: Schärfere Regeln für die Kreditvergabe, Kompetenzförderung für den Umgang mit Geld und mehr Schuldnerberater.*

– *Heinz-Peter Haustein (FDP) versteht die Kritik – unter anderem der Gewerkschaften – an überzogener Überwachung von ALG-II-Empfängern nicht. Sein Argument aus der Boulevard-Mottenkiste: Beispiele wie „Florida-Rolf" verärgerten den Steuerzahler. Es gehe schließlich ums Prinzip.*

inhalt

Seite 3
Europawahl
Ein schwarzer Tag für Europa? Konsequenzen, Analysen, Hintergründe

Seite 5
Krisenmanagement
Beratung und Krisenmanagement durch die Gewerkschaften sind in der Krise oft der Schlüssel, um Beschäftigung zu sichern

Seite 7
Reform der Reform
Es läuft etwas schief an Deutschlands Hochschulen. Was getan werden muss, damit die Reformen des europaweiten Bologna-Prozesses doch noch erfolgreich sein können, beschreibt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.u18.org
Jugendwahlprojekt zur Bundestagswahl 2009

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Aktualisierter Bericht der ILO zur weltweiten Beschäftigungsentwicklung („Global Employment Trends")

Wahljahr 2009

Entschlossen gegen die Krise

Der DGB hat im Superwahljahr 2009 seine „Politischen Anforderungen" an die Parteien formuliert. „Entschlossen gegen die Krise" lautet einer der sechs Abschnitte des Papiers. Die Gewerkschaften erwarten von der künftigen Bundesregierung vor allem auch internationales Krisenmanagement in der G20-Gruppe: Unter anderem müssten Finanztransaktionen angemessen besteuert werden.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik gehört die Einführung eins Mindestlohns von 7,50 Euro weiterhin zu den Kernforderungen, ebenso wie der Equal-Pay-Grundsatz in der Leiharbeit. Bildungspolitisch setzt der DGB auf ein umfassendes „Investitionsprogramm für Bildung" – mit zusätzlichen 30 Milliarden Euro jährlich. Weitere Anforderung des DGB an alle demokratischen Parteien: eine konsequentere Bekämpfung des Rechtsextremismus und ein Verbot der NPD. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

?...nachgefragt

Ende 2009 läuft die staatliche Förderung der Altersteilzeit aus. Angesichts der Wirtschaftskrise fordern die Gewerkschaften eine befristete, konditionierte Verlängerung. Das Ziel: eine „Beschäftigungsbrücke" für Jung und Alt bauen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärt, wie das funktionieren kann.

*Leider werden bereits heute zwei Drittel der Auszubildenden nach ihrer Ausbildung nicht übernommen. Und langsam schlägt sich die Krise auf dem Arbeitsmarkt nieder. Vor diesem Hintergrund müssen wir alle Wege gehen, um Beschäftigung zu halten und um jungen Menschen eine Beschäftigungsperspektive zu geben. Wir können es uns nicht leisten, ausgerechnet in diesem Jahr ein so wichtiges Instrument wie die geförderte Altersteilzeit zu verlieren. Wir fordern deshalb ihre befristete Verlängerung für ein Jahr – unter klaren Bedingungen: Eine Förderung soll es nur dann geben, wenn tatsächlich junge Menschen für ältere in Beschäftigung kommen. Die SPD hat diese Forderung bereits in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Aber wir müssen **jetzt** handeln – nicht erst nach der Bundestagswahl. Bisher hat die Union aber eine Verlängerung der Altersteilzeit strikt abgelehnt. Die Bundeskanzlerin hat zwar immer noch Vorbehalte, aber immerhin hat sie – nach langen Diskussionen – in einem Gespräch mit Gewerkschaftsvorsitzenden am 9. Juni ihre Bereitschaft signalisiert, sich unsere Vorstellungen für eine Verlängerung anzusehen.*

Bad Banks

Unzureichendes Modell

Das vom Bundesfinanzministerium Mitte Juni vorgestellte Bad-Bank-Modell hält DGB-Vorstand Claus Matecki für unzureichend und riskant. Es sei kein geeignetes Instrument, um das Bankensystem und damit die Kreditversorgung der Wirtschaft zu stabilisieren. Dafür seien drei Bedingungen notwendig, so Matecki: „Alle toxischen Papiere aus den Bilanzen entfernen, die Ertragslage der Unternehmen mittels erweiterter Konjunkturprogramme verbessern und die Regulierung des Bankensystems mit Hochdruck betreiben." •

Wohnungspolitik

Recht auf Wohnen

Der Deutsche Mieterbund (DMB) hat auf seinem Mietertag im Juni gefordert, ein Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufzunehmen. „Ein sozialer und gerechter Staat muss sich zu diesem Recht bekennen", erklärte DMB-Präsident Franz-Georg Rips. Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee (SPD) erklärte, er habe für diese Forderung „große Sympathie", sehe aber „Schwierigkeiten bei der Umsetzung". •

geplant... → beschlossen

+++ Anfang November 2008 hatten der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und die Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften ein Eckpunktepapier zur DGB-Strukturreform vorgelegt. Darin hieß es unter anderem, der DGB-Bundesvorstand werde noch vor dem DGB-Bundeskongress 2009 entscheiden, „ob die Bezirke Berlin-Brandenburg und Sachsen als eigenständige Bezirke erhalten bleiben sollen". In seiner Juni-Sitzung beschloss der DGB-Bundesvorstand jetzt: Beide Bezirke bleiben erhalten. Sie sollen aber noch in 2009 einen Kooperationsvertrag schließen, um Einsparpotenziale zu nutzen.

+++ Am 25. Juni wird zum dritten Mal der DGB-Index Gute Arbeit vorgestellt, der jährlich abbildet, wie die Beschäftigten die Arbeitsbedingungen in Deutschland bewerten. „Ohne Gute Arbeit gibt es kein nachhaltiges Wirtschaften", erklärten der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und DGB-Vorstand Dietmar Hexel im Vorfeld der Vorstellung.

www.dgb-index-gute-arbeit.de

Anzeige

Verbesserte Regelungen durch **Kurzarbeitergeld plus**

Mit Kurzarbeit die Krise meistern.

www.einsatz-fuer-arbeit.de
0 18 05/67 67-12*

EINSATZ FÜR ARBEIT.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

*Festnetzpreis 14 Ct./Min.; Mobilfunkpreise abweichend.

Europa

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Der 7. Juni war ein schwarzer Tag für Europa. Fast 60 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich nicht an den Europawahlen. Durch das Wahlergebnis ist das Europäische Parlament (EP) weiter nach rechts gerückt. Und es beflügelt die, die eine Fortsetzung des neoliberalen Kurses der Barroso-Kommission wollen.

Europaweit wurden die Konservativen und Christdemokraten (Europäische Volkspartei und Europäische Demokraten: EVP-ED) mit 35,9 Prozent (- 0,8 %) als stärkste Kraft im EP bestätigt. Die Sozialdemokraten mussten große Verluste hinnehmen und erreichten lediglich 21,9 Prozent (- 5,7 %). Dritte Kraft bleiben die Liberalen mit 10,9 Prozent (- 1,8 %). Unter den etablierten Parteien konnten nur die Grünen ihren Stimmenanteil um 1,7 Prozentpunkte auf nun 7,2 Prozent steigern. Nach rechts rückt das EP vor allem, weil – begünstigt durch die geringe Wahlbeteiligung – Europaskeptiker und Rechtsextreme Zuwächse erzielen konnten.

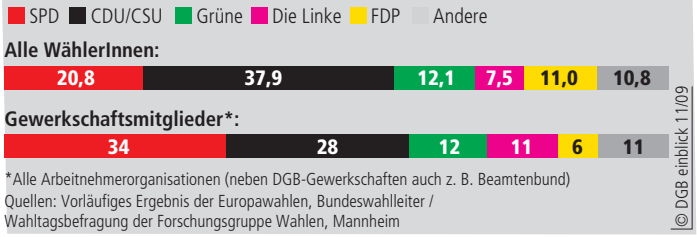
Was das Wahlergebnis für die realen Kräfteverhältnisse im EP bedeutet, ist noch nicht entschieden. Eine eindeutige Mehrheit (mindestens 369 Sitze) hat kein Lager. EVP-ED und Liberale kommen derzeit gemeinsam auf 344 Sitze. Ob sich noch weitere rechte EP-Abgeordnete der EVP-Fraktion anschließen, muss sich bis zur konstituierenden EP-Sitzung am 14. Juli zeigen. Auf alle Fälle ist der Ausgang der Wahlen ein herber Rückschlag für das soziale Europa. „Mit der Stärkung der konservativen Kräfte im neuen EP ist grundsätzlich mit stärkeren marktliberalen Tendenzen zulasten sozialer Grundrechte zu rechnen", schreibt die Friedrich-Ebert-Stiftung in einer ersten Analyse.

Nach der Europawahl ist aber auch vor der Wahl der neuen EU-Kommission. Am 31. Oktober endet die Amtszeit der Kommission unter José Manuel Barroso. Beflügelt vom Ausgang der Wahlen, hat der konservative Portugiese die europäischen Staats- und Regierungschefs aufgefordert, auf dem EU-Gipfel am 18./19. Juni seine Kandidatur zu bestätigen. Sollte sich der EU-Rat bereits jetzt auf Barroso als Kandidaten festlegen, dann müsste das neue EP schon in seiner konstituierenden Sitzung über den Präsidenten der neuen Kommission entscheiden.

Doch die konservative EVP hat allein keine ausreichende Mehrheit. Sozialdemokraten und Grüne haben sich bereits gegen Barrosos Wiederwahl ausgesprochen. Und auch rechtlich gibt es Bedenken: Der juristische Dienst des Rates weist in einem Gutachten darauf hin, dass eine Wahl des Kommissionspräsidenten nach dem geltenden Nizza-Vertrag angreifbar sein könnte, wenn der Rest der Kommission im Herbst nach dem dann möglicherweise geltenden Lissabon-Vertrag bestimmt würde. •

Gewerkschafter: SPD vorn

Stimmenanteile bei der Europawahl in Deutschland vom 7. Juni 2009 (in Prozent)

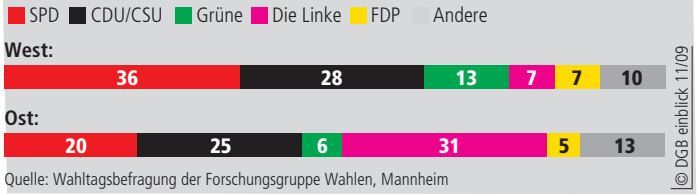


*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quellen: Vorläufiges Ergebnis der Europawahlen, Bundeswahlleiter / Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen in Deutschland bleiben die Sozialdemokraten stärkste politische Kraft. Gegenüber der Europawahl von 2004 konnten die SPD bei den GewerkschafterInnen sogar um zwei Prozentpunkte zulegen.

Große Unterschiede zwischen Ost und West

Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern in Ost- und Westdeutschland bei der Europawahl vom 7. Juni 2009 (in Prozent)

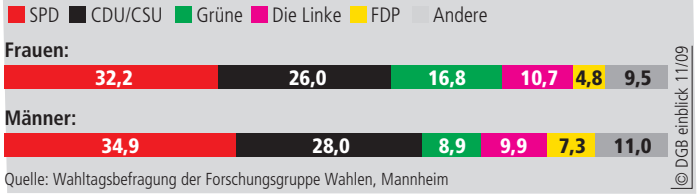


Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Während 36 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder im Westen SPD wählten, sind es im Osten lediglich 20 Prozent.

Grüne punkten bei Frauen

Wahlverhalten von GewerkschafterInnen bei der Europawahl vom 7. Juni 2009 nach Geschlecht (in Prozent)



Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Die Grünen kommen bei Frauen wesentlich besser an als bei Männern. Das gilt auch für Gewerkschaftsmitglieder.

Zukunft des Lissabon-Vertrags

Am 30. Juni entscheidet das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) darüber, ob der Lissabon-Vertrag mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Gegen den Vertrag, der Europa einen neuen rechtlichen Rahmen geben soll, hatten unter anderem die Bundestagsfraktion der Linken sowie der CSU-Politiker Peter Gauweiler geklagt.

Der Vertrag tritt erst in Kraft, wenn ihm alle 27 EU-Staaten zugestimmt haben. Zwar hat der Bundestag ihn – wie auch 25 weitere Parlamente – gebilligt. Bundespräsident Horst Köhler will mit der Unterzeichnung der Urkunde aber bis zum BVerfG-Urteil warten. Und Polens Staatspräsident Lech Kaczynski will seine Zustimmung erst nach einem Ja Irlands geben.

Eine Zustimmung in Irland scheint hingegen immer wahrscheinlicher. Jüngste Umfragen signalisieren, dass die Iren nach ihrem ersten Nein bei einer erneuten Volksabstimmung im Oktober für den Vertrag votieren könnten. Neue Ungemach droht dem Reformvertrag dagegen aus Großbritannien angesichts der Regierungskrise der Labour-Partei. Obwohl er dort längst ratifiziert wurde, hat der konservative Parteichef David Cameron den Briten eine Volksabstimmung über den Vertrag versprochen, falls die Tories vor Inkrafttreten des Vertrages an die Macht kommen.

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Jugend

DVD zur Wahl

Die DGB-Jugend in Hamburg hat eine Informations-DVD zur Bundestagswahl 2009 herausgegeben. Sie soll jungen Menschen Ablauf und Hintergründe der Wahl erklären und über politische Schwerpunktthemen informieren. Bundesweit können LehrerInnen sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen die DVD beispielsweise für den Unterricht oder für Seminare einsetzen.

Ein Highlight: PolitikerInnen aller im Bundestag vertretenen Parteien äußern sich in exklusiv für die DVD geführten Interviews zu drei aktuellen politischen Themen: Ausbildung, Mindestlohn und Jugendarbeitsschutz. Daneben gibt es ein Feature zum deutschen Wahlsystem sowie Filme und Statements von KünstlerInnen und MusikerInnen rund um die Initiative „Kein Bock auf Nazis". Auch Interaktives hat der „Silberling" zu bieten: Der „Wahl-o-Mat" der Bundeszentrale für politische Bildung kann direkt von der DVD gestartet und angewendet werden. Auf der Homepage zur DVD *(www.wahl-film.de)* gibt es neben Ausschnitten aus den Politikerinterviews Vorschläge für den Ablauf von 45- oder 90-minütigen Unterrichtseinheiten.

Stückzahlen von bis zu zehn DVDs können in den Bundesländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern kostenlos bestellt werden. Für Bestellungen aus anderen Bundesländern gilt ein Einzelpreis von 14,90 Euro plus Versandkosten (Mengenrabatte möglich). •

www.wahl-film.de

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) ist einer der fünf interviewten PolitikerInnen. Außerdem auf der DVD: Ralf Brauksiepe (CDU), Claudia Roth (Grüne), Katja Kipping (DIE LINKE) und Dirk Niebel (FDP).

Kampf gegen Rechts

Nazis aus dem Takt bringen

Mit dem Song-Contest „Nazis aus dem Takt bringen – Starke Stimmen gegen Rechts" macht ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Politik, KünstlerInnen und Musikindustrie mobil gegen Rechtsextremismus. Nach steigenden Zahlen von rechtsextremen Übergriffen in den vergangenen Jahren und nach den gewalttätigen Übergriffen am Rande der 1.-Mai-Kundgebung in Dortmund sei es Zeit zu handeln, so die InitiatorInnen.

Im Fokus des Wettbewerbs und der Aktionen stehen Schülerinnen und Schüler. Denn immer häufiger versuchen Neonazis gerade vor Schulen und auf Schulhöfen gezielt, junge Leute mit Hilfe rechter Musik zu rekrutieren. Dieses Feld soll nicht den Nazis überlassen werden.

Die Initiative richtet sich deshalb an junge NachwuchsmusikerInnen, die in ihren Liedern für Toleranz und gegen Fremdfeindlichkeit eintreten. Sie sind aufgerufen, ihre Songs vom 16. Juni bis zum 1. Juli auf der Internetplattform „myspace.com" einzustellen. Eine Jury kürt die zehn besten Songs, die dann auf einer kostenlosen CD mit Liedern bereits bekannter Bands veröffentlicht werden. Prominente Mit-Initiatoren des Wettbewerbs sind der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, Außenminister und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier (SPD), Smudo von den „Fantastischen Vier", die Soulsängerin Oceana und die Berliner Band „The BossHoss". •

www.nazisausdemtaktbringen.de

DGB-Jugend

Aktionsbox für politische Bildung

Demokratie setzt Bildung voraus. Wer seine Rechte und Pflichten kennt, kann sich in der Politik und im Betrieb einbringen. Deshalb gehört politisches Grundwissen zum Kern der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Genau das vermittelt die Projekt- und Aktionsbox „Materialien zur politischen Bildungsarbeit" der DGB-Jugend. Ziel ist es, TeamerInnen sowie Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen spannende und unterhaltsame Methoden zur Aufbereitung politischer Themen an die Hand zu geben. Die Box enthält vier Schulungskonzepte mit individuellen Leitfäden sowie eine CD-Rom mit Kurzfilmen zu zentralen Themen der DGB-Jugend. Besonderes Extra: 40 Karten mit Beispielen für öffentlichkeitswirksame Aktionen, um Missstände publik zu machen. Die Aktionsbox ist Bestandteil der DGB-Jugendkampagne „Gute Ausbildung. Gute Arbeit. Gutes Leben." und kann für 3,50 Euro pro Exemplar (zzgl. Porto) bestellt werden. •

silvia.grigun@dgb.de

interregio

••• Die ***DGB-Jugend Hessen*** hat unter dem Motto „Perspektiven schaffen statt Jugend abwracken" ein ***Konzept*** zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze vorgelegt. Der Vorschlag, den auch der DGB-Bezirk unterstützt, wurde der Landesregierung unterbreitet – verbunden mit einem Gesprächsangebot. Die DGB-Jugend ruft in dem Dokument Land, Kommunen und Wirtschaft auf, gemeinsam dafür zu sorgen, dass den 6000 unversorgten hessischen Ausbildungssuchenden genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Zwei Drittel der Ausbildungsplätze sollten von der Privatwirtschaft bereitgestellt werden, das andere Drittel vom Öffentlichen Dienst und der Bundesagentur für Arbeit.

Auch mit einer Postkarte wirbt die DGB-Jugend Hessen für Perspektiven für junge Menschen.

www.hessen.dgb.de/jugend/perspektiven

••• Der ***DGB Hamburg*** lädt gemeinsam mit der AOK, dem Institut für betriebliche Gesundheitsförderung und der Vereinigung der Unternehmensverbände Hamburg/Schleswig-Holstein am 1. Juli zur ***Veranstaltung*** „Gesundheitsförderung im Betrieb – wenn nicht jetzt, wann dann?" ein. Die Fachkonferenz richtet sich in erster Linie an Unternehmensleitungen und Personalverantwortliche von Hamburger Unternehmen. Dabei sollen Aspekte einer ganzheitlichen und nachhaltigen betrieblichen Gesundheitsförderung diskutiert werden. Darüber hinaus werden Unternehmen auch in der betrieblichen Gesundheitsprävention beraten.

www.dgb-hamburg.de/veranstaltungen.php

Krisenmanagement

Beschäftigungssicherung vor Ort

Bei immer mehr Unternehmen kommt die Krise an – Beratung und Krisenmanagement durch die Gewerkschaften sind jetzt oft der Schlüssel, um Beschäftigung zu sichern.

Ein Unternehmen aus dem Organisationsbereich der IG Metall will einen Großteil der MitarbeiterInnen auf „Kurzarbeit Null" setzen – also mit Transferkurzarbeitergeld in eine Transfergesellschaft ausgliedern. Der Betriebsrat meint: Das geht auch anders – und sucht externe Beratung, um alternative Möglichkeiten zu finden: Alternativen, die ebenfalls Beschäftigung sichern und das Unternehmen gleichzeitig, beispielsweise mit Kurzarbeit und Qualifizierung, für die Zeit nach der Krise zukunftsfähig aufstellen. Das ist einer der Fälle aus dem gesamten Bundesgebiet, die derzeit auf dem Schreibtisch von Jochen Schroth im 2008 neu geschaffenen Ressort „Arbeit und Innovation" beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt landen.

Und genau für diese Fälle hat die IG Metall vor kurzem eine Task-Force „Krisenintervention" eingerichtet. Sie soll GewerkschafterInnen und betriebliche Akteure vor Ort unterstützen, indem sie schnell externe BeraterInnen vermittelt – und die Beratung gegebenenfalls auch bezahlt. Auch einen entsprechenden Beraterpool mit breit gefächerten Qualifikationsprofilen hat die IG Metall aufgestellt.

„In den meisten Fällen schaffen die Betriebsräte die Finanzierung über die Betriebsverfassung", berichtet Jochen Schroth, in dessen Ressort die „Clearingstelle" für die Task Force angesiedelt ist. Wenn eine Finanzierung der Berater über das Betriebsverfassungsgesetz, also durch den Arbeitgeber, nicht möglich ist, versuchen Schroth und seine KollegInnen zu helfen. Für das Projekt stehen sogar Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Bundesarbeitsministerium zur Verfügung.

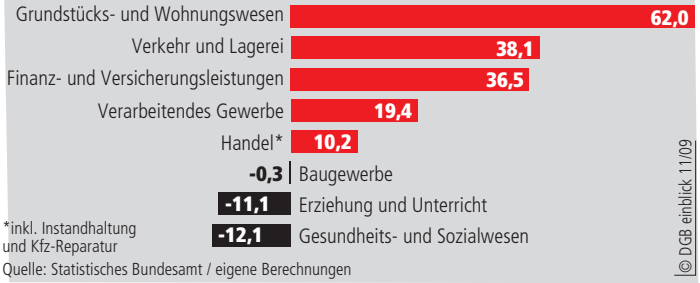
„Krisenintervention" heißt für die Task-Force dabei nicht nur, das Schlimmste zu verhindern. Die Beratungsgespräche in den Unternehmen seien ein Türöffner, „eine Chance, die wir nutzen müssen", erklärt Schroth. Es gehe nicht ausschließlich um „akute Hilfe für krisengeschüttelte Unternehmen", erläutert der 2. Vorsitzende der IG Metall Detlef Wetzel das Konzept. Ziel sei vielmehr „strukturelle Probleme in den Betrieben rechtzeitig zu erkennen und anzugehen und schon heute den Kurs festzulegen, der aus der Krise hinausweist", so Wetzel. Das neu gegründete Ressort „Arbeit und Innovation" habe sich deshalb auf die Fahnen geschrieben, gemeinsam mit Belegschaften Konzepte zu entwickeln, wie sich nachhaltige Instrumente der Beschäftigungssicherung in den Unternehmen etablieren lassen, erklärt Schroth.

Auch in der IG BCE gilt: In der Krise ist Know-how und Beratung Trumpf. Betriebsräte aus der Gewerkschaft haben über das gewerkschaftliche Intranet Zugriff auf eine Datenbank mit rund 300 BeraterInnen – das IG-BCE-Sachverständigennetzwerk. Gerade in der Krise sei es wichtig, „auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln zu können", beschreibt die IG BCE das Ziel des Beratungsservice. Die Betriebsräte sollen mit gewerkschaftlicher und fachlicher Unterstützung noch stärker in eine „aktive Rolle hineinwachsen", selbst Themen vorantreiben und alternative Konzepte erarbeiten. Vor allem Konzepte zur Beschäftigungssicherung: Besinnungsloser Sparkurs und Stellenabbau seien schon deshalb falsch, „weil Fachkräfte, die man einmal durch Entlassung verloren hat, kaum mehr zurückzuholen sind, wenn der Konjunkturmotor wieder anspringt", sagt dazu IG BCE-Vorstand Michael Vassiliadis.

Einige Unternehmen aus dem IG BCE-Bereich profitieren beim Krisenmanagement außerdem vom Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie" *(einblick 18/08)*, mit dessen Umsetzung die Chemie-Sozialpartner 2008 begonnen hatten: Mit einer Art „betrieblichem Demografie-Check" konnten Chemie-Unternehmen Altersstruktur und Qualifikationsbedarf ihrer Belegschaft passgenau analysieren. Das hat jetzt in der Krise positive Effekte. Das Pharmaunternehmen B. Braun Melsungen etwa entschied sich nach der Analyse: Auch in Krisenzeiten werden alle Auszubildenden übernommen. •

Unternehmensinsolvenzen nehmen zu

Veränderung der Insolvenzzahlen in ausgewählten Branchen, Vergleich 1. Quartal 2008 mit 1. Quartal 2009 (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt / eigene Berechnungen

Die Zahl der eröffneten Insolvenzverfahren von Unternehmen hat im ersten Quartal 2009 im Vergleich zum Vorjahresquartal im Schnitt um zehn Prozent zugenommen. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen.

Bald ausgereizt

„In bisher nicht gekanntem Ausmaß" würden Unternehmen derzeit betriebsinterne Instrumente nutzen, um Entlassungen zu vermeiden, konstatiert das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) in seiner Arbeitsmarktprojektion für 2009.

Vor allem Kurzarbeit, Verkürzung der Wochenarbeitszeit und Überstundenabbau würden dafür sorgen, dass es im Jahresschnitt voraussichtlich „nur" 3,7 Millionen Arbeitlose geben werde, so das IAB. Angesichts eines Minus von sechs Prozent beim Bruttoinlandsprodukt sei das ein „sehr moderater Anstieg" im Vergleich zum Vorjahr, so das IAB.

Trotzdem dürften im Herbst die Möglichkeiten flexibler Arbeitszeitgestaltung „ausgereizt sein", schätzt das Institut. Im Jahr 2010 werde die Arbeitslosenzahl durchschnittlich bei 4,5 Millionen liegen, die Zahl der Beschäftigten in Kurzarbeit werde von derzeit 1,1 Millionen auf 500 000 zurückgehen.

Im Internet

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Mehr zu den Beratungsangeboten der DGB-Gewerkschaften in der Krise und die IAB-Prognose zum Download.

kurz&bündig

Die IG BCE hat eine Online-Befragung für Euro-Betriebsräte (EBR) gestartet, die noch bis zum 26. Juni läuft. EBR-Mitglieder sollen die Erfahrungen aus ihrer Arbeit schildern, um den Bedarf an gewerkschaftlichen Unterstützungsleistungen zu ermitteln und das Beratungs- und Koordinationsangebot zu verbessern.
www.einblick.dgb.de/links

„Jeder zehnte Arbeitslose ist ehemaliger Leiharbeiter", hat ver.di festgestellt. Die Gewerkschaft fordert deshalb, das „Synchronisationsverbot" wieder einzuführen: Früher war es Verleihfirmen verboten, LeiharbeiterInnen nur für die Dauer eines Auftrags für ein Entleihunternehmen einzustellen und danach gleich wieder zu entlassen.

Die GdP NRW hält den Einsatz von „Kinder-Spitzeln" zur Überprüfung des Verkaufverbots von Alkohol an Heranwachsende nur in Ausnahmefällen für zulässig. Solche Maßnahmen gingen an den eigentlichen Ursachen des wachsenden Alkoholmissbrauchs vorbei, meint der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter. Vielmehr müssten die Eltern ermutigt werden, Anzeige gegen Geschäftsinhaber zu erstatten, die Kindern illegal Alkohol verkaufen.

Die TRANSNET-Jugend lädt vom 7. bis zum 9. August zu ihrem diesjährigen Bundesjugendtreffen unter dem Motto „Gemeinsam mehr erleben" nach Straußberg (Thüringen) ein.

DGB-Zukunftscamps

Auf in die Arbeitswelt

Jedes Jahr verlassen 80 000 SchülerInnen die Schule ohne Abschluss und ohne Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. Um SchülerInnen frühzeitig bei der Vorbereitung auf die Arbeitswelt zu unterstützen, hat der DGB vor zwei Jahren das Modellprojekt „Zukunftscamps – Future now" initiiert. Rund 240 SchülerInnen haben in den letzten beiden Jahren an den Sommercamps in Hattingen (NRW) und Flecken Zechlin (Brandenburg) teilgenommen. 2008 wurde aus dem Camp ein Langzeitprojekt: Zwei Schuljahre lang stehen die Pädagogen der Camps den Jugendlichen bei der Berufswahl und in der Bewerbungszeit unterstützend und motivierend zur Seite. Jetzt geht es auf die Zielgerade: Am 27. Juni gibt es für die Jugendlichen des Brandenburger Zukunftscamps 2008 ein „follow up" in der Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin: Beim Planspiel „Ready-Steady-Go" haben die SchülerInnen die Chance, sich unter realistischen Bedingungen in einem simulierten Bewerbungsgespräch mit Unternehmern aus der Region zu beweisen. Im Anschluss erhalten die TeilnehmerInnen ein Zertifikat von DGB und Bundesagentur für Arbeit. •

www.zukunftscamps.de

Foto: DGB

Voller (Körper-)Einsatz für den Mindestlohn: Mit drei Teams war der Deutsche Gewerkschaftsbund Mitte Juni beim Team-Staffellauf im Berliner Tiergarten vertreten. Mit einer eindeutigen Botschaft auf den Trikots: „Kein Lohn unter 7,50 Euro". Mit am Start: DGB-Vorstand Claus Matecki.

IGB

Kolumbiens trauriger Rekord

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat seinen jährlichen Bericht über die weltweite Verletzung von Gewerkschaftsrechten für 2008 vorgelegt. Der Bericht stellt fest: Die Situation habe sich unterm Strich verschlechtert. Zwar ist die Zahl der ermordeten GewerkschafterInnen im Vergleich zum Vorjahr (2007) von 91 auf 76 zurückgegangen – trotzdem mache diese weiterhin hohe Zahl deutlich, dass Behörden und Regierungen in vielen Ländern „bestenfalls nicht in der Lage sind, für einen angemessenen Schutz zu sorgen und in einigen Fällen sogar gemeinsame Sache mit skrupellosen Arbeitgebern machen", kommentierte IGB-Generalsekretär Guy Ryder. Allein in Kolumbien zählte der IGB 2008 insgesamt 49 Morde an GewerkschafterInnen – rund zwei Drittel aller Fälle weltweit – mit steigender Tendenz.

Mit Blick auf die Gewerkschaftsrechte in Europa kritisiert der IGB-Bericht diverse Urteile des Europäischen Gerichtshofs (z.B. „Rüffert"). In Deutschland kritisiert der Report vor allem – wie seit Jahren schon – das fehlende Streikrecht für BeamtInnen. •

www.einblick.dgb.de/links

DGB-Fachtagung

Finanzmärkte an die Leine

Mit der Fachtagung „Umdenken – Gegenlenken. Finanzmärkte regulieren" am 1. Juli in Berlin knüpft der DGB an die auf dem Kapitalismuskongress im Mai begonnenen Debatten an. Im Austausch mit VertreterInnen aus Politik und Wissenschaft will der DGB seine Vorstellungen präsentieren und konkretisieren. Rede und Antwort stehen unter anderem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) und der „Wirtschaftsweise" Peter Bofinger. •

www.einblick.dgb.de/links

Aktiv für Beschäftigte bei Conti

Aufsichtsrat des Monats

Aufsichtsrätin des Monats im Juni ist **Bärbel Bruns.** Seit 1971 ist die gelernte Chemielaborantin in ihrem Unternehmen aktiv: der ContiTech Antriebssysteme GmbH. Und auch das Engagement für Arbeitnehmerinteressen hat bei IG BCE-Mitglied Bruns Tradition: Seit den 1990er Jahren ist sie im Betriebsrat aktiv, seit 2002 Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Continental AG und seit 2004 Mitglied im Aufsichtsrat der ContiTech Antriebssysteme GmbH. Außerdem kandidiert sie in diesem Jahr erneut als ehrenamtliches Mitglied für den Hauptvorstand ihrer Gewerkschaft. Das deutsche Mitbestimmungsmodell sorge dafür, dass die Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Interessen der Kapitalseite nicht „hinten runter" fallen, meint Bruns. In manchen Fällen – etwa bei Standortfragen – wünscht sie sich deshalb noch mehr Mitbestimmungsrechte. Das komplette Porträt online: *www.dgb.de/aufsichtsrat*

MEINUNG

Hochschulbildung

Wir brauchen eine Reform der Reform

Es läuft etwas schief an Deutschlands Hochschulen. Das hat nicht erst der Bildungsstreik der Studierenden und SchülerInnen gezeigt. Was getan werden muss, damit die Reformen im Zuge des europaweiten Bologna-Prozesses doch noch erfolgreich sein können, beschreibt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock.

Das Ziel klang verlockend: Junge Studierende in Europa beginnen ihr Studium in Aachen, setzen es in Stockholm fort, um dann in Rom ihren Master zu machen. Das war die Vision der europäischen Bildungsminister, als sie vor exakt zehn Jahren in der italienischen Universitätsstadt Bologna vereinbarten, einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Auch die Gewerkschaften unterstützten dieses Vorhaben. Sie versprachen sich davon ein **Europa, in dem sich Studierende und Lehrende frei bewegen können** und eine Hochschulbildung, die höchstes Niveau erreicht.

Heute, im Jahr 10 nach Bologna, ist die Bilanz ernüchternd. Überfrachtete Stundenpläne, teils gestiegene Abbrecherquoten und hohe Hürden auf dem Weg ins Ausland kennzeichnen den Alltag an den Hochschulen. Alle Beteiligten müssen ehrlich zugeben: **Der Bologna-Prozess läuft schlecht in Deutschland.**

Allzu oft wird versucht, komplette Diplom-Studiengänge in ein sechssemestriges Bachelor-Studium zu pressen – mit fatalen Folgen. Nur ein Schlaglicht: Die Universität Köln rät in einem Merkblatt vom Juli 2008 potenziellen Studierenden vom Biologiestudium ab, wenn sie mehr als 20 Stunden pro Woche arbeiten müssen. Das kompakte Studium sei mit Nebenjobs nicht zu bewältigen.

Auch der Wechsel ins Ausland fällt den Studierenden nach Bologna nicht leichter, sondern schwerer: Während vor der Reform knapp ein Viertel aller Studierenden ein Semester im Ausland einlegte, sind es bei den Bachelor-Studiengängen an den Universitäten nur noch 15 Prozent. An den Fachhochschulen liegt die Quote sogar noch niedriger.

Der Bologna-Prozess droht in Deutschland zu scheitern, wenn nicht sofort eine Kurskorrektur vorgenommen wird. **Noch ist es nicht zu spät für eine Kehrtwende,** der DGB hat dafür konkrete Vorschläge gemacht. Warum muss ein Bachelor unbedingt in sechs Semestern abgeschlossen sein und nicht erst nach sieben oder acht Semestern? Auch die Durchlässigkeit zwischen Bachelor und Master muss verbessert werden. Weder Quote noch Note dürfen den Zugang zum Master versperren. Das gilt natürlich auch für Studiengebühren, die wir in ganz Europa abschaffen müssen.

Mobilität ist für Studierende heute ein Fremdwort – und zwar auch innerdeutsch. Tausende von Lernmodulen behindern den Wechsel nicht nur von Berlin nach Brüssel, sondern auch von Braunschweig nach Bremen. Deshalb brauchen wird dringend eine einfache Anerkennung. Alle europäischen Hochschulen sollen zudem im Ausland erbrachte Studienleistungen und Abschlüsse anerkennen. Die Studierenden müssen Leistungen der Ausbildungsförderung ins Ausland mitnehmen können. Der DGB fordert Mobilitätsstipendien für mindestens 25 Prozent aller Studierenden, die alle durch den Auslandsaufenthalt bedingten Mehrkosten decken.

Foto: DGB / Franka Bruns

Ingrid Sehrbrock, 61, stellvertretende DGB-Vorsitzende, ist im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Bildung und Forschung zuständig.

Wenn Bologna wirklich zu einem qualitativen Quantensprung werden soll, müssen Bund und Länder mehr Geld in die Hochschulen investieren. **Selbst der kürzlich verabschiedete Hochschulpakt II reicht nicht aus.** In diesem Abkommen wollen Bund und Länder 275 000 neue Studienplätze mit jährlich 6500 Euro pro Platz fördern. Die Kosten für einen Studienplatz liegen aber im Schnitt bei 7300 Euro – selbst wenn es bei den miserablen Betreuungsverhältnissen an den Hochschulen bliebe, deren Verbesserung der Wissenschaftsrat bereits im vergangenen Sommer angemahnt hat. Wir brauchen deshalb schnell einen Hochschulpakt III, damit Bologna doch noch ein Erfolg werden kann.

Trotz aller Kritik an der Bologna-Reform: Ein Zurück zum alten Diplom, Magister oder Staatsexamen darf es nicht geben. Wenn Deutschland aus dem Prozess aussteigt, während 45 andere Länder am Ball bleiben, würde das für Studierende und Beschäftigte nichts als Nachteile bringen. Sie könnten faktisch kaum noch im Ausland studieren.

Der gemeinsame europäische Hochschulraum war und ist **die richtige Antwort auf die Föderalismusreform I,** die die bildungspolitische Kleinstaaterei in Deutschland noch zugespitzt hat. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Gewerkschaften für eine Reform der Reform streiten. •

Campus-Stress

29 Bildungsminister haben 1999 in Bologna die Hochschulreform verabschiedet. Vorrangiges Ziel war es, einen gemeinsamen vergleichbaren Hochschulraum in Europa zu schaffen.

Zentraler Bestandteil sind die Bachelor- und Masterstudiengänge, die das Diplom und den Magister abgelöst haben. Durch straffe Studienordnungen ist das Arbeitspensum enorm gestiegen. Das Motto: Mehr lernen, in kürzerer Zeit – nur die Besten werden zu einem Masterstudium zugelassen. Eine Folge: Das Deutsche Studentenwerk (DSW) verzeichnet einen starken Anstieg von psychosozialen Problemen während des Studiums. So ist die Zahl der Beratungen von 16 000 im Jahr 2004 auf 21 600 in 2007 gestiegen.

Die Einführung von Studiengebühren in den unionsgeführten Bundesländern hat zudem die finanzielle Situation vieler Studierenden verschärft. Das Versprechen, mehr Stipendien bereitzustellen, ist bisher nicht realisiert worden.

Aus diesen Gründen rief die Initiative „Bildungsstreik 2009" zu bundesweiten Streiks vom 15.-19. Juni auf – unterstützt von Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugend. Zehntausende Studierende und SchülerInnen folgten dem Aufruf.

Mehr zum Thema:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

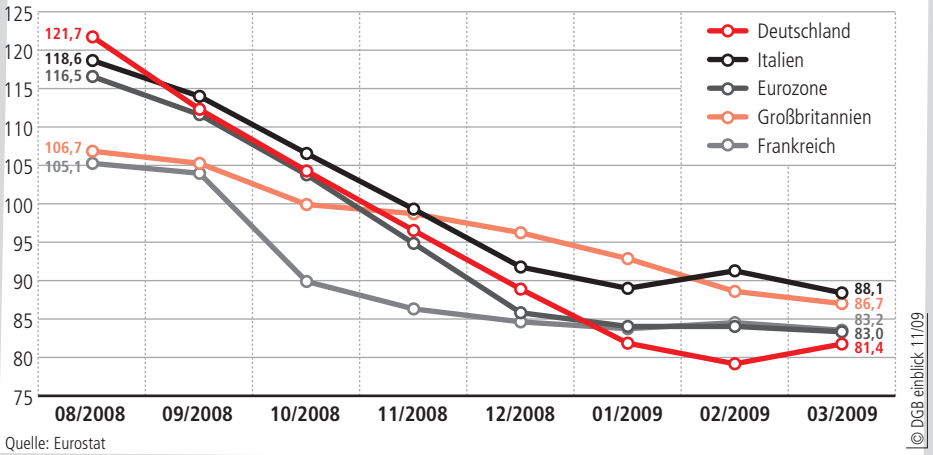
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

EUROPÄISCHE INDUSTRIE: Absturz vorerst gestoppt

Kein Grund zur Entwarnung, aber erste positive Signale. Zumindest der drastische Einbruch der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe der großen europäischen Volkswirtschaften und der Eurozone ist vorerst gestoppt – auch aufgrund konjunkturpolitischer Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Krise wie etwa der „Abwrackprämie" in Deutschland. Damit es möglichst bald wieder ein nachhaltiges Plus in den Auftragsbüchern gibt, fordern DGB und Gewerkschaften ein weiteres Konjunkturpaket.

Entwicklung der Indexwerte der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe, saisonbereinigt (Basiswert des Index: Jahresdurchschnitt 2005 = 100)



Quelle: Eurostat

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

22./23.6. euro-betriebsrat.de, Fachtagung „Die neue EBR-Richtlinie – Was kommt da auf uns zu?", Lüttich (Belgien).

24.6. Hans-Böckler-Stiftung und IG BCE, Workshop „Interessenhandeln von Hochqualifizierten und betriebliche Handlungsmöglichkeiten", Hannover

24.6. DGB, Mitbestimmungsforum, Hannover

24./25.6. DGB-Bildungswerk und Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „China und die Weltwirtschaftskrise – Folgen für die Arbeitnehmer in China und Deutschland", Hattingen

25.6. DGB und Mitgliedsgewerkschaften, Abschlussveranstaltung zum Trendwende-Projekt „Beteiligung macht stark"

25.6. Hans-Böckler-Stiftung und Fachhochschule Gelsenkirchen, Symposium „Liberalisierung in der Elektrizitätswirtschaft", Gelsenkirchen

25.6. Vorstellung des DGB-Index Gute Arbeit, Berlin

26.6. IG Metall und IG BCE, „Industriepolitische Konferenz", Oberhausen

29./30.6. Hans-Böckler-Stiftung und DPG-Stiftung, „Markt contra Staat? 20 Jahre Postreform und Mitbestimmung", Bonn

1.7. DGB, Fachtagung zur Finanz- und Wirtschaftskrise „Umdenken – Gegenlenken. Finanzmärkte regulieren", Berlin

4.7. DGB-Frauen Bayern, DGB-Senioren und andere, Konferenz „Rentenpolitische Konferenz: Altersarmut bei Frauen", Nürnberg

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

personalien

••• ***Sigrid Wolff,*** 37, Juristin und seit Januar externe Kommunikationsberaterin des DGB-Vorstands, ist seit dem 8. Juni neue Pressesprecherin und Leiterin des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit beim DGB-Bundesvorstand. Vor ihrem Wechsel zum DGB war Wolff Leiterin der Pressestelle und Pressesprecherin des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen. Sie folgt ***Axel Brower-Rabinowitsch,*** 64, der in den Ruhestand geht.

••• ***Dr. Astrid Ziegler,*** 49, bisher Referatsleiterin Strukturpolitik und Strukturforschung beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, ist seit dem 1. Juni als Ressortleiterin Industriepolitik im Funktionsbereich Wirtschaftspolitik beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt/Main tätig.

••• Der Erste Vorsitzende der IG Metall ***Berthold Huber,*** 59, ist Ende Mai vom Kongress des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) in Göteborg zum neuen IMB-Präsidenten gewählt worden. Er tritt damit auch in diesem Amt die Nachfolge des ehemaligen Ersten Vorsitzenden der IG Metall ***Jürgen Peters,*** 65, an.

Schlusspunkt.

„Wir wollen Erneuerungen auch bei den Politikerinnen. Nicht mit schlecht riechenden und schlecht angezogenen Frauen, wie es die Europaparlamentarierinnen der anderen Parteien sind."

Der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi erklärte im Vorfeld der Europawahl, warum seine Partei Nacktmodelle und Moderatorinnen seiner Fernsehsender als Kandidatinnen zur Europawahl aufgestellt hat.

Hartz IV

Maklergebühren werden nicht erstattet

Wer als Hartz-IV-Empfänger mit Hilfe eines Maklers sein Haus verkauft, kann keinen Ersatz der Maklerkosten verlangen.

Der Fall: Der Hartz-IV-Empfänger hatte mit Familie ein Eigenheim - von etwa 170 m² Wohnfläche und einem Schätzwert von 280.000 Euro - bewohnt. Er verkaufte das Haus mit Hilfe eines Immobilienmaklers, nachdem die zuständige ARGE die nach Hartz-IV-Maßstäben zu hohen laufenden Kosten nicht mehr übernehmen wollte. Die Provision des Maklers betrug 4.054,20 Euro. Der Hartz-IV-Empfänger verlangte die Erstattung, innerhalb der von der Behörde gesetzten Frist von sechs Monaten sei ihm der Hausverkauf nur durch einen Makler möglich gewesen. Der Verkauf des zunächst bewohnten Eigenheimes stehe in untrennbarem Zusammenhang mit der Beschaffung sozialrechtlich angemessenen Wohnraumes, zu der die ARGE ihn aufgefordert habe. Seine Klage hatte keinen Erfolg

Das Landessozialgericht: Der kommunale Träger der Grundsicherung kann nur Kosten des Umzugs und der Wohnungsbeschaffung übernehmen. Eine Maklercourtage für einen Hausverkauf fällt nicht darunter. Sie lässt sich weder dem Begriff des Umzugs selbst zuordnen, noch ist sie mit dem Finden und Anmieten einer neuen Wohnung verbunden.

Landessozialgericht Nordrhein Westfalen,
Urteil vom 2. März 2009 – L 19 AS 61/08

Polizeibeamte

Bei Betrug Entfernung aus dem Dienst

Ein wegen Steuerhinterziehung in erheblichem Umfang und mehreren Betrugsfällen strafrechtlich verurteilter Polizeibeamter ist aus dem Dienst zu entfernen.

Der Fall: Der Beamte stand als Polizeikommissar im Dienst des Landes Rheinland-Pfalz. Daneben betrieb er ohne Nebentätigkeitsgenehmigung und teilweise während dienstunfähiger Erkrankungen in größerem Ausmaß Geschäfte als gewerblicher Grundstückshändler, Bauträger und Hausverwalter. In seiner Steuererklärung für das Jahr 2000 gab er den Erlös aus Grundstücksverkäufen wahrheitswidrig mit 300.000 DM statt ca. 566.000 DM an und hinterzog dadurch Einkommenssteuern in Höhe von 125.000 DM. Darüber hinaus stellte er Mietern überhöhte Nebenkosten in Rechnung. Der Beamte wurde wegen Steuerhinterziehung und Betruges in zwölf Fällen zu einer Bewährungsstrafe von neun Monaten verurteilt. Die Klage des Landes auf Entfernung des Beamten aus dem Dienst hatte Erfolg.

Das Oberverwaltungsgericht: Der Polizeibeamte hat schwerwiegende Dienstvergehen begangen und deshalb das Vertrauen des Dienstherrn und der Allgemeinheit verloren. Folglich ist seine Entfernung aus dem Dienst geboten. Sowohl der Dienstherr als auch die Allgemeinheit erwarten zu Recht von einem Polizeibeamten, zu dessen zentralen Dienstpflichten es gehört, Straftaten zu verhindern, aufzuklären und zu verfolgen, dass er die Rechtsordnung in besonderem Maße wahrt. Begeht er stattdessen selbst Straftaten im hier vorliegenden Maße, ist das Vertrauen des Dienstherrn in die persönliche Eignung des Beamten für den Polizeidienst endgültig verloren. Hinzu kommen die ungenehmigten Nebentätigkeiten, die der Beamte zudem teilweise während Zeiten ausgeübt hat, in denen er krankheitsbedingt dem Dienst ferngeblieben ist. Auch hierdurch hat er sich für einen weiteren Verbleib im Dienst untragbar gemacht.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 8. Mai 2009 - 3 A 10242/09.OVG

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 11/09

Gewerkschaftsmitglieder

Bevorzugung in Tarifverträgen zulässig

Ein Tarifvertrag kann bestimmen, dass spezielle Leistungen nur Gewerkschaftsmitgliedern zugute kommen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 18. März 2009 - 4 AZR 64/08

Versetzung

Betriebsrat muss zustimmen

ArbeitnehmerInnen brauchen einer Versetzungsanordnung nicht nachzukommen, wenn und solange der zuständige Betriebsrat dieser Zuweisung eines anderen Arbeitsbereiches nicht zugestimmt hat. Das gilt vor allem im Falle einer Versetzung auf Dauer in eine andere, entfernte Filiale eines Einzelhandelsbetriebes. Stimmt der Betriebsrat nachträglich zu, kann der Arbeitnehmer eine Rückversetzung nicht mehr mit der Begründung verlangen, es liege eine Verletzung des Mitbestimmungsrechts vor.

Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Urteil vom 13. Januar 2009 - 6 Sa 712/07

Schiffsbesatzung

Freizeit an Bord wird nicht vergütet

Besatzungsmitglieder eines Schiffes sind während des Aufenthalts auf See auch außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit gezwungen, an Bord zu bleiben. Diese Zeiten sind nicht als Bereitschaftsdienst zu werten. Nach dem einschlägigen Tarifvertrag haben sie für die nach dem Ende der Dienste bestehende Anwesenheit an Bord des Schiffes nur dann einen tarifvertraglichen Anspruch auf Vergütung, wenn die Anwesenheit angeordnet worden ist. Aus dem faktischen Zwang, während des Aufenthalts auf See an Bord zu bleiben, kann nicht eine stillschweigende Anordnung abgeleitet werden.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 28. Mai 2009 - 6 AZR 141/08

Abschleppkosten

Sind vom Fahrzeughalter zu zahlen

Das unbefugte Abstellen eines Fahrzeugs auf fremden Grundstücken stellt eine Beeinträchtigung des unmittelbaren Besitzes an der Parkplatzfläche dar. Das abgestellte Fahrzeug darf abgeschleppt werden und muss nur gegen Bezahlung der Abschleppkosten herausgegeben werden. Das gilt auch, wenn zur selben Zeit auf dem Gelände andere Parkplätze frei waren.

Bundesgerichtshof,
Urteil vom 5. Juni 2009 – V ZR 144/08

NPD-Mitgliedschaft

Begründet keine Kündigung

Die Mitgliedschaft und das Eintreten für eine als verfassungsfeindlich einzustufende Partei können Zweifel an der Verfassungstreue des Arbeitnehmers ergeben, reichen aber für die Kündigung des Arbeitsverhältnisses im öffentlichen Dienst für sich alleine nicht aus. Außerdienstliche politische Aktivitäten müssen in die Dienststelle hineinwirken und die Aufgabenstellung des öffentlichen Arbeitgebers berühren.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 2. Juni 2009 - 14 Sa 101/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 06.07.2009 12/09

DGB

DGB-Index Gute Arbeit 2009

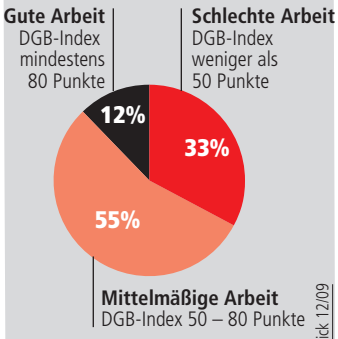
Gute Arbeit kein Schönwetter-Thema

Kein gutes Bild zeichnet der DGB-Index Gute Arbeit von den Arbeitsbedingungen in Deutschland. 33 Prozent der Beschäftigten halten ihre Arbeitsbedingungen für schlecht. Das ist das Ergebnis der bereits zum dritten Mal erhobenen repräsentativen Befragung des DGB zur Qualität der Arbeitsplätze. Nur zwölf Prozent bewerten ihre Tätigkeit positiv. Besonders zu schaffen macht den Beschäftigten der hohe Zeitdruck bei ihrer Arbeit. Sehr negativ bewerten die ArbeitnehmerInnen vor allem die Höhe ihres Einkommens und fehlende Aufstiegsmöglichkeiten.

Auch in der Krise dürfe das Thema Gute Arbeit nicht vernachlässigt werden, stellte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bei der Vorstellung des DGB-Index Gute Arbeit 2009 fest: „Gute Arbeit ist kein Schönwetter-Thema." Während die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Betrieben ankommen, sei von einigen Wirtschaftslenkern bereits wieder das Schlagwort „Hauptsache Arbeit" zu hören. Das könne nicht die Lehre aus der Krise sein: „Wer das Potenzial Guter Arbeit nicht erkennt, wiederholt alte Fehler und schreibt sie fort", warnte Sommer.

Jeder Dritte arbeitet unter schlechten Bedingungen

Verteilung der Arbeitsplätze in Deutschland nach Qualitätsstufen (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2009; der Index basiert auf einer repräsentativen Befragung von knapp 8000 Arbeitnehmerinnen und -nehmern im ersten Quartal 2009

© DGB einblick 12/09

Nur jeder achte Beschäftigte hierzulande bewertet seine Arbeitssituation positiv, jeder dritte arbeitet unter miserablen Bedingungen mit hohen Belastungen und wenig Sicherheit. Und die Hälfte aller ArbeitnehmerInnen hält ihre Arbeitsbedingungen für gerade mal mittelmäßig. 58 Punkte erreicht der DGB-Index Gute Arbeit 2009 auf einer Skala von 0 bis 100.

Vor allem durch die sehr unterschiedliche Bewertung der Qualität ihrer Arbeitsplätze durch die verschiedenen Beschäftigtengruppen zeigt der DGB-Index auf, wo es Handlungsbedarf bei den Arbeitsbedingungen gibt. So sehen prekär Beschäftigte ihre Arbeitssituation extrem negativ, große Unterschiede gibt es auch in der Bewertung zwischen Ost und West. Während der Index im Westen einen Wert von 59 Punkten erreicht, liegt er im Osten bei 55 Punkten. Für Michael Sommer ist das deutliche West-Ost-Gefälle „alarmierend". Da die aktuellen Zahlen im ersten Quartal des Jahres erhoben worden seien, spiegelten sie noch nicht die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise wider. „Das macht den Handlungsdruck mehr als deutlich", so Sommer. Der DGB-Vorsitzende fordert, am Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West festzuhalten. „Neben betrieblichen und tarifpolitischen Initiativen brauchen wir auch die politischen Rahmenbedingungen für Gute Arbeit in Deutschland und Europa, von der Leiharbeit über Mindestlöhne bis zur Mitbestimmung."

Ein weiteres Ergebnis: Gerade mal jeder zweite Befragte geht davon aus, seine Tätigkeit unter den derzeitigen Bedingungen bis zum Rentenalter ausüben zu können. „Wer immer noch glaubt, an der Rente mit 67 festhalten zu müssen, ist auf dem Holzweg", meint der

Fortsetzung auf Seite 3

plusminusBERLIN

+ *Siegmund Ehrmann, medienpolitischer Sprecher der SPD, will die Vergütung geistigen Eigentums in der „digitalen Welt" verbessern. Es sei wichtig, dass auch im Internetzeitalter Kultur- und Medienschaffende ein angemessenes Einkommen hätten. „Kreative müssen von ihrer Arbeit leben können."*

– *FDP-Bildungsexperte Patrick Meinhardt fand den Bildungsstreik Mitte Juni zwar „überfällig", traut den rund 200 000 jungen DemonstrantInnen aber wenig eigenes Urteilsvermögen zu. Sie seien „missbraucht und vor den falschen Karren eines linken Aktionsbündnisses gespannt" worden.*

inhalt

Seite 3
Index im Betrieb
Der DGB-Index Gute Arbeit ist auch ein Instrument, um die Qualität der Arbeit in einzelnen Branchen und Unternehmen zu verbessern

Seite 5
Nicht vertretbar
Die Rente mit 67 muss laut Gesetz 2010 auf den Prüfstand. Wenn die Politik die eigenen Vorgaben ernst nimmt, ist die Anhebung des Renteneintrittsalters nicht mehr vertretbar

Seite 7
Politik für Menschen
IG Metall-Vize Detlef Wetzel stellt die Ergebnisse der Umfrage „Gemeinsam für ein Gutes Leben" vor

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.eds.dgb.de
Blog von IG Metall und ver.di zu den Streiks beim IT-Dienstleister EDS

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DGB-Stellungnahme zur Verbraucherpolitik: „Anlegerschutz am Grauen Kapitalmarkt"

Lissabon-Vertrag

Karlsruhe sagt „Ja, aber“

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 30. Juni den EU-Reformvertrag von Lissabon grundsätzlich gebilligt, verlangt aber mehr Beteiligungsrechte für Bundestag und Bundesrat. Deshalb wird der laufende Ratifizierungsprozess solange gestoppt, bis der Bundestag über ein geändertes nationales Begleitgesetz entschieden hat. Das wird voraussichtlich im September geschehen. Zudem sieht das Urteil vor, dass das BVerfG künftig europäische Rechtssetzung intensiver als zuvor prüfen kann.

Anlässlich des Urteils mahnte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer stärkere soziale Rechte für die BürgerInnen in Europa an. „Aus Sicht der Gewerkschaften muss die Bundesregierung alles tun, damit die sozialen Rechte in Europa gestärkt und die im Lissabon-Vertrag verankerten Grundrechte Wirklichkeit in Europa werden.“ Die europäischen Gewerkschaften fordern außerdem seit langem eine soziale Fortschrittsklausel in allen Europäischen Verträgen. Sie soll alle EU-Institutionen darauf verpflichten, im Konfliktfall die wirtschaftlichen Grundfreiheiten nicht über die sozialen Rechte und Prinzipien zu stellen.

Der Lissabon-Vertrag, der mit einem neuen rechtlichen Rahmen für die EU die Handlungsfähigkeit der erweiterten EU verbessern soll, räumt unter anderem dem EU-Parlament deutlich mehr Kompetenzen ein. Bevor der Vertrag – wie geplant – 2010 in Kraft treten kann, muss er noch einige Hürden nehmen. Am 2. Oktober entscheiden die Iren in einer erneuten Volksabstimmung über den Vertrag. Auch in Polen und Tschechien ist der Ratifizierungsprozess noch nicht abgeschlossen. Sollte die Labour-Regierung in Großbritannien vor Inkrafttreten des Vertrags stürzen, wollen die Konservativen als eine der ersten Amtshandlungen das britische Ja zum Vertrag zurückziehen. •

Studie

Fremdenfeindlichkeit nimmt zu

Bei deutschen Jugendlichen haben „Unsicherheit und Angsterleben“ in Bezug auf ihre berufliche Zukunft in den vergangenen Jahren zugenommen – und nehmen weiterhin zu. Das ist ein zentrales Ergebnis der Studie „Jugendmilieus in Deutschland“, die das Internationale Institut für Empirische Sozialökonomie (inifes) im Auftrag der DGB-Jugend erstellt hat. Parallel zu dieser Entwicklung nehme auch die Fremdenfeindlichkeit zu. „Es wird versucht, Angst zu kanalisieren, indem man einen vermeintlichen Schuldigen ausmacht“, erklärt Tatjana Fuchs von inifes.

Für die Auswertung wurden bereits vorliegende Jugendstudien – wie etwa die „Shell-Studie“ oder Sonderauswertungen des DGB-Index Gute Arbeit – mit Blick auf gewerkschaftliche Themen und einen gewerkschaftlichen Kontext untersucht. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Gesundheit

Leiharbeiter öfter krank

LeiharbeiterInnen sind im Schnitt pro Jahr vier Tage mehr krank geschrieben als andere ArbeitnehmerInnen. Das ist Ergebnis eines Reports der Techniker Krankenkasse (TK) mit dem Schwerpunkt Gesundheitssituation in der Zeitarbeitsbranche. Besonders markant sind die größeren Fehlzeiten bei männlichen Leiharbeitern: Sie sind fast sechs Tage häufiger krank als andere männliche Beschäftigte. Die TK hatte für den Report Daten von fast 40 000 bei ihr versicherter LeiharbeiterInnen ausgewertet und zusätzlich 1300 Interviews geführt.

Die Antworten hätten gezeigt, dass „bei Leiharbeitern eine größere Diskrepanz zwischen ihrer Qualifikation und ihrer ausgeübten Tätigkeit“ bestehe, erklärt Norbert Klusen, Vorstandsvorsitzender der TK. „Sie leiden unter einer größeren Arbeitsplatzunsicherheit, schlechteren Jobperspektiven und empfinden ihre Einkommenssituation als belastend.“

Die überdurchschnittlichen Fehlzeiten gehen laut TK deshalb auch auf psychische Belastungen zurück: „Psychisch bedingte Fehlzeiten“ liegen in der Leiharbeit um ein Drittel höher als im Schnitt aller anderen Branchen. Außerdem werden LeiharbeiterInnen 25 Prozent mehr Psychopharmaka verschrieben. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Berufsbildung

Schiefe Bilanz

Der Anteil der Jugendlichen ohne Berufsausbildung liegt seit über einem Jahrzehnt bei 15 Prozent. Die Ursache: Das Angebot an Ausbildungsplätzen des dualen Systems war und ist viel zu niedrig. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die jeweils zum 30. September vorgelegte Ausbildungsplatzbilanz spiegele nicht die Realität wider, stellt die Studie fest. Denn eine wachsende Zahl von Ausbildungssuchenden hat zum Stichtag keinen Ausbildungsplatz gefunden und ist stattdessen in berufsvorbereitenden Maßnahmen und Praktika untergekommen oder geht weiter zur Schule. Dennoch gelten sie für die Bilanz als „versorgt“. Die Anzahl der Jugendlichen in diesem „Übergangssystem“ hat sich von 1992 bis 2005 auf mehr als 500 000 verdoppelt.

Der tatsächliche Mangel an Ausbildungsplätzen werde nicht mehr erkannt, heißt eine der Schlussfolgerungen der Bildungsforscher Elisabeth Krekel und Joachim Gerd Ulrich. Sie bestätigen damit die Kritik der Gewerkschaften an den vermeintlich ausgeglichenen Bilanzen. Krekel und Ulrich plädieren unter anderem für mehr außerbetrieblich voll qualifizierende Ausbildungsplätze, etwa durch die Bündelung bisheriger Förderungen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Kinderbetreuung

Angebot europaweit gestiegen

Das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen ist europaweit in den vergangenen Jahren gestiegen. Ursache dafür sei vor allem der „starke Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen“, so die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) in einer aktuellen Untersuchung. Dadurch habe sich auch die Nachfrage nach Kinderbetreuungsleistungen deutlich erhöht.

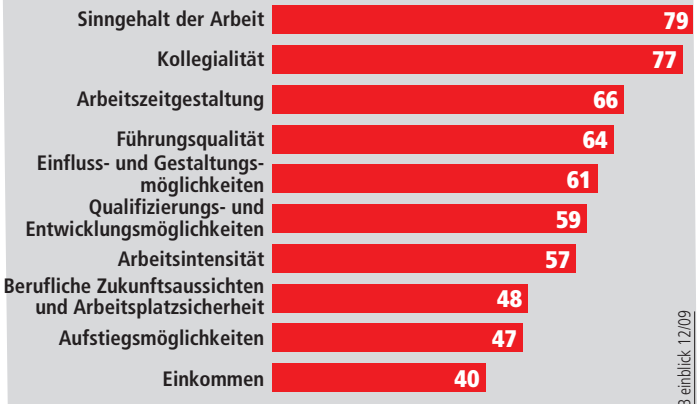
Die Sozialpartner haben bei dieser Entwicklung europaweit eine „Schlüsselrolle gespielt“. In fast allen Ländern der Union hätten Gewerkschaften und Arbeitgeber vermehrt Regelungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgehandelt.

Als Konsequenz aus der Studie fordert Eurofound mehr Personal für die Kinderbetreuung. Ein „Beschäftigungswachstum im Bereich der Kinderbetreuung“ könne auch „zur Förderung der Chancengleichheit für alle Kinder beitragen“ und die Erwerbstätigkeit von Frauen weiter erhöhen. •

www.eurofound.europa.eu

Sinnvolle Arbeit, schlecht bezahlt

Bewertung ausgewählter Dimensionen von Arbeit durch die Beschäftigten im DGB-Index Gute Arbeit (Indexskala 0 bis 100)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2009; der Index basiert auf einer repräsentativen Befragung von 7930 ArbeitnehmerInnen im ersten Quartal 2009

15 Kategorien, vom Sinngehalt der Arbeit bis zum Einkommen, fließen in den DGB-Index Gute Arbeit ein. Auf dieser Grundlage ist es möglich, auf einer Skala von 0 bis 100 die Qualität der Arbeit aus Sicht der Beschäftigten umfassend zu bewerten. Werte im Bereich 80 und mehr erhalten das Prädikat Gute Arbeit, 50 bis 80 Punkte werden als mittelmäßige, Werte unter 50 als schlechte Arbeit eingestuft. Insgesamt erreicht der DGB-Index Gute Arbeit 2009 einen Wert von 58 Punkten. Die Arbeitsbedingungen sind im Schnitt also gerade mal mittelmäßig. Am wenigsten zufrieden sind die Beschäftigten mit ihrer Einkommenssituation, am besten bewerten die ArbeitnehmerInnen den Sinngehalt ihrer Arbeit sowie die Kollegialität.

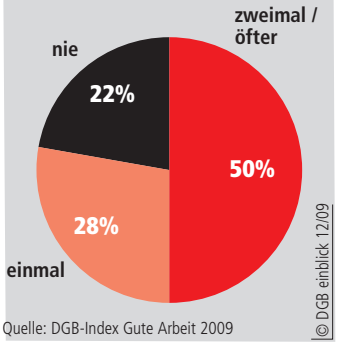
Fortsetzung von Seite 1

Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes habe vor allem der jungen Generation Zukunftschancen geraubt, zwei Drittel seien prekär bzw. atypisch beschäftigt. „Schluss mit Generation Prekär", fordert Wetzel.

Der DGB-Index Gute Arbeit zeigt auch die große Diskrepanz zwischen tatsächlich geleisteter und bezahlter Arbeitszeit. So liegt bei einer vereinbarten Vollzeit-Beschäftigung von 39 Stunden die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bei durchschnittlich 44 Stunden. Die Beschäftigten dagegen favorisieren eine 38-Stunden-Woche, mehr als 40 Stunden möchten lediglich 10 Prozent der Vollzeitbeschäftigten arbeiten. Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane sieht bei der Arbeitszeit große Chancen, die Qualität der Arbeit zu verbessern. Allein die Einhaltung der tariflich vereinbarten Arbeitszeiten biete „ein enormes Potenzial und käme den Bedürfnissen der Menschen entgegen". •

Krank zur Arbeit

Wie oft sind Sie in den letzten zwölf Monaten krank zur Arbeit gegangen? (Antworten in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2009

Acht von zehn Beschäftigten gehen auch dann zur Arbeit, wenn sie krank sind. Die Angst vor Arbeitsplatzverlust spielt dabei eine zentrale Rolle. 71 Prozent der Beschäftigten, die um ihren Job fürchten, gingen innerhalb der letzten zwölf Monate vor der Befragung mehrfach krank arbeiten. Bei denjenigen mit einem sicheren Job waren es lediglich 41 Prozent.

Der Index im betrieblichen Einsatz

Zwei Tochterunternehmen eines Schiffbau-Konzerns setzten die Index-Befragung ein, um Potenziale zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere im Arbeits- und Gesundheitsschutz, zu erkennen. Über 65 Prozent der insgesamt 4000 Beschäftigten beteiligten sich. In einer Projektgruppe mit Mitgliedern aus den verschiedenen Arbeitsbereichen werden nun die nächsten Arbeitsschritte zur Verbesserung der Arbeitsqualität festgelegt. Es geht vor allem darum, körperliche Schwerarbeit abzubauen und die Arbeitsintensität zu verringern.

In einem Unternehmen aus der Wohnungswirtschaft ergab die Index-Befragung unter den rund 500 Beschäftigten, dass die Qualität der Arbeit dort überdurchschnittlich hoch ist. Insgesamt wurden hohe Indexwerte erreicht. Es wurden aber auch weitere Verbesserungspotenziale erkannt – etwa beim Informationsfluss im Unternehmen und bei der Führungsqualität. Das Unternehmen folgte den Empfehlungen der gemeinsamen Projektgruppe von Personalleitung und Betriebsrat: Die Ergebnisse sind nun Bestandteil der Planungen und des Controllings.

In einem Unternehmen im Bereich Kunststoffherstellung und -verarbeitung mit insgesamt 450 Beschäftigten werden die Ergebnisse der Index-Befragung im Betrieb vor allem dafür genutzt, die Führungskräfte zu sensibilisieren, die verschiedenen Aspekte guter Arbeit in ihrem Arbeitsalltag stärker zu berücksichtigen und Verbesserungen umzusetzen. Durchgeführt wurde das Projekt von der Personalleitung in Abstimmung mit dem Betriebsrat. Beide Betriebsparteien nutzen die Ergebnisse auch, um Handlungsfelder für ihre Arbeit zu identifizieren.

Index im Betrieb

Der DGB-Index Gute Arbeit ist auch ein Instrument, um die Qualität der Arbeit zu verbessern – gesamtgesellschaftlich und in einzelnen Branchen und Betrieben. Die Service- und Beratungsstelle zum DGB-Index Gute Arbeit bietet deshalb weitere Auswertungen des Datenmaterials an. Unternehmen oder Betriebsräten können zudem Mitarbeiterbefragungen in Auftrag geben und auswerten lassen.

Betriebliche Anwendungen der Index-Umfrage sind ein präziser Gradmesser für die Qualität der Arbeit im bundesweiten Vergleich. „Die betrieblichen Akteure erhalten nicht nur ein klares Bild von der Qualität der Arbeit im eigenen Unternehmen, wir unterstützen sie auch dabei, Konsequenzen aus den Ergebnissen zu ziehen", sagt Ralf Stuth, Geschäftsführer der DGB Index Gute Arbeit GmbH.

Das Angebot reicht von der Analyse der Arbeitsbedingungen und der Ermittlung von Potenzialen und Schwachstellen bis hin zur Unterstützung von Qualitätsmanagementprozessen und der Beratung bei der Umsetzung der Ergebnisse. Die Service-Stelle verspricht passgenaue Anwendungen des Index, die Kosten für diese Dienstleistungen sind entsprechend des Aufwandes differenziert.

www.dgb-index-gute-arbeit.de

Hans-Böckler-Stiftung

Gender Gap im Fokus

Weiterhin gilt: Frauen verdienen rund ein Viertel weniger als Männer – der so genannte Gender Gap. Doch was sind die Gründe? Warum gibt es nach wie vor kaum Bewegung in Sachen Einkommensgleichheit? Fragen, denen sich die 5. Gleichstellungstagung der Hans-Böckler-Stiftung am 1. und 2. Oktober in Berlin widmet. Im Fokus stehen diesmal betriebliche Faktoren, die zur Ungleichheit beitragen. ExpertInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Praxis analysieren und diskutieren neue Forschungsergebnisse, aktuelle Initiativen und notwendige politische Folgerungen. In vier Themenforen werden Aspekte wie Ungleichheit in Führungspositionen, der Einfluss des Arbeitsvertrags auf die Entlohnung und Maßnahmen für gleiche Bezahlungen vertieft. •

Anmeldungen: christiane-borsch@boeckler.de

Anzeige

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz

Ein Leitfaden für die arbeitsrechtliche Praxis

Dr. Sebastian Hopfner
Valerie Naumann et al.

3. Auflage, 2009, 128 S., 17 x 24 cm, kart., **16,50 €**

ISBN 978-3-89952-427-7

www.vww.de

Arbeit und Leben NRW

Demokratie im Betrieb

Aus Anlass des 60-jährigen Bestehens von „Arbeit und Leben NRW" wird am 16. November in Düsseldorf erstmals der Preis „Demokratie im Betrieb" vergeben. Ausgezeichnet werden Initiativen, Projekte oder Aktionen, die Demokratie und Beteiligung in der Arbeitswelt gefördert haben. Teilnehmen können Einzelpersonen, Gruppen und Mitbestimmungsgremien, die sich für innovative Formen von Mitarbeiterbeteiligung und für die Rechte von Beschäftigten eingesetzt haben. Auch neu gegründete Betriebsräte, Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie Schwerbehindertenvertretungen können vorgeschlagen werden. Bewerbungen bis zum 30. August an: *demokratieimbetrieb@aulnrw.de* •

Mehr: www.aulnrw.de

Anzeige

Das Pflegezeitgesetz

Ein Leitfaden für die arbeitsrechtliche Praxis

Dr. Sebastian Hopfner et al.

2009, 64 S., 17 x 24 cm, kart., **10,80 €**

ISBN 978-3-89952-471-0

www.vww.de

Online-Petition

Für fairen Einkauf

Die fünf großen Supermarkt- und Discounterketten in Deutschland haben zusammen einen Marktanteil von 90 Prozent – und nutzen diese „Marktmacht" konsequent, um ihren Billig-Preisdruck an Lieferanten, Produzenten und Beschäftigte weiter zu reichen. Die 2008 gegründete Supermarkt-Initiative *(einblick 17/2008)* von inzwischen 19 Verbände – darunter ver.di, die NGG und die IG BAU – wendet sich gegen den Missbrauch dieser Marktmacht.

Das Bündnis hat jetzt die Online-Petition „Unfairen Einkauf stoppen" gestartet. Sie fordert eine drastische Änderung der Einkaufspraktiken der Einzelhandelsriesen gegenüber ihren Produzenten und die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards in der gesamten Lieferkette. „Für den Einkauf muss gelten: fair, umweltgerecht und sozial", heißt es in der Petition, die sich direkt an die Vorstandsvorsitzenden der Supermarktkonzerne richtet. Auf der Homepage zur Aktion kann die Erklärung online unterzeichnet werden. •

www.unfairen-einkauf-stoppen.de

interregio

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** lädt am 11. Juli zu einer ***Hochschulpolitischen Tagung*** nach Stuttgart ein. Unter der Überschrift „Soziale und demokratische Hochschule: Bologna und die Folgen für Hochschulen, Betriebe und Verwaltungen" sollen der Bologna-Reformprozess sowie seine Auswirkungen für Studierende, Lehrende und das Arbeitsleben beleuchtet werden. Im Zuge des Bologna-Prozesses werde die Struktur der deutschen Hochschulen dem „unternehmerischen" Vorbild nachgebildet und damit wirtschaftlichen Kriterien unterworfen, so eine These des DGB Baden-Württemberg. Gewerkschaften und Hans-Böckler-Stiftung setzen dieser Entwicklung mit dem Projekt „Soziale und demokratische Hochschule", das auf der Tagung vorgestellt wird, ein gewerkschaftliches Leitbild entgegen. Dieses Leitbild beinhaltet auch die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte – nicht zuletzt auch ein Mittel, um drohendem Fachkräftemangel zu begegnen. In den Tagungs-Foren werden außerdem die Auswirkungen von Bachelor- und Masterstudiengängen auf Wissenschaft und Ausbildung sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten an den Hochschulen diskutiert.

www.einblick.dgb.de/links

••• Der Bundeshauptstadt Berlin hängt der Ruf an, weitgehend industriefrei geworden zu sein. Aus Sicht des ***DGB Berlin-Brandenburg*** kein gutes Image – denn es verhindert dringend benötigte Investitionen in diesem Wirtschaftsbereich in der Hauptstadt. Der DGB-Bezirk hat jetzt eine von ihm angestoßene ***Studie zur Industriepolitik*** in Berlin vorgestellt. Das Besondere: Die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Untersuchung hat viele Unterstützer, die für industriepolitische Perspektiven Berlins an einem Strang ziehen wollen – DGB, IG BCE und IG Metall auf Gewerkschaftsseite, Unternehmerverband Berlin, Handwerkskammer und IHK auf Wirtschaftsseite. Die Studie, die ganz konkrete Projektvorschläge – zum Beispiel zur ökologischen Modernisierung – macht, ist im Regioverlag erschienen.

Kurt Geppert, Ina Drescher-Bonny, Peter Wilke, u.a.: Neue Wachstumschancen für Berlin. Wirtschaftskraft, Branchenprofil und industriepolitische Strategien im Metropolenvergleich. Regioverlag Edition StadtWirtschaft, Berlin 2009, 184 Seiten, 24 Euro.

Friedrich-Ebert-Stiftung

Qualitätssiegel fürs Web

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) schließt die seit 2007 laufende Publikationsreihe „Medien digital" ab. Letzter Band der Reihe ist der gerade erschienene Beitrag des Journalisten und Politikwissenschaftlers Frank Überall – ein „Wegweiser in der digitalen Medienwelt". Überall analysiert darin, wie sich Arbeit und Verantwortungsbewusstsein der JournalistInnen angesichts der extrem schnellen Publizität des World Wide Web verändert haben. Er schlägt unter anderem die Einführung eines Qualitätssiegel für korrekte journalistische Informationen in Online-Medien vor. Denn bisher fehle eine „hinreichende Medienaufsicht für die digitale Welt". Alle zehn Bände der Publikationsreihe bietet die FES inzwischen zum Download an. •

www.einblick.dgb.de/links

Rente mit 67

Nicht vertretbar

Es geht vieles durcheinander in der neu entfachten Debatte um die Rente mit 67. Da wird im Superwahljahr 2009 gerne einmal die Anhebung des Rentenalters in einem Atemzug mit der erst kürzlich beschlossenen „Rentengarantie" genannt oder eine Diskussion um Rentenversicherungsbeiträge eröffnet. Vielleicht, um von der eigentlichen Frage abzulenken: Ist die Rente mit 67 sozial- und arbeitsmarktpolitisch noch vertretbar?

Eine Frage, mit der sich die nächste Bundesregierung im kommenden Jahr befassen werden muss und die sich die derzeitige große Koalition selbst verordnet hat – denn das „Altersgrenzenanpassungsgesetz" zur Rente mit 67 enthält eine entsprechende Überprüfungsklausel (siehe Randspalte). Maßgeblich dafür, ob es bei der Rente mit 67 bleibt, ist laut Gesetz die wirtschaftliche und soziale Situation älterer ArbeitnehmerInnen. Schon vor dem Beginn der aktuellen Krise war diese Situation keineswegs befriedigend. Nur knapp über ein Drittel der über 55-Jährigen war noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt, jeder zweite Betrieb hatte keine über 50-Jährigen mehr angestellt, und vier von fünf NeurentnerInnen sind nicht aus einem regulären Job in die Rente gewechselt. Und die Lage wird sich kaum bessern.

„Die Situation droht sich – nach allen Prognosen – in den kommenden Monaten deutlich zu verschärfen", erklärt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. „Die sozial abgesicherte Beschäftigung gibt schon seit Jahren immer weiter nach und wird oft von prekären Beschäftigungsformen unterlaufen", so Buntenbach. Auch das sei zum Nachteil der künftigen Alterssicherung. „Die Hinweise, dass der nächste Aufschwung noch stärker als zuletzt in der Leiharbeit stattfinden wird", meint Buntenbach, seien ein weiterer Grund zur Besorgnis. Angesichts dessen ist für den DGB klar: „Wenn sich die nächste Bundesregierung an die Gesetzgebung hält" sei die Rente mit 67 „nicht vertretbar", erklärt Buntenbach.

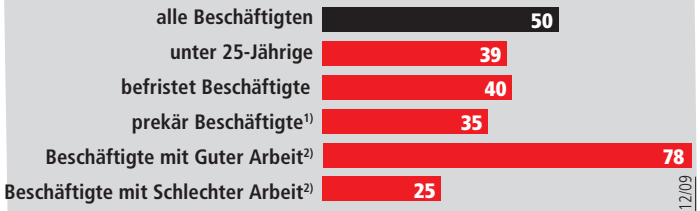
Auch die Argumentation einiger Groß-Koalitionäre, die Rente mit 67 solle Frühverrentung unterbinden, lässt Buntenbach nicht gelten. Bei diesem Thema würden „Täter und Opfer verwechselt". Die Opfer sind die ArbeitnehmerInnen, die nicht aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung heraus in die Altersrente wechseln (80 Prozent), vorher eventuell in Hartz IV abrutschen und so noch ihre Ersparnisse verlieren. Opfer sind auch die Beschäftigten, die es schlicht aus gesundheitlichen Gründen nicht schaffen, bis 67 zu arbeiten und Rentenabschläge von bis zu 14,4 Prozent hinnehmen müssen. Deshalb ist für Buntenbach klar: „Wer Frühverrentung vermeiden will, muss in den Betrieben anfangen, die die Älteren systematisch herausdrängen."

Auch aus den Gewerkschaften gibt es angesichts der Krise und der im kommenden Jahr anstehenden Überprüfung erneut Forderungen, die Rente mit 67 abzuschaffen bzw. mindestens auf Eis zu legen. IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban fordert, die 2012 startende Anhebung des Renteneintrittsalters „umgehend auszusetzen". „Diese Entscheidung war ohnehin falsch, aber angesichts der Wirtschaftskrise könnte sie verheerende Folgen haben", so Urban.

Auch der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt sieht Probleme bei der Umsetzung der Rente mit 67. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise sei es für viele ArbeitnehmerInnen „zunehmend schwerer, die Regelaltersgrenze zu erreichen", so Schmoldt. Es sei deshalb „sozialpolitisch falsch und ökonomisch unvernünftig, an den starren Regelungen festzuhalten". Für einen flexibleren Ausstieg aus dem Arbeitsleben in die Rente könnten etwa Arbeitszeitkonten in Zukunft noch besser genutzt werden als bisher, meint Schmoldt. •

Nur jeder Zweite hält durch

Anteil der Beschäftigten, die denken, dass sie unter ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen ihre jetzige Arbeit bis zum Rentenalter ausüben können (in Prozent)



¹) Vollzeitbeschäftigte in befristetem Arbeitsverhältnis und/oder Leiharbeit mit maximal 2000 Euro monatlichem Bruttoeinkommen
²) Gute Arbeit: DGB-Indexwert mindestens 80, Schlechte Arbeit: DGB-Index unter 50 (Skala von 0 bis 100)
Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2009

© DGB einblick 12/09

Nur jeder zweite Beschäftigte meint laut DGB-Index Gute Arbeit 2009, unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen seine Tätigkeit bis zum Rentenalter ausüben zu können. Unterm Schnitt aller befragten Beschäftigten liegen jüngere ArbeitnehmerInnen, befristet oder prekär Beschäftigte sowie Menschen mit „schlechter Arbeit".

Die Klausel

In den aktuellen Debatten um die Rente mit 67 geht es insbesondere um eine Klausel im Altersgrenzenanpassungsgesetz von 2007. Die Überprüfungsklausel war auf Druck der SPD von der großen Koalition aufgenommen worden.

Sie besagt, dass die Bundesregierung 2010 erstmals – und ab dann alle vier Jahre – über die die Beschäftigungssituation Älterer Bericht erstatten und einschätzen muss, „ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer weiterhin vertretbar erscheint und die getroffenen gesetzlichen Regelungen bestehen bleiben können".

Die Altersgrenze

Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters soll ab 2012 in jährlichen Schritten von einem Monat erfolgen, ab 2024 in Schritten von zwei Monaten. Wer 1947 geboren ist, muss einen Monat länger arbeiten als bisher, um ohne Abschläge in Rente zu gehen. Bei späteren Jahrgängen verschiebt sich das gesetzliche Rentenalter entsprechend nach hinten. ArbeitnehmerInnen aus dem Jahrgang 1964 sind dann die ersten, die bis 67 arbeiten müssten.

www.dgb.de/themen/rente

kurz&bündig

Rund 350 BetriebsrätInnen diskutierten Ende Juni auf einer industriepolitischen Tagung von IG Metall, IG BCE und der Hans-Böckler-Stiftung die Zukunft des Industriestandorts Deutschland. Die IG BCE hat alle wichtigen Debatten und Infos zur Tagung auf einer Online-Themenseite zusammengefasst.
www.einblick.dgb.de/links

Angesichts der aktuellen Entwicklungen am Milchmarkt fordert die NGG eine Preisbindung beim Milchpreis. Diese solle mit VertreterInnen des Handels vereinbart werden und für eine begrenzte Zeit gültig sein.

ver.di fordert die Bundesregierung auf, den Gesetzentwurf zur Einrichtung von Bad Banks zu überarbeiten. Bisher würden die Interessen der Beschäftigten „ungenügend berücksichtigt". Das Gesetz müsse die Beschäftigten schützen, indem die Banken dazu verpflichtet werden, vor der Auslagerung von problematischen Geschäftszweigen in Bad Banks mit den Gewerkschaften eine Beschäftigungs- und Standortsicherung zu vereinbaren.

TRANSNET hat insgesamt 77 Fragen an die im Bundestag vertretenen Parteien als „Wahl-Check" formuliert. Im Mittelpunkt des Fragenkatalogs stehen Belange der ArbeitnehmerInnen. Die Antworten der Parteien will TRANSNET, sofern sie eintreffen, online veröffentlichen.
www.transnet.org

IG Metall

Lärm macht krank

Permanenter Lärm am Arbeitsplatz ist belastend und macht auf Dauer krank. Das Ressort Arbeits- und Gesundheitsschutz der IG Metall zeigt mit dem Ratgeber „Lärmprävention in Büro und Produktion", wie Lärm im Betrieb bekämpft werden kann. Die Broschüre richtet sich an Betroffene, Vertrauensleute sowie Betriebsräte und veranschaulicht die grundlegenden Aspekte zum Thema – so zum Beispiel die rechtlichen Grundlagen zum Arbeitsschutz, Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates und erfolgreiche Beispiele von betrieblichem Lärmschutz aus der Praxis. Fünf Exemplare (Mindestbestellmenge) der Broschüre können für 12,50 Euro zuzüglich Versand online bestellt werden. •

www.igmetall.de/gutearbeit

DGB-Mediennewsletter

Drei-Stufen-Test fürs Netz

Der neue Medien-Newsletter des DGB steht ab sofort zum Download im Netz. In der aktuellen Ausgabe kritisiert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die zum Teil polemischen Angriffe auf die Gremienarbeit der Rundfunkräte des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks beim „Drei-Stufen-Test", mit dem die Zukunft der Online-Auftritte von ARD und ZDF bewertet wird. Die Gewerkschaften hätten sich bis zuletzt gegen eine Online-Beschränkung der Öffentlich-Rechtlichen gewandt – die Politik habe mit ihren Vorgaben den Gremien allerdings Erbsenzählerei verordnet, betonte Sommer. Nun würden alle Beteiligten „ihr Bestes tun", um das Verfahren so gut wie möglich zu bewältigen.

Mit dem Drei-Stufen-Test soll überprüft werden, ob das Onlineangebot der Öffentlich-Rechtlichen den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der BürgerInnen entspricht und mit wie viel (Gebühren-)Aufwand die Öffentlich-Rechtlichen ihre Online-Medien produzieren. Hintergrund ist eine Richtlinie der EU-Kommission, die eine präzisere Beschreibung des Auftrags der Öffentlich-Rechtlichen für das Internet fordert sowie der letzte Rundfunkstaatsvertrag der Länder, der diese Richtlinie umsetzt. •

www.dgb.de/mediennewsletter

DGB-Filmpreis

Deutschland nervt

Der DGB-Filmpreis, den der DGB Niedersachsen zum inzwischen zwölften Mal beim Internationalen Filmfest Emden-Norderney ausgelobt hat, geht in diesem Jahr an den Dokumentarfilm „Deutschland nervt" von Hans-Erich Viet. Der Film wurde vom Festival-Publikum unter fünf vom DGB nominierten Filmen ausgewählt. Er erhält die mit 5000 Euro dotierte Auszeichnung für ein „dokumentarisches Roadmovie quer durch Deutschland, in dem sich der Regisseur auf die Suche nach den Befindlichkeiten der Nation macht". Die Reise geht dabei von Norderney in die Alpen, von kämpfenden Fabrikarbeitern zu deutschen Soldaten im Kosovo, vom Schützenverein zur Geleebananenfabrik. Seit 2005 war Viet unterwegs und zieht selbst das Resümee: „Deutschland nervt: ja, schon. Aber es fasziniert auch." •

Foto: Int. Filmfest Emden-Norderney

Regisseur Hans-Erich Viet nimmt den DGB-Filmpreis entgegen.

DGB-Ratgeber

Hilfen für Geringverdiener

Niedrige Einkommen, Teilzeitarbeit, Minijobs und Kurzarbeit – vielen Beschäftigten bleibt nach Abzug der Lebenshaltungskosten wenig bis nichts mehr. Doch NiedrigverdienerInnen können vom Staat diverse zusätzliche Hilfen beantragen. Wie das geht, zeigt der DGB-Ratgeber „Hilfen für Beschäftigte mit geringem Einkommen". Ob Wohngeld, Kinderzuschlag oder Hartz IV, die Broschüre weist den Weg durch das Dickicht der Formulare und Vorschriften. Außerdem ermöglichen es Berechnungshilfen und Checklisten, die jedem/r einzelnen zustehenden Leistungen korrekt zu berechnen. Einzelexemplare können für 3,35 Euro inklusive Porto und Versandkosten bestellt werden. •

www.dgb-bestellservice.de

Initiative Trendwende

Beteiligung macht stark

Das Projekt „Mitbestimmung am Arbeitsplatz" der gewerkschaftsübergreifenden Initiative Trendwende hat die Ergebnisse seiner Arbeit auf einer Online-Plattform zusammengetragen. Unter dem Schlagwort „Beteiligung MACHT stark!" präsentieren die Projektverantwortlichen zentrale Materialien und Dokumente zum Download, eine Liste wichtiger Links zum Thema sowie den Kontakt zum Netzwerk „Beteiligung" von Haupt- und Ehrenamtlichen aus der beteiligungsorientierten Gewerkschaftsarbeit. •

www.beteiligung.dgb.de

MEINUNG

IG Metall-Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben"

Macht Politik für die Menschen!

Die IG Metall hat im Rahmen der Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben" ihre bisher umfangreichste Befragung abgeschlossen. Mehr als 450 000 Menschen haben sich daran beteiligt. Mit einem eindeutigen Ergebnis: „Selten war die Politik so weit von den Erwartungen der Menschen entfernt", sagt Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

Viel zu lang schon orientiert sich die Politik an den Interessen der Banken und der Wirtschaft. Auf der Strecke bleiben die Interessen der Menschen. Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Würde, Anerkennung und Respekt spielen keine Rolle. Aber gerade diese Werte machen ein Gutes Leben aus.

Die aktuelle Krise zeigt deutlich, dass zugunsten der Gier einiger Weniger immer noch die Kerninteressen der Menschen geopfert werden. Dem stellt die IG Metall mit der Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben" ein neues Politikmodell entgegen: **Die zentralen Interessen der Menschen müssen wieder Grundlage für politische Entscheidungen werden.**

Die IG Metall will aber mehr. Wir wollen mit und nicht über die Menschen in Deutschland sprechen. Wir wollen wissen, was sie von einem Guten Leben erwarten. Welche Themen sind wichtig? Und was fordern sie von der Politik? Deshalb hat die IG Metall mit „Deine Stimme für ein Gutes Leben" die bisher größte Beschäftigtenbefragung in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften durchgeführt. Mit einer Resonanz, die den Aufwand und den Mut zum Dialog mehr als rechtfertigt. Über 450 000 Menschen haben ein eindeutiges Votum abgegeben. Die Menschen erwarten mehr von einem Guten Leben als das, was uns die politischen und ökonomischen Entscheider anbieten.

Die Menschen wollen Arbeit. Sicher und fair. Nicht nur Folge der Wirtschaftskrise, sondern Grundbedürfnis: 89 Prozent der Befragten fordern einen sicheren Arbeitsplatz, 84 Prozent einen Arbeitsplatz, der nicht krank macht. Erwartet wird ein Einkommen, von dem man gut leben kann (83 Prozent). Bei Leiharbeit fordern 77 Prozent gleiches Geld für gleiche Arbeit.

Die Menschen wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder. Dazu gehört für 74 Prozent die Pflicht der Unternehmen, ausreichend qualifizierte Ausbildungsplätze zu schaffen. 71 Prozent fordern eine bessere Ausstattung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen, 70 Prozent wollen eine gerechtere Verteilung von Bildungschancen. Auch Umweltschutz ist hier ein Thema. Hier fordern 60 Prozent der Befragten deutliche Verbesserungen.

Die Menschen wollen, dass es gerecht zugeht in der Gesellschaft. Dazu gehört in erster Linie materielle Sicherheit bei Arbeitslosigkeit und Krankheit. Das fordern 79 Prozent der Befragungsteilnehmer. Fast genauso wichtig: Die Einführung von Mindestlöhnen (78 Prozent). Zu einer guten Gesellschaft gehört für die Mehrheit der Menschen auch, dass es gerecht zugeht zwischen Arm und Reich (73 Prozent). Für 72 Prozent gehört dazu auch eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte.

Foto: IG Metall

Detlef Wetzel, 56, IG Metall-Vize: „Gerechtigkeit und Solidarität – diese Werte müssen wieder Maßstab des Handelns in Politik und Wirtschaft werden."

Die Menschen wollen Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können. Abgesichert sein, eine Zukunft planen können. Das wollen 80 Prozent der Befragten. 77 Prozent fordern ausreichend Zeit für Familie und private Interessen, 62 Prozent vermissen eine Verbesserung der Kinderbetreuung.

Die Menschen wollen im Alter sorgenfrei leben. Sicherheit im Alter ist den Menschen wichtig. Dazu gehört für 83 Prozent eine Rente, mit der sie gut auskommen. 81 Prozent erteilen der Rente mit 67 eine klare Absage. Und 73 Prozent wollen eine gerechtere Rentenversicherung, die auch Selbstständige und Beamte einbezieht.

Ein klares Votum, das zeigt, dass die Gewerkschaften mit ihren Themen und Werten ganz nah dran sind an den Erwartungen und Interessen der Menschen. Wie nah, zeigt die hohe Zustimmung zu fast allen abgefragten Positionen. Ein eindeutiges Votum gegen die aktuelle Politik in unserem Land. Daraus ergibt sich auch ein Auftrag an die IG Metall. Die Menschen trauen uns zu, ihre Forderungen in die Politik zu tragen. Forderungen, die sich in einem Satz bündeln lassen: Macht Politik für die Mehrheit der Menschen. Dieser Verantwortung wird sich die IG Metall in den Monaten vor und nach der Bundestagswahl stellen. Wir werden alles dafür tun, dass die Interessen der Menschen nicht auf der Strecke bleiben. Ein Höhepunkt: die große Veranstaltung in der Frankfurter Commerzbank-Arena am 5. September. Hier – wie überall – werden wir eines fordern: Macht Politik für die Mehrheit der Menschen! •

Höhepunkt 5. September

Es herrscht Krise – und die IG Metall macht eine Kampagne „für ein Gutes Leben". Nicht trotzdem, sondern gerade deshalb: „Denn zu einem Guten Leben gehört vor allem ein sicherer Arbeitsplatz. Und der ist gefährdet, stärker denn je", heißt es in „kompakt", der Kampagnenzeitung der IG Metall.

Die Ergebnisse der Befragung, die von Anfang April bis Ende Juni stattfand, sind bemerkenswert: Wenn 89 Prozent der Befragten es für „sehr wichtig" halten, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben, lässt das den Schluss zu, dass die Angst um den Arbeitsplatz viel weiter verbreitet ist als angenommen. Befragte halten bekanntlich das für am wichtigsten, was ihnen am meisten fehlt – in diesem Fall: ein sicherer Arbeitsplatz.

Die IG Metall wird aus den Befragungsergebnissen politische Forderungen entwickeln und die Parteien zur Bundestagswahl am 27. September damit konfrontieren. Am 5. September werden Berthold Huber und Detlef Wetzel, 1. und 2. Vorsitzender der IG Metall, diese Forderungen auf den Punkt bringen – in der Frankfurter Commerzbank-Arena. Dieser Aktionstag ist der vorläufige Höhepunkt der Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben".

Mehr Infos im Internet:
www.gutes-leben.de

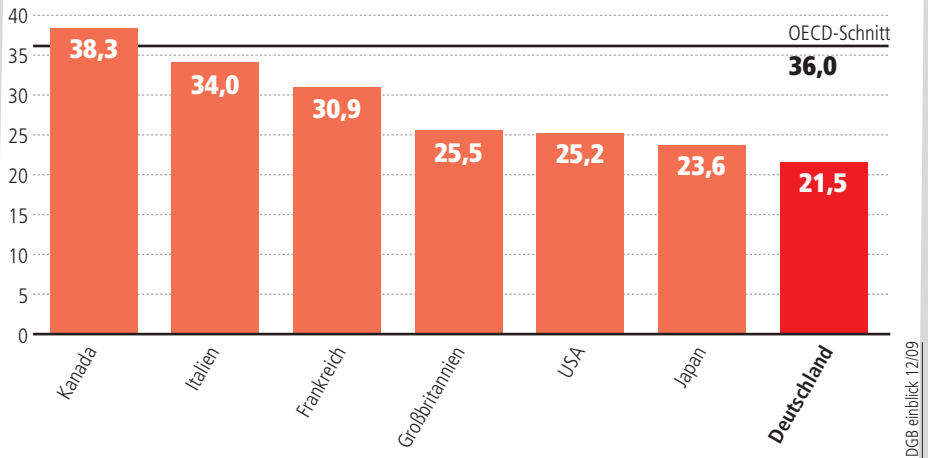
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

dieDGBgrafik

RENTE: Wenig Lohn – arm im Alter

Deutschland ist Schlusslicht der 30 OECD-Länder, wenn es um die Rentenhöhe von Geringverdienenden im Vergleich zum nationalen Durchschnittslohn geht. Dieselbe OECD-Studie belegt zudem, dass die Krise die private Rentenvorsorge erreicht hat. Besonders betroffen: Länder wie Irland (-37,5 % bei den Rentenfonds), Australien (-26,7%) und die USA (-26,2%). Schuld daran seien die riskanten Anlagestrategien der anglo-amerikanischen Länder. Der Verlust der deutschen Fonds beträgt bisher „nur" 8,5 Prozent.

Rente von Geringverdienenden* im Verhältnis zum jeweiligen Durchschnittslohn (in Prozent)



*Definition Geringverdienende: maximal 50 Prozent des Durchschnittsverdienstes

Quelle: OECD 2009

© DGB einblick 12/09

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

7.7. Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Mit Gerechtigkeit aus der Krise", Baunatal

8.-10.7. IG BCE, Tagung „Lidl, Telekom, Deutsche Bahn und die Folgen", Bad Münder

9.-12.7. IG Metall, Seminar „Union Summer 2009 – Mit Organizing und Kampagne in die Offensive", Sprockhövel

11.7. DGB Baden-Württemberg und Hans-Böckler-Stiftung, Hochschulpolitische Tagung „Soziale und demokratische Hochschule", Stuttgart

13.7. Hans-Böckler-Stiftung und Deutsches Jugendinstitut, Fachtagung „Wenn nichts mehr zusammenpasst – Entgrenzung von Erwerbsarbeit und Familie", München

19-24.7. DGB-Bildungswerk, Seminar „Computerisierung und Arbeitnehmerdatenschutz", Hattingen

19.-24.7. GEW und Histadrut Hamorim, Deutsch-Israelisches Seminar, Berlin

personalien

••• ***Florian Haggenmiller,*** 27, gelernter IT-Systemelektroniker und zuletzt freigestellter Vorsitzender der Konzernauszubildendenvertretung der Deutschen Telekom, ist seit dem 15. Juni politischer Referent im Bereich Jugend des DGB-Bundesvorstands.

Tipp

***Buch:* Thomas Leif: Angepasst & Ausgebrannt – Die Parteien in der Nachwuchsfalle,**
Verlag C. Bertelsmann 2009, 496 Seiten, 22,95 Euro

Der Befund steht: Die Parteien in Deutschland haben ein Nachwuchsproblem. Erklärungsansätze für die Gründe bleiben zumeist vage: Auf der einen Seite eine angeblich unpolitische Internetjugend, auf der anderen Seite „blutarme" Parteien, die den Draht zur jungen Generation verloren haben. Somit liefert der Journalist und Autor Thomas Leif mit seinem Buch „Angepasst & Ausgebrannt" einen überfälligen Beitrag. Auf rund 500 Seiten nimmt Leif die Rekrutierungspraxis der Parteien unter die Lupe und lässt zwölf Insider wie Erhard Eppler (SPD) oder Medienberater Michael Spreng in Interviews zu Wort kommen. Leifs Fazit in diesem spannenden wie Besorgnis erregenden Buch: „Her mit der Jugendquote".

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Amüsiere mich über humorlosen CDU-Kollegen, der schon auf ‚Gehörst Du zu den Steuererhöhern oder zu den -senkern?' beleidigt reagiert."

Eintrag von SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber im Online-Netzwerk und Mikro-Weblog twitter.com vom 29. Juni.

Hartz IV

Nur gezahlter Unterhalt anrechenbar

Bei einem Hilfebedürftigen, der Leistungen der Grundsicherung bezieht, darf ein gegen einen Elternteil bestehender Unterhaltsanspruch bei der Leistungsberechnung nur in der Höhe berücksichtigt werden, in der er zur Auszahlung an das Kind gelangt. Unerheblich ist, ob in einer Unterhaltsvereinbarung ein höherer Betrag vereinbart ist.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 23. April 2009 - L 5 AS 81/07

Männerdiskriminierung

Bei Nachtdienst Frauen bevorzugt

Der Träger eines Gymnasiums darf bei der Besetzung einer Betreuerstelle für das von ihm betriebene Mädcheninternat die Bewerberauswahl auf Frauen beschränken, wenn die Tätigkeit auch Nachtdienste im Internat beinhalten soll. Denn hier stellt das weibliche Geschlecht der Stelleninhaberin eine wesentliche und entscheidende Anforderung im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes dar.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 28. Mai 2009 - 8 AZR 536/08

Kündigungsschutzklage

Bei Verschulden keine Heilung

Will sich ein Arbeitnehmer gegen die Wirksamkeit einer Kündigung wenden, muss er innerhalb von drei Wochen nach Zugang der schriftlichen Kündigung Kündigungsschutzklage erheben. War der Arbeitnehmer trotz Anwendung aller ihm nach Lage der Umstände zuzumutenden Sorgfalt verhindert, die Klage rechtzeitig zu erheben, so ist die Klage auf seinen Antrag hin nachträglich zuzulassen. Hat der Arbeitnehmer die verspätete Klageerhebung selbst verschuldet, kann die Klage nicht nachträglich zugelassen werden. Die Kündigung gilt dann als von Anfang an wirksam. Dieselbe Folge tritt ein, wenn nicht der Arbeitnehmer selbst, sondern sein Prozessbevollmächtigter die verspätete Klageerhebung verschuldet hat.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 28. Mai 2009 - 2 AZR 548/08

Kopftuchverbot

Verstoß wird geahndet

In den städtischen Kindergärten Baden-Württembergs ist es den Fachkräften verboten, im Dienst Kopftuch zu tragen. Der Verstoß einer muslimischen Erzieherin gegen dieses Verbot berechtigt den Arbeitgeber dazu, eine Abmahnung zu erteilen.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 19. Juni 2009 – 7 Sa 84/08

Arbeitslosengeld II

Bremen übernimmt Mietkaution

Die Verwaltungsanweisung der Bremer Sozialsenatorin, derzufolge bei Wohnungen von Wohnungsbaugesellschaften keine Mietkaution übernommen wird, steht im Widerspruch zur Gesetzeslage. Ein Darlehen für eine Mietkaution einer Bezieherin von Arbeitslosengeld II darf also nicht mit der Begründung abgelehnt werden, dass eine Wohnung bei einer Wohnungsbaugesellschaft angemietet wird.

Sozialgericht Bremen, Beschluss vom 12. Mai 2009 - S 23 AS 779/09 ER

Abmahnung

Personalgespräch ist nicht Pflicht

Der Arbeitgeber kann Inhalt, Ort und Zeit der Arbeitsleistung nach billigem Ermessen näher bestimmen, soweit die Arbeitsbedingungen nicht durch Arbeitsvertrag, Betriebsvereinbarung, Tarifvertrag oder Gesetz festgelegt sind; außerdem können Weisungen zu Ordnung und Verhalten der Arbeitnehmer im Betrieb erfolgen. Das Weisungsrecht beinhaltet dagegen nicht die Befugnis, den Arbeitnehmer zur Teilnahme am Personalgespräch zu verpflichten, in dem es ausschließlich um eine bereits abgelehnte Vertragsänderung gehen soll.

Der Fall: Der Arbeitgeber, eine Einrichtung der Altenpflege, beabsichtigte wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten eine Verminderung des 13. Monatsgehalts. Zu diesem Zweck fand am 1. November ein Gespräch mit einer Gruppe von Arbeitnehmerinnen statt, zu der auch die klagende Altenpflegerin gehörte. Die Arbeitnehmerinnen waren mit der Vertragsänderung nicht einverstanden. Daraufhin lud der Arbeitgeber die Altenpflegerin - ebenso wie andere Mitarbeiterinnen – zu Einzelgesprächen für den 13. November ein. Ziel des Gesprächs war es wiederum, die Altenpflegerin zum Einverständnis mit der Verminderung des 13. Gehalts zu bewegen. Die Frau erschien wie erbeten, erklärte jedoch, nur zu einem gemeinsamen Gespräch unter Einbeziehung der übrigen Mitarbeiterinnen bereit zu sein. Ein solches gemeinsames Gespräch lehnte der Arbeitgeber seinerseits ab und erteilte der Altenpflegerin eine Abmahnung mit der Begründung, sie habe ihre Arbeitsleistung (in Form eines Personalgesprächs) verweigert. Die von der Altenpflegerin erhobene Klage auf Entfernung der Abmahnung aus der Personalakte hatte Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Die Klägerin war zur Teilnahme an dem Personalgespräch vom 13. November nicht verpflichtet. Die Weisung, an dem Gespräch teilzunehmen, betraf keinen der vom Gesetz abgedeckten Bereiche. Sie betraf weder die Arbeitsleistung noch Ordnung oder Verhalten im Betrieb, sondern ausschließlich eine vom Arbeitgeber gewünschte Änderung des Arbeitsvertrags.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 23. Juni 2009 - 2 AZR 606/08

Zeugen Jehovas

Kein Sonderurlaub für Bezirkskongress

Ein Beamter hat keinen Anspruch auf die Gewährung von Sonderurlaub für die Teilnahme am Bezirkskongress der Zeugen Jehovas.

Der Fall: Der Bundesbeamte beantragte die Bewilligung von Sonderurlaub für die Teilnahme am Bezirkskongress der Zeugen Jehovas. Die Klage gegen die Ablehnung des Antrags blieb erfolglos.

Das Oberverwaltungsgericht: Einem Beamten kann nach der Sonderurlaubsverordnung Sonderurlaub für die Teilnahme am Deutschen Evangelischen Kirchentag sowie am Deutschen Katholikentag gewährt werden, weil diese Veranstaltungen über den religiösen Charakter hinaus eine besondere gesellschaftliche Bedeutung haben. Die Kirchentage sind keine von den Amtskirchen organisierten Veranstaltungen. Vielmehr werden sie von Laienbewegungen getragen, die den Kirchen teilweise sogar kritisch gegenüberstehen und widmen sich nicht ausschließlich religiösen oder kirchlichen Themen. Demgegenüber werden die Bezirkskongresse der Zeugen Jehovas von der Religionsgesellschaft selbst organisiert und beschränkten sich auf ein Wirken nach innen. Es soll der individuelle Glauben gefestigt und die religiöse Lebensführung sowie das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder gestärkt werden.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 19. Juni 2009 - 10 A 10042/09.OVG

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 12/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 20.07.2009 13/09

DGB

inhalt

Seite 3
„Altersteilzeit verlängern“
Bundesarbeitsminister Olaf Scholz im einblick-Interview zu Altersteilzeit, Ausbildung und Arbeitnehmerdatenschutz

Seite 5
Herz und Verstand
Die Gewerkschaften mobilisieren Beschäftigte mit Organizing – und haben Spaß daran

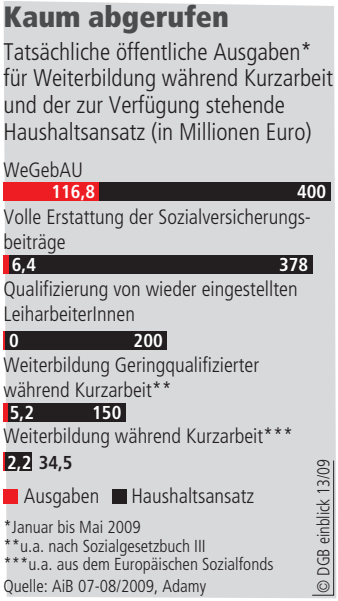
Seite 7
Entzauberung möglich
Bei den Themen Familie und Gleichstellung blenden PolitikerInnen den Realitätsbezug oft aus, meint Thomas Gesterkamp

Qualifizierung während Kurzarbeit

Angebote bisher kaum genutzt

Mittel in Milliardenhöhe stehen unter anderem bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) bereit, damit Unternehmen ihre Beschäftigten während der Kurzarbeit weiterbilden können – nur nutzen die Arbeitgeber die Angebote bisher kaum. Millionen ArbeitnehmerInnen sind in Kurzarbeit, aber gerade einmal 10 000 bis 15 000 von ihnen sind in geförderter Qualifizierung.

Neben der Ausweitung des Kurzarbeitergeldes sei aber gerade die Qualifizierung wichtig, „damit die Beschäftigten im nächsten Aufschwung richtig durchstarten können“, betont DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Doch genau hier habe „die Koalition die ursprünglich richtigen Anreize im letzten Moment selbst in Frage gestellt“, so Buntenbach. „Nach der Neuregelung bei ‚Kurzarbeit Plus‘ werden Arbeitgeber nach sechs Monaten Kurzarbeit vollständig von den Sozialabgaben befreit – und zwar auch dann, wenn sie die Kurzarbeit nicht zu Qualifizierungszwecken nutzen. Bei der Vermeidung von Arbeitslosigkeit mag das helfen, doch eine stringente Qualifizierungsstrategie sieht anders aus. Außerdem sind bei dieser Art Beitragssubventionierung hohe Mitnahmeeffekte zu befürchten“, meint Buntenbach.



Bisher werden die Förderangebote für Qualifizierung während der Kurzarbeit kaum genutzt.

Obwohl die Unternehmen „im besten Fall so gut wie nichts für die Maßnahme zahlen“, beginnen die Firmenleitungen oft „erst jetzt, sich Gedanken über Personalentwicklung und betriebliche Weiterbildung zu machen“, erklärt DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy. Das bestätigt auch Jörg Poguntke vom Berufsfortbildungswerk des DGB (bfw). Selbst größere Unternehmen seien in der Personalentwicklung nicht immer so aufgestellt, dass sie den Qualifizierungsbedarf ihrer Belegschaft bereits kennen. Beim bfw habe man die Erfahrung gemacht, „dass die meisten erleichtert durchatmen, wenn wir ihnen sagen, dass wir sie vom ersten Schritt an begleiten“, so Poguntke.

Ein bfw-Kunde, der zeigt, wie es richtig geht: die Hydro Aluminium Deutschland GmbH. Im Rheinwerk in Neuss sind inzwischen zehn Qualifizierungsmaßnahmen gelaufen, über 150 Beschäftigte in Kurzarbeit wurden weitergebildet. Die angebotenen Module reichen von betrieblichen Geräteführerscheinen bis zu EDV-Kursen.

Für die Werksleitung ist das nur der erste Schritt: Weitere Angebote sind schon in Vorbereitung. Das bfw sieht deshalb nicht schwarz für das Konzept Kurzarbeit und Qualifizierung. Die endgültige Entscheidung über die Förderung ist seitens der Politik erst im Februar gefallen. Und bei vielen Maßnahmen können von der Erstberatung bis zum Start durchaus drei bis vier Monate vergehen. Weitere Unternehmen dürften also noch folgen. Das bfw empfiehlt Betriebsräten, aktiv zu werden und kostenlose Beratungsangebote wie die des bfw zu nutzen. •

plusminusBERLIN

+ ***Bundesverfassungsrichter Johannes Masing kritisierte die ins Grundgesetz eingefügte Schuldenbremse. Diese werde „das Schuldenmachen sicher nicht bremsen“. Zudem bezweifelt Masing, dass es für die Grundgesetzänderung eine Mehrheit bei einer Volksabstimmung gegeben hätte.***

– ***Wolfgang Clement, Bundesminister a.D., unterstellt Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) eine „demagogische Kampagne“ gegen Atomkraft. Die jüngste Panne im Atomkraftwerk Krümmel werfe genauso wenig ernsthafte Sicherheitsfragen auf, wie die 219 zuvor gemeldeten Störfälle in anderen Meilern.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.spionagecheck.de
ver.di-Internetseite mit praktischen Tipps und Tricks für Beschäftigte zum Datenschutz am Arbeitsplatz

Hintergrund

www.bfw.de
Informationen des Berufsfortbildungswerks des DGB (bfw) zu Qualifizierung und Kurzarbeit sowie zu WeGebAU

Vorstand

Die IG Metall ist eine große und moderne Gewerkschaft mit rund 2,3 Mio. Mitgliedern im Deutschen Gewerkschaftsbund. Sie vertritt erfolgreich die Interessen der Beschäftigten aus den Bereichen der Metall- und Elektroindustrie sowie der Textil-, Holz- und Kunststoffbranche.
Mit Organizing Kampagnen wird die IG Metall neue Mitglieder gewinnen und politisch aktivieren.

Zur Verstärkung unserer kompetenten Teams suchen wir ab dem **01.12.2009**
– befristet für die Dauer von 3 Jahren –
geeignete

Projektsekretärinnen / Projektsekretäre
mit dem Schwerpunkt Organizing

Unser Angebot
- Abwechslungsreicher Einsatz in verschiedenen Verwaltungsstellen der IG Metall
- Intensive Ausbildung vor dem Projektstart und gezielte Weiterbildung
- Einen Beruf mit spannenden Aufgaben bei Ansprache von neuen Mitgliedern und Aufbau von gewerkschaftlichen Strukturen vor Ort
- Mitarbeit bei politischen Kampagnen zu Betriebserschließungen
- Von hoher Selbständigkeit gekennzeichneter Arbeitsablauf

Ihr Profil
- Berufspraxis und praktische Erfahrungen in der betrieblichen Interessenvertretung
- Politisches Engagement, Erfahrung in Sozialen Bewegungen
- Sehr gute Kommunikationsfähigkeiten
- Studienabschluss oder berufliche Weiterbildung
- Organisationstalent, Eigeninitiative und Durchsetzungsfähigkeit
- Teamfähigkeit und überzeugendes Auftreten
- Hohe Einsatzbereitschaft, Belastbarkeit und bundesweite Mobilität
- Sprachkenntnisse (z. B.: Türkisch, Russisch, Englisch, Polnisch)

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann senden Sie uns Ihre aussagefähigen und vollständigen Bewerbungsunterlagen bis zum **21.08.2009** (per Post).

IG Metall
– Vorstand –
FB Organisation und Personal
z. Hd. Herrn Paul Scharf
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt

Datenschutz

Länder fordern Verhandlungen

Das im Frühjahr 2008 zwischen der Bundesregierung und den USA ausgehandelte Abkommen über Datenaustausch zur Terrorbekämpfung *(einblick 8/2008)* soll nachverhandelt werden. Dazu hat der Bundesrat die Bundesregierung Mitte Juli in einer Entschließung aufgefordert.

Für Aufsehen hatte das Abkommen gesorgt, weil es deutschen Behörden theoretisch die Möglichkeit geben soll, Personeninformationen an US-Behörden weiter zu geben, die im Bundesdatenschutzgesetz als schützenswerte Daten „besonderer Art" definiert sind: zum Beispiel die ethnische Herkunft, die religiöse Überzeugung, die sexuelle Ausrichtung – und die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Der Bundesrat hat nun auf Antrag Hamburgs mehr Datenschutz und eine Überarbeitung des Datenkatalogs gefordert. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer begrüßte die Entscheidung der Länder. „Die Übermittlung der Gewerkschaftszugehörigkeit hat in dem Datenkatalog nun wirklich nichts verloren", erklärte Sommer. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft sei im Kontext einer Datenübermittlung zur Terrorbekämpfung „mehr als abwegig". Die Bundesregierung solle sich die Entschließung des Bundesrats in dieser Frage zum Vorbild nehmen. •

?...nachgefragt

Foto: Karsten Schöne

Das vom Bundesumweltministerium gestartete Netzwerk Ressourceneffizienz informiert Unternehmen über die Potenziale, die im sparsamen und nachhaltigen Umgang mit begrenzten Rohstoffen liegen. Mitglieder des Netzwerks sind unter anderem der DGB und die IG Metall. Ein Projekt aus dem Netzwerk ist der Branchendialog der Sozialpartner zur Ressourceneffizienz in der Aluminium-Branche. einblick hat Hannelore Elze vom Zweigbüro Montanmitbestimmung-Stahl-Alu-Schmieden-Gießen-Bahnindustrie des IG Metall-Vorstands in Düsseldorf gefragt, wie der Dialog funktioniert.

Die Alu-Branche muss als energieintensive Industrie besonders stark mit steigenden Energiepreisen kämpfen. Deswegen haben wir im Rahmen der „Besser statt billiger"-Strategie der IG Metall gesagt: Wir versuchen, ressourceneffizienter zu arbeiten. Das schont die Umwelt, und die Unternehmen nutzen ihr Einspar- und Innovationspotenzial. Damit ist Ressourceneffizienz auch Beschäftigungssicherung. Schon vor Gründung des Netzwerks haben wir für die Alu-Branche intensiv an diesem Thema gearbeitet, inzwischen sind unsere Aktivitäten ein Teil der Netzwerk-Projekte.
Im Branchendialog erarbeiten wir die Projekte gemeinsam mit den Arbeitgebern. Das funktioniert gut, alle Projektgruppen sind paritätisch besetzt. Startschuss für den Dialog war eine Befragung unter Beschäftigten, Management-Vertretern und Betriebsräten. Die Auswertung zeigte: Es gab deutliche Informationsdefizite. In einem ersten Schritt arbeiten wir gerade an einer Art „Lehrbrief", der zeigt, wie sich das Thema Ressourceneffizienz in die Aus- und Weiterbildung integrieren lässt. Und in einem zweiten Schritt haben wir das Rad nicht neu erfunden, sondern nutzen das gute alte Mitbestimmungsinstrument des „betrieblichen Vorschlagswesens": Im Juli werden wir Bausteine für Betriebsvereinbarungen zur Ressourceneffizienz entwickeln.
www.aluminium-ressourceneffizienz.de/

Interview

Altersteilzeit fünf Jahre verlängern

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz ist dafür, „bei der Altersteilzeit noch mal was zu machen". Unter welchen Bedingungen das geschehen soll, warum der Ausbildungspakt weiter besteht und wie es beim Arbeitnehmerdatenschutz weiter geht, sagt Scholz im einblick-Interview.

■ Ende 2009 läuft die geförderte Altersteilzeit aus. Die Gewerkschaften fordern eine Verlängerung, zumindest befristet. Wie sehen die Chancen dafür aus?

■ *Ich glaube, dass es richtig ist, bei der Altersteilzeit noch mal was zu machen. In dieser Legislaturperiode haben wir bereits dafür gesorgt, dass ein Teil der Fördermöglichkeiten dauerhaft bestehen bleibt. Wer in Altersteilzeit geht, verdient weniger. Die meisten von uns kommen aber nicht mit einem halben Gehalt aus. Deshalb leisten die Unternehmen eine Aufstockungszahlung. Diese zusätzliche Zahlung ist steuerfrei, auch die Sozialversicherungsbeiträge für diese Aufstockung sind niedriger. Das bleibt dauerhaft. Und das ist nicht unwichtig – etwa die Hälfte der Altersteilzeit findet auf dieser Basis statt.*

Darüber hinaus ist es bis Ende 2009 möglich, dass die Bundesagentur für Arbeit einen Zuschuss an Arbeitgeber gibt, die Altersteilzeit anbieten und gleichzeitig neue Arbeitnehmer einstellen. Ich halte es für richtig, diese Förderung noch einmal für fünf Jahre zu verlängern. Es gibt viele Arbeitnehmer, deren erste Berufsjahre sie körperlich sehr beeinträchtigt haben. Das lässt sich heute nicht mehr mit moderner Arbeitskultur in Ordnung bringen. Deshalb ist es sinnvoll, bei der Altersteilzeit eine zusätzliche Periode anzuhängen. Wir müssen aber in Zukunft dafür sorgen, dass die heute 22-Jährigen nicht so verschlissen werden, dass sie als 42-Jährige nicht mehr weitermachen können.

■ Also geförderte Altersteilzeit wie bisher?

■ *Nein, nicht wie bisher. Bisher wurde Altersteilzeit für jede Neueinstellung gefördert. Da haben viele Personalleiter letztendlich nur die normale Fluktuation als Neueinstellung ausgegeben. Und in fast allen Unternehmen gibt es irgendwann Neueinstellungen. Stattdessen sollte die Förderung an die Übernahme von Auszubildenden gekoppelt werden. Denn da haben wir in den nächsten Jahren ein Problem. Das wäre die richtige Beschäftigungspolitik.*

■ Beim Ausbildungspakt gibt es mittlerweile deutliche Diskrepanzen zwischen Ihnen und der Wirtschaft. Wie viel mehr Engagement – auch in konkreten Zahlen – hätten Sie sich von der Wirtschaft gewünscht?

■ *In Deutschland sind in den beiden letzten Jahren jeweils über 600 000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen worden. Das war ein Fortschritt, denn wir waren schon einmal schlechter. Aber jetzt beginnt die Zahl der Ausbildungsverträge zu sinken – in diesem Jahr womöglich unter 600 000. Das kann nicht sein. Wir brauchen ein konstant hohes Niveau an Ausbildungsverträgen. Zumal die Situation auf dem Ausbildungsmarkt für die jungen Leute nicht geschönt werden sollte. Fakt ist, anderthalb Millionen der 20- bis 29-Jährigen sind ohne Berufsabschluss. Und einige Hunderttausend suchen als Altbewerber Jahr für Jahr vergeblich einen Ausbildungsplatz. Das ist ein schlimmes Zeugnis für die Funktionsfähigkeit des Ausbildungsmarktes in Deutschland.*

■ Die Wirtschaft ist jetzt schon nicht bereit, ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Zeigt das nicht auch, dass der Ausbildungspakt letztlich gescheitert ist?

■ *Wir müssen hart miteinander diskutieren. Deshalb habe ich mich beim diesjährigen Ausbildungspakt geweigert zu unterschreiben, dass – etwas vereinfacht gesagt – 580 000 Ausbildungsverträge genau so gut sind wie 620 000. Das ist eine Form von Mathematik, die sich mir nicht erschließt.*

Foto: BMAS

Olaf Scholz (SPD), 51, ist seit November 2007 Bundesminister für Arbeit und Soziales

■ Aber wenn die Wirtschaft nicht mehr Ausbildungsplätze anbietet – woher sollen sie dann kommen? Gibt es dann mehr außerbetriebliche Ausbildung?

■ *Die wichtigste Ausbildung in Deutschland bleibt auch in Zukunft die Berufsausbildung, die Lehre. Selbst wenn ein Drittel eines Altersjahrgangs studiert, werden zwei Drittel aller jungen Menschen ihr Berufsleben in der klassischen Berufsausbildung beginnen. Wir müssen sicherstellen, dass es genügend ungeförderte, von der Wirtschaft bereit gestellte Ausbildungsplätze im dualen System gibt. Natürlich kann man das mit außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen unterstützen. Das tun wir auch. Wir sind in der Lage, 45 000 bereitzustellen. Besser wäre es aber, dass diese jungen Menschen einen ungeförderten, regulären Ausbildungsplatz bekommen. Das können wir politisch unterstützen. Wir sollten Betriebsräten ein Initiativrecht beim Thema Ausbildung geben. So könnte festgelegt werden, wie viel in einem Unternehmen ausgebildet wird. Das würde in vielen Fällen dafür sorgen, dass die Ausbildungsquote in den Unternehmen auf das richtige Maß steigt.*

■ Ein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz ist vor der parlamentarischen Sommerpause nicht mehr zustande gekommen. Wie geht es weiter?

■ *Der Bundestag – das ist immerhin gelungen – hat eine Veränderung des geltenden Datenschutzrechts beschlossen und eine neue „Generalklausel" für Arbeitnehmer auf den Weg gebracht. Das ist eine leichte Stärkung der Arbeitnehmerrechte. Das reicht aber noch nicht – auch angesichts all der in jüngster Zeit bekannt gewordenen Fälle von Überwachung und Datenmissbrauch durch Arbeitgeber. Wir brauchen ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz. Mich irritiert in dieser Frage ein wenig, dass zwar alle für mehr Arbeitnehmerdatenschutz sind, wenn der Skandal da ist und die Diskussion aufbrandet. Aber dieselben – darunter auch Bundesministerien – bekämpfen dann jede einzelne Regelung, die wir zur Verbesserung des Datenschutzes von Arbeitnehmern in der Koalition konkret durchsetzen wollten. Das werde ich nicht mehr mitmachen. Wenn es nicht gelingt, in der Regierung einen gemeinsamen Gesetzentwurf zustande zu bringen, dann werde ich einen eigenen vorlegen. Und dann wird die Bundestagswahl im September auch zum Plebiszit, bei dem die Bevölkerung sagen kann: „Wir wollen das!"*

■ Es wird also in dieser Legislatur keine Einigung mehr geben?

■ *Es wird ziemlich eng. Für mich ist aber klar: Ich werde mich bei diesem Thema nicht aus der Spur bringen lassen.* •

Die Langfassung des Interviews mit weiteren Themen gibt es online: www.einblick.dgb.de

ESF

Bekanntheit wächst

Der Bekanntheitsgrad des Europäischen Sozialfonds (ESF) in Deutschland wächst. In einer im Juli veröffentlichten Umfrage hat die ESF-Verwaltungsbehörde der Bundesregierung ermittelt, dass 34 Prozent der BundesbürgerInnen „schon einmal vom ESF gehört haben" – immerhin vier Prozent mehr als noch 2008. Nur wenige wissen allerdings, was der ESF ist: Gerade einmal sechs Prozent der Befragten wussten etwa, dass der ESF auch Arbeitsmarktmaßnahmen fördert. Aus dem Fonds werden derzeit etwa Qualifizierungsmaßnahmen während Kurzarbeit bezuschusst. •

„Mitbestimmung kann sich in der Krise beweisen"

Aufsichtsrat des Monats

Aufsichtsrätin des Monats im Juli ist **Lilo Rademacher.** Die Gewerkschafterin ist im Hauptberuf 1. Bevollmächtigte der IG Metall-Verwaltungsstelle Friedrichshafen-Oberschwaben und Mitglied in gleich zwei Aufsichtsräten von Unternehmen mit Sitz in der Region: beim Automobilzulieferer ZF Friedrichshafen AG und beim Motorenhersteller Tognum AG. In der aktuellen Krise, meint Rademacher, könne die deutsche Unternehmensmitbestimmung einmal mehr ihre positiven Seiten beweisen. Wie das funktioniert, beschreibt sie im Fragebogen zur Aktion „Aufsichtsrat des Monats" online: *www.dgb.de/aufsichtsrat*

WSI-Tarifarchiv

Drei Prozent mehr

Das WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung hat für das erste Halbjahr 2009 Bilanz gezogen: Die bisherigen Tarifabschlüsse liegen deutlich über der Preissteigerung. Sollten die Abschlüsse auch umgesetzt werden, gebe es „spürbare Reallohnsteigerungen", so die Tarifexperten.

Die bisher vereinbarten Tarifverträge sehen großteils Steigerungen zwischen 2,5 und 3,0 Prozent vor. Noch darüber liegen Abschlüsse im öffentlichen Dienst und in der Energiewirtschaft. Insgesamt ergeben sich durchschnittliche Tarifsteigerungen von drei Prozent. Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs, betont die positiven Effekte der Lohnsteigerungen in Krisenzeiten: „Angesichts einer drohenden Deflationsspirale trägt diese Tarifentwicklung zur Stabilisierung der Wirtschaft bei." Allerdings sei damit zu rechnen, dass sich die Effektiveinkommen (tatsächlich erzielter Arbeitsverdienst plus Zulagen und Zuschläge) schlechter entwickeln. Grund dafür: Rückläufige Arbeitszeiten durch Kurzarbeit, sinkende erfolgsabhängige Entgeltbestandteile und tarifliche Öffnungsklauseln. •

Bundesarbeitsministerium

Modelle für Beteiligung

Am 1. April ist das neue Gesetz zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung in Kraft getreten. Es soll dazu führen, dass mehr Firmen als bisher ihre Beschäftigten am Unternehmenskapital beteiligen. Eine aktuell erschienene Broschüre des Bundesarbeitsministeriums erläutert jetzt die unterschiedlichen Beteiligungsmodelle und die staatlichen Fördermöglichkeiten. Gleichzeitig schildert sie eine Reihe von Beispielen guter Praxis – vom Mittelständler bis zum Großkonzern. Die Broschüre *Mitarbeiterkapitalbeteiligung – Modelle und Förderwege* steht online zum Download bereit. •

www.einblick.dgb.de/links

Broschüre

Teilzeitmänner

Gerade einmal zehn Prozent der Männer in Deutschland arbeiten Teilzeit. Bei den Frauen sind es fast 50 Prozent – die sich nebenbei oft noch um Kindererziehung und Haushalt kümmern. Die Gründe sind vielschichtig – allen voran steht aber häufig die immer noch traditionelle Rollenverteilung.

Die Arbeitnehmerkammer Bremen und die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) zeigen mit der Broschüre *Teilzeitarbeit – Vollzeitmann*, dass es auch anders geht. Acht teilzeitbeschäftigte Männer lassen sich in ihrem Alltag zwischen Arbeitsplatz und Haushalt über die Schulter schauen und berichten über ihre Motivation, die täglichen Herausforderungen und die Kommentare der KollegInnen. Vom Werksangestellten bei Mercedes Benz bis zum leitenden Oberarzt – die Fallbeispiele zeigen, wie die Zukunft aussehen kann. Die Broschüre enthält außerdem aktuelle Zahlen und Statistiken zum Thema. Die Broschüre steht kostenlos im Internet zum Download bereit. •

www.einblick.dgb.de/links

interregio

••• Das „Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit", dessen Gründungsmitglied der ***DGB Berlin-Brandenburg*** ist, hat am 8. Juli in Berlin zum 16. Mal das ***„Band für Mut und Verständigung"*** verliehen. In Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit wurden die diesjährigen PreisträgerInnen für ihr Engagement für eine offene und tolerante Gesellschaft gewürdigt: Ausgezeichnet wurden Sandra Caspers von der Initiative „Heinersdorf öffne Dich", der Bewohnertreff „KaffeKlatsch e.V." aus Berlin und das Jugendbündnis „Für ein tolerantes Eberswalde". Zudem gingen zwei Sonderpreise an den Hennigsdorfer Ausländerbeirat und die Templiner Jugendinitiative von Pfarrer Ralf Günter Schein.

www.respekt.dgb.de

••• ***Der DGB Thüringen*** hat weiße ***„Demokratie-Handschuhe"*** mit dem Aufdruck „Deine Stimme gegen Nazis!" an die Bürgermeister und Landräte im Freistaat verschickt. Der Hintergrund: Auch die rechtsextreme NPD entsendet nach der Kommunalwahl vom 7. Juni VertreterInnen in die Kommunalparlamente. Laut thüringischer Kommunalordnung müssen die Bürgermeister alle Gewählten „auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten durch Handschlag verpflichten". Der DGB wolle mit den Handschuhen verhindern, dass sich die Bürgermeister und Landräte bei der Verpflichtung der NPD-Mitglieder „die Hände schmutzig machen", erklärt der DGB-Landesvorsitzende Steffen Lemme. *www.thueringen.dgb.de*

in eigener Sache

Ein **positives Feedback** gab es auf den Artikel zur Rente mit 67 im letzten *einblick* vom Nachbarn Niederlande. Agnes Jongerius, Vorsitzende des niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV, begrüßt es, dass die Gewerkschaften in Deutschland sich weiterhin konsequent gegen die Rente mit 67 einsetzen. Für den DGB gilt: Die Rente mit 67 ist und war noch nie vertretbar.

Organizing

Mit Leidenschaft, Herz und Verstand

Die ver.di-Kampagnen bei Lidl oder Schlecker sorgten für Furore. ver.di praktiziert seit längerem, was US-Gewerkschaften wieder erfolgreich gemacht hat: Organizing. Auch die anderen DGB-Gewerkschaften setzen immer häufiger auf diese Strategie, um Beschäftigte zu mobilisieren.

Als die Schwarzwälder Unternehmensgruppe Vogel-Bau Mitte 2008 das Betonfertigteilewerk Linkenheim (BWL) kaufte, schaute sich die IG BAU den Käufer genauer an – und stellte fest: Jede Firma, die Vogel-Bau übernimmt, verliert über kurz oder lang ihre Tarifbindung. „Ein Jahr lang bleibt in Sachen Arbeits- und Einkommensbedingungen alles beim Alten – dann ist Aus die Maus", so Bundesvorstandssekretär Dieter Wasilewski.

Beim Start ihres Organizing-Projekts nahm die IG BAU sich 2008 als ersten Betrieb BWL zur Brust. Dort gab es zwar einen Betriebsrat, aber von den 60 Beschäftigten war nur eine Handvoll organisiert. Die IG BAU klärte sie auf, was es bedeutet, die Tarifbindung zu verlieren. Viele Einzelgespräche, Betriebs- und Mitgliederversammlungen folgten. Der Diskussionsbedarf war groß, mal wurde die Frühstückspause verlängert, mal in der Mittagspause gegrillt. Mitgliederversammlungen, an denen auch Nichtmitglieder teilnahmen, fanden während der Arbeitszeit statt. Nach acht Wochen war die Belegschaft zu 90 Prozent gewerkschaftlich organisiert – und die Firmenleitung entschied sich Ende 2008, alle Tarifverträge anzuerkennen und dem Arbeitgeberverband der Steine-Erde-Industrie beizutreten (wofür sich übrigens der Verband bei der IG BAU bedankte).

Das Ziel war erreicht. Manch einer bedauerte, dass schon alles vorbei war. „Wir hatten noch so viele Ideen, die wir nicht verwirklichen konnten", erzählt Wasilewski. Und: „Es hat so viel Spaß gemacht!"

Einen längeren Atem als die Beschäftigten von BWL benötigen die IG Metall-Aktivisten bei Wahl+Co, einem Elektrobetrieb in Seelze bei Hannover. In dem Familienunternehmen gilt der Tarifvertrag der CGM (Christliche Gewerkschaft Metall). Für die 250 Beschäftigten bedeutet das vor allem: Die Überstundenzuschläge werden erst am Jahresende ausbezahlt. Seit Jahresanfang kämpfen die Metaller bei Wahl+Co dagegen, fordern die monatliche Auszahlung der Überstundenzuschläge. Sie organisierten eine Internetpräsenz *(www.wahl-aktiv.de)*, schalteten Anzeigen in der Lokalzeitung, setzten einen Video-Clip ins Internetportal YouTube. Sie skandalisieren die Überstundenpraxis, schaffen Öffentlichkeit, setzen den Chef unter Druck. „Noch tut sich Herr Wahl schwer, auf uns zuzugehen", sagt Sascha Dudzik von der IG Metall Hannover. „Aber wir halten Druck auf dem Kessel."

Das tun auch die Aktivisten von ver.di am Uniklinikum Göttingen *(www.respekt-im-uniklinikum.de)*. Seit Oktober 2008 wehren sie sich gegen die geplante Ausgliederung des kompletten Gastronomie-Bereichs, weil damit deutlich niedrigeren Löhne und schlechtere Arbeitszeiten verbunden wären: Sie besuchten ungefragt den Neujahrsempfang der Uniklinik und bildeten, ganz in Schwarz gekleidet und mit Plakaten „gegen Ausgründung und Lohnklau" bewaffnet, einen Spalier für die geladenen Gäste. Sie mobilisierten SPD, Grüne und Linke im Stadtrat gegen die Klinik-Pläne. Und überreichten der Landesregierung 3711 Protest-Unterschriften. Die Anzahl der ver.di-aner im Gastronomiebereich hat sich mittlerweile fast verdoppelt. Tatsächlich legte der Klinik-Vorstand die geplante Ausgliederung auf Eis. Vom Tisch ist sie aber noch nicht. „Ohne unseren Widerstand wäre sie jedoch längst über die Bühne", sagt Franziska Bruder, Chef-Organizerin von ver.di.

Foto: Manfred Vollmer

Samstag, 11. Juli: Teilnehmer des „Union Summer 2009" in Sprockhövel lassen an der Glasfassade des Kaufhofs im benachbarten Wuppertal ein Transparent herab mit der Aufschrift „Krise bekämpfen, Arbeitsplätze sichern – Schutzschirm für Beschäftigte". Andere sprühen Sprüche auf die Straße: „Macht Politik für die Mehrheit der Menschen!"

Mit dem Organizing-Konzept will auch die DGB-Jugend mehr Studierende für die Gewerkschaften gewinnen. Organizing sei hervorragend geeignet, um auch Studierende zu aktivieren, sich öffentlichkeitswirksam und erfolgreich für ihre eigenen Interessen einzusetzen, meint Frank Rzeppa vom DGB-Bundesvorstand. •

Union Summer 2009

Es war der erste „Union Summer", den die IG Metall gemeinsam mit ver.di organisiert hat: Vom 9. bis 12. Juli trafen sich knapp 350 GewerkschafterInnen aus fast allen DGB-Gewerkschaften im IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel. Ein einziges Thema beherrschte die viertägige Sommerschule: „Mit Organizing und Kampagnen in die Offensive".

In Sachen Organizing betrete die IG Metall Neuland, sagte ihr Zweiter Vorsitzender Detlef Wetzel. Sie tue das, weil trotz vieler Erfolge, die Mitgliederentwicklung ins Plus zu drehen, dabei noch kein Durchbruch erzielt worden sei: „Die Mitglieder laufen uns nicht in Scharen zu."

Beschäftigte bräuchten einen sehr konkreten Grund, um Mitglied zu werden, „einen Grund, der mit Hoffnung verbunden ist", sagte Wetzel – mit Hoffnung auf bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen.

Diesen Grund kann Organizing liefern. Weil dieses Modell Beschäftigte aktiviert und mobilisiert, sich für ihre Interessen selbst stark zu machen. Noch dominiert das Modell der Stellvertreterpolitik: Die Gewerkschaft kümmert sich, setzt sich für die Beschäftigten ein. Organizing meint: Nichts für die Beschäftigen tun, sondern alles mit ihnen.

www.gutes-leben.de/unionsummer

kurz&bündig

Schwerpunkt der gerade erschienenen aktuellen Ausgabe des E-Mail-Newsletters „Blickpunkt Europa" vom DGB sind Analysen, Daten und Interviews zur Europawahl. Online abonnieren: www.dgb.de/newsletter

Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber hat bei seinem Treffen mit Russlands Ministerpräsident Wladimir Putin Anfang Juli die Einschränkungen gewerkschaftlicher Arbeit in Russland angesprochen. In seiner Funktion als Präsident des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) wies Huber darauf hin, dass IMB-Strafanzeigen gegen Übergriffe auf Gewerkschaftsmitglieder bisher nicht beantwortet seien. Putin habe eine Prüfung zugesagt, so Huber.

In Deutschland geht der Wohnungsbau kontinuierlich zurück. Die IG BAU fordert daher, den Neubau von Mietwohnungen steuerlich zu fördern. Bezahlbarer Wohnraum sei in vielen Ballungsräumen bereits Mangelware – dem müsse entgegen gesteuert werden.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat ihre sämtlichen Print-Periodika der Jahrgänge 2007/2008 auf CD-ROM digitalisiert. Der Silberling umfasst neben der Mitgliederzeitung „ver.di-PUBLIK" auch den Info-Service „ver.di-NEWS" sowie alle Beilagen und Publikationen der einzelnen Fachbereiche. www.verdi.de

DGB-Struktur

Wahlen in neuen Regionen

Ab September starten in den DGB-Regionen die Organisationswahlen, also die Wahlen der Regionsvorsitzenden und der weiteren Mitglieder der Regionsvorstände. Satzungsgemäß werden im Vorfeld eines Ordentlichen DGB-Bundeskongresses zunächst die Organisationswahlen in den Regionen durchgeführt, dann die in den Bezirken.

Die diesjährigen Organisationswahlen finden bereits nach dem neuen, vom DGB-Bundesvorstand im April beschlossenen, Zuschnitt der DGB-Regionen statt: Künftig wird es 66, statt wie bisher 88, Regionen geben. Außer in den Bezirken West und Berlin-Brandenburg werden in allen Bezirken einige Regionen zusammengelegt. Anfang Juli hat der DGB-Bundesvorstand zudem die neuen Regionsnamen – außer für den Bezirk NRW – beschlossen.

Der neue Zuschnitt der Regionen ist Ergebnis eines längerfristigen Diskussionsprozesses auf Ebene der DGB-Bezirke. Die Diskussionsergebnisse und Entscheidungen der Bezirksvorstände sind dabei weitgehend vom DGB-Bundesvorstand übernommen worden. Ziel der neuen Regionsstruktur ist es, größere – und damit noch handlungsfähigere – Arbeitsteams in den Regionen zu etablieren. So bieten größere Teams beispielsweise die Chance, dass jede/r der Hauptamtlichen spezielle Fachkompetenzen entwickelt. •

Termine der Organisationswahlen
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Künftig 66 Regionen

Zuschnitt und Zahl der künftigen DGB-Regionen* nach Bezirken

Bayern: 14 Regionen
Nordrhein-Westfalen: 11 Regionen
Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt: 10 Regionen
Nord: 7 Regionen
Hessen-Thüringen: 6 Regionen
West: 6 Regionen
Baden-Württemberg: 4 Regionen
Berlin-Brandenburg: 4 Regionen
Sachsen: 4 Regionen

*Beschluss des DGB-Bundesvorstands aus April 2009

Statt 88 wird es künftig 66 DGB-Regionen geben. Die Zahl der Regionen in den einzelnen DGB-Bezirken liegt zwischen 14 (Bayern) und vier (Baden-Württemberg, Berlin-Brandenburg, Sachsen). Keine Zusammenlegungen von Regionen hat es in den Bezirken West und Berlin-Brandenburg gegeben.

IG BAU

Kostenloser Energie-Check

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) hat gemeinsam mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) die Kampagne „Haus sanieren – profitieren" gestartet: Bundesweit werden für Besitzer von Ein- und Zweifamilienhäusern kostenlose Energie-Checks angeboten. Initiator der Kampagne ist der IG BAU-Vorsitzende und DBU-Kurator Klaus Wiesehügel. „Privathäuser verbrauchen etwa so viel Energie wie der Verkehr oder die Industrie hierzulande. Der Sanierungsbedarf ist riesig", so Wiesehügel anlässlich der Vorstellung der Kampagne Anfang Juli. ZDH und DBU werben deshalb für die Vorteile der energetischen Gebäudesanierung: Sie schont Umwelt und Portmonee gleichermaßen – und ist ein echter Jobmotor. „Jede in die energetische Gebäudesanierung investierte Milliarde sichert beziehungsweise schafft rund 20 000 Arbeitsplätze", erklärte Wiesehügel. Die Kampagne ist auf fünf Jahre angelegt, seitens der DBU wird sie mit fünf Millionen Euro gefördert. Schirmherrin der Kampagne ist Bundeskanzlerin Angela Merkel. •

www.dbu.de

MEINUNG

Familienpolitik im Wahlkampf

Entzauberung ist möglich

Nicht nur bei den Steuern machen PolitikerInnen vor der Wahl wirklichkeitsfremde Vorschläge. Auch das Themenfeld Familie und Gleichstellung zeichnet sich durch wenig Realitätsbezug aus, glaubt der Publizist Thomas Gesterkamp.

Dr. Thomas Gesterkamp, 51, ist Politikwissenschaftler und Buchautor in Köln. Zuletzt erschien „Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere" (Herder 2007).

„Ich leite ein erfolgreiches Familienunternehmen": So lautet die Antwort einer brüskierten, aber schlagfertigen Ehegattin auf die Partyfrage, was sie denn eigentlich beruflich mache. Ausgerechnet Ursula von der Leyen, Vollzeitpolitikerin und Vielfachmutter zugleich, machte sich kürzlich zur Anwältin der Hausfrauen. Zumindest verglich auch die Ministerin Familien mit Unternehmen, als sie ihre Idee eines Familienzeitkredits vorstellte: „Es ist an der Zeit, dass wir nicht nur über Bürgschaften an Unternehmen, sondern auch über Bürgschaften für Menschen sprechen".

Der rhetorische Bezug zu den Folgen der Finanzkrise war kein Zufall. Von der Leyen betrachtet ihren Vorschlag, wie auch das geplante Teilelterngeld, offenbar als **familienpolitischen Beitrag zum Abbau wirtschaftlicher Überkapazitäten.** Mütter und Väter sollen Einkommensverluste in Kauf nehmen oder gar Schulden machen, damit sie weniger arbeiten können – etwa wenn ihr Kind Schulprobleme hat oder wegen Krankheit zusätzliche Betreuung benötigt. Für die zinsgünstigen Kredite bürgt – offenbar wegen zu geringer Seriosität von Familien bei den Banken – der Staat.

Das Konzept, entwickelt in einem Memorandum der Ökonomin Katharina Spieß vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, klingt erstmal nicht schlecht. Studien der Hans-Böckler-Stiftung bestätigen seit Jahren, dass Eltern über Stress klagen. Über ein Drittel gibt in Befragungen an, sie hätten kaum Zeit für ihren Nachwuchs. 89 Prozent der Väter und 71 Prozent der Mütter begründen dies mit beruflichen Zwängen. Vor allem Männer, die häufig Überstunden machen müssen, wünschen sich kürzere Arbeitszeiten.

Die Diagnose Zeitnot passt zum Siebten Familienbericht der Bundesregierung, der 2005 feststellte, dass Eltern gerade „in der Mitte des Lebens" überlastet sind: Im Alter zwischen 25 und 45 sollen sie Kinder großziehen und zugleich beruflich vorankommen. Um diese hektische Phase entspannter zu gestalten, schlugen die Verfasser vor, Arbeitspensum und Arbeitsdauer je nach biografischer Situation zu variieren – also die Anforderungen zu senken, wenn kleine Kinder zu versorgen oder Angehörige zu pflegen sind.

Von der Leyen stützt sich auf die Annahme, dass Lohneinbußen oder gar Verschuldung für Eltern langfristig verkraftbar sind. **Zugrunde liegt eine realitätsfremd gewordene Vorstellung von Erwerbsarbeit,** denn von der Sicherheit des rheinischen Kapitalismus sind viele Beschäftigte inzwischen weit entfernt. Weil die Perspektive ungewiss ist, schrecken Eltern davor zurück, Kredite aufzunehmen – auch wenn sie dem guten Zweck dienen, sich mehr um ihre Kinder zu kümmern. Da hilft weder die Rhetorik vom „Unternehmen Familie" noch eine Staatsbürgschaft.

Die stabile Mittelschicht mit garantierter Anstellung und voraussehbarer Gehaltsentwicklung bröckelt. In Berlin arbeiten inzwischen 60 Prozent der Beschäftigten prekär: Sie halten sich mit befristeten Stellen, mit Minijobs und Teilzeit, mit Leiharbeit oder erzwungener Selbstständigkeit über Wasser. In reichen Regionen mag der Anteil dieser Arbeitsnomaden niedriger sein, aber auch dort wollen Familien sich nicht ohne Not verschulden. SPD und Grüne kritisieren zu Recht, so werde kein Problem gelöst und Armut lediglich verschoben.

In den Parteiprogrammen dominieren vage Formulierungen wie „Kindergeld verbessern" oder „Gebühren langfristig beitragsfrei stellen". **Wie beim Thema Steuern handelt es sich um reine Ankündigungspolitik.** Unter dem Deckmäntelchen der „Wahlfreiheit für Familien" vertritt die Union dezidiert konservative Positionen – vor allem beim Betreuungsgeld, das alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien als „Herdprämie" ablehnen.

Die CDU will am Ehegattensplitting festhalten, die Grünen plädieren für dessen Abschaffung. Beim Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das eine bessere Bezahlung von Frauen erreichen könnte, setzt die Union nach bekanntem Muster auf „pragmatische" Umsetzung und „freiwillige Lohntests". Es gibt im Wahlkampf genug Ansatzpunkte, die „konservative Feministin" von der Leyen – die sich in den letzten Jahren geschickt verkauft hat – zu entzaubern. •

Parteien zur Wahl

Die SPD will einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung vom ersten Lebensjahr an. Das Elterngeld soll auf 16 Monate ausgedehnt werden, vier (bisher zwei) Monate stehen obligatorisch den Vätern zu.

Die CDU möchte das Kindergeld vom dritten Kind an „verbessern" und verteidigt das Ehegattensplitting. Eltern, die die Krippe nicht nutzen, sollen von 2013 an ein Betreuungsgeld erhalten. Das Elterngeld soll auch als Teilelterngeld für 28 Monate beziehbar sein. Außerdem schlägt Ministerin von der Leyen vor, Eltern zinsgünstige Kredite anzubieten, wenn sie weniger arbeiten.

Die Grünen plädieren für hochwertige Betreuung ab dem ersten Geburtstag und sind gegen das Betreuungsgeld für häusliche Erziehung. Im Rahmen einer „geschlechtergerechten Familienpolitik" setzen sie sich dafür ein, dass Eltern die Partnermonate künftig paritätisch nehmen. Die „Individualbesteuerung mit übertragbarem Höchstbetrag" soll das Ehegattensplitting ersetzen.

Die Linke möchte die Gebühren für die öffentliche Kinderbetreuung abschaffen. Der Regelsatz von Kindern in Hartz IV-Haushalten soll deutlich angehoben werden, das Kindergeld auf 200 Euro (bisher 164 Euro) steigen.

Auch die FDP will mehr Kindergeld und lehnt das von der Union geforderte Betreuungsgeld ab.

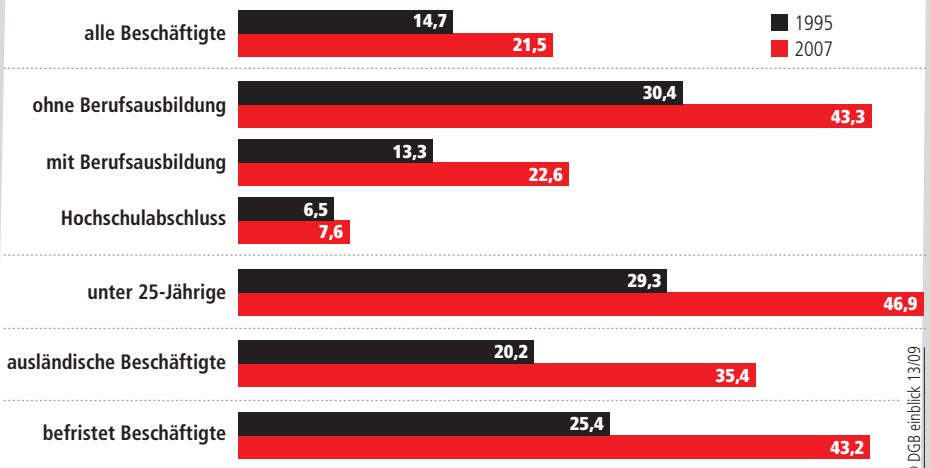
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

dieDGBgrafik

NIEDRIGLÖHNE: Risiko wächst überall

Seit Mitte der 1990er Jahre ist in vielen Beschäftigtengruppen der Anteil der NiedriglohnbezieherInnen drastisch gestiegen. Das zeigt ein aktueller Report des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ). Insgesamt arbeitete bereits 2007 jede/r Fünfte unterhalb der Niedriglohnschwelle. Die ForscherInnen beobachten außerdem eine Zunahme von „Niedrigstlöhnen" von deutlich weniger als sechs Euro pro Stunde. Zudem ist die Zahl der „Niedriglöhner" mit Berufsausbildung deutlich gewachsen.

Entwicklung des Anteils der NiedriglohnempfängerInnen* in verschiedenen Beschäftigtengruppen (in Prozent)



*Niedriglohnschwelle West: 9,62 Euro, Niedriglohnschwelle Ost: 7,18 Euro (brutto pro Stunde)

Quelle: IAQ-Report 2009-05

© DGB einblick 13/09

35 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

21./22.7. TIBAY, Seminar für Betriebsräte „Datenschutz und IT-Sicherheit im BR-Büro", Augsburg

26.7. DGB-Jugend Baden-Württemberg, Internationale Konferenz „Organizing in Europa", Markelfingen/Bodensee

2.8. Tag des Gedenkens an die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma

2.-9.8. IMK, Fachtagung „2. Summer School on Keynesian Macroeconomics and European Economic Policies", Berlin

4.-9.8. Attac, Sommerakademie und Ratschlag 2009, Karlsruhe

5.8. Friedrich-Ebert-Stiftung und Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus, Auftaktveranstaltung zur Ausstellung "Opfer rechter Gewalt", Weimar

7.-9.8. TRANSNET-Jugend, Bundesjugendtreffen 2009, Straußberg

9.-14.8. DGB-Bildungswerk, Seminar „Jeder muss heutzutage mit dem Computer umgehen können – Ein praktischer und politischer Einstieg in den Umgang mit dem Computer", Hattingen

9.-14.8. DGB-Bildungswerk, Praxisseminar „Wie lange wird es meine Zeitung noch geben? Ein Praxisseminar mit Blick hinter die Kulissen der WAZ", Hattingen

12.8. Internationaler Tag der Jugend

13.8. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Globalisierung und Finanzkrise: Welche Ergänzungen braucht die nationalstaatliche Demokratie, um die Welt zu gestalten?", Weimar

14.8. 60. Jahrestag der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag

18.8. DGB Sachsen, Wahlforum zur Landtagswahl 2009 im Gewandhaus, Leipzig

19.8.-4.9. Heinrich-Böll-Stiftung, Summer School Renewable Energy, Jülich

25./26.8. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „International Financial Reporting Standards (IFRS) – Vertiefung aktueller Neuerungen für Aufsichtsratsmitglieder", Fulda

26.-28.8. ver.di-innotec, Fachtagung „Gute Arbeit", Brannenburg

personalien

••• ***Dr. Gloria Müller,*** 62, leitet seit dem 1. Juli das Referat Interregionale Gewerkschaftsarbeit und Internationale Kontakte beim DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen. Zuvor war Müller von 2005 bis 2009 Sozialreferentin an den deutschen Botschaften in Wien, Budapest und Ljubljana.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Thomas Gesterkamp, Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882413, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Der nächste *einblick* erscheint am 24. August 2009

Schlusspunkt.

„Die Finanzmakler müssen die eigentlich ethische Grundlage ihrer Tätigkeit wieder entdecken, um nicht jene hoch entwickelten Instrumente zu missbrauchen, die dazu dienen können, die Sparer zu betrügen."

Papst Benedikt der XVI. in seiner ersten, am 7. Juli veröffentlichten Sozialenzyklika „Caritas in veritate".

Gleichbehandlungsgesetz

Altersdiskriminierung im BAT

Eine tarifliche Regelung, in der die Höhe der Grundvergütung nach Lebensaltersstufen gestaffelt wird, ist wegen unmittelbarer Benachteiligung aufgrund des Alters unwirksam.

Der Fall: Der 31 Jahre alte Angestellte des öffentlichen Dienstes verlangte Vergütung nach der höchsten Lebensaltersstufe der betreffenden Tarifvorschriften. Nach dem anzuwendenden Tarifvertrag war die Grundvergütung der Höhe nach abhängig von dem Lebensalter. Folge war, dass jüngere Mitarbeiter bei gleicher Tätigkeit eine niedrigere Grundvergütung erhielten. Mit seiner Klage hatte er Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Die im Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) enthaltene Regelung stellt eine unmittelbare Benachteiligung jüngerer Arbeitnehmer dar, weil die Grundvergütung der Vergütungsgruppen an das tatsächliche Lebensalter anknüpft. Damit steht bei gleicher Tätigkeit dem lebensälteren Arbeitnehmer lediglich wegen des höheren Lebensalters eine höhere Grundvergütung zu als dem Jüngeren. Die dadurch eintretende Benachteiligung ist nicht gerechtfertigt im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes. In diesem Fall kommt nur eine Anpassung „nach oben" in Betracht, um den Nachteil durch die diskriminierende Ausgestaltung der Altersstufenregelungen auszuschließen. Das bedeutet, dass der Arbeitnehmer die Vergütung nach der höchsten Altersstufe verlangen kann.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 22. April 2009 - 2 Sa 1689/08

Hartz IV

Keine Pauschalierung der Heizkosten

Job-Center müssen den Empfängern von Arbeitslosengeld II die tatsächlich entstandenen Heizkosten erstatten.

Der Fall: Die vierköpfige Familie bewohnt eine 100 m² große Wohnung. Die Heizkosten betragen 100 Euro monatlich. Nachdem der Grundsicherungsträger der Familie mitgeteilt hatte, dass er ihre Unterkunfts-/Heizkosten als unangemessen ansehe, wurden diese um 23,50 Euro reduziert, weil nach Auffassung des Job-Centers die Wohnung mit 100 m² für vier Personen unangemessen groß sei. Deshalb seien die Heizkosten lediglich bezogen auf eine Wohnfläche von 85 m² mit einem pauschalen Bewilligungssatz von 0,90 Euro pro m² zu übernehmen. Hieraus resultierte die Kürzung des für Heizkosten anzusetzenden Betrages. Das höchste Sozialgericht widersprach.

Das Bundessozialgericht: Bei der Ermittlung der angemessenen Heizkosten ist der Grundsicherungsträger von unzutreffenden rechtlichen Voraussetzungen ausgegangen; die Leistungen für Heizung sind in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen zu erbringen. Die Familie bewohnte zwar eine zu große Wohnung, der Mietpreis lag jedoch so niedrig, dass das Job-Center keine Bedenken hinsichtlich der Angemessenheit der Wohnung hatte. Geht der Grundsicherungsträger davon aus, dass eine Wohnung angemessen ist, kann er nicht bei den Heizkosten eine unangemessene Wohnungsgröße wieder zur Geltung bringen. Die Größe der Wohnung ist bei der Bestimmung der Angemessenheit der Kosten nur einer von mehreren Ermittlungs- bzw Berechnungsposten. Ist eine Wohnung von ihren Mietkosten her angemessen, so sind die angemessenen Heizkosten zu erstatten. Nicht erstattungsfähig sind Heizkosten lediglich dann, wenn sie bei sachgerechter und wirtschaftlicher Beheizung als nicht erforderlich erscheinen.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 2. Juli 2009 - B 14 AS 36/08 R

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 13/09

Gewerkschaftswerbung

Auch per e-Mail zulässig

Eine tarifzuständige Gewerkschaft ist aufgrund ihrer verfassungsrechtlich geschützten Betätigungsfreiheit grundsätzlich berechtigt, e-Mails zu Werbezwecken auch ohne Einwilligung des Arbeitgebers und Aufforderung durch die Arbeitnehmer an die betrieblichen e-Mail-Adressen der Beschäftigten zu versenden.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 20. Januar 2009 - 1 AZR 515/08

Teilzeitjob

Eltern müssen konkretes Angebot machen

Eltern, die eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit wünschen, müssen dies dem Arbeitgeber durch ein konkretes Angebot mitteilen.
Das Teilzeitbegehren sowie damit verbundene Arbeitsangebote müssen so konkret formuliert sein, dass sie vom Arbeitgeber mit einem einfachen «Ja» angenommen werden können.
Also ist das Angebot zweier Alternativen ist schon nicht mehr zulässig.

Arbeitsgericht Frankfurt/M,
Beschluss vom 21. Januar 2009 - 7 Ga 2/09

Zahnersatz

Genehmigung vor der Behandlung notwendig

Wird eine zahnprothetische Behandlung nötig, so ist vor der Behandlung die Genehmigung des Heil- und Kostenplans durch die Krankenkasse erforderlich. Das Erfordernis vorheriger Genehmigung gilt nicht nur für eine Behandlung im Inland, sondern auch in anderen EG-Mitgliedstaaten.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 30. Juni 2009 - B 1 KR 19/08 R

Bundesrat

Besucherführer sind Arbeitnehmer

Die Mitarbeiter des Besucherdienstes im Bundesrat sind keine selbstständigen Unternehmer, sondern abhängig beschäftigte Personen.
Für sie muss der Bundesrat Sozialversicherungsbeiträge zahlen.

Sozialgericht Berlin,
Urteil vom 2. Juni 2009 - S 36 KR 2382/07

Arbeitsunfall

Bandscheibenvorfall muss Trauma sein

Die Anerkennung eines Bandscheibenvorfalls als Folge eines Arbeitsunfalls kommt nur bei traumatischer Ursache in Betracht. Das heißt, der Wirbelkörper selbst oder doch zumindest die den maßgeblichen Abschnitt der Wirbelsäule begleitende Muskel- und Bandstruktur müssen bei der maßgeblichen Verletzung in Mitleidenschaft gezogen worden sein.

Sozialgericht Düsseldorf,
Urteil vom 12. März 2009 - S 1 U 4/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 24.08.2009 14/09

DGB

Leiharbeit

Es geht auch besser

Sie sind die ersten, die in der Krise ihren Arbeitsplatz verlieren, ihre Bezahlung ist mies, ihr Armutsrisiko deutlich höher als das anderer: Leiharbeitskräfte sind „Beschäftigte zweiter Klasse", stellt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fest. Der DGB fordert vom Gesetzgeber gesetzliche Regelungen, die die Gleichbehandlung sicherstellen. Schließlich geht es auch anders: In fast allen Nachbarländern sind LeiharbeiterInnen besser abgesichert. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung, die sieben westeuropäische Länder vergleicht.

„Die Politik muss endlich erkennen, dass die Deregulierung der Leiharbeit in Deutschland nicht der Flexibilität dient, sondern systematisch zum Lohndumping missbraucht wird", so Buntenbach. Zunehmend geraten reguläre Arbeitsplätze durch die Leiharbeit unter Druck. „Wir fordern deshalb: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – und dies per Gesetz." Der DGB will, dass alle Ausnahmen von der gesetzlich vorgesehenen Gleichbehandlung gestrichen werden. Durch eine Stärkung der Mitbestimmung sollte sichergestellt werden, dass die Rechte der Beschäftigten tatsächlich durchgesetzt werden.

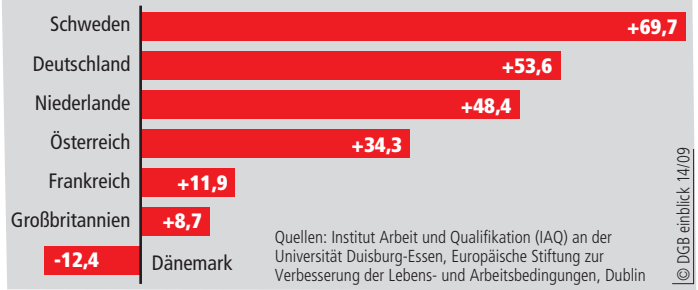
Gesetzliche Regelungen können die Arbeitsbedingungen der LeiharbeiterInnen verbessern. Das zeigt der internationale Vergleich. So gibt es in Frankreich ein gesetzliches Gebot der Gleichbehandlung und sogar zehn Prozent mehr Lohn für LeiharbeiterInnen. In den skandinavischen Ländern sichern Tarifverträge ihre Gleichbehandlung, und selbst in Großbritannien, dem Mutterland der Deregulierung, gilt nach zwölf Wochen der Grundsatz der gleichen Bezahlung. Auch hierzulande waren die Bedingungen nicht immer so schlecht. Die Novelle des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes 2004 hat die Tore für den Missbrauch geöffnet.

Zwar gilt der Grundsatz der Gleichbehandlung nach wie vor – sofern kein Tarifvertrag etwas Anderes regelt. Als die ersten Dumping-Tarifverträge mit christlichen Gewerkschaften abgeschlossen wurden, entschieden sich die DGB-Gewerkschaften, als Tarifgemeinschaft mit den größten Branchenverbänden eigene Tarifverträge abzuschließen – deren Regelungen angesichts des geringen Organisationsgrad in der Branche natürlich schlechter ausfielen als die der Stammbelegschaften.

Mittlerweile hat zum Beispiel die IG Metall mit „Besser-Vereinbarungen" in einer Reihe von Betrieben die Gleichbehandlung durchgesetzt. Über hundert Betriebsräte haben sich zudem mit einem „Mahnruf" an die Politik gewandt: „Wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht grundlegend geändert werden, dann wird die Krise die Ausbreitung von Leiharbeit beschleunigen." •

Europaweit boomt Leiharbeit

Zunahme der Leiharbeit in ausgewählten Ländern von 2004 bis 2007 (in Prozent)



Bis zum Beginn der Wirtschaftskrise ist die Zahl der LeiharbeitnehmerInnen überall in Europa gestiegen. WissenschaftlerInnen gehen davon aus, dass sich der Boom der Branche nach der Krise unvermindert fortsetzt.

plusminusBERLIN

+ ***Caren Marks (SPD) fordert einen verbindlichen Diskriminierungs-Check für Tarifverträge und einen gesetzlichen Mindestlohn, um die „skandalöse Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen endlich zu überbrücken".***

– ***Norbert Geis (CSU) findet, dass gleichgeschlechtliche Paare keine Kinder aufziehen sollten. Er glaubt, dass die Zukunft bei Familien mit Vater und Mutter liege und nicht bei einer „Fehlentwicklung, die sich hoffentlich bald wieder legen wird".***

inhalt

Seite 3
Arbeitgeber nutzen Krise aus
Kurz vor der Bundestagswahl findet der IG BAU-Kongress statt. Dazu im einblick-Interview: der Vorsitzende Klaus Wiesehügel

Seite 5
Parteien-Check: Wer zahlt die Zeche?
einblick stellt die Wahlprogramme der Parteien den Forderungen des DGB gegenüber

Seite 7
Der Fall „Emmely"
Die DGB-Rechtsexpertin Martina Perreng fordert, Verdachtskündigungen künftig auszuschließen

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bundestag.de
Die Internetseite des Deutschen Bundestages im neuen Design, mit aktuellen Nachrichten und verbesserten Recherchefunktionen

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Aktuelle Studien und neues Material zum Thema Leiharbeit

Schwarzarbeit

Zollkontrollen rückläufig

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung verursachen nach wie vor massiven volkswirtschaftlichen Schaden und gefährden Arbeitsplätze. Das zeigt der im Juli veröffentlichte Bericht der Bundesregierung zur illegalen Beschäftigung. Schwarzarbeit findet in nahezu allen Branchen statt – vor allem aber auf dem Bau, im Hotel- und Gastgewerbe und in der Pflege. Oft spielen dabei „Scheinentsendungen" von ArbeitnehmerInnen aus dem europäischen Ausland eine Rolle.

„Der Bericht bestätigt die Vermutung der Gewerkschaften, dass die Entsendung von Arbeitnehmern aus dem Ausland immer noch missbraucht wird zu Lohndumping und Ausbeutung von Menschen", betont DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Die Verfahren bei der Entsendung müssten deshalb endlich auf eine verlässliche Grundlage gestellt werden. „Es kann nicht sein, dass Arbeitnehmer mit gefälschten Bescheinigungen hierher gelockt werden und Arbeitgeber sich daran eine goldene Nase verdienen, ohne dass wirksam eingegriffen werden kann."

Zwar zeigten die hohen Strafen und Bußgelder, dass die in den letzten Jahren eingeleiteten Maßnahmen wirken. Aber sie sind noch nicht ausreichend. „Vor allem muss es eine wirksame Überwachung der Arbeitszeiten geben", so Buntenbach. Der Bericht belegt zudem, dass die Prüfungen durch den Zoll rückläufig sind. Die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit" hat im Jahr 2008 nur 46 000 Betriebe untersuchen können – 2006 waren es noch 83 000. Rückläufig ist auch die Zahl der eingeleiteten Ermittlungsverfahren: Sie ist von 117 000 im Jahr 2007 auf 104 000 im vergangenen Jahr gesunken. Gleichzeitig sind die Verdachtsfälle um fast 90 000 gestiegen. Bereits 2008 hatte der Bundesrechnungshof Mängel bei der Personalausstattung festgestellt. Waren es 2004 noch 7000 Kontrolleure, sind aktuell nur noch knapp 6600 im Dienst. •

www.einblick.dgb.de/links

Nach dem Boom der letzten Jahre sind in der Krise LeiharbeiterInnen die ersten, die ihren Job verlieren. Im nächsten Aufschwung allerdings könnte ihre Zahl auf mehr als zwei Millionen steigen. Das zeigt eine Studie der Universität Jena im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung zum Funktionswandel der Leiharbeit. Wurde früher Leiharbeit vor allem als Krankheitsvertretung oder Bewältigung von Auftragsspitzen genutzt, setzen heute Unternehmen Leiharbeit zunehmend als strategisches Instrument zur Profitsteigerung ein, so das Forscherteam: Leiharbeitskräfte ersetzen immer häufiger Stammbeschäftigte. Gleichzeitig werden beide Gruppen gegeneinander ausgespielt (siehe Seite 1).

Ausbildung

Deregulierung lohnt nicht

Seit 2003 war sie ausgesetzt, pünktlich zum Beginn des neuen Ausbildungsjahr ist sie am 1. August 2009 in einer novellierten Form wieder in Kraft getreten: die Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO), die die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen von Ausbildern bestimmt. Die Wiedereinsetzung der AEVO ist auch ein Erfolg der Gewerkschaften, die das seit langem forderten. „Das war überfällig", sagt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. 2003 hatte Rot-Grün die AEVO ausgesetzt – in der Hoffnung, mit dem Verzicht auf den verpflichtenden Nachweis der Qualifikation von Ausbildern vor allem in kleinen Betrieben neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Der Effekt: Die Qualität der Ausbildung sank deutlich. Eine 2007 veröffentlichte Studie des Bundesinstitutes für Berufsbildung zeigt: In Betrieben, die über kein nach der AEVO qualifiziertes Personal verfügten, gab es deutlich mehr Ausbildungsabbrüche als in anderen Unternehmen – unabhängig von der Betriebsgröße oder der Branche. „Das belegt: Deregulierung lohnt sich nicht", kommentiert Sehrbrock. •

Mindestlohn

Hauptausschuss berufen

Der frühere Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) wird Vorsitzender des Hauptausschusses zur Festlegung von Mindestlöhnen in Branchen mit geringer Tarifbindung. Dies hat das Kabinett auf Vorschlag von Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) beschlossen. Das Gremium soll empfehlen, in welchen Branchen ein Mindestlohn eingeführt werden soll. In Frage kommen etwa die Fleischindustrie und die Call-Center-Branche.

Grundlage für die Einrichtung des Gremiums ist das novellierte Mindestarbeitsbedingungengesetz (MiaG). Neben Dohnanyi werden der Wirtschaftsweise Wolfgang Franz und Jutta Allmendinger, Präsidentin des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung, berufen. Arbeitnehmerinteressen vertreten der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und der Arbeitsrechtler Otto Ernst Kempen. Für die Wirtschaft sitzen Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt und Handwerkschef Otto Kentzler im Ausschuss. Gescheitert ist der Vorstoß von Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), einen Vertreter des umstrittenen Christlichen Gewerkschaftsbundes im Gremium zu platzieren. DGB-Vorstand Claus Matecki begrüßt das. Wer meine, den Beschäftigten „mit Dumpinglöhnen einen Gefallen erweisen zu können, hat in dieser Kommission nichts zu suchen". •

Betriebsverfassung

Beamte gleichgestellt

Eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) sieht ab sofort vor, dass auch Beamte in privatisierten, ehemals öffentlichen Unternehmen als Arbeitnehmer gelten. Grundlage für die neue Regelung ist ein im August in Kraft getretenes Gesetz zur Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung, das eine Änderung des BetrVG in diesem Punkt vorsieht.

Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts waren Beamte bisher im Rahmen des BetrVG weder wahlberechtigt noch wählbar – sofern keine Sonderregelung wie das Postpersonalrechtsgesetz für sie galt. Damit waren sie bisher von Betriebsratswahlen ausgeschlossen. Künftig gilt: Betriebsräte in privaten oder privatisierten Betrieben mit zugewiesenen Beamten sollten prüfen, ob durch die Berücksichtigung der Beamten etwa Schwellenwerte zur Gründung oder Aufstockung des Betriebsrates überschritten oder weitere Freistellungen möglich werden. •

Interview mit Klaus Wiesehügel

Arbeitgeber nutzen Krise aus

Unmittelbar vor der Bundestagswahl stellt die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) auf ihrem Gewerkschaftstag in Berlin vom 14. bis 17. September die Weichen für die Gewerkschaftsarbeit der nächsten vier Jahre. Im einblick-Interview: der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel.

■ Euer Kongress findet kurz vor der Bundestagswahl statt. Eine gute Gelegenheit, die Politik noch einmal mit den Forderungen der Gewerkschaften zu konfrontieren. Aber ein Schaulaufen der Kanzlerkandidaten findet nicht statt – nur der SPD-Kandidat ist da. Eine bewusste Entscheidung?

■ *Nein, im Gegenteil. Wir hatten auch die Bundeskanzlerin eingeladen, aber sie hat abgesagt. Auf Nachfragen erklärte uns ihr Kanzleramtsminister, Merkel würde grundsätzlich nicht zu Kongressen einzelner Gewerkschaften kommen, nur zum DGB. Und in der Tat: Frau Merkel bleibt ihrer Linie treu – sie geht zwar zu jedem noch so kleinen Arbeitgeberverband, aber nicht zu den Gewerkschaften. Deshalb haben wir gesagt: Wenn schon die Kanzlerin nicht kommt, dann eben der Vizekanzler. Im Übrigen werden Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien am Kongress teilnehmen, nur die FDP haben wir nicht eingeladen.*

■ Warum nicht?

■ *Da sind wir konsequent – mit der FDP gibt es kaum Schnittmengen. Insgesamt ist mein Kurs ein wenig anders als der der meisten Gewerkschaftsvorsitzenden. Auch ich gebe keinerlei Wahlempfehlung für eine Partei ab, sage aber klar und deutlich: Schwarz-Gelb muss verhindert werden.*

■ Was sind die Schwerpunkte eures Kongresses?

■ *Wir wollen klare politische Botschaften nach außen setzen – gegen die Rente mit 67, für eine Bürgerversicherung und für ein soziales Europa: Wie können wir Lohndumping verhindern, wenn 2011 die Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit fallen? Was passiert mit der Dienstleistungsrichtlinie, was wird aus dem Entsendegesetz? Außerdem war die IG BAU immer eine Gewerkschaft, die sich sehr für soziale Themen, gegen den Sozialabbau*

Foto: IG BAU

Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel, 57, kandidiert wieder für den Vorsitz

engagiert hat. Wohl kaum eine andere Gewerkschaft ist so Sturm gegen die Rente mit 67 gelaufen wie wir. Natürlich beschäftigen wir uns auf dem Kongress auch mit der Entwicklung unserer Branchen, mit Tarifpolitik. Und wir werden eine Bilanz unserer Strukturreform ziehen, schauen, wie weit wir auf unserem Weg zu einer Mitmachgewerkschaft gekommen sind.

■ Politik steht also im Mittelpunkt?

■ *Ja. Wir geben auch die Hoffnung noch nicht auf, dass gerade beim Thema Rente sich noch was tut. Immerhin gibt es eine Reihe gescheiter Politiker in der SPD, die erkannt haben: Die Rente mit 67 war ein großer Fehler, und die schlechten Umfrageergebnisse der SPD zurzeit sind eine Folge dessen. Die SPD, alle Parteien, sollten sehen, dass in der Bevölkerung die Rente mit 67, insbesondere bei den Gewerkschaftsmitgliedern, auf große Ablehnung stößt. Die Leute haben große Ängste. Bei der IG Metall-Umfrage haben über 80 Prozent gesagt: Die Rente mit 67 muss weg. Ich denke, bei unseren Mitgliedern ist die Ablehnung noch wesentlich höher.*

■ Immerhin soll der Plan zu ihrer Einführung 2012 noch mal überprüft werden …

■ *Wir sagen: Das ist zu spät. Je nach Regierungskoalition, die dann am Ruder ist, verspreche ich mir nicht viel davon. Einige SPD-Abgeordnete haben vorgeschlagen, wegen der Krise die Prüfung jetzt zu machen. Das war eine gute Idee – leider konnten sie sich nicht durchsetzen.*

■ Wie beurteilst du insgesamt die Maßnahmen der Politik in der Krise?

■ *Positiv. Sowohl die Umweltprämie als auch die Konjunkturpakete haben für einen enormen konjunkturellen Anschub gesorgt. Zwar hängt die Umsetzung des Teils vom Konjunkturpaket II, der vor allem unsere Branchen betrifft, also die 13 Milliarden Euro für kommunale Infrastrukturmaßnahmen, ein wenig hinterher. Aber so langsam kommt das Paket in den Kommunen an und sichert Arbeitsplätze. Aber ganz zufrieden kann ich natürlich nie sein, es dürfte durchaus mehr sein.*

■ In allen euren Branchen stehen im Krisenjahr 2009 Tarifverhandlungen an. Wie geht das – Tarifpolitik in der Krise?

■ *Im Bau ist uns ein recht guter Abschluss gelungen. In anderen Bereichen bereiten wir uns jetzt auf die Auseinandersetzung vor – etwa im Gebäudereinigerhandwerk. Die Arbeitgeber lassen uns auflaufen und mauern. Wenn die Gewerkschaften in einer Branche dann nicht genügend Macht haben, den Widerstand, Streiks, zu organisieren, gibt es keinen Tarifvertrag. Ich mache mir große Sorgen um die Gebäudereiniger. Dort haben wir einen Mindestlohn. Aber der wäre weg, wenn es nicht gelänge, einen Abschluss zu vereinbaren.*

■ Woran hapert es?

■ *Die Arbeitgeber glauben nicht, dass wir in der Lage sind, ein Ergebnis durchzusetzen. Allerdings haben das die Bau-Arbeitgeber auch nicht geglaubt. Nachdem wir in Niedersachsen und Schleswig-Holstein gestreikt haben, sah das anders aus. Einige Arbeitgeber haben hinterher gesagt, manchmal bedarf es eben auch des pathologischen Lernens. Im Gebäudereiniger-Handwerk ist das noch nicht angekommen. Bei allen Problemen in dieser Branche sind wir dennoch wild entschlossen, die Auseinandersetzung zu führen.*

■ Und das geht auch in der Krise?

■ *Ja, auch wenn die Beschäftigten schon mehr Jobängste haben – und die Arbeitgeber versuchen, die Krise auszunutzen. Im Garten- und Landschaftsbau haben sie ernsthaft angeboten, die Tarife für alle zu erhöhen – nur nicht für die unterste Lohngruppe. Ein unmögliches Angebot, auf das wir nicht eingegangen sind. Denn damit wäre unser wichtigstes Pfund, die Solidarität der Beschäftigten untereinander, weg. Zurzeit sind die Auftragsbücher der Branche noch gut gefüllt. Doch sobald die Krise auch hier ankommt, müssen sie die Preise senken. Die Arbeitgeber haben erklärt, dass sie, um dann flexibel sein zu können, weder eine Erhöhung der untersten Einkommen noch den Mindestlohn wollen. Im Klartext: Unternehmerische Flexibilität in der Krise bedeutet schlicht, alle Risiken auf die Beschäftigten zu verlagern.* ●

Bilanz und Ausblick

Unter dem Motto „Arbeit.Leben. Gerechtigkeit" will die IG BAU auf ihrem 20. Ordentlichen Gewerkschaftstag eine Bilanz der Arbeit der letzten vier Jahre ziehen und Impulse für eine gerechtere Arbeits- und Sozialpolitik setzen. Des Weiteren wird der Kongress sich auch mit der 2007 auf einem Außerordentlichen Gewerkschaftstag beschlossenen IG BAU-Organisationsreform beschäftigen. Es soll eine erste Bilanz des Umbaus zur Mitmachgewerkschaft gezogen werden.

Langfassung des Interviews mit Klaus Wiesehügel:
www.einblick.dgb.de

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Jugend

Dr. Azubi weiß Rat

Seit 1. August läuft das neue Ausbildungsjahr. Die Qualität der Ausbildung unterscheidet sich von Betrieb zu Betrieb. Schnell tauchen Fragen auf, wie etwa: Muss ich Überstunden machen? Kann ich meinen Ausbildungsplatz wechseln? Wie sollte mein Ausbildungsvertrag aussehen? Dr. Azubi, der kostenlose Online-Beratungsservice der DGB-Jugend, gibt Antworten. Innerhalb von 24 Stunden beantworten ExpertInnen E-Mail-Anfragen der Auszubildenden. Als erste Orientierung hat Dr. Azubi die zwölf häufigsten Fragen in einem FAQ-Katalog zusammengefasst. Im vergangenen Jahr konnte Dr. Azubi mehr als 5000 jungen Menschen mit Ratschlägen rund um die Ausbildung helfen. •

www.dr-azubi.de

Gegen Rechts

Kostenlose CDs für SchülerInnen

Im Juni hatte ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Politik, Musikverbänden und MusikerInnen den Song-Contest „Nazis aus dem Takt bringen" gestartet *(einblick 11/09)*. Nun stehen die drei Gewinner des Wettbewerbs fest, die von Usern der Internetseite myspace gewählt wurden.

In der Wählergunst vorne lagen die Indie-Rockband Cosma aus Berlin, die Coldlitzer Punkband HeMaTom und die Leipziger Gruppe Empty Guns. Mit bekannten KünstlerInnen stehen sie am 6.September bei einem großen „Nazis aus dem Takt bringen"-Abschlusskonzert im Berliner Stadion An der Alten Försterei auf der Bühne. Ihre Songs erscheinen außerdem auf einer CD mit weiteren Bands aus dem Wettbewerb sowie prominenten Unterstützern wie etwa den Bands Polarkreis 18 oder Virginia jetzt. Ab 31. August wird die CD kostenlos an Schulen verteilt. •

www.nazisausdemtaktbringen.de

„Misstrauen gegenüber Finanzinvestoren verstärkt"

Aufsichtsrat des Monats

Foto: Dieter Debo

Aufsichtsrat des Monats im August ist **Ralf Hermann** (51). Der Chemielaborant ist Mitglied der IG BCE und seit fast 25 Jahren Betriebsrat – heute im Chemiepark Marl, einem Tochterunternehmen der Evonik Degussa GmbH, hervorgegangen aus den Chemischen Werken Hüls. Seit 2002 vertritt er die Interessen der ArbeitnehmerInnen auch im Aufsichtsrat der Evonik Degussa GmbH und seit 2007 im Aufsichtsrat der Evonik Industries AG. Als langjähriger Konzernbetriebsratsvorsitzender beider Unternehmensgruppen kennt er die Anliegen der Beschäftigten genau. Im Interview schildert Hermann, was ein Aufsichtsrat mit einem Katalysator gemeinsam hat und welche Erfahrungen er mit Finanzinvestoren gemacht hat. Online: *www.dgb.de/aufsichtsrat*

Neuerscheinung

Bilanz der Großen Koalition

Politik ist ein schnelllebiges Geschäft: Viele Entscheidungen der letzten vier Jahre scheinen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise überlagert zu werden – verankert im kollektiven Gedächtnis sind die Rente mit 67 oder das Elterngeld. Doch was war sonst noch? Welche Weichen wurden in der Gesundheitspolitik gestellt? Was beinhaltet die Unternehmenssteuerreform 2008? Antworten liefert das Buch *In gemeinsamer Verantwortung – Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Großen Koalition 2005 - 2009*. Sorgfältig und verständlich ziehen ExpertInnen in sieben Beiträgen eine Bilanz der schwarz-roten Koalition. Schwerpunkte sind etwa die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Regierung, die Einkommens- und Vermögensverteilung, die Diskussionen um Niedrig-, Kombi- und Mindestlöhne oder das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz. Angereichert mit vielen Statistiken und Daten zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung ist das Buch ein sachlicher Kompass, um in der hektischen Wahlkampfphase einen kritischen Blick auf die Leistungen der Großen Koalition zu werfen. •

Kai Ecker-Wolf, Stefan Körzell, Torsten Niechoj, Achim Truger: In gemeinsamer Verantwortung – Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Großen Koalition 2005 – 2009. Metropolis, Marburg 2009, 248 Seiten, 19,80 Euro.

DGB-Ratgeber

Elterngeld und Elternzeit

Elterngeld und Elternzeit machen es möglich: Berufstätige Mütter und Väter können sich nun partnerschaftlich um die Erziehung des Kindes kümmern. Doch werdende Eltern müssen vor der Geburt viele Dinge regeln – auch beim Elterngeld stellen sich Fragen. Wer hat Anspruch? Was müssen wir beachten? Diese und viele weitere Aspekte klärt der neue Elterngeld-Ratgeber des DGB. Generelle Regelungen, Fallbeispiele und Tipps zeigen, wie berufstätige Väter und Mütter gemeinsam das erste Lebensjahr des Kindes mit Elterngeld und Elternzeit gestalten können. Der Ratgeber kann für 3,35 Euro bestellt werden. •

www.dgb-bestellservice.de

interregio

••• Auf Anregung des ***DGB Bayern*** hat der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) eine ***Kommission zur Armutsbekämpfung*** berufen. Besetzt ist die Kommission mit Vertretern des DGB und der Sozialverbände. Ziel ist es, in kurzer Zeit konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und sozialer Ungleichheit in Bayern zu erarbeiten. Die Kommission soll ihre Arbeit nach der Bundestagswahl aufnehmen. Darauf einigten sich der DGB-Bezirksvorsitzende Fritz Schösser und der Ministerpräsident. Einig sind sich Schösser und Seehofer auch in der Frage der Kreditvergabe durch Banken. Schösser betont: „Wenn Banken Geld vom Staat erhalten, müssen sie verpflichtet werden, zu günstigen Konditionen Kredite an Unternehmen zu geben."

www.bayern.dgb.de

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** hat zur Landtagswahl in Brandenburg ein ***Schwarzbuch Billiglohn*** veröffentlicht. Anhand von 13 Porträts aus unterschiedlichen Branchen zeigt es, wie Arbeitsverdichtung und Lohndumping die Arbeitswelt in Brandenburg prägen. Fast 14 Prozent der Beschäftigten verdienen weniger als 701 Euro im Monat. Die stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke forderte die LandespolitikerInnen auf, sich einzusetzen für einen gesetzlichen Mindestlohn und für ein Vergabegesetz, das Sozialstandards respektiert.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

Bundestagswahl 2009

Parteien-Check: Wer zahlt die Zeche?

Frühzeitig hat der DGB seine Forderungen an die Parteien im Wahljahr 2009 veröffentlicht. Kampf gegen die Krise, eine nachhaltige Wirtschaftsordnung, gute Arbeit für alle, Ausbau der sozialen Sicherung und der Bildung stehen für die Gewerkschaften im Zentrum. Von Mindestlohn bis Rente mit 67: In den einblick-Ausgaben vor der Bundestagswahl stellen wir die Wahlprogramme der Parteien den DGB-Forderungen gegenüber. Diesmal – mit welchen Maßnahmen die Parteien die Finanzkrise in den Griff bekommen wollen.

DGB Der DGB fordert eine effiziente, demokratische **Finanzaufsicht** auf internationaler Ebene. Außerdem: ein Zulassungsverfahren für Rating-Agenturen, konjunkturgerechte Eigenkapitalforderungen und die Prüfung und Zulassung jedes neuen Produkts. **+++ Finanztransaktionen** müssen angemessen besteuert werden. **+++** Ein gerechtes **Steuersystem** darf Kapitaleinkünfte nicht geringer besteuern als Arbeitseinkommen – „große Vermögen müssen ihren Teil der Krisenkosten übernehmen".

CDU/CSU In Sachen **Finanzaufsicht** will die Union einen international einheitlichen Standard. Die Bankenaufsicht soll in Deutschland unter ein Dach bei der Bundesbank – in der EU bei der EZB. Rating-Agenturen sollen unter europäische und internationale Aufsicht, Hedge-Fonds einem internationalen Regelwerk unterworfen werden. **+++** Eine Besteuerung von **Finanztransaktionen** ist nicht vorgesehen. **+++ Steuersystem:** Steuererhöhungen werden abgelehnt. Der Eingangssteuersatz soll schrittweise von 14 auf 12 Prozent gesenkt werden, der Spitzensteuersatz erst ab 55 000 Euro, „später" ab 60 000 Euro greifen. Die Unternehmenssteuerreform und der Kompromiss zur Erbschaftssteuer sollen überprüft werden.

SPD Die SPD möchte eine starke **Finanzmarktaufsicht,** „kein Produkt, kein Akteur soll unbeaufsichtigt bleiben". Bundesbank und Bundesanstalt für Finanzaufsicht (BaFin) sollen enger zusammenarbeiten. Besondere Geschäftsrisiken sollen mit mehr Eigenkapital abgesichert werden, mehr Verbraucherschutz soll ein „Finanz-TÜV" bringen. Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds sollen registriert und lückenlos überwacht werden – Banken dürfen nur mit registrierten Fonds arbeiten. Rating-Agenturen sollen registriert und transparenter werden. **+++** Kurzfristige Spekulationen sollen durch eine Börsenumsatzsteuer eingedämmt werden, die auf weitere **Finanztransaktionen** in Europa ausgeweitet werden soll. **+++** Im **Steuersystem** will die SPD Niedrig- und Normalverdiener sowie Familien entlasten. Der Spitzensteuersatz soll auf 47 Prozent angehoben und ab 125 000 Euro Jahreseinkommen greifen – das Geld soll in die Bildung fließen. Der Eingangssteuersatz soll auf 10 Prozent gesenkt werden. Zudem gibt's 300 Euro Lohnsteuerbonus beim Verzicht auf eine Einkommensteuererklärung.

FDP Bei der **Finanzaufsicht** gilt für die FDP: „Regulierungsversagen ist Staatsversagen, nicht Marktversagen". Sie fordert nicht mehr sondern bessere Regelungen für die Finanzaufsicht. Ein „Re-Privatisierungsrat" soll „massive Staatsbeteiligung im Finanzsektor" wieder zurückzudrängen, die Bankenaufsicht bei der Bundesbank angesiedelt werden. Beratung und Bewertung von Rating-Agenturen will die FDP trennen. **+++** Eine Besteuerung von **Finanztransaktionen** ist nicht vorgesehen. **+++ Steuersystem:** Das FDP-Einkommenssteuermodell sieht drei Stufen vor: zehn Prozent (bis 20 000 Euro), 25 Prozent (bis 50 000 Euro) und 35 Prozent (mehr als 50 000 Euro), dazu einen Grundfreibetrag von 8004 Euro. Finanziert werden die Steuersenkungen durch Ausgabenkürzungen und Subventionsabbau.

Grüne Eine europäische/internationale **Finanzaufsicht** soll alle Akteure und Produkte – vom Hedge-Fonds bis zu hochkomplexen Finanzprodukten – kontrollieren. Finanzmarktwächter sollen Finanzprodukte mit einem Verbraucherlabel kennzeichnen. **+++ Finanztransaktionen:** Die Grünen setzen sich für die Einführung einer europäischen Finanzumsatzsteuer ein. **+++ Steuersystem:** Die Grünen wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag – einen Green New Deal. Finanziert werden soll er durch eine Vermögensabgabe und durch einen höheren Spitzensteuersatz. Große Erbschaften sollen stärker besteuert werden, kleine Vermögen durch Freibeträge geschützt werden.

Die Linke Die Linke plant eine Neuordnung der **Finanzbranche.** Private Banken sollen vergesellschaftet, der gesamte Sektor unter öffentliche Aufsicht gestellt werden. Außerdem: Verbot von Leerverkäufen, Derivaten, Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds. **+++ Finanztransaktionen:** Die Linke will eine Börsenumsatzsteuer. Kapitalerträge und Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren sollen mit persönlichem Steuersatz besteuert werden. **+++ Steuersystem:** Eine „Millionärssteuer" von fünf Prozent soll auf alle Vermögen, die eine Million Euro übersteigen, angewendet werden. Der Spitzensteuersatz soll auf 53 Prozent steigen und ab 70 245 Euro gelten. Niedrige und mittlere Einkommen sollen entlastet, der Grundfreibeitrag auf 9300 Euro angehoben werden. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Wahlcheck digital

Mit verschiedenen Online-Aktionen begleiten die Gewerkschaften die Wahlkämpfe im Bund und in den Ländern Brandenburg, Sachsen, Thüringen und dem Saarland.

So fühlen ver.di und NGG allen 2308 BewerberInnen in Sachen Mindestlohn auf den Zahn. Unter www.mindestlohn09.de werden die Aussagen der PolitikerInnen veröffentlicht – bisher haben fast 53 Prozent geantwortet. Unter dem Motto „Klar zur Wahl. Gegen „Markt radikal" hat ver.di eine Homepage mit Forderungen an die Politik unter wahlen09.verdi.de eingerichtet. Die NGG bietet ihren Usern auf www.ngg.net einen Wahlcheck mit Fragen rund um die Arbeitswelt. TRANSNET hat den Parteien einen Katalog mit 77 Fragen vorgelegt – die Antworten finden sich unter www.transnet.org.

Die DGB-Jugend hat die Wahlprogramme mit ihren Forderungen verglichen: www.dgb-jugend.de. Auch in den DGB-Bezirken laufen Aktionen, um die KandidatInnen in Sachen Arbeit und Soziales zu prüfen – so begleitet der DGB-Landesbezirk Thüringen den Wahlkampf mit dem dgbwahlblog.de.

Links zu allen Aktionen: www.einblick.dgb.de/links

kurz&bündig

NGG-Vize Michaela Rosenberger hat die Arbeitgeber des Hotel- und Gastgewerbes aufgefordert, die Altersvorsorge junger Menschen besser zu fördern. Bisher führe die betriebliche Altersvorsorge ein „Stiefmütterchendasein". Es gelte, die Verabredungen aus den Tarifverträgen nun mit Leben zu füllen.

Als „Einfallstor zur Privatisierung des Strafvollzugs" hat die GdP Pläne in Baden-Württemberg bezeichnet, privaten Firmen die Überwachung elektronischer Fussfesseln zu überlassen. Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg betonte, dass der Strafvollzug eine staatliche Aufgabe mit dem Ziel der Resozialisierung sei.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat per Tarifvertrag den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für die rund 24 000 T-Systems-Beschäftigten bis 2012 gesichert. „Ein in der IT-Branche bisher einmaliger Schutz", urteilt ver.di-Vorstand Lothar Schröder.

Der DGB ruft am 1. September zum Antikriegstag auf. Auch 70 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs leiden Millionen Menschen unter den Folgen von Kriegen, Krisen und Konflikten. Diese würden nur vermieden, wenn die Verteilung von Wohlstand in und zwischen Staaten gerechter wird.
www.einblick.dgb.de/links

IG Metall

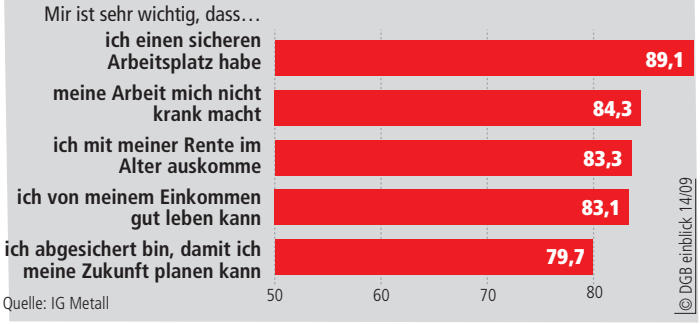
Auf in die Arena

Das Votum der 450 000 befragten ArbeitnehmerInnen im Rahmen der IG Metall-Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben" ist klar: Sie wollen eine sichere Perspektive für Job, Familie und Gesundheit. Damit die Forderungen in der Politik ankommen, ruft die IG Metall am 5. September zu einer Großkundgebung in der Frankfurter Commerzbank Arena auf. Den Auftakt macht um 10 Uhr die IG Metall-Jugend in der Innenstadt mit ihrer „Operation Übernahme". Ab 13 Uhr startet die Kundgebung in der Arena. Unter anderem werden der britische Rockmusiker Bob Geldof, der Kabarettist Wilfried Schmickler und der Rap-Musiker Samy Deluxe auftreten. Zahlreiche Aktionen während der Veranstaltung sollen die Forderungen der IG Metall und der Beschäftigten untermauern. Für die An- und Abreise stellt die IG Metall bundesweit Busse bereit. •

www.gutes-leben.de

Sicherer Arbeitsplatz hat Vorrang

Was ist wichtig? Die fünf häufigsten Antworten bei der IG Metall-Umfrage im Rahmen der Kampagne „Gutes Leben" (Häufigkeit in Prozent)



Über 450 000 Beschäftigte hat die IG Metall im Rahmen ihrer Kampagne „für ein gutes Leben" befragt.

Finanzmärkte

Verbraucher schützen

Mit der Fachtagung „Umdenken – Gegenlenken: Verbraucher und Beschäftigte am Finanzmarkt schützen" knüpft der DGB am 9. September an die auf dem Kapitalismuskongress im Mai begonnene Debatte an. Im September steht der Schutz von Beschäftigten und Verbrauchern im Vordergrund. Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) stellt ihre Perspektive für einen besseren Verbraucherschutz am Finanzmarkt vor. Verbraucherschützer, Journalisten, Banker und PolitikerInnen diskutieren über Möglichkeiten, einen effektiven Schutz von Beschäftigten und Verbrauchern durchzusetzen. •

www.einblick.dgb.de/links

DGB-DebattenBlog

Neue Wege

Die Finanz- und Wirtschaftskrise macht es deutlich: Das politische und ökonomische Prinzip des Neoliberalismus ist gescheitert. Mit dem DebattenBlog „Diskurs" greift der DGB nun auch im Internet in die inhaltliche Diskussion um eine Neuordnung der Finanzmärkte ein. WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen analysieren in Beiträgen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen die Ursachen und Wirkungen der aktuellen Situation. Die Debattenseite im Netz will aber nicht bei der Analyse der Krise stehen bleiben, sondern auch inhaltliche Diskussionen und Impulse für neue Wege anstoßen. Die Beiträge können zudem ganz im Sinne des Web 2.0 kommentiert werden. •

http//:dgbdebatte.blogspot.com

DGB-Homepage

Spiel, Spaß und Infos

Neuigkeiten auf *www.mindestlohn.de*: Ein neues Onlinespiel und aktuelle Interviews mit prominenten PolitikerInnen bieten die Chance, sich in Sachen Mindestlohn auf dem Laufenden zu halten. Der DGB-Tarifexperte Reinhard Dombre hat unter anderem Renate Künast (Die Grünen), Norbert Blüm (CDU), Werner Dreibus (Die Linke) und Ute Berg (SPD) interviewt und in Sachen Mindestlohn auf den Zahn gefühlt. Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) und SPD-Kanzlerkandidat Franz-Walter Steinmeier sollen in Kürze folgen. Außerdem gibt es neue Studien zum Niedriglohnsektor und einen Beitrag über ein „Bündnis für Mindestlohn" in Hessen. •

Superwahljahr 2009

Frauen bestimmen

Die Mehrheit der Wahlberechtigten in Deutschland ist weiblich. Das Superwahljahr 2009 bietet deshalb gerade auch Frauen viele Gelegenheiten, über Vertretungen in den Parlamenten und über politische Grundsätze mitzubestimmen – und sich für Gleichstellung und Chancengleichheit einzusetzen. In der Broschüre „Frauen bestimmt. Gleichstellungspolitische Positionen des DGB im Wahljahr 2009" stellen die Gewerkschaftsfrauen ihre Positionen vor, um die Wahlprogramme aller Parteien an gleichstellungspolitischen Zielen zu messen. Die Bandbreite der angesprochenen Themen ist groß – von A wie Arbeitsmarkt über G wie Gleichstellungsgesetz bis Z wie Zeitpolitik. Die Broschüre ist kostenlos, es fallen lediglich Versandkosten an. •

Bestellungen: www.dgb-bestellservice.de

MEINUNG

Arbeitsrecht

Verdachtskündigungen ausschließen

Wegen angeblich falsch eingelöster Pfandbons wurde der Berliner Kassiererin „Emmely" gekündigt. Der viel diskutierte Fall geht nun in die nächste Runde und wird in Kürze vorm Bundesarbeitsgericht (BAG) verhandelt. Die DGB-Rechtsexpertin Martina Perreng kritisiert die gängige Praxis der Kündigung aus Verdacht.

Der so genannte Fall „Emmely" (Az. 7 Sa 2017/08) hat zwei Rechtsinstitute in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt, die gängige Praxis sind: die Verdachtskündigung und die Kündigung wegen geringfügiger Vermögensdelikte. Die Empörung einiger Politiker über das Urteil war groß – vor allem wohl wegen des medialen Interesses. Dabei hat das Urteil trotz juristischer Mängel im Prinzip konsequent die ständige Rechtsprechung angewendet.

Was sind die tragenden Elemente der Verdachtskündigung? Im Strafrecht **gilt grundsätzlich die Unschuldsvermutung.** Das heißt: Bis ein konkreter Beweis für eine Tat vorliegt, kann niemand verurteilt werden. Im Arbeitsrecht herrscht dagegen das Prinzip, dass der **dringende Verdacht eines Verstoßes gegen die arbeitsvertraglichen Pflichten ausreicht,** um eine Kündigung zu begründen. Die schärfste „Strafe" für Verstöße im Arbeitsverhältnis, die Kündigung, kann also verhängt werden, selbst wenn das Fehlverhalten nicht beweisbar ist.

Das BAG geht davon aus, dass der bloße, wenn auch dringende, Verdacht ausreicht, um das Vertrauensverhältnis im Arbeitsverhältnis irreparabel zu zerstören. Immerhin muss es sich um den Verdacht einer schwerwiegenden Pflichtverletzung oder eines strafbaren Verhaltens handeln.

Damit sind wir bei der Kündigung wegen geringfügiger Vermögensdelikte. Diebstahl und Unterschlagung als Vermögensdelikte sind, auch wenn wie im Fall „Emmely" nur ein sehr geringfügiger Schaden entstanden ist, grundsätzlich Handlungen, die den Arbeitgeber, schon beim bloßen Verdacht zur (fristlosen) Kündigung berechtigen. Nach der Rechtsprechung des BAG soll **durch jedes Vermögensdelikt ein irreparabler Vertrauensschaden** entstehen. Der Arbeitgeber müsse immer darauf vertrauen können, dass der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber keinen Vermögensschaden zufügt. Zwar nimmt auch das BAG eine Interessenabwägung vor und berücksichtigt beispielsweise, ob der Arbeitnehmer eine besondere Obhutspflicht hatte, wie es beispielsweise bei KassiererInnen oder Wachleuten der Fall ist. In aller Regel reichen aber ganz geringfügige Verfehlungen als Kündigungsgrund aus. Seit dem legendären Bienenstich-Urteil von 1984 ist ständige Rechtsprechung des BAG, dass es nicht auf den Wert der Sache ankommt.

Zivil- und Verwaltungsgerichte sehen das anders. So war die Entlassung eines Geschäftsführers, der 164,20 Euro über die betriebliche Kreditkarte ausgegeben hatte, nicht gerechtfertigt. Ein Postbeamter, der 30 Euro an Postgebühren einbehalten hatte, durfte nicht entlassen werden. Und im Strafrecht werden Vermögensdelikte von Amts wegen nur verfolgt, wenn sie einen Betrag von mehr als 50 Euro betreffen. Ansonsten besteht ein **unangemessenes Verhältnis zwischen Unrechtsgehalt der Tat sowie Schuld des Täters und staatlicher Reaktion.** Dagegen soll das Einlösen von Pfandbons im Wert von 1,30 Euro, das Mitnehmen unverkäuflicher Ware oder gar das Essen eines Stück Kuchens irrreparabel das Vertrauen eines Arbeitgebers in die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft langjähriger MitarbeiterInnen zerstören.

Foto: DGB

Martina Perreng, 48, ist Arbeits- und Sozialrechtlerin beim DGB-Bundesvorstand und leitet das Referat Individualarbeitsrecht.

Um es klar zu sagen: Diebstahl und Unterschlagung sind inner- und außerhalb des Arbeitsverhältnisses Rechtsverstöße. Ob sie allerdings einen Vertrauensverlust und damit einen Grund zur Beendigung eines (langjährigen) Arbeitsverhältnisses in jedem Fall begründen können, scheint mehr als fraglich. Denn das würde voraussetzen, dass tatsächlich ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis besteht: Angesichts großer Organisationseinheiten, zunehmender prekärer Beschäftigung und mangelnder Fürsorge des Arbeitgebers für seine Beschäftigten dürfte dies kaum selbstverständlich sein.

Deshalb sollte die **bloße Verdachtskündigung künftig ausgeschlossen werden** – gegebenenfalls durch gesetzliche Regelungen. Zudem müssen Kündigungen wegen geringfügiger Vermögensdelikte einer wesentlich stärkeren Interessenabwägung unterzogen werden als bisher. •

Gefeuert wegen 0,014 Euro

Verdachtskündigungen und Kündigungen wegen geringfügiger Vermögensdelikte stehen immer wieder in der Kritik. Zuletzt traf es einen Mitarbeiter in einer Müllverbrennungsanlage. Er hatte ein Bett, das verschrottet werden sollte, mit nach Hause genommen – das Gericht machte seine Kündigung rückgängig (Az. 15 Ca 278/08). In Oberhausen ist einem 52-Jährigen Arbeitnehmer gekündigt worden, weil er sein Handy am Arbeitsplatz aufgeladen hat – die Kosten betrugen 0,014 Euro. Auch hier entschied das zuständige Arbeitsgericht im Sinne des Angeklagten (Az. 4 Ca 1228/09).

Legendär ist das Bienenstich-Urteil aus dem Jahr 1984. Eine Kassiererin wurde gefeuert, weil sie am Nachmittag ein Stück Bienenstich gegessen hatte, von dem der Arbeitgeber selbst sagte, das es vermutlich nicht mehr verkauft und dann zusammen mit anderen Backwaren an die MitarbeiterInnen verteilt worden wäre. Das BAG hielt die Kündigung für rechtmäßig (Az. 2 AZR 3/83).

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

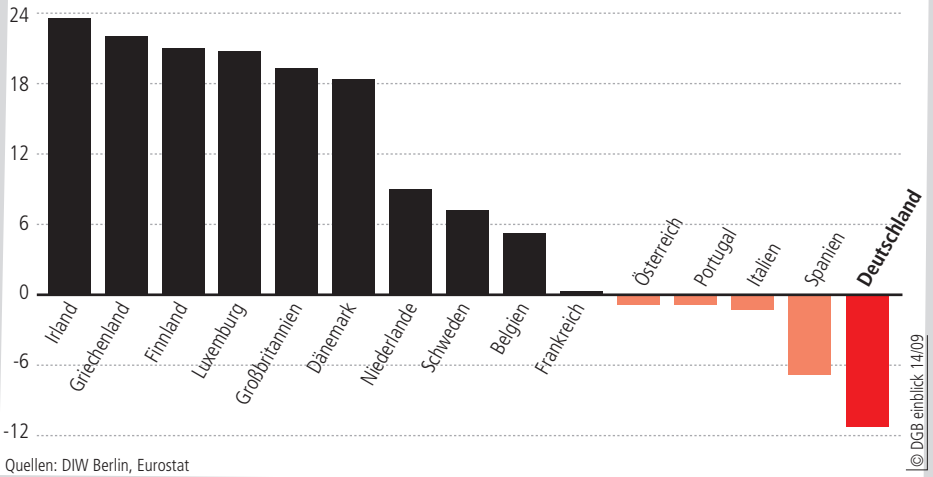
dieDGBgrafik

REALLOHNVERLUSTE: In Deutschland besonders hoch

Die Reallöhne der Beschäftigten sind in Deutschland seit 2004 gesunken. Das zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin. Dagegen sind im gleichen Zeitraum die Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und aus Kapitalvermögen kräftig gestiegen. Die Folge ist: Die Arbeitnehmer-Entgelte machen einen immer geringeren Anteil am Volkseinkommen aus. Verantwortlich für diese Entwicklung ist vor allem der Boom im Niedriglohnsektor.

www.einblick.dgb.de/links

Entwicklung der realen Arbeitnehmerentgelte in ausgewählten EU-Ländern von 2000 bis 2008 (in Prozent)



Quellen: DIW Berlin, Eurostat

personalien

••• ***Timo Günther,*** 31, ist seit 15. Juli neuer Pressesprecher des DGB Bayern. Nach dem Studium (Politikwissenschaft, Journalistik, Soziologie) absolvierte er ein Volontariat bei der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) in Essen. Günther folgt ***Kai Senf,*** 37, der nun als Referent im Stabsbereich Politik beim AOK-Bundesvorstand in Berlin arbeitet.

••• ***Christiane Ochs,*** 55, vorher Refereratsleiterin im Bereich Tarifpolitik für den Öffentlichen Dienst beim ver.di-Bundesvorstand, ist neue persönliche Referentin des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske. Sie folgt in dieser Funktion ***Sandra Goldschmidt,*** 33, die jetzt Fachbereichsleiterin Sozialversicherung beim ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen ist.

••• ***Nils Kammradt,*** 38, ist neuer Leiter des Bereichs Öffentlicher Dienst und Beamte beim DGB-Bundesvorstand. Zuvor war er in diesem Bereich als Referatsleiter u. a. für Besoldungs- und Laufbahnrecht zuständig. Kammradt folgt ***Egbert Biermann,*** 54, der im November 2008 in den Vorstand der IG BCE gewählt worden ist.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882413, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

25.8. ver.di, connexx.av, Tagung „Hessenweites Vernetzungstreffen Kino", Frankfurt am Main

25./26.8. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „IFRS – Vertiefung aktueller Neuerungen für Aufsichtsratsmitglieder", Fulda

27.8. DGB Bezirk Sachsen, 9. Sächsischer Seniorentag „Ziele der Seniorenpolitik in Bund und Land", Dresden

30.8. Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und im Saarland

30.8. DGB-Bildungswerk, Workshop „Der Standort D im internationalen Wettbewerb – Sind Globalisierung und soziale Gerechtigkeit miteinander vereinbar?", Pöcking

1.9. Antikriegstag

1.9. ver.di und IG Metall, Workshop „Big Brother im Betrieb", Berlin

1./2.9. ver.di, Tagung „Offener Arbeitsmarkt in Europa 2011", Berlin

5.9. IG Metall, Großkundgebung „Macht Politik für die Mehrheit der Menschen! Schluss mit der Ungerechtigkeit", Frankfurt am Main

5.9. IG Metall, Zentrale Jugendkundgebung „Operation Übernahme", Frankfurt am Main

7.-11.9. WSI, Sommerschule „Einkommensverteilung in der Krise", Berlin

Schlusspunkt.

„Der Konjunkturrat der Hansestadt: Die Konjunktur ist weiblich, der Rat ist männlich."

Aus dem gerade erschienenen Geschäftsbericht des DGB Hamburg

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Soldatenvertretungen sind zu bilden

Im Rahmen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind grundsätzlich die gleichen Soldatenvertretungen zu bilden wie im Inland.

Der Fall: Ein Hauptfeldwebel, der im Frühjahr 2007 in Afghanistan eingesetzt und im Feldlager Camp Marmal in Mazare-Sharif stationiert war, wandte sich gegen eine Regelung der geltenden Feldlagerordnung, die er für rechtswidrig hielt, weil bei ihrem Erlass eine Beteiligung der Vertrauenspersonenversammlung unterblieben ist.

Das Bundesverwaltungsgericht: Das Soldatenbeteiligungsgesetz, das seiner Funktion nach dem Personalvertretungsrecht für den öffentlichen Dienst vergleichbar ist, sieht unter anderem in militärischen Einheiten (z.B. Kompanien) und auf Schiffen und Booten der Marine die Wahl von Vertrauenspersonen der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften vor. Auf der Ebene der militärischen Verbände und der Kasernenbereiche werden außerdem Versammlungen der Vertrauenspersonen als Soldatenvertretungen gebildet. Das Camp Marmal, in dem rund 2600 überwiegend deutsche Soldaten untergebracht sind, stellt eine Kaserne im Sinne des Soldatenbeteiligungsgesetzes dar. Es ist Sache des Führers des Einsatzkontingents oder des Feldlagerkommandanten, die Vertrauenspersonenversammlung zu ihrer konstituierenden Sitzung einzuberufen; unterlässt er dies, kann er sich nicht darauf berufen, dass eine Soldatenvertretung faktisch nicht existierte.

Bundesverwaltungsgericht,
Beschluss vom 22. Juli 2009 - 1 WB 15.08

Betriebsrente

Firmenauto wird nicht einbezogen

Der Begriff des „Bruttomonatsgehalts" in der betrieblichen Alterversorgung umfasst nur Geldleistungen, und unter einer „Zulage" ist nur eine Geldzahlung, nicht aber eine Sachleistung zu verstehen.

Der Fall: Die betriebliche Versorgungsordnung sah als Berechnungsgrundlage das Bruttomonatsgehalt einschließlich etwaiger Funktionszulagen und übertariflicher Zulagen an, wobei Kinderzulagen und andere Zulagen unberücksichtigt bleiben sollten. Dem ehemaligen Mitarbeiter war während seiner zuletzt ausgeübten Tätigkeit ein Dienstfahrzeug auch zur privaten Nutzung überlassen worden. Der monatlich zu versteuernde geldwerte Vorteil machte 350,00 Euro aus. Der Mitarbeiter vertrat die Ansicht, der geldwerte Vorteil des Dienstwagens sei als Funktionszulage in das Bruttomonatsgehalt einzubeziehen. Hieraus errechnete er eine um etwa 60,00 Euro höhere monatliche Betriebsrente, deren Zahlung er von seinem früheren Arbeitgeber verlangte. Mit der Klage hatte er keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: In die Berechnung der Grundlage für die Ruhestandsbezüge ist der Geldwert der privaten Nutzung des Dienstwagens nicht einzubeziehen. Die private Dienstwagennutzung ist nicht als Funktionszulage in das Bruttomonatsgehalt eingeschlossen. Wenn das Bruttomonatsgehalt „einschließlich etwaiger Funktionszulagen und übertariflicher Zulagen" in der Versorgungsordnung als Jahresgehalt bezeichnet wird, sind diese Zulagen Unterfälle oder Teilmengen des „Bruttomonatsgehalts". Auch unter dem Begriff der Zulage ist nach allgemeinem Sprachgebrauch nur eine Geldzahlung zu verstehen und nicht eine Sachleistung.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 12. November 2008 - 8 Sa 188/08

Gleichbehandlungsgesetz

Bei Beschwerden Mitbestimmung

Nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz haben die Beschäftigten das Recht, sich bei den zuständigen Stellen zu beschweren, wenn sie sich wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion oder ihres Alters benachteiligt fühlen. Bei der Einführung und Ausgestaltung des Verfahrens, in dem Arbeitnehmer ihr Beschwerderecht wahrnehmen können, hat der Betriebsrat mitzubestimmen. Er kann zu diesem Zweck selbst initiativ werden. Dagegen hat der Betriebsrat kein Mitbestimmungsrecht bei der Frage, wo der Arbeitgeber die Beschwerdestelle errichtet und wie er diese personell besetzt. Errichtet der Arbeitgeber eine überbetriebliche Beschwerdestelle, steht das Mitbestimmungsrecht beim Beschwerdeverfahren nicht dem örtlichen Betriebsrat, sondern dem Gesamtbetriebsrat zu.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 21. Juli 2009 - 1 ABR 42/08

Hartz IV

Bei Stromsperre dringend Darlehen

Die Sperrung der Energiezufuhr stellt eine Notlage dar, die mit der Wohnungslosigkeit zu vergleichen ist. Aus diesem Grunde kann der Leistungsträger per einstweiliger Verfügung verpflichtet werden, einem Hartz-IV-Empfänger ein Darlehen zur Begleichung der Stromschulden zu gewähren, um eine Stromsperre abzuwenden.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Beschluss vom 28. Mai 2009 - L 7 AS 546/09 B ER

Abwrackprämie

Mindert Anspruch auf Hartz IV

Wer Hartz IV bezieht, muss sich die vom Staat gezahlte Abwrackprämie als Einkommen leistungsmindernd anrechnen lassen. Denn bei der Umweltprämie handelt es sich um „Einnahme in Geld" im Sinne des Gesetzes.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Beschluss vom 3. Juli 2009 - L 20 B 59/09 AS ER

Elterngeld

Nach Steuerklassenwechsel höher

Die Höhe des Elterngeldes beträgt 67 Prozent des durchschnittlichen Monatseinkommens der letzten zwölf Monate vor dem Monat der Geburt des Kindes. Wird während der Schwangerschaft ein Wechsel der Lohnsteuerklasse veranlasst, sodass weniger Steuer gezahlt wird, ergibt sich also ein höheres Elterngeld.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 25. Juni 2009 - B 10 EG 3/08 R

Mietwohnung

Gewerbliche Nutzung nur mit Erlaubnis

Ist eine Wohnung zu Wohnzwecken vermietet, so muss der Mieter auf jeden Fall die Erlaubnis des Vermieters einholen, wenn er die Wohnung auch nur teilweise gewerblich nutzen will.

Bundesgerichtshof,
Urteil vom 14. Juli 2009 - VIII ZR 165/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 07.09.2009 15/09

DGB

G 20-Gipfel in Pittsburgh

Beschäftigung muss im Mittelpunkt stehen

Klar ist: Die Wirtschafts- und Finanzkrise lässt sich nur international lösen. Einen weiteren Anlauf für eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte und ein besseres Krisenmanagement wollen die G20-Staaten auf ihrem Gipfel am 24./25. September im amerikanischen Pittsburgh nehmen. Die Gewerkschaften erwarten, dass die führenden Wirtschaftsnationen dort konkrete Verabredungen zur Bewältigung der weltweiten Jobkrise treffen. „Der Gipfel in Pittsburgh muss ein Beschäftigungsgipfel werden", sagt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Es muss ein globaler Plan zur Bekämpfung der in Folge der Krise weltweit steigenden Arbeitslosigkeit verabschiedet werden."

Und der sollte nicht das gleiche Schicksal erleiden wie die – auch von den Gewerkschaften begrüßten – weit reichenden Beschlüsse zur Kontrolle der Finanzmärkte und zur Beschäftigungsförderung, die die G20-Staaten im April in London fällten. „In vielen Ländern der G20 warten wir noch auf die praktische Umsetzung der Londoner Beschlüsse", kritisiert Sommer.

Angesichts von 2009 weltweit rund 40 bis 60 Millionen Arbeitslosen mehr hat sich im Juni auch die Internationale Arbeitsorganisation ILO mit einer globalen Beschäftigungsinitiative aktiv in die Überwindung der Krise eingeschaltet. Die Gewerkschaften erwarten, dass die ILO in Pittsburgh an den G20-Beratungen beteiligt wird. „Dafür haben wir in London gekämpft", so Sommer. Das sei aber nur ein erster Schritt. Damit die Krise nicht zu Lasten der ArbeitnehmerInnen geht, fordern die Gewerkschaften seit langem selbst einen Platz am Verhandlungstisch der G20.

Konzepte zur Krisenbewältigung hat die internationale Gewerkschaftsbewegung schließlich reichlich vorgelegt. Bereits in ihrer „Washingtoner Erklärung" zum ersten G20-Krisengipfel im November 2008 hat sie konkrete Vorschläge zur Regulierung des Weltfinanzsystems und zur Belebung des Wachstums gemacht. „Auf dem Londoner Gipfel haben wir uns für eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften eingesetzt – als weltweiten Orientierungsrahmen für Gutes Regieren", erklärt Sommer. Die Gewerkschaften setzen darauf, dass in Pittsburgh endlich konkrete Maßnahmen für eine Neujustierung der Weltwirtschaft beschlossen werden: „In Pittsburgh muss der Startschuss für die Formulierung eines Charta-Textes fallen."

Die ersten Zeichen einer konjunkturellen Erholung machten Banker und Finanzinvestoren bereits wieder übermütig, warnt Sommer. Mit den Gewerkschaften werde es aber keine Wiederbelebung des alten Systems des Casinokapitalismus geben. „Wir brauchen eine grundlegende strukturelle Reform des internationalen Finanzsektors mit klaren Regeln und Vorschriften." •

Foto: picture-alliance/dpa

Auf ihrem letzten Gipfel in London haben die G20-Staaten weit reichende Beschlüsse zur Finanzmarktregulierung gefällt. Umgesetzt wurde davon bisher nur sehr wenig.

plusminusBERLIN

+ *Ulla Jelpke (DIE LINKE) warnt vor einer „Militarisierung der Innenpolitik". Laut Antwort der Regierung auf eine Anfrage Jelpkes können die von der Bundeswehr eingerichteten zivil-militärischen Kommandos auch bei Demos im Inland eingesetzt werden.*

– *Patrick Meinhardt (FDP) hat ein merkwürdiges Verständnis vom Ausbildungsmarkt. Der DGB müsse von der Regierung ein „Aktionspaket" für Altbewerber fordern. „Die Schuld der Wirtschaft in die Schuhe zu schieben, ist da natürlich einfacher."*

inhalt

Seite 3
Frauen benachteiligt
Der DGB-Ausbildungsreport zeigt: In weiblich dominierten Branchen sind die Bedingungen schlechter

Seite 5
Parteien-Check: Gute Arbeit
einblick stellt die Wahlprogramme der Parteien den Forderungen des DGB gegenüber

Seite 7
Beteiligen statt opfern
Die Krise verlangt den Beschäftigten viele Opfer ab. Dafür kann es in Form materieller Beteiligung eine Gegenleistung geben, meint DGB-Vorstand Dietmar Hexel

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.zdf.de/ZDFmediathek/content/584336
ZDF-Parlameter: Übersicht zum Abstimmungsverhalten aller Bundestagsabgeordneten bei allen Einzelabstimmungen

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB und Hans-Böckler-Stiftung: „Einfach nicht genug zum Leben – unfreiwillige Teilzeitarbeit und Minijobs" (Tagungsdokumentation)

Fachkräfte

Potenzial verschwendet

Rund eine halbe Million Zuwanderer mit einem im Ausland erworbenen qualifizierten Berufs- oder Hochschulabschluss leben in Deutschland – Abschlüsse, die hierzulande meist nicht anerkannt werden. Gerade einmal 16 Prozent der hier lebenden Osteuropäer finden eine ihrer Qualifikation entsprechende Stelle. Das sind Ergebnisse der Studie „Brain Waste" im Auftrag des Bundesarbeits- und -sozialministeriums (BMAS). „Es ist purer Unsinn, wenn ein Gehirnchirurg aus der Ukraine in Deutschland als Taxifahrer arbeiten muss, nur weil sein Abschluss hier nicht anerkannt wird", erklärt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock.

Das Ministerium von Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) hat ebenso wie die CDU/CSU bereits Vorschläge für eine vereinfachte Anerkennung ausländischer Abschlüsse gemacht. Mit einer Gesetzesinitiative ist aber erst nach der Wahl zu rechnen. „Die Zuwanderer brauchen nach einer verbindlichen Frist einen Rechtsanspruch auf eine Auskunft, ob und wie ihre Qualifikationen anerkannt werden", fordert Sehrbrock. Diese Frage müsse die neue Bundesregierung nach der Wahl zügig angehen. •

Die Eckpunkte des BMAS: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Landtagswahlen August 2009: So haben GewerkschafterInnen gewählt

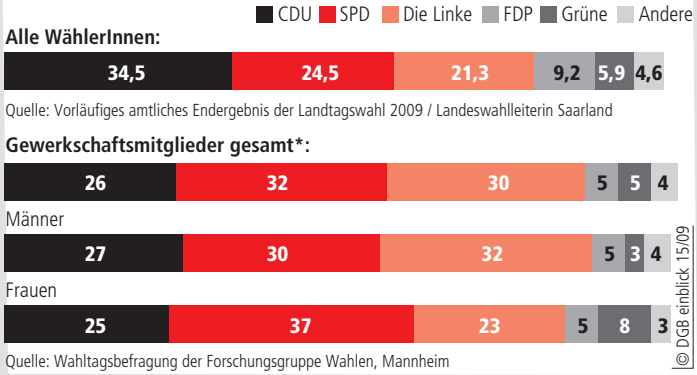
Im Saarland bleiben die Sozialdemokraten bei den Gewerkschaftsmitgliedern mit 32 Prozent stärkste politische Kraft. Es folgt mit 30 Prozent die Partei Die Linke. Große Unterschiede zeigen sich im Wahlverhalten von gewerkschaftlich organisierten Männern und Frauen. Während bei den Männern die Linkspartei mit 32 Prozent vor den Sozialdemokraten (30 %) liegt, stimmen die Gewerkschaftsfrauen stärker für SPD (37 %) und Grüne (8 % gegenüber Männer 3 %), seltener für die Linke (23 %).

Verluste für die CDU, Gewinne für die SPD, die Linke stabil: Bei der Landtagswahl in Thüringen liegt das Wahlverhalten der GewerkschafterInnen im Landestrend. Alarmierend ist allerdings der hohe Stimmenanteil, den die rechtsradikale NPD unter den gewerkschaftlich organisierten Männern erzielen konnte: Mit 7 Prozent erreichte die NPD unter ihnen einen höheren Anteil als bei den nicht gewerkschaftlich organisierten Männern (5 %). Relativ immun gegenüber der rechtsextremen Propaganda zeigen sich die Gewerkschaftsfrauen mit einem Stimmenanteil von einem Prozent für die NPD.

In Sachsen liegt die CDU – wie bereits vor fünf Jahren – mit einem Stimmenanteil von 39 Prozent in der Gunst der gewerkschaftlich organisierten WählerInnen vorn (2004: 35 %). Auch was die anderen Parteien betrifft, unterscheidet sich ihr Wahlverhalten kaum von dem aller Sachsen. Das heißt: SPD und Grüne bleiben gegenüber 2004 stabil, die Linke verliert (- 3 %), die FDP gewinnt (+ 3 %). 5 Prozent der gewerkschaftlich organisierten WählerInnen stimmten für die rechtsradikale NPD.

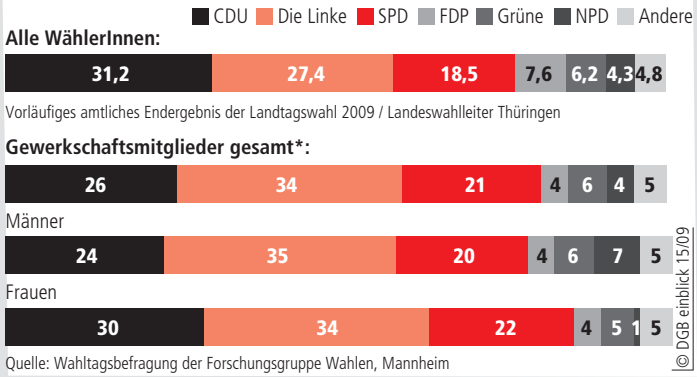
Saarland: SPD knapp vorn

Stimmenanteile bei der Landtagswahl vom 30. August 2009 (in Prozent)



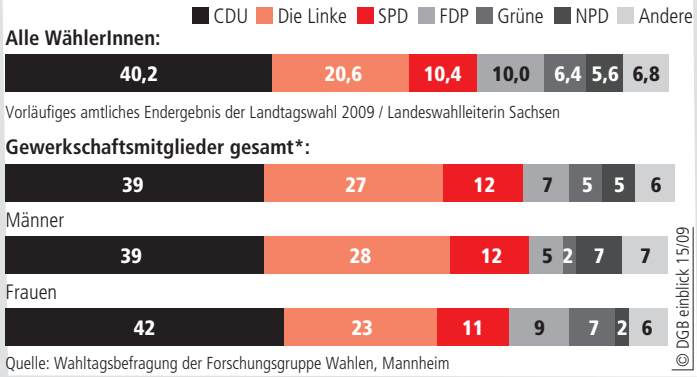
Thüringen: Männer wählen häufiger rechts

Stimmenanteile bei der Landtagswahl vom 30. August 2009 (in Prozent)



Sachsen: CDU punktet bei GewerkschafterInnen

Stimmenanteile bei der Landtagswahl vom 30. August 2009 (in Prozent)



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund).

Von 100 Prozent abweichende Gesamtwerte ergeben sich durch Auf- bzw. Abrundungen auf ganze Prozentpunkte

DGB

Wahlkampf zuspitzen

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat sich in Reaktion auf die drei Landtagswahlen sowie die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vom 30. August für die kommenden Wochen „zugespitzte Wahlkampfauseinandersetzungen über die Themen" gewünscht, „die die Menschen bewegen: Mindestlöhne, soziale Gerechtigkeit und den sozial gerechten und ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft".

Alle, die sich von den vier Wahlen ein deutliches Signal in Richtung Schwarz-Gelb erhofft hätten, seien „eines Besseren belehrt worden", erklärte Sommer. „Schwarz-Gelb ist in Zeiten der Krise kein Selbstläufer." Der DGB warne „all diejenigen, die meinen, im Windschatten der Weltwirtschaftskrise Hand an den Sozialstaat legen zu können und die Arbeitnehmerrechte zu schleifen", so Sommer weiter. „Am 27. September geht es auch um die Zukunft unseres Sozialstaates." •

Ausbildungsreport 2009

Frauen benachteiligt

Insgesamt sind die Auszubildenden zufrieden mit den Bedingungen ihrer Ausbildung – das ergibt der DGB-Ausbildungsreport 2009. Allerdings sind Überstunden, fachfremde Tätigkeiten und mangelnde Anleitung weiterhin keine Seltenheit. Besonders schlecht schnitten weiblich dominierte Branchen ab.

Ausbildungsfremde Tätigkeiten, Überstunden und mangelnde Anleitung sind trotz einer insgesamt positiven Bewertung der Ausbildung keine Randerscheinungen. Das belegt der aktuelle DGB-Ausbildungsreport. So leisten fast 42,2 Prozent der Befragten regelmäßig Überstunden in ihren Betrieben. Über ein Viertel der Azubis klagt über eine unzureichende Betreuung durch ihre AusbilderInnen – diese und viele weitere Befunde ergibt die repräsentative Befragung von 6920 Auszubildenden aus den 25 beliebtesten Ausbildungsberufen.

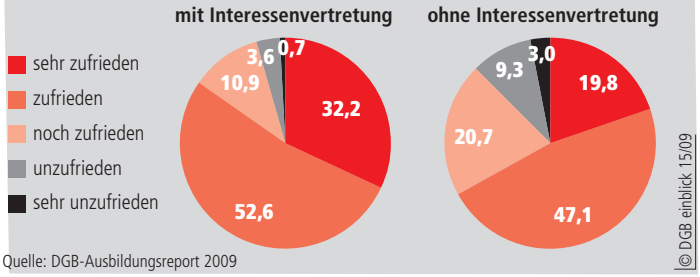
Auf Platz eins landen in diesem Jahr die FachinformatikerInnen – eine sehr gute fachliche Betreuung und wenig ausbildungsfremde Tätigkeiten sorgen für eine hohe Zufriedenheit in diesem Berufsbild. Ähnlich gut schneiden IndustriemechanikerInnen, Bank-, Industrie- und Bürokaufleute ab. Unter schlechten Bedingungen leiden, wie auch in den Vorjahren, die Azubis im Hotel- und Restaurantgewerbe (Platz 24 und 25). Permanente Überstunden, harte Arbeit, ein rauer Umgangston und eine oftmals mangelnde Vermittlung von Lehrinhalten tragen zur hohen Unzufriedenheit bei. Zusammen mit den Kaufleuten im Einzelhandel (Platz 21) und den FachverkäuferInnen im Lebensmittelhandwerk (Platz 23) sind vier der fünf Schlusslichter Ausbildungsberufe in weiblich dominierten Branchen.

Diese Ergebnisse belegen: Die Benachteiligung von Frauen beginnt schon in der Ausbildung. DGB-Vize Ingrid Sehrbrock fordert, „Frauen nicht länger dafür zu bestrafen, dass sie Dienstleistungen erbringen, Menschen pflegen oder beruflich Kinder erziehen". Während bei 61 Prozent der Azubis in „Männerberufen" die Überstunden ausgeglichen werden, ist das nur in 46 Prozent der „Frauenberufe" der Fall. Junge Metallbauer oder Elektroniker haben im Schnitt drei Tage mehr Urlaub als Friseurinnen oder Hotelfachfrauen. Auszubildende in weiblich dominierten Branchen verdienen mehr als 100 Euro oder fast 22 Prozent weniger als Azubis in „männlichen" Branchen.

Die Lohndiskriminierung von Frauen beginnt bereits zu Beginn ihres Berufslebens. Auch später haben sie kaum Chancen, gegenüber den Männern aufzuholen, kritisiert Sehrbrock. Sie fordert als ein Etappenziel die Einführung von Mindestlöhnen, um die finanzielle Situation in einigen „Frauenberufen" zu verbessern. Vor allem aber müsse die Gesellschaft umdenken. Der DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf betont: „Es muss gelingen, das Berufswahlspektrum von jungen Frauen zu erweitern und sie für Berufe zu interessieren, in denen die strukturellen Perspektiven günstiger sind." Rudolf appelliert grundsätzlich an die ausbildenden Betriebe, Ausbildung auch tatsächlich als Lernverhältnis zu begreifen und Azubis nicht als billige Arbeitskräfte zu missbrauchen. •

Mitbestimmung gut für Ausbildung

Zufriedenheit von Auszubildenden mit ihrer Ausbildung in Betrieben mit und ohne Interessenvertretung (in Prozent)

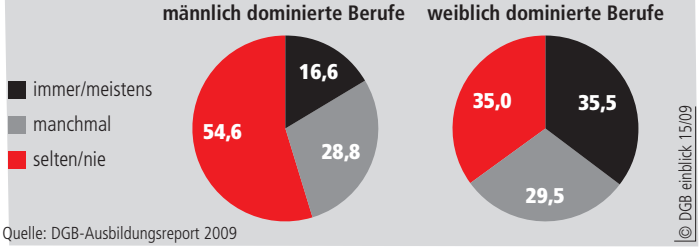


Quelle: DGB-Ausbildungsreport 2009

Der DGB-Ausbildungsreport 2009 bestätigt, dass fast 85 Prozent der Auszubildenden in Betrieben mit einer Interessenvertretung zufrieden mit ihrer Ausbildung sind. In Betrieben ohne Interessenvertretung sind es nur 66,9 Prozent.

Frauenberufe: Weniger Erholung

„Ich habe Probleme, mich nach der Ausbildung in meiner Freizeit zu erholen": Anteil der Auszubildenden, die dieser Aussage ganz oder teilweise zustimmen bzw. auf die sie nicht zutrifft (in Prozent)



Quelle: DGB-Ausbildungsreport 2009

Über ein Drittel der Auszubildenden in weiblich dominierten Berufen können sich nach Feierabend kaum erholen. Nur ein Drittel kann den Berufsalltag immer oder meistens hinter sich lassen. In männlich dominierten Berufen können sich fast 55 Prozent gut erholen.

Es fehlen 110 000 Ausbildungsplätze

Zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres fehlen 110 000 Ausbildungsplätze. DGB-Vize Ingrid Sehrbock hat die Wirtschaft aufgefordert, in ihren Ausbildungsbemühungen auch angesichts des demografischen Wandels nicht nachzulassen. Zumal die Wirtschaft andererseits den drohenden Fachkräftemangel beklage. „Das passt nicht zusammen", kritisiert Sehrbock. Junge Menschen dürften nicht zu den Verlierern der Krise werden. Insgesamt waren im August bei der Bundesagentur für Arbeit 406 000 betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet, denen 515 000 BewerberInnen gegenüber standen.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung geht von einem Bedarf von mindestens 604 000 Stellen aus. Dies sei die absolute Untergrenze, wenn die hohe Zahl der AltbewerberInnen nicht weiter wachsen solle, betont Sehrbrock. Schon im nächsten Jahr würden in einigen Bundesländern durch das Abitur nach zwölf Jahren zwei Jahrgänge auf den Ausbildungsmarkt drängen, warnt sie.

Im Internet

www.dr-azubi.de

Dieses Internetangebot der DGB-Jugend bietet Rat und Hilfe online bei allen Fragen rund um die Ausbildung.

Hans-Böckler-Stiftung

CSR international

Corporate Social Responsibility (CSR), also sozial und gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln von Unternehmen, ist seit Jahren ein Feld, auf dem auch ArbeitnehmervertreterInnen initiativ und aktiv werden: Mitbestimmung für CSR. Beispiele guter Praxis gibt es sowohl in Deutschland als auch international. Diese internationale CSR-Arbeit wollen DGB, Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und das Europäische Gewerkschaftsinstitut (ETUI) mit der Tagung „CSR – Thema für die Mitbestimmung in transnationalen Unternehmen?" am 4. und 5. November in Frankfurt am Main vorantreiben.

Unter anderem berichten Mitglieder Europäischer Betriebsräte sowie ArbeitnehmervertreterInnen aus transnationalen Unternehmen, welche konkreten Vereinbarungen zu CSR sie bereits mit der Unternehmensleitung aushandeln konnten und welche Themen sich für mitbestimmte CSR-Ansätze besonders gut eignen. Neben VertreterInnen aus der betrieblichen Praxis diskutieren in Frankfurt auch internationale GewerkschafterInnen sowie VertreterInnen der Wirtschaft. •

www.einblick.dgb.de/links

Ausstellung

Abwracken ohne Prämie

Ab dem 21. September sind erstmals Fotos des international renommierten Nachwuchsfotografen Saiful Huq in Deutschland zu sehen: Die Arbeitskammer des Saarlands holt Huqs Ausstellung „Life in the Ship Breaking Yard" nach Saarbrücken. Die dokumentarischen Schwarzweiß-Aufnahmen zeigen den entbehrungsreichen Arbeitsalltag der Arbeiter, die an den Küsten von Bangladesch Schiffe abwracken. Huq, der selbst aus Bangladesch stammt und sich als „Foto-Aktivist" bezeichnet, bietet einen beeindruckenden Einblick in das Leben der Tagelöhner, die in der Abwrack-Industrie zwischen den stählernen Tanker-Riesen zu Hungerlöhnen arbeiten müssen.

Foto: Saiful Huq

Die Schirmherrschaft über die Ausstellung haben der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, sowie die Saarbrückener Oberbürgermeisterin, Charlotte Britz (SPD), übernommen. •

Mehr zu Ausstellungsorten und -zeiten: www.einblick.dgb.de/links

Hochschulen

Neue Kooperationsstelle

Die DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main hat im August einen Kooperationsvertrag mit der Fachhochschule Frankfurt am Main und der Fachhochschule Wiesbaden geschlossen. Mit der Vereinbarung sollen die bisher schon bestehenden gemeinsamen Projekte gebündelt und noch besser strukturiert werden: So werden etwa bereits seit 2001 Betriebsräte in Zusammenarbeit von FH Wiesbaden und IG Metall am „Institut Weiterbildung im Beruf" geschult.

Ab Oktober wird außerdem eine neu gegründete „Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaft" die gemeinsamen Arbeit unterstützten und koordinieren. Die Kooperationsstelle wird ihren Sitz im Frankfurter DGB-Haus haben, die Hans-Böckler-Stiftung gibt eine Anschubfinanzierung. •

DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Harald Fiedler, Tel. 069 / 27 30 05-71, harald.fiedler@dgb.de

interregio

••• Die ***ver.di-Landesfrauenräte Bayern*** und ***Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen*** laden vom 2. bis zum 4. Oktober gemeinsam zur ***Veranstaltung „Spurensuche in Ost und West"*** nach München ein. Unter der „Schirmfrauenschaft" von Christine Strobl (SPD), 2. Bürgermeisterin der Landeshauptstadt München, wollen die Gewerkschafterinnen den Tag der deutschen Einheit aus Frauensicht betrachten, die Frauenpolitik in DDR und BRD kritisch beleuchten und Unterschiede wie auch Gemeinsamkeiten entdecken. Ziel der Gewerkschaftsfrauen ist dabei auch, Perspektiven für die weitere Arbeit zu entwickeln und Forderungen an die Politik zu formulieren. Neben verschiedenen Referaten, Ausstellungsbesuchen und Diskussionen sind unter anderem Workshops zu Themen wie Literatur in der DDR, Bildung in Ost und West oder zum Paragrafen 218 geplant.

http://bayern.verdi.de/frauen

••• ***DGB NRW*** und ***GEW NRW*** laden am 24. September zum ***Berufskollegtag 2009*** nach Bochum ein. Unter dem Titel „Was gibt's Neues am Berufskolleg?" werden aktuelle Herausforderungen der berufsbildenden Schulen auf deutscher und europäischer Ebene besprochen sowie der Stand der Umsetzung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) erläutert. Möglichkeiten zur Diskussion gibt es in insgesamt 13 Themenforen rund um die berufliche (Aus-)Bildung, neue Lernformen sowie die Situation der Lehrkräfte an Berufskollegen.

www.einblick.dgb.de/links

Anzeige

TRANSNET

Unsere Gewerkschaft TRANSNET braucht Verstärkung. Wir stellen ein:

GEWERKSCHAFTSSEKRETÄR/IN IM BEREICH JUGENDPOLITIK

zum nächstmöglichen Zeitpunkt befristet für 24 Monate.

Näheres zur Stellenbeschreibung und das Anforderungsprofil finden Sie unter **www.transnet.org**. Fragen werden gern vorab unter 0 69 7 53 62 39 beantwortet.

Bitte senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bis spätestens 21.09.2009.

Wahlcheck II

Wie gut soll Arbeit sein?

„Besser statt billiger: Gute Arbeit für alle" – ist die zentrale Forderung des DGB für die Ausgestaltung der Arbeitswelt. einblick prüft im zweiten Teil des Wahlchecks, was die Wahlprogramme der Parteien zu den Themen Mindestlohn, Mitbestimmung, Leiharbeit und Arbeitnehmerdatenschutz vorsehen.

DGB Der DGB fordert einen gesetzlichen **Mindestlohn** von 7,50 Euro als unterste Lohngrenze. Des Weiteren gesetzliche Regelungen, die branchenbezogene Mindestentgelte auf Grundlage von Tarifverträgen ermöglichen – hierzu gehört eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung und die Ausweitung des Entsendegesetzes. **+++** Der DGB will mehr **Mitbestimmung** bei Übernahmen, Standort- und Investitionsentscheidungen. **+++** Für die **Leiharbeit** müssen die gleichen Arbeits- und Entgeltbedingungen gelten wie für ArbeitnehmerInnen in Entleihbetrieben. Leiharbeit muss in das Entsendegesetz, Betriebsräte brauchen mehr Kontrollmöglichkeiten bei der Eingruppierung von LeiharbeiterInnen. **+++** Außerdem fordert der DGB ein eigenständiges Gesetz für den **Arbeitnehmerdatenschutz.**

CDU/CSU Für die Union gilt: „Mit dem **Mindestlohn** werden Arbeitsplätze zerstört." Stattdessen soll ein Mindesteinkommen – „eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen" – gewährleistet werden. **+++ Mitbestimmung** wird nicht behandelt. **+++** Das Thema **Leiharbeit** wird nicht angesprochen. **+++ Arbeitnehmerdatenschutz:** Die Union „will MitarbeiterInnen vor Bespitzelungen am Arbeitsplatz wirksam schützen" – „soweit gesetzliche Regelungen notwendig sind […], werden wir diese durchsetzen".

SPD Die SPD will in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne einführen. Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher **Mindestlohn** von 7,50 Euro. **+++** Die SPD will die **Mitbestimmung** stärken und ausbauen. Ein gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte in Aufsichtsräten soll festgelegt werden. Auslagerung in Tochterunternehmen, um die Mitbestimmung zu umgehen, soll beendet werden. Betriebsräte sollen mehr Rechte bei Fragen der Aus- und Weiterbildung bekommen. **+++ Leiharbeit:** Die SPD will LeiharbeiterInnen rechtlich besser absichern – dazu gehören eine Lohnuntergrenze und „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Konzerninterne Verleihung soll begrenzt werden. **+++** Die SPD setzt sich für ein eigenständiges Gesetz zum **Arbeitnehmerdatenschutz** ein.

FDP Die FDP lehnt **Mindestlöhne** ab. „Die Tarifautonomie muss vor staatlichen Lohndiktaten geschützt werden." Bürgergeld soll bei geringen Löhnen das notwendige Mindesteinkommen sichern. **+++** Die FDP will die Kosten der betrieblichen **Mitbestimmung** begrenzen. Ein Betriebsrat soll erst in Unternehmen mit 20 Beschäftigten gebildet werden und ein Wahlquorum von 50 Prozent erfordern, eine Freistellung erst ab 500 MitarbeiterInnen möglich sein. Unternehmensmitbestimmung: „Die Drittelparität […] muss die paritätische Mitbestimmung ersetzen." **+++** Das Thema **Leiharbeit** kommt nicht vor. **+++** Die FDP setzt sich für einen verbesserten **Arbeitnehmerdatenschutz** ein. Es sollen nur solche Daten verarbeitet werden, die für das Arbeitsverhältnis erforderlich sind.

Grüne Die Grünen wollen einen allgemeinen gesetzlichen **Mindestlohn** von wenigstens 7,50 Euro – höhere tarifliche Mindestlöhne bleiben unberührt. **+++** Die Grünen wollen mehr **Mitbestimmung** in der Wirtschaft. Außerdem: Die Arbeitnehmerseite soll bei Entscheidungen über große Unternehmensumstrukturierungen rechtlich gestärkt werden. Für alle Unternehmen ab 1000 Beschäftigte soll die paritätische Mitbestimmung – bei 200 bis 1000 MitarbeiterInnen die Drittelparität gelten. **+++ Leiharbeit:** Die Grünen wollen die Bedingungen für LeiharbeiterInnen verbessern – es soll gelten: gleiche Bezahlung ab dem ersten Tag. Betriebsräte sollen mitbestimmen. Gesetzliche Ausnahmeregelungen sollen gestrichen werden. **+++ Arbeitnehmerdatenschutz:** Die Grünen setzen sich für ein umfassendes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz ein.

Die Linke Die Linke fordert einen gesetzlichen **Mindestlohn** von zehn Euro. Höhere tarifliche Mindestlöhne in einzelnen Branchen sollen allgemeinverbindlich erklärt werden. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung soll auch ohne Zustimmung der Arbeitgeber möglich sein. **+++** Die paritätische **Mitbestimmung** soll auf alle privaten, öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten ausgeweitet werden. Mitbestimmung soll auch in kleineren Betrieben bei wirtschaftlichen Entscheidungen gelten. **+++ Leiharbeit** soll strikt begrenzt werden. Gelten sollen gleiche Arbeitsbedingungen, gleicher Lohn zuzüglich einer Flexibilitätsvergütung. Die maximale Ausleihdauer soll auf sechs Monaten begrenzt werden. Mehr Mitbestimmung durch Betriebsräte. **+++** Die Linke will einen wirksamen gesetzlichen **Arbeitnehmerdatenschutz.**

Umfassende Analyse

Die Hans-Böckler-Stiftung begleitet mit einem speziellen Service den Wahlkampf der Parteien. Unter www.boeckler-boxen.de/5466.htm finden sich alle Artikel aus der Fachzeitschrift Böckler Impuls, die sich mit dem Themenbereich Arbeitsmarkt beschäftigen. Unter anderem enthalten: eine Analyse der Leiharbeitsbranche im europäischen Vergleich und Strategien für mehr Jobs. Weitere Themenboxen analysieren die Bereiche Mindestlohn, Steuern und Wirtschaftspolitik nach der Krise.

Der detaillierte einblick-Vergleich der Programme zum Themenschwerpunkt Arbeitswelt findet sich unter www.einblick.dgb.de. Er enthält beispielsweise folgende weiteren Aspekte: Wie wollen die Parteien die Gleichstellung von Männern und Frauen erreichen? Wie sehen CDU/CSU die Zukunft der Mini-Jobs? Wen möchten die Grünen bei der Ausweitung der Dienstleistungsfreiheit schützen? Wie will die FDP das Kündigungsschutzgesetz „beschäftigungsfreundlicher" gestalten? Warum fordert Die Linke den politischen Streik? Und wie sieht das Konzept der SPD für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus?

kurz&bündig

Die GdP bemängelt den jetzt statistisch belegten Personalabbau bei der Polizei. Seit 2000 sind rund 10 000 Stellen bundesweit ersatzlos gestrichen worden – ein Minus von 3,4 Prozent. Gleichzeitig sei die Belastung der PolizistInnen durch Terrorbekämpfung, Internetkriminalität und eine steigende Zahl von Großeinsätzen gewachsen.

ver.di fordert mehr öffentliche Mittel für die schulische Bildung. Dazu müsse das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern, das in der ersten Föderalismusreform eingeführt wurde, wieder abgeschafft werden. Gleichzeitig müsse die Politik erklären, wie sie ein Mehr an Bildungsausgaben finanzieren wolle.

Die IG BCE-Jugend hat die zentralen Forderungen und Versprechen der Parteien zur Bundestagswahl in einer Wahlprogramm-Synopse aus „Jugendsicht" gegenübergestellt. Verglichen werden die Bereiche Soziales, Gute Arbeit, Wirtschaftspolitik und Bildung.
www.igbce-jugend.de

Die IG BAU begrüßt den Anstieg der Baugenehmigungen für öffentliche Nichtwohngebäude im Vergleich zum Vorjahr (plus 30 Prozent). Dies spreche dafür, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket in den Kommunen ankommen. So würden Arbeitsplätze gesichert und dem Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur entgegengewirkt.

IG BAU

Mit Comics gewinnen

Die IG BAU ruft Auszubildende aus dem Maler- und Lackiererhandwerk zu einem Comic-Wettbewerb auf. Die Maler-Azubis hätten den „buntesten Job der Welt" und könnten das mit ihren Wettbewerbsbeiträgen jetzt zeigen, so die Gewerkschaft. Die Comics sollen möglichst kreativ zeigen, welche Ausbildungsbedingungen die jungen Nachwuchs-HandwerkerInnen sich in ihrem Beruf wünschen. Insgesamt winken Geldpreise in Höhe von 1500 Euro.

Einsendeschluss für die Comics ist der 16. Oktober. Gezeigt werden die Beiträge dann bei der zentralen IG BAU-Veranstaltung zum bundesweiten „Tag des Malers" am 7. November in Buxtehude, in dessen Rahmen auch die Siegerehrung stattfindet. •

www.einblick.dgb.de/links

DGB Rechtsschutz

Klageflut

Laut DGB Rechtsschutz GmbH gibt es einen massiven Anstieg der arbeitsrechtlichen Klagen gegen betriebsbedingte Kündigungen. Bereits Anfang 2009 meldete der Rechtsschutz, dass sich die Zahl der Kündigungsschutzverfahren vor den Arbeitsgerichten krisenbedingt deutlich erhöht hat *(einblick 3/2009)*. Dieser Trend hat sich jetzt noch verstärkt. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl entsprechender Fälle im ersten Halbjahr 2009 um 77 Prozent. Dabei zeigen auch die Fallzahlen des Rechtsschutzes, dass der Osten Deutschlands weniger stark von der Krise betroffen ist: Während sich in Baden-Württemberg die Zahl der Kündigungsschutzklagen mehr als verdoppelte (plus 132 Prozent), stieg ihre Zahl in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern „nur" um 35 Prozent. •

NGG

Videokanal gestartet

Jüngstes Mitglied der gewerkschaftlichen Videokanäle auf YouTube ist die älteste Gewerkschaft Deutschlands: Seit Juli ist auch die NGG mit einem Kanal auf dem Internet-Videoportal präsent. Online sind bereits Videos von Demos und Mindestlohn-Aktionen sowie Statements des NGG-Vorsitzenden Franz-Josef Möllenberg. Auch Mitglieder können sich beteiligen: Wer interessante Videos gewerkschaftlicher Aktionen hat, schickt sie per E-Mail an: *holger.kloft@ngg.net* •

www.youtube.com/ngg1865

Clean Clothes

Wie man sich bettet

Die österreichische Clean Clothes Kampagne (CCK) hat eine Protestaktion gegen die Arbeitsbedingungen bei einem türkischen Zulieferer von IKEA gestartet. IKEA lässt in einer Fabrik in Denizli Bettwäsche produzieren, in der es bereits vier tödliche Arbeitsunfälle gegeben hat und gewerkschaftlich aktive MitarbeiterInnen entlassen werden. Über die CCK-Homepage können Protest-Mails an IKEA verschickt werden. Unterstützer der CCK ist der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB). •

www.cleanclothes.at

DGB-Jugend

Hochschule und Organizing

Die DGB-Jugend lädt vom 6. bis 8. November alle Aktiven aus der gewerkschaftlichen Studierendenarbeit zum Vernetzungsworkshop des Projekts students@work nach Hattingen ein. Der Erfahrungsaustausch über Beispiele guter Praxis aus den Hochschulinformationsbüros (HiBs) und den Campus Offices steht dabei im Mittelpunkt. Außerdem werden mögliche neue Ansätze zur gewerkschaftlichen Ansprache von Studierenden an Hochschulen diskutiert. Ein Schwerpunkt des Workshops: Organizing als flexible Kampagnen- und Aktionsform. Eine Arbeitsgruppe mit VertreterInnen aus Gewerkschaften und DGB hat dazu bereits ein Konzeptpapier entwickelt, das auf dem Workshop zur Diskussion steht. •

Anmeldung: www.einblick.dgb.de/links

Otto-Brenner-Preis

Über 500 Bewerbungen

Die Otto-Brenner-Stiftung (OBS), Wissenschaftsstiftung der IG Metall, hat in diesem Jahr zum fünften Mal den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus" ausgeschrieben – mit großer Resonanz: Die insgesamt 510 Bewerbungen belegten, „dass der noch junge Preis auf eine hohe Akzeptanz stößt", so OBS-Geschäftsführer Jupp Legrand. Mit Preisgeldern in Höhe von 45 000 Euro gehöre der Preis zudem zu den höchst dotierten Journalistenpreisen in Deutschland.

Neben dem Otto-Brenner-Preis wird außerdem der „Otto Brenner Preis Spezial" für die beste Analyse, den besten Leitartikel oder den besten Kommentar vergeben – hinzu kommen ein Newcomer-Preis und drei Recherche-Stipendien.

Die Jury, der neben dem IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber namhafte JournalistInnen wie Sonia Mikich (WDR, Monitor) und Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung) angehören, hat jetzt bis November Zeit, ihre FavoritInnen zu küren. Die Preisverleihung findet dann im Rahmen der OBS-Jahrestagung am 17. November in Berlin statt. •

www.otto-brenner-preis.de

Krisenmanagement

Beteiligen statt opfern

Die Krise verlangt den Beschäftigten viele Opfer ab. Wenn sie auf Lohn verzichten, um ein Unternehmen zu retten, steht ihnen eine Gegenleistung zu, meint DGB-Vorstand Dietmar Hexel. Er plädiert dafür, die Beschäftigten in der Krise stärker an den Unternehmen zu beteiligen.

Die Krise ist längst nicht vorbei. Viele Unternehmen kämpfen ums Überleben. Die spektakulären Fälle sind bekannt. Doch über kleine und mittlere Betriebe wird wenig geschrieben. In vielen Branchen sind die Aufträge massiv eingebrochen. Die 30 DAX-Konzerne haben innerhalb eines Dreivierteljahres bereits 30 000 Arbeitsplätze abgebaut. Auch in Klein- und Mittelbetrieben wurde Personal reduziert. Zum Jahreswechsel wird es vermutlich die größte Entlassungswelle seit vielen Jahren geben. Dann reichen bisher bewährte Instrumente zur Krisenbewältigung nicht mehr aus.

Klassische Antworten sind – neben Kurzarbeit – Verkauf von Betrieben oder Betriebsteilen, Auslagerung, Stilllegung, Insolvenz oder „Sanierung" nach Heuschreckenart. Solche „Lösungen" verbauen Entwicklungsmöglichkeiten, vernichten und verhindern Wertschöpfung, demotivieren die Beschäftigten und verlagern die Kosten auf die Allgemeinheit. **Phantasielose „Restrukturierungspläne" – sprich Personalabbau – stärken die Überlebensfähigkeit der Unternehmen nicht.**

Die Liquidität vieler Unternehmen schmilzt wie Schnee in der Sonne. Für Unternehmen mit weniger als 30 Prozent Eigenkapital wird es kritisch, mit weniger als 20 Prozent sind sie stark gefährdet. Ihre Abhängigkeit von Banken und Finanzinvestoren steigt. Höhere Verschuldung ist keine solide Lösung. Die richtige Alternative lautet: Liquidität und Eigenkapital stärken, gemeinsame Kräfte mobilisieren und mit innovativen Produkten mehr Umsatz machen.

Gewerkschaften und Betriebsräte waren immer wieder in Sanierungsfällen und Insolvenzen mit alternativen Konzepten erfolgreich. Doch viel zu oft sind die Beschäftigten die Opfer und Verlierer. Sie haben auf Lohn und Freizeit verzichtet – ohne Gegenleistung. Damit muss Schluss sein. Manager, Aufsichtsräte und Betriebsräte müssen über alternative Strategien und zusätzliche Instrumente verhandeln. Wie können Betriebe trotz sehr geringer Auslastung über einen längeren Zeitraum widerstandsfähig gemacht werden? Wie muss ein fairer Interessenausgleich zwischen Eigentümern, Managern, Zulieferfirmen und gegebenenfalls dem Staat aussehen? **Beschäftigte haben als dauerhafte Wertschöpfer ein hochgradiges Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung der Unternehmen.** Sie sind nicht nur stolz auf „ihren" Betrieb und das bisher Erreichte. Für sie ist das Unternehmen eine auf viele Jahre angelegte, unverzichtbare Existenzgrundlage.

Wie kann eine andere Art der Allianz zwischen Arbeitnehmern, Eigentümern, Sozialpartnern und Staat (die mit Kurzarbeit, Arbeitslosengeld und Bürgschaften im Boot sind) helfen, noch gesunde Unternehmen zu retten? Darüber wird diskutiert und gestritten. **Die Beteiligung der Belegschaften am Fremd- bzw. Eigenkapital kann ein zusätzliches Instrument zur Bewältigung der Krise sein.** „Kollektives Belegschaftskapital" soll Ertragskraft, Liquidität und Eigenkapital der Unternehmen stärken, Verzicht ohne Gegenleistung der Arbeitnehmer verhindern und heilsamen Einfluss auf die Kapitalseite ausüben. Dabei sollen die unterschiedlichen Rollen von Eigentümern, Managern und Arbeitnehmervertretern nicht aufgehoben werden. Wenn Beschäftigte sich als Sanierer engagieren, hat das Unternehmen die Verpflichtung, sie am Unternehmen zu beteiligen. **Ein faires Tauschgeschäft statt einseitigem Verzicht.** Von einer späteren Wertsteigerung profitieren dann auch die ArbeitnehmerInnen. Die Erfolge gehen nicht nur auf das Konto der Alteigentümer. Auch das ist nur fair.

Kollektives Belegschaftskapital ist kein Patentrezept. Es ist auch nur für bestimmte krisengeschüttelte Unternehmen geeignet. Klar ist auch: Beschäftigte können weder ohne Gegenleistung auf Einkommen verzichten noch unkalkulierbare Risiken eingehen. Doch im Falle einer Insolvenz tragen sie schon heute das Hauptrisiko, weil sie dann ihre Arbeit und Ihre Existenzgrundlage verlieren. Grund genug, Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, wie Unternehmen überleben können. Gewerkschaften und DGB arbeiten an solchen pragmatischen Lösungen, unabhängig von der Rechtsform eines Unternehmens. Aufgeklärte Eigentümer, Manager und Banken werden sich an diesem Prozess beteiligen. **Unternehmenspolitik, Mitbestimmung und Mitbeteiligung müssen sich mutig neu justieren.** Überlebensfähige Unternehmen der Zukunft werden anders als heute aussehen und anders geführt werden. Bescheidenheit bei den Wachstumsraten, qualitative Treiber, hohes Eigenkapital und eine stärkere Mitarbeiterbeteiligung werden das Bild bestimmen. •

Foto: DGB

Dietmar Hexel, 59, seit 2002 Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, ist unter anderem für Mitbestimmung und Corporate Governance zuständig.

IG Metall verhandelt

Von Schaeffler über Daimler bis zu Opel: Die IG Metall setzt sich in einer Reihe Unternehmen ganz konkret für eine stärkere Beteiligung der Beschäftigten am Unternehmenskapital ein und führt darüber bereits teilweise Verhandlungen. „In der Krise bringen die Arbeitnehmer Opfer, dafür verlangen sie nun die Gegenleistung", erklärt Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall. Beschäftigte seien gute Aktionäre, weil sie am langfristigen Unternehmenserfolg interessiert sind.

Konzepte für eine stärkere materielle Arbeitnehmerbeteiligung wurden bereits 2006 und 2007 im Rahmen eines Teilprojektes der gewerkschaftlichen „Initiative Trendwende" entwickelt und diskutiert.

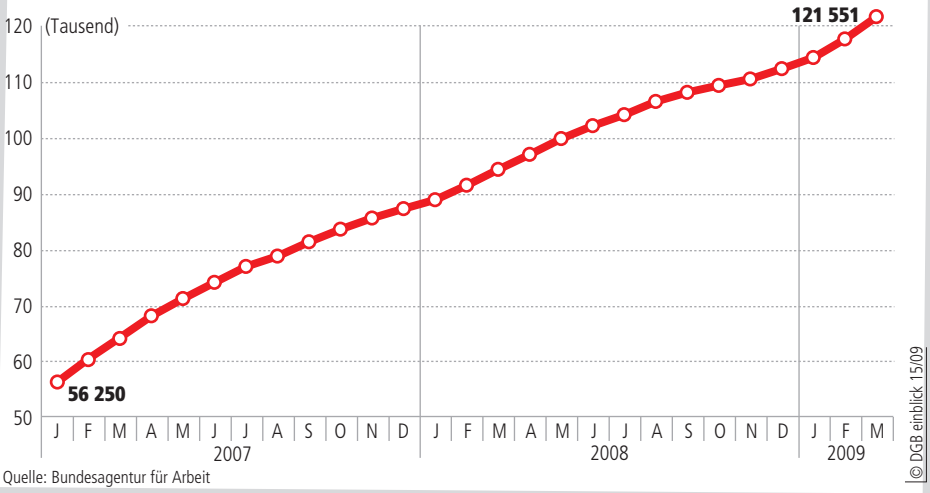
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

dieDGBgrafik

SELBSTSTÄNDIGE: Immer mehr Aufstocker

Immer mehr Selbstständige rutschen in Hartz IV ab. Seit 2007 hat sich die Zahl derer, die ihr Einkommen als Freiberufler bestreiten und neben der Erwerbstätigkeit auf ergänzendes ALG II zur Existenzsicherung angewiesen sind, mehr als verdoppelt. Über die Hälfte der „aufstockenden Selbstständigen" verdient monatlich weniger als 400 Euro. Diese Entwicklung sei „bedenklich", heißt es aus der Bundesagentur für Arbeit. Hintergrund seien die „derzeit schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen".

Zahl der selbstständig Erwerbstätigen mit aufstockender Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch II



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

personalien

••• ***Henrik Müller,*** 54, ist seit 1. Juli stellvertretender Chefredakteur der ver.di-Mitgliederzeitung *PUBLIK*. Zuvor war Müller, der bereits seit mehr als 27 Jahren hauptberuflich für die Gewerkschaftspresse arbeitet, seit 1996 verantwortlicher Redakteur der ver.di-Branchenzeitung *DRUCK+PAPIER*.

••• ***Sabrina Klaus-Schelletter,*** 30, bisher Jugendbildungsreferentin bei der DGB-Jugend Mittelhessen, ist seit 15. Juli politische Referentin im Bereich Jugend des DGB-Bundesvorstandes und unter anderem zuständig für „Students at work", *Soli aktuell*, die Homepage der DGB-Jugend und Lobbyarbeit.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

7.-11.9. WSI-Sommerschule, „Einkommensverteilung in der Krise", Berlin

8./9.9. IG BCE, Betriebsräte-Workshop „Wachstumsbranche Photovoltaik", Bebra

9.9. DGB, Fachtagung „Verbraucher und Beschäftigte am Finanzmarkt schützen", Berlin

9.9. Friedrich-Ebert-Stiftung/BayernForum, Gesprächsreihe „Erlebte Geschichte – Ein Leben mit Politik" mit dem bayrischen DGB-Bezirksvorsitzenden Fritz Schösser, München

9./10.9. IG BCE BWS, Betriebsrätetagung „Eurobetriebsräte – Stärkung der Arbeitnehmervertretung", Bad Münder

9.-12.9. GEW, 3. Wissenschaftskonferenz, Bad Wildbad

12.9. ver.di, AK-Vorratsdatenspeicherung u.a., Demonstration „Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn!", Berlin

12.-20.9. DGB-Bildungswerk, Studienreise nach Moldawien und Ostrumänien

13.-18.9. DGB-Bildungswerk, Seminar „Vom Ende der DDR zum Aufbau Ost – Wie steht es heute um die deutsche Einheit?", Leipzig

13.-18.9. DGB-Bildungswerk, Seminar „Globale Ungleichheit – Hat die Politik vor Hunger, Seuchen und Armut kapituliert?", Hattingen

13.-18.9. DGB-Bildungswerk, Seminar „Google, Yahoo & Co – Informationen im Internet suchen und finden", Hattingen

14.-17.9. IG BAU, 20. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Berlin

15.9. Internationaler Tag der Demokratie

15./16.9. ver.di, Konferenz „Leistungsentgelt und Leistungsdruck? Höchste Zeit für eine aktive, solidarische gewerkschaftliche Leistungspolitik!", Berlin

17.9. ver.di,Veranstaltungsreihe sicht.weisen „Was erwarten wir von den Parteien nach der Bundestagswahl 2009?", Berlin

20.-25.9. DGB-Bildungswerk, Seminar „Auto, Flugzeug, Bahn & Co: Sind Mobilität und Gütertransport rund um die Welt umweltverträglich zu haben?", Pöcking/Starnberger See

21.9. ver.di, bundesweiter Aktionstag „Altenpflege in Bewegung"

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Früher als sonst nerven die schwarz-gelben Ungeheuer die Wähler. Nach der Wahl, sagen Experten, soll alles vorbei sein."

Aus dem Vorspann eines Artikels der Tageszeitung taz vom 27. August, der unter der Überschrift „Schwarz-Gelb tut jetzt schon weh" die diesjährige Wespenplage behandelt.

Künstliche Befruchtung

Nicht Beihilfe-fähig

Ein Bundesbeamter hat keinen Anspruch auf Beihilfe zu Aufwendungen für eine künstliche Befruchtung bei der Ehefrau, auch wenn die als Landesbeamtin ebenfalls keine Beihilfe zu den Kosten beanspruchen kann und das Ehepaar diese mithin selbst zu tragen hat.

Der Fall: Der Bundesbeamte beantragte Beihilfe zu Arztrechnungen und Rezepten für eine künstliche Befruchtung. Dies lehnte die Bundesrepublik Deutschland mit der Begründung ab, sie trete nur bei Behandlungen am Körper ihres zur Beihilfe berechtigten Beamten ein. Auch das Bundesland, bei dem die Ehefrau als Beamtin beschäftigt ist, versagte die Kostenerstattung, weil die ungewollte Kinderlosigkeit auf den Ehemann zurückzuführen sei. Mit seiner Klage hatte der Bundesbeamte keinen Erfolg

Das Oberverwaltungsgericht: Es ist nicht zu beanstanden, dass die Beihilfevorschriften des Bundes bei der Erstattung von Aufwendungen für eine künstliche Befruchtung nur eine körperbezogene Kostenerstattung regeln (ebenso wie die gesetzliche Krankenversicherung). Dies hat zur Folge, dass Behandlungen bei der Ehefrau des Bundesbeamten nicht erstattungsfähig sind. Erhält auch die Ehefrau von ihrem Beihilfeträger keine Leistungen, weil dieser das Verursacherprinzip anwendet, so besteht für den Bund keine Pflicht, diese Lücke zu schließen.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 19. Juni 2009 - 10 A 10309/09.OVG

Erstausstattung

Kann auch später beantragt werden

Auch nach vorherigem Verzicht auf die Anschaffung einer Wohnungseinrichtung kann ein Anspruch auf Leistungen für die Erstausstattung der Wohnung bestehen.

Der Fall: Der Arbeitslose bezog im Dezember 2003 eine 42 Quadratmeter große Wohnung. Zu diesem Zeitpunkt erhielt er Arbeitslosenhilfe, im Anschluss daran Hartz IV. Erst im November 2005 beantragte er bei dem Grundsicherungsträger eine Erstausstattung für die Wohnung (Küchen- und Wohnzimmerschränke, ein Bett mit Lattenrost und neuer Matratze, Fußbodenbelag sowie einen Schuhschrank/Garderobe für den Flur). Er begründete dies damit, dass er 2003 zunächst seine Schulden abbezahlt habe. Er habe damit gerechnet, bald wieder Arbeit zu finden und auf eine Wohnungseinrichtung verzichtet. Er nächtige auf einer 15 Jahre alten Matratze auf dem Boden. Der Grundsicherungsträger lehnte den Anspruch auf eine Erstausstattung zunächst ab. Nach Klageerhebung und einer Wohnungsbesichtigung erkannte er den Bedarf für eine Matratze an und überwies zur Anschaffung 50 Euro. Hinsichtlich der weiteren Wohnungseinrichtung gewährte er ein Darlehen in Höhe von 344 Euro wegen eines unabweisbaren Bedarfs. Leistungen für Teppichboden und Schuhschrank lehnte er ab. Die dagegen erhobene Klage hatte, bis auf den Teppichboden, Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Der Grundsicherungsträger ist in jedem Fall verpflichtet, die Leistungen für Erstausstattungen für die Wohnung als Zuschuss (unter Umständen auch als Sachleistungen) und nicht nur als Darlehen zu gewähren. Dem steht nicht entgegen, dass der Kläger die Wohnung bereits im November 2003 bezogen und damals auf den Erwerb von Einrichtungsgegenständen verzichtet hatte.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 20. August 2009 - B 14 AS 45/08 R

Lohnwucher

Zwei Drittel des Tariflohns ist Wucher

Ein auffälliges Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung im Sinne des Gesetzes liegt vor, wenn die Arbeitsvergütung nicht einmal zwei Drittel eines in der betreffenden Branche und Wirtschaftsregion üblicherweise gezahlten Tariflohns erreicht.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 22. April 2009 - 5 AZR 436/08

Arbeitsrechtsregelungen der Kirchen

Keine längere Befristung als im Gesetz

Arbeitsrechtsregelungen der Kirchen sind keine Tarifverträge im Sinne des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. In ihnen kann also nicht von der zweijährigen Befristungsdauer des Gesetzes zuungunsten der Arbeitnehmer abgewichen werden.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 25. März 2009 - 7 AZR 710/07

Gewerkschaftseigenschaft

GNZB ist keine Gewerkschaft

Die Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste (GNBZ) ist nicht tariffähig. Die von ihr abgeschlossenen Tarifverträge über Mindestlöhne in der Brief- und Zustellbranche mit einem Mindestlohn von 7,50 Euro für Briefzusteller sind Gefälligkeitstarifverträge.

Landesarbeitsgericht Köln,
Beschluss vom 20. Mai 2009 - 9 TaBV 105/08

Altersdiskriminierung I

Altergrenze von 40 Jahren unwirksam

Eine Altersgrenze von 40 Jahren für Anstellungsverträge mit Nachwuchswissenschaftlern stellt eine ungerechtfertigte Altersdiskriminierung dar.

Landesarbeitsgericht Köln,
Urteil vom 12. Februar 2009 - 7 Sa 1132/08

Altersdiskriminierung II

Jüngere nicht bevorzugen

Die Begrenzung einer innerbetrieblichen Stellenausschreibung auf Arbeitnehmer im ersten Berufsjahr kann eine nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz unzulässige mittelbare Benachteiligung wegen des Alters sein. Denn Arbeitnehmer mit mehreren Berufsjahren weisen typischerweise gegenüber Arbeitnehmern im ersten Berufsjahr ein höheres Lebensalter auf.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 18. August 2009 - 1 ABR 47/08

Sozialhilfe

Schüler muss Fahrtkosten nicht zahlen

Ein Schüler, dessen Eltern Sozialhilfe erhalten, hat Anspruch auf ein Darlehen zur Übernahme seiner Fahrtkosten.

Sozialgericht Marburg,
Beschluss vom 14. Juli 2009 S 9 SO 60/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 21.09.2009 16/09

DGB

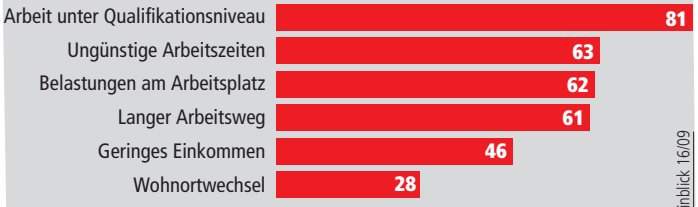
Hartz IV

Zwei Drittel zu „schlechter Arbeit“ bereit

„Mehrheit der Hartz-IV-Empfänger würde nicht für Job umziehen“ meldeten Mitte September diverse Medien. Quelle für die Berichte war eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA). Tatsächlich ergab eine IAB-Befragung unter ALG-II-EmpfängerInnen: „Nur“ knapp 30 Prozent wären für eine neue Stelle zu einem Wohnortwechsel „auf jeden Fall“ oder „eher“ bereit – aber nur eine Minderheit (42 Prozent der arbeitsuchenden ALG-II-Empfänger) schließt einen Umzug kategorisch aus. Und bei allen anderen abgefragten Kategorien war eine Mehrheit der LeistungsempfängerInnen sogar zu teilweise drastischen Zugeständnissen bereit (siehe Grafik). Das „Fordern“ im Zuge der Hartz-Reformen fördert offenbar vor allem eines: schlechte Arbeit. Vier von fünf Befragten würden Arbeit unter ihrem Qualifikationsniveau annehmen, und jeweils knapp zwei Drittel nehmen für eine Stelle lange Arbeitswege, ungünstige Arbeitszeiten und Belastungen am Arbeitsplatz in Kauf.

Viele Zugeständnisse

Anteil der LeistungsempfängerInnen* nach dem Sozialgesetzbuch II, die bei der Arbeitssuche zu folgenden Zugeständnissen „auf jeden Fall“ oder „eher“ bereit wären (in Prozent)



*gewichtete Ergebnisse der zweiten Befragungswelle der PASS-Befragung 2007/2008; die erste Befragungswelle 2006/2007 ergab jeweils leicht höhere Werte, ist aber mit den Werten der zweiten Befragung nur bedingt vergleichbar

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

© DGB einblick 16/09

Das Hartz-System drängt in Jobs mit schlechten Arbeitsbedingungen.

Die IAB-Studie zieht dennoch den Schluss: „Aktivierung ist auch in der Krise sinnvoll“ und erklärt, „im Rahmen der Aktivierung“ könne es auch um „ein stärkeres Drängen zur Annahme auch niedrig entlohnter Stellen gehen“. Dabei bewegen sich die Löhne, zu denen Arbeitsuchende bereit wären, eine Stelle anzunehmen, bereits jetzt laut IAB „überwiegend im Niedriglohnsegment“ (siehe Grafik Seite 8). „Die verschärfte Zumutbarkeit für Arbeitslose hat auch dazu geführt, dass viele in Jobs gezwungen werden, von denen sie nicht leben können“, kritisiert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach.

Dessen sind sich auch die Unternehmen bewusst. Bereits vor zwei Jahren befragte das IAB Arbeitgeber zu den Hartz-Reformen und fand heraus: Viele Betriebe beobachteten schon damals bei BewerberInnen eine deutlich höhere „Konzessionsbereitschaft“. Genau diese Betriebe hätten „häufiger neue Arbeitsplätze für gering entlohnte Tätigkeiten geschaffen“.

Damit im Zuge der Krise nicht noch mehr Menschen dem Druck des Hartz-Systems ausgesetzt werden, fordert der DGB die befristete Einführung eines Überbrückungsgelds: Wer nach der Bezugsdauer von „Arbeitslosengeld I“ noch nicht wieder in Arbeit vermittelt werden konnte, soll dieses Überbrückungsgeld für zusätzliche zwölf Monate erhalten. „Es ist schlimm genug, dass Beschäftigte wegen der Finanzmarktspekulationen arbeitslos werden“, so Buntenbach. Jetzt müsse „alles dafür getan werden, dass ihnen Hartz IV erspart bleibt und sie schnell wieder Arbeit finden. Dafür braucht es keinen künstlichen Druck.“ •

plusminusBERLIN

+ ***Beate Jessel, Präsidentin des Bundesamts für Naturschutz, fordert, die Fischerei in Nord- und Ostsee „endlich effektiv zu regulieren“. Laut EU-Kommission seien dort fast 90 Prozent der Bestände überfischt, ein Drittel sogar „unterhalb der kritischen biologischen Grenze“.***

– ***In einem Weblog der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) macht Frank Schäffler (FDP) deutlich, wie viel Regulierung der Finanzmärkte es mit seiner Partei geben würde: „Immer wenn der Staat in das Marktgeschehen direkt eingreift, schadet er mehr, als er nützt.“***

inhalt

Seite 3
Jobkrise weltweit
Im Mittelpunkt des G20-Gipfels in Pittsburgh sollten Maßnahmen gegen die weltweite Jobkrise stehen, fordern die Gewerkschaften

Seite 5
Parteien-Check: Sozialsystem
einblick stellt die Wahlprogramme der Parteien den Forderungen des DGB gegenüber

Seite 7
Allianz gegen Atomkraft
Der niedersächsische IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine und Niedersachsens ver.di-Landesleiter Siegfried Sauer erklären, weshalb der Ausstieg aus der Atomkraft längst überfällig ist

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.parteigefluester.de
Die Einträge deutscher PolitikerInnen beim Kurznachrichtendienst „Twitter“ auf einen Blick

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Aufruf zur Bundestagswahl am 27. September

Wahlkampf

„Unzulässig vereinnahmt“

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat Veröffentlichungen in der aktuellen Ausgabe der SPD-Parteizeitung *vorwärts* als „unzulässige Vereinnahmung“ seiner Person kritisiert. Der *vorwärts* hatte unter der Überschrift „Den Richtigen wählen! Prominente Unterstützung für Frank-Walter Steinmeier und seinen Deutschlandplan“ Zitate und Fotos von 20 Prominenten abgedruckt.

Neben Michael Sommer werden auch der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber und der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt gezeigt. Ein Einverständnis der drei Gewerkschafter zu dieser Veröffentlichung hatte es nicht gegeben.

Sommer wird mit dem Satz zitiert: „Wir sind uns einig, dass wir Schwarz-Gelb nicht wollen, weil Gelb als Katalysator für alles Neoliberale wirken würde.“ Sein – inhaltlich korrektes – Zitat sei als Warnung vor arbeitnehmerfeindlichen Tendenzen in FDP und Teilen der Union gemeint, aber „mitnichten eine Wahlempfehlung für eine Partei oder einen Kandidaten“. Der DGB und der DGB-Vorsitzende „sind und bleiben parteipolitisch unabhängig“, betonte Sommer.

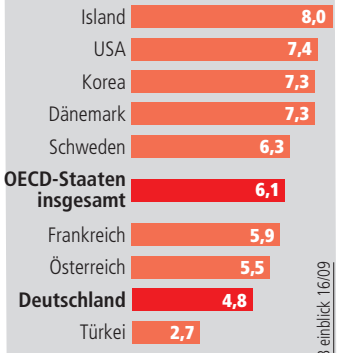
Auch IG BCE und IG Metall haben gegen die Veröffentlichung protestiert. „Ich halte den Vorgang für eine nicht akzeptable Grenzüberschreitung und eine unzulässige Vereinnahmung“, erklärte Huber in einem Schreiben an den *vorwärts*. Weiter heißt es: „Wäre ich gefragt worden, hätte ich es abgelehnt.“

Es werde der Eindruck erweckt, die positive Bewertung von Thesen aus dem Deutschland-Plan sei ein Wahlaufruf für die SPD, so der IG BCE-Vorsitzende Schmoldt. „Dieser Eindruck ist falsch.“ Die IG BCE bleibe dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet und rufe nicht zur Wahl einer bestimmten Partei oder Person auf. •

Trotz leichter Verbesserungen liegt Deutschland mit seinem Bildungssystem im internationalen Vergleich weit zurück. Das zeigt der gerade erschienene Bildungsbericht 2009 der OECD. So gibt es in Deutschland deutlich weniger Hochschulabsolventen als in anderen Industrieländern, auch bei der Beteiligung an Weiterbildung hinkt Deutschland hinterher. Der Anteil der öffentlichen und privaten Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach den OECD-Berechnungen in Deutschland 2006 um 0,3 Prozentpunkte auf 4,8 Prozent gesunken. Unter den Industrienationen gaben nur die Türkei, Russland, die Slowakei, Spanien und Irland einen geringeren Anteil ihres BIP für Bildung aus. Die OECD hat Deutschland aufgefordert, trotz Krise mehr in Bildung zu investieren. „Während andere Staaten gezielt ins Bildungswesen investieren, fällt Deutschland weiter zurück. Deshalb brauchen wir eine neue Bildungsinitiative“, erklärte DGB-Vize Ingrid Sehrbrock.

Bildungsausgaben: Deutschland abgeschlagen

Anteil von öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung am Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten OECD-Staaten 2006 (in Prozent)



Quelle: „Bildung auf einen Blick“, OECD-Bildungsstudie 2009

© DGB einblick 16/09

Entgeltgleichheit

Betriebsräte stärken

Der DGB-Bundesfrauenausschuss hat den von Bundesarbeitminister Olaf Scholz (SPD) vorgestellten „Diskussionsentwurf“ für ein Gesetz zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern grundsätzlich begrüßt. Der Entwurf sieht vor, dass Betriebsräte und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gemeinsam ein Verfahren zur Durchsetzung gleicher Bezahlung gegen Arbeitgeber in Gang setzen können.

Der DGB-Bundesfrauenausschuss will – wie Scholz – die Rechte der Betriebsräte in Fragen der Entgeltgleichheit stärken. Diese Rechte müssten jedoch auch für Personalvertretungen im Öffentlichen Dienst gelten. Grundsätzlich gingen die gewerkschaftlichen Forderungen weit über den Entwurf hinaus, so die DGB-Frauen. „Wir brauchen dringend ein umfassendes Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft“, erklärte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. •

Mindestlohn

7,50 Euro plus

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat sich für einen höheren als den bisher von DGB und Gewerkschaften geforderten Mindestlohn von 7,50 Euro ausgesprochen. Der DGB werde die Forderung nach 7,50 Euro pro Stunde auf dem DGB-Bundeskongress im Mai 2010 „deutlich nach oben schrauben“, kündigte Sommer an. Er halte zudem einen „Prekariats-Zuschlag“ für Beschäftigte in der Zeitarbeitsbranche nach französischem Vorbild für denkbar. Dort erhielten LeiharbeiterInnen „wegen ihrer besonderen Arbeitssituation“ einen Lohnzuschlag von zehn Prozent, so Sommer. •

Riester-Rente

Verstoß gegen EU-Recht

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass einige Bestimmungen der Riester-Rente geändert werden müssen. Das Gerichtsurteil legt fest, dass so genannte GrenzarbeitnehmerInnen, die nicht in Deutschland steuerpflichtig sind, ebenfalls von den Zulagen profitieren müssten. Im Detail geht es um Personen, die in Deutschland arbeiten und dort in die Sozialversicherung einzahlen, aber im Ausland wohnen und dort ihre Einkommenssteuer zahlen. Das EuGH hält es außerdem für unzulässig, dass gefördertes Kapital nur zur Anschaffung von Immobilien in Deutschland verwendet werden darf. Ebenfalls nicht legal sei die Regelung, dass bei einem Umzug ins Ausland Altersvorsorgezulagen wieder zurückgezahlt werden müssten. Geklagt hatte die EU-Kommission. Das Bundesfinanzministerium kündigte an, die Vorgaben des Urteils „möglichst zeitnah“ umzusetzen. •

NPD-Verbot

CSU zieht nach

Nach der SPD hat sich nun auch die CSU für ein neues Verbotsverfahren gegen die rechtsextremistische NPD ausgesprochen. Damit müssten sich für ein einheitliches Vorgehen der Bundesländer jetzt noch die CDU-geführten Länder für einen solchen Schritt entscheiden. DGB-Vorstand Annelie Buntenbach begrüßte den Vorstoß von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU), der gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* erklärt hatte, man könne die NPD nicht „so lange machen lassen, bis die Bundesrepublik in Gefahr ist, dann haben wir den richtigen Zeitpunkt für ein Verbot verpasst“. Buntenbach rief außerdem die CDU-geführten Landesregierungen auf, „ihre Blockade gegen ein neues NPD -Verbotsverfahren endlich aufzugeben“. Das Verbot der NPD sei überfällig – deshalb müssten „alle an einem Strang ziehen und für eine sorgfältige Vorbereitung sorgen“, so Buntenbach weiter. •

Gewerkschaftsforderungen zum G 20-Gipfel

Maßnahmen gegen die Jobkrise

Am 24./25. September treffen sich die G20-Staaten im amerikanischen Pittsburgh zum nächsten Weltfinanzgipfel. Dabei darf es nicht nur um strengere Regeln für die Finanzmärkte gehen sondern auch um Maßnahmen gegen die weltweite Jobkrise, fordern die Gewerkschaften.

Die Weltwirtschaft ist noch nicht über den Berg, das dicke Ende kommt noch – vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Davon sind nicht nur die Gewerkschaften überzeugt. Die OECD rechnet im zweiten Halbjahr 2010 allein in den 30 OECD-Mitgliedsländern trotz positiver Konjunktursignale mit über 57 Millionen Arbeitslosen. Bereits im Juni lag die Arbeitslosigkeit in den OECD-Mitgliedsstaaten auf dem höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg. Noch heftiger dürfte sich die Krise auf die Arbeitsmärkte in den Schwellen- und Entwicklungsländern auswirken. Die internationalen Gewerkschaften gehen davon aus, dass in Folge der Krise die Zahl der Working Poor, der Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können, weltweit auf rund 1,4 Milliarden Menschen steigen könnte.

Effektive Maßnahmen gegen die weltweite Beschäftigungskrise müssen deshalb aus Sicht der Gewerkschaften in Pittsburgh Priorität haben (einblick 15/09). Das geht auch aus der jetzt vorgelegten Pittsburgh-Erklärung der Global Unions hervor. Erwartet wird, dass in Pittsburgh endlich konkrete Maßnahmen für eine Neuausrichtung der Weltwirtschaft beschlossen werden. Eine Rückkehr zum „business as usual" dürfe es nicht geben, betont Guy Ryder, der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

IGB und die Gewerkschaften der G20-Staaten wollen im Vorfeld und während des Gipfels jede Chance nutzen, ihre Positionen den führenden G20-PolitikerInnen darzulegen. So wird es auch in Pittsburgh wieder – wie in Washington und London – einen Gipfel der Vorsitzenden der IGB-Gewerkschaften aus den G20-Ländern geben, an dem auch Michael Sommer teilnimmt. •

Die Pittsburgh-Erklärung der Global Unions (in Englisch): ***www.einblick.dgb.de***

?...nachgefragt

Foto: BMAS

Anders als die Internationale Arbeitsorganisation ILO findet die Weltbank seit langem Gehör bei den Treffen der G20-Staaten. Gerade in der Krise ist ihre Rolle noch gewachsen – immer mehr Länder sind auf die Unterstützung der Weltbank angewiesen. Doch scheinbar hat die Weltbank aus der aktuellen Krise nichts gelernt. Das belegt die siebte Ausgabe ihres Reports „Doing Business", der die Rahmenbedingungen für Unternehmen in 183 Staaten untersucht. Sein Fazit: je weniger Regulierung umso besser. Diese einseitige Ausrichtung des Reports kritisieren die Gewerkschaften seit langem. Aber nicht nur sie: Dr. Günther Horzetzky, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, über den „Doing Business Report 2010".

Die Finanzkrise hat gezeigt: Nachhaltiges Wirtschaften braucht klare faire Regeln. Diese Erkenntnis ist noch nicht so recht in der Weltbank angekommen. Obwohl das soziale Profil des Doing Business Reports 2010, der Unternehmensansiedlungen global erleichtern soll, nach der harten Kritik der letzten Jahre mit einigen Pinselstrichen aufgehübscht wurde, ist die Substanz gleich geblieben: Deregulierung ist gut, gewerkschaftsfreie Entscheidungen sind förderlich, Arbeitnehmerrechte hinderlich, Sozialversicherungsbeiträge sind wie Steuern – nämlich belastend, Mindestlöhne sind in Ordnung, aber angedockt an die absolute Armutsgrenze.

Die kleinen Anpassungen der Indikatoren ändern daran nichts. Auch nicht die Erwähnung der ILO-Kernarbeitsnormen: Untersucht wird nur, ob die Norm zur Abschaffung der Kinderarbeit ratifiziert wurde, nicht deren Umsetzung. Die anderen Kernarbeitsnormen sollen später erfasst werden. Man darf gespannt sein, wie Autoren, die Gewerkschaften im Betrieb als eher Bürokratie fördernd sehen, die Übereinkommen 87 und 98 bewerten.

Da überrascht es nicht, dass Deutschland, dem es gelungen ist, unter anderem durch vernünftige Regulierung und Respektierung der Arbeitnehmerrechte die Folgen der Finanzkrise abzufedern, in dem Kapitel „Employing Workers" auf Platz 158 von 183 Ländern verwiesen wird.

Und natürlich sind Kosten leichter als die Auswirkungen sozialen Friedens oder guter Qualifikationen auf Produktivität zu erfassen – insbesondere für die jetzigen Berater, deren Liste sich wie das Who is Who der internationalen Wirtschaftskanzleien liest. Dabei gibt es für diese Fragen ausgewiesene Experten: in der ILO, in den Universitäten und sogar in den Ministerien. Die Weltbank wäre sehr gut beraten, sie in die Indikatorenentwicklung mit einzubeziehen. Der Glaubwürdigkeit des Berichts würde es dienen.

Arbeit schaffen – weltweit!

Auch der diesjährige Welttag für „Decent Work", für menschenwürdige Arbeit, am 7. Oktober steht ganz im Zeichen der Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Zum zweiten Mal ruft der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) seine Mitgliedsorganisationen auf, sich an diesem Aktionstag zu beteiligen. Insgesamt vertritt der IGB die Interessen von rund 170 Millionen ArbeitnehmerInnen aus 157 Staaten.

„Die Wirtschaftskrise gefährdet die Arbeitsplätze und die Zukunft von Menschen überall auf der Welt", heißt es im IGB-Aufruf. Und weiter: „Jahrzehntelange Deregulierung und die Habgier und Exzesse einer kleinen Minderheit haben die Welt in die tiefste Rezession seit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts gestürzt. Im Mittelpunkt der Regierungsbemühungen um die Wiederankurbelung des Wirtschaftswachstums und den Aufbau einer neuen globalen Wirtschaft, bei der es vorrangig um die Menschen geht, muss daher menschenwürdige Arbeit stehen."

Ein Schwerpunkt in Deutschland werden Aktionen in Berlin anlässlich der Tagung der IGB-Exekutive vom 5. bis 8. Oktober sein.

www.wddw.org

DGB

60 Jahre und mehr

Jede Menge Programm und (Gewerkschafts-)Politik gibt es Anfang Oktober rund um das Gründungsjubiläum des DGB. Der Festakt „60 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund" findet am 5. Oktober im Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt statt. Die Festrede hält Bundespräsident Horst Köhler, für den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) spricht IGB-Präsidentin Sharan Burrow.

Im Anschluss an den Festakt lädt die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) zu fünf internationalen Diskussionsforen unter dem Motto „Perspektiven für eine globalisierte Welt – die Zukunft internationaler Solidarität" ein. Themen sind unter anderem eine neue Verteilungspolitik in Folge der Finanzkrise und eine bessere (Umwelt-)Politik gegen die Klimakrise. Die HBS freue sich, dazu „Vorsitzende und Generalsekretäre von Gewerkschaften aus aller Welt" begrüßen zu können, heißt es in der Einladung – denn vom 5. bis 8. Oktober findet in Berlin auch das Exekutivtreffen des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt: GewerkschafterInnen aus aller Welt können so mit ihren deutschen KollegInnen den 60. „Geburtstag" des DGB begehen. Außerdem werden die internationalen Gäste gemeinsam mit den deutschen Gewerkschaften am 7. Oktober den 2. Welttag für menschenwürdige Arbeit, den „World Day for Decent Work", mit Aktionen in Berlin begehen (mehr: Seite 3). •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Buch

Schwarz-rote Bilanz

Fast klingt es, als sei nach der Bundestagswahl im September definitiv Schluss mit Schwarz-Rot, wenn Hans-Joachim Schabedoth in seinem aktuellen Buch eine „Bilanz der Großen Koalition" zieht. Ob dem so sein wird, lässt sich aktuell aus kaum einer Umfrage eindeutig herauslesen. Herauslesen lässt sich dafür aus Schabedoths Buch „Angela Merkel – Regieren mit SPD und Union" eine sachliche Bestandsaufnahme der Regierungs- und Koalitionsarbeit der vergangenen vier Jahre. Chronologisch analysiert Schabedoth, Leiter des Grundsatzbereichs beim DGB-Bundesvorstand und selbst Bundestagskandidat für die SPD, die wichtigsten Wegmarken der Großen Koalition – und entdeckt neben kurzsichtiger Symbolpolitik und langfristig angelegten Projekten auch skurrile Anekdoten. Klar wird aber auch: Dass das Regieren in einer „großen" Koalition einfacher wird als in einer „kleinen", hat sich als Irrglaube erwiesen.

Hans Joachim Schabedoth: Angela Merkel – Regieren mit SPD und Union – Bilanz der Großen Koalition, Schüren Verlag 2009, 152 Seiten, 14,90 Euro.

„Mitbestimmung beschränkt sich nicht auf Sitzungen"

Aufsichtsrat des Monats

Aufsichtsrätin des Monats im September ist **Gertrud Tippel-Kluth.** Hauptberuflich ist sie bei der ver.di-Bundesverwaltung tätig, daneben engagiert sie sich in den Aufsichtsräten dreier Unternehmen, die seit dem vergangenen Jahr selten für positive Schlagzeilen sorgten: Tippel-Kluth vertritt die Arbeitnehmerseite in den Aufsichtsgremien bei der **Arcandor AG,** sowie bei der Karstadt Warenhaus GmbH und der SinnLeffers GmbH. Erfahrene Aufsichtsräte könnten vor allem in Krisenzeiten die betriebliche Mitbestimmung auf allen Ebenen konstruktiv unterstützen, ist Tippel-Kluth überzeugt: „Mitbestimmung beschränkt sich nicht auf Sitzungen." Wie sie bei Arcandor und deren Töchtern vor und nach den Unternehmensinsolvenzen im Interesse der Beschäftigten Einfluss nehmen konnte, beschreibt Tippel-Kluth in unserem Fragebogen: *www.dgb.de/aufsichtsrat*

Fachkonferenz

Datenkrake im Betrieb

ExpertInnen sind sich sicher – Lidl, Deutsche Bahn und Telekom sind nur die Spitze des Datenskandal-Eisbergs. Nicht nur in manchen großen Konzernen bespitzeln Vorgesetzte ihre MitarbeiterInnen, auch in kleinen und mittelständischen Firmen kann es sein, dass der Chef gerne mithört und -liest. Mit der Fachkonferenz „Eine neue Offensive – Datenschutz für Beschäftigte" wollen ver.di-Innotec und der gemeinnützige ver.di-Bildungsträger „ver.di b+b" Betriebs- und Personalräte am 25. und 26. November in Würzburg für den täglichen Datenschutzim Betrieb rüsten. •

www.verdi-bub.de

interregio

••• Im europäischen Vergleich arbeiten Frauen in Deutschland überdurchschnittlich oft in Teilzeitverhältnissen. Seit einigen Jahren nehmen darüber hinaus die so genannten Minijobs zu – ebenfalls überdurchschnittlich oft bei weiblichen Beschäftigten. Die ***DGB-Region Hellweg-Sauerland*** lädt daher gemeinsam mit dem DGB-Bildungswerk NRW und der Gleichstellungsstelle der Stadt Soest am 7. Oktober zur ***Frauen-Infoveranstaltung*** „Ihre Rechte im Minijob" nach Soest ein. Schwerpunkt des „Minijob-Seminars": Welche besonderen Regeln, aber auch Ansprüche und Rechte – vom Urlaub bis zu Ansprüchen bei Krankheit – gelten für Minijob-Beschäftigte?

www.region-hellweg-sauerland.dgb.de/termine

••• Der ***DGB Sachsen*** lädt am 24. September zum ***Wirtschaftspolitischen Gespräch*** „Schuldenbremse und was nun? – Steuersenkung + Schuldenbremse = Sozialabbau" ein. Denn: Angesichts der im Wahlkampf einiger Parteien versprochenen Steuersenkungen stellt sich die Frage nach der Bedeutung der Schuldenbremse für künftige Sozialpolitik aktueller denn je. Auf der Veranstaltung wird zunächst dargestellt, wie die Schuldenbremse im Detail funktioniert, anschließend wägen in einer Podiumsdiskussion VertreterInnen von SPD, Linkspartei, Grünen und FDP das Pro und Contra ab.

www.dgb-sachsen.de

DGB-Jugend

Ausbildung nach der Wahl

Der Mangel an Ausbildungsstellen in Deutschland ist gravierend. Aus diesem Grund stellt sich die Frage: Was planen CDU/CSU, SPD, FDP, Linkspartei und die Grünen in der kommenden Legislaturperiode, um die Ausbildungsmisere zu bekämpfen? Die DGB-Jugend hat sich die Wahlprogramme der Parteien angesehen und die verschiedenen Positionen zur Ausbildung in einem Papier zusammengestellt. •

Download: www.ausbildung-fuer-alle.de

Wahlcheck III

Wie sozial soll Deutschland sein?

Für den DGB steht fest: Gerade in der Krise müssen die sozialen Sicherungssysteme solidarisch ausgebaut werden. einblick prüft im letzten Teil des Wahlcheck, was die Parteien in den Bereichen Rente, Kranken- und Arbeitslosenversicherung vorhaben.

DGB Der DGB fordert, die **Arbeitslosenversicherung** zu stabilisieren. Dazu gehören unter anderem die Abschaffung des Eingliederungsbeitrags und die Wiedereinführung der Defizithaftung für den Bund. Außerdem ist der DGB gegen Kürzungen bei ALG I und ALG II und fordert die Anhebung der Regelsätze – insbesondere für Kinder – und mehr Qualifizierung für Arbeitslose. **+++** Der DGB fordert, die **Krankenversicherung** zu einer Bürgerversicherung weiterzuentwickeln. Die Trennung zwischen Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) und Privater Krankenversicherung (PKV) soll aufgehoben, die GKV zu 100 Prozent paritätisch finanziert werden. **+++** Der DGB fordert, dass die Rente mit 67 im Jahr 2010 rückgängig gemacht wird. Die Gesetzliche **Rentenversicherung** soll zur Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden. Außerdem will der DGB die Weiterführung einer geförderten Altersteilzeit und den erleichterten Zugang zu einer Erwerbsminderungsrente ohne Abschläge.

CDU/CSU **Arbeitslosenversicherung:** Ziel für die Union bleibt „die Stabilisierung der Lohnzusatzkosten". Den Sorgen „vieler Menschen" will die Union begegnen, „indem wir marktgerechte Arbeitsplätze fördern statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren". Hinzuverdienstregeln sollen neu geordnet werden. **+++** In der Gesetzlichen **Krankenversicherung** sollen versicherungsfremde Leistungen steuerfinanziert bleiben. Neben der GKV soll die PKV als Voll- und Zusatzversicherung erhalten bleiben. Die Zusammenarbeit von GKV und PKV soll erweitert werden. „Eine staatliche Einheitsversicherung lehnen wir ab." **+++** CDU/CSU setzen bei der **Rentenversicherung** auf gesetzliche, private und betriebliche Vorsorge und erteilen einer Erwerbstätigenversicherung eine klare Absage. Die Rente mit 67 bleibt. Die steuerliche Förderung der privaten Vorsorge soll vereinfacht werden.

SPD Leitprinzip der SPD ist die Bürgersozialversicherung. Die SPD will die **Arbeitslosenversicherung** in eine Arbeitsversicherung umwandeln. ALG II-Regelsätze sollen regelmäßig geprüft werden. Vermögen, das der Altersvorsorge dient, wird nicht auf ALG II angerechnet. **+++** Die SPD will, dass der Beitrag zur gesetzlichen **Krankenversicherung** wieder paritätisch von Arbeitgebern und Beschäftigten getragen wird. Alle Einkommen sollen herangezogen werden. Der Risikoausgleich im Gesundheitsfonds soll weiterentwickelt und die private KV miteinbezogen werden. **+++** Die **Rentenversicherung** soll zu einer Erwerbstätigenversicherung werden. Die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters soll beibehalten, aber individuelle Bedürfnisse sollen besser berücksichtigt und Altersarmut verhindert werden. Die geförderte Altersteilzeit soll bis 2015 verlängert, eine Teilrente ab dem 60. Lebensjahr möglich werden.

FDP In der **Arbeitslosenversicherung** soll das Versicherungsprinzip gestärkt werden. Die FDP lehnt die Staffelung der Bezugsdauer des ALG I nach vorangegangener Beschäftigungsdauer ab. **+++** **Krankenversicherung:** Für die FDP gilt „Privat kommt vor dem Staat". Es soll mehr Wettbewerb im Gesundheitssektor geschaffen werden. Die PKV soll gestärkt, der Gesundheitsfonds abgeschafft werden. **+++** **Rentenversicherung:** „Die FDP will die Alterssicherung stärker in Richtung privater Kapitaldeckung umbauen."

Grüne **Arbeitslosenversicherung:** Die Grünen wollen eine Grundsicherung einführen. Die ALG II-Regelsätze sollen auf 420 Euro angehoben, Zumutbarkeitsregeln entschärft, private Altersvorsorge besser geschützt und eine Kindergrundsicherung eingeführt werden. **+++** **Krankenversicherung:** Die Grünen wollen eine Bürgerversicherung, in die alle einbezahlen. Der Gesundheitsfonds soll abgewickelt werden. **+++** Die gesetzliche **Rentenversicherung** soll weiterentwickelt werden. Eine solidarisch finanzierte Garantierente soll eingeführt werden. Eine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente soll ab 63 Jahren, eine Teilrente ab 60 Jahren möglich sein.

Die Linke **Arbeitslosenversicherung:** Hartz IV soll mittelfristig abgeschafft und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden. Die Hartz IV-Sätze sollen auf 500 Euro angehoben, die Vermögensfreigrenze auf 20 000 Euro steigen und das Schonvermögen für die Altersvorsorge auf 700 Euro pro Lebensjahr angehoben werden. **+++** Die Linke will die Gesetzliche **Krankenversicherung** zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln. **+++** Die gesetzliche **Rentenversicherung** soll zu einer Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden. Die Rente mit 67 soll abgeschafft, die Altersteilzeit verlängert und ein abschlagsfreier Zugang zur Erwerbsminderungsrente eröffnet werden. •

Zukunft der Bundesagentur

Zentrale Institution, um arbeitslose Menschen wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern, ist die Bundesagentur für Arbeit (BA). Eine wichtige Frage lautet darum vor der Wahl: Was sehen die Programme der Parteien für die Zukunft der BA vor?

Die Union möchte die Vermittlungsleistung der BA weiter verbessern und gewährleisten, dass die Kommunen enger mit der BA zusammenarbeiten. Die SPD will die Zahl der ArbeitsvermittlerInnen aufstocken und eine verfassungskonforme Nachfolgeregelung für die Arbeitsgemeinschaften der BA und der Kommunen vorlegen. Die FDP möchte die BA ganz auflösen. Ziel ist ein Drei-Säulen-Modell aus Versicherungsagentur, kleinen überregionalen Arbeitsmarktagenturen und vielen kommunalen Arbeitsagenturen, um mehr Wettbewerb zu schaffen. Die Grünen wollen eine „zügige Neuorganisation der Jobcenter" durch eine verfassungsrechtliche Absicherung der ARGEn und der zugelassenen kommunalen Träger erreichen. Die Linke äußert sich im Wahlprogramm nicht konkret zur Zukunft der BA.

Im Internet

www.einblick.dgb.de

Langfassung des Wahlchecks zur Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme

kurz&bündig

IG BAU, der Zentralverband des Baugewerbes (ZDB) und der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) haben sich zur „Initiative Wohnungsbau in Deutschland" zusammengetan.

ver.di fordert von den KandidatInnen der Parteien zur Bundestagswahl klare Bekenntnisse für eine Angleichung der ostdeutschen Renten an Westniveau. Den entsprechenden Aufruf eines Bündnisses aus ver.di, GEW, TRANSNET, GdP und Sozialverbänden haben bereits 40 000 Menschen unterzeichnet. Das sei nur ein Zwischenergebnis, so ver.di.

Finanzprodukte

Schutz für Verbraucher und Beschäftigte

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hat mit Blick auf den Anlegerschutz eine wesentlich strengere Regulierung von Finanzmarktprodukten gefordert. Außerdem müssten auch die Beschäftigten der Finanzbranche, die die Kunden letztlich beraten, vor einem zu hohen Renditedruck geschützt werden, erklärte Matecki Mitte September anlässlich der DGB-Tagung „Verbraucher und Beschäftigte am Finanzmarkt schützen" in Berlin. Fehlender Verbraucherschutz und hohe Vertriebsvorgaben für die Mitarbeiter in der Finanzbranche hätten „zu erheblichen Verwerfungen" geführt, manche VerbraucherInnen müssten mit „Totalverlusten ihrer Spareinlagen" rechnen.

Der DGB fordert deshalb einen „Finanzmarkt-TÜV", der bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) angesiedelt ist, sowie eine verpflichtende transparente Verbraucherinformation zu allen Finanzprodukten. Außerdem müsse im Vertrieb die drastische Provisionsorientierung abgebaut werden, um den Renditedruck von den Beschäftigten der Branche zu nehmen. •

DGB-Jugend

Auf die Straße

Desinteresse, Unwissenheit und eine unpolitische Grundhaltung wird der heutigen Jugend oft unterstellt. Eine Umfrage des Forsa-Instituts im Auftrag der DGB-Jugend zeigt das Gegenteil: 60 Prozent der jungen Menschen im Alter zwischen 16 und 32 Jahren sind bereit, „für ihre Interessen auf die Straße zu gehen." Dabei steht die Bereitschaft zum Protest in direktem Zusammenhang mit der Tatsache, dass sich 74 Prozent der Jugendlichen von Politik und Parteien nicht ausreichend vertreten fühlen.

Die Befragungsergebnisse zeigen zudem, dass die Zufriedenheit mit der persönlichen wirtschaftlichen Lage stark vom Bildungsgrad abhängt. So sind 52 Prozent der geringer Qualifizierten unzufrieden mit ihrer aktuellen Situation – bei den Jugendlichen mit Abitur oder Studium sind es „nur" 26 Prozent. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Anzeige

Debeka Lebensversicherungsverein a. G.

QUALITÄTSURTEIL Lebensversicherer A++ EXZELLENT ASSEKURATA

Bestimmen Sie Ihre Pension selbst!

Kennen Sie Ihre Versorgungslücke beim Eintritt in den Ruhestand?
Damit Sie ausreichend vorsorgen können, sollten Sie wissen, wie hoch Ihre Ansprüche sein werden.
Wir berechnen Ihnen kostenlos und unverbindlich Ihre Pensionsansprüche und erstellen Ihren persönlichen Vorsorgeplan. Rufen Sie uns an!

erfahren. sicher. günstig.

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 498-0
www.debeka.de

Debeka

Energiepolitik

Allianz gegen Atomkraft

„Niedersachsen darf nicht länger das Atomklo der Republik sein", fordert der niedersächsische IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine. Gemeinsam mit ver.di-Landesleiter Siegfried Sauer erklärt er, weshalb der Ausstieg aus der Atomkraft längst überfällig ist – nicht nur in Niedersachsen.

Die Atommülldebatte und die Diskussion um verlängerte Laufzeiten der Atomkraftwerke bewegen in Niedersachsen viele Kolleginnen und Kollegen. Das gesellschaftliche Konfliktpotenzial ist ganz erheblich. Zwei Drittel der Bevölkerung lehnen nach einer von Greenpeace in Auftrag gegebenen Umfrage eine Laufzeitverlängerung der 17 in Deutschland im Betrieb befindlichen Atomkraftwerke ab. Dennoch diskutieren CDU und FDP darüber, die Laufzeit der Atomkraftwerke zu verlängern. An den Börsen werden schon wieder Wetten auf eine Renaissance der Atomenergie nach der Bundestagswahl am 27. September abgeschlossen. **Die Atomlobbyisten rennen der schwarz-gelben Politik die Türen ein.** Sie wollen ihre Pfründe sichern und spielen dabei mit den Sicherheitsbedürfnissen der Menschen. Dagegen wehrt sich der „Niedersachsenaufruf gegen Atomkraft", den wir zusammen mit Politikerinnen und Politikern initiiert haben.

Gleichzeitig versinkt Niedersachsen im Atommüll. Gorleben, Asse und Schacht Konrad sind genug. Kein Tag vergeht ohne neue Hiobsbotschaften. Die rund 126 000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen in der Asse drohen abzusaufen. Was für alle Zeiten sicher sein sollte, scheitert nach dreißig Jahren. Zeugen haben im parlamentarischen Untersuchungsausschuss berichtet, dass dreimal mehr Plutonium in der Asse lagert als bisher von den Verantwortlichen angegeben. In tausenden Fässern lagern mindestens 28 statt neun Kilogramm Plutonium. Trotz nicht enden wollender Störfälle in deutschen Atomkraftwerken verweigert das niedersächsische Umweltministerium eine Überprüfung der Atomaufsicht durch die Internationale-Atomenergie-Organisation.

Ministerpräsident Christian Wulff hält am Endlagerstandort Gorleben fest, obwohl mittlerweile klar ist, dass die Erkundungen in Gorleben unter den CDU-Regierungen gegen den wissenschaftlichen Rat begonnen wurden. Die Risiken für die Bevölkerung scheint er dabei zu ignorieren. Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) bietet auf dem Entsorgungsmarkt sogar weitere Atommüllstandorte in Niedersachsen an.

Die Anti-Atom-Kundgebung in Berlin am 5. September hat eindrucksvoll gezeigt, dass die Menschen die weitere Nutzung der Atomkraft ablehnen und eine andere Politik wollen. **Der Ausstieg aus der Atomenergie und der Umstieg auf regenerative Energien sind längst überfällig.** Die Atomenergie ist eine rückwärtsgewandte und veraltete Technologie. Es bedarf eines Umdenkens und innovativer Ideen zur Stärkung der erneuerbaren Energien. Eine Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke würde diesen Umstieg gefährden und den Kraftwerksbetreibern weitere Millionengewinne bescheren. Geld, das wesentlich sinnvoller in die Forschung und Entwicklung alternativer Energiegewinnung investiert werden könnte.

Foto: IG Metall

Foto: ver.di

Hartmut Meine, 57, IG Metall-Bezirksleiter Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, und Siegfried Sauer, 55, ver.di-Landesleiter Niedersachsen-Bremen, haben gemeinsam mit vier PolitikerInnen von SPD und Grünen Anfang September den „Niedersachsen-Aufruf gegen Atomkraft" initiiert.
www.niedersachsen-gegen-atomkraft.de

Vor diesem Hintergrund haben wir als Gewerkschafter zusammen mit Politikern in Niedersachsen eine Allianz gegen Atomkraft initiiert. Ziel dieser Allianz ist es, zu verhindern, dass Niedersachsen zu einem schwarz-gelben Atommüllfass wird. **Wenn die Politik die Interessen der Menschen ignoriert und zusätzlich nachfolgende Generationen gefährdet, müssen wir uns zur Wehr setzen.** Alle Atomkraftgegner sind aufgefordert, sich an der „Unterschriftenaktion gegen Atom" zu beteiligen. Ein breites Bündnis der Gesellschaft tritt dafür ein, dass am Atomausstieg nicht gerüttelt werden darf. GewerkschafterInnen, Betriebs- und Personalräte, PolitikerInnen, Kulturschaffende und SportlerInnen sind aufgerufen, sich an der laufenden Unterschriftenaktion zu beteiligen. •

Kein Ausstieg aus dem Ausstieg

Im Atomkonsens hat die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2000 den sukzessiven Ausstieg Deutschlands aus der Atomkraft mit den Betreibergesellschaften vertraglich geregelt. Auf Grundlage des Vertrags wurde 2002 das Atomgesetz novelliert.

Die große Koalition aus SPD und CDU/CSU konnte sich nicht auf eine einheitliche Position zur Kernenergie einigen. Im Koalitionsvertrag von 2005 ist das Fortbestehen der von Rot-Grün getroffenen Regelung vereinbart worden.

Im Falle eines Wahlsieges bei der Bundestagswahl wollen CDU/CSU und FDP den Atomausstieg zur Disposition stellen. SPD, Grüne und die Linke stehen weiter zum Ausstieg.

Die DGB-Gewerkschaften tragen den Atomkonsens mit. Auf dem letzten DGB-Kongress 2006 beschlossen sie: „Der DGB trägt die bisherigen Beschlüsse des Energiekonsenses zum langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie mit. Die Endlagerung der radioaktiven Abfälle ist in nationaler Verantwortung von der Bundesregierung zusammen mit der Atomwirtschaft in dieser Legislaturperiode einer Lösung zuzuführen."

Welchen Energiemix die Gewerkschaften für die Zukunft wollen, hat der DGB-Bundesvorstand im März in den „Energiepolitischen Thesen des DGB" festgehalten.

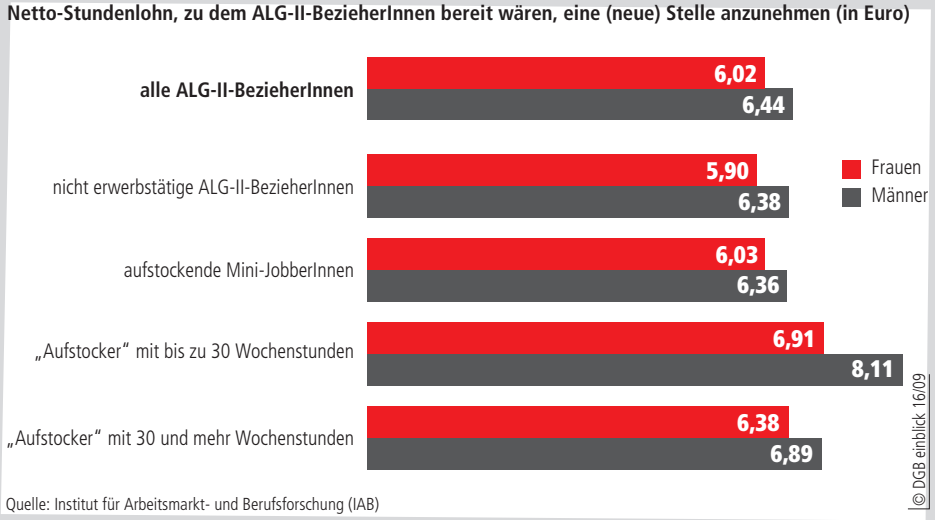
www.einblick.dgb.de

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

ARBEITSSUCHE: Frauen würden für (noch) weniger arbeiten

Das Hartz-System hat den Druck auf viele Arbeitssuchende deutlich verschärft. Ein Indiz: Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bewegen sich die Löhne, zu denen ALG-II-BezieherInnen bereit wären, eine Stelle anzunehmen, „überwiegend im Niedriglohnsegment". Im Schnitt würden Hartz-IV-EmpfängerInnen für 6,29 Euro eine Stelle antreten. Besonders starke Auswirkungen hat der Sanktionsdruck offenbar auf Frauen: Ihre „Schmerzgrenze" liegt jeweils unter der der Männer.



personalien

••• ***Susanne Hermen,*** 30, bisher bei der Deutschen Presse-Agentur (dpa) beschäftigt, zuvor unter anderem für die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) tätig, ist seit dem 15. August Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit beim Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks in Düsseldorf.

••• ***Klaus Wiesehügel,*** 56, ist auf dem 20. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) in Berlin mit 90,1 Prozent der Stimmen als Vorsitzender der IG BAU wieder gewählt worden. Wiesehügel hat dieses Amt seit 1995 inne. Ebenfalls im Amt bestätigt wurde ***Dietmar Schäfers,*** 54, mit 88,1 Prozent als stellvertretender Vorsitzender sowie die Vorstandsmitglieder ***Bärbel Feltrini,*** 44 (72,5 %), ***Andreas Steppuhn,*** 47, (68,2 %) und ***Frank Wynands,*** 57 (88,1 %). Neu als stellvertretender Vorsitzender der IG BAU wurde mit 83,6 Prozent ***Robert Feiger,*** 46, gewählt, der dem IG BAU-Vorstand seit 2007 angehört. Der bisherige Stellvertreter ***Hans-Joachim Wilms,*** 54, trat aus gesundheitlichen Gründen nach einer über 14-jährigen Amtszeit nicht mehr zur Wahl an. Neu in den Vorstand wählten die Delegierten ***Harald Schaum,*** 50, Regionalleiter Hessen der IG BAU, mit 72,5 Prozent.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

21.9. ver.di, bundesweiter Aktionstag „Altenpflege in Bewegung"

24./25.9. G20-Gipfel, Pittsburgh/USA

26.9. DGB Hessen-Thüringen, Bezirksfrauenkonferenz zum Gender-Index, Frankfurt/M.

27.9. **Bundestagswahl**

27.9. Landtagswahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein

28.-2.10. Hans-Böckler-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung, 5. Internationale Kasseler Sommerakademie zur Gestaltung der Weltwirtschaft, Hofgeismar/Landkreis Kassel

1./2.10. Hans-Böckler-Stiftung, 5. HBS-Gleichstellungstagung „Wege zur Entgeltgleichheit", Berlin

3.10. Tag der Deutschen Einheit

5.10. DGB, Festakt „60 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund" mit Bundespräsident Horst Köhler, Berlin

5.10. Hans-Böckler-Stiftung, Internationales Diskussionsforum „Perspektiven für eine globalisierte Welt – die Zukunft internationaler Solidarität", Berlin

5.-8.10. Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB), IGB-Exekutivtreffen, Berlin

7.10. 2. Welttag für menschenwürdige Arbeit (World Day for Decent Work)

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Mein Lieblings-Europa-Plakat war nach wie vor von der CDU: ‚Für eine soziale Marktwirtschaft, die menschlich ist.' Da dachte ich, dass die Verwirrung jetzt ihren Höhepunkt erreicht hat. Ich dachte immer, dass sei die Definition der sozialen Marktwirtschaft, dass sie menschlich ist. Und wenn man das extra betonen muss, ist das verdächtig."

Michael Spreng, Journalist, Politikberater und Ex-Wahlkampfmanager von Edmund Stoiber, in der arte-TV-Sendung „Durch die Nacht mit…" vom 3. September über ein Plakat der CDU im Europawahlkampf

Freiwillige Sonderzahlungen

Gleichbehandlung ist zu beachten

Ist ein Arbeitgeber weder vertraglich noch aufgrund kollektiver Regelungen zu Sonderzahlungen verpflichtet, kann er frei entscheiden, ob und unter welchen Voraussetzungen er seinen Arbeitnehmern eine zusätzliche Leistung gewährt. Allerdings ist er an den arbeitsrechtlichen Grundsatz der Gleichbehandlung gebunden. Er darf einzelnen Arbeitnehmern nur aus sachlichen Kriterien eine Sonderzahlung vorenthalten. Stellt er sachfremd Arbeitnehmer schlechter, können diese verlangen, wie die begünstigten Arbeitnehmer behandelt zu werden.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 5. August 2009 - 10 AZR 666/08

Bewerbungskosten

Kostenerstattung auch für das Ausland

Arbeitslose können zur Beratung und Vermittlung unterstützende Leistungen von der Agentur für Arbeit erhalten. Zu diesen Leistungen gehört auch die Kostenerstattung für die Fahrt zu einem Vorstellungsgespräch in einem anderen EU-Mitgliedsstaat.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 19. Juni 2009 - L 7 AL 15/09

Arbeitsschutz

Anspruch auf rauchfreien Arbeitsplatz

Ist es durch Landesgesetz verboten, in Gaststätten Tabak zu rauchen und fällt ein dort beschäftigter Arbeitnehmer in den Schutzbereich dieses Rauchverbots, kann er verlangen, auf einem tabakrauchfreien Arbeitsplatz beschäftigt zu werden.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 19. Mai 2009 - 9 AZR 241/08

Schwerbehinderung

Bewerber braucht fachliche Eignung

Wird ein schwer behinderter Bewerber im Bereich des öffentlichen Dienstes zu einem Vorstellungsgespräch nicht eingeladen, so liegt keine Diskriminierung vor, wenn dem behinderten Bewerber offensichtlich die fachliche Eignung fehlt. Das ist der Fall, wenn er über keine beruflichen Erfahrungen verfügt, die nach dem Stellenprofil Stellenanforderungsmerkmal waren

Hessisches Landesarbeitsgericht, Urteil vom 11. März 2009 - 2/1 Sa 554/08

Sozialversicherungsbeiträge

Bei Schwarzarbeit sind nachzuzahlen

Bei einem illegal beschäftigten Arbeitnehmer gelten die vom Arbeitgeber geleisteten Zahlungen im Rahmen der Berechnung der nachzufordernden Sozialversicherungsbeiträge als Nettoarbeitsentgelt. Ein illegales Beschäftigungsverhältnis liegt auch dann vor, wenn der Arbeitgeber gegen gesetzliche Vorschriften verstößt, ohne dass ihm Vorsatz oder Fahrlässigkeit vorgeworfen werden können.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 29. Juli 2009 - L 6 R 105/09

Gesetzliche Unfallversicherung

Rodeln nicht unfallversichert

Die Verletzung eines Geschäftsführers bei einer Fahrt auf der Rodelbahn während einer Seminarwoche stellt keinen Arbeitsunfall dar.

Der Fall: Der Geschäftsführer unternahm während einer Seminarwoche eine Bergwanderung mit einem Seminarteilnehmer. Die beiden hatten Verschiedenes zu besprechen und wurden von Familienangehörigen begleitet. Nach dem Aufstieg fuhr der Geschäftsführer zusammen mit seiner Tochter mit dem Rodelschlitten zu Tal und verletzte sich. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab. Die dagegen erhobene Klage hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Auf Fortbildungsveranstaltungen besteht kein lückenloser Versicherungsschutz; in der Regel unversichert sind höchstpersönliche Verrichtungen (wie z.B. Essen) oder eigenwirtschaftliche Tätigkeiten (wie z.B. Einkaufen). Selbst wenn man dem Bergaufstieg des Geschäftsführers wegen etwaiger Fachgespräche noch einen betrieblichen Schwerpunkt zuordnen könnte, hat jedenfalls mit Beginn der Rodelfahrt, die er mit seiner Tochter - und nicht mit dem anderen Seminarteilnehmer - unternommen hat, der Versicherungsschutz geendet. Hätte der Geschäftsführer mit dem anderen Seminarteilnehmer weiter wichtige Gespräche zu führen gehabt, hätte er mit diesem die Seilbahn benutzen können - und es wäre dann auch nicht zu dem Unfall gekommen. Seine Behauptung, er befinde sich „immer im Dienst", ist unerheblich.

Sozialgericht Düsseldorf, Urteil vom 4. August 2009 - S 6 U 82/06

Arbeitslosengeld

Keine Sperre bei wichtigem Grund

Kündigt ein Arbeitnehmer ohne wichtigen Grund, erhält er Arbeitslosengeld erst nach einer Sperrzeit von 12 Wochen. Ein wichtiger Grund für die Kündigung kann in der objektiven Überforderung des Arbeitnehmers liegen.

Der Fall: Der 41-jährige Busfahrer kündigte das Arbeitsverhältnis bereits nach 2 ½ Monaten und beantragte Arbeitslosengeld. Wegen der Kündigung stellte die Bundesagentur für Arbeit eine Sperrzeit von 12 Wochen fest. Der arbeitslose Mann berief sich jedoch auf die schlechten Arbeitsbedingungen. Er habe stets - auch am Wochenende - erst spät am Abend erfahren, ob und wann er am nächsten Tag arbeiten müsse. Um Überschreitungen der Lenkzeiten zu verdecken, habe er mit mehreren Fahrtenschreiberscheiben arbeiten sollen. Der Lohn sei ihm nicht pünktlich ausbezahlt worden. Die gegen die Sperrzeit gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Ob der Busfahrer die Lenk- und Ruhezeiten nicht einhalten konnte, ist nicht nachgewiesen. Dennoch: Die objektive Überforderung durch die Arbeitsbedingungen ist ein wichtiger Grund für seine Kündigung gewesen. Er hat wegen der Arbeitsbedingungen derart unter Druck gestanden, dass er den Anforderungen nicht mehr gerecht werden konnte. Aufgrund der nicht vorhersehbaren Dienstzeiten hat der Busfahrer seine Freizeit nicht planen können. Darüber hinaus hat er nur wenig Zeit für die Vorbereitung der ineinander verschachtelten Busfahrten gehabt. Auch sind die Fahrzeiten so knapp kalkuliert gewesen, dass er immer wieder um Entlastung hat bitten müssen. Diese Bedingungen haben sich auf seine Konzentration und damit auch auf die Verkehrssicherheit der häufig mit Kindern und Jugendlichen besetzten Busse ausgewirkt.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 18. Juni 2009 - L 9 AL 129/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 05.10.2009 17/09

DGB

inhalt

Seite 2/3
Zahlen und Stimmen
einblick analysiert, wie GewerkschafterInnen gewählt haben, und sammelt Stimmen zur Wahl

Seite 5
DGB stärken
Der scheidende IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt zieht im einblick-Interview Bilanz

Seite 7
Kooperation und Konflikt
Was die Gewerkschaften von Schwarz-Gelb erwarten

Beilage dieser Ausgabe:
„60 JAHRE DGB"

Bundestagswahl 2009

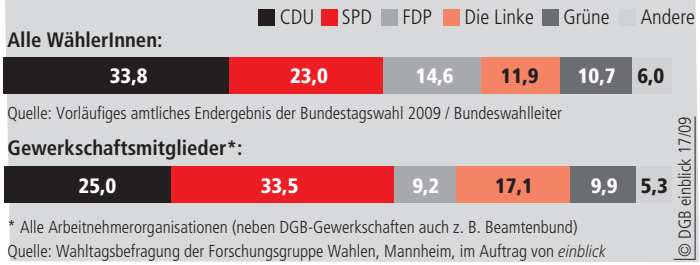
Kein Fortschritt für gute Arbeit

Die Union wird mit ihrem erklärten Wunschpartner, der FDP, die künftige Bundesregierung stellen. Vor einem möglichen „sozialen Eissturm" hat bereits kurz nach der Wahl der DGB-Vorsitzende Michael Sommer gewarnt. Die Kanzlerin bemühte sich zu beschwichtigen: „Es muss sich niemand fürchten vor einem Eissturm, sondern wir werden eine ausgewogene Politik von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Balance machen."

Selbst wenn der von vielen befürchtete soziale Kahlschlag ausbleiben sollte: Verlierer der Bundestagswahl sind in jedem Fall die, die auf sozialen Fortschritt und ein Mehr an guter Arbeit angewiesen sind. Schwarz-Gelb mag den Status Quo erhalten, bei vielen Entscheidungen, die für die Bekämpfung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung nötig wären, wird es aber wohl kaum vorangehen. Denn auch wenn nach einer kurz vor der Wahl vom DGB veröffentlichten Umfrage 79 Prozent der Unions- und sogar 74 Prozent der FDP-WählerInnen für Mindestlöhne sind, dürften wesentliche Fortschritte ausbleiben. Und auch für LeiharbeiterInnen ist eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Entgeltbedingungen eher in die Ferne gerückt. Ein erster Test dafür, wie ernst die künftige Koalition soziale Fragen nimmt, könnte die gesetzlich vorgeschriebene Überprüfung der „Rente mit 67" im kommenden Jahr sein – sowohl Union und FDP haben aber bereits erklärt, an der Anhebung des Renteneintrittsalters festhalten zu wollen.

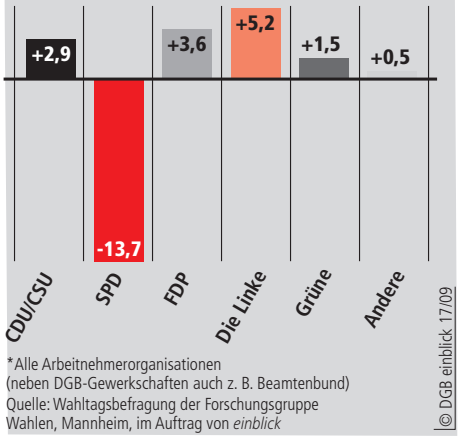
Derweil sind vor allem die Wirtschaftsverbände fleißig dabei, Wunschlisten an die neue Regierung zu formulieren. Während einige, wie BDA-Präsident Dieter Hundt, noch etwas verklausuliert „Ausgaben senkende Strukturreformen in allen Zweigen der Sozialversicherung" fordern, wird vor allem der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) bei der Arbeitsmarktpolitik deutlich. Befristete Einstellungen müssten künftig für vier, statt wie bisher für zwei Jahre möglich sein und der Kündigungsschutz solle in jedem Fall in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten komplett gestrichen werden – so die DIHK-Forderungen. Michael Fuchs vom CDU-Wirtschaftsflügel springt den Kündigungsschutzgegnern bereits zur Seite: „Wir sehen beim Kündigungsschutz Reformbedarf." Ganz anders Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU). „Wer gerade in der Krise immer wieder das hohe Lied auf die soziale Marktwirtschaft gesungen hat, wird unglaubwürdig, wenn er ihre wichtigsten Errungenschaften jetzt in Frage stellt", mahnte sie in Richtung CDU. •

Gewerkschafter: Keine Mehrheit für Schwarz-Gelb
Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2009 (in Prozent)



Die SPD behauptet bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen ihren „ersten Platz" mit 33,5 Prozent, dahinter liegen die Union mit 25 und DIE LINKE mit knapp über 17 Prozent. Die Grünen liegen bei GewerkschafterInnen knapp, die FDP deutlich unter ihrem Gesamtergebnis.

Gewerkschafter: Zweistellige Verluste für die SPD
Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* – Veränderungen gegenüber 2005 (in Prozent)



Bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen hat die SPD mit minus 13,7 Prozent noch stärker verloren als bei allen WählerInnen (11,2 Prozent). Alle anderen Parteien gewinnen bei GewerkschafterInnen hinzu – am stärksten DIE LINKE, am wenigsten die Grünen.

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.60-jahre-dgb.de
Die Jubiläumswebseite des DGB

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Bereich Arbeitsmarktpolitik: „Arbeitslosenversicherung wird ins Rekord-Defizit getrieben"

Schuldenbremse

Ausgebremst

Die unter der Großen Koalition beschlossene so genannte Schuldenbremse wird die Landeshaushalte so stark beschränken, dass sie in den kommenden Jahren kaum noch handlungsfähig sein dürften. Das belegt jetzt eine Berechnung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. Beispielsweise müsse Schleswig-Holstein zwischen 2010 und 2020 ein strukturelles Defizit von 1,4 bis knapp 1,6 Milliarden Euro abbauen, wenn es die Regeln der Schuldenbremse erfüllen möchte. Auch in NRW müsste bis 2020 ein Defizit von bis zu 5,2 Milliarden Euro abgebaut werden. Sofern das Bundesverfassungsgericht die Schuldenbremse nicht noch verhindere, müssten eine großzügige Auslegung des Gesetzes und Steuererhöhungen die negativen Folgen verringern, so die IMK-Forscher. •

DGB-Studie

Beamtinnen benachteiligt

Frauen im Staatsdienst verdienen durchschnittlich fast 18,7 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen – das belegt eine Studie des DGB. „Öffentliche Arbeitgeber sollten als leuchtendes Vorbild vorangehen, wenn es um die Gleichstellung von Mann und Frau geht", so die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Allerdings sei das Gegenteil der Fall. Verantwortlich sind unter anderem die hohe Teilzeitquote unter den weiblichen Beschäftigten und der geringe Anteil von Frauen in Spitzenpositionen. Der DGB fordert deshalb, auch Teilzeitkräften den beruflichen Aufstieg – auch in Führungspositionen – zu ermöglichen. „Führen in Teilzeit und im Tandem ist möglich, dafür gibt es genug Beispiele", betonte Sehrbrock. •

Bundestagswahl 2009: So haben GewerkschafterInnen gewählt

Im Rahmen ihrer Wahltagsbefragung am 27. September 2009 hat die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen insgesamt 15591 WählerInnen interviewt. 15,4 Prozent der Befragten gehören Arbeitnehmerorganisationen an.

Der Trend seit Agenda 2010 und Hartz-Reformen, dass die SPD bei gewerkschaftlich organisierten WählerInnen an Boden verliert, setzt sich auch bei der Bundestagswahl 2009 fort. Das gilt für alle Berufsgruppen. Zwar schneidet die SPD bei ArbeiterInnen und Angestellten immer noch besser als die Union ab, sie musste aber noch einmal gegenüber 2005 große Verluste hinnehmen (ArbeiterInnen: minus 16,1 %, Angestellte: minus 10,7 %). 2002 hatten sich noch 55,7 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Angestellten und 53,5 Prozent der ArbeiterInnen für die SPD entschieden. Bei den Beamten, die einer Gewerkschaft angehören, hat die Union die SPD überholt. Gegenüber 2005 verloren die Sozialdemokraten in dieser Gruppe 13,5 Prozentpunkte, die Union konnte um 6,9 Prozentpunkte zulegen.

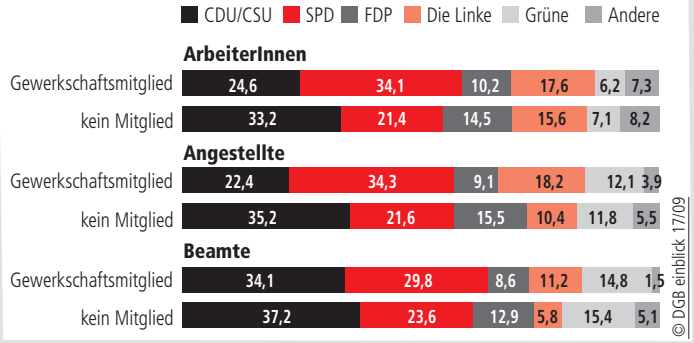
Anders als bei den Bundestagswahlen von 1998 bis 2005 lassen sich bei der Bundestagswahl 2009 kaum geschlechtsspezifische Unterschiede im Wahlverhalten von gewerkschaftlich organisierten Männern und Frauen feststellen. Der Trend, dass Frauen, vor allem gewerkschaftlich organisierte, eher für Rot-Grün votieren, hat sich nicht fortgesetzt. Nur was die Wahl der Grünen betrifft, lassen sich noch signifikante Unterschiede feststellen. Die Gewerkschaftsfrauen haben mit 12,9 Prozent wesentlich häufiger für die Grünen gestimmt als ihre Kollegen (8,2 %).

Bei den Landtagswahlen in Brandenburg bleiben die Sozialdemokraten unter den Gewerkschaftsmitgliedern mit 36 Prozent stärkste politische Kraft. Gegenüber 2004 konnte die SPD ihr Ergebnis in dieser Gruppe sogar um vier Prozentpunkte verbessern. Es folgt mit 31 Prozent die Partei Die Linke (gegenüber 2004 ein Minus von 4 Prozent).

Verluste für CDU und SPD, Gewinne für FDP, Linke und Grüne: Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein liegt das Wahlverhalten der GewerkschafterInnen im Landestrend. Obwohl die SPD gegenüber der letzten Wahl 2005 insgesamt 17 Prozentpunkte verlor, liegt sie mit einem Stimmenanteil von 36 Prozent in der Gunst der gewerkschaftlich organisierten WählerInnen immer noch vorn.

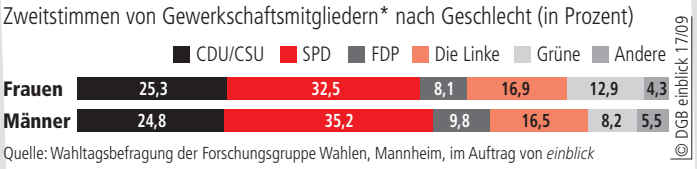
SPD nur noch bei ArbeiterInnen und Angestellten vorn

Zweitstimmen von Berufstätigen bei der Bundestagswahl 2009 nach Berufstätigkeit und Gewerkschaftszugehörigkeit* (in Prozent)



Kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern

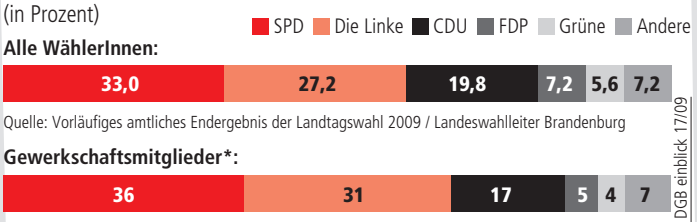
Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* nach Geschlecht (in Prozent)



Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

Brandenburg: SPD kann zulegen

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Brandenburg vom 27. September 2009 (in Prozent)

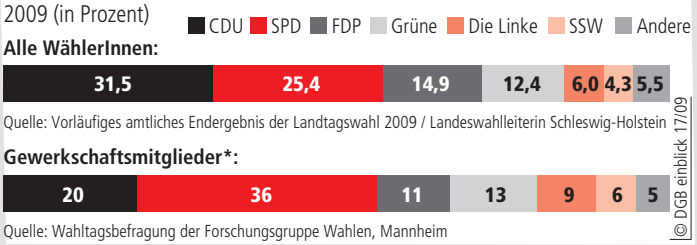


Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2009 / Landeswahlleiter Brandenburg

Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Schleswig-Holstein: Keine Mehrheit für Schwarz-Gelb

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 27. September 2009 (in Prozent)



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2009 / Landeswahlleiterin Schleswig-Holstein

Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Stimmen zur Wahl

„Schwarz-Gelb meint es ernst“

Zwar hatten die Gewerkschaften keine Wahlempfehlung ausgesprochen, wohl aber eindringlich vor Schwarz-Gelb gewarnt. Jetzt wird genau diese Konstellation das Land regieren und die SPD landet unsanft in der Opposition. Wie geht es weiter? einblick hat Stimmen zur Wahl gesammelt.

Tenor vieler Kommentare – auch aus den Gewerkschaften: Die SPD müsse sich inhaltlich neu ausrichten. Der DGB-Vorsitzende von NRW, Guntram Schneider, fordert die Partei zur „sozialen Erneuerung“ auf. Dazu gehöre, dass die Agenda-Politik an zentralen Punkten korrigiert würde. Schneider hat den Einzug in den Bundestag als SPD-Kandidat im Wahlkreis Bielefeld knapp verpasst. Der DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg, Dieter Scholz, gab am Tag nach der Wahl Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) deutliche Signale für die anstehenden Koalitionsverhandlungen mit auf den Weg: „Wenn die SPD in Brandenburg gegen den Bundestrend Wahlen gewinnt, dann muss sie jetzt auch gegen den Bundestrend Politik machen.“

Gestärkt gehe aus der Bundestagswahl die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) hervor, erklärte ihr Bundesvorsitzender Karl-Josef Laumann (CDU). Der NRW-Arbeits- und Sozialminister befürchtet keinen sozialen Kahlschlag. Das Regierungsprogramm der Union sei aus Sicht der CDA ein gutes Programm. Deshalb gehe er davon aus, „dass auch der Koalitionsvertrag in Ordnung sein wird“.

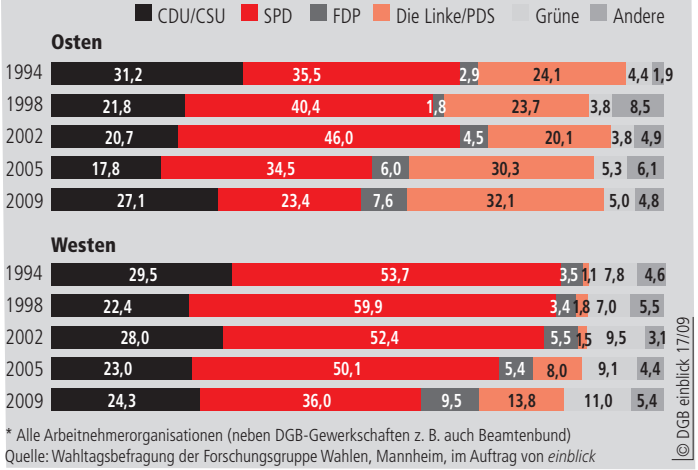
Der Kampf gegen die Rente mit 67 und die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns sind für Alexander Ulrich, 2. Bevollmächtigter der IG Metall Kaiserslautern und frisch gewählter Abgeordneter für DIE LINKE, weiterhin zwei der wichtigsten Themen auf Bundesebene. „Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Wirtschaftskrise nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird“, so Ulrich. „Darum brauchen wir eine Zusammenarbeit von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition – insbesondere mit den Gewerkschaften.“ „Ich verstehe mich als parlamentarischer Arm der Gewerkschaften, weil die Angriffe von Schwarz-Gelb auf Arbeitnehmerrechte zunehmen werden“, sagt auch Ulrichs Fraktionskollege Klaus Ernst. „Die nächste große Auseinandersetzung wird die ‚Überprüfung‘ der Rente mit 67 im nächsten Jahr sein.“

Willi Brase, DGB-Regionsvorsitzender Siegen-Wittgenstein-Olpe und SPD-MdB, hält neben der Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise den „Erhalt und der Ausbau des Sozialstaates“ für eine Hauptaufgabe der kommenden vier Jahre.

Kurz vor der Wahl hatten in Niedersachsen Gewerkschafter gemeinsam mit PolitikerInnen von SPD und Grünen den „Niedersachsen-Aufruf gegen Atomkraft“ initiiert *(einblick 16/2009)*. „Schwarz-Gelb meint es ernst mit dem Atom-Rollback und will Gorleben um jeden Preis als Endlager durchsetzen“, sagt Brigitte Pothmer, ver.di-Mitglied und wiedergewählte Grünen-Abgeordnete, die zu den InitiatorInnen des Aufrufs gehört. „Dagegen steht eine gesellschaftliche Mehrheit mit uns Grünen.“ •

Gewerkschafter: Hohe Gewinne für die Union im Osten, geringe im Westen

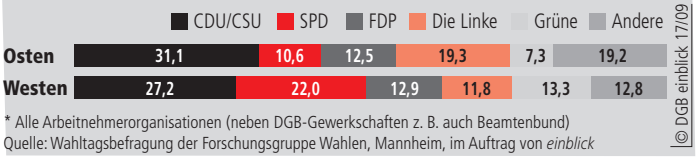
Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei den Bundestagswahlen 1994, 1998, 2002, 2005 und 2009 in Ost und West (in Prozent)



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z. B. auch Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

SPD: Wenig Chancen bei jungen GewerkschafterInnen

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* unter 30 Jahre bei der Bundestagswahl 2009 in Ost und West (in Prozent)



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z. B. auch Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

Von allen Altersgruppen schneidet die SPD bei GewerkschafterInnen unter 30 Jahren am schlechtesten ab. Im Osten Deutschlands landet sie bei jungen Gewerkschaftsmitgliedern sogar nur auf Platz 4. Die größte Zustimmung bei den Jüngeren erhielt in West und Ost die Union.

So wurden sie gewählt

einblick stellt die wieder- oder neu gewählten Parlamentarier vor, die vor ihrer Abgeordnetentätigkeit gewerkschaftspolitisch aktiv waren – oder immer noch sind (in alphabetischer Reihenfolge):

Achim Barchmann, DGB-Regionsvorsitzender Süd-Ost-Niedersachsen, SPD, eingezogen über Landesliste Niedersachsen (als Direktkandidat im Wahlkreis erreichte Erststimmen: 34,6%)

Doris Barnett, ehem. ÖTV- und DGB-Rechtsschutzsekretärin (heute IG BCE), SPD, Landesliste Rheinland-Pfalz (WK 32,4%)

Klaus Barthel, ehem. ÖTV-Gewerkschaftssekretär (heute ver.di), SPD, Landesliste Bayern (WK 15,8%)

Karin Binder, ehem. HBV-Gewerkschaftssekretärin (heute ver.di), DIE LINKE, Landesliste Baden-Württemberg (WK 7,1%)

Klaus Brandner, ehem. 1. Bevollmächtigter der IG Metall Gütersloh, SPD, Landesliste NRW (WK 32,3%)

Willi Brase, DGB-Regionsvorsitzender Siegen-Wittgenstein-Olpe, SPD, Landesliste NRW (WK 39,1%)

Martin Burkert, TRANSNET-Vorstandsmitglied, SPD, Landesliste Bayern (WK 30,2%)

weiter auf Seite 5

Wir halten Ihnen den Rücken frei!

Schnell, einfach, unanfechtbar wählen mit den bewährten Wahlhilfepaketen aus dem Bund-Verlag!

Lieferbar für
- **Normales und**
- **Vereinfachtes Wahlverfahren**

Berg / Hayen / Heilmann
Ratayczak / Schneider
Wahlhilfepaket zur Betriebsratswahl
»Betriebsratswahl 2010« mit allen Unterlagen plus Arbeitshilfe »Wahl des Betriebsrats« inklusive CD-ROM
€ 49,90

Die Vorteile des Wahlhilfepakets:
Zuverlässig, aktuell und rechtssicher: Die aus jahrzehntelanger Erfahrung entwickelten, praxiserprobten Wahlunterlagen aus dem Bund-Verlag stellen Ihnen alles zur Verfügung, was zu einer reibungslosen und unanfechtbaren Wahl notwendig ist.

Die Bestandteile des Wahlhilfepakets:
Formularmappe Normales oder Vereinfachtes Wahlverfahren: Die jeweilige Mappe enthält alle für die Betriebsratswahl notwendigen Formulare, Aushänge, Musterbriefe und Stimmzettel.

Arbeitshilfe »Wahl des Betriebsrats«: Der aktualisierte und überarbeitete Leitfaden verschafft Orientierung und beantwortet offene Rechtsfragen. Der umfassende Rechtsprechungsteil greift insbesondere Entscheidungen seit der Gesetzesnovelle des Betriebsverfassungsgesetzes auf.

Alle Formulare und Stimmzettel auf CD-ROM:
Sie können alle Vorlagen herunterladen und bequem an Ihren Betrieb und dessen Gegebenheiten anpassen. Der **elektronische Wahlkalender** lässt sich problemlos an den jeweiligen betrieblichen Wahlzeitplan anpassen.

NEU! **Das elektronische Stimmauszählungs- und Sitzverteilungsprogramm** berechnet schnell die Größe des zu wählenden Gremiums und gibt automatisch aus, wer in den Betriebsrat gewählt worden ist.

Nicht vergessen:
Der Arbeitgeber trägt die Kosten der Betriebsratswahl!
(§ 20 Abs. 3 BetrVG)

Ja, ich bestelle:

Expl.:	ISBN	Autor / Kurztitel:	€ / Preis
	3907-2	Berg / Hayen u.a. Wahlhilfepaket zur Betriebsratswahl – Normales Wahlverfahren	€ 49,90
	3908-9	Berg / Hayen u.a. Wahlhilfepaket zur Betriebsratswahl – Vereinfachtes Wahlverfahren	€ 49,90

EIN 10 09 08

*Wir geben Ihre Bestellung zur Ausführung an eine Buchhandlung unserer Wahl weiter.

Schnell-Fax: 0 69 / 79 50 10 - 11*

Firma

Name / Vorname

Straße / Nr.

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

☐ Ja, ich möchte den E-Mail-Service Ihres Verlages nutzen, um über interessante Angebote und Neuigkeiten auf dem Laufenden gehalten zu werden. Diesen Service kann ich jederzeit schriftlich bei der Bund-Verlag GmbH widerrufen.

Datum / Unterschrift

BUND VERLAG

Postfach
60424 Frankfurt am Main
Infotelefon:
0 69 / 79 50 10-20
Fax:
0 69 / 79 50 10-11
Internet:
www.bund-verlag.de
E-Mail:
kontakt@bund-verlag.de

Im Interview: Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG BCE

„Der DGB muss stärker werden“

Beim IG BCE-Gewerkschaftskongress im Oktober tritt Hubertus Schmoldt nicht mehr für die Wahl zum Vorsitzenden an. Im einblick-Interview zieht er eine erste Bilanz seiner Amtszeit.

■ Nach 13 Jahren als Gewerkschaftsvorsitzender trittst du nicht mehr an. Welche Bilanz ziehst du?

■ *Die größte gesellschaftspolitische Herausforderung für die Gewerkschaften war in dieser Zeit sicherlich die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Mit erleben zu müssen, wie in Folge dessen im Osten massiv Arbeitsplätze und damit die Hoffnung der Menschen weg gebrochen sind, war eine ganz dramatische Erfahrung. Zwar ist es uns gelungen, im industriellen Bereich Kerne zu erhalten, um die herum auch Neues entstanden ist. Aber vom Beschäftigungsniveau von 1990 und den Jahren davor sind wir natürlich meilenweit entfernt. Diese Teilung des Landes ist noch lange nicht überwunden.*

■ Welches Resümee ziehst du organisationspolitisch?

■ *Unsere Vorläuferorganisationen haben die Fusion bereits 1991 auf den Weg gebracht hat – lange vorm Zusammenschluss zur IG BCE 1997. Wir haben uns bewusst einen längeren Zeitraum genommen, um die Gründung dieser neuen Organisation vorzubereiten, damit am Ende auch eine neue Gewerkschaft mit einer neuen, eigenen Identität entsteht. Es sollte keine „Übernahmen“ geben, niemand sollte das Gefühl haben, an den Rand gedrängt worden zu sein. Ich denke, das ist der neuen Organisation gelungen.*

■ Wie beurteilst du den Stand der DGB-Reform, die du ja auch vehement eingefordert hast?

■ *Bei der Reform befinden uns noch auf der Zielgeraden. Wir haben uns mehr vorgenommen, als jetzt erreichbar ist. Das ist nicht zufrieden stellend, aber das ist auch eine Frage der Machbarkeiten. Entscheidend für die Strukturreform des DGB ist nun der nächste DGB-Kongress 2010, der angesichts einer schwarz-gelben Regierung natürlich auch noch ganz andere Sorgen und Aufgaben hat.*

■ Wie sollte aus deiner Sicht der DGB der Zukunft aussehen?

■ *Seit langem gibt es in den Gewerkschaften Diskussionen über die Rolle des DGB. Aus meiner Sicht muss der DGB als Dachverband deutlich gestärkt werden. Eine stärkere Rolle für den DGB bedeutet für die Mitgliedsgewerkschaften natürlich auch, darauf zu verzichten, in der Öffentlichkeit bei bestimmten verabredeten Themenbereichen eigenständige Positionen zu entwickeln. Das ist sicher nicht immer einfach. Aber wenn der DGB weiter erster Ansprechpartner bei übergreifenden Fragen für Politik und Öffentlichkeit sein soll, dann muss der DGB bei einigen Fragen originäre Antworten geben können. Natürlich haben wir inzwischen andere Gewichtungen im DGB, die schwierig zu händeln sind: Zunächst gibt es zwei ganz große Organisationen im DGB, und dann folgen mit großem Abstand weitere. Da muss man dafür Sorge tragen, dass die beiden großen Organisationen im DGB nicht die kleinen überflügeln. Die Grundidee des DGB war mal, dass jede Organisation im DGB eine Stimme hat, unabhängig davon wie viele Mitglieder sie auf sich vereinigt. Dieser Prozess des Ausgleichs unterschiedlicher Gewichte und Positionen ist schwierig, aber wenn man will, bekommt man das auch hin.*

■ Was sind die wichtigsten Herausforderungen für die IG BCE in den nächsten Jahren?

■ *Die gleichen, die auch für alle anderen Gewerkschaften gelten: Wir müssen unsere Mitgliederbasis verstärken, wir müssen Zugänge zu den Berufsgruppen finden, zu denen wir bisher nur wenig Zugang hatten. Daran arbeiten wir mit unserem Zielgruppenansatz. Der ist mit Sicherheit richtig, aber auch der muss entwickelt und kann nicht von oben verordnet werden. Er muss in den Betrieben gelebt werden. Das heißt: Künftig muss es noch mehr darauf ankommen, Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben erlebbar zu machen. Dazu gehört beispielsweise auch, den Einzelnen – auch befristete – Beteiligungsmöglichkeiten einzuräumen. Viele scheuen etwa davor zurück, dass sie sich, wenn sie in der Gewerkschaft mitarbeiten wollen, nach ihrer Ansicht gleich für vier Jahre in Gremien binden müssen. Viele unserer Organisationsformen, die früher berechtigt waren, entsprechen nicht mehr den Anforderungen der Beschäftigten von heute. Wir müssen Beides schaffen: Strukturen, die allen, die sich längerfristig engagieren wollen, Möglichkeiten eröffnen. Zugleich müssen wir uns auch jenen öffnen, die sich nur kurzfristig, bei einzelnen Themen beteiligen wollen.* •

Foto: IG BCE

Unter dem Motto „vorwärts denken. verantwortlich handeln.“ findet vom 11. bis 16. Oktober 2009 in Hannover der 4. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE statt. Der bisherige Vorsitzende Hubertus Schmoldt, 64, (Foto) tritt nicht mehr zur Wahl an. Der gelernte Maschinenschlosser, seit 1995 Vorsitzender der IG Papier-Chemie-Keramik, ist seit der Gründung der IG Bergbau, Chemie, Energie ihr Vorsitzender. Als designierter Nachfolger stellt sich IG BCE-Vorstand Michael Vassiliadis, 45, auf dem Gewerkschaftstag zur Wahl. *Mehr Infos: www.igbce.de*

Langfassung des Interviews: *www.einblick.dgb.de*

So wurden sie gewählt

Fortsetzung von Seite 3

Werner Dreibus, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Offenbach, DIE LINKE, Landesliste Hessen (WK 6,9%)

Klaus Ernst, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt, DIE LINKE, Landesliste Bayern (WK 10,4%)

Josip Juratovic, ehem. freigestellter Betriebsrat bei AUDI, IG Metall, SPD, Landesliste Baden-Württemberg (WK 25,1%)

Ute Kumpf, ehem. Bezirkssekretärin der IG Metall Baden-Württemberg sowie ehem. DGB-Kreisvorsitzende Calw, SPD, Landesliste Baden-Württemberg (WK 26,3%)

Sabine Leidig, ehem. DGB-Regionsvorsitzende Mittelbaden, DIE LINKE, Landesliste Hessen (WK 6,8%)

Steffen Lemme, DGB-Landesvorsitzender Thüringen sowie stellv. Bezirksvorsitzender Hessen-Thüringen, SPD, Landesliste Thüringen (WK 18,1%)

Ulla Lötzer, ehem. Gewerkschaftssekretärin ver.di Köln, DIE LINKE, Landesliste NRW (WK 8,6%)

Ullrich Meßmer, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Nordhessen, SPD, direkt gewählt im Wahlkreis Waldeck mit 37,8%

Karin Roth, ehem. Vorsitzende DGB-Bezirk Nordmark, SPD, Landesliste Baden-Württemberg (WK 28,6%)

weiter auf Seite 7

kurz&bündig

Die Chemie-Stiftung Sozialpartner-Akademie (CSSA) hat Mitte September ihr erstes Kolloquium für Führungskräfte und Betriebsräte veranstaltet. Als gemeinsame Einrichtung der IG BCE und des Bundes-Arbeitgeberverbands Chemie (BAVC) soll die CSSA den „Wittenberg-Prozess" vertiefen. In dem 2007 initiierten Prozess haben die Chemie-Sozialpartner gemeinsame Leitlinien für „verantwortliches Handeln in der sozialen Marktwirtschaft" vereinbart.

Am 16. und 17. Oktober findet im Rahmen der Frankfurter Buchmesse ein Bildungskongress statt. GEW-Mitglieder, die am Kongress teilnehmen, erhalten als „Bildungsbonus" eine Freikarte für den Besuch der Messe am 18. Oktober (Sonntag).

Anlässlich des Welttourismustags (27. September) hat sich der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg für einen nachhaltigen Tourismus ausgesprochen – auch mit fairer Entlohnung und guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Branche.

Die GdP hat erstmals auf einer Tagung einen „bundesweiten Erfahrungsaustausch" der Gleichstellungsbeauftragten in der Polizei mit rund 100 TeilnehmerInnen organisiert. GdP-Vorstand Elke Gündner-Ede sagte, die GdP wolle auch bei der Polizei für die Durchsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) streiten.

ver.di

Gütesiegel für Call-Center

Der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg fordert ein Gütesiegel für Call-Center, das die Vergabe von öffentlichen Fördergeldern an die Einhaltung von Qualitätskriterien knüpft. „Nur mit einem Gütesiegel kann man schlechte Arbeitsbedingungen und dem Nichteinhalten von gesetzlichen Bestimmungen Einhalt gebieten", erklärt Jürgen Stahl vom Fachbereich Besondere Dienstleistungen des Landesbezirks. Dass das notwendig ist, belegen verschiedene aktuelle Studien. Eine Umfrage von ver.di ergab, dass in Berlin und Brandenburg – einer Boom-Region für Call-Center – eine sehr hohe Unzufriedenheit unter den Beschäftigten herrscht. Die Hauptgründe: schlechte Arbeitsbedingungen und wenig Geld. So verdienen laut „Schwarzbuch Billiglohn" des DGB Berlin-Brandenburg die MitarbeiterInnen in Call-Centern im Schnitt zwischen 5,11 Euro und 6,14 Euro. Hinzu kommt laut DGB, dass viele Angestellte unter kurzfristig festgelegten Dienstplänen, schlecht klimatisierten Großraumbüros und fehlenden Erholungszeiten am Arbeitsplatz leiden.

Alleine in Berlin arbeiten nach Angaben des Senats 22 000 Menschen in rund 170 Call-Centern. Dem ver.di-Vorstoß für die Region Berlin-Brandenburg kommt deshalb eine besondere Rolle zu. Gerade in den neuen Bundesländern und Berlin sind in den vergangenen 20 Jahren viele Call-Center mit öffentlichen Geldern gefördert worden. •

www.einblick.dgb.de/links

Hans-Böckler-Stiftung

Stipendiaten ausgezeichnet

Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) hat zum zweiten Mal nach 2008 einen Engagementpreis an fünf besonders aktive HBS-StipendiatInnen vergeben. HBS-Geschäftsführer Wolfgang Jäger betonte das besondere Engagement der PreisträgerInnen „für die Interessen von ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern in Gewerkschaften, an der Hochschule, in politischen und sozialen Initiativen". Diese Bandbreite zeigt sich auch in den Projekten der Ausgezeichneten: So organisierte Stipendiat Markus Schupp beispielsweise einen Solifonds für einen mittellosen ausländischen Mitstudenten, Elke Oestreicher engagierte sich in mehreren Lehrforschungsprojekten an der Hochschule, Katja Urbatsch initiierte das Internetportal arbeiterkind.de, das Kinder aus nichtakademischen Familien zum Studium ermutigt. Adriana Lettrari startete das Projekt „EU in Progress", und Johannes Klenk wurde für sein Engagement in der stiftungseigenen Bildungsarbeit ausgezeichnet. •

Foto: Hans-Böckler-Stiftung

Die Preisträger (von links): Elke Oestreicher, Adriana Lettrari, Johannes Klenk, Katja Urbatsch und Markus Schupp

www.einblick.dgb.de/links

Bündnis gegen Rechts

Landtag dabei

Der Bayerische Landtag wird Mitglied im bayerischen „Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen", das kündigte die Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU) an. Sie stelle sich voll hinter die Ziele des Bündnisses, so Stamm: Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus bekämpfen und die Erziehung zu Demokratie und Achtung der Menschenwürde fördern. Das Bündnis gegen Rechts war 2005 unter Federführung des DGB gegründet worden. Anlass waren die jährlichen Aufmärsche von Nazis am Geburtsort des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess im bayerischen Wunsiedel, gegen die die AktivistInnen des Bündnisses mobil machten. Heute unterstützen die Mitglieder unter anderem die Projektstelle gegen Rechtsextremismus in Bad Alexandersbad, vernetzen die Mitglieder und stellen Kontakte zu Initiativen und Kommunen her. Neben dem DGB sind 25 weitere Institutionen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Kirchen im Bündnis organisiert. •

www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de

Fachtagung

Arbeitsrecht in Bewegung

Das Arbeitsrecht verändert sich stetig – Entscheidungen der Arbeitsgerichtsbarkeit haben unmittelbaren Einfluss auf die aktuelle Rechtslage und die praktische Arbeit von betrieblichen Interessenvertretungen. Den Austausch von JuristInnen mit Betriebs- und Personalräten will „Arbeit und Leben e.V." deshalb auch in diesem Jahr mit der Fachkonferenz „Arbeitsrechtstag Rhein-Ruhr" fördern. Im Fokus stehen am 4. November in Essen die Themenbereiche Betriebsübergang, Sozialplangestaltung, fristlose Kündigungen bei geringwertigen Vermögensdelikten (wie beim „Fall Emily") sowie neue rechtliche Aspekte zur betrieblichen Mitbestimmung. Zu den ReferentInnen gehören Rechtsanwälte, Richter und Direktoren von Arbeitsgerichten. •

Infos und Anmeldung: www.aulnrw.de

MEINUNG

DGB und Gewerkschaften

„Nicht jede Politik akzeptieren“

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärt im einblick, was die Gewerkschaften von der künftigen Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel erwarten und woran sie sie messen werden.

Foto: DGB

Michael Sommer, 57, ist seit 2002 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Wählerinnen und Wähler haben entschieden. Union und FDP werden die künftige Bundesregierung stellen. Wir als Gewerkschaften haben vor dieser Konstellation gewarnt. Natürlich respektieren wir dieses demokratische Wahlergebnis, wir werden aber nicht jede Politik akzeptieren. **Die Union darf ihre Rolle als Volkspartei jetzt nicht aufgeben,** sie ist auch von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewählt worden. Sie ist aber mit Sicherheit nicht gewählt worden, um eine arbeitnehmerfeindliche und spekulantenfreundliche Politik zu machen.

Ob sie zu einer arbeitnehmerfreundlichen Politik bereit ist, kann sie etwa bei den Mindestlöhnen zeigen: Auch wenn mit der FDP kein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn möglich ist, sollten weitere Branchenlösungen für Mindestentgelte vorangetrieben werden. Auch bei der Überprüfung der „Rente mit 67“, die im kommenden Jahr ansteht, muss die künftige Bundesregierung Farbe bekennen. Denn wer ehrlich ist, muss sagen: **Die Rente mit 67 ist nicht vertretbar und muss zurück genommen werden.**

Es kommt jetzt darauf an, ob die Bundeskanzlerin Wort hält und die betriebene Politik des Ausgleichs mit und auch gegen die FDP fortsetzen kann. Dazu gehört auch, **Arbeitsplätze zu sichern, Entlassungen mit allen Mitteln zu verhindern und die Krisenlasten nicht auf die Beschäftigten abzuwälzen.** Angela Merkel hat mir gegenüber in Sachen Arbeitnehmerrechten eindeutig erklärt, dass sie bei ihren bisherigen Positionen bleibt – ob beim Kündigungsschutz, bei der Mitbestimmung oder bei der Tarifautonomie. Daran werden wir sie messen. Sie muss die Neoliberalen und Marktradikalen in der FDP und in der eigenen Partei in ihre Schranken weisen. Wenn das nicht gelingt, dann werden die Zeiten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für die Gewerkschaften härter.

Die Gewerkschaften werden die Regierung außerdem nicht aus der Verantwortung lassen, wenn es darum geht, Lehren aus der weltweiten Finanzkrise zu ziehen. Wir brauchen endlich eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte.

Der DGB will mit der schwarz-gelben Regierung konstruktiv zusammenarbeiten. **Wenn aber einseitig Politik zu Lasten der sozial Schwachen und zu Lasten der Beschäftigten gemacht wird, werden wir uns zur Wehr setzen und Widerstand organisieren.** •

Kooperation und Konflikt

„Kooperation wo möglich, Konflikt wo nötig“, beschreibt der Erste Vorsitzende der IG Metall, ***Berthold Huber,*** *die Einstellung seiner Gewerkschaft gegenüber der künftigen Regierung. „Beschäftigungssicherung und Stabilisierung der industriellen Wertschöpfungskette, das bleibt auch für Schwarz-Gelb die Hauptaufgabe“, so Huber weiter. Wenn die Gewerkschaften Massenentlassungen verhindern müssten, „brauchen wir die Unterstützung der Politik“.*

Das Wahlergebnis sei eine „Schwächung derjenigen Kräfte, die das Thema der sozialen Gerechtigkeit nach vorne geschoben haben“, meint der ver.di-Vorsitzende ***Frank Bsirske.*** *Gleichzeitig würden durch die FDP „in der Union diejenigen bestärkt, die Themen wie Armutslöhnen und Ungleichbehandlung von Leiharbeitern gleichgültig gegenüberstehen“.*

„In der Krisensituation war Schwarz-Gelb nicht meine Wunschkonstellation. Aber was die Wählerinnen und Wähler entschieden haben, ist zu respektieren“, erklärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende ***Ingrid Sehrbrock.*** *„Wir nehmen die Kanzlerin beim Wort. Die CDU – so sagte sie – will ihre Mittefähigkeit ausbauen, ohne Wirtschaftskompetenz zu verlieren. Aus dieser Absichtserklärung muss jetzt Politik werden – mit Hand und Fuß.“*

Der TRANSNET-Vorsitzende ***Alexander Kirchner*** *warnt derweil vor einem „blinden Privatisierungskurs“ bei der Bahn. „Angesichts der Zustände auf den Finanzmärkten kann so etwas auf absehbare Zeit nicht auf der Tagesordnung stehen“, so Kirchner.*

So wurden sie gewählt

Fortsetzung von Seite 5

Anton Schaaf, ***ehem. freigestellter Betriebsrat Mülheimer Entsorgungsunternehmen, ver.di-Mitglied, SPD, direkt gewählt im Wahlkreis Mülheim-Essen I mit 41,4%***

Michael Schlecht, ***Bereichsleiter Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand, DIE LINKE, Landesliste Baden-Württemberg (WK 9,5%)***

Uwe Schummer, ***CDA-Bundesvorstand, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) sowie IG Metall, CDU, direkt gewählt im Wahlkreis Viersen (NRW) mit 48,9%***

Franz Thönnes, ***ehem. Geschäftsführer IG Chemie-Papier-Keramik Hamburg (heute IG BCE), SPD, Landesliste Schleswig-Holstein (WK 30,6%)***

Alexander Ulrich, ***2. Bevollmächtigter der IG Metall Kaiserslautern, DIE LINKE, Landesliste Rheinland-Pfalz (WK 13,9%)***

Heinz Peter Wichtel, ***Betriebsratsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied der Fraport AG, CDU, direkt gewählt im Wahlkreis Offenbach mit 40,2%***

Sabine Zimmermann, ***DGB-Regionsvorsitzende Vogtland-Zwickau, DIE LINKE, Landesliste Sachsen (WK 28,1%)***

Willi Zylajew, ***CDA-Bundesvorstand, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) sowie IG BCE, CDU, direkt gewählt im Wahlkreis Erftkreis I mit 39,4%***

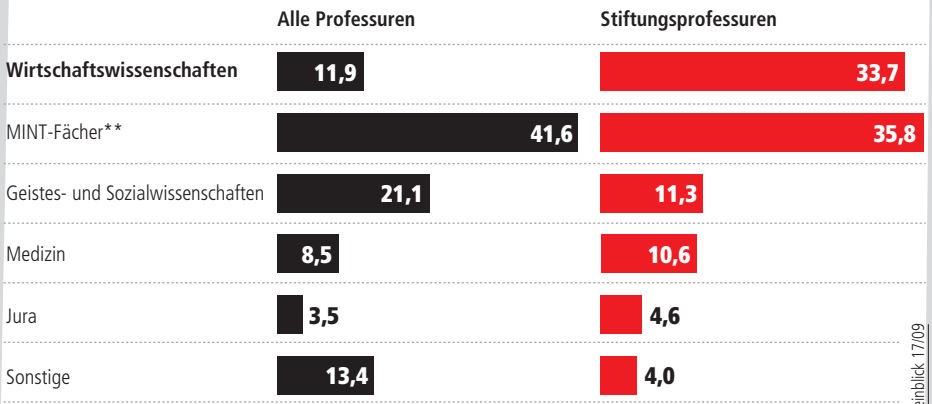
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

STIFTUNGSPROFESSUREN: Kampf um die Köpfe?

Während Wirtschaftsprofessuren nur rund zwölf Prozent aller deutschen ProfessorInnen-Stellen ausmachen, sind es bei den gestifteten Professuren fast 34 Prozent. 80 Prozent der Stifter erwarten laut Institut der deutschen Wirtschaft Köln eine stärkere „Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft". Das privat gestiftete Geld kommt teilweise von Verbänden oder Einzelpersonen – in der Mehrheit (etwa zwei von drei Fällen) aber mittelbar oder unmittelbar aus der Wirtschaft und von Unternehmen.

Anteil der Fachrichtungen unter allen Professuren* und unter Stiftungsprofessuren (in Prozent)



*nur hauptamtliche Stellen
**Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2009, Statistisches Bundesamt, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

© DGB einblick 17/09

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

5.10. DGB, Festveranstaltung „60 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund" mit Bundespräsident Horst Köhler, Berlin

5.10. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Konferenz „Perspektiven für eine globalisierte Welt – die Zukunft internationaler Solidarität", Berlin

5.-8.10. IGB, Exekutiv-Treffen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Berlin

7.10. Welttag für menschenwürdige Arbeit – World Day for Decent Work

7.10. IGB, Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Berlin

7.10. ver.di, Koordinierungstreffen „Organizing Kampagne im Studentenwerk", Berlin

7.10. ver.di-innotec, Workshop „Internetauftritte über ein CMS – Was können Content Management Systeme?", Frankfurt am Main

8.10. DGB-Bildungswerk und DGB Hamburg, Workshop „Die Verwaltung in Norddeutschland interkulturell öffnen", Hamburg

8./9.10. ver.di-Landesbezirk Nord, Podiumsdiskussion „Ein unmoralisches Angebot: Personalabbau bei steigenden Gewinnen – und die Allgemeinheit zahlt den Preis!", Kiel

9.10. DGB-Bildungswerk, Seminar „Migrationspolitik in Europa im Rahmen der Krise – Rahmenbedingungen und Herausforderungen", Berlin

9.10. DGB, DGB-Jugend, ver.di, GEW Berlin, taz, „Praktikanten-Streik", Berlin

11.-16.10. IG BCE, 4. Ordentlicher Gewerkschaftskongress, Hannover

12.-14.10. euro-betriebsrat.de, Workshop für Europäische Betriebsräte, Montabaur

14.-16.10. ver.di, Seminar „PFIFF – Projekt für Frauen in Führungsfunktionen", Berlin

15./16.10. Hans-Böckler-Stiftung, Veranstaltung „Neue Erwerbsarbeit – altes Arbeitsrecht? Form und Reichweite des Strukturwandels im Arbeitsrecht", Erfurt

personalien

••• ***Elke Drewes,*** 47, zuvor zwölf Jahre Journalistin beim NDR-Hörfunk, ist seit dem 15. September neue Pressesprecherin des DGB Hessen-Thüringen. Sie folgt Marita Eilrich, die in Ruhestand gegangen ist. Drewes war in der Frauenbewegung aktiv. Künftig leitet sie beim DGB-Bezirk Hessen-Thüringen außerdem den Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik.

••• ***Dr. Katharina Erdmenger,*** 37, beendet zum 1. Oktober ihre Tätigkeit als Leiterin des DGB-Verbindungsbüros in Brüssel und wechselt als Referatsleiterin für Europäische Raumordnungspolitik zum Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882413, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Wir Journalisten sollten die Tigerente ab heute zurück ins Kinderzimmer schicken. Die Zeiten sind ernst und deshalb schwarz-gelb."

Sven Gössmann, Journalist der Rheinischen Post (Düsseldorf), am Wahlabend zum Begriff „Tigerentenkoalition" als Bezeichnung für ein Bündnis aus CDU, CSU und FDP.

Hartz IV

Vertrauensschutz bei Überzahlung

Ist für Hartz-IV-Empfänger anhand der Bewilligungsbescheide nicht ohne weiteres erkennbar, dass die Grundsicherungsbehörde Einkommen unzureichend angerechnet hat, darf die Behörde Überzahlungen für zurückliegende Zeiträume nicht zurückverlangen.

Der Fall: Die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) verlangte von der dreiköpfigen Familie die Erstattung von 2314,- Euro. Die ARGE hatte über einen Zeitraum von zwei Jahren mehrere Neuberechnungsbescheide erlassen. In diesem Zusammenhang vergaß der Sachbearbeiter, das Kindergeld der Tochter durchgehend anzurechnen. Auf die Klage wurden die Erstattungsbescheide der ARGE aufgehoben.

Das Sozialgericht: Das Kindergeld ist zwar als Einkommen auf den Leistungsanspruch der Tochter anzurechnen. Der Rücknahme der Bewilligungsbescheide steht jedoch ein Vertrauensschutz der Familie entgegen; denn diese hat die Leistungen für den eigenen Lebensunterhalt verbraucht. Die Eltern haben die erforderliche Sorgfalt nicht in besonders schwerem Maße verletzt, so dass ihre Unkenntnis von der Überzahlung nicht auf grober Fahrlässigkeit beruht. Sie haben davon ausgehen dürfen, dass die Behörde ihre Angaben zum Kindergeld vollständig berücksichtigt. Wegen der komplizierten Gestaltung der Bewilligungsbescheide und der schwankenden Leistungshöhe auf Grund der Anrechnung wechselnder Erwerbseinkommen ist die fehlerhafte Berechnung der Leistungen für einen juristischen Laien nicht augenfällig gewesen.

Sozialgericht Dortmund,
Urteil vom 22. Juli 2009 - S 28 AS 228/08

Gesetzliche Unfallversicherung

Katzenbiss ist Arbeitsunfall

Die Mitarbeiterin einer Tierarztklinik, die während der Behandlung eines Tieres verletzt worden ist, kann von dem Arbeitgeber kein Schmerzensgeld verlangen.

Der Fall: Die Hilfstierpflegerin wurde von einem Kater in die linke Hand gebissen. Eine Infektion verkomplizierte den Heilungsprozess. Sie leidet immer noch unter den Folgen und verlangte von ihrem Arbeitgeber die Zahlung von Schmerzensgeld.

Das Landesarbeitsgericht: Die Hilfstierpflegerin kann kein Schmerzensgeld von ihrem Arbeitgeber verlangen. Nach dem Gesetzt steht dem geschädigten Arbeitnehmer nur dann ein Schadensersatzanspruch gegen den Arbeitgeber zu, wenn der den Schaden vorsätzlich herbeigeführt hat. Grund der Regelung ist, dass an die Stelle der privatrechtlichen Haftung des Arbeitgebers bei Arbeitsunfällen die sozialversicherungsrechtliche Gesamthaftung der Berufsgenossenschaft tritt. Dadurch steht dem Geschädigten ein solventer Anspruchsverpflichteter zur Verfügung. Auch wenn anzuerkennen ist, dass sich die Mitarbeiterin in einer schwierigen persönlichen Situation befindet, ist nicht zu erkennen, dass der Arbeitgeber mit bedingtem Vorsatz gehandelt hat, als er ihr die Anweisung gab, den widerspenstigen Kater zu fangen. Der Arbeitgeber musste zwar davon ausgehen, dass es beim Fangen eines renitenten Tieres in einer Tierklinik zu Verletzungen kommen kann. Er hat aber nicht billigend in Kauf genommen, dass sich die Mitarbeiterin in derartiger Weise verletzen und einen solchen Schaden davontragen würde.

Hessisches Landesarbeitgericht,
Urteil vom 14. Juli 2009 - 13 Sa 2141/08

Raucherpausen

Ausstempeln nicht vergessen

Wer trotz Abmahnung wiederholt Pausen im betrieblichen Raucherraum verbringt, ohne die vorgeschriebene Zeiterfassung zu bedienen, riskiert die fristlose Kündigung.

Arbeitsgericht Duisburg,
Urteil vom 14. September 2009 – 3 Ca 1336/09

Klagefrist

Schuldhafte Versäumung ist irreparabel

Wer seinen Briefkasten nicht mit seinem Namen kenntlich macht mit der Folge, dass er nicht rechtzeitig Klage erhebt, hat die Frist schuldhaft versäumt. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wird in diesem Fall nicht gewährt; denn diese setzt voraus, dass jemand ohne Verschulden verhindert gewesen ist, eine gesetzliche Verfahrensfrist einzuhalten.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 26. Februar 2009 - L 6 SO 78/07

Kündigung

Kündigungsgrund Zuspätkommen

Kommt ein Arbeitnehmer ständig zu spät zur Arbeit, muss er mit seiner Entlassung rechnen. Nicht immer hilft ein ärztliches Gutachten, wonach man wegen einer psychischen Störung nicht in Lage ist, den Zeitpunkt des Arbeitsantritts selbst frei zu bestimmen.

Thüringer Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 11. Juni 2009 - 3 Sa 22/07

Ausbildungskosten

Rückzahlung unter Voraussetzungen

Wird in einem Arbeitsvertrag vereinbart, dass der Arbeitnehmer verpflichtet ist, Aus- und Fortbildungskosten dem Arbeitgeber zurückzuzahlen, so ist diese Vereinbarung nur unter der Voraussetzung gültig, dass die Ausbildung von geldwertem Vorteil für den Arbeitnehmer ist und dieser nicht unangemessen lange an das Arbeitsverhältnis gebunden wird. Ist eine zu lange Bindungsdauer vereinbart, führt dies grundsätzlich zur Unwirksamkeit der Rückzahlungsklausel insgesamt; ein Rückzahlungsanspruch besteht nicht.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 15. September 2009 - 3 AZR 173/08

Werbungskosten

Auch bei Erststudium abzuziehen

Aufwendungen für ein so genanntes Erststudium nach abgeschlossener Berufsausbildung können als Werbungskosten abgezogen werden. Sie sind keine Kosten der Berufsausbildung.

Bundesfinanzhof,
Urteil vom 18. Juni 2009 - VI R 14/07

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 19.10.2009 18/09

DGB

inhalt

Seite 3
Rolle der Gewerkschaften gewachsen
Beim internationalen Krisenmanagement werden die Gewerkschaften zunehmend als Akteur ernst genommen

Seite 5
Akteure vernetzen sich
Das „Netzwerk Beteiligung" wirbt für beteiligungsorientierte Gewerkschaftsarbeit – auch im Vorfeld der Betriebsratswahlen 2010

Seite 7
Blick auf die Mitglieder
Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel, erklärt, welche Ziele seine Gewerkschaft mit dem „Projekt IG Metall 2009" verfolgt

Krankenversicherung

Parität wieder herstellen

Mit einem Minus von 7,5 Milliarden Euro bei den gesetzlichen Krankenkassen rechnet der Schätzerkreis des Bundesversicherungsamtes im kommenden Jahr. Eine große Herausforderung für die künftige Bundesregierung – und eine Chance zu zeigen, wie ernst es Schwarz-Gelb mit einer sozialen Politik meint. Die FDP hat in den Koalitionsverhandlungen aber bereits klar gemacht: Sie ist gegen zusätzliche Kosten oder steigende Beiträge – zumindest für die Arbeitgeber. Bleiben noch zwei Möglichkeiten, wie das Defizit ausgeglichen werden kann: mit weiteren Steuerzuschüssen zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) oder mit Zusatzbeiträgen der Kassen, beziehungsweise einseitig höheren Arbeitnehmerbeiträgen zur GKV.

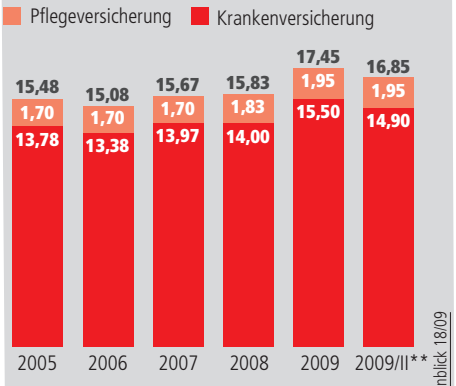
DGB-Vorstand Annelie Buntenbach hat Letzterem bereits eine klare Absage erteilt und warnt vor einer „Belastungswelle" in der GKV. In der Krise müssten Millionen von ArbeitnehmerInnen bereits Einkommenseinbußen hinnehmen und dürften deshalb als Versicherte nicht „doppelt und dreifach abkassiert werden", so Buntenbach.

Zudem ist die GKV schon jetzt längst nicht mehr paritätisch finanziert – bereits heute zahlen die versicherten ArbeitnehmerInnen einen Sonderbeitrag von fast einem Prozentpunkt. Mit diesem Zusatzbeitrag und Sonderzahlungen wie der Praxisgebühr würden die Versicherten 15 Milliarden Euro zur Finanzierung der GKV einseitig übernehmen, rechnet der DGB vor. Der DGB fordere deshalb, „dass die Arbeitgeber endlich wieder den gleichen Beitrag leisten wie die Beschäftigten", erklärt Buntenbach. Außerdem sollten die Zusatzbeiträge (der Versicherten) abgeschafft und stattdessen der Steueranteil zur Finanzierung der Krankenversicherung erhöht werden. Perspektivisch erwarte der DGB eine Gesundheitsreform, die endlich „mit der Zweiklassenmedizin aufräumt".

Auch verschiedene VertreterInnen der Union lehnen einseitige Belastungen der ArbeitnehmerInnen ab. Saarlands amtierender – und wohl auch künftiger – Ministerpräsident Peter Müller (CDU) erklärte, die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungen sei schon an mehreren Punkten „durchbrochen". Diesen Weg solle man nicht fortsetzen. •

Auf und ab

Entwicklung der Beitragssätze zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung (in Prozentpunkten)*



*teilweise Jahresdurchschnitt aus verschiedenen Beitragssätzen
**seit 1. Juli 2009
Quelle: BMG

Mal ging es rauf mit den Beiträgen zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, mal runter. Nur ein Trend bleibt: Paritätisch finanziert sind beide Sozialversicherungszweige nicht mehr. Bei der Krankenversicherung zahlen Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils 7 Prozent des Bruttolohns – die Arbeitnehmer aber zusätzlich noch einen Sonderbeitrag von 0,9 Prozent und zudem die Praxisgebühren. In der Pflegeversicherung sind die Beitragsanteile von Arbeitnehmern und -gebern zwar gleich hoch, die Arbeitnehmer mussten dafür aber den Wegfall eines gesetzlichen Feiertags (Buß- und Bettag) hinnehmen.

plusminusBERLIN

+ ***Die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) bringt die Kritik am Bürgergeldkonzept der FDP auf den Punkt: „Wir wollen keine Transferhilfeempfänger, die plötzlich den halben Winter ungeheizt überstehen müssen, weil die Pauschale nicht gereicht hat."***

– ***Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach (CDU) fordert härtere Sanktionen gegen ausländische Arbeitslose. Er glaubt: Viele, die zu einem Sprachkurs verpflichtet worden seien, „kommen einfach nicht". „Die können nicht weiter die vollen Sozialleistungen beziehen."***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.lohnspiegel.de
Der Lohnspiegel des WSI-Tarifarchivs mit neuer Umfrage

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
WSI: Kündigungsschutz hat keine negativen Beschäftigungseffekte

Ausbildungszahlen

Frisierte Bilanz

Der Ausbildungspakt aus Bundesregierung und Wirtschaft hat die aktuelle Jahresbilanz für den Ausbildungsmarkt vorgelegt. Demnach haben bis Ende September 9600 Jugendliche keine Lehrstelle gefunden. Das seien 4900 weniger als im Vorjahr, so die Bundesagentur für Arbeit (BA).

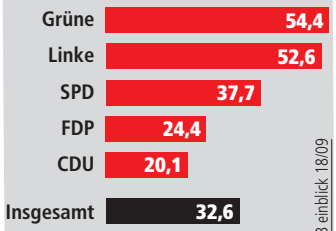
Mit scharfer Kritik reagierte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock auf die Zahlen. Der Pakt präsentiere erneut eine frisierte Bilanz. Frei nach dem Motto „Es kann nicht sein, was nicht sein darf" werde die Statistik schöngeredet. Es sei angesichts von 1,5 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung „schlicht zynisch" zu behaupten, dass jeder ausbildungswillige Mensch eine Lehrstelle bekomme, betonte Sehrbrock.

Der DGB fordert deshalb dringend eine „ehrliche Ausbildungsstatistik". Kritik übt der Gewerkschaftsbund vor allem an zwei Aspekten der Ausbildungszahlen der Paktpartner: Zum einen werden fast 73 500 Jugendliche in überbrückenden Maßnahmen als „versorgt" gewertet, obwohl sie eine Ausbildungsstelle suchen – damit liege die Zahl aller „Unversorgten" bei mindestens 84 000. Zum anderen würden jedes Jahr zehntausende BewerberInnen als nicht ausbildungsreif eingestuft – und verschwinden so ebenfalls aus der Statistik. •

Die neu gewählte grüne Bundestagsfraktion weist mit 54,4 Prozent wie bisher den höchsten Frauenanteil aller Fraktionen im Bundestag auf, gefolgt von der Linken, der SPD und der FDP. Schlusslicht ist die CDU/CSU-Fraktion mit 20,1 Prozent weiblichen Abgeordneten. Insgesamt ist der Frauenanteil im Bundestag mit 32,6 Prozent gegenüber der letzten Legislaturperiode (31,8 Prozent) geringfügig gestiegen.
Wie auch bei früheren Bundestagswahlen haben die Wählerinnen das frauenpolitische Engagement der Grünen honoriert: Frauen haben deutlich häufiger die Grünen gewählt (13% aller Frauen / 9% der Männer). Aber auch die CDU/CSU steht in der Gunst der Frauen höher: 36 Prozent der Frauen gaben der Union ihre Stimme, aber nur 31 Prozent der Männer. Dagegen hat die SPD gegenüber den letzten Bundestagswahlen ihren Frauenvorsprung eingebüßt und hat mit einem Minus von 13,5 Prozentpunkten bei den Wählerinnen überdurchschnittlich verloren. 23 Prozent der Frauen wie auch der Männer haben 2009 für die SPD gestimmt. Männer hingegen wählen häufiger FDP (17 % der Männer / 13 % der Frauen) und die Linke (13 % / 11 %).

Grüne als Frauenpartei

Anteil der weiblichen Abgeordneten im neu gewählten Bundestag nach Fraktionen (in Prozent)



Quelle: Deutscher Bundestag/ eigene Berechnungen

© DGB einblick 18/09

Geisteswissenschaftler

Kreativ und schlecht bezahlt

Nicht jeder Hochschulabschluss ist im Berufsleben gleich viel wert, so das Ergebnis einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit: Geistes-, Kultur- und SozialwissenschaftlerInnen verdienen deutlich weniger, als etwa HochschulabsolventInnen der Natur- und Ingenieurwissenschaften: Das monatliche Nettogehalt von Geisteswissenschaftlern liegt laut IAB bei 2300 Euro, AbsolventInnen aller anderen Fachrichtungen kommen im Schnitt auf 2600 Euro.

Auch die Selbstständigkeit oder die Arbeit als Freiberufler bringen Geistes-, Kultur- und SozialwissenschaftlerInnen keine finanziellen Vorteile: Sie verdienen als Selbstständige in der Regel weniger, als fest Angestellte – bei den meisten anderen akademischen Fachrichtungen ist das Verhältnis umgekehrt. Das könne daran liegen, dass besonders viele selbstständige Geisteswissenschaftler in „vergleichsweise schlecht bezahlten Bereichen" wie „Kunst, Kultur oder dem Verlagswesen" tätig seien, so Frank Wießner vom IAB. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

IG BAU

Putz-Notstand

Im Gebäudereinigerhandwerk wird es einen unbefristeten, bundesweiten Streik geben – den ersten Arbeitskampf dieser Art in der Branche. Zum *einblick*-Redaktionsschluss rechnete die IG BAU kurz vor Bekanntgabe der endgültigen Ergebnisse der Urabstimmung mit einer deutlichen Zustimmung der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten. Arbeitsniederlegungen soll es ab dem 20. Oktober geben. In ganz Deutschland könne dann ein „Putz-Notstand" ausbrechen, so die Gewerkschaft. Die IG BAU fordert für die Beschäftigten der Branche unter anderem ein Einkommensplus von 8,7 Prozent, die Lohnangleichung von Ost- an Westlöhne sowie eine betriebliche Altersvorsorge. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

in eigener Sache

In der letzten *einblick*-Ausgabe haben wir unter der Überschrift **„So wurden sie gewählt"** neu und wiedergewählte Abgeordnete des 17. Deutschen Bundestags vorgestellt, die gewerkschaftspolitisch aktiv waren – oder immer noch sind. Mit Dank an die vielen LeserInnen, die uns Hinweise gegeben haben, vervollständigen wir hiermit die Liste. Ebenfalls in den Bundestag eingezogen sind:

Herbert Behrens, Gewerkschaftssekretär im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie bei ver.di Bremen, DIE LINKE, Landesliste Niedersachsen.

Inge Höger, bis 2005 Mitglied des ver.di-Landesfachbereichsvorstand Sozialversicherung in NRW sowie Mitglied der Bundestarifkommission und Tarifverhandlungskommission für die AOK, DIE LINKE, Landesliste NRW.

Jutta Krellmann, Gewerkschaftssekretärin bei der IG Metall Verwaltungsstelle Alfeld-Hameln-Hildesheim, DIE LINKE, Landesliste Niedersachsen.

Ralph Lenkert, bisher stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Sypro Optics (Jena), IG Metall, DIE LINKE, direkt gewählt im Wahlkreis Gera-Jena-Saale-Holzland-Kreis (30,4 % Erststimmen).

Harald Weinberg, Regionalleiter Bayern der ver.di Bildung+ Beratung gGmbH, DIE LINKE, Landesliste Bayern.

DGB

Steuer gegen Armut

Der DGB unterstützt gemeinsam mit weiteren Organisationen die Kampagne „Steuer gegen Armut". Ziel der Kampagne: die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Initiatoren haben die künftige Bundesregierung außerdem aufgefordert, sich auf internationaler Ebene für die Einführung einer solchen Steuer einzusetzen. •

www.einblick.dgb.de/links

Internationale Krisenbewältigung

Rolle der Gewerkschaften gewachsen

Die Krise macht's möglich: Zunehmend werden die Gewerkschaften auch in der internationalen Politik als wichtiger Akteur ernst genommen und mit einbezogen.

Seit langem fordern die Gewerkschaften einen Platz am Verhandlungstisch der G20. Beim Gipfel in Pittsburgh haben sie ein erstes Etappenziel erreicht: Erstmals wurde die Internationale Arbeitsorganisation ILO in die Verhandlungen mit einbezogen – auch das eine gewerkschaftliche Forderung. Von Obama bis Merkel: Noch nie seien die internationalen Gewerkschaften so aufmerksam von den Staats- und Regierungschefs gehört und empfangen worden wie anlässlich des G20-Gipfels in Pittsburgh, urteilt Wolfgang Lutterbach, Bereichsleiter für internationale Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. „Dass die freie Gewerkschaftsbewegung in der Welt an Stärke und Bedeutung gewonnen hat, hat nicht zuletzt unser Auftreten beim G20-Gipfel in Pittsburgh gezeigt", stellt auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer fest. Die Gewerkschaften wollen aber noch mehr: So sollten bei der in Pittsburgh für 2010 beschlossenen Konferenz der G20-ArbeitsministerInnen die Sozialpartner, Arbeitgeber und Gewerkschaften, in angemessener Form – wie bei den G8 – beteiligt werden, insbesondere dann, wenn es zu einer Institutionalisierung dieser Treffen kommen sollte.

Unterstützung für ihre Forderung nach mehr Einfluss erhalten die Gewerkschaften von Bundespräsident Horst Köhler. „Eine grundlegende Reform der Weltfinanzordnung verlangt auch die Beteiligung der Gewerkschaften", erklärte er in seiner Rede anlässlich der Feier zum 60. Jubiläum des DGB in Berlin. Und auch in der Kritik an den Beschlüssen der G20 ist sich der Bundespräsident mit den Gewerkschaften einig. Er könne „aus den veröffentlichten Beschlüssen von Pittsburgh noch nicht entnehmen, dass sich eine Krise dieser Dimension auf den Weltfinanzmärkten nicht doch eines Tages wiederholen kann". „Das Monster" sei noch nicht auf dem „Weg der Zähmung".

„Die Krise ist noch lange nicht vorbei – ganz im Gegensatz zu dem, was die G20 der Welt weismachen möchte. Die weltweiten Konjunkturpakete für die ökonomische Wende werden nicht ausreichen, um die stetig zunehmende Arbeitslosigkeit einzudämmen", sagt Guy Ryder, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Der G20-Gipfel habe zwar gewisse Fortschritte in Beschäftigungsfragen gebracht, unter anderem auch eine Zusage, dass weltweites Wachstum nicht auf Kosten international anerkannter Arbeitsnormen gehen darf. IGB und TUAC, der gewerkschaftliche Beratungsausschuss bei der OECD, kommen in ihrer Evaluierung des Gipfels aber zu dem Schluss, dass die Fortschritte bei der Neuregulierung der Finanzmärkte weit von dem entfernt seien, was nötig wäre, um künftig Spekulationsblasen zu verhindern.

Auf der jährlichen IGB-Vorstandssitzung, die anlässlich des 60. DGB-Jubiläums in Berlin stattfand, haben die VertreterInnen der weltweiten Gewerkschaften in ihrer „Berliner Erklärung" ihre Forderungen an die Politik angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise noch einmal bekräftigt. Sie warnen davor, die Wirtschaftskrise kleinzureden. Berichte über ein Abflachen der globalen Rezession mit einer Verlangsamung des massiven Produktionsrückgangs in den Volkswirtschaften seien „gefährlich verfrüht". Ein weltweiter Anstieg der Arbeitslosigkeit stehe noch bevor. So rechne die ILO damit, dass sich die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahresende um weltweit 59 Millionen erhöhen wird.

Und auch die Qualität der Arbeit sinkt weltweit. Vor allem in Entwicklungsländern entstehen infolge der Globalisierung schlecht abgesicherte Jobs. Laut einer gemeinsamen Studie der ILO und der Welthandelsorganisation WTO gibt es immer mehr so genannte Schatten-Arbeitsplätze – etwa in nicht offiziell registrierten Unternehmen oder Jobs ohne soziale Rechte. •

Foto: DGB/Simone M. Neumann

Am 7. Oktober, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, haben internationale GewerkschafterInnen nicht nur vorm Brandenburger Tor für ihre Forderungen demonstriert. Am gleichen Tag nutzte auch Kanzlerin Angela Merkel die Tagung des IGB-Vorstandes in Berlin, um die VertreterInnen der weltweiten Gewerkschaften im Kanzleramt zu empfangen. Auf dem Foto rechts neben dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und der Kanzlerin: Sharan Burrow, die Präsidentin des IGB.

Merkel will G20-Charta für nachhaltiges Wirtschaften

Was die notwendigen internationalen Regulierungen in Folge der Krise betreffe, „haben wir das Ende noch nicht erreicht", erklärte Angela Merkel auf dem IG BCE-Gewerkschaftstag in Hannover am 14. Oktober. Es müsse alles getan werden, damit sich eine solche Krise nicht wiederholen kann, betonte sie. Darin sei sie sich mit den Gewerkschaften einig.

Erfreut zeigte sich Merkel, dass es gelungen sei, die Rolle der ILO in den G20-Verhandlungen zu stärken. Beim DGB bedankte sie sich ausdrücklich für seine „große Unterstützung", um eine „Charta für nachhaltiges Wirtschaften" im Rahmen der G20 auf den Weg zu bringen. Eine solche Charta drohte bereits im Vorfeld des G20-Gipfels von Pittsburgh insbesondere am Widerstand von Indien, China und Brasilien zu scheitern. Jetzt steht sie auf dem nächsten G20-Gipfel erneut auf der Tagesordnung. Wie die Kanzlerin fordern auch die internationalen Gewerkschaften schon seit langem eine solche Charta, gestützt auf die ILO-Kernarbeitsnormen.

Im Internet

www.einblick.dgb.de

Links und Hintergrundinformationen zu den Forderungen der internationalen Gewerkschaften

Hartz IV

Sanktionen aussetzen

Ein breites Bündnis von Verbänden, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen ruft dazu auf, den „Sanktionsparagraphen" im Sozialgesetzbuch II (SGB II) auszusetzen. Hintergrund der Forderung für das „Sanktionsmoratorium": Hartz-IV-EmpfängerInnen können bereits bei geringen Verstößen gegen Auflagen der Jobcenter und ARGEn, wie zum Beispiel Meldeversäumnissen, den Regelsatz für bis zu drei Monate verlieren. Die InitiatorInnen fordern deshalb: Angesichts der „katastrophalen Personalsituation in den Jobcentern", den Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der hohen Zahl erfolgreicher Widersprüche und Klagen gegen Sanktionen sollten die aktuellen Sanktionsregeln sofort ausgesetzt und nicht mehr angewendet werden. Verfasst wurde der „Aufruf für ein Sanktionsmoratorium" unter anderem von Markus Kurth (MdB, Die Grünen), der Arbeits- und Sozialrechtlerin Helga Spindler (Universität Duisburg-Essen) und Franziska Drohsel (Bundesvorsitzende der Jusos). Zu den ErstunterzeichnerInnen gehören der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, die stellvertretende Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg Doro Zinke, der Schriftsteller Günter Grass und der Journalist Günter Wallraff. •

www.sanktionsmoratorium.de

interregio

••• Noch bis zum 27. November hat die ***Ausstellung*** „Made in? Made by? – Unserer Kleidung auf der Spur" im Bremer DGB-Haus ihre Türen geöffnet. Sie veranschaulicht mit Texten und Fotos die Arbeitsbedingungen beim Anbau und der Verarbeitung von Baumwolle sowie bei der Produktion von Kleidung und Textilien weltweit. Entstanden ist die Ausstellung aus einer Kooperation von ***DGB Bremen,*** dem Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz) und der Kampagne für saubere Kleidung. *www.dgb-bremen.de*

••• Die ***DGB Frauen Bielefeld und Gütersloh*** laden am 7. November zum „Stadtrundgang aus Frauensicht" nach Gütersloh ein. Auf der ***historischen Stadtführung*** werden die „Lebens- und Arbeitswirklichkeit von Arbeiterinnen und Bürgerinnen im 19. Jahrhundert" erkundet. *www.bielefeld-dgb.de*

Modellprojekt

Gegen Menschenhandel

Zwar ist Menschenhandel „zum Zweck der sexuellen Ausbeutung" oder „zum Zweck der Arbeitsausbeutung" in Deutschland längst strafbar – trotzdem wird das Delikt kaum zur Anzeige gebracht und noch seltener überhaupt öffentlich. Ein Grund: Allzu oft werden die eigentlichen Opfer als „Illegale" und Schwarzarbeiter kriminalisiert und wie Täter behandelt. In Berlin soll sich das jetzt ändern. Der DGB Berlin-Brandenburg hat gemeinsam mit dem Berliner Senat, der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ein Modellprojekt gestartet: das „Berliner Bündnis gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung".

„Wir wollen die Opfer besser schützen und die Täter effektiver bekämpfen", beschreibt die Berliner Staatssekretärin für Arbeit, Kerstin Liebich, die Ziele des Projekts. Ein konkreter Ansatzpunkt: Institutionen, Behörden und Berufsgruppen, die mit von Menschenhandel betroffenen Personen in Kontakt kommen, sollen in speziellen Trainings geschult und für das Thema sensibilisiert werden – so zum Beispiel Staatsanwaltschaften, Zoll oder Polizei. •

www.gegen-menschenhandel.de

Augenmerk auf die Situation der Beschäftigten

„Nicht alles dreht sich um Zahlen", sagt **Claudia Huber,** Aufsichtsrätin bei der **Eurest Deutschland GmbH** sowie bei der **Compass Group** in Deutschland – dem britischen Mutterkonzern von Eurest.

Dass es statt um Zahlen bei einem Dienstleister wie dem Catering-Unternehmen Eurest vor allem um die Arbeit und die Zufriedenheit der Beschäftigten gehen muss, dafür will NGG-Mitglied Huber mit ihrer Arbeit im Aufsichtsrat sorgen. Seit fast 17 Jahren ist sie bei Eurest beschäftigt – seit 2004 sitzt Huber im Aufsichtsrat der Compass Group in Deutschland, seit 2008 auch bei Eurest selbst. Warum und wie die stellvertretende Vorsitzende des Eurest-Gesamtbetriebsrats mit dafür sorgt, dass ihr Unternehmen nicht „ins Schleudern kommt", verrät sie in unserem Fragebogen als „Aufsichtsrätin des Monats" im Oktober.

www.dgb.de/aufsichtsrat

Friedrich-Ebert-Stiftung

Decent Work für Frauen

Vier Säulen sieht das Decent-Work-Konzept für menschenwürdige Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation ILO vor – Beschäftigung zu fairem Lohn, (Arbeitnehmer-) Rechte am Arbeitsplatz, soziale Sicherheit und sozialer Dialog. Besonders häufig bleibt Frauen ein Arbeitsplatz zu diesen Bedingungen verwehrt – und das weltweit. Mit dem Diskussionsforum „Gleichstellung als Herzstück der Decent-Work-Agenda – Wie bekommen Frauen Zugang zu menschenwürdiger Arbeit" möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung das Thema am 4. November in Berlin angehen. Vorgestellt werden unter anderem eine Studie über die Chancen von Frauen auf menschenwürdige Arbeit sowie Handlungsempfehlungen an Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen. •

www.einblick.dgb.de/links

2. Mai 1933

Schülerwettbewerb gestartet

Die gewerkschaftliche Immobiliengesellschaft für Restitutionsobjekte GIRO ruft zum zweiten Mal zum Schülerwettbewerb „2. Mai 1933" auf. Ziel des Wettbewerbs ist es, die Erinnerung an die Stürmung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 durch die Nationalsozialisten wach zu halten und die Geschichte der freien Gewerkschaften vor und während der Nazi-Diktatur aufzuarbeiten. SchülerInnen der Klassen 8 bis 11 sind aufgerufen, sich mit dem Thema zu beschäftigen und in Einzel- oder Gruppenarbeiten die Ereignisse vom 2. Mai 1933 in ihrer Stadt und ihrer Region zu recherchieren. Ausgeschrieben sind Preise im Wert von insgesamt 25 000 Euro. Einsendeschluss ist der erste Ferientag der Sommerferien 2010 (je nach Bundesland unterschiedlich). •

www.zweiter-mai-1933.de

Partizipation im Betrieb

Akteure vernetzen sich

Das „Netzwerk Beteiligung", entstanden aus dem Trendwende-Projekt „Mitbestimmung am Arbeitsplatz", will für beteiligungsorientierte Ansätze in der Gewerkschaftsarbeit werben und Betriebsräte dabei unterstützen, Belegschaften stärker in ihre Arbeit einzubeziehen.

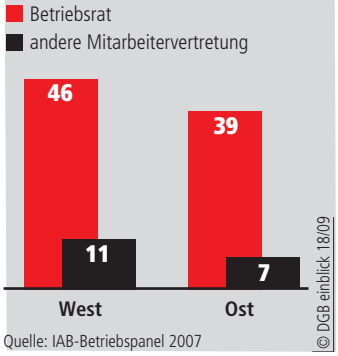
Von ver.di bis zur IG BCE: Immer mehr Gewerkschaften setzen auf beteiligungsorientierte Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit, um den Veränderungen in der Arbeitswelt besser gerecht und attraktiver für neue Mitglieder zu werden. So erproben beispielsweise ver.di, IG Metall oder IG BAU seit einiger Zeit erfolgreich Organizing-Strategien (*einblick 13/09*). Mit dem Konzept „ver.di Chance 2011" möchte ver.di erreichen, dass Mitgliederorientierung künftig das Organisationshandeln bestimmt. Die IG Metall will sich mit dem „Projekt IG Metall 2009" zur aktivierenden „Mitmach- und Beteiligungsgewerkschaft" weiterentwickeln (siehe Seite 7). Die IG BAU hat sich bereits 2005 für das Leitbild Mitmachgewerkschaft entschieden und auf ihrem Gewerkschaftstag im September beschlossen, die aktivierende Gewerkschaftsarbeit auszubauen. Auch die IG BCE hat auf ihrem Kongress Mitte Oktober ein positives Fazit ihrer Zielgruppenarbeit gezogen. Um Beschäftigte stärker an der Betriebspolitik zu beteiligen, forciert die IG BCE seit 2005 diesen Ansatz: Betriebliche Arbeit soll konkret an den Bedürfnissen der verschiedenen Zielgruppen in der Belegschaft ausgerichtet werden. „Zielgruppenarbeit ergänzt und stärkt die Arbeit unserer Vertrauensleute und Betriebsräte", stellt der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis fest.

Anknüpfen können die Gewerkschaften dabei auch an die positiven Erfahrungen, die im Rahmen des Trendwende-Projektes „Mitbestimmung am Arbeitsplatz" gemacht wurden (siehe Kasten). Aus dem Projekt heraus haben sich Ehren- und Hauptamtliche im „Netzwerk Beteiligung" zusammengeschlossen, die den Beteiligungsgedanken verbreitern und ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihre Unterstützung weitergeben wollen.

„Wir wollen möglichst viele Nachahmer finden", erklärt Heike Kauls (DGB), die als Leiterin des Trendwende-Projekts das Netzwerk koordiniert. So bieten die NetzwerkerInnen interessierten Betriebsräten an, sie anlässlich der Betriebsratswahlen 2010 zu beraten und zu unterstützen. „Wir wollen versuchen, Patenschaften zwischen ‚alten Hasen' und ‚Newcomern' zu bilden, damit sich die Partizipation kontinuierlich verbreitert", so Kauls. In Gesprächen mit gewerkschaftlichen Gremien und Vorständen erläutert sie zudem, wie die Projektergebnisse für die eigene Arbeit genutzt werden können, und wirbt für die Mitarbeit im Netzwerk. Mit Erfolg: Das Netzwerk hat bereits erste neue Mitstreiter gefunden – „aber wir brauchen noch viel mehr". •

Knapp die Hälfte mit Betriebsrat

Anteil der Beschäftigten, die von einem Betriebsrat oder einer anderen Mitarbeitervertretung vertreten werden (in Prozent)



Quelle: IAB-Betriebspanel 2007

Fast jeder zweite Beschäftigte in Deutschland wird von einem Betriebsrat vertreten. Im Frühjahr 2010 finden die nächsten turnusmäßigen Betriebsratswahlen statt. Unter dem Motto „Gute Arbeit kannst du wählen" werben DGB und Gewerkschaften für die Wahl von Betriebsräten.

Beteiligung MACHT stark

So lautet das Fazit des dreijährigen Projekts zur „Mitbestimmung am Arbeitsplatz", das der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften im Rahmen der Initiative Trendwende durchgeführt haben. Das Projekt wurde im Frühsommer 2009 beendet – doch erklärtes Ziel der Akteure ist, weiter für beteiligungsorientierte Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit zu werben. Dazu haben sie sich im „Netzwerk Beteiligung" zusammengeschlossen.

Der nächste Netzwerk-Workshop findet am 2. November in Hannover statt. Dort soll es vor allem darum gehen, was die einzelnen als Partizipationsbotschafter an andere weitergeben wollen und wie die Arbeit des Netzwerks zu den Betriebsratswahlen 2010 organisiert werden kann.

Weitere Informationen zum Workshop und alles Wissenswerte zum Projekt sowie Beispiele guter Praxis, Checklisten und Hintergrundmaterialien gibt es auf der Internetseite des Projektes:

www.beteiligung-macht-stark.de

Kontakt: heike.kauls@dgb.de

Beteiligung ist machbar

Im Rahmen des Trendwende-Projektes „Mitbestimmung am Arbeitsplatz" haben Betriebsräte und Vertrauensleute in fünf Pilotunternehmen beteiligungsorientierte Ansätze in ihre Arbeit integriert – mit erstaunlichen Erfolgen.

*Bei **AWISTA** etwa, einer Tochter der Stadtwerke Düsseldorf, ist es gelungen, der Arbeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute neue Impulse zu geben und sie in der Belegschaft besser zu verankern. Der Anteil der aktiven Vertrauensleute ist von 18 auf 71 Prozent gestiegen, die Zusammenarbeit der Vertrauensleute mit dem Betriebsrat wurde verbessert.*

*Ziel des Projektes im Reifenwerk von **Continental** in Hannover war es, die Bachelor-Studierenden, die bei Conti eine duale Ausbildung absolvieren, für die Gewerkschaft zu gewinnen. Unter dem Motto „Eure Themen sind uns wichtig!" wurden sie zu ihrer Situation befragt, zu einem Arbeitstreffen und zu einer Kennenlern-Party eingeladen. Heute ist nur einer der 42 Studierenden kein Gewerkschaftsmitglied. Einer von ihnen wurde in die Jugend- und Auszubildendenvertretung gewählt. Und im nächsten Jahr steht die Beteiligung dieser Gruppe bei den Betriebswahlen an.*

*Bei **IBM** in Hannover ist es gelungen, den Organisationsgrad von zehn auf 30 Prozent zu erhöhen. Die beiden im Betrieb vertretenen Gewerkschaften IG Metall und ver.di konkurrieren nicht mehr, sondern arbeiten zusammen. Während der Projektphase wurde zudem bekannt, dass der Konzern in 17 Einzelfirmen zerlegt wird. Dem Bedürfnis der verunsicherten Beschäftigten nach Information und Diskussion kam der Betriebsrat etwa mit „Runden Tischen" im Anschluss an Betriebsversammlungen entgegen.*

kurz&bündig

TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GDBA wollen künftig noch enger zusammenrücken und „eine starke Geschlossenheit" herstellen. Sowohl der TRANSNET-Beirat als auch der GDBA-Vorstand tagen dazu Ende Oktober in Fulda. Meldungen über eine Fusion der DGB- und der Beamtenbund-Gewerkschaft bestätigte bis Redaktionsschluss keine Seite offiziell.

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg kritisiert die Ergebnisse des „Milchgipfels" bei Bundeskanzlerin Angela Merkel als „völlig unzureichend". An einer nachhaltigen Lösung für die Branche müssten auch Milchindustrie, Handel, und ArbeitnehmerInnen beteiligt werden. Angesichts der Preisstrategie einiger Discounter sagte Möllenberg, ein „vernünftiger Milchpreis" sei die „beste Problemlösung".

Der GdP-Vorsitzende von NRW, Frank Richter, hat ein Überholverbot für LKW auf zweispurigen Autobahnen gefordert – häufige Unfallursache seien riskante Überholmanöver von Lastwagen.

Im Rahmen der Kampagne „Was soll Politik?" hat ver.di eine bundesweite Online-Aktion gestartet, die auf die schwierige Ausbildungssituation von Jugendlichen aufmerksam machen soll. Dazu können E-Mails an PolitikerInnen sowie E-Cards an Freunde und Bekannte versandt werden.
www.was-soll-politik.de

Karstadt

Preis für den GBR

Der Gesamtbetriebsrat der Karstadt Warenhaus GmbH ist im Oktober in Bonn mit dem erstmals verliehenen „Deutschen Betriebsräte-Preis" ausgezeichnet worden. Damit werde der „unermüdliche Einsatz" für den „Erhalt von Arbeitsplätzen und die Standortsicherung des Unternehmens gewürdigt", so die Begründung der Jury. Die Karstadt Warenhaus GmbH hat inzwischen Insolvenz angemeldet.

Ausgeschrieben wurde der Deutsche Betriebsräte-Preis von der Fachzeitschrift *Arbeitsrecht im Betrieb* (AiB) aus dem Bund-Verlag. Schirmherr der diesjährigen Preisverleihung war der amtierende Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD). Betriebsräte erwiesen sich gerade in der jetzigen Krise als „Ideenschmieden für kreative Wege zur Beschäftigungssicherung", so Scholz. •

Die weiteren PreisträgerInnen: www.deutscherbetriebsraete-preis.de

GEW-Analyse

Fragwürdige Fragen

Wie mit Umfragen Politik gemacht werden kann, zeigt eine aktuelle Untersuchung der GEW. Die Gewerkschaft analysierte Ergebnisse und Fragetechniken bei Meinungsumfragen, die sich mit der Einführung „einer Schule für alle" beschäftigen. „Wie die Frage, so die Antwort", resümiert die GEW. Wenn nach „längerem gemeinsamen Lernen" gefragt wird, gebe es zwei Drittel BefürworterInnen. Werde hingegen der „ideologisch aufgeladene" Begriff der „Einheitsschule" in der Fragestellung verwendet, lehnen zwei Drittel dasselbe Konzept ab. Ähnliche Ergebnisse gab es bereits bei einer GEW-Analyse in 2007. •

www.einblick.dgb.de/links

DGB-Jugend

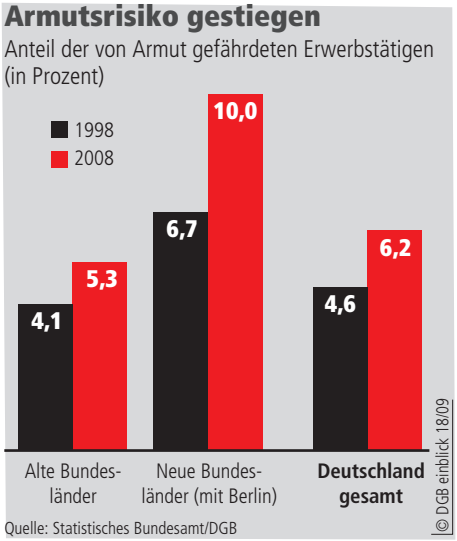
Abzocker prämiert

Die DGB-Jugend hat gemeinsam mit fairwork e.V. zum dritten Mal den Preis „Abzocker Praktikum des Jahres" für besonders dreiste Praktika-Angebote vergeben. „Gewinner" war in diesem Jahr der Bauer Verlag, der auf seiner Internetseite 22 Praktikaplätze für das gesamte Unternehmen ausgeschrieben hatte. Anforderungen an die BewerberInnen: Ein abgeschlossenes Studium oder eine absolvierte Ausbildung. Zudem wollte der Bauer Verlag, dass die Praktikanten mindestens sechs Monate im Unternehmen arbeiten und dafür maximal 500 Euro pro Monat bekommen sollten. Aussichten auf Übernahme – Fehlanzeige.

Mittlerweile hat der Bauer Verlag reagiert und auf seiner Internetseite die Praktika-Angebote überarbeitet. Die Stellen richten sich nun an Studierende ab dem dritten Fachsemester. Die DGB-Jugend begrüßte, „dass der Bauer Verlag sofort reagiert hat und auf eine abgeschlossenes Studium, beziehungsweise Berufsausbildung als Voraussetzung verzichtet". •

www.einblick.dgb.de/links

In Deutschland ist das Armutsrisiko für Erwerbstätige in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen – das zeigt eine Studie des Bereichs Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Besonders stark betroffen sind Beschäftigten in Ostdeutschland. Dort ist das Risiko fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Zudem belegt die Studie einmal mehr den weiterhin deutlichen Lohnunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Studie online: *www.einblick.dgb.de/hintergrund*



DGB

IG BCE will Zukunftsdebatte

Die IG BCE will im und mit dem DGB eine gewerkschaftliche Zukunftsdiskussion auf den Weg bringen. Das erklärte der neu gewählte Vorsitzende der IG BCE Michael Vassiliadis. „Die im Projekt ‚Trendwende' gemachten Erfahrungen stimmen mich optimistisch", so Vassiliadis. Der DGB-Bundeskongress im Mai 2010 sei eine gute Gelegenheit, die Debatte breiter zu führen. „Wir müssen die Lage analysieren, uns den Herausforderungen stellen und Ziele setzen." Die Gewerkschaften kümmerten sich um diejenigen, die am Rand der Gesellschaft stehen und verliehen ihnen eine Stimme. Das müsse auch so bleiben. „Aber wir müssen wieder stärker herausstellen, dass der Betrieb das Zentrum gewerkschaftlicher Tätigkeit ist", betonte der IG BCE-Vorsitzende. Vassiliadis war am 13. Oktober vom IG BCE-Kongress in Hannover zum neuen Vorsitzenden gewählt worden (siehe Seite 8). •

Projekt IG Metall 2009

Den Blick auf die Mitglieder richten

Mit dem „Projekt IG Metall 2009" will die IG Metall ihre Aktivitäten zur Gewinnung neuer Mitglieder verstärken und die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften sichern. Der IG Metall-Vize Detlef Wetzel erläutert die geplante Strategie.

Gewerkschaften agieren in einem zunehmend schwierigen gesellschaftlichen und politischen Umfeld: Der Shareholder Value hat in den Unternehmen Einzug gehalten, die Sozialpartnerschaft erodiert, die Tarifbindung sinkt. Gleichzeitig altert mit der Gesellschaft auch die Mitgliedschaft der Gewerkschaften, die Organisationsgrade sinken. Diese Entwicklungen **gefährden die Durchsetzungsstärke der IG Metall.**

Noch gilt: Die IG Metall ist eine starke, kampagnenfähige und finanziell gesunde Organisation. Sie ist eine Organisation, die auf der betriebs-, tarif-, und gesellschaftspolitischen Ebene Hervorragendes für ihre Mitglieder leistet. Der Schlüssel für den Erhalt dieses politischen Einflusses ist sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht die Beantwortung der Mitgliederfrage. Das „Projekt IG Metall 2009" rückt die Beantwortung dieser wichtigsten politische Machtfrage ins Zentrum der IG Metall. Erste Vorschläge und Ideen dazu liegen vor. Sie werden nun in einem transparenten und beteiligungsorientierten Prozess mit allen Beschäftigten und vielen Ehrenamtlichen diskutiert und konkretisiert.

Kernelement ist das **Zukunftsbild der aktivierenden Mitmach- und Beteiligungsgewerkschaft.** Dabei sind die Betreuung bestehender Mitglieder und die Gewinnung neuer Mitglieder zwei Seiten einer Medaille: Die Intensität der Betriebsbetreuung soll beibehalten werden, gleichzeitig werden die Aktivitäten zur Mitgliedergewinnung ausgeweitet.

Dies setzt einen grundlegenden kulturellen und organisatorischen Wandel voraus, der Mitgliedern und Ehrenamtlichen neue Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet. Denn sie entscheiden über die Stärke der IG Metall in betrieblichen Auseinandersetzungen und auf der politischen Bühne. Sie tragen so zur Durchsetzungsfähigkeit der Gesamtorganisation entscheidend bei.

Daher entwickelt das Projekt „IG Metall 2009" **neue Beteiligungsformen,** um ehrenamtliches Engagement zu ermöglichen und zu unterstützen. Die Verwaltungsstellen der IG Metall haben den direkten Kontakt zu den Ehrenamtlichen. Sie sind der zentrale Ansprechpartner für Betriebsräte und Vertrauensleute und sichern maßgeblich die Präsenz der IG Metall im Betrieb. Daher wird die IG Metall die Verwaltungsstellen künftig stärken. Sie sollen von Aufgaben, die keine lokale Präsenz erfordern, entlastet werden und zusätzliche Ressourcen zur Mitgliedererschließung erhalten.

Die Weiterentwicklung zu einer aktivierenden Mitmach-Gewerkschaft **setzt auch eine Umverteilung von Ressourcen voraus.** Die IG Metall wird künftig verstärkt ihre Mittel dort einsetzen,

Foto: IG Metall

Detlef Wetzel, 56, ist seit 2007 Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

wo Mitglieder angesprochen und bisher nicht Organisierte geworben werden können. Das soll die zentrale Richtschnur sein.

Die Werbung neuer Mitglieder muss sich mehr lohnen als bisher. Sie ist ressourcenintensiv und soll daher generell stärker finanziert werden. Überlegt wird daher, ob ein höherer Beitragsanteil für Neumitglieder in den Verwaltungsstellen verbleiben kann. Aber Geld ist nicht alles, auch neue Ideen werden gebraucht. Daher soll ein „Investitionsfonds" gezielt innovative Ansätze der Erschließungsarbeit fördern. Kerngedanke ist, dass auch Projekte von Ehrenamtlichen und Gremien aus dem Fonds gefördert werden können.

Die **Zuständigkeiten** innerhalb der IG Metall sollen in Zukunft **klarer gefasst** werden. Bei einer Befragung aller Beschäftigten der IG Metall haben wir festgestellt, dass Aufgaben zwischen den Funktionsbereichen und den Ebenen der IG Metall klarer verteilt werden können. Jede Form von Doppelarbeiten muss vermieden werden. Zusätzlich soll geprüft werden, ob Serviceleistungen gebündelt und vereinheitlicht werden können, wenn dadurch Einsparungen erzielt werden können und die Mitgliedernähe nicht eingeschränkt wird.

Am Ende profitieren alle von dem Projekt: Ehrenamtliche durch weiter verbesserte Unterstützungsangebote, Hauptamtliche durch klarere Arbeitsstrukturen. So wird die IG Metall auch in Zukunft eine starke gesellschaftliche Kraft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben. •

Sich ändern, um erfolgreich zu sein

Die IG Metall will ihre Organisationsstruktur ändern, um auch künftig die Interessen ihrer Mitglieder wirkungsvoll vertreten zu können. Das „Projekt IG Metall 2009" soll dazu neue Wege aufzeigen.

Ziel soll sein, die Attraktivität für neue Mitglieder zu erhöhen. Denn nur mit einer positiven Mitgliederentwicklung bleibe die Gewerkschaft in der Lage, so die Analyse der IG Metall, auch künftig erfolgreich kollektive Auseinandersetzungen zu führen. „Nur dann bleibt sie ein starker gesellschaftlicher Akteur und ist legitimiert für die Beschäftigten zu sprechen", erklärt der IG Metall-Vize Detlef Wetzel, im Vorstand für Organisation, Personal, Mitglieder, Kampagnen, Betriebs- und Mitbestimmungspolitik zuständig.

Auch wenn es der IG Metall 2008 gelungen ist, den Mitgliederrückgang zu stoppen, ist es ihr in den letzten 20 Jahren zunehmend weniger gelungen, ihr Mitgliederpotenzial auszuschöpfen, so eine Analyse der IG Metall. So ist der Organisationsgrad kontinuierlich auf 26,8 Prozent in 2008 gesunken. Zudem führe der demografische Wandel dazu, dass künftig die Mitgliederzahlen sinken, wenn nicht genügend neue Mitglieder aufgenommen werden.

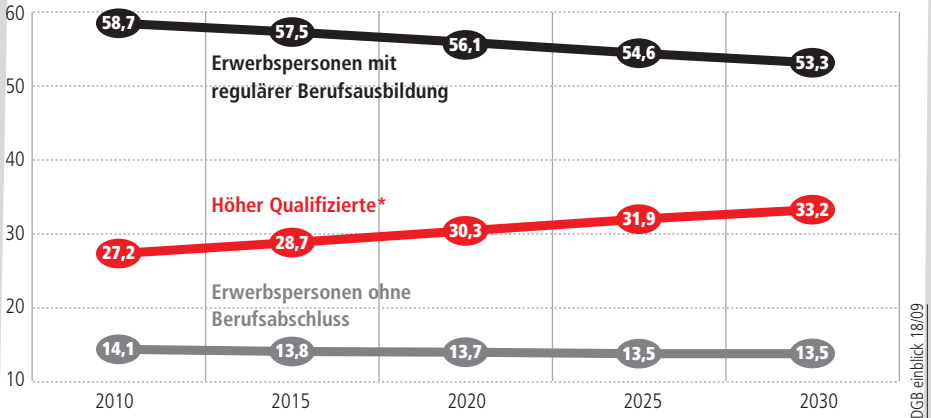
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

ARBEITSMARKT: Künftig mehr höher Qualifizierte

Der Niedriglohnsektor hat sich in den vergangenen Jahren deutlich ausgeweitet – nicht zuletzt aufgrund politischer Weichenstellungen. Eine Begründung: Für gering Qualifizierte müssten mehr Jobs entstehen. Dieser Logik folgend, müsste jetzt endlich Schluss mit der Billigstrategie am Arbeitsmarkt sein: In den kommenden Jahren wird vor allem der Anteil der höher Qualifizierten steigen, der Anteil der gering Qualifizierten ohne Berufsausbildung hingegen leicht sinken.

Anteile von Personen mit verschiedenen Qualifikationsstufen an allen Erwerbspersonen (Projektion bis 2030, in Prozent)



*Hochschul- oder FachhochschulabsolventInnen, sowie MeisterInnen, TechnikerInnen und FachschulabsolventInnen Quelle: IAB, Bonin, u.a.

© DGB einblick 18/09

personalien

••• ***Michael Vassiliadis,*** 45, ist am 13. Oktober auf dem Kongress der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) mit einem Stimmenanteil von 97,1 Prozent zum neuen Vorsitzenden der drittgrößten deutschen Gewerkschaft gewählt worden. Der gelernte Chemielaborant war von 1997 bis 2004 IG BCE-Vorstandssekretär und gehört dem geschäftsführenden Hauptvorstand seit 2004 an, zuständig unter anderem für Betriebsräte, Jugend und Bildung. Als stellvertretender Vorsitzender wurde ***Ulrich Freese,*** 58, mit 94 Prozent wiedergewählt. Auch die Vorstandsmitglieder ***Edeltraud Glänzer,*** 53 (97,1 %), ***Egbert Biermann,*** 55 (80,2 %), wurden in ihrem Amt bestätigt. Neu im Vorstand ist ***Peter Hausmann,*** 55 (95,1 %), bisher Leiter des Landesbezirks Nordrhein. Vassiliadis löst den Vorsitzenden ***Hubertus Schmoldt,*** 64, ab. Schmoldt wurde 1995 zum Vorsitzenden der IG Chemie-Papier-Keramik gewählt und war seit der Gründung der IG BCE 1997 ihr Vorsitzender. Nicht wieder kandidierte der langjährige Vorstand ***Werner Bischoff,*** 61.

••• Mit dem Wechsel an der Spitze der IG BCE ändert sich auch die Leitung der Abteilung Kommunikation beim IG BCE-Hauptvorstand. ***Christian Hülsmeier,*** 51, bisher Chef vom Dienst und verantwortlich für die Mitgliederzeitschrift kompakt, leitet nun die Abteilung. Er folgt ***Bernd Leibfried,*** 60, der die Abteilung seit 1988 führte.

••• ***Christoph Schmitz,*** 43, ist seit dem 15. Oktober neuer Leiter der ver.di-Bundespressestelle. Der Journalist war bisher Pressesprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen und zuvor unter anderem Redakteur bei der *Rheinischen Post* und der *Bild*.

••• ***Jeanette Klauza,*** 33, ist seit dem 16. September Referatsleiterin für Frühkindliche Bildung, Schule und Weiterbildung im Bereich Bildung beim DGB-Bundesvorstand. Klauza war seit 2003 Kampagnenkoordinatorin und Pressereferentin bei der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

22./23.10. ver.di und Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitsdirektoren-Tagung „Gute Arbeit und Entwicklung der europäischen Rechtsprechung und Rechtsetzung", Berlin

23.-25.10. DGB-Bildungswerk, Tagung zur gewerkschaftlichen Brasilienarbeit „Com toda a forca! Herausforderungen für Gewerkschaften in der Krise", Hattingen

29.10. ver.di, Potsdamer Forum „Erstes Treffen des Führungskreises für Führungskräfte im öffentlichen Dienst", Berlin

30.10. Forschungsnetzwerk Makroökonomie und Makropolitik (FMM), Konferenz „The World Economy in Crisis – The Return of Keynesianism", Berlin

Schlusspunkt.

„Ihr erklärt lange vorher, dass der Übergang kommt. Dann tritt der, der vorn ist, zur Seite, und der nächste kommt und macht es auch wieder gut. Nicht alle großen Organisationen in diesem Land schaffen das in vergleichbarer Weise."

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering über den lange vorbereiteten Führungswechsel der IG BCE bei der Eröffnung des IG BCE-Kongresses am 11. Oktober 2009 in Hannover

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Alkoholmissbrauch

Kein Fahrradverbot

Dem Fahrer eines Fahrrades, der keine Fahrerlaubnis für Kraftfahrzeuge besitzt und der erstmals mit dem Fahrrad unter Alkoholeinfluss aufgefallen ist, darf das Fahrradfahren nicht verboten werden.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 25. September 2009 - 10 B 10930/09.OVG

Arbeitslosenversicherung

Bei verschuldeter Kündigung Sperrzeit

Wer für ein Konkurrenzunternehmen tätig wird, verstößt gegen arbeitsvertragliche Nebenpflichten. Bei fristloser Kündigung wird Arbeitslosengeld erst nach Ablauf einer Sperrzeit gezahlt.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 16. Februar 2009 –L 9 AL 91/08

Arbeitslosigkeit

Nothilfe für Hilfebedürftige

Ein Arbeitsloser, der zuvor keinen Antrag auf Gewährung von Arbeitslosengeld II gestellt hat, hat trotzdem Anspruch auf eine Notfallbehandlung im Krankenhaus.

Bundessozialgericht, Urteil vom 19. Mai 2009 – B 8 SO 4/08 R

Betriebsübergang

Ist gesetzlich geschützt

Ein Erlassvertrag, der abgeschlossen wird, um die zwingenden gesetzlichen Rechtsfolgen eines Betriebsübergangs zu umgehen, ist nichtig. Nach dem Schutzzweck des Gesetzes soll bei einem Betriebsübergang der Betriebserwerber nicht nur der neue Arbeitgeber werden, sondern zugleich in die Rechte und Pflichten aus den im Zeitpunkt des Übergangs bestehenden Arbeitsverhältnissen eintreten. Damit ist auch der Inhalt der Arbeitsverhältnisse geschützt; er soll nicht allein durch den Betriebsübergang nachteilig verändert werden.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 19. März 2009 – 8 AZR 722/07

Sozialhilfe

Hausverkauf nicht zwingend

Stellt der Leistungsträger für Sozialhilfe fest, dass ein Hilfebedürftiger mit seiner fünfköpfigen Familie in einem zu großen Haus lebt (219 qm Wohnfläche und Hausgrundstück mit 888 qm), so kann sie nicht pauschal verlangen, dass das Anwesen verkauft wird.
Es muss zunächst geprüft werden, ob eine Verwertung des Hausgrundstücks rechtlich und tatsächlich möglich wäre und ob die zulässige Verwertungsvariante eine Härte bedeuten würde. Ein Härtefall kann auch im Sozialhilferecht unter wirtschaftlichen Aspekten vorliegen.

Bundessozialgericht, Urteil vom 19. Mai 2009 - B 8 SO 7/08 R

Streik

„Flashmob-Aktion“ ist zulässig

Eine gewerkschaftliche Aktion, bei der kurzfristig aufgerufene Teilnehmer durch den Kauf geringwertiger Waren oder das Befüllen und Stehenlassen von Einkaufswagen eine Störung betrieblicher Abläufe herbeiführen, ist im Arbeitskampf nicht generell unzulässig.

Der Fall: Mit einer Klage wollte ein Arbeitgeberverband der Gewerkschaft ver.di untersagen lassen, zu „Flashmob-Aktionen“ im Einzelhandel aufzurufen. Die Gewerkschaft hatte im Rahmen eines Arbeitskampfes eine Aktion organisiert, bei der etwa 40 Personen eine Einzelhandelsfiliale aufgesucht und dort voll gepackte Einkaufswagen zurückgelassen sowie durch den Kauf von „Pfennig-Artikeln“ Warteschlangen an den Kassen verursacht hatten.

Das Bundesarbeitsgericht: Gewerkschaftliche Maßnahmen, die zur Durchsetzung tariflicher Ziele auf eine Störung betrieblicher Abläufe gerichtet sind, sind durch die im Grundgesetz gewährleistete Betätigungsfreiheit der Gewerkschaften geschützt. Zu dieser gehört die Wahl der Arbeitskampfmittel. Deren Zulässigkeit richtet sich jedoch nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Für die Beurteilung der Angemessenheit einer gewerkschaftlichen Arbeitskampfmaßnahme ist von wesentlicher Bedeutung, ob für die Arbeitgeberseite Verteidigungsmöglichkeiten bestehen. Gegenüber einer „Flashmob-Aktion“ im Einzelhandel kann sich der Arbeitgeber durch die Ausübung seines Hausrechts oder eine kurzfristige Betriebsschließung zur Wehr setzen.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 22. September 2009 - 1 AZR 972/08

Arbeitslosengeld II

Meldepflicht trotz Krankheit

Ein arbeitsunfähig erkrankter Alg-II-Bezieher muss sich beim Leistungsträger melden, wenn seine Erkrankung dies zulässt.

Der Fall: Ein Leistungsempfänger war Aufforderungen des Leistungsträgers mehrfach nicht nachgekommen, sich zur Besprechung eines Bewerberangebots in der Behörde zu melden. Er hatte für die Termine jeweils ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen oder Bestätigungen über Arzttermine vorgelegt. Der Leistungsträger forderte den Arbeitslosen deshalb auf, künftig jeweils eine Bescheinigung darüber vorzulegen, dass er aus gesundheitlichen Gründen die Meldetermine nicht wahrnehmen könne; dem kam er nicht nach. Daraufhin senkte der Leistungsträger das Arbeitslosengeld II. Die dagegen gerichtete Klage blieb ohne Erfolg.

Das Landessozialgericht: Bei einer Erkrankung des Meldepflichtigen am vereinbarten Meldetermin reicht es nicht aus, wenn der Betroffene arbeitsunfähig ist. Es kommt vielmehr darauf an, ob er krankheitsbedingt gehindert war, den Meldetermin wahrzunehmen. Der Leistungsträger darf daher auch die Vorlage einer über eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung hinausgehenden Bescheinigung über die Unfähigkeit zur Wahrnehmung des Meldetermins verlangen, wenn begründete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die bescheinigte Arbeitsunfähigkeit nicht gleichzeitig die Unfähigkeit zur Wahrnehmung des Meldetermins begründet. Auch die Wahrnehmung eines Arzttermins ist nur dann ein wichtiger Grund für die Versäumung eines Meldetermins, wenn es sich um einen notfallmäßigen oder aus sonstigen Gründen unaufschiebbaren Termin handelt.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 23. Juli 2009 - L 5 AS 131/08

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 18/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 02.11.2009 19/09

DGB

Koalitionsvertrag

Versteckt, verschoben, verzagt

Kritisch beurteilt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer den schwarz-gelben Koalitionsvertrag. „Versteckte Umverteilung von unten nach oben, verschobene, aber klar konturierte Einschnitte in die Sozialsysteme und Verzagtheit bei der Krisenbekämpfung und Krisenbewältigung", diesen Geist atme der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag, so Sommer. Immerhin habe Merkel ihre Zusage eingehalten, Tarifautonomie, Mitbestimmung und Kündigungsschutz nicht anzutasten.

Besonders kritisierte der DGB-Vorsitzende die Koalitionsvorhaben in den Bereichen Gesundheit und Pflege. Schwarz-Gelb will unter anderem in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) eine einkommensunabhängige Kopfpauschale etablieren und den Arbeitgeberbeitrag „einfrieren". Diese Pläne seien der „Anfang vom Ende der letzten solidarischen Versicherung in Deutschland", so Sommer. Gerade der festgeschriebene Arbeitgeberbeitrag in der GKV sorge dafür, dass Kostenexplosionen im Gesundheitswesen nur noch durch die Versicherten bezahlt würden.

Was bezahlt werden muss

Ausgabensteigerung der gesetzlichen Krankenkassen, Vergleich erstes Halbjahr 2008 mit erstem Halbjahr 2009 in ausgewählten Bereichen (in Millionen Euro*)

Um über vier Milliarden Euro sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen allein im ersten Halbjahr 2009 gestiegen. Da Schwarz-Gelb den Arbeitgeberbeitrag „einfrieren" will, müssen Mehrausgaben künftig wohl durch höhere Beiträge der Versicherten bezahlt werden.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock hält es für „gefährlich", dass Schwarz-Gelb sich weiter von der paritätischen Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung entfernt. Daneben bemängelt Sehrbrock, dass das Kapitel zur Wirtschaftspolitik im Koalitionsvertrag „weit entfernt" von christdemokratischen Vorstellungen von sozialer Marktwirtschaft sei.

Auch der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, bezeichnete die Beschlüsse zur Gesundheitspolitik in der Stuttgarter Zeitung als „sozialen Sprengstoff, den die FDP gelegt hat". Eine „offene Wunde" sei die Ende 2009 auslaufende geförderte Altersteilzeit, so Huber. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske warnte davor, dass die „Steuergeschenke" der Koalition Bund, Ländern und Kommunen dringend benötigte finanzielle Mittel systematisch entziehen. „Mit der Aushöhlung der staatlichen Finanzbasis geraten auch die sozialen Sicherungssysteme immer mehr unter Druck", so Bsirske.

Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis sagte, wer allein den ArbeitnehmerInnen künftige Kostensteigerungen bei Gesundheit und Pflege aufbürden wolle, stelle „Grundprinzipien unserer bewährten Systeme sozialer Sicherheit" infrage. Als eine „richtiges Signal" bezeichnete Vassiliadis hingegen das Koalitionsvorhaben, 2009 und 2010 die krisenbedingten Mehrausgaben in der Sozialversicherung aus Steuermitteln zu finanzieren, „statt die Beitragszahler und Unternehmen zu belasten". •

plusminusBERLIN

+ *Heinz Riesenhuber (CDU), ehemaliger Bundesminister für Forschung und Technologie sowie Alterspräsident des neu gewählten Bundestags, hat sich in seiner Eröffnungsrede zur 17. Legislatur gewünscht, dass wieder mehr Betriebsräte als Abgeordnete im Deutschen Bundestag sitzen.*

– *Klaus Brähmig, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Tourismus der Unionsfraktion, freut sich darüber, dass laut Koalitionsvertrag „Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe" durch eine Lockerung des Jugendarbeitsschutz-Gesetzes „abgebaut werden". Das stärke den Tourismusstandort Deutschland.*

inhalt

Seite 3
Mini-Jobs statt Mindestlohn
Wenig Lob und deutliche Kritik gab es von den Gewerkschaften für den schwarz-gelben Koalitionsvertrag. einblick wirft einen Blick auf die Details

Seite 5
Campus Offensive
Viele Studierende sind bereit, sich in gewerkschaftliche Arbeit einzubringen. Das erfordert aber auch neue Strategien der Gewerkschaften

Seite 7
Mathe-Olympiade
Auch ein Jahr nach dem Bildungsgipfel bietet die Bildungspolitik mehr Rechentricks als echte Reformen, kritisiert Matthias Anbuhl

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.nespressure.org
Internationale Protest-Website gegen Verletzung von Arbeitnehmerrechten bei Nestlé

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Gewerkschaftliche Stellungnahmen zur anstehenden UN-Klimakonferenz in Kopenhagen

Mindestlöhne

Für 100 000 Beschäftigte

Im „Trubel" der Verhandlungen der neuen Regierungskoalition sind Ende Oktober – weitgehend unbemerkt – in drei weiteren Branchen verbindliche Mindestlöhne über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz eingeführt worden. Per Rechtsverordnung hatte das noch von Olaf Scholz (SPD) geführte Bundesarbeitsministerium die Mindestentgelte für das Maler- und Lackiererhandwerk, für Großwäschereien und für Bergbauspezialarbeiten festgesetzt, die am 23. Oktober in Kraft getreten sind. Die neuen Mindestlöhne gelten nach Angaben des Ministeriums für rund 100 000 Beschäftigte. •

Alle geltenden Mindestlöhne im Sinne des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes online: www.einblick.dgb.de/links

Gewerkschaftsfrauen

Lettland vorn

In einer Analyse zur Entwicklung der Mitgliedszahlen der Gewerkschaften in 23 europäischen Ländern hat die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) auch den Frauenanteil in den Arbeitnehmerorganisationen unter die Lupe genommen. In acht der untersuchten Länder sind mehr Frauen als Männer Mitglied in Gewerkschaften. In dieser Kategorie vorn liegt Lettland mit einer Frauenquote von 68 Prozent. Es folgen Estland mit über 64 Prozent und Polen mit fast 60 Prozent. Weitere Länder mit einem Frauenanteil von über 50 Prozent in Gewerkschaften: Dänemark, Finnland, Litauen, Norwegen und Schweden. Die deutschen Gewerkschaften hatten 2008 laut Eurofound eine Frauenquote von 31,8 Prozent – einbezogen wurden neben den DGB-Gewerkschaften auch die Mitgliedsverbände des Deutschen Beamtenbundes. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

DGB

Aufbau Ost

Für den DGB bleibt der „Aufbau Ost" auch künftig eine vorrangige Aufgabe. In der Broschüre „Wie weiter mit dem Aufbau Ost?" stellt der Bereich Struktur- und Regionalpolitik beim DGB-Bundesvorstand seine Positionen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für Ostdeutschland vor. Für die Gewerkschaften steht fest: Um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, muss es eine deutliche Abkehr von der Niedriglohnstrategie in den neuen Bundesländern geben. Mindestlöhne, gleiche Löhne für gleiche Arbeit in Ost und West und eine innovationsgestützte Wirtschaftspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, gehören hierfür zu den tragenden Säulen, so der DGB. Die Broschüre erläutert im Detail, wie die zentralen Probleme – wie die Auswirkungen der Krise, Abwanderung und prekäre Beschäftigung – in Ostdeutschland angegangen und überwunden werden können. •

www.einblick.dgb.de/links

Dritter Sektor

Experimentierfeld

Der „dritte Sektor" der Volkswirtschaft , der Nonprofit-Sektor – Verbände, Organisationen und gemeinnützige Unternehmen – ist nicht mehr das, was er einmal war. Zu diesem Ergebnis kommt das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in einer aktuellen Analyse: Gerade den Akteuren des dritten Sektors werde „eine starke Orientierung an Werten der Solidarität" zugeschrieben, allerdings sei dieser Bereich inzwischen zu einem „arbeitsmarktpolitischen Experimentierfeld" geworden. Viele Formen irregulärer oder potenziell prekärer Beschäftigung hätten seit Mitte der 1990er Jahre in diesem Bereich drastisch zugenommen. Zu beobachten sei „ein überproportionaler Anstieg der Teilzeitbeschäftigung, eine zunehmend exzessive Befristungspraxis" und vor allem in Ostdeutschland eine deutliche Verschiebung bei den öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen: weg von sozialversicherungspflichtigen Maßnahmen, hin zu Ein-Euro-Jobs. •

www.einblick.dgb.de/links

Investitionsstrategie

Grünes Geld

Um Krise und Klimawandel zu überwinden, schlagen drei deutsche Forschungsinstitute eine „einheitliche Investitionsstrategie" öffentlicher und privater Akteure vor. Mit dem Umbau des Steuersystems, einer gezielten Förderung von ökologischen Investitionen und der begleitenden Einführung eines „Finanz-TÜVs" könne bis 2020 die Zahl der Arbeitslosen auf rund 1,5 Millionen gedrückt werden, heißt es in der vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebenen Studie. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung (IMK), das Institut für Weltwirtschaft (IfW/Kiel) und das Potsdam-Institut für Klimaforschung (PIK) betonen darin: „Ein konsequenter Umbau der Produktionsstrukturen in Richtung Energie- und Ressourceneffizienz, Umwelttechnologie und Klimaschutz kann das durchschnittliche reale Wirtschaftswachstum auf mehr als zwei Prozent pro Jahr erhöhen." •

www.einblick.dgb.de/links

Finanzmärkte

EGB fordert mehr Aufsicht

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) sieht die Vorschläge der EU-Kommission zur Finanzmarktregulierung nur als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Das geht aus einer Entschließung der EGB-Exekutive vom 21. Oktober hervor. Darin fordern die europäischen Gewerkschaften eine effektive Finanzmarktaufsicht und gehen über die EU-Pläne deutlich hinaus. Diese würden höchstens zu einer Art „Frühwarnsystem" führen, so der EGB. Er fordert mehr verbindliche Befugnisse der geplanten europäischen Aufsichtsbehörden gegenüber nationalen Behörden, wenn diese ihren Aufsichtsverpflichtungen nicht nachkommen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Antidiskriminierung

„Blauer Brief" aus Brüssel

In Deutschland wird zu wenig gegen Diskriminierung unternommen, sagt die EU-Kommission. In einer an Deutschland und Portugal gerichteten Stellungnahme vom 8. Oktober fordert die Kommission beide Mitgliedsstaaten auf, die EU-Vorschriften zum Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in Beschäftigung und Beruf (Richtlinie 2002/73/EG) vollständig umzusetzen.

Einer Studie der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft zufolge führt zudem die Beseitigung geschlechtsspezifischer Unterschiede zu mehr Wirtschaftswachstum. EU-weit könnte so das Bruttoinlandsprodukt (BIP) maximal um 15 bis 45 Prozent gesteigert werden. In Deutschland könnte das BIP um 29 Prozent und die Beschäftigungsrate um 28 Prozent wachsen, wenn die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt verwirklicht wäre, heißt es in der Studie. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Koalitionsvertrag

Mehr Mini-Jobs statt Mindestlöhne

Die Einschnitte bei Gesundheit und Pflege sind bereits weitgehend bekannt, ebenso wie die Erhöhung des Schonvermögens für ALG II-EmpfängerInnen auf 750 Euro pro Lebensjahr. Aber was verbirgt sich noch in den 6136 Zeilen des schwarz-gelben Koalitionsvertrags? einblick wagt einen Blick auf weitere Details.

„Einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn lehnen wir ab", heißt es ganz klar im Vertrag. Alle bisherigen **Mindestlöhne** sollen bis Oktober 2011 evaluiert und gegebenenfalls aufgehoben werden. Neuen Mindestlöhnen über eine Allgemeinverbindlicherklärung müsste das gesamte Kabinett zustimmen – auch die FDP-MinisterInnen, die derzeit weitere Mindestlöhne strikt ablehnen. **+++** Schwarz-Gelb will den **Niedriglohnsektor** ausbauen. Ziel sei es, die „Brückenfunktion" von **Mini-Jobs** in voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu stärken. Warum die Koalition dann gleichzeitig die Grenzen für sozialversicherungsfreie Mini-Jobs erweitern will, erklärt der Vertrag nicht. Der DGB bezweifelt die Brückenfunktion der Mini-Jobs seit Längerem – und wird in dieser Auffassung durch diverse Studien bestätigt. **+++** Bei **befristeten Arbeitsverhältnissen** soll eine sachgrundlose Befristung (Befristung ohne Angaben von Gründen – anders als etwa eine befristete Elternzeitvertretung) nach einem Jahr Wartezeit beim selben Arbeitgeber erneut möglich sein. Schwarz-Gelb will durch diese Wartezeit Kettenbefristungen – also die immer wieder erneuerte Befristung ein und desselben Arbeitsverhältnisses – verhindern. Die Gewerkschaften fürchten aber beispielsweise, dass größere Unternehmen die Beschäftigten für ein Jahr einfach offiziell in einem anderen Konzernbetrieb einstellen und so den ArbeitnehmerInnen dennoch Kettenarbeitsverhältnisse aufzwingen. **+++** Hat Schwarz-Gelb aus der Krise gelernt? Offensichtlich nicht. Das Kapitel **Finanzmärkte** enthält kaum Konkretes. Wenn systemrelevante Finanzinstitute in eine Schieflage geraten, soll es rechtzeitig vor einer Insolvenz möglich sein, die Banken „finanzmarktschonend" abzuwickeln oder nachhaltig zu stabilisieren – staatlich Eingriffe sind also weiterhin möglich, nach dem Motto „Retten oder Zerschlagen". **+++** Außerdem soll es **Ratingagenturen** verboten sein, Finanzprodukte gleichzeitig zu entwickeln, zu vertreiben und zu bewerten. Schwarz-Gelb will sich zudem für eine Europäische Ratingagentur einsetzen. **+++** Fehlanreize bei Finanzinstituten sollen durch **Vergütungssysteme** beseitigt werden, die sich am langfristigen Erfolg eines Unternehmens orientieren. Guter Ansatz? Die Koalition will das mit so genannten Malus-Systemen erreichen – also Gehaltsabzügen bei schlechten Geschäftszahlen. Ob das nur für Vorstand und Management oder auch für weitere Beschäftigte gelten soll, lässt der Vertragstext offen. ver.di lehnt Malus-Systeme für Bankbeschäftigte strikt ab. **+++** Kein eigenständiges Gesetz, wie von den Gewerkschaften gefordert – aber immerhin ein eigenes Kapitel: Schwarz-Gelb will den **Arbeitnehmerdatenschutz** in einem eigenen Kapitel im Bundesdatenschutzgesetz ausgestalten. Verbieten will Schwarz-Gelb die Verarbeitung von Daten über „für das Arbeitsverhältnis nicht relevantes außerdienstliches Verhalten" oder nicht arbeitsrelevante Gesundheitszustände. **+++** Tourismus ist der Koalition wichtiger als Arbeitsschutz von jungen Menschen. Die Ankündigung der Lockerung des **Jugendarbeitsschutz-Gesetzes** findet sich im Kapitel „Tourismus" – so sollen angebliche Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe abgebaut werden. **+++** 2007 ermöglichte die Große Koalition auch in Deutschland die Gründung von **Real Estate Investment Trusts** (REITs) – also von Private-Equity-Fonds für Immobilien. Nach Protesten von DGB, Mieterbund und SPD-Linken wurden damals Wohnimmobilien, die vor 2007 gebaut wurden, vor dem Zugriff der REITs geschützt. Das will Schwarz-Gelb jetzt ändern und für die REITs „überflüssige Hemmschwellen für den deutschen Markt" abbauen. **+++** Mehr Wettbewerb ist ein Dogma der Liberalen und vieler Unions-VertreterInnen. Aber nicht, wenn es um die eigene Klientel geht. Bei **Apotheken** werde man die Auswüchse beim Versandhandel bekämpfen und lehne eine Änderung des bestehenden Mehr- und Fremdbesitzverbotes ab. **+++** An die Mitbestimmung gehen Union und FDP vorerst nicht heran – den geplanten **Ehrenkodex für Betriebsräte** kann man aber getrost als kleinen Seitenhieb verstehen. Die Koalition will außerdem der Betriebsversammlung das Recht geben, die an Betriebsräte gezahlten Aufwendungen offen zu legen. **+++** „Das geltende AGG werden wir im Hinblick auf einen möglichen Abbau von **Bürokratielasten** überprüfen", heißt es im Koalitionsvertrag. Man wolle zwar aktiv gegen alle Formen von Diskriminierung vorgehen – „den ungeeigneten Entwurf der EU-Kommission zur **5. Antidiskriminierungsrichtlinie** lehnen wir allerdings ab". **+++** Ab 2013 soll es ein **Betreuungsgeld** von 150 Euro für Elternteile geben, die unter dreijährige Kinder zu Hause betreuen **(Herdprämie)**. •

Wenig Lob, viel Kritik

„Eine Reform der Erwerbsminderungsrente gehört auf die rentenpolitische Tagesordnung von Schwarz-Gelb", hatte der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel während der laufenden Koalitionsverhandlungen gefordert. Der Koalitionsvertrag bleibt vage – eine Verbesserung der „Erwerbsminderungsschutzes" soll geprüft werden, müsse aber kostenneutral sein.

Die GEW „registriert sehr wohl, dass die Mittel für den Bildungsbereich aufgestockt werden sollen", erklärt ihr Vorsitzender Ulrich Thöne. Notwendig seien aber rund 40 Milliarden Euro, davon bleibe Schwarz-Gelb weit entfernt.

Zwar hatte auch die NGG eine reduzierte Mehrwertsteuer im Gastgewerbe befürwortet, die Schwarz-Gelb jetzt offenbar plant. Voraussetzung sei aber, dass auch die Beschäftigten mit fairen Löhnen davon profitieren. Die jetzt angekündigte Ausweitung des Niedriglohnsektors und die Absage an weitere Mindestlöhne sei „enttäuschend und kontraproduktiv", so der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg.

Auch die TRANSNET-Bewertung des Koalitionsvertrags ist eher ernüchternd: „Was wir dort unter dem Stichwort Mobilität lesen, zeigt, dass es keine nachhaltige Verkehrspolitik geben soll", so der TRANSNET-Vorsitzende Alexander Kirchner.

Berufsbildung Hamburg

JAV bestimmt mit

Im Zuge der von der schwarz-grünen Koalition in Hamburg beschlossenen Reform des Landes-Schulgesetzes wurden auch wesentliche Verbesserungen für die Mitbestimmung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen) an den Hamburger Berufsbildenden Schulen durchgesetzt. Einen entsprechenden Antrag der Grünen-Fraktion hatte die Hamburgische Bürgerschaft einstimmig angenommen – die DGB-Jugend Hamburg hatte sich im Vorfeld intensiv für die Neuregelungen eingesetzt.

Von neuen JAV-Mitwirkungsrechten mit „bundesweitem Vorbildcharakter" spricht Olaf Schwede, Sprecher der DGB-Jugend Hamburg: Die JAVen der ausbildenden Betriebe haben laut Schulgesetz jetzt ein „Anwesenheits-, Antrags- und Initiativrecht" bei Entscheidungsprozessen zu zentralen Fragen der beruflichen Bildung. Dazu gehören etwa die Abstimmung von Ausbildungsinhalten zwischen (Berufs-)Schule und Betrieben, die Organisation des Unterrichts (z.B. Teilzeit- oder Blockunterricht) sowie die Gestaltung von Bildungsplänen, Zusatzqualifikationen oder Förderangeboten. Die neuen Beteiligungsrechte stehen ausschließlich den Jugendvertretungen, nicht den Betriebs- oder Personalräten zu. Die „Wirkungsmöglichkeiten" der JAVen würden damit „aus dem rein betrieblichen Kontext auf die Schnittstelle zwischen Schule und Betrieb erweitert", erklärt die DGB-Jugend.

Die Gewerkschaftsjugend will jetzt in Kooperation mit den DGB-Gewerkschaften Informationsabende für Hamburger Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen veranstalten und arbeitet an einer „Arbeitshilfe", damit JAVen die neuen Regelungen auch „mit Leben füllen können". •

www.dgb-hamburg.de

Anzeige

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz

Ein Leitfaden für die arbeitsrechtliche Praxis

Dr. Sebastian Hopfner
Valerie Naumann et al.

3. Auflage, 2009, 128 S., 17 x 24 cm, kart., **16,50 €**

ISBN 978-3-89952-427-7

www.vww.de

Otto-Brenner-Preis

Preis für Afghanistan-Reportage

Zum fünften Mal verleiht die Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall in diesem Jahr den „Otto Brenner Preis 2009 für Kritischen Journalismus" – und seit Ende Oktober stehen die PreisträgerInnen fest: Der mit 10 000 Euro dotierte **1. Preis** geht an Marc Thörner für seine Hörfunk-Reportage „Wir respektieren die Kultur – Im deutsch kontrollierten Norden Afghanistans" (*Deutschlandfunk*). Thörner hatte unter anderem intensiv zum Todesurteil gegen den afghanischen Journalistikstudenten Pervez Kaambaksh recherchiert und liefere „eine dringend notwendige und preiswürdige Korrektur der Berichterstattung über die wahren Begünstigten der Kämpfe deutscher Soldaten am Hindukusch", so die Jury.

Der **2. Preis** geht an das ZDF-Autorenteam Ulrike Brödermann und Michael Strompen für ihre Dokumentation „Der gläserne Deutsche – wie wir Bürger ausgespäht werden". Den **3. Preis** erhält Simone Sälzer (*Passauer Neue Presse*) für ihre 14-teilige Serie „Leben in Würde".

Verliehen werden die Preise am 17. November im Rahmen der Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung in Berlin. Ausführliche Informationen zu den PreisträgerInnen sowie den Preisen in den Kategorien „Spezial" und „Medienprojektpreis" gibt es online. •

www.otto-brenner-preis.de

Anzeige

Das Pflegezeitgesetz

Ein Leitfaden für die arbeitsrechtliche Praxis

Dr. Sebastian Hopfner et al.

2009, 64 S., 17 x 24 cm, kart., **10,80 €**

ISBN 978-3-89952-471-0

www.vww.de

neueBücher

Unter die Lupe nimmt der Sozialwissenschaftler Tobias Müller in seinem Buch *Was haben die Hartz-Reformen bewirkt?* die wohl umfassendste Reform der deutschen Arbeitsmarktpolitik. Er beleuchtet volkswirtschaftliche Arbeitsmarkttheorien und ihre Erklärung von Arbeitslosigkeit. Mit Blick auf die sich daraus ableitenden Strategien untersucht er die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesrepublik. Anspruch, Konzeption und Instrumente der Hartz-Reformen werden so erläutert und kritisch diskutiert. Müller führt zur Umsetzung und Bewertung der Hartz-Reformen sowohl ökonomische, historische, politische als auch psychosoziale Dimensionen von Arbeitslosigkeit zusammen: ein Nachschlagewerk zur deutschen Arbeitsmarkpolitik.

Tobias Müller: Was haben die Hartz-Reformen bewirkt? Zu Ausmaß, Ursachen und Folgen der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Weißensee Verlag, Berlin 2009, 284 Seiten, 38 Euro.

Tagung

Neue Väter

Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und das Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer (SowiTra) haben in einem Forschungsprojekt die Auswirkungen des 2007 eingeführten Elterngelds untersucht. Auf der Fachtagung „Der Beitrag des neuen Elterngelds zu Vereinbarkeit und Geschlechtergleichstellung im Betrieb" stellen HBS und SowiTra die Ergebnisse am 13. November in Berlin vor. Ein Resümee: Die beabsichtigte „stärkere Einbeziehung von Vätern in die Familienarbeit" sei für viele Betriebe, aber auch für viele Väter, „noch eine Herausforderung". •

www.einblick.dgb.de/links

interregio

••• Um den Anstieg arbeitsrechtlicher Klagen, insbesondere bei den ***Kündigungsschutzklagen,*** bewältigen zu können, fordert der ***DGB Baden-Württemberg*** mehr Richterstellen am Landesarbeitsgericht. Die Zunahme von Kündigungsschutzverfahren aufgrund der Wirtschaftskrise, die Baden-Württemberg besonders hart getroffen habe, führe zu einer deutlichen Verlängerung der Verfahrensdauer an den Arbeitsgerichten. Es müssten mindestens 21 Richterstellen neu geschaffen werden, fordert der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener.

www.bw.dgb.de

••• Der ***DGB Sachsen-Anhalt*** und der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt laden gemeinsam zu ***Infotagen*** ein, um über die EU-Strukturpolitik im Bundesland zu informieren. Vom 16. bis 20. November gibt es jeweils eintägige Veranstaltungen in vier Städten mit einem Überblick über Förderprogramme in der Förderperiode 2007 bis 2013: In diesem Zeitraum stellt die EU aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Fonds für regionale Entwicklung rund 2,5 Milliarden Euro bereit, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Sachsen-Anhalt zu unterstützen. Die Termine: 16.11. in Halle/Saale, 17.11. in Halberstadt, 18.11. in Dessau-Roßlau und 20.11. in Magdeburg, jeweils von 10 bis 16 Uhr.

www.sachsen-anhalt.dgb.de

Studierende und Gewerkschaften

Campus Offensive

Viele Studierende kommen im Studium erstmals mit der Arbeitswelt in Kontakt – ob als PraktikantIn oder NebenjobberIn. Doch mit Gewerkschaften haben viele bisher noch wenig am Hut. Das wollen die Gewerkschaften durch neue Strategien an den Hochschulen ändern.

Für etliche junge Menschen hat am 1. Oktober ein neuer Lebensabschnitt begonnen – das Studium. Laut Statistischem Bundesamt steigt seit Ende der 1990er Jahre die Zahl der StudienanfängerInnen und hat sich seit 2003 bei rund 2 Millionen eingependelt – doch nur gut 32 000 der StudentInnen sind Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft. Dabei wird ein Großteil der Studierenden nach dem Abschluss abhängig beschäftigt sein. Nach einer IAB-Prognose steigt der Anteil der höher Qualifizierten auf dem Arbeitsmarkt bis 2030 um rund fünf Prozent auf dann 33,2 Prozent. Zudem sind viele heute schon durch Nebenjobs und Praktika in der Arbeitswelt tätig. Deshalb steht für die Gewerkschaften fest: Studierende müssen in die gewerkschaftliche Arbeit eingebunden werden.

Seit 2003 engagieren sich GewerkschafterInnen verstärkt in Campus Offices und Hochschulinformationsbüros (HiBs), um Studierende bei der Berufswahl zu beraten oder sie bei Fragen zu Nebenjobs und Praktika zu unterstützen. „Doch Studierende sind eine Zielgruppe mit speziellen Ansprüchen und einem Hintergrund, der oft nicht gerade gewerkschaftsnah ist", weiß Frank Rzeppa, Referatsleiter im Bereich Organisationspolitik beim DGB-Bundesvorstand und Mitglied der Arbeitsgruppe „Organizing an HiBs und Campus Offices". „Darum müssen wir neue Wege gehen", fordert er. Allem voran steht das Organizing. Mit dieser Strategie sollen Menschen aktiviert werden, ihre Interessen selbstständig zu vertreten und Probleme anzugehen. Die Gewerkschaften begleiten den Prozess und bringen ihren Sachverstand, ihre Infrastruktur und ihre Unterstützung mit ein.

Foto: www.verdi-campus.de

Für bessere Bedingungen an den Hochschulen, mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem oder ein gebührenfreies Studium – Studierende sind bereit, sich einzubringen: Mitglieder der ver.di-Campus-Gruppe Duisburg-Essen beim Bildungsstreik in Essen im April 2009.

Wie erfolgreich gewerkschaftliches Organizing sein kann, zeigt die Praktikums-AG an der TU Braunschweig. Johannes Katzan vom Hochschulinformationsbüro der IG Metall erklärt, wie es dazu kam: „Wichtig war für uns, dass wir keine Themen vorgegeben haben, sondern in Gesprächen mit Studierenden und der Fachschaft geklärt haben, welche Themen ihnen wichtig sind." Das Thema Praktikum rückte schnell in den Mittelpunkt, da alle Studierenden in den Studiengängen Maschinenbau und Elektrotechnik Pflichtpraktika absolvieren müssen. Ein wichtiger Schritt war die gemeinsame Erarbeitung einer Umfrage unter den Studierenden zum Thema. „Dort haben fast 40 Menschen mitgearbeitet, die wenigsten waren Gewerkschaftsmitglied." Die Umfrage ergab, dass fast 80 Prozent aller Praktikanten keinen Kontakt zu Betriebsräten haben. An dieser Stelle wurde die Gewerkschaft aktiv: Sie vernetzt nun Studierende mit Betriebsräten, betreibt eine Praktikabörse und stellt Infomaterial über Rechte und Pflichten bereit. Durch die kontinuierliche Arbeit ist die IG Metall in Braunschweig heute anerkannter Partner und Ratgeber. „Bei der Umstellung der Studiengänge auf Bachelor hat sich die Universität als erstes an uns gewandt, um unsere Meinung in Sachen Praktikum zu hören ", betont Katzan. „Das ist ein Erfolg."

Erfolgreiche Pionierarbeit leistet auch die ver.di-Campus-Gruppe an der Universität Duisburg-Essen. Hervorgegangen ist die Gruppe aus den Protesten gegen Studiengebühren im Jahr 2004. Seitdem haben die Mitglieder ihre KommilitonInnen zu zahlreichen Aktionen aktivieren können: Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm oder die Teilnahme am europäischen Sozialforum in Malmö. „Die Leute wollen sich engagieren", weiß Caroline Heß, Sprecherin der Gruppe. Dabei geht es nicht nur um „große" politische Themen, sondern auch um alltägliche Probleme an der Uni. „Jeder kann und soll sich gleichberechtigt einbringen können", betont Heß. Ein Schlüssel zum Erfolg ist das Internet. Soziale Netzwerke wie Facebook oder Videos auf Youtube: Vor allem das Web 2.0 eigne sich hervorragend für die aktivierende Gewerkschaftsarbeit. Denn klar ist: Studierende müssen dort abgeholt werden, wo sie sind - auf dem Campus, im Internet und auch in der Arbeitswelt. •

Voneinander lernen

Studierende und Gewerkschaften zusammen zu bringen, das versuchen bundesweit mehr als 30 gewerkschaftliche Campus Offices und Hochschulinformationsbüros (HiB). Mehrere Veranstaltungen sollen die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch vor Ort befördern.

✱ Vom 6. bis 8. November veranstaltet die Initiative students@work einen Vernetzungsworkshop in Hamburg-Sasel, zu dem alle ehren- und hauptamtlichen GewerkschafterInnen und Interessierte eingeladen sind.

✱ Die IG Metall Baden-Württemberg und das DGB-HiB Karlsruhe laden am 19.11. zu einem Workshop nach Karlsruhe ein. Das Thema: „Studierende an (dualen) Hochschulen aktivieren".

✱ Und am 30. November wollen die Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften Hannover-Hildesheim und die IG Metall Niedersachsen unter dem Motto „Organizing & Campus" Interessierte und Aktive bei einem Workshop in Hannover zusammenbringen.

Mehr zum Thema unter
www.students-at-work.de
und
www.einblick.dgb.de/hintergrund

kurz&bündig

Die GEW beteiligt sich an den deutschen Aktionen der weltweiten Kampagne „1 GOAL – Bildung für alle" anlässlich der Fußball-WM 2010 in Südafrika. Die Kampagne macht auf die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen aufmerksam, die allen Kindern bis 2015 das Recht auf Bildung und den Schulbesuch garantieren sollen.

Die NGG hat ihre sozialpolitischen Forderungen an die Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien übergeben. Die sechs „Schlaglichter" behandeln unter anderem die Ausgestaltung des Gesundheitssystems, die Arbeitsmarkt- und die Rentenpolitik sowie die Sozialversicherungspflicht für Minijobs.

Die GdP kritisiert, dass der Polizei durch den Kompromiss der schwarz-gelben Koalition zur Vorratsdatenspeicherung ein wichtiges Instrument zur Verhinderung von Straftaten „aus der Hand geschlagen wird". Für den Schutz der Menschen vor Kriminalität sei der polizeiliche Zugriff auf elektronische Kommunikationswege notwendig. Das habe nichts mit polizeilicher Datensammelwut zu tun.

Die IG BCE hat für ihre Mitglieder einen neuen Internet-Shop eingerichtet. Auf dem Online-Portal können Werbe- und Organisationsmittel sowie Drucksachen und Präsente erstanden werden.
www.igbce-shop.de

EFFAT-Kongress

Charta gegen prekäre Arbeit

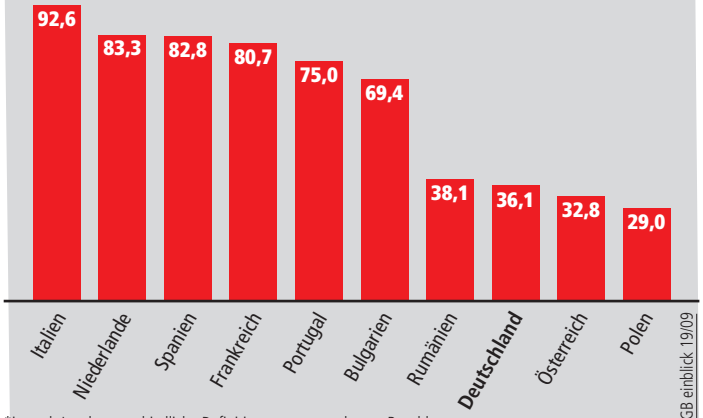
Die europäischen Gewerkschaften der Lebensmittel-, Agrar- und Tourismusbranche wollen künftig gemeinsam intensiv gegen prekäre Beschäftigung vorgehen. Das haben die TeilnehmerInnen des EFFAT-Kongresses am 21. Oktober in Berlin beschlossen und eine „Charta gegen prekäre Beschäftigung" verabschiedet. Der europäische Gewerkschaftsdachverband EFFAT (European Federation of Food, Agriculture and Tourism Trade Unions) hat 120 Mitgliedsgewerkschaften aus 35 Ländern – deutsche Mitglieder sind die NGG und die IG BAU.

Ziel des EFFAT-Kongress sei gewesen, das Vorgehen gegen prekäre Beschäftigung sowie gegen Sozial- und Lohndumping europaweit zu koordinieren, „um sich nicht in einem europaweiten Unterbietungswettbewerb ausspielen zu lassen", so EFFAT-Generalsekretär Harald Wiedenhofer. Der NGG-Vorsitzende und EFFAT-Vize Franz-Josef Möllenberg forderte anlässlich des Kongresses erneut einen gesetzlichen Mindestlohn für Deutschland ein. „Ich prognostiziere – und das hat nichts mit Optimismus zu tun –, dass spätestens zum 1. Mai 2011, wenn europaweit die volle Arbeitnehmer-Freizügigkeit gilt, auch eine schwarz-gelbe Regierung die Realität erkennen muss und eine gesetzliche Lohnuntergrenze schafft", so Möllenberg. Dass das dringend nötig ist, bestätigte auch Ole Wehlast, Präsident der dänischen Gewerkschaft NNF, die unter anderem die dänischen Schlachtbetriebe organisiert. Deutschland, besonders Norddeutschland, entwickle sich in dieser Branche zum „Wildwest-Land ohne Tariflöhne". Jährlich würden sieben Millionen Schweine von Dänemark in deutsche Schlachthöfe transportiert, in denen Niedrigstlöhne gezahlt werden. Das habe in Dänemark bereits „2500 Arbeitsplätze von hoch qualifizierten Fachkräften vernichtet", so Wehlast. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Prekäre Landwirtschaft

Anteil der ArbeitnehmerInnen in der Landwirtschaft mit prekären Arbeitsbedingungen* in ausgewählten Ländern 2008 (in Prozent)



*je nach Land unterschiedliche Definitionen, unter anderem: Bezahlung unter gültigem Mindestlohn, Scheinselbstständigkeit, keine Sozialversicherung

Quelle: EFFAT

© DGB einblick 19/09

ČMKOS Tschechien

Keine EU-Bürger zweiter Klasse

Der tschechische Gewerkschaftsbund ČMKOS setzt sie sich dafür ein, den Ratifizierungsprozess des Lissabon-Vertrags in Tschechien schnellstmöglich abzuschließen. Tschechien ist das letzte EU-Land, in dem der Vertrag noch nicht ratifiziert ist. ČMKOS warnt davor, der Forderung des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus nachzukommen, die mit dem Vertrag verbundene EU-Grundrechtecharta für Tschechien auszuschließen. Dies würde „den Bürgern unseres Landes die Möglichkeit verwehren, bei Verletzungen ihrer durch die Grundrechtecharta verbrieften Sozial-, Arbeitnehmer- und sonstigen Menschenrechte, diese bei den Organen der EU geltend zu machen", heißt es in einer Entschließung. Die ČMKOS wende sich dagegen, die tschechischen Bürger zu EU-Bürgern zweiter Klasse zu machen.

Klaus begründet seine Forderung nach Aussetzung der Charta mit dem Schutz vor Rückgabeforderungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebene Sudetendeutsche stellen könnten. Nach Ansicht von Rechtsexperten ist eine rückwirkende Anwendung des Lissabon-Vertrags aber ohnehin nicht möglich.

Klaus will erst unterschreiben, wenn seine Ausnahmeforderung erfüllt ist und das tschechische Verfassungsgericht über eine Klage gegen den Vertrag entschieden hat. Das Gericht kündigte ein Urteil für den 3. November an. •

EAdA

Alles neu

Die Akademie der Arbeit wurde offiziell umbenannt: Am 14. Oktober wurde der neue Name – „Europäische Akademie der Arbeit" (EAdA) – über dem Eingang des EAdA-Gebäudes an der Universität Frankfurt am Main enthüllt. Seit diesem Jahr hat die Akademie der Arbeit außerdem einen neuen Direktor: Der Arbeitsrechtler Prof Dr. Peter Wedde, spezialisiert auf Datenschutz und Arbeitsrecht in der Informationsgesellschaft, lehrte zuvor an der Frankfurter Fachhochschule. •

www.akademie-der-arbeit.de

MEINUNG

Ein Jahr nach dem Bildungsgipfel

Bildungspolitik als Mathe-Olympiade

Statt Reformen im Bildungswesen Rechenschiebertricks – die Bilanz der Bildungspolitik von Bund und Ländern, die Matthias Anbuhl (DGB) ein Jahr nach dem Bildungsgipfel in Dresden zieht, ist ernüchternd.

Angela Merkel hätte **kaum einen größeren Anspruch** wählen können, als sie vor einem Jahr zum 60. Jahrestag der Sozialen Marktwirtschaft kurzerhand die Bildungsrepublik Deutschland ausrief. Wohlstand für alle heiße heute Bildung für alle, verkündete die Bundeskanzlerin – und lud die Ministerpräsidenten nach Dresden zu einem Bildungsgipfel ein.

Der Vorstoß der Kanzlerin überraschte, hatte Merkel zuvor doch **den Bund** mit der Föderalismus-Reform **bildungspolitisch weitgehend entmachtet.** Entsprechend reserviert reagierten die Bundesländer. Unverblümt sagte Sachsen-Anhalts Regierungschef Wolfgang Böhmer: „Ich erwarte, dass der Bildungsgipfel nach drei Stunden vorbei ist. Ich habe ihn nicht erfunden. Bildung ist eindeutig Ländersache."

Die Ministerpräsidenten ließen sich in Dresden nur auf wenige Ziele ein, ohne deren konkrete Umsetzung zu fixieren. Die Ausgaben für Bildung und Forschung sollen auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen, die Zahl der Schulabbrecher und der jungen Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung halbiert werden. Mehr Menschen sollen ein Studium aufnehmen und sich weiterbilden. Für ein Drittel der Kinder, die jünger als drei Jahre sind, müsse ein Krippenplatz bereit stehen.

Nimmt man diese Ziele ernst, hätten Bund und Länder fortan alle Hände voll zu tun. Der Nationale Bildungsbericht zeigt das. Noch immer leben in Deutschland rund vier Millionen Menschen, die nicht richtig lesen und schreiben können. 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung. Mehr als 70 000 verlassen pro Jahr die Schule ohne einen Abschluss. Kurzum: **Der Weg in die Bildungsrepublik Deutschland ist weit.**

Ein Jahr nach dem Gipfel fällt die Bilanz ernüchternd aus. Die Minister verstehen die Bildungsziele als Rechenaufgabe. Geht es um die Zahl der Schulabbrecher, den Ausbildungsmarkt oder die Bildungsausgaben – **überall werden die Bilanzen frisiert, geschönt oder gefälscht.** So entwickelt sich Bildungspolitik zur Mathe-Olympiade.

Den Anfang machten die Kultusminister. Sie beschlossen eine Änderung der Schulabbrecher-Statistik. Zählte man dort bisher alle Jugendlichen, die nicht mindestens einen Hauptschulabschluss erreicht haben, wurde dieser Maßstab nun geändert. Fortan gelten auch Sonderschüler nicht als Abbrecher – selbst wenn sie auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance haben. So ließe sich die Zahl der Abbrecher allein in seinem Land halbieren, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Bildungsminister Henry Tesch offenherzig.

Ähnlich schaut es auf dem Ausbildungsmarkt aus. In diesem Herbst verkündeten die Partner des Ausbildungspakts erneut eine entspannte Lage. Nur 9600 Jugendlichen fehle noch ein Ausbildungsplatz. Dass rund 74 000 Jugendliche, die händeringend eine Ausbildung suchen, in Warteschleifen geparkt wurden, erwähnte man nicht. Diese Jugendlichen werden in der Statistik schlicht als versorgt geführt.

Matthias Anbuhl, 39, leitet den Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung beim DGB-Bundesvorstand.

Nicht besser machten es die Finanzminister. Sie sollten die Investitionen für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des BIP anheben. Nimmt man die Zahlen der OECD, hätten mehr als 32 Milliarden Euro in das deutsche Bildungssystem fließen müssen. Die Minister stört das nicht. Ihr Motto: Taschenrechner anschalten und sehen, was möglich ist. So verbuchten sie ganz neue Posten im Bildungsetat. Das Kindergeld, Pensionen für Lehrer und Professoren sowie die Sanierung von Gebäuden zählen dazu. Und siehe da: Deutschland hatte **das 10 Prozent-Ziel erreicht, ohne auch nur einen Cent zusätzlich ins Bildungswesen zu stecken.**

Mit dem wahren Leben hat das nichts zu tun: Während Eltern über Unterrichtsausfall und fehlende Kita-Plätze klagen, haben sich viele Kultusbürokraten in ihrer Parallel-Gesellschaft eingerichtet. Unliebsame Begegnungen mit der Wirklichkeit stören nur.

Wenn internationale Bildungsexperten die Defizite des deutschen Bildungswesens aufzählen, reagieren viele deutsche Politiker folglich mit Häme und Spott. Es soll gar Minister geben, die sich weigern, mit dem UN-Bildungsbeauftragten Vernor Munoz oder dem internationalen PISA-Koordinator Andreas Schleicher (OECD) vor die Presse zu treten. Das rüde Verhalten einiger deutscher Politiker könnte einen triftigen Grund haben: **Internationale Statistiken dürfen sie nicht frisieren.**

DGB fordert Milliarden-Paket

Zum Jahrestag des Bildungsgipfels hat DGB-Vize Ingrid Sehrbrock die neue Bundesregierung aufgefordert, ein „Milliarden-Paket" für das Bildungswesen zu schnüren: „Es reicht nicht, wenn Schwarz-Gelb pauschal verkündet, am 10-Prozent-Ziel festhalten zu wollen. Wir brauchen ein konkretes Milliarden-Programm." Mit rund 13 Milliarden Euro pro Jahr ließen sich etwa 40 000 Sozialarbeiter an Ganztagsschulen, 28 000 wissenschaftliche Stellen an Hochschulen, der Ausbau des BAföGs, bessere Angebote und Beratung in der Weiterbildung sowie die Abschaffung der Kindergarten-Gebühren finanzieren.

Der Ökonom Roman Jaich hat in einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung berechnet, wie viel Geld das Bildungswesen pro Jahr bräuchte, um die wichtigsten Verbesserungsvorschläge von Experten umzusetzen. Danach summiert sich der zusätzliche Bedarf in allen Etappen der Bildungslaufbahn – für den Ausbau von Kitas und Ganztagsschulen, eine bessere Ausstattung der Hochschulen und mehr Weiterbildung – auf jährlich 36,94 Milliarden Euro. Der Staat müsste 27,75 Milliarden mehr beisteuern, Unternehmen und Privatpersonen den Rest.

Mehr Infos: ***www.einblick.dgb.de***

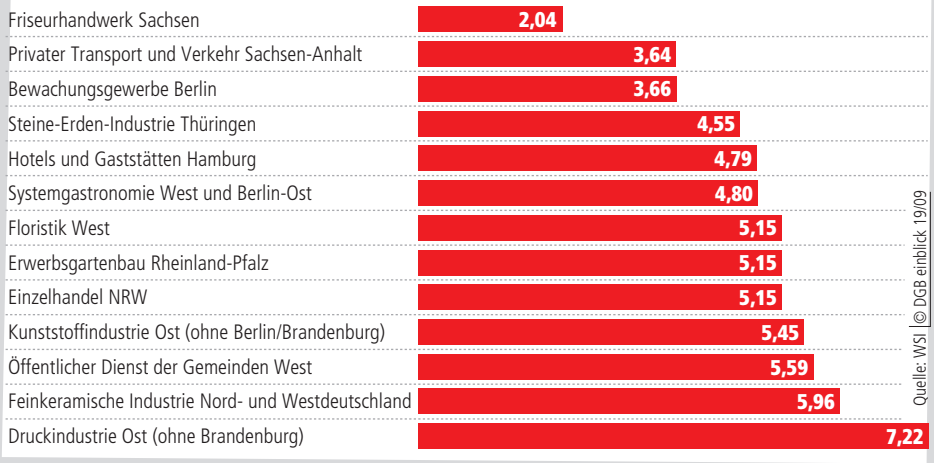
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

SITTENWIDRIGE LÖHNE: Das soll Gesetz werden

Abgesehen davon, dass Schwarz-Gelb mit einem Gesetz gegen sittenwidrige Löhne etwas verbieten will, das durch gängige Rechtssprechung längst verboten ist: Auch die Höhe der dadurch gesetzlich „abgesicherten" Löhne ist in vielen Branchen eine Farce. „Erlaubt" wären teils Löhne ab knapp zwei Euro pro Stunde. Was die neue Koalition als Vorgehen gegen Dumpinglöhne verkauft, ist das exakte Gegenteil: Niedrigstlöhne werden vielmehr vom Gesetzgeber noch offiziell legitimiert.

Sittenwidrigkeitsgrenze (hier: Unterschreitung der untersten Tarifvergütung um ein Drittel) bei den Stundenlöhnen verschiedener Branchen (in Euro), Stand: Oktober 2009



Quelle: WSI | © DGB einblick 19/09

personalien

••• ***Marion von Wartenberg,*** 51, stellvertretende Vorsitzende des DGB Baden-Württemberg, ist von der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentags ins Präsidium des Kirchentags gewählt worden. Von Wartenberg ist seit Mai 2008 DGB-Vize in Baden-Württemberg und war zuvor Klinik- und Altenseelsorgerin der evangelischen Landeskirche Württemberg sowie Dozentin an einer Kranken- und Altenpflegeschule.

••• ***Maria Helena André,*** 49, vom portugiesischen Gewerkschaftsbund UGT, bisher stellvertretende Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), ist von Portugals Ministerpräsident José Sócrates als Arbeits- und Sozialministerin ins neue portugiesische Kabinett berufen worden.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

3.11. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, 3. Hochschulpolitisches Forum „Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule", Berlin

4.11. DGB, Hans-Böckler-Stiftung und Europäisches Gewerkschaftsinstitut, Konferenz „CSR – Mitbestimmung in transnationalen Unternehmen?", Frankfurt am Main

6.-8.11. attac, Konferenz „attac-Herbstratschlag", Leipzig

6.-8.11. DGB-Jugend, Workshop „Vernetzungstreffen students@work", Hattingen

7.11. IG Metall, Konferenz „BR-Wahlen 2010 – Kompetenz für Gute Arbeit", Leipzig

9.11. ver.di, Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften, Aktionstag „science day 2009: Wege aus der Krise – Die Zukunft durch nachhaltiges Wirtschaften neu gestalten", Hannover

12.11. DGB Nord, Konferenz „Work-Life-Balance im Ostseeraum – Frauen zwischen Pflege und Beruf", Neubrandenburg

12.11. DGB, Fachtagung „Umdenken – Gegenlenken: Mit guter Bildung aus der Krise", Berlin

12./13.11. ver.di-Fachbereich Gemeinden, Konferenz „JAV- und Personalräte-Forum 2009: Öffentlich ist wesentlich – Krisenbewältigung erfordert Personalräte", Kassel

13.11. GEW, Veranstaltung „FrauenStärken im Schulbereich. Handlungsansätze zur Verwirklichung der Entgeltgleichheit von Lehrkräften", Karlsruhe

13./14.11. GEW, Strategietagung „Der Krise trotzen – Millenniumsziele verwirklichen", Steinbach

16.11. DGB, 12. Schöneberger Forum 2009, Berlin

16./17.11. DGB, Workshop „Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Querschnittsthema gewerkschaftlicher Bildungsarbeit", Hannover

16./17.11. ver.di Niedersachsen-Bremen, Workshop „Betriebsräte vor der Wahl: Reflektieren, Analysieren, Optimieren", Hannover

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Das ist ungefähr so, als ob man einem Obdachlosen sagt, dass er seine Hausratversicherung jetzt von der Steuer absetzen kann."

Comedian Oliver Welke über die Entscheidung der schwarz-gelben Koalition, das Schonvermögen für Hartz-IV-EmpfängerInnen anzuheben (heute-show, ZDF, 20. Oktober 2009).

Soldatenversorgungsrecht

Entschädigung bei Bestrahlung

Erleidet ein Soldat während seiner Dienstzeit eine Wehrdienstbeschädigung, so ist dies zu entschädigen.

Der Fall: Ein Zeitsoldat war als Generatormechaniker und Hochfrequenzfunktechniker bei einer Nato-Einrichtung tätig. Bei Überprüfungs- und Wartungsarbeiten an Kurzwellensende- und Empfangsgeräten sowie Richtfunkgeräten war er Röntgenstörstrahlung ausgesetzt. 1992 wurde Leukämie diagnostiziert. Zwei Jahre später verstarb er im Alter von 38 Jahren an den Folgen dieser Erkrankung. Eine Entschädigung lehnte die Wehrbereichsverwaltung mit der Begründung ab. Die Klage der Witwe auf Entschädigung hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Voraussetzung für einen Entschädigungsanspruch ist, dass die Erkrankung ihre Ursache in einer dem Wehrdienst zuzuordnenden schädigenden Einwirkung hat. Dieser ursächliche Zusammenhang muss mit Wahrscheinlichkeit vorliegen. Besteht in der medizinischen Wissenschaft insoweit Ungewissheit, reicht ausnahmsweise auch ein möglicher Zusammenhang aus. Hiervon ist bei einer nicht unerheblichen Strahlenexposition und einer Leukämieerkrankung auszugehen.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 29. April 2009 - L 4 VS 1/05

Unfallversicherungsrecht

Outdoor-Aktivitäten nicht versichert

Wird im Rahmen eines Teammeetings die Teilnahme an einer Canyoning-Tour angeboten, so ist diese weder als Betriebssport noch als betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung unfallversichert.

Der Fall: Die Abteilungsleiterin eines Wirtschaftsprüfungsunternehmens verletzte sich beim Abseilen auf einer Canyoning-Tour am Auge. Die 42-jährige Frau hatte ihre Mitarbeiter zum Dank für die erfolgreiche Arbeit zu einer betrieblichen Motivationsveranstaltung ins Allgäu eingeladen. Neben Fachbeiträgen und Informationen über die Entwicklung der Abteilung wurde auch ein „spannendes und abwechslungsreiches Programm" angeboten. Im Rahmen dieser Tour durchquerten die Teilnehmer eine Schlucht mittels Abseilen, Klettern, Springen, Rutschen, Schwimmen und Tauchen. Hierbei verletzten sich mehrere Mitarbeiter. Den Antrag der verletzten Abteilungsleiterin auf Entschädigung lehnte die Berufsgenossenschaft ab.

Das Landessozialgericht: Die Teilnahme an einer Freizeit- und Erholungsveranstaltung ist nicht bereits deshalb unfallversichert, weil sie vom Unternehmen organisiert und finanziert wird. Vielmehr muss die Veranstaltung dazu geeignet sein, die Verbundenheit zwischen Unternehmensleitung und Beschäftigten sowie der Beschäftigten untereinander zu fördern. Dies setzt voraus, dass grundsätzlich alle Beschäftigten im Stande sind, an der Veranstaltung teilzunehmen. Wegen der besonderen Anforderungen an die körperliche Fitness spricht eine Canyoning-Tour jedoch nicht die Gesamtheit der Beschäftigten an. Die Teilnahme an der Canyoning-Tour ist auch nicht der betrieblichen Tätigkeit der verletzten Frau zuzurechnen, da sie nicht zu den arbeitsvertraglichen Pflichten der Abteilungsleiterin gehört. Betriebssport wird nur vom Unfallversicherungsschutz erfasst, wenn er regelmäßig durchgeführt wird. Zudem muss er dazu dienen, die körperliche Fitness zu erhalten. Dies ist für das einmalige Canyoning zu verneinen.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 30. April 2009 - L 3 U 249/08

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 19/09

Posttraumatische Störung

Kann Berufskrankheit sein

Ein Entwicklungshelfer, der jahrelang in Krisengebieten mit Erschießungen, Gewalt, Tod, Vergewaltigung, Krieg und schweren Verkehrsunfällen konfrontiert war, kann an einer posttraumatischen Belastungsstörung erkrankt sein. Nach neueren wissenschaftlichen Studien sind Personen, die immer wieder existenziellen psychischen Belastungen ausgesetzt sind, in erheblich höherem Maß einem solchen Erkrankungsrisiko ausgesetzt. Damit kann eine entsprechende psychische Erkrankung wie eine Berufskrankheit anerkannt werden.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 14. Mai 2009 - L 6 U 845/06

Sozialhilfe

Bestattungskosten werden übernommen

Eine mittellose Witwe hat trotz leistungsfähiger Verwandtschaft Anspruch auf Übernahme der Kosten für die Bestattung des verstorbenen Ehemanns gegenüber dem Sozialleistungsträger.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 29. September 2009 - B 8 SO 23/08 R

Warnstreik

Teilnahme ist kein Kündigungsgrund

Die Teilnahme an einem Warnstreik rechtfertigt keine fristlose Kündigung. Der Auffassung der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, dass eine solche Kündigung eine unzulässige Beeinträchtigung des Streikrechts darstellt, ist zu folgen.

Arbeitsgericht Berlin,
Beschluss vom 14. Oktober 2009 – 1 Ga 18360/09

Interessenausgleich

Bei wesentlichem Betriebsteil

Legt der Arbeitgeber im Kleinbetrieb (13 Arbeitnehmer) einen abgrenzbaren Teil still, ist eine interessenausgleichspflichtige Betriebsänderung gegeben, wenn der Teil „wesentlich" für den Betrieb war. Der Betriebsteil ist als wesentlich anzusehen, wenn in ihm mindestens 30 v.H. der Arbeitnehmer beschäftigt waren. Dabei kommt es auf die im stillgelegten Teil vorhandenen Arbeitsplätze an, so dass auch Arbeitnehmer zu berücksichtigen sind, die ohnehin wegen Erreichens der Altersgrenze ausscheiden.

Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Urteil vom 21. September 2009 - 6 Sa 808/08

Betriebsstilllegung

Kündigung auch während der Elternzeit

Die für den Arbeitsschutz zuständige Behörde muss in aller Regel dem Antrag auf Zulassung der Kündigung eines in Elternzeit befindlichen Arbeitnehmers stattgeben, wenn der Betrieb stillgelegt worden ist. Bei der dauerhaften Stilllegung eines Betriebs liegt ein besonderer Fall im Sinne des Gesetzes vor, der die Arbeitsschutzbehörden ermächtigt, der Kündigung von Arbeitnehmern in Elternzeit zuzustimmen.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 30. September 2009 - 5 C 32.08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 16.11.2009 20/09

DGB

Steuer- und Wirtschaftspolitik

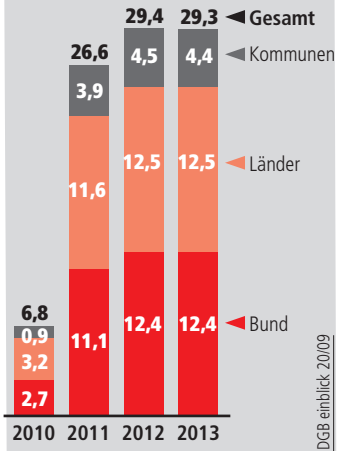
Keine Billigstrategie nach innen

Die Redensart „Nomen est omen" wird wohl für den Namen des ersten schwarz-gelben Gesetzespakets Pate gestanden haben. Oder zumindest die Hoffnung, dass sich diese Redensart bewahrheitet: „Wachstumsbeschleunigungsgesetz" nennt die Bundesregierung das, was sie als „Sofortmaßnahmen" zusammengeschnürt hat. Der Kinderfreibetrag soll angehoben, das Kindergeld leicht erhöht werden. Steuererleichterungen gibt es bei der Erbschaftssteuer, der Unternehmensbesteuerung und der Mehrwertsteuer im Gastgewerbe.

Vor allem die Steuersenkungspläne stoßen auf deutliche Kritik des DGB: Die Bundesregierung beschleunige damit nicht das Wachstum, sondern die öffentliche Armut, meint DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. „Von den Steuersenkungen profitieren überwiegend Besserverdienende", so Matecki. Die hätten aber eine besonders hohe Sparquote: „Reiche sparen mindestens jeden vierten Euro. Die Steuergeschenke landen also auf dem Sparbuch." Wirtschaftswachstum werde dadurch nicht gefördert.

Milliarden-Minus

Mindereinnahmen der öffentlichen Haushalte durch die von der Bundesregierung geplanten Steuersenkungen (in Milliarden Euro)



Quelle: IMK / Hans-Böckler-Stiftung

Auch Ländern und Kommunen werden durch die Steuerpläne der Bundesregierung Mittel in Milliardenhöhe fehlen.

Gleichzeitig entziehen die schwarz-gelben Steuerpläne den öffentlichen Kassen aber Milliardenbeträge. Denn dass sich die Steuersenkungen durch das erhoffte Wachstum von selbst refinanzieren, ist mehr als unwahrscheinlich. „Dafür wäre ein Wirtschaftswachstum von rund 4,5 Prozent im kommenden Jahr nötig", so Matecki. „Das ist jenseits jeder realistischen Annahme."

Auch wirtschaftspolitisch habe die neue Koalition keine Antworten auf den weltweiten „ökonomischen Strukturwandel" in Folge der Krise zu bieten: In vielen Ländern, die bisher aus Deutschland importiert hätten, würden sich sowohl Unternehmen als auch VerbraucherInnen jetzt zunächst entschulden. Jeder Dollar und Euro, der in diesen Ländern in die Entschuldung fließe, fehle aber für den Kauf deutscher Autos und Maschinen, so Matecki.

Die bisher stark exportabhängige deutsche Wirtschaft müsse ihr Wachstum deshalb künftig besser ausbalancieren. Deutschland müsse die Spaltung der Volkswirtschaft in eine „hoch wettbewerbsfähige Exportindustrie" und eine „billige binnenmarktorientierte Dienstleistungsökonomie" überwinden, fordert Matecki. Dafür müsse auch das staatliche Investitionsniveau wieder steigen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheit und den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Gerade dafür brauche der Staat aber eine breitere Finanzierungsbasis – und keine Steuersenkungen. „Nicht weniger Steuern, sondern höhere Steuern für Bezieher hoher Einkommen, für Vermögende und profitable Unternehmen sind das Gebot der Stunde", so Matecki. •

plusminusBERLIN

+ ***Aydan Özoguz (SPD) kritisiert, dass Frauen mit Kopftuch oft „das Bild übergestülpt" werde, sie seien unterdrückt. Vielmehr gebe es viele gut ausgebildete und von ihren Familien unterstützte Migrantinnen, die nur aufgrund ihres Kopftuches kaum berufliche Perspektiven hätten.***

– ***Die Verkürzung des Wehrdienstes wird auch tausende Planstellen von Zivildienstleistenden verschwinden lassen. Für Heinz Lanfermann (FDP) kein Grund, reguläre Arbeitsplätze zu schaffen: Das lasse sich durch TeilnehmerInnen an einem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) ausgleichen.***

inhalt

Seite 3
Koalitionsvertrag enttäuschend
Die DGB-Jugend kritisiert Schwarz-Gelb für die geplante Einschränkung des Jugendarbeitsschutzes und für das geringe Interesse an „jungen" Themen

Seite 5
Solidarität mit Guinea
Das westafrikanische Land versinkt im Chaos. Die herrschenden Militärs gehen brutal gegen die Opposition vor. Die Gewerkschaften fordern wirkungsvolle Sanktionen

Seite 7
Erfolg der Unsichtbaren
Michael Knoche-Gattringer (IG BAU) erläutert den Hintergrund des erfolgreichen Tarifkonflikts in der Gebäudereinigung

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.boeckler.de/275.html
Übersicht des WSI zum Weihnachtsgeld 2009

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Solidaritätsadresse des DGB an die MitarbeiterInnen von Opel

?...nachgefragt

Foto: DGB

Anfang November hat Tschechien als letzter EU-Staat den Lissabon-Vertrag ratifiziert. Er kann nun – wie vorgesehen – im Dezember in Kraft treten. Nicht nur die EU-Staaten sind erleichtert, auch die europäischen Gewerkschaften, die sich für den Reformvertrag eingesetzt haben. Ende gut, alles gut? Das fragte *einblick* den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer.

Mitnichten. Zwar kann der Reformvertrag von Lissabon nun in Kraft treten, was wir sehr begrüßen. Er macht die EU handlungsfähiger und demokratischer. Aber der Preis für die Unterschrift des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus ist hoch – die EU-Grundrechtecharta gilt für die Tschechen nur eingeschränkt. Ein Unding – wir sind da einer Meinung mit unserer tschechischen Schwestergewerkschaft ČMKOS, die fordert: „Wir wollen keine EU-Bürger zweiter Klasse sein."

Insgesamt ist der Lissabon-Vertrag aber ein Schritt in die richtige Richtung: Die Grundrechtecharta wird rechtsverbindlich, der Vertrag hebt die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge hervor und stärkt die Rolle des EU-Parlamentes. Dennoch schafft er keine neue Balance zwischen den sozialen und wirtschaftlichen Zielen der EU. Die europäische Sozialpolitik wird nur symbolisch aufgewertet. Sie unterliegt in den Mitgliedstaaten weiterhin den Auswirkungen des Binnenmarktes und der Währungsunion. Deshalb müssen jetzt weitere Schritte folgen: Seit langem fordern die europäischen Gewerkschaften eine soziale Fortschrittsklausel in allen EU-Verträgen, die den Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten sicherstellt.

Die Möglichkeiten, eine solche Klausel durchzusetzen, sind mit dem Regierungswechsel in Deutschland nicht besser geworden. Der europapolitische Teil des Koalitionsvertrages ist eine Kampfansage an alle, die ein soziales Europa wollen. Die Koalition setzt nur auf den Ausbau des Binnenmarktes. Sozialpolitik soll allein Sache der Nationalstaaten sein. Damit bleibt Schwarz-Gelb noch hinter dem Lissabon-Vertrag zurück, der von einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft ausgeht, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt. Wir erwarten von der Bundesregierung und insbesondere von der Kanzlerin, das soziale Europa nicht nur in Sonntagsreden zu beschwören, sondern tatsächlich voranzutreiben – zum Beispiel mit einer Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderung nach einer sozialen Fortschrittsklausel.

Gesetzgebung

Externe sind Trend

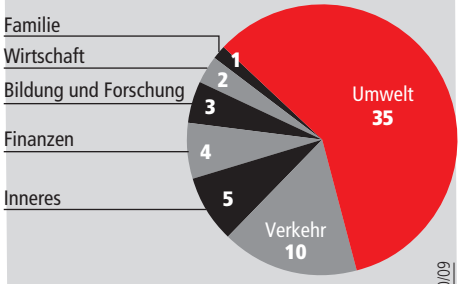
Externe Dienstleister wie Anwaltskanzleien oder Unternehmensberatungen an der Erarbeitung von Gesetzestexten zu beteiligen ist ein Trend, der sich in der Bundesrepublik vor allem in diesem Jahrzehnt massiv verbreitet hat. Das zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag. In den 1990er Jahren habe es demnach nur einen einzigen entsprechenden Fall gegeben, seit dem Jahr 2000 hingegen 60 Fälle.

„Spitzenreiter" ist das Bundesumweltministerium (BMU), das seit 2000 insgesamt 35-mal Externe in die Erarbeitung von Gesetzen eingebunden hat. Dem entsprechend liegt das BMU auch bei den insgesamt an Externe gezahlten Honoraren mit über 3,6 Millionen Euro vorn. Es folgen das Verkehrsministerium mit über zwei Millionen und das Innenministerium mit fast 500 000 Euro. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Lex Extern

Zahl der Bundesgesetze, an deren Erarbeitung externe Dienstleister (z.B. Anwaltskanzleien) beteiligt waren, nach verantwortlichen Bundesministerien* (Jahre 2000-2009)



*Ohne entsprechende Fälle waren nach eigenen Angaben die Bundesministerien für Arbeit und Soziales, Verteidigung, Gesundheit, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Justiz sowie das Auswärtige Amt.
Quelle: Deutscher Bundestag; Angaben der Ministerien

© DGB einblick 20/09

Für externe Berater und Dienstleister bei der Erarbeitung von Gesetzestexten gaben Bundesministerien bisher mindestens 6,3 Millionen Euro aus. Das Finanz- und das Wirtschaftsministerium machten keine Angaben zu Kosten. Sieben Ministerien kamen nach eigenen Angaben bisher ohne honorarpflichtige externe Hilfe bei Gesetzesvorhaben aus.

Verkehrspolitik

Mehr Rad, weniger Emission

Laut einer aktuellen Studie des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) würde ein Drittel aller Deutschen das Fahrrad gerne häufiger als Verkehrsmittel nutzen – Voraussetzung wäre allerdings eine bessere Förderung des Radverkehrs und entsprechender städtischer (Rad-)Verkehrswege. Dieses Potenzial müsse die Politik nutzen, so der ADFC. Als einziges emissionsfreies Fahrzeug sei Radfahren auch ein Beitrag zum Klimaschutz. Die Bundesregierung müsse den bis 2012 laufenden „Nationalen Radverkehrsplan" (NRVP) unbedingt verlängern. Unter den deutschen ArbeitnehmerInnen liegt der Anteil derer, die das Rad für den Weg zur Arbeit nutzen, gerade einmal bei 8,3 Prozent – und ist seit über zehn Jahren fast unverändert (siehe Grafik Seite 8). •

Duale Ausbildung

Im Osten zu selten

Auch zwanzig Jahre nach dem Mauerfall sei die duale Berufsausbildung in Ostdeutschland „weiterhin ungenügend verankert", meldet das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Eine aktuelle BIBB-Studie habe gezeigt, dass die nach 1989 notwendige Umstrukturierung der Berufsausbildung „trotz finanzieller Förderung nicht befriedigend gelungen ist". Der Ausbildungsmarkt in Ostdeutschland sei immer noch von einem zu hohen Anteil außerbetrieblicher Ausbildungsstellen und einem zu niedrigen Anteil selbst ausbildender Betriebe und Unternehmen geprägt.

Auch der DGB hat zwei aktuelle Studien anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Mauerfalls herausgegeben, die sich mit der Arbeitsmarktsituation im Osten Deutschlands beschäftigen. Die erste Studie nimmt Beschäftigungsquoten und Einkommen, die zweite Arbeitslosigkeit und Hartz IV genauer unter die Lupe. Das ernüchternde Resümee: Der deutsche Arbeitsmarkt ist immer noch geteilt. •

Die Studien online:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Junge Generation

Koalitionsvertrag enttäuschend

In Sachen Jugend ist der Koalitionsvertrag eine Nullnummer – frohlocken dürfen hingegen die Arbeitgeberverbände im Gastgewerbe. Schwarz-Gelb will den Jugendarbeitsschutz einschränken. Die zunehmend prekäre Arbeitswelt der jungen Generation ist ein Schwerpunkt der DGB-Bundesjugendkonferenz Mitte November in Göttingen.

Im eher unverdächtigen Abschnitt „Tourismus" des Koalitionsvertrages kündigt Schwarz-Gelb Einschnitte beim Jugendarbeitsschutz an. „Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe werden durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut", heißt es dort. Näher wird dieser Punkt nicht ausgeführt – die Arbeitgeberverbände der Branche dürfen sich trotz allem freuen. Joachim Langecker, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), stellt klar: „Es gibt keine Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe, es werden genug junge Menschen ausgebildet. Mit einer Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes werden diese Ausbildungsberufe aber sicher nicht attraktiver. Hier haben FDP und Arbeitgeberverband lang gehegte Ziele durchgesetzt – wie längere Schichtzeiten und vor allem die Verlängerung der Arbeitszeit bis 23 Uhr für Azubis unter 18 Jahren." Die NGG lehne diesen Vorstoß strikt ab, so Langecker.

Fakt ist, dass gerade im Hotel- und Gaststättenbereich bereits sehr flexible Regelungen gelten. Die Folge: Schon jetzt klagen viele Azubis in dieser Branche über schlechte Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, wie die DGB-Jugend im Ausbildungsreport 2009 feststellt. Die Ausbildungsberufe Restaurantfachmann/-frau und Hotelfachmann/-frau sind die Schlusslichter im aktuellen Ranking von 25 untersuchten Berufen – Köchinnen und Köche tauchen gerade mal im unteren Mittelfeld auf. Besonders Ausbildungszeiten und Überstunden werden von den Azubis als sehr schlecht bezeichnet – die drei Berufsbilder tragen in diesem Punkt die rote Laterne.

Neben diesem Vorhaben sieht der Koalitionsvertrag keinerlei Maßnahmen vor, um die Lebens- und Arbeitssituation der jungen Generation zu verbessern. Die DGB-Jugend kritisiert in ihrer Bewertung des Vertrages das geringe Interesse von Schwarz-Gelb an den Themen, die junge Menschen bewegen. So gibt es keine positiven Fortschritte bei Praktika, Leiharbeit und Befristungen. Besonders in der Kritik stehen die Weiterentwicklung des Ausbildungspakts und die Modularisierung der Ausbildung. Letzteres meint die Zergliederung der Ausbildung in kleine Einheiten mit jeweils unterschiedlichen Abschlusszertifikaten für jedes absolvierte Modul. Die DGB-Jugend lehnt diesen Weg strikt ab. •

Fragen an ...

Foto: DGB-Jugend

DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf, 34, zur Bewertung des schwarz-gelben Koalitionsvertrags aus Sicht der DGB-Jugend und zur Bundesjugendkonferenz .

■ Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag liegt vor. Wie bewertet die DGB-Jugend die Vorhaben der neuen Bundesregierung?

■ *Aus Jugendsicht ist der Vertrag enttäuschend – insgesamt ist nicht zu erkennen, dass die neue Regierung sich für die junge Generation einsetzen will. Sie will den Ausbildungspakt fortsetzen, plant gravierende Einschnitte beim Jugendarbeitsschutz, eine weitere Flexibilisierung der Arbeitswelt und eine Modularisierung der Ausbildung – das ist aus unserer Sicht nicht tragbar.*

■ Was setzt ihr dagegen?

■ *Aus unserer Sicht ist der Ausbildungspakt gescheitert. Die jährlichen Pakt-Zahlen entsprechen nicht der Realität. Unsere zentrale Forderung lautet „Ausbildung für alle". Dazu brauchen wir endlich eine ehrliche Bilanz, in der alle BewerberInnen auftauchen. Unternehmen, die nicht ausbilden, müssen in die Pflicht genommen werden. Außerdem muss der Kampf gegen prekäre Beschäftigung intensiviert werden – denn Praktika, Leiharbeit und Befristung prägen die Lebensrealität vieler Jugendlicher. Die DGB-Jugend macht sich stark für eine gute Ausbildung, einen sicheren Berufseinstieg und damit Planbarkeit und Sicherheit für junge Menschen.*

■ Welche Impulse sollen von der Bundesjugendkonferenz ausgehen?

■ *Im Kern wird es um die Fragen gehen: In welcher Welt wollen wir – die junge Generation – leben? Und: Wie kann die DGB-Jugend Vorreiter für die Anliegen der jungen Generation werden? Wir werden diskutieren, wie wir das umsetzen können, mit welchen Partnern wir zusammenarbeiten. Die DGB-Jugend will eine breite gesellschaftliche Debatte über die Zukunftsperspektiven der jungen Generation.*

Wir sind dran!

Eine sichere und planbare berufliche Zukunft für junge Menschen, das fordert die DGB-Jugend. Unter dem Motto „Gute Ausbildung, Gute Arbeit, Gutes Leben – Wir sind dran" trifft sich die Gewerkschaftsjugend vom 19.-21. November in Göttingen zur DGB-Bundesjugendkonferenz.

Knapp 120 Delegierte werden über fünf Leitanträge abstimmen, deren Ziel es ist, die Lebens- und Arbeitssituation der jungen Generation zu verbessern. Unter anderem befassen sich die Anträge mit der weiterhin schlechten Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt und den nötigen Gegenmaßnahmen, mit den Arbeitsbedingungen von Berufseinsteigern und mit einer gerechten Ausgestaltung des Bildungssystems, die Teilhabe, Sicherheit und Chancengleichheit gewährleistet.

Weitere Infos zur Konferenz und zu den Forderungen der DGB-Jugend unter www.dgb-jugend.de und www.einblick.dgb.de

PROJEKTE UND PARTNER

Broschüre

Schule der Zukunft

Mit der DGB-Broschüre „Konsequent: Eine gute Schule für alle – Gewerkschaften zur Schule der Zukunft" mischen sich die Gewerkschaften in die aktuellen schul- und bildungspolitischen Debatten ein. Auf 48 Seiten analysieren sie umfassend die aktuelle Situation und präsentieren die gewerkschaftlichen Reformvorstellungen. Im Mittelpunkt steht dabei immer das längere gemeinsame Lernen in „einer Schule für alle". Dass die vorgestellten Alternativen zum heutigen Schulsystem machbar sind und die Bildungslandschaft nachhaltig verbessern, belegt die Broschüre mit diversen Interviews und Beispielen guter Praxis. Sie kann für 1,50 Euro zuzüglich Porto- und Versandkosten online bestellt werden. •

www.dgb-bestellservice.de

Betriebsratswahl

Frauen wählen

Die aktuelle Ausgabe des DGB-Info-Briefs *Frau geht vor* (3/2009) stellt die Betriebsratswahlen im kommenden Jahr in den Mittelpunkt. „Gute Arbeit kannst du wählen – Frauen Bestimmt!" – unter diesem Titel schildern Betriebsrätinnen aus sechs DGB-Gewerkschaften ihre Erfahrungen und ihre Probleme, aber auch ihre Erfolge in der betrieblichen Mitbestimmung. Die Porträts zeigen: Gleichstellungsthemen sind auch in männerdominierten Branchen angekommen. Deutlich wird allerdings auch: Es gibt noch viel zu tun. Mit aktuellen Meldungen und weiterführenden Materialien lieferte der Info-Brief allen Engagierten und Interessierten nützliche Information für die anstehenden Wahlen. Das Ziel: Die Wahlbeteiligung – auch von Frauen – bei den Betriebsratswahlen zu steigern und für einen höheren Frauenanteil in betrieblichen Mitbestimmungsgremien zu werben. Der Info-Brief kann für 50 Cent zuzüglich Porto- und Versandkosten online bestellt werden. •

www.dgb-bestellservice.de

Wettbewerb

Personalräte-Preis

Die Zeitschrift *Der Personalrat* hat für das kommende Jahr erstmals den Deutschen Personalräte-Preis ausgelobt. Unter dem Motto „Innovative Personalratsarbeit auch in schwierigen Zeiten" sollen beispielhafte Initiativen und Projekte ausgezeichnet werden. Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 30. Juni 2010 online eingereicht werden. •

www.dprp.de

interregio

••• Der ***DGB Nord,*** die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche und der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) laden am 9. Dezember zum ***2. Nordforum*** „Und die Moral von der Geschichte?" nach Kiel ein. Gewerkschaften und Kirchen wollen mit dem Forum in einen Dialog über „zukunftsfähiges Wirtschaften" treten, der angesichts der Wirtschaftskrise unerlässlich sei.

www.nord.dgb.de/veranstaltungen.php

••• Die ***DGB-Region Köln-Bonn*** und der ver.di-Bezirk Köln veranstalten gemeinsam am 25. November den ***4. Kölner Mitbestimmungstag.*** Mitdiskutieren wird bei der Veranstaltung unter anderem der neue Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD). Die Themen des Mitbestimmungstags reichen von der Zukunft kommunaler Unternehmen über Industriepolitik bis zur aktuellen Haushaltslage der Kommunen. Kurz vor dem „Kölner Mitbestimmungstag" lädt die DGB-Region Köln-Bonn, die Anfang Oktober aus den beiden Regionen Köln-Leverkusen-Erft-Berg und Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg hervorgegangen ist, am 22. November zur Matinée „60 Jahre DGB in Köln" ein.

www.region-koeln-bonn.dgb.de

?...nachgefragt

In Hamburg soll ein Wohnheim für bis zu 632 Auszubildende entstehen. Ausgegangen ist die Initiative von Aktiven der Hamburger Gewerkschaftsjugend. *einblick* hat Olaf Schwede, 28, Jugendbildungsreferent beim DGB Hamburg und Vorsitzender des Trägervereins „Ausbildungsstart e.V.", gefragt: Wie entstand das Projekt – und wie geht es voran?

Die Idee für das Projekt ist aus konkreten Erfahrungen aus der gewerkschaftlichen Jugendarbeit entstanden. Vierzig bis fünfzig Prozent der Auszubildenden in Hamburg kommen von außerhalb. Für viele ist es kaum möglich, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Der krasseste – uns bekannte – Fall ist der einer Auszubildenden, die für eine Matratze im Wohnzimmer 250 Euro im Monat gezahlt hat.

Unser Ansatz war: Wir wollen jungen Menschen die Aufnahme einer Ausbildung in Hamburg ermöglichen – mit einem Umfeld, das ihren Bedürfnissen entspricht. Das geplante Wohnheim berücksichtigt deshalb auch soziale Aspekte: Die Mieten sollen sich an der Berufsausbildungsbeihilfe orientieren, also der Beihilfe, die Auszubildende bekommen, wenn sie nicht bei den Eltern wohnen können. Zentrales Element des Projekts ist außerdem ein umfassendes pädagogisches Konzept. Die Jugendlichen sollen in Wohngruppen ein soziales Umfeld aufbauen und soziale Kompetenzen stärken, fest angestellte Pädagoginnen und Pädagogen unterstützen sie dabei.

Der echte Startschuss für das Projekt war die Gründung des Vereins „Ausbildungsstart e.V." Ende 2008. Inzwischen ist ein Baugrundstück in Hamburg-Rothenburgsort gefunden, die Architekten sitzen an der Planung und im Frühjahr 2010 soll der Bau starten. Natürlich kostet ein Projekt dieser Größenordnung einiges – nicht zuletzt deshalb, weil wir hohe Qualitätsansprüche setzen: Zum Beispiel soll das Gebäude energetisch modern und nachhaltig von regionalen und tarifgebundenen Unternehmen gebaut werden. Mit dem Verein ist es uns gelungen, politische Netzwerke und Unterstützer zu organisieren, so dass wir uns an die Umsetzung machen konnten. Insgesamt brauchen wir 37 Millionen Euro und haben inzwischen genügend Investoren aus der Wirtschaft gefunden – darunter auch Inhaber ausbildender Betriebe. Dabei hat uns vor allem der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Kahrs unterstützt.

Besonders wichtig ist uns, dass die Betreiberstruktur des Wohnheims künftig eine breite, gesellschaftliche Basis bekommt. Positive Reaktionen haben wir schon aus dem Bezirksamt und aus der Handwerkskammer bekommen. Wir suchen laufend weitere Partner. Ziel ist, eine Stiftung zu gründen, die die Trägerschaft übernimmt und die uns die Durchführung weiterer Projekte für Jugendliche und Auszubildende ermöglicht.

Militärjunta in Guinea

Gewerkschaften fordern Sanktionen

Das westafrikanische Guinea versinkt im Chaos. Die herrschende Militärjunta geht brutal gegen die Opposition vor, in der die Gewerkschaften eine wichtige Rolle haben. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) fordert wirkungsvolle Sanktionen gegen die Junta.

Am 28. September hatten Zehntausende in der Hauptstadt Conakry gegen Präsident Moussa Dadis Camara demonstriert, der Ende 2008 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war. Sie protestierten gegen das Vorhaben des Junta-Chefs, bei den Präsidentenwahlen im Januar anzutreten. Während der Kundgebung eröffneten Polizei und Militär das Feuer auf die Demonstranten. Über 150 Menschen wurden ermordet und 1200 verletzt. Viele protestierende Frauen wurden brutal vergewaltigt.

Seit dem Massaker herrscht blanke Gewalt im Land. Zahlreiche Menschen wurden willkürlich verhaftet. Vor allem gegen oppositionelle PolitikerInnen, GewerkschafterInnen und JournalistInnen richtet sich der Terror. Unmittelbar nach dem Massaker hatte der IGB die brutale Repression scharf verurteilt und harte Sanktionen gefordert. Mittlerweile hat der IGB-Vorstand diese Forderungen in einer Resolution bekräftigt. Weltweit gab es scharfe Reaktionen. Die Afrikanische Union, die EU und die USA haben zwischenzeitlich Sanktionen gegen Guinea erlassen. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat eine Untersuchungskommission ernannt, die das Massaker untersuchen soll.

Doch scheinbar ungerührt von den Sanktionen hat die Junta ihren Kurs nicht geändert. Die tägliche Bedrohung der Bevölkerung reißt nicht ab, auch wenn Camara öffentlich die hohe Zahl der Toten beim Massaker bedauert hat. Guinea gehört zu den ärmsten Länder der Welt – die Hälfte der Bevölkerung lebt von weniger als einem US-Dollar pro Tag. Dabei verfügt das Land über enorme Bodenschätze. Und das macht es für Investoren attraktiv – ungeachtet des Ausnahmezustandes hat ein chinesisches Unternehmen gerade mit der Junta Investitionen in Höhe von 7 Milliarden Dollar vereinbart.

Foto: Neumann/DGB

Rabiatou Sera Diallo, Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes CNTG in Guinea, forderte am 7. Oktober, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, gemeinsam mit GewerkschaftskollegInnen aus aller Welt in Berlin die Einhaltung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten.

„Die weltweite Solidarität gibt Rückhalt"

Noch wenige Stunden vor Beginn der IGB-Vorstandssitzung in Berlin Anfang Oktober war nicht klar, ob es Rabiatou Sera Diallo, der Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes CNTG in Guinea, gelingen würde, auszureisen. Dank der Unterstützung des deutschen Botschafters glückte es ihr in letzter Minute. Doch mit ihren Gedanken war sie auch in Berlin bei ihrer Familie und ihren KollegInnen zu Hause. Ein „normales" Familienleben könnten GewerkschafterInnen in Guinea schon seit langem nicht führen. Mit dem Massaker in Conakry habe sich die Situation extrem verschärft. „Die Menschen wurden von marodierenden Militärs wie Tiere abgeschlachtet", sagt sie. Vor allem gegen Frauen richtete sich die Gewalt, zahlreiche Frauen wurden brutal vergewaltigt.

Es braucht viel Kraft, Gewerkschaftsführerin in einem Land zu sein, in dem mehr als 90 Prozent der Menschen Muslime sind und das zu den ärmsten Ländern der Welt zählt. Rückhalt gebe ihr die Unterstützung, die sie von den internationalen Gewerkschaften erfahre: „Die IGB-Resolution zu Guinea zeigt uns, dass wir in unserem Kampf für Demokratie und freie Wahlen nicht allein sind." Von den PolitikerInnen in aller Welt, in der EU, in Deutschland fordert sie wirksame Sanktionen gegen das Militärregime und humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung. Sie danke dem DGB, dass sie beim Treffen mit der deutschen Kanzlerin diese auf die Situation in ihrer Heimat aufmerksam machen konnte.

„Ich weiß nicht, was mich erwartet, wenn ich nach Guinea zurückkehre", erklärte Diallo kurz vor ihre Abreise aus Berlin. „Ich habe keine Angst, zu sterben." Umso mehr Sorgen macht sie sich um ihre Kinder und Enkel. Wie andere Oppositionelle in Guinea bemüht sie sich darum, sie außer Landes zu bringen. Diallo hat ihre Rückkehr nach Guinea überlebt, ihre Familie hat inzwischen das Land verlassen. Doch entscheidende Fortschritte hat es mehr als einen Monat später keine gegeben, erklärte Diallo Anfang November bei einer ILO-Verwaltungsrats-Sitzung in Genf.

Gewerkschaftsrechte weltweit

Jedes Jahr veröffentlicht der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) einen Bericht zur Verletzung von Gewerkschaftsrechten weltweit. Der Bericht von 2009 zeigt: Nach wie vor werden in vielen Staaten auf allen Kontinenten GewerkschafterInnen in ihrer Arbeit behindert, bedroht oder sogar getötet.

Aktuellster Fall: Lovemore Matombo, Präsident des Gewerkschaftsbundes ZCTU in Simbabwe, wurde am 9. November gemeinsam mit zwei weiteren Gewerkschaftsfunktionären festgenommen. Der Vorwurf: Er habe eine Gewerkschaftsversammlung abgehalten, die nicht bei der Polizei angemeldet gewesen sei. Der IGB-Generalsekretär Guy Ryder und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer haben unverzüglich in Protestschreiben an Simbabwes Präsidenten Robert Mugabe die sofortige Freilassung gefordert.

Aktuelle Solidaritätskampagnen der Gewerkschaften:
www.gute-arbeit-weltweit.de
Weitere Hintergrundinformationen und Links:
www.einblick.dgb.de

Der DGB ruft zu Solidaritätsspenden für die Gewerkschaften in Guinea auf. Spendenkonto: Verein „Gewerkschaften helfen", SEB Düsseldorf, BLZ 300 101 11, Konto 1 756 906 400. Unbedingt Stichwort „Guinea" angeben.

kurz&bündig

TRANSNET

Die Transfergesellschaft für Weiterbildung TRANSMIT veranstaltet am 2. Dezember in Berlin eine Fachkonferenz zu „Konsequenzen aus der Datenschutzaffäre" beim Bahn-Konzern. Auf ihr werden den betrieblichen InteressenvertreterInnen der Bahn unter anderem die Ermittlungsergebnisse der im Datenskandal eingesetzten „Sonderermittler", Herta Däubler-Gmelin und Gerhart Baum, präsentiert.

Angesichts der drastisch steigenden Gewalt in und um Fußballstadien fordert die GdP die Einführung einer „Schwarzen Liste" der Vereine, in deren Umfeld es vermehrt zu Ausschreitungen kommt. So sollen die Vereine dazu bewegt werden, selbst aktiver gegen Gewalt im Umfeld der Spiele ihrer Mannschaften vorzugehen.

IG BCE

Die IG BCE fordert von der neuen rot-roten Koalition in Brandenburg ein klares Bekenntnis zur Braunkohle. Mit diesem heimischen Energieträger könnten viele Arbeitsplätze gesichert werden.

ver.di

Die ver.di-Jugend hat Bundeskanzlerin Merkel zu ihrer Wiederwahl eine überdimensionale Glückwunschkarte vor dem Reichstag präsentiert. Mit den Worten „Sie haben jetzt 3 Monate Probezeit, dann sehen wir weiter" machte die Gewerkschaftsjugend auf ihre Forderungen aufmerksam – unter anderem ein Grundrecht auf Ausbildung.

VW

Beteiligungs-Charta

Der VW-Konzern hat mit dem Europäischen Konzernbetriebsrat und dem Weltkonzernbetriebsrat des Unternehmens sowie dem Internationalen Metallgewerkschaftsbund IMF eine „Charta der Arbeitsbeziehungen" unterzeichnet. Sie regelt erstmals für VW-Standorte weltweit betriebliche Beteiligungsrechte „demokratisch gewählter Arbeitnehmervertretungen". Die Charta legt insgesamt acht Bereiche fest, für die eine Beteiligung der Arbeitnehmerseite garantiert werden muss. Dazu gehören unter anderem personelle Regelungen, Vergütungssysteme, Aus- und Weiterbildung, sowie Arbeitssicherheit. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

IG BCE

Kündigungen vermeiden

Der neu gewählte geschäftsführende Hauptvorstand der IG BCE und der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) haben in einem ersten „Spitzentreffen" Ende Oktober das gemeinsame Kommuniqué „Chemie-Sozialpartnerschaft: Gemeinsam mehr erreichen" verabschiedet. Es bekräftigt unter anderem, dass trotz Krise betriebsbedingte Kündigungen in der Chemie-Branche die „ultima ratio" bleiben. •

dju-Journalistentag

Vom Wert der Arbeit

Am 28. November lädt die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten Union (dju) in ver.di zum 23. Journalistentag nach Berlin ein. Unter dem Motto „Vom Werte unserer Arbeit" sollen die gesellschaftliche Funktion des Journalismus und die Voraussetzungen, unter denen Medienschaffende arbeiten, analysiert und diskutiert werden. Zu den ReferentInnen gehören unter anderem Nikolaus Brender, Chefredakteur des ZDF, sowie der ehemalige IG Medien-Vorsitzende und Jurist Detlef Hensche. •

http://dju.verdi.de

Fragen an ...

Foto: TRANSNET

***einblick* hat mit dem TRANSNET-Vorsitzenden Alexander Kirchner, 53, über das geplante Zusammengehen seiner Gewerkschaft mit der Verkehrsgewerkschaft GDBA gesprochen.**

■ Die DGB-Gewerkschaft TRANSNET und die Beamtenbund-Gewerkschaft GDBA wollen gemeinsam eine neue Verkehrsgewerkschaft bilden. Warum die Verschmelzung – und unter welchem Dach?

■ *Wir wollen im Interesse der Arbeitnehmer noch schlagkräftiger werden. Seit 2005 existiert bereits eine Tarifgemeinschaft, in den Jahren danach wurde die Kooperation weiter vertieft. 2008 haben wir die Bildungsgesellschaften zusammengeführt. Unser Beschluss ist damit auch eine logische Folge des gemeinsamen Handelns. Unsere Grundauffassung, ein Betrieb eine Gewerkschaft, wird dadurch untermauert. Alte Gräben wurden und werden zugeschüttet. In der heutigen Zeit, in der die Arbeitnehmer immer stärker unter Druck geraten, können wir uns nicht mit Zank unter Gewerkschaften aufhalten. Das Dach unserer TRANSNET ist der Bund der Gewerkschaften, der DGB, und der wird es auch bleiben.*

■ Bis wann soll der Prozess hin zur neuen Gewerkschaft abgeschlossen sein?

■ *Wir werden uns ausführlich mit unseren Mitgliedern und Gremien beschäftigen. Dafür wollen wir uns auch die nötige Zeit nehmen. Wir denken, dass wir zwölf bis 18 Monate brauchen werden, um die neue Gewerkschaft zu gründen. Der gesamte Prozess des Zusammenwachsens wird sicherlich länger dauern.*

■ Ihr habt angekündigt, die Mitglieder eng in den Prozess einzubinden. Wie wird das aussehen?

■ *Die Mitglieder entscheiden letztlich über den Weg und die Inhalte. Es ist uns wichtig, dass sie die Anforderungen an die neue Gewerkschaft formulieren und ihre Ideen einbringen. Unter dem Titel „Werkstatt Gewerkschaft" werden deshalb allerorten Veranstaltungen stattfinden. Wir haben aber im kommenden Jahr vor allem auch große Tarifrunden, Betriebsrats- und Aufsichtsratswahlen vor uns. Auch hier setzen wir auf Basisbeteiligung. Deshalb bündeln wir alle unsere Aktivitäten in 2010 unter dem Motto „Gewerkschaft bist Du".*

■ Wie wird die Zusammenarbeit der neuen Organisation mit anderen Gewerkschaften aussehen – sowohl innerhalb, als auch außerhalb des DGB?

■ *Gewerkschaften sind kein Selbstzweck, sondern handeln im Interesse ihrer Mitglieder, sollen deren Interessen durchsetzen helfen. Deshalb ist für uns auch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften im DGB die Maxime. Die neue Verkehrsgewerkschaft richtet sich nicht gegen andere Gewerkschaften. Im Gegenteil: Wir wollen beispielsweise gemeinsam mit ver.di den Organisationsgrad in der Verkehrsbranche erhöhen.*

Erfolgreicher Streik der Gebäudereiniger

„Unsichtbare“ sichtbar gemacht

Ohne Dings kein Bums. Diese Grundregel der Kommunikation galt auch für den Tarifkonflikt in der Gebäudereinigung, der nach einem zehntägigen Erzwingungsstreik Ende Oktober gelöst werden konnte. Michael Knoche-Gattringer beleuchtet als „Streik-Pressesprecher“ der IG BAU den Hintergrund des Konflikts.

Beim „Aufstand der Unsichtbaren“, wie die IG BAU den ersten bundesweiten Ausstand in der Branche nannte, spielte die **überraschend positive Berichterstattung in den Medien** eine entscheidende Rolle. Damit hatten die Unternehmer nicht gerechnet.

Die Arbeitgeber waren frühzeitig „streikbereit“ und entschlossen, **ihre vermeintliche Position der Stärke bis aufs Äußerste auszureizen.** In sechs Verhandlungsrunden seit Januar boten sie ihren Beschäftigten eine Lohnerhöhung im Wert eines angebissenen Brötchens: 24 Cent mehr sollten es am Ende sein, aber erst ab 2010, für 21 Monate. In Kauf nehmen sollte die IG Bauen-Agrar-Umwelt dafür eine Lohnpause von drei Monaten und den Verzicht auf alle übrigen Forderungen, die sich die Gebäudereiniger-Gewerkschaft auf die Fahnen geschrieben hatte: einen Generationenvertrag für die Angleichung der Ost-Einkommen an den Westen, eine betriebliche Altersvorsorge gegen Altersarmut und verbindliche Tarifverträge auch für die Angestellten.

Foto: Alexander Paul Englert

Michael Knoche-Gattringer, 42, ist Redakteur des „Grundstein“, der Mitgliederzeitschrift der IG BAU.

Einzelne Firmen **diktierten schon 2008 ihren Beschäftigten neue Arbeitsverträge,** in denen für die Zeit nach Ablauf des Tarifvertrags die Lohnschraube nach unten auf 5,00 bis 6,50 Euro festgedreht werden sollte. Nach dieser rechtswidrigen Peitsche kam kurz vor Ende der Friedenspflicht das Zuckerbrot mit einer erneuten „Änderungsvereinbarung zum Arbeitsvertrag“: „Abweichend von dem … bereits vertraglich vereinbarten Stundenlohn in Höhe von 6,00 Euro zahlt der Arbeitgeber den bisherigen Stundenlohn in Höhe von 8,15 Euro für 3 Monate unverändert weiter.“

Nach der Methode „Haltet den Dieb“ machten die Arbeitgeber außerdem mit Mitarbeiter-Rundschreiben und Pressemitteilungen die IG BAU dafür verantwortlich, dass sie mit der Kündigung der Lohntarifverträge auch den Mindestlohn zur Disposition gestellt habe – und für „das dadurch erst ermöglichte Lohndumping“ mit Stundenlöhnen knapp oberhalb der Sittenwidrigkeitsgrenze. **Eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit:** Viele Journalisten sahen sich falsch informiert, was der Glaubwürdigkeit des Bundesinnungsverbands schadete.

Weder Einschüchterung noch Dumpinglohn-Drohung brachten die GebäudereinigerInnen, überwiegend Frauen, davon ab, selbstbewusst für ihre Sache zu kämpfen. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die positive Berichterstattung der Medien. **Die IG BAU hat aus der Schwäche eine Stärke gemacht:** Ja, es sind „nur“ 57 000 der 860 000 Beschäftigten in der Branche Gewerkschaftsmitglied. Aber diese bisher für Kunden und Öffentlichkeit „Unsichtbaren“ bekamen ein Gesicht: Mit „Gipsbein und Revolverschnauze“ trat die Betriebsrätin und Gewerkschafterin Susi Neumann auf vielen Streikversammlungen und live im Fernsehen auf. „Ich putze Deutschland – seit 28 Jahren“, war ihr glaubwürdiges Bekenntnis zu einer Image-Kampagne, mit der die IG BAU lange vor dieser Tarifrunde die mittelfristige Forderung nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und einem Mindestlohn von 10 Euro untermauert hat. Ein medialer Bumerang war auch die erste spektakuläre Kündigung einer Kollegin in Berlin, die im Eilverfahren vorm Arbeitsgericht und quasi vor laufenden Kameras keinen Bestand hatte.

Die Anti-Streik-Strategie der Arbeitgeber ist auch **gescheitert, weil das neoliberale „union bashing“ nicht mehr verfängt.** Nicht bei denen, die wie die Reinigungskräfte am unteren Rand der Dienstleistungsgesellschaft leben. Und auch nicht bei den Eliten, die nur zu oft darüber hinweg gesehen haben, wer ihnen tagtäglich den Dreck wegmacht. Der Widerspruch ist zu offensichtlich: Weiterhin fließen Millionen-Boni an Manager, die sie in den Augen der breiten Mehrheit der Bevölkerung, auch der Journalisten, nicht verdient haben. Die schwarz-gelbe Regierungsmehrheit hat keine überzeugenden Antworten auf die Legitimationskrise des Finanzmarkt-Kapitalismus. In dieses Vakuum stoßen die „Unsichtbaren“, hart arbeitende Frauen und Männer, deren Verdienst nicht reicht, um ein Auskommen zu haben ohne Hartz IV. Sie haben deutlich gemacht: Sauberkeit hat ihren Preis. Der Wind hat sich auch in den Redaktionen gedreht. **Soziale Gerechtigkeit rangiert in der Werteskala wieder weit oben.** Der Rest war sauberes Handwerk. •

Arbeitskampf der Arbeitgeber

In einem internen „Merkblatt Arbeitskampf“ entwarfen die obersten Arbeitgebervertreter im Vorfeld des Streiks ein Szenario, das sich liest wie eine Anleitung zur militärischen Aufstandsbekämpfung. Es trägt unmissverständlich die Handschrift des „union busting“, eines offenbar auch in Deutschland wachsenden Dienstleistungssektors professioneller Anti-Gewerkschafts-Agenturen. So sollten als „taktische Maßnahme“ etwa Vorgesetzte „Streikende möglichst aus dem Betrieb bzw. Objekt entfernen, um die Bildung von Solidarität zu verhindern“ und „per Kamera/Fotoapparat den gesamten Ablauf dokumentieren“.

Bei länger dauernden Streiks werden „weitere Maßnahmen“ empfohlen: „Schriftliche Aufforderung an die Privatadresse der Arbeitnehmer, die Arbeit wieder aufzunehmen mit dem Hinweis auf Streikfolgen … Ziel: Verstärkung beginnender Streikmüdigkeit durch Einfluss der Familienangehörigen“, „Fristlose Kündigung gegenüber Rädelsführern bei wilden Streiks“ und „Voll- und Teilaussperrung bei Arbeitsbeginn …, ggf. Polizeibereitschaft erbitten“.

Mehr Infos zum „Putz-Streik 2009“: www.igbau.de

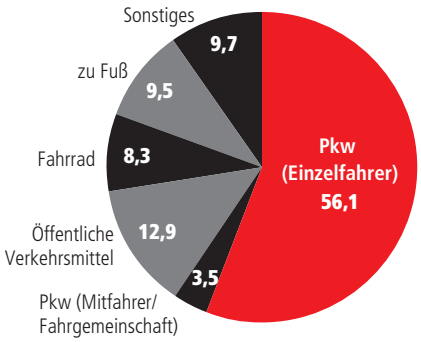
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

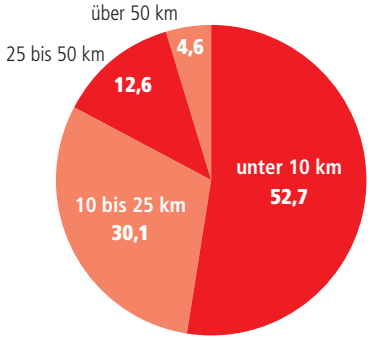
ARBEITSWEGE: Kaum Veränderung bei Verkehrsmitteln

In den vergangenen zwölf Jahren gab es bei den von BerufspendlerInnen genutzten Verkehrsmitteln lediglich marginale Veränderungen: Minimal gestiegen ist seit 1996 der Anteil der Radfahrer (0,9 Prozentpunkte), leicht gesunken der Anteil der Autofahrer (1,2 Prozentpunkte). Geändert hat sich im selben Zeitraum die durchschnittliche „Pendlerstrecke": ArbeitnehmerInnen stellen ihre Mobilität unter Beweis, so das Statistische Bundesamt. Der Weg zur Arbeit werde weiter und dauere länger.

Anteil der von BerufspendlerInnen genutzten Verkehrsmittel* (in Prozent)



Anteil der BerufspendlerInnen nach Entfernung des Wohn- zum Arbeitsort (in Prozent)**



*Verkehrsmittel für die jeweils längste Wegstrecke
**ohne befragte PendlerInnen, die keine Angaben zur Entfernung machten

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008 / eigene Berechnungen

© DGB einblick 20/09

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

16./17.11. DGB, IG BCE, Workshop „Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Querschnittsthema gewerkschaftlicher Bildungsarbeit", Hannover

16./17.11. ver.di-Landesbezirk Niedersachsen und Bildungswerk ver.di, Workshop „Betriebsräte vor der Wahl: Reflektieren, Analysieren, Optimieren", Hannover

17./18.11. DGB, 12. Schöneberger Forum, Berlin

19.-21.11. DGB-Jugend, Bundesjugendkonferenz 2009, Göttingen

19./20.11. Hans-Böckler-Stiftung, SAMF e.V., Sozialforschungsstelle Dortmund, Tagung „Kapitalmarkt, Gütermarkt, Arbeitsmarkt – beißen den Letzten die Hunde?", Dortmund

20.-22.11. GEW, AEED, dkv, Fachverband Ethik, Veranstaltung „Bildungsgerechtigkeit als Auftrag der Schule – Zumutung und Chance", Lingen

21.11. ver.di-Jugend, Workshop „Meine Rechte im Arbeitsleben – Arbeits- und Sozialrecht für Studierende", Berlin

24.11. ver.di, Sicherheitskonferenz 2009 „Gewalt am Arbeitsplatz", Berlin

25.11. Internationaler Tag für die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen

25.11. Friedrich-Ebert-Stiftung Thüringen, Veranstaltung „Zwischen Therapie und Selbstheilung – Alternative Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Diskussion", Erfurt

27.11. DGB, Arbeit und Leben Nordrhein-Westfalen, Gesundheitstag „Psychische Erkrankungen – Eine Herausforderung der Arbeitswelt von morgen", Düsseldorf

27./28.11. Deutsche Journalisten- und Journalistinnen-Union dju, 23. Journalistentag – „Vom Wert der Arbeit", Berlin

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Tipp

Der ***DGB-Kalender 2010*** ist da. In bewährter Weise präsentiert die neue Ausgabe jede Menge Infos über DGB, Gewerkschaften und gewerkschaftliche Einrichtungen. Neben dem Kalendarium gibt es viele Hintergrundinfos: wichtige Termine 2010, Mitgliederzahlen, Schlaglichter der Zeitgeschichte, Aufbau und Struktur des DGB, Tarifentwicklung, Kampagnen, Projekte und Service-Angebote. Hilfreich für ArbeitnehmerInnen und gewerkschaftlich Aktive: Die neun Bezirksausgaben informieren über AnsprechpartnerInnen des DGB und der Gewerkschaften in den Bezirken und Regionen.

Der DGB-Kalender 2010 ist kostenlos bei den DGB-Regionen erhältlich.

Schlusspunkt.

„Acht Wochen vor Weihnachten kann man so nicht mit Arbeitnehmern umgehen."

Der neue Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) zur Ankündigung von General Motors, Opel doch nicht an Magna zu verkaufen. einblick meint: Für den fairen Umgang mit ArbeitnehmerInnen sollte die Jahreszeit unerheblich sein.

Anhörung bei Kündigung

Erst nach Betriebsrat-Konstituierung

Nach der erstmaligen Wahl eines Betriebsrats ist der Arbeitgeber nicht ab Bekanntgabe des Wahlergebnisses, sondern erst mit Konstituierung des Betriebsrats verpflichtet, ihn zu einer Kündigung anzuhören.

Landesarbeitsgericht Düsseldorf, Urteil vom 24. Juni 2009 - 12 Sa 336/09

Fristlose Kündigung

Kündigung bei unerlaubtem EDV-Zugriff

Verschafft sich ein Mitarbeiter durch einen Trick ein ihm nicht zugewiesenes Administratorrecht im betrieblichen EDV-System, so stellt dieses Verhalten einen wichtigen Grund für eine außerordentliche Arbeitgeberkündigung dar.

Landesarbeitsgericht München, Urteil vom 5. August 2009 - 11 Sa 1066/08

Tarifvertrag öffentlicher Dienst

Zur Vergütung der Rufbereitschaft

Ordnet der Arbeitgeber an einem Kalendertag oder binnen 24 Stunden an zwei aufeinanderfolgenden Kalendertagen zwei oder mehr jeweils weniger als zwölf Stunden umfassende Rufbereitschaften an, so liegen mehrere Rufbereitschaften im Sinne des Tarifvertrages vor. Für diese Rufbereitschaften ist deshalb lediglich eine Stundenvergütung von 12,5 v.H. des tariflichen Stundenentgelts und nicht die Tagespauschale zu zahlen.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 5. Februar 2009 - 6 AZR 114/08

Gleichbehandlungsgesetz I

Bei Verstoß Entschädigung

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz untersagt Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Benachteiligt ein Arbeitgeber eine ArbeitnehmerIn unter Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot, hat die ArbeitnehmerIn einen Anspruch auf eine angemessene Entschädigung wegen des erlittenen Nichtvermögensschadens. Es kommt nicht darauf an, ob der Arbeitgeber schuldhaft gehandelt hat.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 15. Januar 2009 - 8 AZR 906/07

Gleichbehandlungsgesetz II

Mitbestimmung bei Beschwerdestelle

Nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz hat der Arbeitgeber den Beschäftigten eine für Beschwerden zuständige Stelle zu benennen. Bei der Einführung und Ausgestaltung des Verfahrens, in dem Arbeitnehmer ihr Beschwerderecht wahrnehmen können, hat der Betriebsrat mitzubestimmen. Er hat insoweit auch ein Initiativrecht. Kein Mitbestimmungsrecht besteht bei der Frage, wo der Arbeitgeber die Beschwerdestelle errichtet und wie er sie personell besetzt.

Bundesarbeitsgericht, Beschluss vom 21. Juli 2009 - 1 ABR 42/08

Rentenversicherungsrecht

Bei Versorgungsehe keine Rente

Hat eine Ehe nicht mindestens ein Jahr gedauert, wird eine Versorgungsehe gesetzlich vermutet. Die Folge: kein Anspruch auf Witwenrente. Die gesetzliche Vermutung kann aber widerlegt werden.

Der Fall: Der jetzt 48-jährige Mann lernte seine Ehefrau im März 1998 kennen. Ende 1998 zog er zu ihr und ihrem Sohn. Im Februar 2000 wurden bei der Frau Hautkrebs festgestellt, ein bösartiger Tumor am Kopf entfernt und im Juni 2002 Metastasen diagnostiziert. Einen Monat danach fand die Hochzeit statt. Die begonnene Adoption des Sohnes der Frau durch den Mann scheiterte. Im August 2002 zog die Ehefrau zu ihrer Mutter und verstarb im November 2002. Den Antrag auf Hinterbliebenenrente lehnte die Rentenversicherung ab. Die gesetzliche Vermutung einer Versorgungsehe sei nicht widerlegt worden.

Das Landessozialgericht: Die gesetzliche Vermutung einer Versorgungsehe bei einer unter einjährigen Ehedauer kann zwar widerlegt werden, wobei alle zur Eheschließung führenden Motive der Ehegatten zu berücksichtigen sind. Lässt sich allerdings nicht mehr sicher feststellen, dass andere als Versorgungsgründe für die Heirat prägend gewesen seien, geht dies zu Lasten des Rentenantragstellers. Für eine Versorgungsehe spricht im konkreten Fall die schwere Krebserkrankung. Die Eheleute haben zum Zeitpunkt der Heirat gewusst, dass der baldige Tod der Ehefrau wahrscheinlich war. Die begonnene, von den Eheleuten aber nicht ernsthaft weiterverfolgte Adoption schließt die finanzielle Versorgung als überwiegendes Heiratsmotiv nicht aus. Da der Mann nur über Arbeitslosengeld als Einkommen verfügte, sind auch die finanziellen Verhältnisse kein Gesichtspunkt, der die vermutete Versorgungsabsicht entkräften kann

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 31. Juli 2009 - L 5 R 240/05

Betreuungskosten

Neue Rechtslage ist zu berücksichtigen

Demente oder psychisch erkrankte Versicherte, die hinsichtlich Körperpflege, Nahrungsaufnahme und Mobilität noch weitgehend selbstständig sind, werden regelmäßig nicht in Pflegestufe 1 eingestuft. Sie erhalten daher trotz des hohen Aufsichts- und Betreuungsbedarfs kein Pflegegeld. Allerdings hat der Gesetzgeber den Anspruch auf Erstattung von Betreuungskosten erweitert.

Der Fall: Der 62-jährige Mann leidet unter anderem an paranoider Schizophrenie. Er wird von seiner Schwester als gesetzliche Betreuerin versorgt. Der Zeitaufwand für die Grundpflege wurde auf 33 Minuten täglich bestimmt. Für die Pflegestufe 1 müssten jedoch 45 Minuten auf die Grundpflege entfallen. Daher hat die Pflegeversicherung den Antrag auf Pflegegeld abgelehnt.

Das Landessozialgericht: Die Voraussetzungen für die Pflegestufe I sind nicht gegeben. In diesem Zusammenhang ist aber auf Folgendes hinzuweisen: Durch die gesetzliche Änderung der Pflegeversicherung vom Mai 2008 ist der Anspruch auf Erstattung von Betreuungskosten erweitert worden. Hiermit hat der Gesetzgeber auf die Kritik reagiert, dass dem Hilfebedarf geistig behinderter Menschen nicht hinreichend Rechnung getragen werde. Der Leistungsbetrag für Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz kann nun auch von Personen mit Betreuungsbedarf beansprucht werden.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 27. August 2009 - L 8 P 35/07

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 30.11.2009 21/09

DGB

Bundesagentur für Arbeit

Aktive Arbeitsförderung gesichert

Der nächste Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) steht – und die Krise schlägt voll durch: Für 2010 rechnet der Verwaltungsrat mit einem Defizit von fast 18 Milliarden Euro. Eigentlich müsste die BA das enorme Minus selbst aus Rücklagen finanzieren. Was in diesem Jahr noch gelungen ist, wird der BA in 2010 aber nicht mehr möglich sein (siehe Grafik).

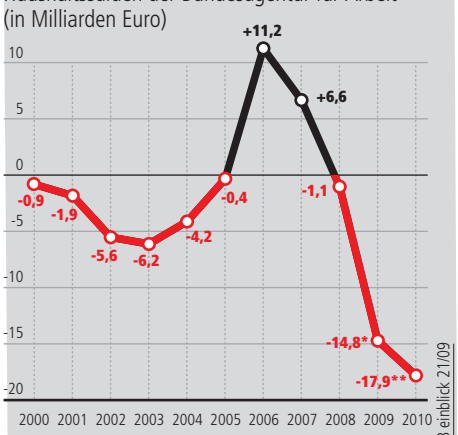
Da die Große Koalition 2006 die Defizithaftung des Bundes gegenüber der BA abgeschafft hat, müsste die Bundesagentur deshalb für das kommende Jahr ein Bundesdarlehen aufnehmen – und irgendwann zurückzahlen. „Gemeinsamer Druck von Gewerkschaften und Arbeitgebern hat dazu geführt, dass es einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt geben wird", berichtet DGB-Arbeitsmarktexperte und BA-Verwaltungsratsmitglied Wilhelm Adamy. Der Zuschuss soll das Defizit komplett decken und muss nicht zurückgezahlt werden. „Die offene Flanke bleibt aber die Finanzierung in 2011", so Adamy. Auch in den kommenden Jahren werde die Bundesagentur „tief in die roten Zahlen rutschen". Dann komme es darauf an, ob der Arbeitslosenversicherung auch ab 2011 noch dieselbe „Systemrelevanz" wie den Banken heute zugesprochen werde, meint Adamy.

Als gewerkschaftlichen Erfolg wertet der DGB, dass es gelungen ist, die Mittel für aktive Arbeitsförderung im BA-Haushalt zu sichern und auszubauen. Allein über drei Milliarden Euro sind bereits für das konjunkturelle Kurzarbeitergeld eingeplant. Die Bundesregierung hat inzwischen die aktuellen Kurzarbeiter-Regelungen verlängert.

Neben der Fortführung des Sonderprogramms WeGebAu für Ältere und Geringqualifizierte stehen auch wieder dreistellige Millionenbeträge für Qualifizierung während Kurzarbeit bereit: „Keine einzige Maßnahme wird an fehlenden Haushaltsmitteln der Bundesagentur scheitern", so Adamy. Auf Betreiben der Gewerkschaften soll es außerdem 250 Millionen Euro für eine auf drei Jahre angelegte „Initiative zur Flankierung des Strukturwandels" geben. Sie setzt auf längerfristige Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose, denen ein Facharbeiterabschluss ermöglicht werden soll. Mit diesem Programm könne durch „gezielte Initiativen vor Ort einem drohenden Fachkräftemangel entgegen gewirkt werden", so der DGB. Insgesamt setze der BA-Haushalt das Signal: Es geht auch weiterhin um die Stabilisierung und Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung kommen sowohl Betrieben als auch Beschäftigten zugute. •

Dickes Minus

Haushaltssalden der Bundesagentur für Arbeit (in Milliarden Euro)



*vorläufiges Ist-Ergebnis, **Soll-Ergebnis
Quelle: Bundesagentur für Arbeit / DGB

Von den fast 18 Milliarden Euro, die im kommenden Jahr fehlen werden, kann die Bundesagentur nur noch zwei Milliarden aus eigenen Rücklagen decken.

plusminusBERLIN

+ ***Der CDA-Vorsitzende und nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) fordert für Leih- und ZeitarbeiterInnen ein höheres Arbeitslosengeld. „Wir müssen die hohe Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt mit mehr Sicherheit für die Betroffenen verbinden."***

– ***Patrick Meinhardt, bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, steht einer Teil-Privatisierung der Bildung offen gegenüber. Sein Kommentar zu Bildungskonten und privater Gesundheitsvorsorge lautet: „Sparen für den Grips darf Sparen für den Gips nicht nachstehen."***

inhalt

Seite 3

Nicht im grünen Bereich

Die Hans-Böckler-Stiftung und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung haben zum zweiten Mal den Gender-Index veröffentlicht. Er zeigt: Es gibt noch keine flächendeckende Wende in punkto Gleichstellung

Seite 6

Jetzt unterzeichnen

Mit einer Petition beim Bundestag verleiht die Kampagne „Steuer gegen Armut" ihrer Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer Nachdruck

Seite 7

Doppelte Herausforderung

Was die Gewerkschaften vom anstehenden Klimagipfel in Kopenhagen erwarten, beschreibt DGB-Vorstand Dietmar Hexel

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.leadinggroup.org
In der „Leading Group" suchen staatliche und nicht-staatliche Organisationen gemeinsam nach innovativen Ideen, die Entwicklung ärmerer Länder voranzutreiben

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Stellungnahmen von DGB und EGB zur Klimakonferenz in Kopenhagen

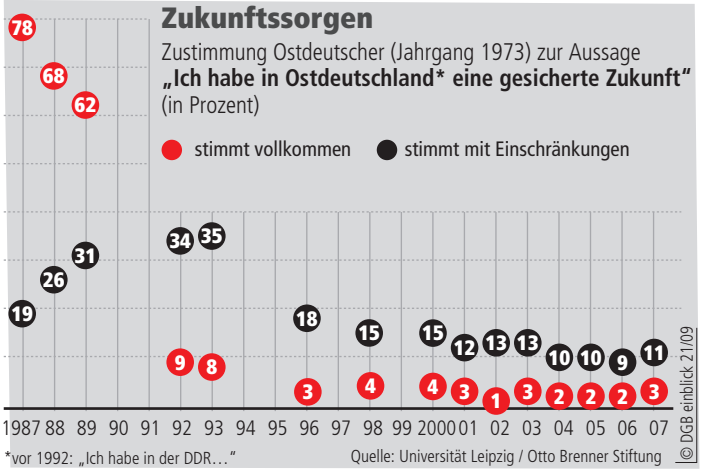
BA-Jobbörse

Erneute Mängel

Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar hat die Online-Jobbörse der Bundesagentur für Arbeit (BA) als „missbrauchsanfällig" kritisiert. Aktueller Anlass ist der Fall eines Unternehmens, dass sich als Arbeitgeber bei der Jobbörse registriert hatte, massenhaft fiktive Stellenanzeigen schaltete und so Adressdaten von BewerberInnen sammelte. Er habe die BA bereits vor über einem Jahr auf genau dieses potenzielle Missbrauchsrisiko hingewiesen, so Schaar. Doch seiner Aufforderung, nach dem jetzt aufgetretenen Missbrauchsfall die offensichtlichen Missstände „unverzüglich abzustellen", sei die Behörde nicht nachgekommen. Die Bundesagentur wies Schaars Vorwürfe als „kontraproduktiv" zurück. Die bei der Jobbörse angewandten Datenschutzregeln entsprächen den gesetzlichen Vorgaben.

Der DGB hatte bereits Ende 2007 in einer Studie gezeigt, dass die Online-Jobbörse der BA diverse Mängel offenbart – darunter auch Verstöße der vertretenen Unternehmen gegen Rechtsvorschriften und Nutzungsbedingungen *(einblick 20/2007)*. Der BA-Verwaltungsrat hatte daraufhin einige qualitative Verbesserungen beschlossen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund



Seit der Wiedervereinigung hat die Zuversicht junger Ostdeutscher, gute Perspektiven in Ostdeutschland zu haben, drastisch abgenommen. Gerade einmal 14 Prozent gehen noch davon aus, in den neuen Bundesländern „eine gesicherte Zukunft" zu haben – 1992 waren es noch über 40 Prozent. Das ist ein Ergebnis der „Sächsischen Längsschnittstudie" der Universität Leipzig, die auf der Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung (17./18. November) vorgestellt wurde. Das Besondere der Untersuchung: Im Rahmen der Langzeitstudie wird seit 1987 dieselbe repräsentative Gruppe junger Ostdeutscher (Jahrgang 1973) zu ihren privaten, beruflichen und politischen Einstellungen befragt. Es ist damit die einzige Studie dieser Art, die bereits vor der „Wende" startete. Gefördert wird die Studie seit einigen Jahren von der Otto-Brenner-Stiftung. *www.otto-brenner-stiftung.de*

Studierendenproteste

Unterstützung vom DGB

Der DGB unterstützt den Bildungsstreik der Studierenden und SchülerInnen. In einer Solidaritätserklärung bekräftigt der Gewerkschaftsbund seine Forderungen nach einer „echten Kehrtwende in der Bildungspolitik". Bund und Länder müssten die chronische Unterfinanzierung im öffentlichen Bildungssystem beenden und mehr Geld bereitstellen – für mehr Ganztagschulen, bessere Kindertagesstätten und eine bessere Finanzierung der Hochschulen. So seien eine verkürzte Schulzeit, das sechssemestrige Bachelor-Studium und eine zweijährige Berufsausbildung Auswüchse einer „Bildungspolitik unter dem Spar-Diktat". Zudem müssten alle „Bildungsgebühren" – wie etwa Studiengebühren – abgeschafft werden. „Wir kämpfen mit euch für ein gutes Bildungswesen, das gleiche Chancen für alle Menschen garantiert", heißt es in der Solidaritätserklärung weiter. Auch die Delegierten der DGB-Bundesjugendkonferenz in Göttingen (19. bis 21. November) erklärten ihre Solidarität mit den Protestierenden. •

www.bildungsstreik.net

Standortverlagerungen

Renaissance für Deutschland

Viele heimische Unternehmen setzen in der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder stärker auf den Standort Deutschland. Das zeigt eine aktuelle Studie des Fraunhofer Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI) im Auftrag des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI). Befragt wurden dabei rund 1500 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes. Derzeit sind lediglich neun Prozent der Unternehmen dabei, Produktionsstandorte ins Ausland zu verlagern. Das sei der niedrigste Stand seit 15 Jahren, so das ISI. „Die Ergebnisse sind insofern überraschend, als dass bei früheren Wirtschaftskrisen die Unternehmen verstärkt Produktionsverlagerungen zur Kosteneinsparung genutzt haben", erklärt ISI-Projektleiter Steffen Kinkel. •

Arbeitnehmerdatenschutz

Kein eigenständiges Gesetz

Der politische Handlungsbedarf in Sachen Arbeitnehmerdatenschutz ist groß, das haben auch in diesem Jahr erneut Skandale gezeigt – wie die um das Ausspähen von Gesundheitsdaten der Beschäftigten bei mehreren deutschen Unternehmen. Der DGB begrüßt deshalb den Vorstoß von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) für eine Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes. Allerdings plant Leutheusser-Schnarrenberger – anders, als diverse Medien berichteten – kein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutz-Gesetz. Wie im schwarz-gelben Koalitionsvertrag vereinbart, soll es lediglich ein eigenes Kapitel im Bundesdatenschutzgesetz geben, wie eine Sprecherin des Ministeriums gegenüber *einblick* klarstellte.

„Grundsätzlich begrüßt der DGB, dass Bewegung in die Sache kommt. Mit einer Erweiterung des Bundesdatenschutzgesetzes allein ist den Beschäftigten allerdings nicht geholfen", betont Martina Perreng, Sozial- und Arbeitsrechtlerin beim DGB-Bundesvorstand. Die Gewerkschaften fordern weiterhin ein einheitliches und eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutz-Gesetz, so Perreng. Dieses Gesetz müsse alle bisher geltenden Regeln übernehmen und darüber hinaus einen grundlegenden Rahmen dafür setzen, welche Arbeitnehmerdaten ein Arbeitgeber überhaupt als „relevante Daten" benötige. Ausspähen und Überwachen müsse grundsätzlich verboten werden. Flankiert werden sollen diese Regelungen durch „wirksame Sanktionen, Ansprüche auf Schadensersatz und Entschädigung, sowie ein Verbandsklagerecht", fordert Perreng. •

Gender-Index 2009

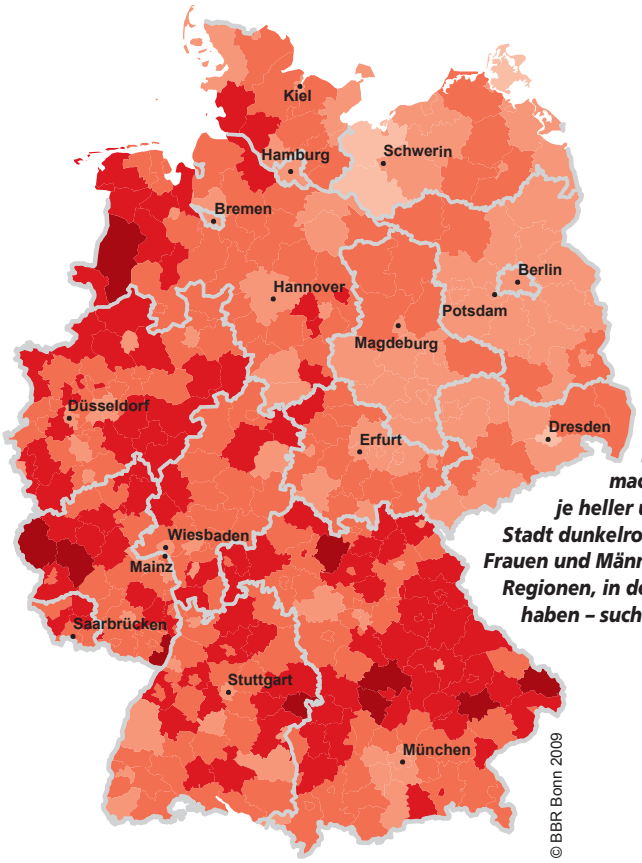
Noch nicht im grünen Bereich

Seit letztem Jahr zeigt der Gender-Index, wie es um die Chancengleichheit der Geschlechter in den deutschen Landkreisen und Städten bestellt ist. Der gerade veröffentlichte Index 2009 belegt: Von einer flächendeckenden Wende in Sachen Gleichstellung ist noch nicht viel zu spüren.

Ludwigslust, Rügen und Nordwestmecklenburg: Gleich drei Landkreise aus Mecklenburg-Vorpommern sind im aktuellen Gender-Index 2009 Spitzenreiter unter den insgesamt 413 Stadt- und Landkreisen hierzulande. Ein Pfund, mit dem die Kreise wuchern können – und sollen. Ganz im Sinne der Urheber des Index, der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Ihr Ziel ist es, mit dem Index Wege für eine regionale Chancengleichheitspolitik zu eröffnen. Regionen mit guten Werten können mit dem Standortvorteil werben. Kreisen mit einem schlechten Index zeigt er den Handlungsbedarf.

Erstmals wurde die „Landkarte der Chancengleichheit" im November 2008 veröffentlicht *(einblick 19/08)*. Beruf, Ausbildung, politische Partizipation, Einkommen: Insgesamt 19 Indikatoren werden für den Index ausgewertet. Sie reichen von der Erwerbsquote von Frauen und Männern bis zum Verhältnis von weiblichen und männlichen Ratsmitgliedern.

„Diese neue Vergleichbarkeit wird den politischen Wettbewerb um mehr Chancengleichheit verstärken", sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer anlässlich der Premiere 2008. Ob die erste Veröffentlichung des Index bereits Wirkung gezeigt hat, lässt sich anhand der neuen Zahlen noch nicht absehen. Dem Index liegen die Daten von 2007 zugrunde. Erst der Index 2011 könnte als Reaktion auf die Indexwerte gelten.



Die „Landkarte der Chancengleichheit" macht den regionalen Stand sichtbar. Dabei gilt – je heller umso besser: Ist ein Landkreis oder eine Stadt dunkelrot eingefärbt, sind die Unterschiede zwischen Frauen und Männern besonders groß. Grüne Flecken – also Regionen, in denen beide Geschlechter gleiche Chancen haben – sucht man (noch) vergebens auf der Karte.

Größere Veränderungen im Ranking hat es gegenüber dem Vorjahr kaum gegeben – wer zur Spitzengruppe gehörte, findet sich in der Regel auch in diesem Jahr dort wieder. Der aktuelle Index bestätigt aber die Trends der ersten Auswertung: In Ostdeutschland sind Frauen und Männer eher gleichgestellt. Und im Westen sind Großstädte in Sachen Chancengleichheit in der Regel den ländlichen Gebieten voraus. Der Index 2009 belegt auch: Ein guter Indexwert heißt nicht, dass eine Region floriert und hohe Lebensqualität bietet. Er kann sogar bedeuten, dass Frauen wie Männer gleich schlechte Chancen haben. So steht Spitzenreiter Ludwigslust, was das durchschnittliche Industrieeinkommen betrifft, mit 1910 Euro gerade mal auf Platz 401 aller Stadt- und Landkreise (Bundesschnitt: 3105 Euro). Lisanne Straka, beim DGB Nord für Gleichstellung zuständig, warnt davor, aus einer guten Platzierung zu schließen, dass es keinen Handlungsbedarf gibt: „Teilzeitarbeit und Minijobs sind auch in den Landkreisen, die vordere Plätze belegen, eine Frauendomäne und schlecht bezahlt." •

Gender-Index: Die Top Five

1	Ludwigslust	12,5
2	Rügen	13,6
3	Nordwestmecklenburg	14,1
4	Dresden Stadt	14,8
5	Berlin Stadt	15,1

Chancengleichheit gestalten

Der Gender-Index bildet nicht nur den Ist-Zustand der Gleichstellung von Frauen und Männern ab, er soll die Landkreise und Städte auch dabei unterstützen, die wichtigsten Handlungsfelder zu erkennen und daraus Strategien zu entwickeln. Hilfestellung bei der detaillierten regionalen Auswertung des Index und der Entwicklung von Strategien für mehr Chancengleichheit bietet etwa die gewerkschaftsnahe Berliner Beratungsfirma Wert.Arbeit. Die BeraterInnen sind überzeugt: Im Wettbewerb um Fachkräfte stellt Chancengleichheit einen direkten Standortvorteil dar. Was Kreise und Städte tun können, um Chancengleichheit zu stärken, zeigen zwei von Wert.Arbeit erstellte Pilotstudien in Bielefeld (aktueller Rang: 104) und Chemnitz (Platz 23).

Download der Studien und weitere Infos:
www.wertarbeitgmbh.de

Das Online-Portal zum Gender-Index zeigt mit Übersichtskarten sowie mit Zahlen und Grafiken für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt den Stand der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Wirtschaft, Beruf, Ausbildung und politischer Beteiligung.

www.gender-index.de

WSI-Herbstforum 2009

Chancen der Regulierung

Die Krise zeigt die fatalen Folgen grenzenloser Deregulierung. Der politische Wille, neue Grenzen zu ziehen, scheint bei der neuen Bundesregierung eher gering ausgeprägt zu sein. Aus diesem Grund stellt die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) das diesjährige WSI-Herbstforum am 3. und 4. Dezember in Berlin unter das Motto „Chancen und Grenzen von Regulierung". Das Herbstforum ist in diesem Jahr gleichzeitig eine Ehrung von Heide Pfarr, der Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) und Geschäftsführerin der HBS. Pfarr feiert in diesem Jahr ihren 65. Geburtstag – das Motto des Forums erinnere auch an das Engagement der langjährigen WSI-Direktorin, so die HBS. Pfarr habe sich insbesondere für die effektive Regulierung von Wirtschaft und Arbeitswelt engagiert. •

www.boeckler.de/33_97011.html

BigBrotherAwards 2009

Mähdrescher mit Peilsender

Der „Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs" (FoeBuD) hat die BigBrotherAwards 2009 vergeben. PreisträgerInnen waren auch in diesem Jahr wieder Personen, Organisationen und Unternehmen, die besonders drastisch gegen Datenschutzbestimmungen verstoßen haben. In der Kategorie „Arbeitswelt" ging die „Auszeichnung" an die Firma Claas Landmaschinen. Diese hatte ein Mähdreschermodell serienmäßig mit einem satellitengestützten Trackingsystem ausgestattet, um den Fahrer „noch besser zu machen" – wie die Firma auf ihrer Internetseite verkündet. In der Laudatio des FoeBuD heißt es: „Für diesen Kontrollzwang, dem völligen Ignorieren von Persönlichkeitsrechten und der Wahnvorstellung, man könne mit Arbeitssklaven besonders produktiv arbeiten, gebührt der Firma der BigBrother-Award." In der Kategorie Wirtschaft erhielten mehrere Unternehmen den Award, die Produkte zur Überwachung von Telefonen und digitalen Daten vertreiben. •

www.einblick.dgb.de/links

Kampagne

Grundlohn für Asien

Die „Kampagne für Saubere Kleidung" unterstützt die Initiative für einen Asiatischen Grundlohn (Asia Floor Wage – AFW). Die Beschäftigten „an den Nähbänken der verschiedenen Länder Asiens sollen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden", so Berndt Hinzmann von der Kampagne für Saubere Kleidung. Bisher würden die vorwiegend weiblichen Beschäftigten der asiatischen Textilindustrie unter „ärmlichen Bedingungen" arbeiten. Die Preispolitik von Discountern – aber auch von Markenfirmen wie Adidas und Puma – habe das mit zu verantworten.

Das Grundlohn-Prinzip sieht einen asienweit vergleichbaren Lohn vor, der sich nach der jeweiligen Kaufkraftparität (Purchaising Power Parity – PPP) der einzelnen Länder richtet. Die AFW-Initiative fordert einen Monatslohn, der einer Kaufkraft von 475 Dollar nach dem PPP-Modell der Weltbank entspricht. •

www.saubere-kleidung.de
www.asiafloorwage.org

interregio

••• Die Bildungspartnerschaft von ***DGB NRW*** und Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen, „Arbeit und Leben NRW", hat erstmals den Preis ***„Demokratie im Betrieb"*** vergeben. Im Jahr des 60. Jubiläums der Kooperation wurden mit dem Preis Personen, Projekte und Aktionen ausgezeichnet, die Beteiligung und Demokratie im Betrieb gefördert haben. Unter anderem wurde Sascha Hartmann, Ortsjugendleiter der IG Metall Essen, für sein Engagement für die Übernahme von Azubis ausgezeichnet. Die Schirmherrschaft für den Preis hat NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) übernommen.

www.aulnrw.de

••• Der ***DGB Niedersachsen*** kritisiert gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und dem Naturschutzbund (NABU) den von der Bundesregierung geplanten ***„Ausstieg aus dem Atomausstieg".*** Das Problem der Entsorgung und Endlagerung des Atommülls sei weiterhin ungelöst. Die Landesvorsitzenden von DGB, BUND und NABU wiesen erneut auf die besondere Belastung des Landes Niedersachsen hin: mit „Asse", „Schacht Konrad" und Gorleben drohe Niedersachsen zum „Atomklo der Bundesrepublik" zu verkommen.

www.niedersachsen.dgb.de

Mobbing

Hilfe am Telefon

Das Freiburger Mobbing-Beratungstelefon hat mit einer Feierstunde sein zehnjähriges Bestehen begangen. Die Beratungshotline war 1999 eines der ersten Angebote dieser Art in Deutschland. Ins Leben gerufen hatte die Hotline der Industriepfarrer Werner Jahn – unterstützt vom DGB in Südbaden, dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) und der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB). Zwar sei die Geschichte des Beratungstelefons ein Erfolg, trotzdem stimme es auch „bedenklich, dass es einer solchen Einrichtung über so viele Jahre bedarf", so DGB, KDA und KAB. Das Mobbing-Beratungstelefon ist dienstags und donnerstags von 17 bis 19 Uhr erreichbar: Tel. 0761 / 29280099 •

www.mobbing-beratungstelefon.de

„Ihr macht das gut"

Aufsichtsrat des Monats

Foto: Mirko Zander

Aufsichtsrätin des Monats im November ist **Katharina Ries-Heidtke.** Die gelernte Krankenschwester ist Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH sowie Konzernbetriebsratsvorsitzende Asklepios Hamburg. Ries-Heidtke ist seit 1979 im Unternehmen beschäftigt – und hat als Arbeitnehmervertreterin im Aufsichtsrat 2005 den Verkauf des ehemals öffentlichen Hamburger Unternehmens „Landesbetrieb Krankenhäuser" (LBK) an den privaten Krankenhaus- und Klinikbetreiber Asklepios miterlebt. Heute sitzt sie im Aufsichtsrat der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH sowie der Asklepios Kliniken GmbH. „Haltet durch. Ihr macht das gut", sei die Reaktion, die sie von Beschäftigten auf ihre Arbeit im Aufsichtsrat bekomme. Wie sie diese Arbeit erlebt und wer ihr Engagement schätzt – das berichtet ver.di-Mitglied Ries-Heidtke im Fragebogen zur Aktion „Aufsichtsrat des Monats" auf: *www.dgb.de/aufsichtsrat*

Betriebsratswahl 2010

»Dieses kompakte Nachschlagewerk ist eine echte Hilfe im komplizierten Paragrafendschungel. Denn wer kompetente Antworten für die betriebliche Praxis sucht, der wird im neuen „HaKo-BetrVG“ schnell fündig.« (der betriebsrat 1/07)

Dem habe ich nichts hinzuzufügen.
Franz Josef Düwell, Herausgeber,
Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht

Betriebsverfassungsgesetz
Handkommentar
Herausgegeben von VRiBAG Franz Josef Düwell
3. Auflage 2009, ca. 1.700 S., geb., 69,– €,
ISBN 978-3-8329-4727-9
Erscheint ca. Dezember 2009

Neuauflage.

Nomos

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de

kurz&bündig

Die NGG hat am 16. Oktober anlässlich des Welternährungstags das Buch „Globale Hungerkrise. Der Kampf um das Menschenrecht auf Nahrung" vorgestellt. Als Herausgeberin des Buches will die Gewerkschaft auf die globale Hungerkrise aufmerksam machen und ein Forum für Diskussionen bieten.
www.einblick.dgb.de/links

Die GdP NRW lehnt den Aufbau einer separaten „Wachpolizei" im bevölkerungsreichsten Bundesland ab. Eine solche „Billigpolizei" gaukele den BürgerInnen Sicherheit nur vor. Für den Schutz von Einrichtungen oder Personen vor terroristischen Anschlägen sei diese „Wachpolizei" ungeeignet. Stattdessen müssten ausreichend reguläre PolizistInnen neu eingestellt werden.

TRANSNET und GDBA lehnen eine Privatisierung des Eisenbahnbundesamtes ab. Vielmehr müssten seine Kompetenzen gestärkt und ausgeweitet werden, um die Sicherheit im Schienenverkehr zu garantieren. Gefordert hatte die Privatisierung der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen.

ver.di fordert, die Vergabe kommunaler Konzessionen für die Energieversorgung an den Erhalt „sozial abgesicherter Arbeitsplätze" zu knüpfen. Hintergrund: In vielen Kommunen laufen die maximal für 20 Jahre vergebenen Konzessionen in nächster Zeit aus.

IG Metall-Frauen

Contra rechtsextreme Frauen

„Zurück an den Herd?" Die Gewerkschaftsfrauen der IG Metall sagen „Nein" zum rechtsextremen Rollenverständnis.

Die IG Metall-Frauen klären mit einem Flyer über die Taktiken, Strategien und Einstellungen rechtsextremer Frauen auf. Das von den Medien vermittelte Bild eines „typischen" Rechtsextremen sei: jung, männlich, gewalttätig. Trotzdem würden auch viele Frauen rechtsextreme Ideologien aktiv vertreten und verbreiten – unter anderem in Elternbeiräten von Kitas und Schulen oder als Mandatsträgerinnen in Kommunalparlamenten. Der Flyer entlarvt deshalb einige „rechte Slogans" und Argumente, die auf den ersten Blick nicht unbedingt zu erkennen sind, und erklärt die ideologischen Hintergründe. Die Gewerkschaftsfrauen warnen vor allem vor dem rassistischen Menschenbild sowie dem völlig überkommenen Rollenverständnis der Neonazis, das auch von weiblichen Rechtsextremen propagiert wird. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

DGB-Jugend

Appell an Schwarz-Gelb

Die DGB-Jugend hat auf ihrer Bundesjugendkonferenz (19. bis 21. November) mit der „Göttinger Erklärung" einen nachdrücklichen Appell an die schwarz-gelbe Bundesregierung gerichtet. Insbesondere die Chancen und Möglichkeiten der jungen Generation müssten dringend verbessert werden. Die von den Delegierten der 18. Ordentlichen Bundesjugendkonferenz verabschiedete Erklärung fordert die Koalition auf, für eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu sorgen, um jungen Menschen eine Zukunft mit Perspektiven zu geben. Scharfe Kritik übt die Gewerkschaftsjugend an der geplanten Einschränkung des Jugendarbeitsschutzes. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Renten-Netzwerk

Rente mit 67 unerreichbar

Das „Netzwerk für eine gerechte Rente", dem neben dem DGB vier Sozialverbände und die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung angehören, hat seinen 3. Monitoring-Bericht zur Rente mit 67 veröffentlicht: „Rente mit 67 – für viele Beschäftigte unerreichbar!" Ein Schwerpunkt der Analysen sind arbeitsbedingte Gesundheitsbeschwerden und Krankheiten, die zu einem früheren Ausscheiden aus dem Arbeitsleben zwingen. Der Bericht macht deutlich, dass „selbst bei sich wieder bessernder Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus gesundheitlichen Gründen auf der Strecke bleiben werden und ihren Beruf nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter ausüben können." Der DGB wird den Monitoring-Bericht am 2. Dezember in Berlin auf einer Tagung vorstellen, die sich mit betrieblichem Eingliederungsmanagement beschäftigt. •

www.einblick.dgb.de/links

Seniorenpolitik

Hamburger Modell

Der DGB lädt am 9. Dezember zur Seniorenpolitischen Konferenz nach Hamburg ein. Nicht nur verdeckte Rentenkürzungen und eine sich stetig verteuernde Gesundheitsversorgung, auch fehlende Investitionen in die öffentliche Infrastruktur seien Probleme, mit denen alle Generationen zu kämpfen hätten – so der Diskussionsansatz der Konferenz mit dem Motto „Soziale Gerechtigkeit für alle Generationen". Daneben werden die Hamburger DGB-Senioren ihr Modell einer künftigen DGB-Seniorenpolitik vorstellen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Petition

Steuer gegen Armut

Seit einigen Wochen unterstützt der DGB die Kampagne „Steuer gegen Armut", die sich für eine internationale Finanztransaktionssteuer einsetzt. Jetzt haben die InitiatorInnen der Kampagne eine Petition zu ihren Forderungen beim Bundestag eingereicht. Damit das Parlament sich mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer beschäftigt, müssen bis zum 3. Dezember 50 000 Unterschriften zusammenkommen. Die Petition kann online unterzeichnet werden. Alle notwendigen Informationen und Links gibt es auf der Kampagnen-Homepage (siehe unten).

Das hinter der Kampagne stehende Bündnis aus über 30 Organisationen hatte im Oktober in einem offenen Brief an Angela Merkel, Horst Seehofer und Guido Westerwelle – die drei Parteivorsitzenden der schwarz-gelben Koalition – eine Steuer auf spekulative Finanztransaktionen gefordert. Die durch diese Steuer generierten Finanzmittel sollen für die globale Armutsbekämpfung verwendet werden. Zum Kampagnen-Bündnis gehören neben dem DGB diverse kirchliche Organisationen sowie die Vorsitzenden mehrerer DGB-Gewerkschaften. •

www.steuer-gegen-armut.org

Klimagipfel in Kopenhagen

Doppelte Herausforderung meistern

Im Dezember findet in Kopenhagen die 15. Klimakonferenz der Vereinten Nationen statt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise darf dabei kein Argument für halbherzige Beschlüsse sein. Im Gegenteil: Ambitionierter Klimaschutz und Gute Arbeit stützen Wirtschaft und Finanzmärkte. Was die Gewerkschaften von Kopenhagen erwarten, beschreibt DGB-Vorstand Dietmar Hexel.

Die Bewältigung des Klimawandels birgt auch Lösungen für die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. Gerade jetzt gilt es, die Chancen für eine ökologische Modernisierung von Gesellschaft und Wirtschaft zu nutzen. **Die Lösung der ökologischen Krise ist Teil der Lösung der ökonomischen Krise:** Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, nachhaltige Produkte und Dienstleistungen sichern und schaffen neue Arbeitsplätze – allein in Deutschland schon mehrere Hunderttausend. Gleichzeitig werden Emissionen gesenkt, die Abhängigkeit von Energieimporten abgebaut – und die Steigerung realer inländischer Nettoinvestitionen wirkt stabilisierend auf die Finanzmärkte.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat deshalb vom Londoner G20-Gipfel im April **einen „Green New Deal" eingefordert:** Mit aktiver Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik sollen die Regierungen weltweit den Einstieg in kohlenstoffarme Wirtschafts- und Produktionsweisen fördern. Zu den konkreten klimapolitischen Zielen gehören am Arbeitsplatz und der Produktionsstätte: Energie einsparen, alle bereits vorhandenen energieeffizienten Techniken flächendeckend nutzen und neue Techniken entwickeln.

Die internationalen und europäischen Gewerkschaften sind sich einig: Der Umstieg auf grünes Arbeiten und Wirtschaften muss neben der Verwirklichung ökologischer und ökonomischer Ziele sozial gerecht gestaltet werden. „Grüne Arbeit" setzt Gute Arbeit voraus. Deshalb sind die Vorschläge des IGB richtig, die Themen **Arbeit, Einkommen und soziale Gerechtigkeit in künftige Klimaabkommen einzubeziehen.**

Die Chancen dafür stehen in Kopenhagen besser als bei vergangenen Konferenzen: Die Europäer haben sich auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt, Russland will sich anschließen, und die USA haben angekündigt, den Weg in eine Niedrig-Emissions-Wirtschaft einschlagen zu wollen. Die internationale Staatengemeinschaft steht in Kopenhagen aber vor einer doppelten Herausforderung, die sie lösen muss: Ein internationales Abkommen muss einerseits Emissionen wirksam begrenzen und andererseits **von allen Staaten als „fair" akzeptiert werden.** Und anders als beim „Kyoto-Protokoll", das Reduktionsziele nur für einige Industrienationen festlegte, müssen diesmal alle Industrieländer und darüber hinaus die Entwicklungs- und Schwellenländer Zugeständnisse machen und die Ergebnisse mittragen.

Für die Gewerkschaften ist klar: Kopenhagen muss ein verbindliches Abkommen zur Reduzierung des CO_2-Ausstoßes schließen, wenn der globale Temperaturanstieg auf die anvisierten zwei Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden soll. Der DGB unterstützt deshalb eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen in den Industrieländern um 30 Prozent bis 2020 und um 85 Prozent bis 2050. Gleichzeitig müssen sich die Entwicklungs- und Schwellenländer aber auf eine Strategie für eine kohlenstoffarme Wirtschaftsweise verpflichten, um ihre zu erwartenden Emissionssteigerungen so weit wie möglich in Grenzen zu halten.

Foto: DGB

Dietmar Hexel, 60, ist im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB unter anderem zuständig für Energie- und Umweltpolitik.

Genau das setzt einen **fairen Lastenausgleich zwischen den Industrienationen und den Schwellen- und Entwicklungsländern** voraus: Den Klimawandel verursacht haben größtenteils die Emissionen der Industrieländer. Vom Klimawandel am meisten betroffen sind aber gerade die ärmsten Länder der Welt. Finanzhilfen und Technologietransfers sind deshalb wichtige Bausteine eines neuen Klimaschutzabkommens. Klimafreundliche Technologien müssen vor allem auch Entwicklungsländern zur Verfügung stehen.

Und nicht zuletzt müssen in Kopenhagen erfolgreiche Modelle der europäischen Klimapolitik global ausgeweitet werden: Das EU-Emissionshandelssystem sollte zu einem weltweiten „Kohlenstoffmarkt" ausgebaut werden. Das wäre ein Beitrag zur weltweiten Emissionsreduktion und würde gleichzeitig Wettbewerbsnachteile der deutschen und europäischen Wirtschaft beseitigen: Oft galt Europa – und vor allem Deutschland – als Vorreiter in Sachen Klimapolitik. Aber **Vorreiter haben nur eine sinnvolle Rolle, wenn andere folgen.** Das muss in Kopenhagen gelingen. •

DGB dabei

Die 15. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 15) findet vom 7. bis zum 18. Dezember in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen statt.

Inzwischen haben über 60 Staats- und Regierungschefs ihre Teilnahme zugesagt, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel, US-Präsident Barack Obama, der französische Präsident Nicolas Sarkozy sowie der britische Premierminister Gordon Brown. Die Staats-, beziehungsweise Regierungschefs von China und Indien haben bisher keine Teilnahme zugesagt.

Der DGB ist mit DGB-Vorstand Dietmar Hexel sowie mit Heike Kauls und Horst Heuter, Bereichsleiterin und Referent des Bereichs Energie- und Umweltpolitik beim DGB-Bundesvorstand, in Kopenhagen vor Ort.

Die DGB-Delegation berichtet – wie bereits beim Klimagipfel auf Bali 2007 – in einem „Klimablog" online von der Konferenz: http://dgb-klimablog.blogspot.com

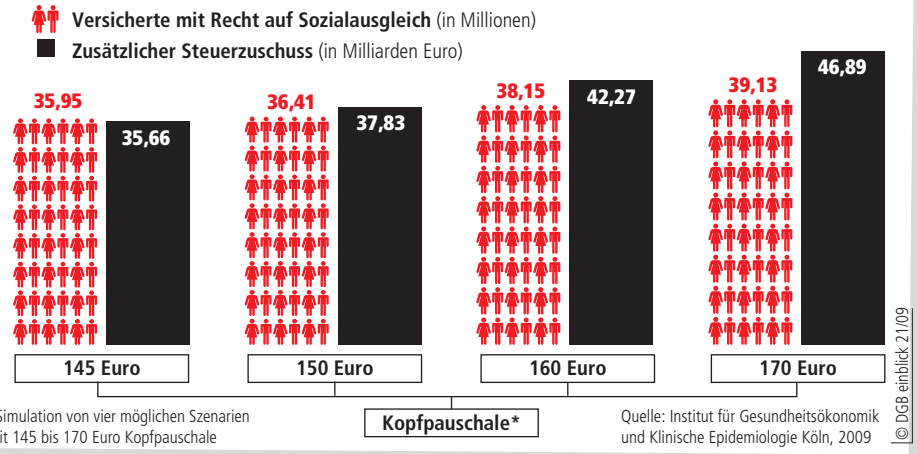
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

KOPFPAUSCHALE: Das schwarz-gelbe Loch

Die von Schwarz-Gelb geplante Kopfpauschale ist nicht nur unsolidarisch, sie wird auch teuer – das zeigt eine Analyse der Universität Köln. Hintergrund: Die Koalition will auf eine einkommensunabhängige „Prämie" bei den Gesundheitskosten umsatteln. Die AOK rechnet, dass dafür eine Pauschale von 140 bis 145 Euro nötig wäre. Fast 36 Millionen Menschen hätten dann Anspruch auf den von der Koalition angekündigten Sozialausgleich aus Steuermitteln. Kostenpunkt für den Bundeshaushalt: 35,6 Milliarden Euro.

Wie viele Versicherte hätten nach den Koalitionsplänen zur Kopfpauschale Anspruch auf einen Sozialausgleich und wie hoch wäre der dadurch verursachte zusätzliche Steuerzuschuss zum Gesundheitssystem



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

1.12. DGB, Veranstaltung „Lehren aus der Finanzmarktkrise – Was Sie schon immer über die Finanztransaktionssteuer wissen wollten", Berlin

2./3.12. Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE und nova-Institut, „Deutscher WPC-Kongress", Köln

2.12. DGB, Fachtagung „Ausgliederung vermeiden. Eingliederung ermöglichen. Was können und müssen Arbeitgeber tun?", Berlin

2.12. TRANSMIT, Fachkonferenz „Konsequenzen aus der Datenschutzaffäre – Missbrauch künftig ausgeschlossen", Berlin

3./4.12. Hans-Böckler-Stiftung, WSI-Herbstforum „Chancen und Grenzen von Regulierung", Berlin

3./4.12. Hans-Böckler-Stiftung, Internationale Konferenz „Wirtschaftliche und soziale Integration in der Europäischen Union", Berlin

4.-6.12. DGB-Jugend NRW, Tagung „Normalzustand? – Rechte Jugendkultur", Hattingen

10./11.12. Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik unterstützt von DGB und ver.di, Fachkongress „Zeit für Familie", Berlin

13.-18.12. DGB-Bildungswerk, Workshop „Das Internet als Adventskalender: 24 neue Ideen für die politische Nutzung des Internets", Hattingen

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

personalien

••• DGB-Vorstandsmitglied ***Dietmar Hexel,*** 60, ist auf dem SPD-Bundesparteitag in Dresden erneut in den Parteivorstand gewählt worden. Hexel ist seit 2007 Mitglied im SPD-Vorstand. ***Thomas Schlenz,*** 52, Konzernbetriebsratsvorsitzender der ThyssenKrupp AG ist ebenfalls wiedergewählt worden. Nicht wiedergewählt wurde die ehemalige DGB-Vize ***Ursula Engelen-Kefer,*** 66. Sie war seit 1986 Mitglied des SPD-Parteivorstands.

••• ***Dirk Neumann,*** 35, politischer Referent beim Bereich Jugend des DGB-Bundesvorstands, ist im Oktober von der Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) zum stellvertretenden DBJR-Vorsitzenden gewählt worden.

••• ***Klaus Kessler,*** 58, bisher Vorsitzender des GEW-Landesverbands Saarland, ist seit dem 10. November Bildungsminister im saarländischen Kabinett von Ministerpräsident Peter Müller (CDU). Kessler ist damit eins von zwei grünen Kabinettsmitgliedern in der ersten „Jamaika-Koalition" auf Landesebene.

••• ***Reiner Hoffmann,*** 54, seit 2003 stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB), ist Anfang November zum neuen Landesbezirksleiter Nordrhein der IG BCE gewählt worden. Er folgt ***Peter Hausmann,*** 55, der im Oktober in den Hauptvorstand der IG BCE gewählt worden ist.

Schlusspunkt.

„Mir wurde gerade gesagt: Gerechtigkeit war letztes Jahr."

Sergej Lochthofen, Chefredakteur der Thüringer Allgemeinen, während seiner Moderation auf der Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung am 17. November. Lochthofen hatte zuvor gefragt, warum im Tagungsmotto „Freiheit – Demokratie – Mitbestimmung" das aktuell viel diskutierte Thema „Gerechtigkeit" fehle.

Kündigungsgründe

Können Auflösungsantrag rechtfertigen

Klagt der Arbeitnehmer erfolgreich gegen eine sozialwidrige Kündigung, kann er die gerichtliche Auflösung seines Arbeitsverhältnisses gegen Zahlung einer Abfindung verlangen, wenn die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses für ihn unzumutbar ist. Dies kann dann der Fall sein, wenn der Arbeitgeber durch Aufstellung völlig haltloser Kündigungsgründe einer Pflegekraft jegliches Verantwortungsbewusstsein abspricht, was gerade für Mitarbeiter im Pflegebereich einen schweren Vorwurf darstellt.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Urteil vom 15. September 2009 -2 Sa 105/09

Gesetzliche Unfallversicherung

Streit auf dem Heimweg ohne Schutz

Wer als Radfahrer auf dem Heimweg von der Arbeit einem Autofahrer den Weg versperrt, um ihn wegen eines vermeintlichen Verkehrsverstoßes zur Rede zu stellen, verliert den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Denn damit hat er seinen versicherten Heimweg von der Arbeit mehr als nur geringfügig unterbrochen und eigenwirtschaftliche Interessen verfolgt.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 29. September 2009 - S 5 U 298/08

Adoptionskosten

Keine außergewöhnliche Belastung

Eine Familie kann Adoptionskosten nicht als außergewöhnliche Belastung von der Steuer absetzen.
Wesentliche Voraussetzung für die Anerkennung einer solchen Belastung ist, dass die Ausgaben zwangsläufig sind. Eine Adoption beruht aber auf einer freien Entscheidung; niemand wird dazu gezwungen.

Finanzgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 15. September 2009 - 3 K 1841/06

Gesetzliche Krankenversicherung

Kosten für Einfrieren von Samenzellen

Gesetzlich Krankenversicherte haben auch dann keinen Anspruch auf Kostenübernahme des Einfrierens und Lagerns von Samenzellen durch die gesetzliche Krankenkasse, wenn aufgrund einer bevorstehenden Hodenkrebsoperation und Chemotherapie Zeugungsunfähigkeit droht.

Sozialgericht Aachen, Urteil vom 3. November 2009 - S 13 KR 115/09

Kleiderordnung

Gesamtbetriebsrat nicht zuständig

Für den Abschluss einer Gesamtbetriebsvereinbarung zur Einführung einer Kleiderordnung in den einzelnen Warenhäusern eines Einzelhandelsunternehmens ist der Gesamtbetriebsrat nicht zuständig.

Landesarbeitsgericht Düsseldorf, Beschluss vom 1. April 2009 - 4 TaB V 83/08

Schwerbehindertenrecht

Diabetes kann Schwerbehinderung sein

Menschen, die an einem Diabetes mellitus leiden, können als Schwerbehinderte anerkannt werden, und zwar auch dann, wenn ihre Blutwerte optimal eingestellt sind.

Der Fall: Die 1953 geborene Frau ist zuckerkrank und leidet an einer Sehminderung. Sie muss morgens, mittags und abends Insulin spritzen. Morgens hat sie auch ihren Blutzuckerwert zu messen und sie muss ein starres Diätschema einhalten. Die Einstellung der Blutzuckerwerte gelingt nur durch ein hohes Maß an Disziplin bei der Gestaltung des Tagesablaufs, bezogen auf das Messen, das Spritzen, die Diät und den hohen täglichen sportlichen Aufwand. Regelmäßig betreibt sie über anderthalb Stunden am Tag Nordic Walking. Ihr Antrag auf Anerkennung eines Gesamt-Grads der Behinderung von 50 wurde abgelehnt. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Neben der Einstellungsqualität ist auch der konkrete Therapieaufwand zu beurteilen, soweit er sich auf die Teilhabe des behinderten Menschen am Leben in der Gesellschaft nachteilig auswirkt. Entscheidend ist, dass die Frau täglich Sport treiben muss. Der Aufwand von anderthalb Stunden am Tag kann dabei nicht als gering angesehen werden. Dies ist auch unter dem Aspekt beachtlich, dass sportliche Betätigung allgemein wünschenswert ist. Der Umstand, dass die Frau Sport in diesem Umfang betreibt, trägt unmittelbar zum Therapieerfolg bei und muss konsequenterweise im Rahmen des Therapieaufwandes, der Auswirkungen auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zeitigt, Berücksichtigung finden.

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 28. August 2009 – L 13 SB 294/07

Sozialhilfe

Keine Beihilfe für Schulbücher

Eine Familie mit 10 schulpflichtigen Kindern kann vom Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende (ARGE) keine zusätzliche Beihilfe für den Erwerb von Schulbüchern verlangen, wenn die ARGE für den Kauf ein Darlehen anbietet.

Der Fall: Geklagt hatten zwei Kinder und die Mutter einer dreizehnköpfigen Großfamilie, die für jedes ihrer 10 schulpflichtigen Kinder 40 Euro Lernmittelbeitrag im Jahr zahlen sollte. Außer der Erwerbsminderungsrente des Vaters und dem Kindergeld erhielt die Familie eine monatliche Regelleistung von 1339,99 Euro. Die ARGE hatte sich bereit erklärt, der Familie ein Darlehen mit niedriger Tilgung von monatlich 50 € zu gewähren. Die Klage auf eine nicht rückzahlbare Beihilfe hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Eine Erhöhung der im Sozialgesetzbuch II festgelegten Regelleistung sieht das Gesetz nicht vor. Geld für „Mehrbedarf" erkennt das Gesetz nur in abschließend aufgeführten Fällen an, zu denen der Schulbuchkauf nicht gehört. Die Regelungen über die Grundsicherung für Arbeitslose tragen dem Bedarf der Kläger hinreichend Rechnung, zumal die ARGE ein Darlehen mit niedriger Tilgung angeboten hat. Das Recht der Kinder auf Teilhabe an Bildung war zu keinem Zeitpunkt gefährdet, weil die Schulbücher rechtzeitig zu Beginn des Schuljahrs ausgehändigt wurden und nur die Bezahlung umstritten war. Inzwischen gewährt der Gesetzgeber zudem Schülern jährlich zusätzliche Leistungen in Höhe von 100,00 Euro für ein Kind, das der Schulpflicht unterliegt bzw. eine Schule besucht, die auf einen allgemeinen Schulabschluss ausgerichtet ist.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 27. August 2009 -- 7 AS 72/08

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 21/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 14.12.2009 22/09

DGB

WSI-Verteilungsbericht 2009

Reflex der Krise

Auf den ersten Blick scheinen die Zahlen positiv: Erstmals seit mehreren Jahren ist die Bruttolohnquote, also der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, deutlich gestiegen – von 65 auf gut 68 Prozent. Gleichzeitig sank die Bruttogewinnquote (Anteil der Einkommen aus Gewinn und Vermögen) um vier Prozentpunkte auf 32 Prozent, wie der Verteilungsbericht 2009 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) zeigt.

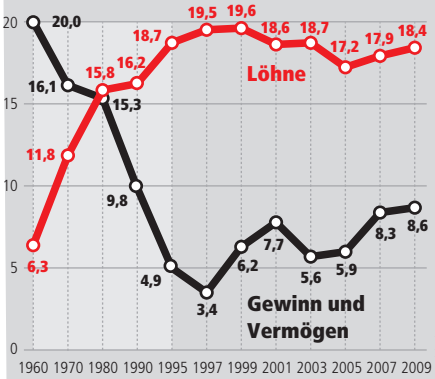
„Mit steigendem Wohlstand der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat das aber nichts zu tun", betont WSI-Leiter Claus Schäfer. Es handele sich dabei um einen „rechnerischen Reflex" der Krise. Der wirtschaftliche Einbruch habe als erstes die boomenden Vermögens- und Gewinneinkommen getroffen. Allerdings brachen nach Anrechnung von Steuern und Abgaben auch die Einkünfte der ArbeitnehmerInnen ein – um mehr als drei Milliarden Euro, so der Verteilungsbericht.

Gleichzeitig zahlten die Vermögenden wesentlich weniger Steuern, weil ihre Einnahmen geringer ausfielen. „Zudem wissen wir, dass viele Unternehmen ihre Rendite und ihr Eigenkapital im vergangenen Aufschwung kräftig aufstocken konnten", erläutert Schäfer. Diese ungleichen Voraussetzungen würden in Kombination mit weiteren Krisenfolgen, wie Lohneinbußen durch Kurzarbeit, aufgeschobene Tariferhöhungen, Verdrängung von Vollzeit- durch Teilzeitarbeit und einer steigenden Arbeitslosigkeit, zunehmend Druck auf die Lohneinkommen ausüben und sich in fehlender Nachfrage niederschlagen, prognostiziert Schäfer.

Kritisch beurteilen die Verteilungsforscher die steuerpolitischen Pläne der Bundesregierung. Die Erhöhung der Kinderfreibeträge oder die für 2011 angekündigte Einkommenssteuersenkung entlasteten vor allem Haushalte mit höherem Einkommen, obwohl diese das zusätzliche Geld eher sparten als zu konsumieren. Unterstützt wird dieses Argument vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Dieser hatte ebenfalls festgestellt, dass Steuerentlastungen schon in der Vergangenheit nicht die erhofften Wachstumsimpulse gezeigt haben. Für die Gewerkschaften ist das Ergebnis des WSI-Verteilungsbericht 2009 einmal mehr Anlass zur Kritik an der auseinanderklaffenden Schere zwischen Lohn- und Kapitaleinkünften. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki kritisiert die anhaltend ungleiche Besteuerung von Löhnen einerseits und Gewinnen und Vermögen andererseits: „Die wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und schwächt die Binnennachfrage", betont er. Diese Entwicklung müsse politisch gestoppt werden, „indem über Mindestlöhne und eine sozial gerechte Steuerpolitik Menschen mit geringem Einkommen gestärkt und die Reichen zu Kasse gebeten werden", fordert Matecki. •

Verkehrte Welt

Steuerbelastung von Löhnen beziehungsweise Gewinn- und Vermögenseinkommen 1960 bis 2009 (in Prozent)*



*1960 bis 1990: Nur alte Bundesländer
Quelle: WSI-Verteilungsbericht 2009

© DGB einblick 22/09

Seit den 1980er Jahren klafft die Steuerschere weit auseinander.

plusminusBERLIN

+ *Dieter Engels, Präsident des Bundesrechnungshofs, kritisiert Ausgaben der Bundeswehr in dreifacher Millionenhöhe für die seit 1988 laufende, jetzt aber gescheiterte Entwicklung einer Kampfdrohne. Dieter Engels' Bewertungen zum entsprechenden Studienvertrag: „Überflüssig" und „unnötig".*

– *Joachim Herrmann (CSU), bayerischer Innenminister, will keine „permanente Zuwanderung aus dem Ausland in unsere Sozialsystem". Es könne nicht sein, dass Flüchtlinge ins Land kommen, „nur um dann von unserer Sozialhilfe zu leben". „Tüchtige Leute" wie Profi-Fußballspieler seien hingegen willkommen.*

inhalt

Seite 3

Europa 2010

Impulse für das soziale Europa, Sicherung der Mitbestimmung: Die Erwartungen an die spanische EU-Ratspräsidentschaft sind groß

Seite 5

Wechsel in fünf Bezirken

Im Vorfeld des DGB-Bundeskongresses 2010 laufen derzeit die Organisationswahlen in Regionen und Bezirken. In fünf Bezirken wird es einen Wechsel an der Spitze geben

Seite 7

Baustelle Entgeltgleichheit

Das Problembewusstsein über die ungerechte Bezahlung von Frauen ist größer denn je. Doch was wird gegen Entgeltungleichheit getan? Karin Tondorf liefert eine Bestandsaufnahme

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.europeansforfinancialreform.org
Europaweite Initiative zur Regulierung der Finanzmärkte

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
WSI-Verteilungsbericht 2009

Altersarmut

Selbstständige massiv betroffen

Der Sozialbeirat der Bundesregierung warnt in seinem aktuellen Gutachten zum Rentenversicherungsbericht 2009 vor drohender Altersarmut unter Selbstständigen. Die Rentenversicherungsträger gehen laut Gutachten davon aus, dass zwei bis drei Millionen Selbstständige ohne obligatorische Alterssicherung sind. Der Sozialbeirat warnt zudem davor, Selbstständigkeit immer noch mit „wirtschaftlicher Unabhängigkeit" gleichzusetzen. Der Anteil Selbstständiger mit einem Nettoeinkommen von monatlich weniger als 1100 Euro sei seit 1995 von 24 auf 32 Prozent gestiegen. Die RentenexpertInnen empfehlen deshalb eine Versicherungspflicht wie in anderen Ländern Europas. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Europäische Finanzaufsicht

Mit Schlagkraft

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hat sich für eine „entschieden strengere Regulierung der Finanzmärkte" ausgesprochen. Kritik äußerte er an den Vorschlägen der EU-Kommission, eine Aufsichtsbehörde mit dezentralen Strukturen aufzubauen. Diese Pläne beruhten auf einer falschen Analyse der Krise und seien als Antwort auf grundsätzliche Fehlentwicklungen unzureichend, so Matecki. „Um eine erneute Fehlentwicklung zu verhindern, brauchen wir eine funktionsfähige, schlagkräftige europäische Aufsichtsbehörde mit umfassenden Regulierungsbefugnissen." •

BAföG

Bildungschancen verbessern

DGB und Deutsches Studentenwerk (DSW) haben gemeinsame Eckpunkte für eine Weiterentwicklung des BAföG vorgelegt. „Die Verbesserung von Bildungschancen muss zentrale Aufgabe der neuen Bundesregierung sein", heißt es im Papier der beiden Verbände. Deshalb begrüßen DGB und DSW die Ankündigung von Schwarz-Gelb, die BAföG-Sätze zum 1. Oktober 2010 zu erhöhen.

Die Eckpunkte enthalten unter anderem die Forderung nach einer Erhöhung der Bedarfssätze um drei bis vier Prozent sowie nach einer Anhebung der BAföG-Freibeträge um mindestens vier bis fünf Prozent. Die höheren Freibeträge sollen dafür sorgen, dass wieder mehr Studierende in den Kreis der Geförderten kommen können – vor allem aus der unteren Mittelschicht. „Das BAföG trocknet aus, wenn die Bundesregierung nicht schleunigst Bedarfssätze und Freibeträge deutlich anhebt", so die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Außerdem wollen DGB und DSW das BAföG „Bologna-kompatibel" gestalten, also eine kontinuierliche Förderung bis zum Master-Abschluss sicherstellen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Landesarbeitsgericht Berlin

CGZP nicht tariffähig

Die Tarifgemeinschaft Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) aus mehreren Gewerkschaften des Christlichen Gewerkschaftsbunds ist nicht tariffähig – das hat das Landesarbeitsgericht Berlin entschieden. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki begrüßte den Richterspruch: „Damit fühlen wir uns in unserer Auffassung bestätigt, dass die CGZP über Jahre hinweg reine Gefälligkeitstarifverträge abgeschlossen hat." Bei der CGZP handele es sich damit nicht um eine Gewerkschaft, sondern um eine Vereinigung, die Dumpinglöhne befördert, so Matecki. Die neue Bundesregierung stehe in der Pflicht, „die Umsetzung eines Mindestlohns in der Zeitarbeit zu ermöglichen, die bislang mit Rücksichtnahme auf die CGZP vereitelt wurde", forderte er. •

Hartz IV

Kinderzuschlag ausbauen

Der DGB hat ein umfassendes Konzept vorgelegt, wie der Kinderzuschlag weiterentwickelt und ausgebaut werden könnte. Der im Zuge der Hartz-Reformen eingeführte Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz soll gezielt gering verdienende Familien fördern und ihnen möglichst den Bezug von Arbeitslosengeld II ersparen. Der DGB schlägt jetzt unter anderem vor, den maximalen Kinderzuschlag von derzeit 140 Euro auf 200 Euro anzuheben und „Steigerungsbeträge" für ältere Kinder einzuführen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

ILO

20 Millionen Jobs weg

Eine aktuelle Studie der Internationalen Arbeitsorganisation ILO beziffert die Zahl der im Verlauf der Krise seit dem Frühjahr 2008 abgebauten Arbeitsplätze weltweit auf 20 Millionen – davon knapp über sechs Millionen in der Europäischen Union. Die ILO schätzt außerdem, dass die Arbeitslosenquote in den Industrieländern erst 2013 wieder auf ein Niveau wie vor der Krise gesenkt werden könne. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Ein absolutes Novum

Aufsichtsrat des Monats

Foto: Allianz SE

„Zum allerersten Mal erhält ein britischer Arbeitnehmer einen Sitz im Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft", meldeten 2006 britische Gewerkschaftsmedien. Gemeint war **Geoff Hayward** von der Gewerkschaft „Amicus" (heute: „Unite"). Das Zitat zeigt: Was in Deutschland in der Unternehmensmitbestimmung längst etabliert ist, ist in anderen Ländern ein absolutes Novum.

Der gelernte Maschinenbauer Hayward arbeitete zunächst für das Eisenbahnunternehmen British Rail und wechselte dann als Schadenssachverständiger zur Allianz-Tochter „Allianz Cornhill Engineering", wo er als Amicus-Vertreter tätig wurde. Später wurde er Mitglied des Europäischen Betriebsrats der Allianz und ist heute stellvertretender Vorsitzender des SE-Betriebsrats des Versicherungskonzerns.

Als die Allianz 2006 als erstes deutsches Unternehmen zur Europäischen Aktiengesellschaft (SE) umfirmierte, vereinbarten die Gewerkschaften, dass die Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat eine „europäische Zusammensetzung" erhält – ein bis dahin einmaliger Fall. Neben Hayward sitzen nun auch deutsche und französische ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat der **Allianz SE** – ein Beispiel für die europäische Verbreitung des deutschen Mitbestimmungsmodells. Wie er diese Mitbestimmung erlebt, beschreibt Geoff Hayward als „Aufsichtsrat des Monats" im Dezember in unserem Fragebogen: *www.dgb.de/aufsichtsrat*

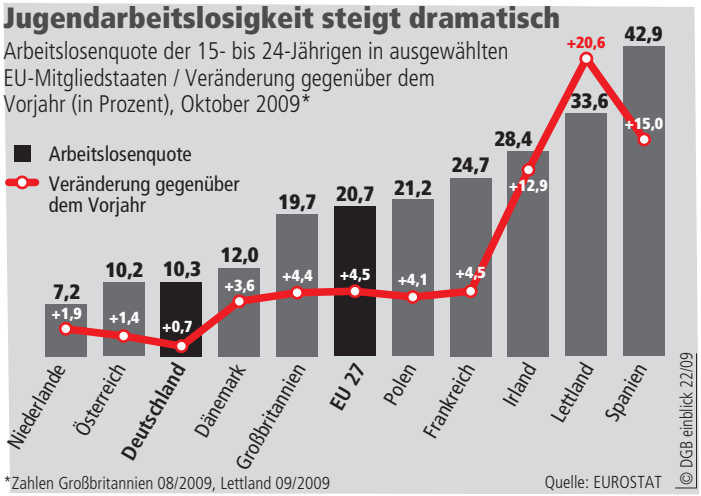
Europa 2010

Krise trifft Jugend

Auch 2010 steht die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und ihrer Folgen für die Arbeitsmärkte im Mittelpunkt der europäischen Politik. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) entwickelt zurzeit Strategien, um für Investitionen in das soziale Europa und eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte zu mobilisieren.

Europawahlen, Lissabon-Vertrag, eine neue EU-Kommission: Ein turbulentes Europajahr geht zu Ende. Das nächste Jahr verspricht, nicht weniger aufregend zu werden. So will die EU – analog zur Lissabon-Strategie – ihre Ziele für das Jahr 2020 beschließen. Und nach wie vor reichen die von der EU und den Mitgliedstaaten getroffenen Maßnahmen zur Krisenbewältigung nicht aus, um zu verhindern, dass die Lasten vor allem die ArbeitnehmerInnen tragen müssen. Das zeigt der Ende November veröffentlichte Bericht der EU „Beschäftigung in Europa 2009": Die Beschäftigtenzahl ist seit Beginn der Krise um vier Millionen gesunken, mehr als 22 Millionen Menschen sind europaweit arbeitslos. Die Krise trifft vor allem Männer, junge Menschen, Geringqualifizierte und prekär Beschäftigte.

Aus Sicht der Gewerkschaften ist die Bilanz 2009 zwiespältig: Einerseits haben die Wahlen zum EU-Parlament konservative, rechte und liberale Kräfte gestärkt; auch die neue EU-Kommission ist mehrheitlich liberal-konservativ besetzt. Andererseits ist endlich der Lissabon-Vertrag in Kraft getreten, der die EU handlungsfähiger und demokratischer macht. Die EU-Grundrechte-Charta ist nun rechtsverbindlich, und die neu geschaffene „Europäische Bürgerinitiative" bietet neue Chancen, Themen auf die EU-Agenda zu setzen. Eine Million Unterstützer reichen, um von der EU etwa die Beschäftigung mit sozialen Themen einzufordern.



Überall in Europa trifft die Krise vor allem junge Menschen besonders hart: Innerhalb eines Jahres ist europaweit die Jugendarbeitslosigkeit um 4,5 Prozent gestiegen – in Spanien ist mittlerweile fast jeder Zweite unter 25 arbeitslos. „Generation Null" nennt Spaniens größte Tageszeitung „El País" die jungen Spanier, weil sie „Null Arbeitschancen" haben. Die europäischen Gewerkschaften sind sich einig: Die Krise darf die prekäre Arbeitsmarktsituation der jungen Menschen nicht noch weiter verschärfen. Deshalb hat die EGB-Exekutive Anfang Dezember beschlossen, bei den Aktivitäten in 2010 einen besonderen Schwerpunkt auf die Situation junger Menschen zu legen. So soll es unter anderem eine Veranstaltung zum Thema „Jugend und Krise" in Amsterdam geben.

Die europäischen Gewerkschaften haben mit ihren Aktionstagen im Mai 2009 bewiesen, dass sie in der Lage sind, Hunderttausende für das soziale Europa zu mobilisieren. Auch 2010 will der EGB mit Aktionen Druck für die gewerkschaftlichen Forderungen zur Krisenbewältigung machen. Derzeit erarbeitet eine Arbeitsgruppe des EGB einen Strategieplan.

Ganz oben auf dem gewerkschaftlichen Forderungskatalog steht nach wie vor eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen. Ein weiteres vorrangiges Ziel des DGB bleibe die Sicherung der Mitbestimmung, sagt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Deshalb begrüße er, dass die Bundesregierung den Vorschlag der schwedischen Ratspräsidentschaft zur Europäischen Privatgesellschaft nicht unterstützt hat. Der schwedische Vorschlag hätte die Mitbestimmungsrechte in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten beschnitten und durchlöchert. Doch ein Grund zur Entwarnung sei das noch nicht. Die Verhandlungen gehen vielmehr weiter. „Auch die Vorstellungen der Bundesregierung reichen nicht, um die Mitbestimmung wirklich zu sichern", erklärt Sommer. „Es muss verhindert werden, dass die neue Europa-GmbH zur Mitbestimmungsflucht einlädt."

Am 1. Januar 2010 übernimmt Spanien die EU-Ratspräsidentschaft. Die Hoffnungen in den spanischen Ratsvorsitz sind groß – gehört doch Spanien zu den wenigen sozialdemokratisch geführten EU-Ländern. Spanische GewerkschafterInnen warnen davor, angesichts der großen Probleme des Landes die Erwartungen zu hoch zu setzen – ist doch Spanien einer der EU-Staaten, die von der Krise besonders betroffen sind. •

EU-Dienstleistungsrichtlinie: Frist verlängern

Bis Ende 2009 haben die Mitgliedstaaten Zeit, die 2006 beschlossene EU-Dienstleistungsrichtlinie in nationales Recht umzusetzen. Der DGB-Bundesvorstand hat jetzt die Bundesregierung aufgefordert, sich im EU-Ministerrat und bei der EU-Kommission für eine Fristverlängerung einzusetzen. In seiner Beurteilung des Umsetzungsprozesses auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene hat der DGB erhebliche Mängel ausgemacht, die vor allem zu einer „Rechtsunsicherheit bei Beschäftigten wie Unternehmen" führten. Weder sei der Datenschutz ausreichend geregelt noch seien die Folgen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen hinlänglich geprüft.

Zudem gefährdet die Richtlinie die Rechte der nach Deutschland entsandten ArbeitnehmerInnen. Zwar soll das Arbeitnehmer-Entsendegesetz diese Beschäftigten vor Lohn- und Sozialdumping schützen, doch nur wenige Branchen fallen unter dieses Gesetz. Der DGB hat deshalb die Bundesregierung aufgefordert, Mindestlöhne für alle von der Dienstleistungsrichtlinie betroffenen Branchen zu schaffen. In den meisten anderen europäischen Ländern ist das nicht notwendig: Dort schützt ein gesetzlicher Mindestlohn die ArbeitnehmerInnen.

Betriebsräte greifen zum „Boecken | Joussen“

Teilzeit- und Befristungsgesetz

Handkommentar

Von RiOLG a.D. Prof. Dr. Winfried Boecken, LL.M. und Prof. Dr. Jacob Joussen

2. Auflage 2010, ca. 500 S., geb., ca. 59,– €,
ISBN 978-3-8329-5168-9
Erscheint ca. Februar 2010

Der Handkommentar erläutert die Regelungen des TzBfG kompakt, präzise und praxisorientiert. In die 2. Auflage neu aufgenommen sind Kommentierungen zu §§ 15, 21 BEEG, § 81 SGB IX, zu den Bestimmungen des Gesetzes über befristete Arbeitsverträge mit Ärzten in der Weiterbildung, zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz sowie zu den Befristungsregelungen aus dem PflegeZG und dem TVöD. Damit sind alle Fragen im Zusammenhang mit Befristungssituationen abgedeckt.

»Das Werk ist als Arbeitsmaterial für Betriebs- und Personalräte, für Rechtsanwälte und Arbeitsrichter, für Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände unentbehrlich.« Berufsgenossenschaft Chemie, Dezember 2007

Nomos

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ▸ www.nomos-shop.de

Arbeitswelt

Qualität zählt

Die Diskussion um die Qualität der Arbeit erlebt in letzter Zeit eine Renaissance. Diese Entwicklung möchten die Herausgeber Ernst Kistler und Frank Mußmann mit ihrem Buch „Arbeitsgestaltung als Zukunftsaufgabe“ weiter vorantreiben. In 15 Beiträgen erläutern verschiedene ExpertInnen aus Gewerkschaften und Wissenschaft neue Methoden zur Evaluierung und Möglichkeiten, Arbeitsqualität zu messen und positiv zu beeinflussen. Im Fokus stehen dabei der DGB-Index Gute Arbeit und andere Monitoring-Strategien aus dem europäischen Ausland. *Ernst Kistler, Frank Mußmann (Hrsg.): Arbeitsgestaltung als Zukunftsaufgabe – Die Qualität der Arbeit, VSA-Verlag, 304 Seiten, 19,80 Euro.*

Arbeit und Leben

Magazin zum Jubiläum

„Von Arbeitswelt und Lebenslust“ ist der Titel des Magazins zum 60-jährigen Bestehen von Arbeit und Leben in NRW.

Nicht nur für den DGB ist 2009 das 60. Jubiläumsjahr. Auch Arbeit und Leben Nordrhein-Westfalen, die Kooperation von DGB und Volkshochschulen im bevölkerungsreichsten Bundesland, feiert runden Geburtstag. Anlässlich des 60-jährigen Bestehens präsentiert Arbeit und Leben NRW in einem Magazin Historisches, Zukunftsweisendes, einen Überblick über die aktuelle Bildungsarbeit sowie Gastbeiträge von GratulantInnen – unter anderem von NRW-Bildungsministerin Barbara Sommer (CDU), dem DGB-Bezirksvorsitzenden Guntram Schneider und internationalen Bildungs- und GewerkschaftskollegInnen. Das Magazin ist kostenlos bei Arbeit und Leben erhältlich.

Bestellungen an: debueser@aulnrw.de

interregio

••• Der Ausschuss für Umweltfragen beim ***DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt*** hat das ***Positionspapier*** „Acht Eckpunkte für eine soziale und ökologische Industrie- und Dienstleistungspolitik in Niedersachsen“ herausgegeben. Angesichts von Klimawandel und stagnierender Binnennachfrage wird ein Umdenken in der Wirtschaft gefordert: Umweltfreundliche Energie- und Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit seien die Schlüssel zu einer zukunftsfähigen (Wirtschafts-)Politik.

www.niedersachsen.dgb.de

••• In der vom ***DGB Hessen-Thüringen*** vorgestellten ***Studie*** „Auswirkungen der Schuldenbremse auf die hessischen Landesfinanzen“ hat das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) untersucht, welche haushaltspolitischen Folgen der Übergang zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt bis zum Jahr 2020 – wie durch die Schuldenbremse gefordert – für das Land Hessen hätte. Die ForscherInnen prognostizieren dramatische haushaltspolitische Probleme. ver.di und GEW Hessen warnen nun vor einem rigorosen Sparkurs, der zu Einschnitten an Schulen und in den Kommunen führen werde.

www.hessen.dgb.de

DGB-Organisationswahlen

Wechsel in fünf Bezirken

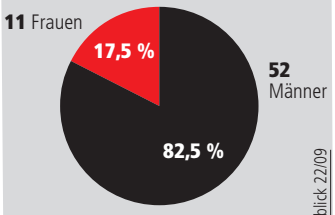
In fünf der neun DGB-Bezirke wird es einen Wechsel an der Spitze geben, weil die bisherigen Bezirksvorsitzenden nicht mehr zur Wahl antreten. Ab Januar 2010 werden die neuen Vorsitzenden und ihre StellvertreterInnen auf Bezirkskonferenzen gewählt.

Satzungsgemäß werden im Vorfeld des DGB-Bundeskongresses, der im Mai kommenden Jahres stattfindet, zunächst die Organisationswahlen in den Regionen durchgeführt, dann in den Bezirken. In den teilweise neu zugeschnittenen Regionen (*einblick 13/2009*) sind die Wahlen der Vorsitzenden bereits abgeschlossen. Der neue Zuschnitt der DGB-Regionen war Ergebnis eines längerfristigen Diskussionsprozesses auf Ebene der DGB-Bezirke. Die Diskussionsergebnisse und Entscheidungen der Bezirksvorstände sind beim Neuzuschnitt weitgehend vom DGB-Bundesvorstand übernommen worden. Heute verteilen sich 66 Regionen (bisher 88) auf die neun DGB-Bezirke.

Ziel der neuen Regionsstruktur ist es, größere – und damit handlungsfähigere – Arbeitsteams zu etablieren. Gleichzeitig sieht ein Satzungsentwurf vor, erstmalig in allen Landkreisen und kreisfreien Städten ehrenamtliche Arbeitsstrukturen einzurichten. Die „Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit auf kommunaler Ebene" sei „eins der wichtigsten Ziele der Satzungsreform", betont der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. •

Quote leicht verbessert

DGB-Regionsvorsitzende* nach Geschlecht

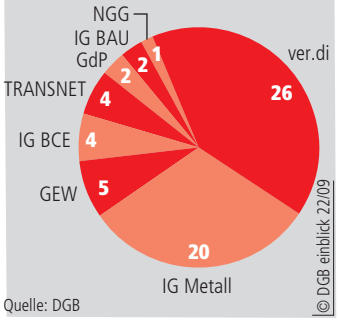


*nach den Ergebnissen der Organisationswahlen in 63 von 66 DGB-Regionen
Quelle: DGB
© DGB einblick 22/09

Laut DGB-Personalbericht 2008 betrug die Frauenquote unter den Regionsvorsitzenden 14,3 Prozent – unter den jetzt Neu- und Wiedergewählten 17,2 Prozent. Die absolute Zahl weiblicher Regionsvorsitzender ging von 12 auf 11 zurück.

Alle vertreten

DGB-Regionsvorsitzende nach Gewerkschaftszugehörigkeit



Quelle: DGB
© DGB einblick 22/09

Rund 70 Prozent der DGB-Regionsvorsitzenden sind Mitglied von ver.di oder IG Metall.

Wahlinfos

In den Regionen sind inzwischen in 63 der 66 neu zugeschnittenen DGB-Regionen Vorsitzende gewählt. Im Durchschnitt sind die Regionsvorsitzenden 51 Jahre alt und seit 15 Jahren hauptamtlich beim DGB.

In den Bezirken starten die Wahlen der Bezirksvorsitzenden, ihrer StellvertreterInnen sowie der Landesvorsitzenden am 16. Januar 2010 mit der Landeskonferenz in Rheinland-Pfalz. Derzeit gibt es keine weibliche Bezirksvorsitzende – nominiert sind nun zwei: Doro Zinke (Berlin-Brandenburg) und Iris Kloppich (Sachsen).

Der einblick gratuliert allen Gewählten und wünscht den KandidatInnen viel Erfolg.

Mehr Infos zu den Wahlen:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

In **BADEN-WÜRTTEMBERG** haben der DGB-Bezirks- und der DGB-Bundesvorstand **Nikolaus Landgraf** für den Bezirksvorsitz nominiert. Landgraf ist seit August 2007 Regionalleiter der IG BAU im Bundesland. Der bisherige Vorsitzende Rainer Bliesener tritt nach drei Amtsperioden nicht mehr an. Als stellvertretende Landesvorsitzende wird erneut **Marion von Wartenberg** antreten. **+++** In **BAYERN** haben zwei Kandidaten angekündigt, für den Bezirksvorsitz, und damit für die Nachfolge des ausscheidenden Fritz Schösser, zu kandidieren: **Matthias Jena,** Pressesprecher der IG Metall Bayern, sowie **Dominik Schirmer,** Leiter des ver.di-Fachbereichs „Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen" in Bayern. Als Bezirksvize tritt **Christiane Berger,** Geschäftsführerin der Technologie- und Innovationsberatungsagentur in Bayern e.V. (TIBAY beim DGB Bayern), an. **+++** Im Bezirk **BERLIN-BRANDENBURG** haben DGB-Bezirks- und DGB-Bundesvorstand die bisherige stellvertretende Vorsitzende **Doro Zinke** als neue Bezirksvorsitzende nominiert. Nominiert als stellvertretender Vorsitzender ist **Christian Hoßbach,** Leiter des Berliner Büros des IG Metall-Vorstands. Der bisherige Bezirksvorsitzende Dieter Scholz tritt nicht mehr an. **+++** Im Bezirk **HESSEN-THÜRINGEN** tritt erneut der bisherige Bezirks- und hessische Landesvorsitzende **Stefan Körzell** an. Als stellvertretende Bezirksvorsitzende ist **Renate Licht** nominiert, die im November 2009 zur neuen DGB-Regions- und DGB-Landesvorsitzenden von Thüringen gewählt worden war (40 zu 36 Stimmen auf der DGB-Landeskonferenz gegen den bisherigen thüringischen Landesvorsitzenden und Bezirksvize Steffen Lemme). **+++** Im **BEZIRK NIEDERSACHSEN – BREMEN – SACHSEN-ANHALT** treten die beiden Amtsinhaber erneut an: **Hartmut Tölle** als Bezirksvorsitzender (und Landesvorsitzender Niedersachsen) sowie **Udo Gebhardt** als sachsen-anhaltinischer Landesvorsitzender und Vize des Bezirks. **+++** Im DGB-Bezirk **NORD** (Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern) haben der Bezirks- und der Bundesvorstand **Uwe Polkaehn,** Vorsitzender der DGB-Region Schleswig-Holstein-Südost in Lübeck, als Nachfolger für den aus Altersgründen ausscheidenden Bezirksvorsitzenden Peter Deutschland nominiert. Als Bezirksvize tritt erneut Amtsinhaber **Ingo Schlüter** an. **+++** In **NRW** tritt der Bezirksvorsitzende **Guntram Schneider** zur Wiederwahl an. Statt der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Birgitt Beier wird **Dr. Sabine Graf** als Vize kandidieren, die bisher Geschäftsführerin der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag ist.**+++** Im Bezirk **SACHSEN** haben Bezirksvorstand sowie DGB-Bundesvorstand die bisherige Bezirksvize **Iris Kloppich** als neue Vorsitzende vorgeschlagen und **Markus Schlimbach,** Pressesprecher und Arbeitsmarktexperte des Bezirks, als stellvertretenden Vorsitzenden nominiert. Der bisherige Vorsitzende Hanjo Lucassen tritt nicht mehr an. **+++** Im Bezirk **WEST** (Rheinland-Pfalz und Saarland) treten beide Amtsinhaber erneut an: **Dietmar Muscheid** als Vorsitzender (und Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz), sowie **Eugen Roth** als Vize (und Landesvorsitzender für das Saarland).

kurz&bündig

Die IG BCE setzt die Spendenaktion für ihr Aids-Projekt in Afrika bis zum Jahresende fort. Das Projekt wurde auf dem Frauentag der IG BCE 2008 gemeinsam mit der Internationalen Föderation der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften (ICEM) ins Leben gerufen. 2009 wurde beispielsweise eine Aufklärungskampagne in Tansania finanziert.
www.einblick.dgb.de/links

ver.di ist empört darüber, dass aufgrund eines Vetos der FDP die schwarz-gelbe Koalition eine Entscheidung über die Allgemeinverbindlicherklärung des Mindestlohns in der Abfallwirtschaft verschiebt. „Die Zeit, die sich die Koalition zur Meinungsbildung nimmt, werden ver.di und die Beschäftigten für Aktionen nutzen", so Vorstandsmitglied Erhard Ott.

Die GdP begrüßt die Durchführung einer Studie zum Thema „Gewalt gegen die Polizei". Das hatte die Innenministerkonferenz beschlossen. Gleichzeitig kritisiert die Gewerkschaft aber die Länder Sachsen und Hamburg, die sich nicht beteiligen wollen.

TRANSNET und GDBA kritisieren die Ergebnisse der Innenministerkonferenz zu mehr Sicherheit im Nahverkehr als unzureichend. Mehr Videoüberwachung suggeriere lediglich Sicherheit, tatsächlich eigne sie sich jedoch nicht zur Prävention. Vielmehr müsse mehr Begleitpersonal eingesetzt werden.

Betriebsratswahlen 2010

Soziale Netzwerke nutzen

Vom 1. März bis zum 31. Mai 2010 finden die nächsten turnusgemäßen Betriebsratswahlen statt. Wie bereits bei den letzten Wahlen 2006 haben die DGB-Mitgliedsgewerkschaften gemeinsame Materialien für die Wahlen erstellt. Ihre Botschaft lautet: „Gute Arbeit kannst du wählen". Studien belegen: In Betrieben mit Betriebsrat sind die Arbeitsbedingungen deutlich besser, ist die Zufriedenheit der Beschäftigten größer, sind die Einkommen höher. Flankiert werden die Aktivitäten der Mitgliedsgewerkschaften in Branchen und Betrieben 2010 auch wieder durch eine DGB-Begleitkampagne. Die Kampagne soll Ende Februar 2010 starten. Neben den üblichen Kampagnen-Elementen nutzt der DGB auch soziale Online-Netzwerke wie Facebook oder Xing, um für die Betriebsratswahlen zu werben. •

Soziale Marktwirtschaft

IG BCE fordert Rat

Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis hat erneut von der Bundesregierung gefordert, einen auf Dauer angelegten „Rat für verantwortliches Handeln in der Sozialen Marktwirtschaft" zu schaffen, der alle wichtigen Entscheidungsträger der Wirtschaft umfasst. Aufgabe des Rates solle sein, Vorschläge für eine nachhaltige Entwicklung Deutschlands zu erarbeiten und etwa Klimaschutz und eine nationale Strategie für die Industrie miteinander zu verbinden, so Vassiliadis. •

Petition

Quorum geschafft

Die vom Bündnis „Steuer gegen Armut" beim Bundestag gestartete Petition zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer hat innerhalb von drei Wochen das notwendige Quorum von 50 000 UnterzeichnerInnen erreicht. Über 35 000 Menschen nutzten allein die kürzlich geschaffene Möglichkeit, die Petition direkt online auf der Bundestags-Homepage zu unterstützen. Jetzt wird sich der Petitionsausschuss des Bundestags in einer öffentlichen Anhörung mit dem Thema befassen. „Das ist ein großartiger Erfolg unserer Kampagne und zeigt, welch breite Unterstützung eine Besteuerung spekulativer Finanzmarktgeschäfte in der Gesellschaft findet", sagte Jörg Alt von der Jesuitenmission, Initiator des Bündnisses. Neben der öffentlichen Anhörung habe die Online-Petition dazu geführt, dass sich Menschen im ganzen Land mit den negativen Auswirkungen deregulierter Finanzmärkte auseinandergesetzt hätten.

„Es reichen keine Lippenbekenntnisse mehr, die Bundesregierung muss handeln", meint DGB-Vorstand Claus Matecki. Die Regierung müsse auf europäischer Ebene alle Initiativen unterstützen, die eine solche Steuer befördern. •

www.steuer-gegen-armut.org

ver.di

Contra Drückerkultur

Seit Oktober setzt sich ver.di mit der Initiative „Verkaufsdruck, nein Danke!" für faire Vertriebsvorgaben und kundengerechte Beratung in deutschen Banken ein. Seit Beginn der Finanzmarktkrise werde viel über Verbesserungen der bankinternen Strukturen geredet, so die Dienstleistungsgewerkschaft – „allein im Vertrieb gegenüber den Kunden ändert sich wenig." Es gebe in vielen Banken „eine Kultur, die an Drückerkolonnen erinnert", so ver.di-Vorstand Uwe Foullong. Das setze auch die Beschäftigten der Branche enorm unter Druck.

Jetzt hat ver.di Ergebnisse von „Abstimmungen" unter Bankbeschäftigten veröffentlicht, die sich für weniger Verkaufsdruck bei Finanzprodukten aussprechen und die ver.di-Forderungen unterstützen. •

http://fidi.verdi.de/verkaufsdruckneindanke

DGB-Debattenmagazin

Gewerkschaftliche Monatshefte 2.0

Unter *www.gegenblende.de* startet der DGB Mitte Dezember sein neues Online-Debattenmagazin *Gegenblende*. Mit Beiträgen von WissenschaftlerInnen, Interviews und Rezensionen will das Onlinemagazin den wissenschaftlichen Diskurs über gewerkschaftliche Themen befördern. Auf jeden Artikel antworten GewerkschafterInnen und machen ihre Standpunkte deutlich. Die interaktive Kommentarfunktion bietet allen Interessierten die Gelegenheit, an den Diskussionen teilzunehmen. Alle zwei Monate werden die Beiträge in einem pdf-Magazin zum Download zusammengefasst. *Gegenblende* knüpft dabei in einem zeitgemäßen Gewand an die Tradition der 2004 eingestellten *Gewerkschaftlichen Monatshefte* an. •

MEINUNG

Baustelle Entgeltgleichheit

„Wenn der Chef gute Laune hat“

Noch nie war das Problembewusstsein über die ungerechte Bezahlung von Frauen so groß wie heute. Dies zeigt nicht nur eine im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführte Befragung, davon zeugt auch das breite Bündnis, das sich zum nächsten Equal Pay Day am 26. März 2010 formiert. Verbände, Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber und die Frauenministerin – alle weisen auf die niedrigen Verdienste insbesondere in so genannten „Frauenberufen“ hin. Doch was wird dagegen getan? Eine Bestandsaufnahme von Dr. Karin Tondorf.

In der Koalitionsvereinbarung hält die neue Regierung fest: *„Wir wollen das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Frauen und Männern umsetzen und damit die Entgeltungleichheit überwinden. Wir werden in der Wirtschaft dafür werben, das beratungsunterstützte Lohntestverfahren Logib-D einzusetzen.“* Sehen wir einmal genauer hin. **Das anvisierte Ziel „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ stellt eine verkürzte Sichtweise der Entgeltdiskriminierung von Frauen dar,** denn es geht insbesondere auch um gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit. Bei dieser erweiterten Zielsetzung wäre die Bewertung von inhaltlich verschiedenen Tätigkeiten von Frauen und Männern daraufhin zu prüfen, ob sie hinsichtlich ihrer Anforderungen und Belastungen von gleichem Wert und daher gleich zu bezahlen sind (z.B. AltenpflegerIn und TechnikerIn). Die Bundesregierung setzt auf Freiwilligkeit. Wer möchte, kann Diskriminierungen beim Entgelt aufspüren und abschaffen. **Niemand würde auf die Idee kommen, AutofahrerInnen den TÜV als freiwilligen Selbsttest anzubieten.** Gerade diejenigen, die es nötig hätten und die Folgekosten scheuen, würden sich nicht daran beteiligen. Darum ist es mit der Freiwilligkeit auch bei der Entgeltdiskriminierung nicht getan. Allerdings muss diese mit dem richtigen Instrument geprüft werden.

Die Bundesregierung setzt auf das Instrument Logib-D. **Bei näherer Analyse erweist sich dieses ökonomisch-statistische Instrument als untauglich,** weil es nicht gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit prüft, sondern gleiche Humankapitalausstattung von Frauen und Männern. Entgeltgleichheit ist demnach gewährleistet, wenn gleiches Entgelt für gleiche Ausbildung, gleiches Dienstalter und gleiche potenzielle Erwerbserfahrung gezahlt wird. Diese Variablen, die bei Logib-D als objektiv lohnerklärende Faktoren gelten, stehen nicht nur im Widerspruch zu tariflichen Grundsätzen – bezahlt wird die auszuübende Tätigkeit, nicht die Person, sondern auch zum Arbeitsrecht. Es wurde bei der Entwicklung von Logib-D übersehen, dass der Europäische Gerichtshof dessen vermeintlich objektive Faktoren als potenziell diskriminierend einschätzt. Unternehmen wären mit Logib-D nicht vor Klagen geschützt und sind daher gut beraten, dieses Instrument genauer unter die Lupe zu nehmen.

Dr. Karin Tondorf, 57, ist freiberufliche Wissenschaftlerin und Beraterin. Ihre Arbeitsschwerpunkte: Modernisierung von Entgeltsystemen, Gleichstellung, Zielvereinbarungen. Zu diesen Themen hat sie zahlreiche Publikationen vorgelegt. *www.karin-tondorf.de*

Nicht die Frauen selbst sind das Problem, weil sie zu wenig in ihr Humankapital investiert haben oder zu wenig fordern, **sondern die (tariflichen) Regelungen und die betriebliche Entgeltpraxis.** Wenig hilfreich sind daher Empfehlungen nach dem Motto „Verhandeln Sie mit Ihrem Chef, wenn er gerade bei guter Laune ist …“. Auch die Behauptung der Arbeitgeberverbände, die tarifliche Arbeitsbewertung sei „personenunabhängig und damit auch geschlechtsneutral“ ist unzutreffend, denn **auch personenunabhängige Kriterien und Verfahren, die dem Anschein nach geschlechtsneutral erscheinen, können mittelbar diskriminieren.** Insoweit sind auch die Entgelttarifverträge einschließlich der Arbeitsbewertung durch die zuständigen Tarifparteien systematisch zu prüfen.

Transparenz über die tatsächliche Bezahlung von Frauen und Männern ist das A und O. **In Schweden, Finnland oder Frankreich gibt es Gesetze, die Maßnahmen zur Prüfung und Beseitigung von ungleichem Entgelt verbindlich regeln.** Eine Alternative zu Logib-D ist in der Entwicklung: Der „EG-Test“ (EG-rechtskonformer Entgeltgleichheitstest) wird bis zum Equal Pay Day 2010 vorliegen. Solange die Bundesregierung auf das Prinzip Freiwilligkeit setzt, sollten Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte und Gleichstellungsbeauftragte selbst die Initiative ergreifen und engagierte Arbeitgeber mit ins Boot holen. Eine gemeinsame Anstrengung lohnt – nicht nur für die betroffenen Frauen, auch für Interessenvertretungen und Arbeitgeber. •

Frauen bestimmt

So lautet das Motto der 19. DGB-Bundesfrauenkonferenz (BFK) vom 14. bis 16. Januar 2010 in Berlin. Mehr als 200 Delegierte und Gäste ziehen eine gleichstellungs- und frauenpolitische Bilanz der letzten vier Jahre und formulieren ihre Anforderungen an die künftige Politik in verschiedenen Foren und in der Beratung der 56 Anträge.

Dabei geht es um Themen aus allen Politikbereichen – von einer neuen Initiative für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und der Forderung nach einer Novellierung des Antidiskriminierungsgesetzes über eine Frauenquote in den Aufsichtsräten bis zu Nachbesserungen im Pflegezeitgesetz. Auf der Tagesordnung steht natürlich auch das Thema „Equal Pay“. Diskutiert werden soll unter anderem, ob das Instrument Logib-D geeignet ist, die Entgeltdiskriminierung zu beseitigen.

Integriert in die BFK ist am 14. Januar die Fachkonferenz „Wer ernährt die Familie?“, zu der der DGB gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) einlädt. Die Tagung ist zugleich der Startschuss für das zweijährige Projekt „FamilienernährerInnen“ von DGB und BMFSFJ.

www.dgb-frauen.de

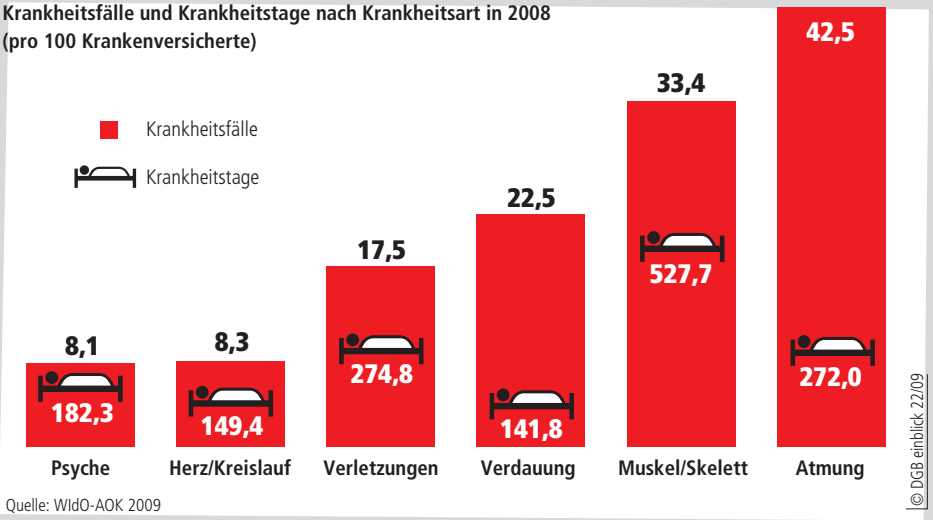
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

dieDGBgrafik

FEHLZEITEN: Psychische Erkrankungen langwierig

Obwohl psychische Erkrankungen von ArbeitnehmerInnen seltener sind als alle anderen Krankheitsarten, verursachen sie mehr Fehlzeiten am Arbeitsplatz als Erkrankungen von Herz, Kreislauf oder Verdauung. Der Grund: Psychische Erkrankungen dauern am längsten – im Schnitt über 22 Tage pro Erkrankungsfall. Und sie haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Das zeigt der aktuelle „Fehlzeiten-Report" des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO-AOK).

Krankheitsfälle und Krankheitstage nach Krankheitsart in 2008 (pro 100 Krankenversicherte)



Quelle: WIdO-AOK 2009

42 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

14.12. DGB, Arbeit und Leben und ver.di NRW, Fachveranstaltung „Gleichstellungsbeauftragte und Personalrat – Plädoyer für eine konfliktfähige Kooperation", Düsseldorf

17./18.12. ver.di, 2. Netzwerk-Konferenz, „Betriebs- und Personalräte aktiv für Chancengleichheit in Unternehmen, Betrieben und Verwaltungen", Berlin

18.12. Internationaler Tag der MigrantInnen

2010 Europäisches Jahr zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut

1.1. 40. Jahrestag des Inkrafttretens des Gesetzes über Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

12.1. Heinrich-Böll-Stiftung, Konferenz „EcoFair rules – Die neue Rolle des internationalen Agrarhandels im Spannungsfeld der Klima-, Ernährungs- und Finanzkrise", Berlin

13.1. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Vorstandsvergütung in Deutschland", Köln

14./15.1. DGB-Bundesvorstand, Klausurtagung 2010, Neuhardenberg

20.1. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Unternehmensstrategie in der Krise", Düsseldorf

25.1. euro-betriebsrat.de, Fachtagung „Europäische Betriebsräte: Mitbestimmung à la française", Hamburg

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Der nächste *einblick* erscheint am 25. Januar 2010

personalien

••• ***Peter Balnis,*** 57, Schulsozialarbeiter, ist Ende November zum neuen Vorsitzenden des GEW-Landesverbands Saarland gewählt worden. Er folgt ***Klaus Kessler*** (Bündnis 90/Die Grünen), 58, der seit dem 10.11. saarländischer Bildungsminister ist. Balnis war bisher im Geschäftsführenden Vorstand der GEW Saarland für den Bereich außerschulische Bildung zuständig.

••• ***Joël Decaillon,*** 60, als Vertreter des französischen Gewerkschaftsbunds CGT seit 1999 Mitglied im EGB-Exekutivausschuss und seit 2003 politischer EGB-Sekretär in Brüssel, ist zum stellvertretenden EGB-Generalsekretär gewählt worden. Er folgt Maria ***Helena André,*** 49, die im Oktober zur portugiesischen Arbeits- und Sozialministerin ernannt worden ist.

••• ***Dr. Gloria Müller,*** 62, Referentin für interregionale Gewerkschaftsarbeit beim DGB NRW, ist ab dem 1.1.2010 neue Leiterin der DGB-Verbindungsstelle in Brüssel. Müller arbeitete bereits von 1997 bis 2005 in dieser Funktion.

••• ***Hans-Joachim Schabedoth,*** 57, Bereichsleiter Gesellschaftspolitik und Grundsatzfragen beim DGB-Bundesvorstand, wechselt zum 1.1.2010 in den Funktionsbereich Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen/Strategische Planung beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt/Main. Leiter des neu gebildeten Bereichs Gesellschaftspolitik, Strategie und Planung des DGB ist ab 1.1.2010 ***Konrad Klingenburg,*** 44, bisher Leiter der Parlamentarischen Verbindungsstelle beim DGB-Bundesvorstand.

Schlusspunkt.

„Die FDP hat Schwierigkeiten mit der Empirie."

Claus Schäfer, Leiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI), zum von der FDP propagierten Mantra, dass Steuersenkungen automatisch Wachstum schaffen.

URTEILE
einblick aktuelle Entscheidungen zum Arbeits- und Sozialrecht

Gesetzliche Unfallversicherung I

Essen bei der Freundin unter Schutz

Auch auf dem Weg zur Essensaufnahme, die der Erhaltung der Arbeitskraft dient, besteht grundsätzlich Unfallversicherungsschutz.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war zum Unfallzeitpunkt als Steinmetzgehilfe bei einer Firma beschäftigt, auf deren Betriebsgelände sich auch seine Wohnung befand. Eine Betriebskantine existierte nicht. Während seiner 30-minütigen Mittagspause fuhr er mit seinem Motorrad zu seiner damaligen Freundin, um bei ihr zu Mittag zu essen, als er verunglückte und sich erheblich verletzte. Gegenüber der zuständigen Berufsgenossenschaft gab der Arbeitnehmer an, er sei trotz der knappen Zeit zu seiner Freundin gefahren, weil ihm die Zeit mit ihr wichtiger sei, als Zeit mit den Kollegen zu verbringen. Die Berufsgenossenschaft lehnte eine Anerkennung des Unfalls als Arbeitsunfall ab. Unter Berücksichtigung der langen Fahrtzeit verblieben nur wenige Minuten zur Essenseinnahme. Die Entfernung zur Wohnung der Freundin sei daher unverhältnismäßig weit gewesen. Auch habe im Vordergrund die Motivation gestanden, die Mittagspause mit der Freundin zu verbringen. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Es entspricht der Lebenswirklichkeit und verbreiteten Gepflogenheiten, das Mittagessen in selbst gewählter Gesellschaft einzunehmen. Der Weg zu der Freundin ist auch nicht so weit gewesen, dass das Mittagessen bereits aufgrund der Fahrtdauer als unwesentliche Mitursache qualifiziert werden könnte. Einem Arbeitnehmer kann grundsätzlich nicht vorgeschrieben werden, wie er seine zur freien Verfügung stehende Arbeitspause einteile. Eine zeitliche Obergrenze für den Weg zum Mittagessen, ab dem der Versicherungsschutz ausscheidet, existiert daher nicht. Entscheidend ist allein, ob möglicherweise ein anderer Grund für den Weg vorliegt, welcher den Zweck der Nahrungsaufnahme in den Hintergrund drängt, was hier aber nicht der Fall gewesen ist.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 10. August 2009 - L 2 U 105/09

Gesetzliche Unfallversicherung II

Jugendfreizeit ohne Schutz

Bei Teilnahme an einer Jugendfreizeit der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft besteht kein Unfallversicherungsschutz.

Der Fall: Der damals 11jährige war Mitglied der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG). Pfingsten 2006 nahm er an einem von der DLRG organisierten Zeltlager für Kinder und Jugendliche von 8 bis 14 Jahren teil. Dabei erlitt er einen Unfall mit Verletzungen an Lippe und Gebiss, als ihm eine Mineralwasserflasche zugeworfen wurde, die er nicht auffangen konnte. Die Unfallkasse lehnte eine Anerkennung des Unfalls als Arbeitsunfall ab. Die hiergegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Zwar stehen Personen, die an Ausbildungsveranstaltungen in Unternehmen zur Hilfe bei Unglücksfällen wie der DLRG teilnehmen, unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Bei dem Zeltlager hat es sich jedoch nicht um eine Ausbildungsveranstaltung in diesem Sinne, sondern um eine Freizeitveranstaltung gehandelt, bei der Spiel- und Spaß wie Nachtwanderungen und Lagerfeuer im Vordergrund gestanden haben.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 25. Mai 2009 - L 2 U 25/08.

Krankenversicherung

Häusliche Pflege auch für Magensonde

Ein Pflegebedürftiger (Stufe III) kann gegen die Krankenkasse einen Anspruch auf häusliche Krankenpflege zur Überprüfung, Reinigung und eventuellen Neulegung einer Magensonde haben (so genannte verrichtungsbezogene krankheitsspezifische Pflegemaßnahme).

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Beschluss vom 2. November 2009 - L 11

Bereitschaftsdienst im Krankenhaus

Freizeitausgleich nur bei Zustimmung

Leisten Beschäftigte in einem Krankenhaus eines kommunalen Arbeitgebers Bereitschaftsdienst, steht ihnen nach dem einschlägigen Tarifvertrag Bereitschaftsdienstentgelt zu. Anstelle der Auszahlung dieses Entgelts kann der Bereitschaftsdienst bei Ärztinnen und Ärzten bis zum Ende des dritten Kalendermonats durch entsprechende Freizeit abgegolten werden. Bei anderen Beschäftigten ist die Abgeltung nach der tariflichen Regelung nur zulässig, wenn ein Freizeitausgleich zur Einhaltung der Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes erforderlich oder in einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung geregelt ist oder der Beschäftigte dem Freizeitausgleich zustimmt.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19. November 2009 - 6 AZR 624/08

Betriebsübergang

Personal bildet Kern im Callcenter

Bei einem Callcenter steht die Kundenbetreuung durch die Mitarbeiter im Mittelpunkt der betrieblichen Betätigung. Sächliche Betriebsmittel, wie die Telefonanlage, spielen neben der menschlichen Arbeitskraft nur eine untergeordnete Rolle für die wirtschaftliche Wertschöpfung. Übernimmt ein neu gegründetes Callcenter einen wesentlichen Teil der in einem Callcenter beschäftigten Mitarbeiter, so liegt in der Regel auch dann ein Betriebsübergang vor, wenn der neue Betreiber das Service-Angebot erweitert und deshalb eine Fortbildung der übernommenen Mitarbeiter nötig wird.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 25. Juni 2009 - 8 AZR 258/08

Betriebliche Altersversorgung

Anpassung obliegt dem Arbeitgeber

Bei der Anpassung der Betriebsrenten nach dem Betriebsrentengesetz ist die wirtschaftliche Lage des versorgungspflichtigen Arbeitgebers entscheidend. Die Einbindung in einen Konzern ändert daran grundsätzlich nichts.
Auf eine schlechte wirtschaftliche Lage der Konzernobergesellschaft oder des Gesamtkonzerns kann es nur dann ankommen, wenn am Anpassungsstichtag ausreichend konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass in den nächsten drei Jahren die im Konzern bestehenden Schwierigkeiten mit hoher Wahrscheinlichkeit auf das Tochterunternehmen durchschlagen werden, und zwar in einem für die Betriebsrentenanpassung relevanten Umfang.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 10. Februar 2009 - 3 AZR 727/07